

Kommunale Kriminalprävention

- Analysen und Perspektiven -

Ergebnisse der Begleitforschung
zu den Pilotprojekten in
Baden-Württemberg

Herausgegeben von
Dieter Dölling
Thomas Feltes
Wolfgang Heinz
Helmut Kury

15
Empirische
Polizei-
Forschung



Felix-Verlag

KOMMUNALE KRIMINALPRÄVENTION

- Analysen und Perspektiven –

**Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten
in Baden-Württemberg**

herausgegeben von

Dieter Dölling, Thomas Feltes, Wolfgang Heinz, Helmut Kury



2003

FELIX VERLAG · HOLZKIRCHEN/OBB.

EMPIRISCHE POLIZEIFORSCHUNG

Herausgegeben von

Thomas Feltes

und

Hans-Jürgen Kerner

Band 15

Kommunale Kriminalprävention

- Analysen und Perspektiven -

Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg

Herausgegeben von Dieter Dölling, Thomas Feltes, Wolfgang Heinz und Helmut Kury

Holzkirchen/Obb.: Felix, 2003.

(Empirische Polizeiforschung; Bd. 15)

ISBN 3-927983-15-2

© 2003 Felix-Verlag GbR, Sufferloher Str. 7, D-83607 Holzkirchen/Obb.

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2003

ISBN 3-927983-15-2

KOMMUNALE KRIMINALPRÄVENTION

- Analysen und Perspektiven –

Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg

herausgegeben von:

Dieter Dölling, Thomas Feltes, Wolfgang Heinz, Helmut Kury

Inhalt

Vorwort 4

Thomas Feltes

Kommunale Kriminalprävention:
Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung
als Ansätze zu einer Neuorientierung der Polizeiarbeit 5

I. Teil: Die Kriminalitätslage in den Gemeinden des Pilotprojekts aus der Sicht der Polizei

Manfred Schmälzle

Kriminalitätslage in den Pilotgemeinden aus Sicht der Polizei Calw 14

Michael Lopez-Diaz

Kriminalitätslage in den Pilotgemeinden aus Sicht
der Polizei Ravensburg/Weingarten 18

Thomas Hechinger, Reiner Schneckenburger

Kriminalitätslage in Baden-Württemberg –
Vergleich mit den vier Gemeinden des Pilotprojekts für das Jahr 1994 24

II. Teil: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung in den Gemeinden des Pilotprojekts

Joachim Oberfell-Fuchs, Helmut Kury

Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Prävention von Kriminalität – Stand der Forschung	32
Dieter Hermann Untersuchungsdesign der Bevölkerungsbefragungen in den Städten Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten	56
Dieter Dölling, Dieter Hermann, Christiane Simsa Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Calw	58
Joachim Oberfell-Fuchs, Helmut Kury Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Freiburg i. Br.	84
Wolfgang Heinz, Gerhard Spiess Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten	141
Wolfgang Heinz, Gerhard Spiess Ergebnisse der Wiederholungsbefragung in Ravensburg/Weingarten im Sommer 1998	175

Michaela Bundschuh, Gerhard Spiess
Kriminalität und Kriminalprävention aus der Sicht von Polizeiangehörigen
– Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in Ravensburg/Weingarten 179

Gunther Dreher
Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei –
Eine empirische Studie in drei Polizeidirektionen in Baden-Württemberg 189

Karlheinz Beck
Jugend und Gewalt – Ergebnisse einer kommunalen Befragung
in den Schulen von Ravensburg/Weingarten 204

Bertrand Lisbach, Gerhard Spiess
Viktimisierungserfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung
der Arbeit der Polizei. Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung 208

Dieter Hermann, Christiane Simsa
Lebensstile, Opferwerdung und Kriminalitätsfurcht 222

Helmut Kury, Joachim Obergfell-Fuchs
Standardinventar für Bevölkerungsbefragungen
zu Kriminalität und Kriminalitätsfurcht – Ergebnisse von Pretests 233

III. Teil: Kriminalprävention auf kommunaler Ebene - die Sicht von Kommune und Polizei

A. Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus der Sicht der Kommune

Reinhard Wiesinger
Beitrag der Großen Kreisstadt Calw zur Kommunalen Kriminalprävention 250

Hansjörg Seeh
Kommunale Kriminalprävention – Konzeption in Freiburg 252

Hans-Georg Kraus
Kriminalprävention auf kommunaler Ebene –
Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts
aus Sicht der Städte Ravensburg und Weingarten 263

B. Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus der Sicht der Polizei

Manfred Schmälzle
Kriminalprävention auf kommunaler Ebene
Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts
aus Sicht der Polizei in Calw 268

Michael Lopez-Diaz

Kommunale Kriminalprävention am Beispiel
des Pilotprojekts Ravensburg/Weingarten 270

Anhang: Erhebungsinstrumente 281

Autorenverzeichnis 291

Thomas Feltes

Kommunale Kriminalprävention:

Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung als Ansätze zu einer Neuorientierung von Polizeiarbeit

1. Von der Idee zur Umsetzung

1993 war das Thema "Kommunale Kriminalprävention" erst im Entstehen begriffen. Zu diesem Zeitpunkt wurde vom damaligen SPD-Innenminister in Baden-Württemberg das gleichlautende Pilotprojekt in Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten initiiert. Grundgedanke war und ist, „dass zahlreiche gesellschaftliche Kräfte innerhalb der Kommune lokale Probleme der öffentlichen Sicherheit aufgreifen, gemeinsam Lösungen erarbeiten und diese über interdisziplinäre Arbeitsgruppen umsetzen“.¹ Bereits damals wurde festgestellt, dass solche Projekte zunächst einer gründlichen Bestandsaufnahme bedürfen und dass eine wissenschaftliche Begleitforschung hilfreich und nützlich sein kann. Daher wurde von Innenministerium beschlossen, die Pilotprojekte wissenschaftlich begleiten zu lassen durch die kriminologischen Institute der Universitäten Konstanz und Heidelberg, das Max-Planck-Institut in Freiburg (Abteilung Kriminologie) und die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen. Von dieser Forschergruppe, die auch für die (leider sehr späte) Veröffentlichung dieses Sammelbandes verantwortlich zeichnet, wurden daraufhin regionale Kriminalitätsanalysen erstellt, die im ersten, bereits 1995 erschienenen Band veröffentlicht wurden.² Hierfür und im folgenden arbeitete die Projektgruppe eng mit den Polizeidirektionen vor Ort zusammen. Dabei ging es vor allem darum, Erkenntnisse zum Opferrisiko, zur Kriminalitätsfurcht und zum Sicherheitsgefühl der Bürger zu gewinnen und Anhaltspunkte für die Bewertung der Zufriedenheit mit der Polizei im Gemeinwesen zu erhalten. Zudem wollte man wissen, welche konkreten Möglichkeiten es gibt, die Sicherheit am Ort durch gezielte Präventionsmaßnahmen zu verbessern. Dabei war und ist es nicht selbstverständlich, dass auf diesem Gebiet eine intensive Zusammenarbeit verschiedener kriminologischer Forschungseinrichtungen untereinander und mit der Polizeipraxis stattfand. Wer den Wissenschaftsbetrieb kennt, der weiß, welchen diversen Zwängen die dort Tätigen unterworfen sind. Dieses Projekt dürfte das wohl einzige im kriminologischen Bereich sein, an dem über nunmehr fast zehn Jahre drei Forschungsinstitute und eine Polizeifachhochschule zusammengearbeitet haben. Auch war im Bereich der Prävention ein vergleichbares Maß an wissenschaftlicher Begleitung bislang unbekannt. Die Forschungsgruppe hat mit diesem Ansatz daher im mehrfachen Hinsicht Neuland betreten, und die Hoffnung, die Frieder Birzele 1995 äußerte, dass die Verzahnung zwischen empirischer Forschung und polizeilicher Arbeit richtungsweisend wirkt, dürfte sich erfüllt haben, wenn auch unsere Arbeit nach dem Regierungswechsel in Baden-

¹ F. Birzele: Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg – Von der Idee zur Umsetzung. In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Holzkirchen 1995, S. 5.

² O. Fn. 1.

Württemberg nicht weiter finanziell vom Innenministerium unterstützt wurde und wir auf Eigenmittel und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinde angewiesen waren – auch bei der Zusammenstellung der Manuskripte für diesen Band. Zunehmend zeichnet sich ab, dass wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der Inneren Sicherheit zur Grundlage polizeilicher Arbeit gemacht werden, und dieses Projekt sowie die Aktivitäten der für das Projekt stehenden Kollegen dürften hierzu einen Beitrag geleistet haben.

Diverse Nachfolgeprojekte hat es in den Jahren nach 1995 gegeben – mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Ergebnissen. So wurden zuletzt vom Autor dieses Beitrages im ersten Quartal des Jahres 2000 in fünf Gemeinden des Schwarzwald-Baar-Kreises sowie in vier Schweizer Städten Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, die sich mit der Viktimisierung, der Verbrechensfurcht und der Einschätzung der Polizei durch die Bürger beschäftigten und auf die im Folgenden kurz einzugehen sein wird.³

2. Internationale Opferforschung mit regionaler Bedeutung

Ein wichtiges Ergebnis der internationalen Opferforschung ist die Feststellung, dass weder die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten noch die Anzahl der in den polizeilichen Statistiken erfassten Opfer der Realität entsprechen. Praktisch alle Studien stellen mehr oder weniger deutliche Differenzen zwischen diesen von der Polizei registrierten Daten und den bei Opferbefragungen ermittelten Werten fest. In der Regel sind die durch Befragungen ermittelten Werte deutlich höher als die polizeilichen Zahlen (in Deutschland etwa um das Dreifache). Dabei gilt, dass je leichter das Delikt, umso größer diese Dunkelziffer ist. Aber selbst für schwere Straftaten wie Raub oder Mord bzw. Totschlag wurden entsprechende Dunkelziffern festgestellt.⁴ Nach bisherigen Erkenntnissen der Opferforschung ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden, von den Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstand, Schulbildung, Wohnortgröße und Region des Wohnortes abhängig. Bürger mit den Attributen jung, männlich, unverheiratet und hohe Schulbildung sowie (für Deutschland) Personen mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern oder in einer größeren Stadt haben ein deutlich höheres Viktimisierungsrisiko. Diese Beziehungen sind durch zahlreiche Opferstudien (auch unsere eigenen) bestätigt.⁵ Die stärksten Effekte gehen dabei vom Alter und vom Urbanisierungsgrad des Wohngebietes aus. Auf der anderen Seite zeigen die bisherigen Ergebnisse zum Teil erhebliche Unterschiede in den sogenannten Prävalenzraten (Anteil der Befragten, die angaben, Opfer geworden zu sein). In der Methodendiskussion wurde dabei die Genauigkeit der Aussagen, die in Opferbefragungen erzielt werden können, als vor allem von der Stichprobengröße abhängig angesehen.⁶ Wie eine neuere, von Heinz/Spiess/Schnell/Kreuter⁷ durchgeführte Erhebung ergab, haben aber sog. „Designeffekte“ (Art und Weise, wie die Stichprobe gewonnen und die Befragung durchgeführt wird) eine wesentlich größere Bedeutung, als dies bislang angenommen worden ist. Dies wird z.B.

³ Die Befragungen im Schwarzwald-Baar-Kreis wurden unter der Leitung des Landratsamtes Schwarzwald-Baar von den jeweiligen Gemeinden (Bad Dürkheim, Blumberg, Furtwangen, St. Georgen, Villingen und Schwenningen) durchgeführt. Die Befragungen in den vier Schweizer Städten (Bülach, Dübendorf, Uster und Thun) waren Bestandteil eines Benchmarking-Projektes dieser Städte, das von TC Team Consult Genf/ durchgeführt wurde. Die wissenschaftliche Begleitung beider Studien lag in den Händen des Autors. Während in den Gemeinden des Schwarzwald-Baar-Kreises jeweils 5.000 repräsentativ ausgewählte Einwohner über 16 Jahren schriftlich befragt wurden, waren es in den Schweizer Städten nur jeweils 2.000. Aufgrund unterschiedlicher Rücklaufquoten wurden dennoch vergleichbare Ausschöpfungen von jeweils etwa 1.000 Einwohnern erzielt.

⁴ Aufgrund neuerer gerichtsmedizinischer Schätzungen muss man selbst bei Tötungsdelikten von einer Dunkelziffer von 1:1 ausgehen (auf ein registriertes Tötungsdelikt kommt ein weiteres, der Polizei nicht bekanntes Tötungsdelikt).

⁵ S. die Beiträge in Th. Feltes (o. Fn. 1) sowie Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg: Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 2, 1998, S. 67 ff.

⁶ Vgl. Ahlborn, W.; Böker, F.; Lehnick, D.: Stichprobengrößen bei Opferbefragungen in der Dunkelfeldforschung. Wiesbaden 1999.

⁷ Heinz, W.; Spiess, G.; Schnell, R.; Kreuter, F.: Opferbefragungen 1997. Abschlußbericht für das Bundesministerium der Justiz. Konstanz 1998 (unveröff. Mskr.).

deutlich, wenn man die Ergebnisse der schriftlichen Befragungen, die wir 1994 in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten durchgeführt hatten, mit denjenigen unserer deutschlandweiten Erhebung aus dem Jahr 1995 vergleicht, die von GfM-GETAS im Rahmen einer Mehrthemen-Großumfrage mit mündlichen Interviews durchgeführt wurde.⁸ Ergebnisse von Opferbefragungen sind danach – so Lisbach und Spiess – „nur bei weitergehender Kontrolle möglicher Designeffekte vergleichbar und aussagekräftig. Solange dies nicht der Fall ist, können die ermittelten Opferraten nur als Indikatoren der Verteilung von Viktimisierungserfahrungen in den durch die Befragung erreichten Bevölkerungsgruppen interpretiert werden; für Punktmessungen, also die hinreichend präzise Bestimmung der Opferrate in der Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik, erscheinen die bislang in Deutschland üblichen Erhebungsverfahren dagegen nicht ausreichend“.⁹ Ungeachtet dieser methodischen Probleme (die im Übrigen eher für eine Intensivierung bei gleichzeitiger Vereinheitlichung der Forschungsinstrumente als gegen diese Forschung generell sprechen) bleibt die Feststellung, dass von den Viktimisierungsstudien der letzten Jahre wichtige Impulse für die Diskussion um die Innere Sicherheit in Deutschland ausgegangen sind.

3. Sicherheit in der Gemeinde: Die Bürger fürchten sich

„Die Deutschen fürchten sich zu Tode“ titelte der Spiegel vor einigen Jahren, und tatsächlich zeigten internationale Vergleichsstudien, dass Deutsche mehr Ängste und Befürchtungen haben als andere Nationen. Neben der unmittelbaren, meist aber diffusen Angst, Opfer einer Straftat zu werden, sind es zum Teil sehr konkrete Befürchtungen, die in diesem Zusammenhang genannt werden. So denken (in der Befragung im Jahr 2000) im Schwarzwald-Baar-Kreis zwischen 10% und 20% der Befragten „sehr oft“ oder „oft“ daran, Opfer einer Straftat zu werden, und rund die Hälfte der Befragten hat diese Angst zumindest „manchmal“. Auf die konkretere Frage, ob sie nachts alleine in ihrer Wohngegend Angst davor haben, Opfer einer Straftat zu werden, gaben im Schwarzwald-Baar-Kreis zwischen 9% und 16% „sehr oft“ oder „oft“ an; rund 50% haben in den fünf Gemeinden diese Angst „nie“. In der Schweiz lagen diese Werte deutlich höher zwischen 13% und 19%, und dort haben nur 30% „nie“ diese Befürchtungen. Neben personalisierten Befürchtungen spielen „Signale der Sicherheit“ bzw. Signale der Unsicherheit oder Unordnung (signs of incivilities) in der Diskussion um die Sicherheit in den Städten ebenso wie das Stichwort der „social disorder“ eine zunehmende Rolle. „Kurz und knapp: Die Menschen fühlen sich unwohl, wo es dunkel oder dreckig ist und wo „Fremde“ sind“.¹⁰ In den von uns 1994 durchgeführten Befragungen in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten gaben z.B. als Furchtgründe an „Ausländer“ zwischen 16% und 21% (je nach Stadt), „zweifelhafte Gestalten“ zwischen 11% und 20%, „Jugendliche“ zwischen 7% und 13%, „zu einsam“ zwischen 4% und 11%, „zu dunkel“ zwischen 5% und 9%. Bei der im Jahr 2000 in vier Schweizer Städten durchgeführten Befragung bestätigte sich dieses Ergebnis: Von mehr als 50% aller Befragten wurden die Bahnhöfe in diesen Städten als Orte genannt, an denen man sich unsicher oder zumindest unwohl fühlt. Grund dafür sind in der Regel die „zweifelhaften Gestalten“, meist Ausländer. Die Themen „Fremde“ und (in Deutschland) „Jugendliche“ ziehen sich, wenn man konkreter danach fragt, wovor sich die Menschen fürchten, wie ein roter Faden durch viele der bisherigen Studien, die sich in den letzten zehn Jahren mit dieser Furcht beschäftigt haben. „Fremde“ sind Ortsfremde und Kulturfremde. Und auch Jugendliche werden besonders dann als Problem betrachtet, wenn sie keine „Eingeborenen“ sind. Entsprechend ist dort, wo die meisten Fremden sind, das persönliche Sicherheitsgefühl am niedrigsten und umgekehrt fühlen sich in kleineren Ortsteilen, wo „jeder jeden kennt“, die Menschen besonders sicher. Ob man sich sicher oder

⁸ Obergfell-Fuchs, J.; Kury, H.: Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention – Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsbefragung. In: Th. Feltes (o. Fn. 1), S. 31 ff.

⁹ Lisbach/Spiess aaO.

¹⁰ Feltes, Th.; Langguth, T.: Kommunale Kriminalprävention im Schwarzwald-Baar-Kreis, Auswertung der Expertenbefragung. Villingen-Schwenningen 1999 (unveröff. Mskr.).

unsicher, wohl oder unwohl fühlt hat wohl damit zu tun, ob man die Leute kennt oder nicht kennt. Die Frage ist: „Die Leute, denen ich begegne – weiß ich die einzuordnen, weiß ich, was ich von denen zu erwarten habe?“ Wenn man die Menschen und ihren Hintergrund kennt, glaubt man, die Situation leichter einordnen zu können. Entsprechend ist man vorbereitet, kann sein Verhalten anpassen und somit sichergehen, dass man nur absehbare Reaktionen hervorruft. Denn sich „sicher fühlen“ ist manchmal nur ein anderer Begriff für „alles unter Kontrolle haben“. Die Begegnung mit einer Gruppe (unbekannter) Jugendlicher oder junger Erwachsener macht dies deutlich: Sobald dort ein bekanntes Gesicht in der Gruppe ist, wird die Fremdheit und damit die Verunsicherung aufgehoben und man hat keine Angst mehr. Was ebenfalls beunruhigt, ist die Tendenz (fremder) Jugendlicher und junger Erwachsener, Gruppen zu bilden. Das Unsicherheitsgefühl wird vor allem dadurch verstärkt, dass die Befragten diesen Gruppen meist alleine begegnen, da Erwachsene meistens alleine unterwegs sind und sich so auch zahlenmäßig z.B. einer Gruppe von Jugendlichen gegenüber unterlegen und damit unsicher fühlen. Zusammenhänge zwischen „Herumlungern“ und erhöhter Devianz oder Kriminalität werden hergestellt, ohne dass es dafür objektive Nachweise gibt. So gaben in der Schweizer Befragung als Grund für ihre Ängste an bestimmten Stellen in ihrer Stadt viele Bürger an, dass „sich dort in der Nähe (ihrer Meinung nach) Straftaten ereignen“. Auf der anderen Seite gibt nur ein Bruchteil der Befragten an, dass sie dort, wo sie Angst haben, schon einmal selbst Opfer einer Straftat geworden sind. Offensichtlich ist das „Wissen vom Hörensagen“ hier bedeutsamer als die eigene Erfahrung. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch, wenn man (wie in dem Schweizer Sample möglich) die Befragten, die selbst in der letzten Zeit Opfer einer Straftat wurden, mit denen vergleicht, die jemanden kennen, der Opfer wurde. Während nur etwa 14% der befragten Bürger selbst Opfer einer Straftat geworden sind, kennen deutlich mehr Bürger ein Opfer, nämlich zwischen 32 und 44% der Befragten. Diejenigen, die angaben, Opfer geworden zu sein, haben dabei keine höhere Verbrechensfurcht als diejenigen, die nicht Opfer geworden sind (weder bei dem „Denken an mögliche Opferwerdung“ noch bei der „Furcht abends allein in der eigenen Wohnung“ oder „nachts Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend“). Diejenigen aber, die Opfer werden (nur) vom Hörensagen kennen, weisen signifikante Unterschiede auf: Diese „Opfer vom Hörensagen“ beurteilen die Sicherheitslage in der Stadt deutlich schlechter, denken deutlich öfter daran, selbst Opfer zu werden, haben mehr Furcht abends allein in der eigenen Wohnung und deutlich mehr Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend, fordern mehr Polizeistreifen und beurteilen die Polizeiarbeit allgemein sowie die Freundlichkeit, die Schnelligkeit und die Ausbildung der Polizei deutlich schlechter. Alle Unterschiede sind hoch signifikant, d.h. die Opfer vom Hörensagen haben deutlich mehr Verbrechensfurcht und beurteilen die Polizeiarbeit deutlich schlechter als diejenigen, die tatsächlich selbst Opfer geworden sind.

Wenn sich bestimmte Personen bedroht und in ihrer Lebensqualität eingeschränkt fühlen, dann sind dies zumeist Alte, zunehmend aber auch Kinder und Jugendliche. Auswirken kann sich diese Angst auf das alltägliche Verhalten: Ältere Menschen gehen abends nicht mehr aus dem Haus oder meiden bestimmte Gebiete, jüngere haben Angst auf dem Schulweg oder in der Schule. So gaben in der Befragung im Schwarzwald-Baar-Kreis zwischen 19% und 42% an, dass sie nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Straßen und Örtlichkeiten gemieden haben, um zu verhindern, dass ihnen etwas passiert. Zwischen 10% und 22% gaben zudem an, dass sie in den letzten 12 Monaten ihre Freizeitaktivitäten eingeschränkt haben aus Angst davor, Opfer einer Straftat werden zu können (z.B. abends nicht mehr alleine ausgehen). Dies sind individuelle Beeinträchtigungen der Lebensqualität, die aber auch von allgemeiner Bedeutung sind, weil so Straßen, Wege und Plätze in einer Spirale zum Furchtort werden können: Wenn immer mehr Bürger z.B. nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Stellen meiden, dann geht von dort schon aufgrund der Tatsache, dass sie verwaist sind, ein ungutes Gefühl aus – was wiederum dazu führt, dass auch andere dieses Gebiet meiden, bis schließlich eine „no-go-area“ entstanden ist, ein Gebiet, wo „man“ nicht hingeht. Verbrechensfurcht, ob berechtigt oder nicht, hat Konsequenzen: Bürger meiden generell oder konkret Straßen, Wege und Plätze, die dadurch wiederum auch objektiv „leerer“ und furchterregender

werden. Es beginnt eine „Furchtspirale“: Da weniger Menschen unterwegs sind, hat man mehr Angst (es ist ja niemand da, der einem helfen könnte...), da man mehr Angst hat, meidet man diese Gegenden etc. Viele der in der Schweiz Befragten gaben auch genau dies als Grund für ihre Ängste an: Es sei niemand da, der ihnen in einer Not- oder Gefahrensituation helfen könne. Dabei spielen durchaus auch andere als Verbrechensängste eine Rolle: Alte Menschen zum Beispiel gehen auch deshalb oftmals nicht alleine aus, da sie Angst davor haben, hinzufallen und dann hilflos liegen zu bleiben. Das subjektive Gefühl, Angst davor zu haben, Opfer zu werden, kann z.B. zum „Hyperreiz“ werden: Alles dreht sich nur noch um diesen Aspekt, und dies sowohl dann, wenn andere Ängste und Befürchtungen (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) noch keine Rolle spielen, als auch insbesondere, wenn diese Ängste vorhanden sind und über die Kriminalitätsangst artikuliert werden. Während man sich für Krankheit und Gesundheit, Alter und soziale Lage irgendwie selbst verantwortlich fühlt, ist Kriminalität etwas, was „die anderen“, die „Fremden“ betrifft und von ihnen ausgeht. Diese „Sündenbockfunktion“ von Kriminalität ist schon früher in der Kriminologie beschrieben worden, ihre Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Menschen wird aber noch zu wenig beachtet. Für den Funktionswandel der Innenstädte bei zunehmender Dominanz von Supermärkten und Schnellimbissen und gleichzeitigem Verlust der Wohn- und Kommunikationsfunktion ist die wahrgenommene Gefährdung durch Kriminalität zwar nur ein Aspekt der Fehlentwicklung der städtischen Lebensumwelt, aber ein wichtiger. Notwendig ist ein grundlegend anderes Verständnis von Problemen, das an den Ursachen ansetzt. Der strukturellen Egoismus einer fragmentierten Gesellschaft ist eine Bedrohung demokratischer Strukturen, weil Demokratie vom Miteinander und Füreinander lebt. Der Rückzug in die Individualität wird mittelfristig zur Erosion selbst bislang stabiler Demokratien führen. Ohne die Wiederbelebung der Nachbarschaften ist eine dauerhafte positive Veränderung nicht möglich. Unmittelbares Engagement der Polizei für die Probleme der Bürger und unmittelbarer Kontakt mit ihnen, flexible und gemeinsam gefundene Antworten auf die Herausforderungen der lokalen Gefährdung der inneren Sicherheit bedeuten ein neues Verständnis von Polizeiarbeit. Dabei darf nicht der Fehler gemacht werden, ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, indem ihnen der Zutritt zu bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens ganz oder teilweise, faktisch oder rechtlich verwehrt wird. Eine Gesellschaft, die damit beginnt, einzelne Gruppen auszugrenzen, zerstört das Fundament, auf dem sie erbaut ist. Im Übrigen gilt auch hier: Eine schnelle Lösung ist in der Regel eine schlechte Lösung. Gefordert ist kreatives und bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde – gemeinsam und nicht gegeneinander.

4. Sicherheitsgefühl und polizeiliche Arbeit

Die Qualität polizeilicher Arbeit und die Frage, woran man sie erkennen kann, wird seit vielen Jahren in Wissenschaft und Praxis zum Teil kontrovers diskutiert.¹¹ Während bis in die 70er Jahre hinein Qualität gleichbedeutend mit einerseits niedriger Kriminalitätsrate und hoher Aufklärungsquote und andererseits hoher Zahl von Polizeibeamten und möglichst optimaler Polizeitechnik (und damit mit Quantität) gesehen wurde, begann in den USA bereits in den frühen 80er Jahren eine intensive Diskussion darüber, was Polizeiarbeit eigentlich auszeichnet und woran „Erfolge“ zu messen sind. Die Diskussion wurde in den 90er Jahren langsam, aber stetig auf Europa übertragen, und das Verhältnis zwischen Polizei und Bürgern trat dabei zunehmend in den Vordergrund.¹² Polizeilicher Erfolg, so lautete ein Ergebnis der internationalen Polizeiforschung, kann nicht nur (und vielleicht sogar überhaupt nicht¹³) an „objektiven“ Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik gemessen werden. Vielmehr ist die subjektive Befindlichkeit der Bevölkerung zu berücksichtigen. Verbrechens-

¹¹ Vgl. Brodeur, J.-P. (Hrsg.): *How to Recognize Good Policing*. Thousand Oaks, London, New Delhi 1998.

¹² Feltes, Th.; Rebscher, E. (Hrsg.): *Polizei und Bevölkerung*. Holzkirchen 1990.

¹³ Zunehmend werden Zweifel an der Zuverlässigkeit der Polizeilichen Kriminalstatistik laut; vgl. Stadler, W.; Walser, W.: *Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS*. Villingen-Schwenningen 1999 (TEXTE der Hochschule für Polizei, Nr. 22); Gundlach, Th.; Menzel, Th.: *Kriminalstatistik – Fehlerquellen der PKS und ihre Auswirkungen am Beispiel Hamburgs*. Kriminalistik 6, 1993, S. 397 ff.

furcht, so die Einsicht, kann Lebensqualität zumindest ebenso negativ beeinträchtigen wie tatsächliches Opferwerden, und Verbrechensfurcht betrifft (zumindest bislang) gerade diejenigen, die eher nicht Opfer von Straftaten werden (z.B. ältere Menschen). Konsequenzen aus dieser Einsicht wurden in den USA bereits in den 80er Jahren mit Projekten zur bürgernahen Polizeiarbeit, Community (Oriented) Policing¹⁴ – COP – gezogen. Inzwischen gibt es in den USA mehrere hundert solcher Projekte, zum Teil mit intensiver wissenschaftlicher Begleitung und Evaluation¹⁵ und zum Teil auch gründlich in Europa missverstanden (am Beispiel der Zero-Tolerance-Diskussion um New York nachzuvollziehen¹⁶). Die Grundüberlegung besteht darin, dass Innere Sicherheit mehr Facetten hat als unmittelbare Viktimisierung. Die (auch medial vermittelte) Information über Straftaten im näheren oder weiteren sozialen Umfeld hat dabei ebenso eine Bedeutung wie grundlegende Einstellungen zur Nachbarschaft, allgemeine Ängste und Befürchtungen, die Einstellungen der Polizei gegenüber sowie andere Aspekte der öffentlichen Ordnung in der Gemeinde (Verkehr, Zustand von Gebäuden, Stadtplanung ...). Verbrechensfurcht, so die Annahmen, ist ein komplexes Konstrukt, dem man sich mit entsprechend komplexen Ansätzen nähern muss, wenn man diese Furcht und ihre negativen Auswirkungen beeinflussen will. Die Analyse des subjektiven Sicherheitsgefühls ist deshalb von Bedeutung, weil zwischen dem subjektiven Sicherheitsempfinden und der objektiven Lage oftmals große Unterschiede bestehen. Es gehört daher auch zu den polizeilichen Aufgaben, ein realistisches Bild der individuellen Bedrohung zu vermitteln. Die Analyse ist wichtig, weil sie wichtige Hinweise auf Situationen und Konstellationen gibt, die den einzelnen Bürger beunruhigen, die ihn (auch ohne dass es sich hierbei um unmittelbare Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handeln muss) verunsichern. Die Analyse der allgemeinen Probleme einer Gemeinde bedeutet in diesem Zusammenhang, die Probleme und Unsicherheiten, die die Bürger in einer Gemeinde empfinden, zu benennen um anschließend nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen. Sicherheit erlangt als Standortfaktor nicht nur für Firmen und Dienstleistungsunternehmen, sondern zunehmend auch für Privatpersonen eine große Bedeutung. Aufgabe der Polizei muss es sein zu definieren, wann ein Problem als polizeiliches Problem anzusehen ist, wann es sich um ein "gemischtes Problem" handelt und wann Probleme vorliegen, die zwar bei der Polizei auflaufen oder ihr bekannt werden, die aber eigentlich in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden und Institutionen fallen. Die Polizei sollte dann ihr know-how im Bereich der "gemischten" oder "nichtpolizeilichen" Probleme zur Verfügung stellen, damit gemeinsam mit anderen oder von anderen entsprechende Maßnahmen getroffen werden können. Als solche „ziemlich“ oder „großen“ „anderen Probleme“ wurden in den Befragungen im Schwarzwald-Baar-Kreis vor allem undiszipliniert fahrende Autofahrer (von bis zu 53% der Befragten), Ausländer oder Asylbewerber (bis 48%), Jugendliche (bis zu 47%), Müll auf den Straßen (bis 47%), zerstörte Telefonzellen, Betrunkene und Drogenabhängige (je bis 25%) sowie fliegende Händler, beschmierte Hauswände und Ausländerfeindlichkeit bzw. Rechtsextremismus (bis 20%) genannt. Dabei sind diese Zahlen jedoch nur mit großer Vorsicht zu interpretieren, da es sich um vorgegebene Items handelte, die erfahrungsgemäß deutlich häufiger benannt werden, als wenn offene Fragen gestellt werden. So ist z.B. der deutliche Unterschied zu erklären, der sich regelmäßig zeigt, wenn man nach (Jugend)kriminalität als „Problem“ fragt. Gibt man dieses als Antwortvorgabe vor, benennen es in der Regel mehr als die Hälfte der Befragten als „Problem“. Fragt man jedoch offen nach den „wichtigsten Probleme in der Gemeinde“, so rangiert es nur am Ende bzw. unter „ferner liefen“ mit meist zwischen 5% und 10% Nennungen (so z.B. bei der Befragung 1994 in Ravensburg/Weingarten). Auf der anderen Seite zeigt die Befragung im Schwarz-

¹⁴ Dölling, D.; Feltes, Th. (Hrsg.): Community Policing – Comparative Aspects of Community Oriented Police Work. Holzkirchen 1993

¹⁵ Z.B. in Chicago vgl. Skogan, W., Illinois Criminal Justice Information Authority (Hrsg.): Community Policing in Chicago, Year Four. Chicago 1997; Problem Solving in Practice: Implementing Community Policing in Chicago, NIJ-Forschungsbericht, Dok. No. 179556, verfügbar unter <http://www.ncjrs.org/ledocs.htm#179556>; zu Boston: Boston Police Department, Make Peace with Police – Myths and Rituals, Massachusetts 1997.

¹⁶ Dreher, G.; Feltes, Th. (Hrsg.): Das Modell New York – Kriminalprävention durch Zero Tolerance? Holzkirchen 1997, 2. Aufl. 1998 (vergriffen; über das Internet als download verfügbar: <http://www.Felix-Verlag.de>).

wald-Baar-Kreis aber auch, dass es ganze Gemeinden oder öfters Teile von Gemeinden gibt, in denen Probleme verschiedenster Art kumulieren und so für ein insgesamt schlechtes Klima sorgen. Hier ist es eine besondere Herausforderung für die Gemeindeverwaltung und die Polizei, bei der Problemlösung intensiv zusammenzuarbeiten.

5. Lokale Sicherheitsdiagnose, Kriminalitätslagebilder, Regionale Kriminalitätsanalysen

Mit diesen Begriffen werden Studien umschrieben, die das Ziel haben, das Thema „Innere Sicherheit“ für Polizei und Bürger gleichermaßen zu konkretisieren und zu regionalisieren. Leitend ist dabei die Einsicht, dass die unmittelbare Umgebung einerseits besondere Bedeutung in der Wahrnehmung der Bürger besitzt (und auch Verhalten entsprechend beeinflusst); andererseits hat man erkannt, dass positive Veränderungen nicht durch bundesweite Gesetze oder allgemeine kriminalpolitische Entscheidungen zu erreichen sind, sondern nur kleinräumig und „vor Ort“. Mit dem „Multi-Agency-Ansatz“ hat man realisiert, dass die Polizei zwar vieles, aber nicht alles kann, und dass dementsprechend nur dann Veränderungen möglich sind, wenn sich möglichst viele (Institutionen und Personen) an diesen Veränderungen beteiligen. Diese, für die Polizei in mancher Hinsicht auf den ersten Blick schmerzhaft Einsicht, ermöglichen vollkommen neue Dimensionen und Ansätze: Wenn man sich nicht mehr alleine für etwas verantwortlich fühlt, sucht man nach Allianzen, nach Mitstreitern, mit denen man Freud und Leid der Kriminalitätsbekämpfung teilen kann. Bürgernahe Polizeiarbeit und kommunale Kriminalprävention sind dazu die Stichworte, die den Weg weisen. Gleichzeitig findet eine Abkehr von der lange vorherrschenden Philosophie des „Mehr vom Selben“ (Watzlawick) statt: Man realisiert, dass mehr Personal, mehr und bessere Technik und mehr und härtere Gesetze nicht unbedingt eine Garantie für mehr „Erfolg“ sind. Die Kriminalitätsbekämpfung mit möglichst optimaler Ausstattung steht leider immer wieder im Vordergrund, obwohl man längst weiß, dass die Polizei viel mehr und auch vieles erfolgreicher tut, als Kriminalität zu bekämpfen. Nach intensiven Analysen von Notrufen und Funkstreifenwageneinsätzen hatte man bereits in den 70er Jahren in den USA erkannt, dass Konfliktschlichtungen und Hilfeleistungen ebenso wie Tätigkeiten im Verkehrsbereich sowohl quantitativ als auch qualitativ von besonderer Bedeutung sind. Inzwischen wurden diese Überlegungen auch auf Deutschland übertragen.¹⁷

6. Mehr Polizei?

Als eines der signifikantesten Ergebnisse praktisch aller Befragungen zeigt sich der Wunsch der Bürger nach mehr Polizeipräsenz auf den Straßen.¹⁸ Frühere Umfragen haben gezeigt, dass die Bürger einerseits mehr Polizei fordern, um Sicherheitsprobleme anzugehen. So fordern in der Schweizer Befragung zwischen 60% und 68% mehr Polizeistreifen im eigenen Wohngebiet, und bis zu 76% wollen mehr Polizei in den Innenstädten. Andererseits benennen die Bürger auf die Frage nach den Ursachen für diese Probleme aber einmütig soziale Faktoren wie Arbeitslosigkeit, nicht vorhandene Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche etc.; "zu wenig" oder eine "unfähige" Polizei wird hier als Ursache nur von deutlich weniger als 10% der Befragten genannt.¹⁹ Gleiches gilt, wenn man danach fragt, bei wem die hauptsächliche Verantwortlichkeit für die Reduzierung von Kriminalität liegt. Bereits in einem 1987 von der Kanadischen Sentencing Commission vorgelegten Bericht wird darauf verwiesen, dass nur 8% der Befragten in diesem Zusammenhang die Polizei nannten, im Vergleich zu 47%, für die die Gesellschaft insgesamt die Verantwortung trägt. Bei dieser Befragung gaben ebenfalls nur 5% an, dass mehr Polizeibeamte ein effektives Mittel seien, um Kriminalität zu kontrollieren, während 41% glaubten, dass durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit entsprechende Erfolge erreicht werden könnten. Dabei ist die Frage, ob und ggf. welche Auswirkungen die

¹⁷ Dreher, G.; Feltes, Th.: Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei. Holzkirchen 1996; Feltes, Th.: Polizeiliches Alltagshandeln. Die Polizei 6, 1995, S. 157 ff. (zuerst schon 1984 in Bürgerrechte und Polizei 3, S. 11 ff.).

¹⁸ Vgl. Heinz, W.; Spiess, G.: Viktimisierung, Anzeigenerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten. In: Feltes, Th. (o. Fn. 1), S. 96 f.

¹⁹ Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention, aaO.

Wahrnehmung von Polizeistreifen auf das Sicherheitsgefühl hat, durchaus noch offen. Zwar glauben dies die Bürger, wenn man sie fragt, wobei sie hierbei insbesondere für Fußstreifen (in der Innenstadt) einen positiven Effekt angeben (im eigenen Wohngebiet wird z.T. eher eine PKW-Streife bevorzugt). Auf die Frage, ob man sich sicherer oder unsicherer fühlt, wenn man im eigenen Wohngebiet eine Polizeistreife sieht, gaben im Schwarzwald-Baar-Kreis bei der Fußstreife rund 40% an, dass sie sich dann „in vielen Fällen sicherer“ fühlen (unsicherer fühlt sich dann nur 1%); bei der Fahrradstreife liegt dieser Anteil bei 23 - 34% (was von der geographischen Lage der jeweiligen Stadt abhängig sein dürfte) und bei der PKW-Streife sind es zwischen 32 und 40%, die sich „in vielen Fällen sicherer“ fühlen – auch hier fühlen sich nur bis zu 4% unsicherer, wenn sie eine solche Streife sehen.

Reuband stellt in seiner Studie fest: „Mit steigender Häufigkeit von Polizeipräsenz steigt die subjektive Sicherheit zunächst erwartungsgemäß, sinkt dann – sobald es um die fast tägliche Präsenz geht – wieder ab. Die größte subjektive Sicherheit ergibt sich, wo die Polizei häufig – mindestens einmal die Woche –, aber nicht täglich gesehen wird. ... Diejenigen, die keine Polizei, und diejenigen, welche sie fast täglich wahrnehmen, wiesen annähernd gleich große Werte für das subjektive Sicherheitsgefühl auf.“²⁰ Lisbach und Spiess jedoch stellen aufgrund der Befragung von 20.000 Bürgern in Deutschland fest, dass die Wahrnehmung von Polizeipräsenz in der Tendenz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden ist. Im Gegensatz zu Reuband zeigte sich hier, dass der Effekt der wahrgenommenen Polizeipräsenz im Wohngebiet – selbst bei Kontrolle von Urbanisierungsgrad und selbstberichteter Viktimisierung – nur gering ist, allerdings in der 'falschen' Richtung: Die Wahrnehmung von Polizeipräsenz ist in der Tendenz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden, ein Befund, der auch durch verschiedene örtliche Bürgerbefragungen bestätigt wird.²¹ Für die von uns untersuchten Schweizer Städte zeigt sich, dass zwischen Wahrnehmung von Polizeistreifen im eigenen Wohngebiet und der Angst, Opfer zu werden, sowie der Furcht, nachts alleine in der eigenen Wohnung zu sein, kein signifikanter Zusammenhang besteht. Jedoch haben diejenigen, die zuletzt eine Polizeipatrouille vor mehr als einer Woche bzw. einem Monat gesehen haben, häufiger „oft“ oder „sehr oft“ nachts Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend. Reuband selbst vermutet aufgrund seiner Ergebnisse, dass sich Polizeipräsenz an Orten, mit denen man vertraut ist, anders auswirkt als an Orten geringer Vertrautheit.²² Zudem gäbe es einen Schwellenwert, dessen Überschreitung für das Sicherheitsgefühl der Bürger kontraproduktiv wäre.

7. Bewertung der Polizei

Bei der Bewertung der Polizeiarbeit wurde von uns in der deutschlandweiten Befragung 1995 einen Mittelwert von 3,05 nach dem deutschen Schulnotensystem ermittelt. Dabei war eine deutliche Tendenz zu mittleren Noten vorhanden, was möglicherweise auf die geringe Trennschärfe der dort gestellten Frage zurückzuführen ist.²³ Die Ergebnisse bestätigen allerdings Befunde aus vergleichbaren Studien. Auch in einer Studie des Britischen Home Office bewerteten 1998 81% der Befragten die Polizeiarbeit mit „ziemlich oder sehr gut“.²⁴

Im Einzelnen²⁵ bewerteten bei unserer bundesweiten Umfrage im Jahr 1995:

²⁰ Reuband, K.-H.: Wahrgenommene Polizeipräsenz in der Wohngegend und ihre Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl. *Die Polizei* 4, 1999, S. 112 ff., S. 114.

²¹ Lisbach/Spiess im vorliegenden Band; s.a. Hermann, D.; Bubenitschek, G.: Kommunale Kriminalprävention. Probleme bei der Implementation von Lösungsvarianten. *Kriminalistik* (8) 1999, S. 546-552.

²² Reuband (o. Fn. 20), S. 115.

²³ „Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müssten, welche Note ... würden Sie ihr dann geben?“

²⁴ „Very good job“ oder „fairly good job“; Yeo, H.; Budd, T.: *Policing and the Public: Findings from the 1998 British Crime Survey*, Home Office Research Findings No. 113. London 2000.

²⁵ Ausführlicher Heinz, W.; Spiess, G.: Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Polizei – Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen. In: *Gedächtnisschrift für Hagen Gülzow*, hrsg. von der FH Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei. Konstanz 1999, S. 317 ff.

- Ostdeutsche die Polizei schlechter als Westdeutsche
- Bürger in nördlichen Bundesländern schlechter als in südlichen
- Frauen nicht anders als Männer
- Jüngere schlechter als ältere
- Menschen mit Opfererfahrung deutlich schlechter als solche ohne (mehrfache Viktimisierung und Gewaltopfer bewerten noch schlechter)
- Diejenigen, die eine Polizeistreife gesehen haben, besser als andere
- Bildungsstatus und Berufstätigkeit haben ebenso wie die Häufigkeit des Polizeikontaktes keinen bzw. nur geringen Einfluss.

Bei den Befragungen in Calw, Ravensburg/Weingarten und Freiburg im Jahre 1994 wurden diese Ergebnisse bestätigt, wobei die vergebenen Durchschnittsnoten hier etwas niedriger lagen. In der im Jahr 2000 durchgeführten Studie in den Schweizer Städten wurden (auf das deutsche Notensystem umgerechnete) Werte zwischen 2,4 und 2,6 und damit deutlich bessere Ergebnisse erzielt.

8. Quo vadis KKP?

Nach fast zehn Jahren intensiver Beschäftigung mit den theoretischen und praktischen Grundlagen von „Kommunaler Kriminalprävention“ kann man ein positives und ein negatives Resumé ziehen: Aus polizeilicher Sicht gleichen diese zehn Jahre fast einer kleinen Revolution: Die Sichtweise der Probleme der Inneren Sicherheit hat sich „vor Ort“, aber auch auf Seiten der politisch Verantwortlichen und der Polizeiführung wesentlich verändert. Polizei kümmert sich zunehmend (auch) um die subjektiven Belange der Bürger und vertraut nicht mehr (nur) auf objektive Daten und Fakten. Man ist offen geworden auch für eine wissenschaftliche Sichtweise von Polizeiarbeit und es beginnt sogar eine Diskussion um die „Polizeiwissenschaft“ in Deutschland. Aus wissenschaftlicher Sicht ist die Situation in Deutschland nach wie vor eher unbefriedigend: Es gibt keine regelmäßigen bundesweiten Viktimisierungsstudien, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von polizeilichen Maßnahmen finden (im Gegensatz zu den USA oder Großbritannien) praktisch nicht statt, und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis ist nach wie vor eher zurückhaltend – vorsichtig formuliert. Es bleibt zu hoffen, dass Projekte wie die Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg in Zukunft nicht nur Anstoß, sondern auch Beispiel sein werden.

I. Teil: Die Kriminalitätslage in den Gemeinden des Pilotprojekts aus der Sicht der Polizei

Manfred Schmälzle

Kriminalitätslage in den Pilotgemeinden aus Sicht der Polizei Calw

1. Strukturdaten der Kommune und lokale/regionale Besonderheiten

Die Große Kreisstadt Calw liegt am nördlichen Rand des Schwarzwaldes zwischen den Großstädten Stuttgart und Pforzheim. Calw zählt zum Einzugsgebiet des Großraums Stuttgart. Die Kreisstadt hat rd. 24.000 Einwohner mit einer geringfügig stärkeren weiblichen Wohnbevölkerung und einen Anteil von 23 % ausländischen Mitbürgern, vorwiegend in der Kernstadt. Im Kreis Calw liegt der Anteil der nichtdeutschen Wohnbevölkerung bei 14 %.

Täglich pendeln etwa 5.600 Berufstätige, davon 70 % mit dem Pkw und 26 % mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu den insgesamt 9.200 Arbeitsplätzen ein. Ca. 3.500 Arbeitnehmer haben ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadt.

Zum Stadtgebiet gehören zehn Stadtteile, wovon neun geografische selbständige Einheiten bilden. Der der Kernstadt angeschlossene Stadtteil Heumaden ist der wohnbevölkerungsreichste mit 6.000 Mitbürgern; er liegt in unmittelbarer Nähe der Graf-Zeppelin-Kaserne (Schwarzwaldbrigade 25 – Fallschirmjäger).

Einen besonderen Schwerpunkt bilden Schüler und Jugendliche durch die zahlreichen Grundschulen, Gymnasien und ein großes Berufsschulzentrum, in dem die Schüler auch teilweise internatsmäßig untergebracht sind.

2. Kriminalitätslage

2.1 Übersicht

Die in der Großen Kreisstadt Calw registrierte Kriminalität beträgt jährlich mit geringfügigen Schwankungen nach oben und unten 1000 Straftaten.

Im Jahre 1994 wurden insgesamt 873 Straftaten, davon 74 versuchte Straftaten, der Polizei bekannt. Bei einer Aufklärungsquote von 48 % = 419 Fälle konnten insgesamt 397 Tatverdächtige ermittelt werden. Davon waren 179 Personen = 45,1 % Nichtdeutsche.

2.2 Deliktsfeldverteilung

Straftaten insgesamt	873 Fälle
Straftaten gegen das Leben	0 Fälle
Straftaten gegen die sex. Selbstbestimmung	9 Fälle
Rohheitsdelikte	80 Fälle
Diebstahlsdelikte gesamt	429 Fälle
davon einfacher Diebstahl	165 Fälle
davon schwerer Diebstahl	264 Fälle
Vermögens- und Fälschungsdelikte	128 Fälle
Sonstige Straftatbestände wie Erpressung, Widerstand, Brandstiftung, Sachbeschädigung, Beleidigung usw.	147 Fälle
Strafrechtliche Nebengesetze wie Waffengesetz, Rauschgift delikte usw.	79 Fälle

Der Schwerpunkt der Kriminalität liegt mit 429 Fällen im Deliktsfeld Diebstahl; das sind 49 % der Gesamtkriminalität.

2.3 Einzeldelikte

2.3.1 Diebstahlsdelikte

Insgesamt wurden in Calw 1994 429 Diebstahlsdelikte registriert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Gesamtzahl rückläufig. 1993 mussten noch 483 Fälle erfasst werden.

Betrachtet man die Einzeldelikte, liegen die Schwerpunkte bei

Diebstahlsdelikte gesamt	429 Fälle
Diebstahl in/aus Automaten	30 Fälle
Diebstahl in/aus Büroraum	20 Fälle
Diebstahl in/aus Warenhaus	72 Fälle
Diebstahl in/aus Wohnraum	50 Fälle
Diebstahl in/aus Kfz	109 Fälle
Diebstahl an Kfz	30 Fälle

Wie überall dominiert im Deliktsfeld Diebstahl der Warenhausdiebstahl, unter dem auch die Laddiebstahlsdelikte erfasst sind. Eine Besonderheit ist jedoch die große Anzahl der Diebstähle in/aus und an Kfz. Die für diesen Bereich registrierten Straftaten ereigneten sich überwiegend im Stadtteil Heumaden.

Die Bebauung dieses Stadtteils ist geprägt von großen Wohnblöcken und Mehrfamilienhäusern, die bei der Errichtung hauptsächlich für Soldaten der nahegelegenen Graf-Zeppelin-Kaserne konzipiert waren. Ein kultureller Mittelpunkt in Heumaden fehlt. Garagen für Fahrzeuge sind nur geringfügig vorhanden, die Bewohner sind überwiegend „Laternenparker“.

Für die dortige jugendliche Wohnbevölkerung gibt es im Stadtteil Heumaden keinerlei Anlaufpunkte. Ein Jugendzentrum/-haus ist lediglich in der Kernstadt vorhanden. Aus diesem Grund treffen sich die Jugendlichen in Heumaden auf Kinderspielplätzen und bei einem überdachten Einkaufszentrum, also auf der Straße. Bei Beschuldigtenvernehmungen gestanden viele Jugendliche, Fahrzeugaufbrüche auch aus Langeweile zu verüben.

2.3.2 Rohheitsdelikte

Die registrierten 80 Fälle von Rohheitsdelikten unterteilen sich hauptsächlich in

Rohheitsdelikte insgesamt	80 Fälle
Körperverletzungen	56 Fälle
Raubdelikte	8 Fälle
Nötigung/Bedrohung	15 Fälle

Insgesamt ist zu den Vorjahren ein Rückgang festzustellen, der besonders bei den Körperverletzungsdelikten ausgeprägt ist.

2.3.3 Vermögens- und Fälschungsdelikte

Dominant ist in diesem Deliktsfeld der Betrug mit 100 Straftaten, wobei besonders der Waren- und Warenkreditbetrug hervortritt. Urkundenfälschungen sind mit 19 Fällen registriert.

2.3.4 Rauschgiftdelikte

Im Vergleich zum Vorjahr 1993 ist hier keine Veränderung eingetreten. Die Anzahl der erfassten Fälle liegt bei 33 Straftaten. Ein geringfügiger Rückgang ist im Bereich Handel und Schmuggel von Rauschgiften festzustellen, dagegen ist ein leichter Anstieg bei Besitz und Konsum von Rauschgiften zu verzeichnen. Bei Besitz und Konsum sind 21 Fälle ausgewiesen, die sich wie folgt verteilen:

Verstöße mit Heroin	5 Fälle
Verstöße mit Kokain	3 Fälle
Verstöße mit Amphetamin	2 Fälle
Verstöße mit Cannabis	11 Fälle

3. Tatverdächtige

3.1 Übersicht

Insgesamt konnten 1994 397 Tatverdächtige, davon 179 nichtdeutsche, ermittelt werden.

Von hier aus besteht lediglich noch Zugriff auf die Zahlen des ersten Halbjahres 1994. Insoweit gelten die Ausführungen für die Tatverdächtigen lediglich für diesen Zeitraum. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist nicht möglich.

Im ersten Halbjahr 1994 wurden 442 Straftaten registriert. Insgesamt konnten 214 Tatverdächtige, davon 168 männlich und 46 weiblich, ermittelt werden.

3.2 Tatverdächtigenstruktur

Unter Berücksichtigung der im Strafrecht festgelegten Strukturierung der Tatverdächtigen ergibt sich für die insgesamt 214 Tatverdächtigen folgende Verteilung:

Die nichtdeutschen Tatverdächtigen sind mit insgesamt 92 Personen = 43 % erfasst.

3.3 Tatverdächtige/Straftaten

3.3.1 Kinder

Die 6 straffällig gewordenen Kinder waren in nachfolgenden Delikten auffällig:

Sex. Mißbrauch von Kindern	1 Täter
Handtaschenraub	3 Täter
Diebstahls von Fahrrad	1 Täter
Erpressung	1 Täter

3.3.2 Jugendliche

Insgesamt wurden 19 Jugendliche als Täter für folgende Straftaten ermittelt:

Körperverletzung	3 Täter
Diebstahl in/aus Büroraum	1 Täter
Ladendiebstahl	5 Täter
Rezeptdiebstahl	1 Täter
Betrug	2 Täter
Urkundenfälschung	2 Täter
Brandstiftung	1 Täter
Verstoß gegen AusländerGes	2 Täter
Konsum von Rauschgiften	1 Täter
Handel mit Rauschgiften	1 Täter

3.3.3 Heranwachsende

Die in der Altersgruppe der Heranwachsenden 31 Tatverdächtige waren für folgende Taten verantwortlich:

Beraubung von Taxifahrer	1 Täter
Körperverletzung	4 Täter
Diebstahl von/aus Automaten	2 Täter
Diebstahl in/aus Hotel	1 Täter
Ladendiebstahl	7 Täter
Diebstahl in/aus Wohnraum	1 Täter
Betrug	3 Täter
Unterschlagung	1 Täter
Hehlerei	3 Täter
Verstoß gegen das LebensmittelG	2 Täter
AusländerGes	1 Täter
Konsum von Rauschgiften	4 Täter
Handel von Rauschgiften	1 Täter

3.3.4 Erwachsene

Die meisten Tatverdächtigen gehören der Altersgruppe der Erwachsenen an. So wurden für nachfolgende Delikte 158 Personen angezeigt:

Straftaten gg. sex. Selbstbestimmung	3 Täter
Rohheitsdelikte	31 Täter
Diebstahlsdelikte	41 Täter
Vermögens- und Fälschungsdelikte	34 Täter
Sonstige Straftatbestände	27 Täter
Strafrechtliche Nebengesetze	22 Täter

3.3.5 Nichtdeutsche Tatverdächtige

Vergleicht man den prozentualen Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Verhältnis zu allen ermittelten Tatverdächtigen, so ergibt sich folgender Anteil in den Deliktsfeldern:

Straftaten gesamt	43 % TV nichtdeutsch
Straftaten gg. sex. Selbstbestimmung	25 % TV nichtdeutsch
Rohheitsdelikte	37,2 % TV nichtdeutsch
Diebstahlsdelikte	59,7 % TV nichtdeutsch
Vermögens- u. Fälschungsdelikte	30,8 % TV nichtdeutsch
Sonstige Straftatbestände	36,4 % TV nichtdeutsch
Strafrechtliche Nebengesetze	52,9 % TV nichtdeutsch

Der Anteil von über 50 % bei den Diebstahlsdelikten resultiert vorwiegend aus dem Einzeltatbestand Ladendiebstahl, in dem die nichtdeutschen Tatverdächtigen mit 71,1 % erfasst sind. Zu den strafrechtlichen Nebengesetzen gehören die Tatbestände Verstoß gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz. Eine Strafbarkeit ist hier nur von Nichtdeutschen möglich, so dass auch hier die hohe Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen erklärbar ist.

Kriminalitätslage in den Pilotgemeinden aus Sicht der Polizei Ravensburg/Weingarten

1. Strukturdaten der Kommune und lokale/regionale Besonderheiten

Die großen Kreisstädte Ravensburg mit 47.000 Einwohnern und Weingarten mit 24.000 Einwohnern liegen im mittleren Schussental und sind städtebaulich zusammengewachsen. Obwohl politisch selbständig, bilden sie gemeinsam das Oberzentrum der Region Bodensee-Oberschwaben. Zusammen mit den Gemeinden Baienfurt und Baidt im Norden sowie Berg und Weißenau im Westen bzw. im Süden leben im mittleren Schussental knapp 90.000 Menschen.

Ravensburg und Weingarten sind Städte mit sehr unterschiedlicher Tradition, aber auch mit sehr engen Verflechtungen. Beide Städte sind historische Handels, Schul- und Einkaufsstädte und bilden somit ein ausgeprägtes Einpendlerzentrum. Sie haben eine hohe Arbeitsplatzdichte, ein umfassendes schulisches Angebot, eine Pädagogische und eine Fachhochschule sowie eine Berufsakademie. Es gibt ein sehr großes und vielfältiges Angebot an Einzelhandelsgeschäften, insbesondere in der Altstadt von Ravensburg sind sehr viele Banken und Versicherungen präsent.

Die Altstadt von Ravensburg ist der „Marktplatz der Region“. Dies hat Vorzüge, aber auch seine Schattenseiten in der Kriminalitätsentwicklung.

Die besondere Struktur der beiden Städte verdeutlicht aber auch, dass für sie das Thema „Schüler und Jugendliche“ besonderes Gewicht haben muss. Die Zahl der Kinder ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen; für die kommenden Jahre ist mit einer erheblich wachsenden Zahl von Schülern und Jugendlichen zu rechnen. Zu den Jugendlichen der Städte kommt die Jugend des Umlandes hinzu, die in beiden Städten die Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten nutzt.

Ravensburg

Weingarten

47.000 Einwohner	23.000 Einwohner
12.000 Schüler	2.600 Schüler
1.500 Studenten	2.900 Studenten
20.000 Einpendler, davon	9.000 Einpendler, davon
4.000 zu den Schulen	900 zu den Schulen
33.000 Arbeitsplätze, davon	13.000 Arbeitsplätze, davon
11.000 im Handel	4.000 im Handel
über 500 Einzelhandelsgeschäfte	über 200 Einzelhandelsgeschäfte

Auf ca. 7 % der Landkreisfläche wohnen rund 30 % der Bevölkerung.

2. Kriminalitätslage

2.1 Schwerpunkte der registrierten Kriminalität

Die registrierte Kriminalität verlief während des Projektes in beiden Städten z. T. recht unterschiedlich. Während sich in Ravensburg die seit 1994 anhaltende Zunahme der Delikte auch 1996 weiter fortsetzte, ist die Entwicklung in Weingarten 1996 durch einen starken Rückgang gekennzeichnet. Dieser war 1996 im Wesentlichen auf einen Rückgang der Diebstähle, der Vermögens- und Fälschungsdelikte und der Sachbeschädigung zurückzuführen.

Die Kriminalität in den Städten Ravensburg und Weingarten ist seit Jahren von einem hohen Anteil der Jungtäterkriminalität gekennzeichnet. Der Anteil der Jungtäter lag in Ravensburg 1992 bei 27,7 % und in Weingarten bei 29,4 %, während er im Landesdurchschnitt bei 23,7 % lag. Der Anstieg der Jungtäterkriminalität liegt seit Jahren teilweise erheblich über dem der Erwachsenenkriminalität. In einigen Delikten übersteigt er den der Erwachsenen um mehr als das Doppelte.

Die Jungtäter sind die am höchsten belastete Bevölkerungsgruppe, wobei hier anfangs die Altersgruppe der Heranwachsenden am auffälligsten war.

Die Jungtäterkriminalität in den Pilotstädten wird im Wesentlichen durch

- Eigentumsdelikte,
- Aggressionsdelikte und
- Betäubungsmitteldelikte

bestimmt.

2.2 Entwicklung ausgewählter Delikte und Deliktsgruppen

2.2.1 Gewaltkriminalität

Obwohl unter den statistischen Begriff der Gewaltkriminalität nur die schwersten Straftaten des Strafgesetzbuches subsumiert werden, zu denen junge Menschen teilweise überhaupt keinen Zugang haben (Kindestötung, Angriff auf den Luftverkehr u. ä.), weisen beide Städte dennoch einen relativ hohen Anteil an Jungtätern auf. Insgesamt muss festgestellt werden, dass die Entwicklung der Gewaltkriminalität in beiden Städten eine zunehmende Tendenz aufweist.

Nach einem Höchststand in Ravensburg 1993 und in Weingarten 1992 und einem darauffolgenden teilweise deutlichen Rückgang der Delikte wurden in den vergangenen Jahren wieder verstärkt derartige Straftaten erfasst. In Ravensburg stieg deren Zahl um 19,7 % und in Weingarten sogar um 27,6 %.

Beide Städte zusammen wiesen 1995 95 Gewaltdelikte aus, 1996 dagegen 116.

Während in Ravensburg im Laufe der Jahre 1991 bis 1996 der Anteil der Jungtäter immer unter 30% lag (mit Ausnahme 1995 = 32,8 %), liegt er in Weingarten seit Jahren über 36 %, wobei 1993 mit 42,9 % der Höchststand erreicht wurde.

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich deutscher zu nichtdeutschen Jungtätern in den beiden Städten. Während in Ravensburg seit 1991 die Zahl der deutschen Jungtäter fast identisch mit der der nichtdeutschen ist, werden in Weingarten traditionell deutlich mehr deutsche Jungtäter als nichtdeutsche ermittelt. Im Durchschnitt haben hier etwa zwei Drittel aller Jungtäter die deutsche Staatsangehörigkeit.

2.2.2 Einzeldelikte

2.2.2.1 Diebstahl

Der Diebstahl ist in beiden Städten seit Jahren der bevorzugte Deliktsbereich. Nach einem Höchststand im Jahre 1992 sind die Fallzahlen in beiden Städten z. T. sehr deutlich zurückgegangen, wobei sie derzeit den Stand von 1991 widerspiegeln. Ebenso wie bei den Fallzahlen verlief es bei den ermittelten Tatverdächtigen. Auch hier wurden im Jahre 1992 die meisten Tatverdächtigen ermittelt. Wurden 1992 im Ravensburg zu den 2908 Diebstahlsdelikten insgesamt 790 Tatverdächtige ermittelt, so waren es 1996 bei insgesamt 2338 Straftaten 613 Tatverdächtige. In Weingarten wurden 1992 insgesamt 1472 Dienstahlsdelikte mit insgesamt 507 Tatverdächtigen ermittelt. 1996 ging die Zahl der Diebstähle auf 625 zurück. Hierzu wurden 472 Tatverdächtige ermittelt.

Der Anteil der Jungtäter ist in beiden Städten sehr hoch. 1996 lag er in Ravensburg bei 59,1 %, in Weingarten sogar bei 70,9 %. Auffallend ist, dass weibliche Jungtäter in diesem Deliktsbereich sehr stark vertreten sind. 65,8 % aller weiblichen Jungtäter in Ravensburg und 76,7 % aller weiblichen Jungtäter in Weingarten sind eines Diebstahls verdächtig.

2.2.2.1.1 Diebstahl rund ums Kraftfahrzeug

Der Deliktsbereich rund ums Kraftfahrzeug ist eine Deliktsform, die den Diebstahl wesentlich mitbestimmt. Rund 22 % aller Diebstahlsdelikte in Ravensburg und ca. 18 % in Weingarten sind Straftaten, die sich rund um das Kraftfahrzeug abspielen. Erfreulicherweise wurde 1996 der ständige Anstieg dieser Delikte gebrochen. In Ravensburg wurden über 30 % und in Weingarten sogar knapp

40 % weniger derartige Delikte begangen als noch im Vorjahr. Somit wurden in beiden Städten 1996 deutlich weniger derartige Straftaten begangen als noch 1991.

Der Diebstahl rund ums Kraftfahrzeug ist ein jugendtypisches Delikt. Jungtäter sind seit Jahren in beiden Städten erheblich stärker belastet als die Erwachsenen. In Ravensburg lag 1996 der Anteil der Jungtäter bei knapp 60 %, in Weingarten bei über 65 %.

Traditionell ist der Diebstahl rund ums Kraftfahrzeug ein Delikt männlicher Täter. Bis auf eine Tatverdächtige in Weingarten waren 1996 in beiden Städten bei den Jungtätern alle männlichen Geschlechts.

2.2.2.1.2 Diebstahl aus Warenhäusern

Der Diebstahl aus Warenhäusern weist in den Städten Ravensburg und Weingarten seit Jahren steigende Tendenz auf. Dementsprechend werden auch jährlich mehr Tatverdächtige ermittelt. Entgegen den landläufigen Vermutungen sind Jungtäter hier deutlich in der Minderheit. Sie stellen in beiden Städten ca. 30 % der ermittelten Tatverdächtigen. Auffallend beim Diebstahl aus Warenhäusern ist der relativ hohe Anteil weiblicher Jungtäter mit etwas mehr als 40 %.

Der Diebstahl aus Warenhäusern gilt als Massendelikt, bei dem die Kinder und Jugendlichen erheblich stärker beteiligt sind als die Heranwachsenden.

Die Aufklärungsquote beim Diebstahl aus Warenhäusern ist zwar sehr hoch (ca. 90 %), aber gleichzeitig existiert auch ein großes Dunkelfeld. Es wird auf 1 : 100 geschätzt. Somit können lediglich zu einem Prozent der Tatverdächtigen Aussagen gemacht werden.

2.2.2.2 Körperverletzung

Die Entwicklung der Körperverletzungsdelikte verlief in beiden Projektstädten unterschiedlich. Nach einem Höchststand im Jahre 1991 gingen in Ravensburg die Fallzahlen im darauffolgenden Jahr stark zurück und stiegen in den darauffolgenden Jahren wieder an. In Weingarten dagegen schwankten die Werte nach dem Höchststand 1991 zwischen 79 und 67 Straftaten und haben nun 1996 den Höchststand von 1991 mit 83 Taten übertroffen.

In beiden Städten wurden erheblich mehr Erwachsene als Jungtäter wegen Körperverletzung angezeigt. Nur ca. 20 % der Tatverdächtigen in Ravensburg und 24 % in Weingarten waren Jungtäter.

Gemeinsam ist beiden Städten, dass Körperverletzungsdelikte zunehmend auch von Frauen begangen werden. Trotzdem liegt deren Anteil weiterhin unter dem der Männer. Körperverletzungsdelikte werden häufig von mehreren Tätern gemeinsam begangen.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik lässt im Bereich der Körperverletzungsdelikte keine Aussage über die „Qualität der Delikte“ zu. Es ist jedoch eine Tendenz dahingehend zu beobachten, dass Jugendliche und Heranwachsende immer öfter im Besitz entsprechender „Bewaffnung“ sind. Die Notwendigkeit, sich mit entsprechenden Waffen auszustatten, wird häufig mit Angst vor Angriffen, um sich selbst zu schützen, begründet.

Im Bereich der Schulen bestehen offenbar große Hemmungen, bei der Polizei Anzeige zu erstatten bzw. mit den betroffenen Eltern das Gespräch zu suchen. Hierbei wird oftmals verkannt, dass durch rechtzeitige Intervention eine weitere Eskalation vermieden werden kann.

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wird oftmals auch deutlich, dass Opfer die ihnen bekannten Täter insbesondere aus Repressionsangst nicht anzeigen und die Taten häufig nur über Dritte bekannt werden. Geschädigte Kinder bzw. Jugendliche verschweigen die Straftaten oftmals gegenüber ihren Eltern.

2.2.2.3 Betäubungsmitteldelikte

Seit 1991 wurden in den Städten Ravensburg und Weingarten ständig steigende Fallzahlen bekannt. Ab 1994 bzw. schon 1994 in Weingarten konnte dieser Trend gebrochen werden. Dies setzte sich auch 1996 mit einem deutlichen Rückgang um ca. 27 % in Ravensburg und 17 % in Weingarten fort. Dennoch findet in beiden Städten Rauschgiftkriminalität auf sehr hohem Niveau statt.

Rauschgiftdelikte sind in beiden Städten seit jeher Straftaten erwachsener Straftäter. Der Anteil der Jungtäter liegt hier z. T. deutlich niedriger als bei anderen „jugendtypischen“ Delikten, obwohl er seit Jahren ständig ansteigt. In Ravensburg lag er 1991 bei ca. 15 % und 1996 bei 32 %, in Weingarten bei 17 % bzw. 24 %.

Beim Deliktsbereich der Betäubungsmitteldelikte ist zu beachten, dass die Polizei nicht wie in anderen Deliktsbereichen über eine Anzeige, z. B. vom Geschädigten, Kenntnis von der Straftat erlangt, sondern i. d. R. durch operative Ermittlungen strafbare Handlungen aufdeckt. Daraus ergibt sich, dass die Zahl der aufgedeckten Straftaten wesentlich von der Anzahl der in der Rauschgiftbekämpfung eingesetzten Beamten abhängig ist. Weiterhin existiert in diesem Deliktsbereich ein relativ hohes Dunkelfeld. Ein Anstieg bzw. Rückgang der Fallzahlen bedeutet somit nicht automatisch einen Anstieg bzw. Rückgang der Rauschgiftkriminalität, sondern kennzeichnet häufig nur eine Verschiebung im Verhältnis Hellfeld zu Dunkelfeld. Die lokale und personelle Schwerpunktsetzung der Polizei bestimmt die Zu- bzw. Abnahme der registrierten Rauschgiftkriminalität.

2.3 Tatort-Wohnort-Beziehung

Der Ballungsraum mittleres Schussental mit den beiden Zentren Ravensburg und Weingarten weist seit Jahren einen steten Anstieg der auswärtigen Tatverdächtigen auf. Insbesondere wird die Stadt Ravensburg in den letzten Jahren zunehmend von auswärtigen Tatverdächtigen belastet. Mehr als die Hälfte der in Ravensburg und Weingarten ermittelten Tatverdächtigen (egal ob Erwachsene oder Jungtäter) wohnten außerhalb. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Offensichtlich verschaffen die vielen Tatgelegenheiten einen besonderen Tatanreiz. Zudem dürften die ständig steigende Zahl der Einpendler und die vermehrte Mobilität mitverantwortlich sein. Auffallend ist zudem, dass junge Menschen mit zunehmendem Alter vermehrt über Fahrgelegenheiten verfügen.

Da die PKS lediglich Aussagen über die Tatverdächtigen und deren Wohnorte macht, jedoch nicht erkennen lässt, wie viele Straftaten diese „Auswärtigen“ hier begehen, hatte die Polizeidirektion Ravensburg eine Sonderauswertung beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg für die Jahre 1995 und 1996 veranlasst. Dadurch konnte erkannt werden, dass die Zahl der Straftaten, die von ortsansässigen Jungtätern begangen werden, rückläufig ist. Lediglich 44 % der Straftaten sind einheimischen Jungtätern zuzurechnen.

Auffallend ist, dass die Gruppe der Heranwachsenden offensichtlich die mobilste Altersgruppe ist.

2.4 Ermittelte Tatverdächtige nach Alter, Geschlecht und Nationalität

2.4.1 Altersstruktur der Tatverdächtigen

In beiden Projektstädten stieg die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen seit drei Jahren kontinuierlich an. Vermutlich ist dies u. a. auch in einer ständig steigenden Aufklärungsquote mit begründet. Der Anstieg der Tatverdächtigenzahlen in den Projektstädten 1996 mit + 5,5 % in Ravensburg und + 2,2 % in Weingarten liegt jedoch noch unter dem des Landkreises mit 8,4 %.

Erfreulich war 1996 die Entwicklung bei den Jungtätern. Während in beiden Städten deutlich mehr Erwachsene als im Vorjahr ermittelt wurden, traten in Ravensburg 3,7 % weniger junge Menschen und in Weingarten nur 0,4 % mehr als Tatverdächtige in Erscheinung.

Der Anteil der Jungtäter an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen ist in beiden Städten seit Jahren beinahe identisch (26,2 % in Ravensburg und 26,6 % in Weingarten).

Auffallend hoch ist der Anteil der Jungtäter bei folgenden Delikten:

Delikt	Ravensburg	Weingarten
Diebstahl insg.	37,7 %	43,6 %
Diebstahl aus Warenhaus	36,7 %	33,3 %
Diebstahl rund ums Kraftfahrzeug	59,6 %	65,5 %
Betäubungsmittelgesetz	32,0 %	23,6 %
Gewaltkriminalität	28,7 %	36,3 %
Sachbeschädigung	33,3 %	33,3 %

Auffallend gering dagegen ist der Anteil der Jungtäter bei den Körperverletzungsdelikten mit 20,2% bzw. 24,4 %.

2.4.2 Geschlechtsstruktur der Tatverdächtigen

Der Anteil der männlichen Täter an der Gesamtkriminalität ist allgemein erheblich höher als der der weiblichen. Von den 1996 ermittelten Jungtätern waren in Ravensburg 274 männlichen und 117 (= 29,9 %) weiblichen Geschlechts. In Weingarten waren 154 männlich und 73 (32,2 %) weiblich. In beiden Städten war ein Anstieg der weiblichen Tatverdächtigen zu verzeichnen.

Sowohl in Ravensburg als auch in Weingarten waren deutlich mehr Mädchen kriminell als im Vorjahr. Besonders hoch ist der Anteil der jungen Mädchen bei den Diebstahlsdelikten. 33,4 % bzw. 34,8 % aller wegen eines Diebstahls angezeigten Jungtäter sind weiblich. Noch größer ist der Anteil der Jungtäterinnen beim Diebstahl aus Warenhäusern mit 42,2 % in Ravensburg und 40,6 % in Weingarten. Im Gegensatz dazu sind sie bei den Delikten des Diebstahls rund ums Kraftfahrzeug in beiden Städten nur mit einer Tatverdächtigen vertreten. Dieses Delikt scheint die Domäne des jungen Mannes zu sein.

Besorgniserregend zeigt sich die Entwicklung bei der Gewaltkriminalität, bei der im vergangenen Jahr in Ravensburg sechs von 25 Jungtätern und in Weingarten vier von 14 Jungtätern weiblichen Geschlechts waren.

2.4.3 Nationalität der Tatverdächtigen

In beiden Städten blieb die Zahl der ermittelten nichtdeutschen Jungtäter in den vergangenen Jahren nahezu konstant. Nach einem Höchststand in den Jahren 1992 und 1993 wurden in den darauffolgenden Jahren jeweils weniger nichtdeutsche Jungtäter ermittelt, so dass z. B. 1996 in Weingarten der niedrigste Stand seit 1991 verzeichnet werden konnte. In Ravensburg verlief die Entwicklung entsprechend.

2.4.4 Erscheinungsformen der Jugenddelinquenz

Die Jugendkriminalität in den Pilotstädten wird seit Jahren im Wesentlichen durch Eigentums-, Aggressions- und Betäubungsmitteldelikte bestimmt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik auf echter Tatverdächtigenzählung beruht, d. h. jeder Tatverdächtige wird für den jeweiligen Deliktsbereich jährlich nur einmal erfasst, auch bei mehrfacher Straffälligkeit. Die Tatverdächtigenzahlen der unter 21-Jährigen lassen deshalb das Ausmaß der Jugenddelinquenz nur teilweise erkennen. Zur Ergänzung des Gesamtbildes der Tatverdächtigen müsste ihnen die Zahl der von ihnen begangenen Straftaten gegenübergestellt werden. Diese Zahlen lassen sich aber der PKS nicht entnehmen.

Im Jahre 1996 wurden 391 Tatverdächtige unter 21 Jahren in Ravensburg und 227 in Weingarten ermittelt. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Straftaten:

Delikt	Ravensburg	Weingarten
Diebstahl	231 = 59,1 %	161 = 70,9 %
BTM-Gesetz	48 = 12,3 %	17 = 7,5 %
Körperverletzung	43 = 8,7 %	22 = 9,7 %
Vermögens- und Fälschungsdelikte	44 = 11,3 %	18 = 7,9 %
Gewaltkriminalität	25 = 6,4 %	14 = 6,2 %
Sachbeschädigung	19 = 4,9 %	10 = 4,4 %

Es gehört zu den langjährigen Erfahrungen der Polizei, dass viele Jungtäter bei der Tatausführung unter Alkoholeinfluss stehen. Neben der großen Gefahr von Gesundheitsschäden begünstigt Alkohol offensichtliche auch die Begehung von Straftaten. Insbesondere bei Gewaltdelikten gegen Personen und Sachen spielt Alkohol eine nicht unerhebliche Rolle.

Die Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik können nur eine unvollständige Aussage darüber machen, wie viele Straftaten tatsächlich unter Alkoholeinwirkung begangen werden. Viele Delikte werden erst mit einiger Zeitverzögerung angezeigt. Wird der Tatverdächtige schließlich ermittelt, ist ein Nachweis von Alkohol oft nicht mehr möglich.

**Kriminalitätslage in Baden-Württemberg –
Vergleich mit den vier Gemeinden des Pilotprojekts für das Jahr 1994**

1. Gesamtfallzahlen

1.1 Baden-Württemberg im Bundesvergleich

Im Jahr 1994 wurden im Land Baden-Württemberg insgesamt 583.476 Straftaten bekannt und statistisch erfasst. Hiermit weist Baden-Württemberg im Ländervergleich die vierthöchste Gesamtfallzahl auf. Mehr Straftaten wurden nur noch in Nordrhein-Westfalen (1.331.219), Bayern (681.143) und Niedersachsen (588.017) registriert.

1.2 Vergleich der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg

Stadt- und Landkreise	Gesamtfallzahlen	Häufigkeitszahlen
Alb-Donau-Kreis	4.675	2.629
Baden-Baden, Stadtkreis	3.837	7.279
Biberach	6.454	3.754
Böblingen	16.205	4.661
Bodenseekreis	11.094	5.797
Breisgau-Hochschwarzwald	10.468	4.619
Calw	4.783	3.052
Emmendingen	6.706	4.657
Enzkreis	4.419	2.395
Esslingen	22.128	4.508
Freiburg, Stadtkreis	25.137	12.735
Freudenstadt	3.868	3.211
Göppingen	10.764	4.267
Heidelberg, Stadtkreis	14.336	10.282
Heidenheim	5.080	3.731
Heilbronn, Landkreis	8.916	3.034
Heilbronn, Stadtkreis	8.930	7.296
Hohenlohekreis	3.379	3.382
Karlsruhe, Landkreis	16.472	4.124
Karlsruhe, Stadtkreis	27.783	9.994
Konstanz	16.851	6.601
Lörrach	17.792	8.495
Ludwigsburg	20.888	4.333
Main-Tauber-Kreis	5.338	3.988
Mannheim, Stadtkreis	41.001	12.892
Neckar-Odenwald-Kreis	5.207	3.609
Ortenaukreis	22.532	5.771
Ostalbkreis	11.265	3.664
Pforzheim, Stadtkreis	8.300	7.067
Rastatt	11.808	5.420
Ravensburg	12.745	4.923
Rems-Murr-Kreis	16.870	4.262
Reutlingen	16.116	5.983

Stadt- und Landkreise	Gesamtfallzahlen	Häufigkeitszahlen
Rhein-Neckar-Kreis	25.221	4.964
Rottweil	5.641	4.100
Schwäbisch-Hall	5.936	3.387
Schwarzwald-Baar-Kreis	9.944	4.766
Sigmaringen	5.765	4.527
Stuttgart, Stadtkreis	62.583	10.529
Tübingen	9.524	4.680
Tuttlingen	4.912	3.863
Ulm, Stadtkreis	10.066	8.765
Waldshut	9.027	5.569
Zollernalbkreis	8.046	4.207

1.3 Gesamtfallzahlen der Pilotgemeinden

Für das Jahr 1994 wurden für die Pilotgemeinden

Freiburg Stadt	25137 Fälle
Calw Stadt	4783 Fälle
Ravensburg Stadt	3559 Fälle
Weingarten Stadt	1878 Fälle

erfasst.¹

Ein Vergleich der Gesamtzahlen der Stadt- und Landkreise (Ziff. 1.2) mit denen der Pilotgemeinden ist nur bedingt möglich. Dies liegt daran, dass es sich lediglich bei Freiburg-Stadt um einen Stadtkreis handelt. Die Pilotgemeinden Calw, Ravensburg und Weingarten weisen eine wesentlich andere geographische und demographische Struktur auf als die zuvor aufgelisteten Stadt- und Landkreise.

Generell muss an dieser Stelle gesagt werden, dass eine isolierte Betrachtungsweise von Gesamtfallzahlen für einen aussagekräftigen Vergleich auf Bundes- und Landesebene nicht geeignet ist. Hierfür ist es unumgänglich, dass unterschiedliche Strukturdaten (z. B. Einwohnerzahl, Fläche, Infrastruktur etc.) mit den Gesamtfallzahlen in Relation gesetzt werden. Diesem Ansatz entspricht u.a. die sogenannte Häufigkeitszahl (HZ). Dies ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten insgesamt, errechnet auf 100.000 Einwohner.

2. Häufigkeitszahlen

2.1 Bundesweiter Vergleich

Zieht man die Häufigkeitszahl² für das Jahr 1994 als Vergleichsgröße heran, so ist festzustellen, dass Baden-Württemberg bundesweit die niedrigste Häufigkeitszahl aufweist. Dies führt zu einer deutlichen Relativierung der hohen Gesamtfallzahl.

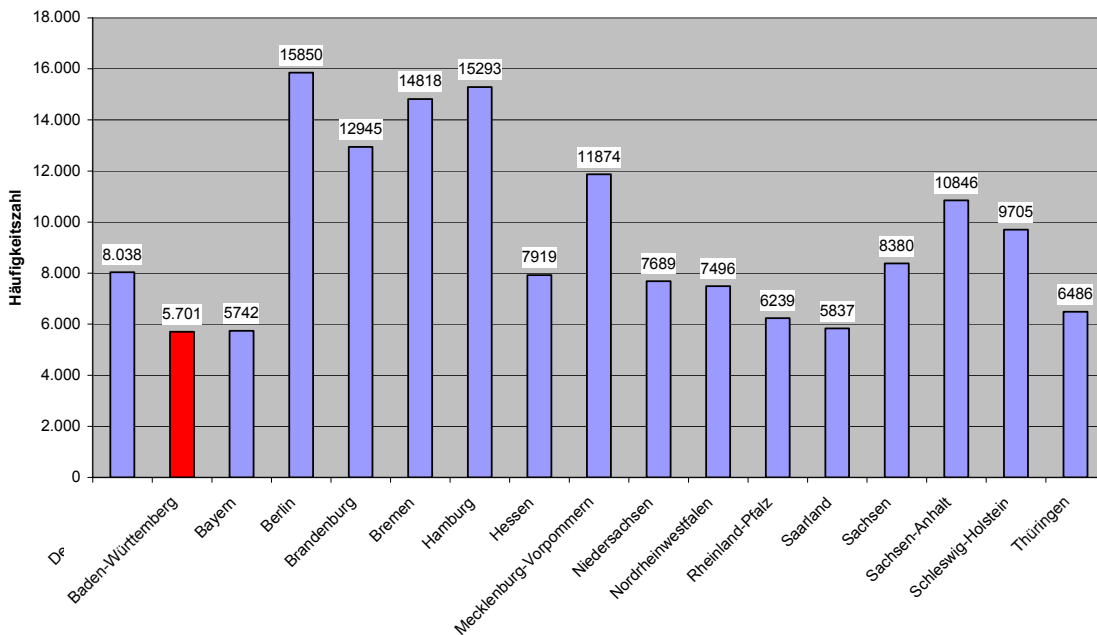
2.2 Landesweiter Vergleich

Die höchste Häufigkeitszahl in Baden-Württemberg (vgl. die Tabelle unter Ziff. 1.2) hatte 1994 der Stadtkreis Mannheim mit einer HZ von 12.892, gefolgt von Freiburg-Stadt (12.735) und Stuttgart-Stadt (10.529). Die Häufigkeitszahl war am niedrigsten in den Landkreisen Enzkreis (2395), Alb-Donau-Kreis (2629), Heilbronn (3034) und Calw (3052).

¹ Die unter Ziffer 1.2 für Ravensburg und Calw angeführten Gesamtfallzahlen beziehen sich jeweils auf den gesamten Landkreis.

² Quelle für die Zahlen ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).

**Gesamtfälle pro 100000 Einwohner (HZ)
im Jahr 1994**



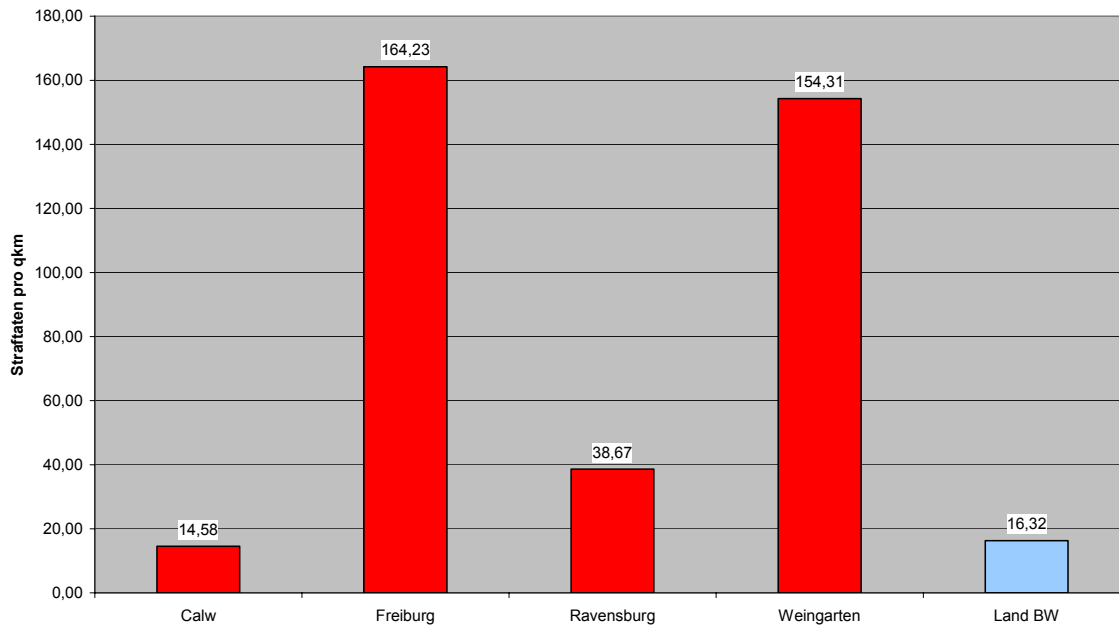
2.3 Häufigkeitszahlen der Pilotgemeinden

Wie bereits oben erwähnt, lag die HZ von Freiburg-Stadt landesweit auf einem sehr hohen Niveau (zweithöchste Zahl in BW). Die Städte Ravensburg und Weingarten weisen zwar bei einem rein auf den Zahlenwert (Ziff. 1.2) beruhenden Vergleich eine relativ hohe HZ auf. Doch müssen auch hier die zuvor erwähnten unterschiedlichen Strukturdaten in eine Bewertung mit einbezogen werden. Betrachtet man die HZ-Werte der Pilotgemeinde Calw-Stadt, so kann hier sicherlich von einer vergleichbar niedrigen Belastung ausgegangen werden. Bei der landesweiten HZ wirken sich die geographischen Strukturen (ländlicher Raum) überproportional aus.

3. Kriminalitätsdichte

Die Kriminalitätsdichte (KD) ist neben der HZ ein weiteres Kriterium, das Strukturdaten (hier geographische Ausdehnung) berücksichtigt. Bei der Kriminalitätsdichte werden die Gesamtfallzahlen auf die Fläche (qkm) umgerechnet, so dass diese Zahl die bekannt gewordenen Straftaten pro Quadratkilometer ausdrückt.

Kriminalitätsdichte im Vergleich für das Jahr 1994



Die hohe Kriminalitätsdichte für die Stadt Freiburg ist aufgrund der hohen Gesamtfallzahlen sicherlich nicht überraschend, während die KD für Weingarten auffällig ist. Dies lässt sich jedoch durch die geringe Flächenausdehnung (12,17 qkm) der Stadt Weingarten erklären.

4. Tatverdächtige

4.1 Tatverdächtigenzahlen

Die Tatverdächtigenzahlen stellen sich wie folgt dar:

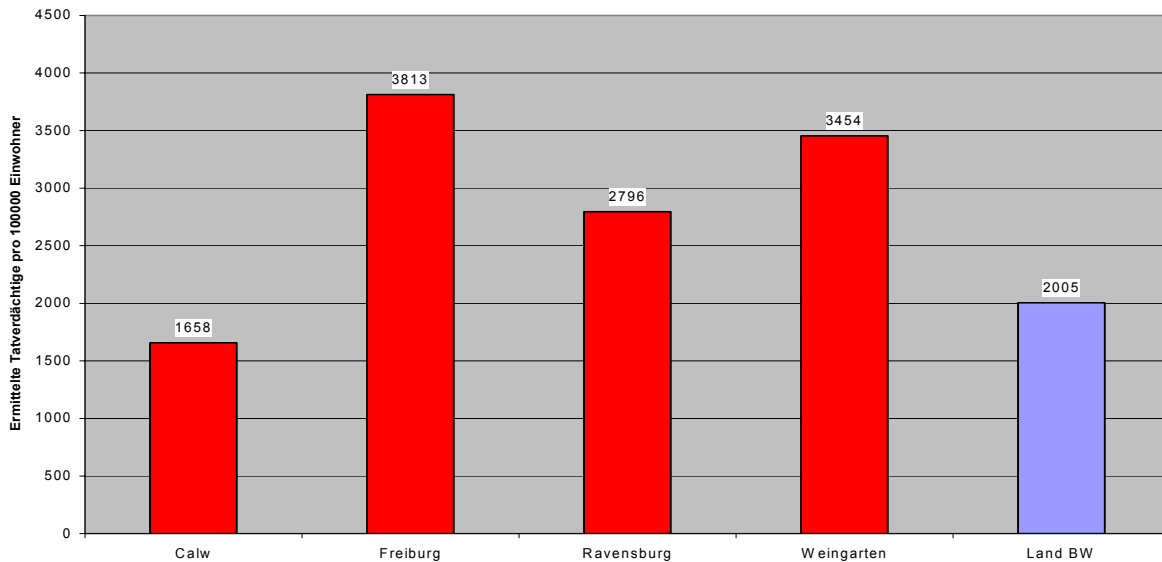
	Calw	Freiburg	Ravensburg	Weingarten	Land BW
Tatverdächtige insgesamt	397	7568	1309	813	205943
Erwachsene (>21 Jahre)	*)	5535	945	564	156014
Heranwachsende (18 - 21 Jahre)	*)	715	153	79	19535
Jugendliche (14 - 18 Jahre)	*)	899	161	108	20781
Kinder (<14 Jahre)	*)	419	50	62	9613
Einwohner insgesamt	23950	198495	46820	23540	10272070
Heranwachsende u. Erwachsene über 18	18700	167030	38085	19190	8224570
Einwohner unter 15 Jahre	4410	26810	7330	3670	1736170
Einwohner zw. 15 und 18 Jahre	840	4655	1405	680	311330
Kinder und Jugendliche unter 18	5250	31465	8735	4350	2047500

*) Werte für 1994 standen nicht mehr zur Verfügung.

4.2 Tatverdächtigenbelastungszahl

Bei der Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) handelt es sich um die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen bezogen auf 100000 Einwohner.

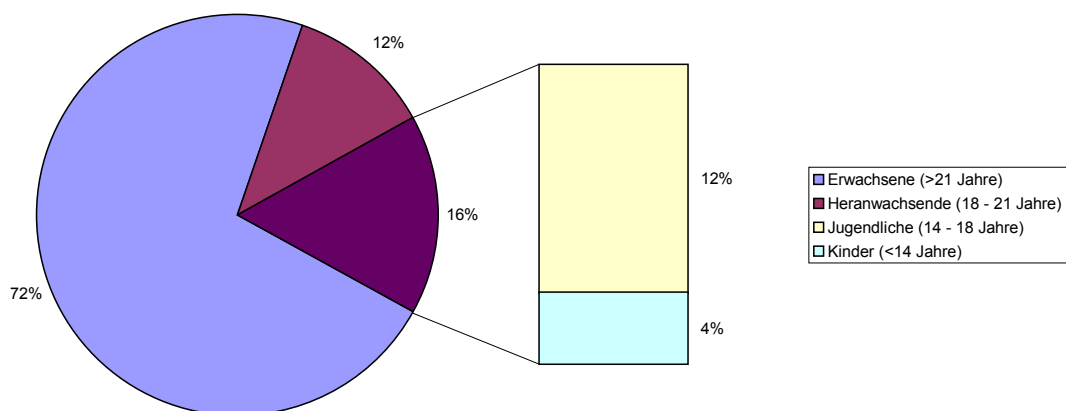
Tatverdächtigenbelastungszahl im Vergleich für das Jahr 1994



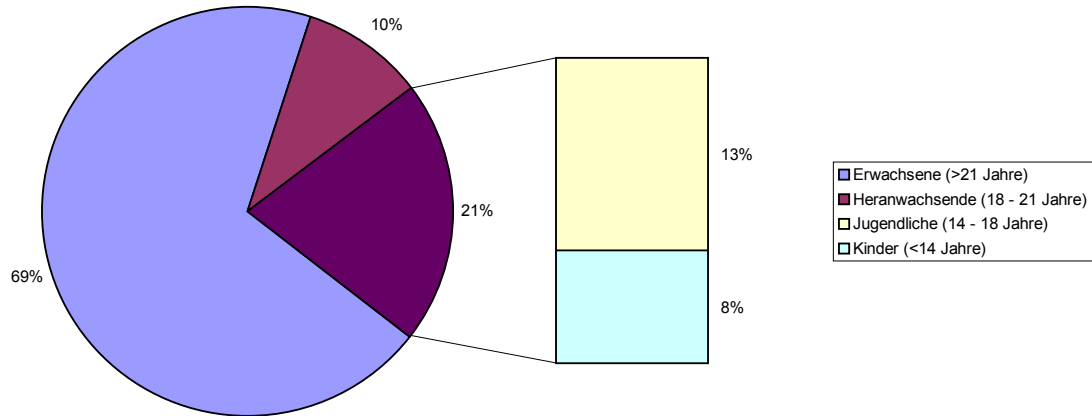
4.3 Altersstrukturen der Tatverdächtigen

Für Calw konnte wegen fehlender Daten kein Diagramm erstellt werden.

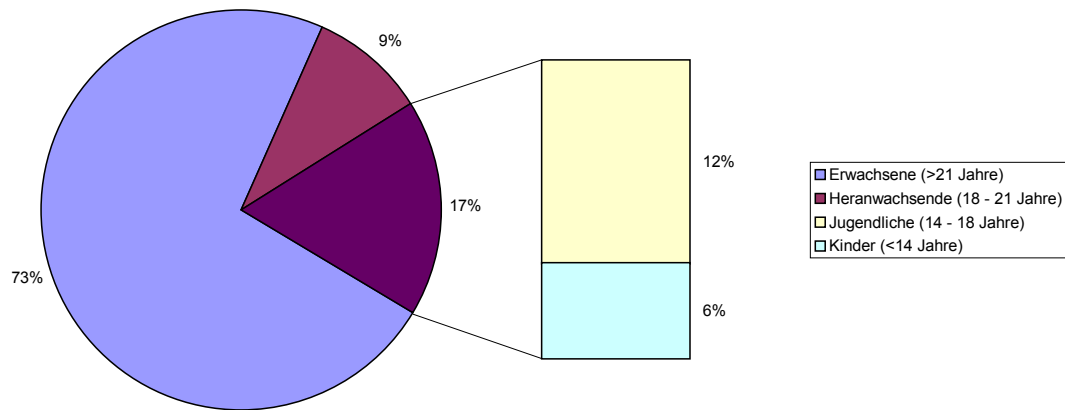
TV-Verteilung Ravensburg für das Jahr 1994



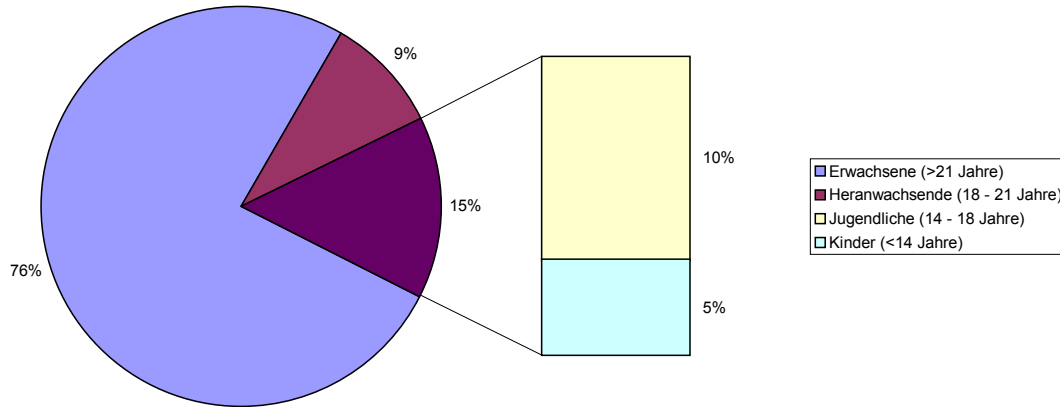
TV-Verteilung Weingarten für das Jahr 1994



TV-Verteilung Freiburg für das Jahr 1994



TV-Verteilung Land BW für das Jahr 1994

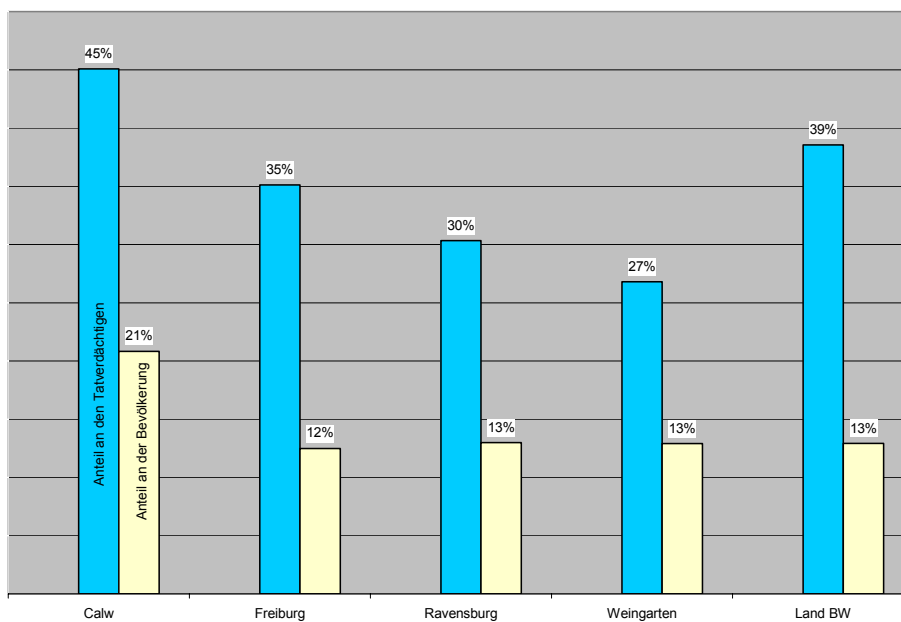


Auffallend ist hier der hohe Anteil der Tatverdächtigen unter 18 Jahren in Weingarten. Die anderen Pilotgemeinden bewegen sich bei der Tatverdächtigenaltersstruktur im Bereich des Landesdurchschnitts.

4.1 Nichtdeutsche Tatverdächtige

Im folgenden Diagramm wurden für die Pilotgemeinden und das Land Baden-Württemberg jeweils der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen sowie der Anteil Nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung dargestellt.

Prozentuale Verteilung der Nichtdeutschen im Jahr 1994



Der hohe Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger in Calw wird aufgrund des weit über dem Landesdurchschnitt liegenden ausländischen Bevölkerungsanteils erklärbar.

5. Vergleich verschiedener Deliktsgruppen

Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, wurde für einzelne Deliktsschwerpunkte der jeweilige prozentuale Anteil an den Gesamtstraftaten errechnet (siehe Abbildung am Ende dieses Beitrags).

Bei dieser Auswertung können folgende signifikante Abweichungen festgestellt werden:

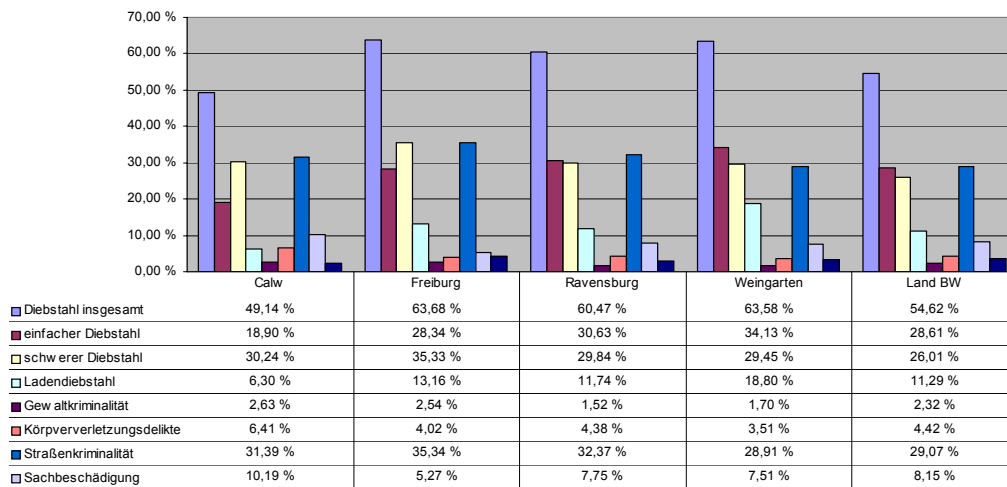
- deutlich höherer Diebstahlsanteil von Freiburg-Stadt, Ravensburg-Stadt und Weingarten-Stadt im Vergleich zum Landesdurchschnitt
- niedriger Anteil des einfachen Diebstahls in Calw-Stadt
- verhältnismäßig hoher Anteil bei den Gewalt- und Körperverletzungsdelikten in Calw-Stadt
- deutlich über dem Landeswert liegender Anteil des schweren Diebstahls in Freiburg-Stadt.

6. Schlussbemerkung

Wie bereits zu Beginn zum Ausdruck gebracht wurde, ist es nur bedingt möglich, ohne Berücksichtigung sämtlicher Einflussfaktoren (Strukturdaten wie z.B. Bevölkerungsanteile, Sozialstrukturen, Infrastrukturen u.s.w) eine vergleichende Betrachtung der Kriminalitätslage in unterschiedlichen Gemeinden durchzuführen.

Durch die Berücksichtigung von Bevölkerungsstruktur und Flächendaten wurde jedoch versucht, diesem Ansatz zumindest in Teilbereichen gerecht zu werden. Dies macht einen groben Vergleich der Kriminalitätslagen der Pilotgemeinden möglich. Detailliertere Auswertungen würden die Einbeziehung weiterer Daten (wie z.B. Tatverdächtige, deren Wohnsitz außerhalb der Tatortgemeinde liegt) zwingend erforderlich machen.

Prozentualer Vergleich verschiedener Deliktsgruppen
im Jahr 1994



II. Teil: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung in den Gemeinden des Pilotprojekts

Joachim Obergfell-Fuchs, Helmut Kury

Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Prävention von Kriminalität – Stand der Forschung –

1. Entstehung von Opferbefragungen

Die Erfassung von Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht sowie weiterer kriminalitätsrelevanter Themen ist heute eng mit der Durchführung empirischer Opferbefragungen verbunden. Diese nahmen einerseits mit den Fortschritten der empirischen Sozialforschung, vor allem der Umfragemethodologie, andererseits dem Aufblühen der Viktimologie als eigenständiger Teildisziplin kriminologischer Forschung ihren Aufschwung in den ausgehenden 60er und beginnenden 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Seither zählen Victim Surveys zu einem festen Bestandteil kriminologisch-viktimologischer Forschung. Das Wissen über die Verbrechenswirklichkeit, aber auch Verbrechensfurcht, Anzeigeverhalten oder Einstellungen zu den Strafverfolgungsorganen hat sich durch die inzwischen weltweit durchgeführten Opferbefragungen wesentlich erweitert. Jung (1993, S. 585) geht so weit, die „Entwicklung der Opferbefragungen ... als Gradmesser des Fortschritts für die Viktimologie...“ zu bezeichnen.

Ein entscheidender Vorteil, den Opferbefragungen, oder besser Bevölkerungsbefragungen, da ja in der Regel nicht nur Opfer einer Straftat, sondern repräsentative Stichproben zu möglichen Viktimisierungen befragt werden, gegenüber der Polizeilichen Kriminalstatistik haben, ist, daß auch die im Dunkelfeld verbleibende, d.h. nicht angezeigte bzw. nicht registrierte Kriminalität, zumindest teilweise analysiert werden kann. Allerdings ist, wie Eisenberg (2000, S. 618) zu Recht betont, „...eine unmittelbare Verknüpfung oder gar Addition von Befunden der erfragten mit solchen der registrierten Kriminalität ... methodisch bedenklich, weil die Daten unterschiedlichen Ebenen entstammen.“

In den USA wurden Self Report-Untersuchungen bereits ab Anfang der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts durchgeführt, dabei standen jedoch in den ersten Jahrzehnten zunächst die Befragungen von Tätern bzw. Informanten im Vordergrund (vgl. Porterfield 1943; 1946; Wallerstein & Weyle 1947; siehe auch Kaiser 1978, S. 17 ff; Amelang 1986, S. 101).

Ab Mitte der 60er Jahre war in den USA eine erhebliche Zunahme polizeilich registrierter Gewaltkriminalität zu beobachten, welche zu einem wachsenden Interesse an kriminologischen sowie viktimologischen empirischen Untersuchungen führte. So wurde auf Anregung der *US-President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice* (1967) ein umfangreiches und auch methodisch ausgefeiltes Programm von Victim Surveys eingeleitet, das mit Veränderungen bis heute andauert (vgl. zusammenfassend Sparks 1981). Die ersten Untersuchungen, welche auch für die weitere Entwicklung dieser Methodologie einen entscheidenden Beitrag leisteten, wurden von Bidermann u.a. (1967), Reiss (1967) und Ennis (1967) durchgeführt. Es handelte sich hierbei um drei Voruntersuchungen zu den nachfolgenden National Crime Surveys (NCS), die ab Mitte 1972 in vollem Programm auf nationaler und lokaler Ebene begannen (vgl. Biderman u.a. 1967). Diese drei Voruntersuchungen werden von Sparks (1981, S. 4f) auch als „landmarks in the study of crime“ bezeichnet.

Seit den 70er Jahren wurden dann in den USA, aber auch später in Europa, so in den Niederlanden und in England, regelmäßig Surveys durchgeführt, welche die Daten der offiziellen Kriminalstatistiken ergänzen sollen (vgl. U.S. Department of Justice 1976; Hindelang 1976; Buikhuisen 1977; van Dijk & Steinmetz 1979; Hough & Mayhew 1983). Erwähnenswert ist insbesondere die British Crime Survey (BCS), die in England und Wales seit 1982 durchgeführt wird und in der ersten Jahreshälfte 2000 zum achten Mal an insgesamt 24.000 Personen wiederholt wurde (Home Office 2000).

Besonders erwähnenswert sind die seit 1989 weltweit durchgeführten International Crime and Victimization Surveys (ICVS), die mittlerweile aus vier Befragungswellen (1989, 1992, 1996 und 2000) bestehen und Opferdaten sowie Ergebnisse zur Kriminalitätseinstellung aus mehr als 50 Ländern beinhalten. Trotz der teils unterschiedlichen Befragungsmethodik und gewissen Einschränkungen insbesondere bei Dritte-Welt- bzw. Schwellenländern stellt die ICVS die wohl weltweit umfassendste Datenbasis zu krimineller Viktimisierung, aber auch zur Kriminalitätsfurcht und zu Sanktionseinstellungen dar (vgl. zur ICVS 2000 van Kesteren u.a. 2000).

2. Ziele der Opferbefragungen (Victim Surveys)

Ursprüngliches Ziel der in den USA in den 60er Jahren entwickelten Opferstudien (*U.S. President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice 1967*; siehe oben) war es, ein Instrument zu schaffen, welches unabhängig von den Datensammlungen der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden Aufschluß über Kriminalitätsdaten gibt. Dieser Ansatz spielt auch heute bei der Durchführung von Opferbefragungen immer noch eine zentrale Rolle, wenngleich die Zielsetzungen wesentlich ausdifferenziert wurden.

So sind einige zentrale Ziele von Opferbefragungen:

- die Erfassung des Ausmaßes und der Struktur der Kriminalität in einem beschränkten Zeitraum. Ziel hierbei ist es, die Art und den Umfang auch nicht-angezeigter subjektiver Kriminalitätsbelastung zu erfassen. Durch den Vergleich zwischen angezeigter und nicht-angezeigter Opferwerdung lassen sich so vorsichtige Rückschlüsse auf das Dunkelfeld der Kriminalität ziehen; oder auch
- die Erfassung des differentiellen Viktimisierungsrisikos bestimmter Bevölkerungsgruppen, d.h. inwieweit tragen bestimmte Gruppen ein höheres Risiko als andere, Opfer einer bestimmten Straftat zu werden – ein typisches Beispiel wären Betrugsdelikte an Senioren.

Neben diesen engeren kriminalitätsbezogenen Daten dienen insbesondere die mit der Methode Bürgerbefragung zugänglichen subjektiven Einstellungsmuster der Befragten als wichtige Ziele. Hierunter fallen unter anderem:

- die Erfassung des subjektiven Sicherheitserlebens, insbesondere die Messung der Kriminalitätsfurcht und die Einschätzung des subjektiven Opferrisikos;
- die Messung der Zufriedenheit mit den Instanzen formeller Sozialkontrolle, vor allem der Polizei und der Justizorgane;
- die Erfassung weiterer Einstellungen, so z.B. vorgeschlagene Sanktionen für Straftäter oder auch Meinungen hinsichtlich illegaler Drogen.

Opferbefragungen mit diesen Zielsetzungen haben sich zu einem wesentlichen Bestandteil empirisch-kriminologischer Forschung entwickelt und wichtige Hinweise zum Dunkelfeld der Kriminalität (vgl. Kury 2001) sowie zu Einstellungen und Sichtweisen des Kriminalitätsgeschehens gebracht, teilweise mit bedeutenden Implikationen für kriminalpolitische Entscheidungen. So dürfte das 1998 in Kraft getretene „Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten“ nicht zuletzt auf den massiven Forderungen der Bevölkerung nach härteren Strafen und mehr Sicherheit gegenüber Sexualstraftätern beruhen.

Daneben können je nach Fragestellung und Umfang der Untersuchung weitere Punkte, wie z.B. die Folgeschäden der Viktimisierung für das Opfer, subjektive Problemlagen oder auch Einstellungen zu Präventionsmöglichkeiten, eine Rolle spielen (vgl. Schneider 1987, S. 208; Home Office 2000).

Gerade der letztgenannte Punkt ist als eine Ziel kommunaler Opferbefragungen oft anzutreffen. Während bundes- oder landesweite Erhebungen meist der Erfassung eines umfassenden subjektiven Kriminalitätslagebildes sowie allgemeiner Bevölkerungseinstellungen zu kriminalitätsrelevanten Themen dienen, steht bei lokalen Opferstudien oftmals die Bestimmung eines konkreten Handlungsbedarfs im Vordergrund. So ist es das Ziel vieler kommunaler Opferstudien, einen subjektiven Kriminalitätsatlas zu erstellen, d.h. Orte in der Stadt zu identifizieren, welche besonders kriminalitäts- oder aber besonders furchtbelastet sind, um so räumliche Schwerpunkte möglicher Interventi-

onen zu ermitteln. Ein weiteres Ziel dieser Untersuchungen ist es meist, lokale Problemlagen, insbesondere im Hinblick auf Verwahrlosungserscheinungen, zu identifizieren sowie Vorschläge zu möglichen Maßnahmen kommunaler Kriminalprävention zu erheben.

3. Die Bedeutung der Opferbefragungen in Deutschland

Während insbesondere in den USA aber auch in Großbritannien, den Niederlanden oder neuerdings auch in Frankreich das Instrument der Opferbefragung eine weitgehend etablierte Position im Kanon kriminologischer Forschung einnimmt und sich als gleichwertige und auch kontinuierliche Methode der Erhebung kriminalitätsrelevanter Daten neben den Polizeilichen Kriminalstatistiken entwickelt hat, ist in Deutschland die diesbezügliche Forschung eher unsystematisch entwickelt. Insgesamt kann man drei bestimmende Phasen unterscheiden:

- a) die Anfänge der Opferbefragungen in den 70er und 80er Jahren im lokalen Kontext;
- b) die Rolle der bundesweiten Opferforschung, vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und deren aktuelle Entwicklung;
- c) Opferbefragungen als Methode der Baseline-Bestimmung Kommunaler Kriminalprävention Ende der 90er Jahre.

Einen umfassenden Überblick über deutsche Opferstudien bietet Schwind (2001, S. 37ff; speziell zu Verbrechensfurcht siehe auch Heinz & Spiess 2001).

3.1 Frühe Opferbefragungen in Deutschland

Betrachtet man die frühen Opferbefragungen in Deutschland, so sind diese der Tradition kriminalgeographischer und -ökologischer Studien verpflichtet, die primären Fragestellungen galten insofern der räumlichen Verteilung von Kriminalität, der Kriminalitätsfurcht und weiteren räumlich differenzierbaren Belastungsfaktoren.

Eine der ersten Untersuchungen in diesem Kontext ist die Göttinger Opferbefragung von Schwind u.a. (1975), welche 1973 in Göttingen an insgesamt 1.170 Personen durchgeführt wurde. Dabei zeigte sich, daß 37,4% der Befragten innerhalb des Referenzzeitraums von einem Jahr mindestens einmal Opfer eines der erfaßten Delikte wurden. Fragen zur Kriminalitätsfurcht waren in dieser Untersuchung noch nicht enthalten. Im selben Jahr wurde durch Stephan (1976) eine regional begrenzte Opferbefragung in Stuttgart durchgeführt. Dabei wurde unterschieden zwischen Haushaltsvorstands- und Haushaltsbefragung. Die erste Teilstichprobe umfaßte 440 Personen, die zweite 1.645. Nach Angaben des Autors (S. 189) lieferte allerdings die Familienbefragung ein zuverlässigeres Bild der Kriminalitätsbelastung. Insgesamt waren 31,3% der befragten Personen im zurückliegenden Jahr mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden. Anders als in der Göttinger Befragung von Schwind u.a. konnten bei der Stuttgarter Studie Angaben zum Unsicherheitsgefühl gemacht werden: Ca. zwei Drittel der Befragten gaben an, Angst vor einer möglichen Viktimisierung (Einbruch, Diebstahl, Angriff) zu haben, ungefähr 80% fühlten sich nachts in bestimmten Gegenden Stuttgarts unsicher und mehr als 60% glaubten, daß die Kriminalität in Stuttgart zugenommen habe (allerdings nur 20% im eigenen Wohngebiet).

Zwei Jahre später führten Schwind u.a. (1978) in Bochum die erste von insgesamt drei Untersuchungen zur empirischen Kriminalgeographie durch (vgl. auch Schwind u.a. 1989; 2001). Ziel dieser Untersuchungen war es, nicht nur Opferquoten zu ermitteln, sondern vielmehr Schätzwerte zum Verhältnis Hell- und Dunkelfeld zu berechnen. So wurde für Bochum die Hell-Dunkelfeld-Relation sowohl 1975 als auch 1986 auf ca. 1 : 3 geschätzt, die deutlichste Diskrepanz findet sich beim vollendeten einfachen Diebstahl (1975 1 : 6; 1986 1 : 9). Während in der ersten Bochumer Studie zwar Kennwerte zum Unsicherheitserleben erhoben, diese aber mehr unter methodischen Gesichtspunkten untersucht wurden, liegen aus der Befragung von 1986 (Schwind u.a. 1989) Ergebnisse zu einzelnen Furchtindikatoren vor: So gaben 48,2% der Befragten an, sich nachts außerhalb ihrer Wohnung auf der Straße zumindest etwas unsicher zu fühlen, tagsüber traf dies lediglich auf 6,7% zu. Nachts in der eigenen Wohnung fühlten sich 13,0% unsicher, tagsüber 4,5%. 16,8% der Bochumer

machten sich oft oder gar ständig darüber Sorgen, daß bei ihnen eingebrochen werden könnte, 11,4% fürchteten eine Opferwerdung bezüglich Raubdelikten.

Als weitere lokale Untersuchungen sollen hier noch die Studien von Plate u.a. 1981 in Solingen (Plate u.a. 1985) sowie von Sessar 1984 in Hamburg (Sessar 1992; Boers 1991) erwähnt werden. In der Solinger Untersuchung an einer Stichprobe von 1.001 Bürgern ab 14 Jahren, die mündlich befragt wurden, beschränkte sich die Erhebung des Dunkelfeldes auf einige ausgewählte Deliktsbereiche (Diebstahl, Sachbeschädigung und Körperverletzung). Wie in den zuvor beschriebenen Bochumer Analysen stand nicht die Erfassung einer Prävalenzrate krimineller Viktimisierung, sondern erneut der Unterschied zwischen Hell- und Dunkelfeldraten im Vordergrund. Diese lagen beim Diebstahl bei 1 : 2, bei der Sachbeschädigung bei 1 : 16 und bei Körperverletzungen bei 1 : 5. Informationen zur Kriminalitätsfurcht wurden in der Solinger Untersuchung nicht erhoben.

Diese lokalen Studien der 70er und frühen 80er Jahre zeigten ein erhebliches Maß an Heterogenität sowohl hinsichtlich der Methodik als auch in bezug auf die erzielten Resultate. Vielfach standen spezifische lokale Fragestellungen im Vordergrund und es wurde versucht, das Instrument entsprechend diesen Belangen anzupassen. Daß dies auf Kosten der Vergleichbarkeit ging, steht außer Frage. Eine methodisch abgesicherte Vergleichbarkeit ist nur bei Wiederholungsuntersuchungen gegeben, wie sie z.B. von Schwind und Mitarbeitern in Bochum durchgeführt wurden. Selbst die vorliegenden Forschungsberichte sind von den jeweiligen Fragestellungen in einem solchen Maße geprägt, daß es z.B. nicht ohne weiteres möglich ist, einheitliche Prävalenzraten zu berechnen.

Die Hamburger Untersuchung weicht von diesem Bild etwas ab, da hier anhand einer lokal begrenzten Studie – neben allgemeinen Angaben zur Opferwerdung – vertiefende Analysen zur Kriminalitätsfurcht (Boers 1991) bzw. zu Sanktionseinstellungen (Sessar 1992) durchgeführt wurden. So gaben insgesamt 63,0% der Befragten an, innerhalb des Referenzzeitraums von drei Jahren mindestens einmal Opfer geworden zu sein. Der Schwerpunkt entfiel dabei auf Diebstahl und Beschädigung von Kfz- oder Fahrradteilen (36,9%). Diese Prävalenzrate ist vergleichsweise hoch, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß insgesamt 18 Deliktsbereiche erfaßt wurden (in vielen anderen Studien ist diese Zahl niedriger). Hinsichtlich der erfaßten Kriminalitätsfurcht in der Hamburger Studie gaben 60,5% der befragten Bürger an, daß sie sich – erfragt mit Hilfe des sogenannten „Standarditems“ – in ihrer Wohngegend nachts draußen alleine etwas bzw. sehr unsicher fühlen. Bezüglich der ebenfalls erfaßten Risikoeinschätzungen, einmal Opfer zu werden, hielten 54,1% es für zumindest wahrscheinlich, angepöbelt zu werden, 52,4% gaben dies für den Diebstahl an. Auch die schweren Delikte Raub (31,8%) und sexuelle Belästigung (27,5%) hielten immerhin jeweils mehr als ein Viertel der Befragten für wahrscheinlich.

Nationale Opferbefragungen waren zu dieser Zeit in Deutschland kaum vorhanden, sieht man von der auf Baden-Württemberg begrenzten vergleichenden Opferstudie von Arnold ab (vgl. Arnold u.a. 1988). In dieser 1981/82 postalisch durchgeführten Untersuchung wurden die Regionen Baden-Württemberg (Deutschland), Texas (USA) und Baranya (Ungarn) miteinander verglichen. Für Baden-Württemberg kam Arnold anhand von neun erhobenen Delikten und einer offenen Kategorie zu einer 12-Monats-Prävalenzrate von 20,2%; Diebstahls- und Sachbeschädigungsdelikte lagen an der Spitze. Im Hinblick auf die ebenfalls erfaßte Kriminalitätsfurcht gaben 44,4% der baden-württembergischen Befragten an, daß es im Umkreis von einem Kilometer um ihre Wohnung einen Ort gäbe, an dem sie sich fürchten würden, nachts alleine spazieren zu gehen, 31,6% fürchteten sich nachts allein in ihrer Wohnung zu sein, 17,3% gaben an, daß sie sich nachts im Umkreis von 100 m um ihre Wohnung fürchten würden, und 8,2% nannten, daß es einen Ort in der Gemeinde gäbe, an welchem sie sich auch tagsüber fürchten würden. In der ungarischen Provinz Baranya entsprachen die Werte in etwa den deutschen Zahlen, in Texas war dagegen die Kriminalitätsfurcht deutlich ausgeprägter. Auch die Schätzung der Viktimisierungserwartungen fiel in Texas deutlicher aus als in Baden-Württemberg, hier lagen v.a. Sachbeschädigungsdelikte (23,2%), Kraftfahrzeugdiebstahl (20,8%), sonstiger Diebstahl (16,8%) und Einbruch (15,8%) an der Spitze der befürchteten möglichen Opferwerdungen. Diese Untersuchung zeigte, daß die Opferbelastung im eher ländlich struktu-

rierten Flächenland Baden-Württemberg im Mittel deutlich niedriger lag als z.B. in der Großstadt Stuttgart, bei der Kriminalitätsfurcht waren die Unterschiede allerdings erheblich moderater. Dies kann als ein Hinweis dahingehend gewertet werden, daß Furcht und Opferbelastung nur wenig miteinander zusammenhängen.

3.2 Die Rolle der bundesweiten Opferforschung im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und deren aktuelle Entwicklung

Die erste bundesweite Opferbefragung wurde in Deutschland 1989, d.h. noch kurz vor der Wende und der späteren Wiedervereinigung, vom Max-Planck-Institut für Strafrecht in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt durchgeführt (vgl. Kury 1991). Diese Studie war Bestandteil der International Crime Survey (ICS), die auf Anregung des niederländischen Justizministeriums 1989 zum ersten Mal in insgesamt 14 Ländern sowie Warschau mit weitgehend vergleichbarer Methode und vor allem demselben, in die jeweiligen Landessprachen übersetzten standardisierten Fragebogen durchgeführt wurde (vgl. van Dijk u.a. 1990). In dieser Hinsicht kann die ICS, die nachfolgend 1992, 1996 und 2000 erneut – wenn auch ohne deutsche Beteiligung – mit demselben Instrument und meist derselben Methodologie (weitgehend telefonische Interviews) durchgeführt wurde, als erstes viktimologisches Großprojekt gesehen werden, dessen Ziel es war, vergleichbare internationale Resultate unter verschiedenen lokalen Bedingungen zu erzielen (vgl. van Kesteren u.a. 2000). Die ICS 1989 erlaubte es, neben 5-Jahres- auch 1-Jahres-Prävalenzraten für 1988 für insgesamt 11 verschiedene Deliktsbereiche zu ermitteln. Diese in der ICS erfaßten Delikte wurden – nicht zuletzt aus Gründen der Vergleichbarkeit – auch in zahlreichen nachfolgenden Studien immer wieder erhoben. Es handelte sich dabei um Autodiebstahl, Diebstahl an/aus dem Auto, Beschädigung am Auto, Kraddiebstahl, Fahrraddiebstahl, Einbruch, versuchter Einbruch, Raub, Diebstahl persönlichen Eigentums, sexuelle/-r Belästigung/Angriff, tätlicher Angriff/Bedrohung. Es konnte in Westdeutschland eine 5-Jahresprävalenzrate von 51,3% ermittelt werden, dies relativiert die in der Großstadt Hamburg ermittelte 3-Jahres-Prävalenzrate von mehr als 60% (vgl. oben). Schwerpunkte lagen auch in der ICS in den Bereichen Diebstahl und Beschädigung von Fahrzeugen. Die 1-Jahresprävalenzrate für 1988 lag dagegen bei 21,9% und ist insofern den von Arnold für Baden-Württemberg gefundenen Ergebnissen vergleichbar (s. oben). Indikatoren zur Kriminalitätsfurcht wurden in der ersten ICS vergleichsweise wenige erhoben: So gaben 55% der deutschen Befragten an, daß sie einen Wohnungseinbruch in den kommenden 12 Monaten für zumindest wahrscheinlich halten.

Die Ergebnisse der Wiederholungsuntersuchungen, die allerdings nicht mehr in Deutschland durchgeführt wurden, bzw. von Datenerhebungen in Entwicklungsländern finden sich vor allem bei van Dijk und Mayhew (1993), Zvekic und Alvazzi del Frate (1993; 1995) sowie Mayhew und van Dijk (1997). Van Kesteren u.a. (2000) präsentieren die Resultate der letzten Welle von 2000 und stellen gleichzeitig einen Vergleich wesentlicher Resultate mit früheren Ergebnissen der ICVS her. Zusammenfassende Übersichtsarbeiten nach thematischen Schwerpunkten wurden erst neuerdings vorgelegt (vgl. Nieuwbeerta 2002).

Durch die Wiedervereinigung der beiden früheren deutschen Staaten ergaben sich insbesondere für die Sozialwissenschaften, darunter auch die Kriminologie, einmalige Forschungsmöglichkeiten (vgl. Kury u.a. 1996, S. 9ff.; Kury 1992; Boers u.a. 1994). So stellen z.B. Allerbeck u.a. (1991, S. 6) im Rahmen eines Forschungsprogramms zu „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ fest, daß dieser Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten „ein historisch einmaliger und herausragender Vorgang (ist). Damit verbunden sind die Selbstauflösung eines Staates und einer Gesellschaft und Sozialordnung und die Prozesse der Demokratisierung, der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung, des Neuaufbaus nahezu der gesamten Institutionen, die Veränderung der politischen Kultur und der öffentlichen Meinung, des induzierten und letztlichen Wertewandels, die Anpassung des Verhaltens an diese Änderungen, also die rasche und tiefgreifende Reorganisation einer ganzen Gesellschaft“.

Die im Rahmen des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs in den ehemaligen Ostblockländern entstehenden anomischen Prozesse und die erheblichen Verunsicherungen in der Bevölkerung können als Hintergrund der steigenden Kriminalitätsbelastung und zunehmenden Kriminalitätsfurcht gesehen werden. So betrug z.B. die Kriminalitätsbelastung der früheren DDR offiziell nur etwa ein Zehntel der westdeutschen. Zwar spielten hierfür auch Unterschiede der Straftatenerfassung und -registrierung eine Rolle, andererseits waren aber auch die gesellschaftlichen Bedingungen und die geringen Gelegenheitsstrukturen ausschlaggebend (vgl. Freiburg 1981; von der Heide & Lautsch 1991; 1991a; von der Heide 1993).

Allerdings ist der von zahlreichen Experten erwartete deutliche Kriminalitätsanstieg in den neuen Bundesländern nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten nicht im teilweise befürchteten Umfang eingetreten. Dies kann durch den vor dem Hintergrund dauernden Bedürfnisverzichts, der Doppelmoral und des Auseinanderfallens der offiziellen Lebens- und Wertemaximen und Ziele erlernten Umgang der DDR-Bürger mit anomischen Situationen erklärt werden (vgl. Harre 1990; Ewald 1992, S. 539). Zudem konnte bereits zu DDR-Zeiten in Ostdeutschland in den 80er Jahren ein Anstieg der Kriminalität und eine Zunahme weiterer sozialer und gesellschaftlicher Probleme festgestellt werden. So zeigte z.B. Kräupl (1992), daß das Gewaltpotential bei Jugendlichen in der DDR schon in den 80er Jahren gewachsen ist und nicht erst nach der Grenzöffnung anstieg. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der nach der Wende in den neuen Bundesländern registrierten Kriminalität importiert sein dürfte, d.h. daß die Täter keine ehemaligen DDR-Bürger sind, sondern Westdeutsche oder Ausländer, die in diesem Landesteil Straftaten begehen, sei dies aufgrund der günstigeren Gelegenheitsstrukturen oder der zunächst beeinträchtigten Strafverfolgung.

Auf der anderen Seite dürfte die einsetzende breite Kriminalberichterstattung, welche die Bürger zu DDR-Zeiten nicht gewohnt waren – da über Kriminalität aus politischen Gründen wenig berichtet wurde – verbunden mit dem deutlichen realen Anstieg der Straftaten erheblich zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen haben (vgl. Reichertz & Misterek 1996, S. 13). Diese Furcht muß auch vor dem Hintergrund der bereits genannten enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen gesehen werden. So wurden zwar die vorgegebenen Strukturen der sozialistischen Gesellschaft oft als einengend empfunden, sie boten andererseits aber auch Halt und Sicherheit. Hinzu kamen nach der Wiedervereinigung in der früheren DDR weitgehend unbekannte gesellschaftliche Probleme wie z.B. eine zunehmende Arbeitslosigkeit oder steigende Preise, besonders etwa für die Mieten, und damit verbunden die Angst vor finanziellen Problemen und sozialem Abstieg.

Die raschen gesellschaftlichen Veränderungen durch den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten regten eine Fülle sozialwissenschaftlicher und kriminologischer Untersuchungen sowie theoretischer Abhandlungen an, liefen die Geschehnisse doch fast wie in einem sozialwissenschaftlichen Experiment ab. So bot der Umbruch, wie bereits erwähnt, die Möglichkeit, kriminologische Theorien anhand der Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu überprüfen (vgl. Dölling 1992, S. 526f). Diese Chance nutzten vielfach gemeinsame Forschungsgruppen west- und ostdeutscher Wissenschaftler, um so die gesellschaftlichen Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse und deren Auswirkungen an diesem Beispiel mitzuverfolgen und vor allem von Anfang an zu erfassen und zu beschreiben.

Am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht – Forschungsgruppe Kriminologie – in Freiburg (MPI) wurde bereits im Herbst 1990 in Zusammenarbeit mit der Kriminalistisch-kriminologischen Forschungsgruppe des Bundeskriminalamts (BKA) die erste Opferstudie im wiedervereinten Deutschland durchgeführt. In Ostdeutschland wurden hierbei 4.999 und in Westdeutschland 2.027 per Zufall ausgewählte Bürger ab dem 14. Lebensjahr in mündlichen Interviews mit einem standardisierten Erhebungsinstrument befragt (vgl. Kury u.a. 1996). In dieser Untersuchung gaben 32,6% der Westdeutschen und 28,2% der Ostdeutschen an, innerhalb der vergangenen fünf Jahre mindestens einmal Opfer geworden zu sein. Diese damals noch höhere Opferprävalenzrate im Westen bleibt auch dann erhalten, wenn man sich die Zeit nach der Grenzöffnung

anschaut: Innerhalb des knappen Jahres zwischen 9. November 1989 und Befragungszeitraum wurden 11,4% der Ostdeutschen und 15,0% der Westdeutschen mindestens einmal Opfer. Damit liegen jedoch die Zahlen erheblich unterhalb den Opferquoten der ein Jahr zuvor durchgeführten ICS – möglicherweise spielt hier die unterschiedliche Methodik der Befragung (Telefoninterviews vs. persönliche Interviews) eine gewisse Rolle. Auch andere methodische Effekte, wie z.B. die Fragenreihenfolge u.ä., sind nicht auszuschließen. Was die Verteilung der Opferzahlen über die insgesamt elf erfragten Straftaten betrifft, dominieren in Ost- wie in Westdeutschland Diebstahls- und Sachbeschädigungsdelikte an Fahrzeugen. Daneben spielt auch der Diebstahl persönlichen Eigentums sowie der tätliche Angriff eine gewisse Rolle. Mit Ausnahme der Delikte Krad- und Fahrraddiebstahl sowie versuchter Wohnungseinbruch ist die Opferbelastung im Westen, bezogen auf die zurückliegenden fünf Jahre, höher als im Osten.

Neben der Viktimisierung wurden auch umfassende Informationen zur Kriminalitätsfurcht erhoben. Es zeigte sich, wie bereits zuvor diskutiert, die höhere Belastung Ostdeutschlands. Während im Westen 13,0% der Befragten ihre Wohngegend als ziemlich oder gar sehr unsicher einschätzen, sind es im Osten 17,3%, ebenso geben in bezug auf das „Standarditem“ der Kriminalitätsfurcht in den östlichen Landesteilen 33,0% an, daß sie sich nachts auf der Straße allein in der Wohngegend ziemlich bzw. sehr unsicher fühlen, im Westen sind es mit 23,3% dagegen wesentlich weniger. Diese Zahlen der ersten deutsch-deutschen Opferbefragung verdeutlichen damit die Diskrepanz und relative Unabhängigkeit zwischen Opferbelastung auf der einen und Kriminalitätsfurcht auf der anderen Seite.

Ein Jahr später, 1992, wurde vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) im Rahmen eines Projekts zum Thema „Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen“ eine weitere Befragung in Ost- und Westdeutschland durchgeführt (vgl. Bilsky u.a. 1992; vgl. auch Wetzels u.a. 1995). Hier zeigten die auf das Jahr 1991 bezogenen Prävalenzraten für alle befragten Personen, daß die Belastung in zahlreichen Delikten im Osten mittlerweile höher lag als im Westen. Signifikant galt dies für Raub, Einbruch in andere Räumlichkeiten, Kfz- und Kraddiebstahl, Kfz-Beschädigung, Körperverletzung ohne Waffen und Betrug. Auch die Gesamtprävalenzraten für 1991 waren im Osten bei den unter 60jährigen (22,7%) wie auch bei den Senioren (9%) höher als im Westen (17,4% bzw. 7,5%). Inwieweit innerhalb des einen Jahres zwischen den beiden Untersuchungen es tatsächlich zu einer Verschiebung der Viktimisierungsbelastung zwischen Ost- und Westdeutschland gekommen ist oder ob dieses Ergebnis ein Effekt des anderen Erhebungsinstrumentes darstellt, kann abschließend kaum beurteilt werden.

In der KFN-Untersuchung wurden auch umfassende Informationen zur Kriminalitätsfurcht erhoben, dabei stand die Prüfung eines komplexen theoretischen Ausgangsmodells im Mittelpunkt (vgl. Wetzels u.a. 1995, S. 217ff). Generell konnte gezeigt werden, daß der weitverbreitete Mythos einer generell höheren Kriminalitätsfurcht älterer Menschen in dieser pauschalen Weise nicht gehalten werden kann, vielmehr ist eine erhebliche Geschlechtsabhängigkeit gegeben. Während bei den Frauen – nicht zuletzt durch die sinkende Furcht vor einer Vergewaltigung – die allgemeine Kriminalitätsfurcht mit dem Alter abnimmt, steigt sie bei den Männern weiter an – bleibt jedoch im Niveau unterhalb der Furcht der Frauen. Was die subjektive Viktimisierungswahrscheinlichkeit betrifft, kann man bei beiden Geschlechtern einen Rückgang mit dem Alter feststellen. Diese Befunde der Untersuchung konnten später in ähnlicher Weise anhand weiterer unabhängig hiervon erhobener nationaler Daten repliziert werden (vgl. Kury & Obergfell-Fuchs 1998; 1998a; Kury u.a. 1998).

Eine Forschungsgruppe bestehend aus Hamburger, Tübinger und Berliner Kriminologen führte bis 1991 ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt „Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern“ durch. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, „...inwieweit Prozesse des sozialen Wandels in den neuen Bundesländern die Begehung von und die Erfahrung mit Straftaten fördern, bzw. inwieweit Bedingungen in der Gesellschaftsstruktur der ehemaligen DDR ganz im Gegenteil der erwarteten explosionsartigen Entwicklung von Kriminalität möglicherweise entgegenstehen“ (Sessar 1994, S. 11; vgl. Kerner u.a. 1990).

Hinsichtlich der erhobenen Viktimisierungsraten in den neuen Bundesländern zeigte die Studie für den erfaßten Referenzzeitraum von fünf Jahren eine starke Belastung im Bereich des Fahrraddiebstahls, der Autosachbeschädigung, der sexuellen Belästigung und des Betrugs, hier lagen die Prävalenzraten über 12%. Mittlere Viktimisierungsraten (7 - 12%) konnten dagegen für Autoteilediebstahl, Diebstahl persönlichen Eigentums, Kraddiebstahl und Bedrohung festgestellt werden, geringe Opferquoten (0 - 6%) weisen die Delikte Angriff ohne Waffe, Wohnungseinbruch, Handtaschenraub, Raub, sexuelle Gewalt, Autodiebstahl sowie Angriff mit Waffe auf (vgl. Ewald u.a. 1994). Ein Vergleich der Viktimisierungsquoten vor und nach der Wende bestätigte die strukturelle Gleichheit der Opferwerdungen in den verschiedenen Zeiträumen, allerdings ergab sich ein Anstieg des Viktimisierungsniveaus. Diese Befunde konnten auch in der ersten deutsch-deutschen Opferstudie (Kury u.a. 1996) beobachtet werden. Eine Veränderung der absoluten Viktimisierungsquoten zwischen den großen Ost-West-Vergleichsstudien wurden durch die Autoren zu Recht mit einer veränderten Einschätzung der Lage begründet.

Diese Studien wurden 1993 sowie 1995 in Ost- und Westdeutschland repliziert, wobei die Untersuchung 1993 durch die Forschungsgruppe und die Studie 1995 durch das Institut für Kriminologie der Universität Tübingen allein durchgeführt wurden (vgl. Boers 1995; 1996). Dabei zeigte sich von 1991 zu 1993 im Osten ein leichter Rückgang der Gesamtprävalenzrate der erhobenen Delikte von 28% auf 25%, 1995 ergab sich jedoch ein Anstieg im Osten auf 34%, was neben einer Steigerung des Autoteilediebstahls (1991 6%; 1993 6%; 1995 10%) v.a. auf Mehrfachviktisierungen in verschiedenen Deliktsbereiche zurückgeht (Boers 1996, S. 318). Im Westen lagen die Gesamtprävalenzraten bei 23% im Jahr 1993 und bei 31% 1995, d.h. es hat eine gewisse Angleichung zwischen Ost und West stattgefunden.

Was die in der 1991 durchgeführten ostdeutschen Studie erfaßte Kriminalitätsfurcht betrifft, gaben 51% der Befragten an, sich – nach der Wende – abends allein im eigenen Wohngebiet unsicher zu fühlen, rückblickend für die Zeit vor der Wende waren es lediglich 14,8%, dies belegt die durch den Transformationsprozeß erheblich angestiegene Kriminalitätsfurcht im Osten Deutschlands (Boers 1994). Allerdings stieg die Furcht im Osten Deutschlands 1993 nicht weiter an und ging 1995 auf etwa das Westniveau zurück (Boers 1996). Auch dies belegt eine – zumindest gewisse – Angleichung der Lebenslagen.

Im Rahmen der Studien zu den Transformationsprozessen in Deutschland ist auch eine – wenn gleich lokale – Ende 1990/Anfang 1991 in Gießen, Jena und Potsdam durchgeführte Opferbefragung an Studierenden durch eine Gießener Forschungsgruppe zu nennen (vgl. Kreuzer & Schneider 1992; Kreuzer u.a. 1993). Diese Untersuchung wurde im Stil der seit 1976 an der Universität Gießen stattfindenden „self-report studies“ durchgeführt und enthielt neben Fragen zur Viktimisierung vor allem Items zur selbstberichteten Delinquenz sowie zu weiteren kriminalitätsrelevanten Einstellungsdimensionen. Da der Bereich Opferwerdung nur einen ergänzenden Aspekt darstellte, wurden nur Informationen zu Sexualdelikten erfaßt, dabei gaben in Westdeutschland 3,9% der Männer und 14,3% der Frauen an, irgendwann schon einmal Opfer einer sexuellen Handlung (ohne Vergewaltigung) geworden zu sein, im Osten lagen die Prozentwerte mit 3,9% (Männer) und 12,6% (Frauen) in einer ähnlichen Größenordnung. Vollendete Vergewaltigungen waren relativ selten, bei den Männern 0,5% (West) bzw. 0,9% (Ost), bei den Frauen 4,9% bzw. 5,5%. Recht häufig waren dagegen obszöne Anrufe, im Westen aufgrund der noch deutlich größeren Telefondichte wesentlich mehr als im Osten (West: Männer 11,2%; Frauen 37,4%; Ost: Männer 3,5%; Frauen 6,5%). Was den Bereich der selbstberichteten Delinquenz betrifft, so läßt sich zusammenfassend sagen, daß insbesondere Bagatelldelikte wie kleinere Diebstähle, Schwarzfahren, Fahren unter Alkohol oder ohne Fahrerlaubnis, aber auch leichtere Körperverletzungen von zahlreichen Befragten, zum Teil bis zu mehr als 90% (Schwarzfahren), begangen wurden, nahezu durchweg waren Männer, insbesondere ostdeutsche Männer, stärker belastet.

Mitte der 90er Jahre war in Deutschland eine gewisse Zäsur beobachten, die bis dahin intensiv betriebene Transformationsforschung zur deutschen Wiedervereinigung ging über in einen neuen

Schwerpunkt, die Betrachtung von Viktimisierungen in kommunalen Gemeinwesen und insbesondere die Umsetzung der Befunde aus Opferbefragungen in Maßnahmen kommunaler Kriminalprävention. In dieser Phase fanden allerdings nicht nur lokale Opferstudien, sondern auch umfangreiche nationale Befragungen statt, die – entgegen den bisherigen Untersuchungen – weitgehend einheitliche Fragebögen verwendeten, so daß aus methodischer Sicht ein Vergleich der Daten eher möglich ist.

So wurden 1994 von der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg in den Sozialwissenschaftenbus 3/1994 einige ausgewählte Fragen zu bestimmten Viktimisierungserfahrungen sowie zur Kriminalitätsfurcht, zur Bewertung der Polizei und zur Wahrnehmung von öffentlichem Vandalismus aufgenommen. Bei dieser an 2.100 Bürgern Westdeutschlands durchgeführten Untersuchung stand die Frage der Gewinnung nationaler Vergleichsdaten mit den etwa zur selben Zeit durchgeführten Befragungen in den Projektstädten Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten im Vordergrund (vgl. die entsprechenden Beiträge in diesem Band; vgl. auch Obergfell-Fuchs 2001, S. 95ff). Insgesamt 11,2% der Befragten an, daß sie im vergangenen Jahr Opfer eines Fahrraddiebstahls geworden seien, 4,1% berichteten einen Einbruch und 4,2% gaben einen sexuellen Übergriff an. Damit entsprechen die Zahlen in etwa den früheren Untersuchungen, ein Beleg für die doch weitgehende Konstanz der Zahlenverhältnisse. In bezug auf die Kriminalitätsfurcht gaben 16,9% an, daß sie nachts draußen allein der Wohngegend zumindest ziemlich oft Angst hätten, und weitere 6,8% berichteten häufige Angst in der eigenen Wohnung.

Diese auf Westdeutschland begrenzte Untersuchung wurde durch eine weitere nationale Studie im Jahr 1995 ergänzt, die von der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998) in Auftrag gegeben und im Rahmen einer GFM-GETAS Mehrthemengroßumfrage durchgeführt wurde. Diese Studie umfaßte insgesamt 20.695 Befragte (Westdeutschland 16.493; Ostdeutschland 4.202) und kann als die bislang größte Victim Survey in Deutschland gesehen werden. Neben krimineller Viktimisierung in verschiedenen Deliktsbereichen wurden Kriminalitätsfurcht, Einstellungen zur Polizei sowie die Wahrnehmung von „social disorders“ erhoben. Ziel dieser Studie war es erneut, eine Vergleichsbasis für die lokalen Opferbefragungen zu schaffen, darüber hinaus erlaubte diese umfassende Studie eine aktuelle, repräsentative Bestandsaufnahme der subjektiven Kriminalitätslage in Deutschland und knüpft somit an die Tradition der ICVS-Studien (s.o.) an. Auf Ergebnisse soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden, hier sei auf den Beitrag von Lisbach und Spiess in diesem Band verwiesen (vgl. auch Heinz & Spiess 2001).

Im Jahr 1997 wurden durch das Institut für Rechtstatsachenforschung der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz zwei umfassende Victim Surveys durchgeführt: Einerseits im Rahmen einer 20.070 Befragte umfassenden Mehrthemengroßumfrage zu Viktimisierungserfahrungen und Anzeigeverhalten, andererseits anhand einer kleineren Befragung im Rahmen des Sozialwissenschaftenbus III/97 mit 3.272 Befragten, ergänzt um Fragen zum Sicherheitsgefühl und zu „social disorder“ - Einstellungen (vgl. Heinz & Spiess 2001; Schnell & Kreuter 2000; s. auch Schwind 2001, S. 40f). Dabei zeigte sich, daß die Opferquote anhand der Mehrthemengroßumfrage 15,9% betrug, anhand des Sozialwissenschaftenbus dagegen 19,5%. Diese Diskrepanzen innerhalb desselben Befragungszeitraums konnten durch differentielles Interviewerverhalten sowie unterschiedliche Response-Quoten erklärt werden (vgl. Schnell & Kreuter 2000; zu Problemen der Survey-Forschung allgemein siehe unten). Trotz dieser Diskrepanz zwischen den beiden Studien scheint sich jedoch weitgehend über die Jahre hinweg zu bestätigen, daß ca. 15% der Bürger innerhalb eines Jahres Opfer einer kriminellen Viktimisierung – erfaßt anhand des durch die ICVS gegebenen Straftatenkatalogs (mit gewissen Modifikationen) – werden. Dabei ist allerdings mit erheblichen Verteilungsunterschieden in Abhängigkeit demographischer Variablen, unterschiedlichem Urbanisierungsgrad oder auch Verschiedenheit der Region zu rechnen. So zeigt z.B. die von der Konstanzer Gruppe durchgeführte Untersuchung (Sozialwissenschaftenbus 1997), daß im Süden Deutschlands die Furchtwerte, erfaßt über das „Standarditem“, deutlich geringer sind als im Nordwesten und hier nochmals ein wesentlich geringerer Wert als im Osten der Republik anzutreffen ist.

Allerdings spielen bei solchen Fragen ebenfalls Itemformulierungen eine wichtige Rolle (Heinz & Spiess 2001, vgl. unten).

3.3 Opferforschung und Kommunale Kriminalprävention

Mitte der 90er Jahre setzte, nicht zuletzt angeregt durch Trends aus den USA, Großbritannien und Skandinavien, im Zusammenhang mit der steigenden offiziell registrierten Kriminalitätsbelastung und vor allem der wachsenden Verbrechensfurcht, auch in Deutschland geradezu ein „Boom“ hinsichtlich der Diskussion und Umsetzung von Maßnahmen Kommunaler Kriminalprävention ein. Dies hatte zur Folge, daß mehr und mehr kommunale Studien durchgeführt wurden. Neben der Schwerpunktlegung auf regional begrenzte Fragen der Kommunalen Kriminalprävention machte sich auch die Einsicht breit, daß landesweite Daten in aller Regel einem nur schwer meß- bzw. erfaßbaren Bias unterworfen sind, wohingegen auf lokaler Ebene leichter spezifische Entwicklungen und deren Einfluß auf Variablen wie Opferwerdung, Kriminalitätsfurcht oder Sanktionseinstellungen zu erfassen und zu kontrollieren sind. Hinzu kam die Erkenntnis gerade der viktimologischen Untersuchungen, daß ein Großteil der (Straßen)Kriminalität sich in regional eng begrenzten Räumen abspielt. Ein besonders wichtiger Punkt, der nur im kommunalen Bereich meßbar ist und oftmals die Ableitung direkter Handlungsrichtlinien erlaubt, ist die Erfassung einer kleinräumigen Differenzierung von Opferbelastung, Furcht (Furchträume) und Wahrnehmungen sozialer Verwahrlosungserscheinungen. Dieser, an die Tradition der kriminalgeographischen Untersuchungen anknüpfenden Forschungsrichtung fühlten sich insbesondere frühe Studien der 90er Jahre verpflichtet, so z.B. die 1990 durchgeführte Befragung in Lübeck (vgl. Aben 1992; Papendorf & Neth 1991). Ein weiteres Beispiel bietet die von Eisner (1993; 1997) durchgeführte Untersuchung in Schweizer Städten.

Bereits 1991/1992 – also erhebliche Zeit vor dem später einsetzenden „Boom“ der Kommunalen Kriminalprävention – wurde anhand eines Kooperationsprojekts des Max-Planck-Instituts für Strafrecht in Freiburg und der Juristischen Fakultät, Fachbereich Strafrecht, der Universität Jena der Einfluß der Veränderung der politischen Lebenslagen auf kriminologische Variablen in kommunalen Gemeinwesen Ost- und Westdeutschlands untersucht (vgl. Kräupl & Ludwig 1993; Kury u.a. 2000). Diese Untersuchung wurde 1996 nochmals wiederholt (vgl. Kräupl & Ludwig 2000). In diesen Studien wurden anhand eines umfangreichen, postalisch versandten Fragebogens neben Variablen zu subjektiv erlebten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, empfundenen Problemlagen der Kommune oder Einstellungen zu Polizei, Justiz und Strafe auch Informationen zur Opferbelastung und zur Kriminalitätsfurcht erhoben. Dabei wurden die Viktimisierungen hinsichtlich insgesamt 14 Delikten erfaßt. Die Daten zeigten einerseits erhebliche Unterschiede zwischen Kommunen unterschiedlicher Größenordnung, insbesondere im Westen, sowie andererseits Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Städten. Während in der westdeutschen Großstadt Freiburg die Einjahres-Prävalenzrate bei 53,2% lag, war sie in Jena mit 46,5% deutlich niedriger. Sie entsprach in etwa der westdeutschen Kleinstadt Emmendingen (47,3%). Dagegen war die Belastung in der dörflichen Gemeinde Löffingen (28,0%) wesentlich geringer als in der kleinen ostdeutschen Kommune Kahla (43,3%).

Die Befunde zur Kriminalitätsfurcht bestätigten allerdings die bereits zuvor im Rahmen nationaler Befragungen gefundenen Ergebnisse einer weitaus höheren Ausprägung der (Verbrechens)Furcht der ostdeutschen Bürger. So fürchteten sich in der eigenen Wohnung 4,3% der Freiburger, jedoch 9,5% der Jenaer. Im Hinblick auf das Furchterleben nachts draußen allein in der Wohngegend – das „Standarditem“ – waren die Werte noch wesentlich ausgeprägter: 45,3% der Freiburger fühlten sich „etwas“ oder „sehr unsicher“, dagegen 68,4% der Jenaer. Diese Ergebnisse weisen auf ein Resultat hin, daß in der Folge im Rahmen der Studien zur Kommunalen Kriminalprävention immer wieder bestätigt wurde: Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbelastung gehen nicht miteinander einher, sie sind offensichtlich nur wenig voneinander abhängig. So sind aufgrund differentieller Gelegenheitsstrukturen meist Stadtzentren von hoher Kriminalitätsbelastung betroffen, während sich ausgeprägte

Kriminalitätsfurcht oftmals in städtischen Randlagen, meist „Satelliten-Städten“, wiederfinden lassen (vgl. ausführlich Oberfell-Fuchs 2001).

Ende 1993 wurde durch das baden-württembergische Innenministerium das „Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, in dessen Rahmen anhand systematischer Untersuchungen in den beteiligten vier Kommunen eine Ausgangsbasis zur Überprüfung möglicher späterer Wirkungen der getroffenen Maßnahmen geschaffen werden sollte. Der gegründeten Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention wurde die wissenschaftliche Leitung übertragen. Auf die Verteilungen der Opferwerdungen und der Kriminalitätsfurcht in den Kommunen soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, hierzu sei auf die jeweiligen Beiträge in diesem Band verwiesen.

Es ist angesichts der Vielzahl der mittlerweile durchgeführten Untersuchungen auf kommunaler Ebene kaum noch möglich diese – selbst in geraffter Form – vollständig wiederzugeben. Deshalb können hier nur einige wenige Untersuchungen herausgegriffen werden, die in etwa die Spannweite des Ansatzes umreißen. Dabei steht in nahezu allen Studien neben der Erfassung von Opferwerdungen auch die subjektive Sicherheitslage am Ort sowie die Erhebung der wichtigsten Stadt- oder Stadtteilprobleme im Vordergrund. Vielfach werden neben globalen Indikatoren, bezogen auf die jeweilige Stadt, auch räumliche Differenzierungen vorgenommen. Problematisch ist dabei jedoch, daß nicht selten die Fallzahlen bezogen auf die einzelnen Stadtteile relativ klein sind und daher die Interpretierbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt ist. Quotenstichproben dagegen verzerren oft das Bild der Gesamtstadt, da bestimmte Stadtteile in der Stichprobe überproportional berücksichtigt werden.

Eine Lösung bieten hierbei zumindest teilweise stadtteilbezogene Analysen, wie sie zum Beispiel in Hamburg durchgeführt wurden (vgl. Legge u.a. 1994; Legge & Bathsteen 1996). In einer ersten Analyse wurde 1990 der Stadtteil Altona untersucht (vgl. Legge u.a. 1994), dabei wurden neben Viktimisierungserlebnissen auch umfangreiche Fragen zum Sicherheitsgefühl, zur Polizei sowie zu lokalen Problemlagen gestellt. Insgesamt 78,4% der Befragten berichteten mindestens eine Opferwerdung im Laufe der vergangenen 12 Monate. Dies ist zwar ein extrem hoher Wert, der aber für einen problembelasteten Stadtteil einer Millionenstadt nachvollziehbar ist. Hierbei muß auch berücksichtigt werden, daß der hohe Wert vor allem durch Straftaten wie Vandalismus an Hauswänden (Graffiti) sowie Kfz-Beschädigungen zustande kommt. Gewaltdelikte sind auch in Hamburg-Altona nicht über die Maßen häufig anzutreffen. Was das Sicherheitsgefühl in Altona betrifft, wurden zwar zahlreiche Gegenden genannt, an denen sich die Bürger unsicher fühlen, insgesamt gaben aber 70,7% der Befragten an, sich in Hamburg-Altona sicher zu fühlen. Dies ist ein im Vergleich zur großen Viktimisierungsbelastung außerordentlich hoher Wert. 1995 wurde die Analyse auf die Hamburger Stadtteile St. Georg, Billstedt und Bergedorf erweitert, Altona wurde dabei nochmals erfaßt (vgl. Legge & Bathsteen 1996). Dabei ergaben sich deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen: So wurden in St. Georg 80,2% der Befragten während eines Jahres Opfer, in Altona 78,2% – ein Ergebnis, das fast exakt dem von 1990 entspricht –, in Billstedt 76,3% und in Bergedorf 69,7%. Dies belegt erneut die erhebliche Opferbelastung in Hamburg, wengleich berücksichtigt werden muß, daß der verwandte Deliktscatalog relativ umfangreich war und die Befragten somit entsprechend mehr Möglichkeiten hatten, Viktimisierungen anzugeben. Auch die Kriminalitätsfurcht wies zwischen den Stadtteilen deutliche Unterschiede auf. Während in St. Georg 45,3% angaben, sich unsicher zu fühlen, waren es in Altona 37,1%, in Billstedt 37,3% und in Bergedorf sogar nur 16,6%. Dennoch gaben in allen Stadtteilen die Mehrzahl der Bürger Orte an, die sie nachts meiden. In keinem der Fälle korrespondierte jedoch das Unsicherheitserleben mit der hohen Viktimisierungsquote. Legge und Bathsteen betonen in diesem Zusammenhang: „Opferwerdung gilt als normales Ereignis und die Anzeigeerstattung nach einer Viktimisierung ist die Ausnahme, zumal, wenn es sich um Straftaten von geringer Schwere handelt“ (S. 208). Dies verdeutlicht die Relativität der Bedeutsamkeit von Opferwerdungen gerade in Großstädten.

Auch in Bremen wurde 1997/98 eine Befragung durchgeführt, und zwar in den Stadtteilen Gröpelingen, Findorff und Bremerhaven-Süd (vgl. Mix u.a. 1998). Allerdings erfolgte diese Untersuchung nicht durch ein neutrales Forschungsinstitut, sondern durch die Bremer Polizeibehörde selbst. Verfälschungseffekte können daher nicht ausgeschlossen werden. In bezug auf Viktimisierungserfahrungen gaben 18,3% der Bürger in Bremerhaven-Süd, 28% in Gröpelingen und 25% in Findorff eine Opferwerdung im vergangenen Jahr an. Das Sicherheitsgefühl am eigenen Wohnort erwies sich in den drei Bremer/Bremerhavener Stadtteilen als sehr heterogen; während sich in Gröpelingen nur 43,1% „sicher“ bzw. „sehr sicher“ fühlten, waren es in Findorff 77% und in Bremerhaven-Süd 76,7%. Damit bestätigte sich in Bremen in den befragten Stadtteilen die bereits oben diskutierte Diskrepanz zwischen Kriminalitätsfurcht auf der einen und Kriminalitätsbelastung auf der anderen Seite. Auffallend an der Bremer Untersuchung war, daß ein Benchmarking zwischen öffentlichen Dienstleistern stattfand, in welchem die Polizei ausgezeichnet abschnitt. Möglicherweise kommen hier aber die genannten Verzerrungen aufgrund der Durchführung der Befragung seitens der Polizei selbst zum Tragen.

Weitaus häufiger sind Analysen, die das gesamte Stadtgebiet umfassen. Im Zuge des Booms kommunaler Kriminalprävention hat sich eine Vielfalt unterschiedlichster Vorgehensweisen entwickelt, die jedoch meist den deutlichen Nachteil haben, daß allenfalls wenige Untersuchungen aufgrund der jeweils individuellen Methodik tatsächlich miteinander vergleichbar sind. Als Methode hat sich, nicht zuletzt aus Kostengründen, die schriftliche Befragung durchgesetzt. Diese birgt jedoch das Problem, das mittlerweile oft nur noch mit maximal 30 Prozent Rücklaufquote zu rechnen ist, was vermehrt die Frage in den Raum stellt, wieweit die letztlich erhaltene Stichprobe möglicherweise nach inhaltlichen Kriterien verzerrt ist, d.h. ob z.B. Personen mit Viktimisierungserfahrungen oder erhöhter Kriminalitätsfurcht in besonderer Weise angesprochen werden und eine höhere Mitarbeitsbereitschaft zeigen.

Als Zielgruppen stehen meist alle Bürger einer Kommune oder eines Stadtgebietes ab einer bestimmten Altersgruppe im Vordergrund, wenngleich auch Studien vorliegen, die sich auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen konzentrieren, so z.B. auf das Unsicherheitserleben von Frauen (vgl. z.B. Stadt Dortmund – Frauenbüro o.J.; Stadt Heidelberg – Amt für Frauenfragen 1994).

Auch die eine Studie durchführende Instanz zeigt eine erhebliche Heterogenität. Neben Forschungseinrichtungen – wie dies im vorliegenden Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg der Fall war – erscheinen Polizeibehörden, Städtische Ämter, z.B. das Amt für Öffentliche Ordnung, aber auch Tageszeitungen oder Schulklassen. Insbesondere die Durchführung solcher Untersuchungen durch die Polizei selbst ist, wie oben erwähnt, nicht unproblematisch, da einerseits bei vielen Bürgern eine alters- und bildungsabhängige Distanz zur Polizei besteht und dieser oftmals unterstellt wird, sie könne aufgrund ihrer Möglichkeiten die Angaben selbst in anonymen Fragebögen bis zum Einzelnen zurückverfolgen. So dürften manche kriminalitätsrelevante Indikatoren bei polizeilichen Befragungen nur verzerrt berichtet werden, vor allem z.B. Fragen zur Qualität polizeilicher Arbeit und zur Einschätzung dieses Kontrollorgans.

Betrachtet man ergänzend einige ausgewählte Ergebnisse zur Opferwerdung und Kriminalitätsfurcht von in den 90er Jahren im Zusammenhang mit der beginnenden kommunalen Kriminalprävention durchgeführten Untersuchungen, so ist die oben bereits erwähnte kriminologische Regionalanalyse Lübeck (vgl. Aben 1992; Papendorf & Neth 1991) zu nennen, die im Jahr 2000 als Sicherheitsanalyse der Stadt Lübeck wiederholt wurde (vgl. zusammenfassend ISIP Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. 2000). In dieser Untersuchung waren neben Viktimisierungen auch Einstellungen zur Polizei und zum Sicherheitserleben erfaßt worden. Dabei ergab sich zehn Jahre nach der ersten Studie ein Anstieg der Gesamtviktimisierungsquote von 54,8% auf 66,2%, was allerdings teils durch andere Deliktsdefinitionen, teils durch veränderte Referenzzeiträume bedingt war. Insgesamt erscheint diese Opferquote allerdings sehr hoch. Bei den Einzeldelikten lag in beiden Jahren ein Schwerpunkt auf der Sachbeschädigung. Während noch 1990 sexuelle Belästigung an zweiter Stelle der Häufigkeiten stand, rückte dieses Delikt 2000 auf den 6. Platz

zurück. Relativ häufig wurden zu beiden Zeitpunkten Diebstahlsdelikte insbesondere an/aus dem Auto sowie von Fahrrädern berichtet. Das erfaßte Sicherheitsgefühl hatte sich in diesem Zeitraum in Lübeck nur wenig verändert; während 1990 82,5% angaben, sich in ihrer Wohngegend zumindest „ziemlich sicher“ zu fühlen, waren es 2000 85,2%. Es konnte ferner gezeigt werden, daß in Stadtteilen, in denen der Kriminalpräventive Rat besonders aktiv war, die Folge hiervon eine erhebliche Zunahme des Sicherheitsgefühls war. Einerseits ist die Lübecker Studie eine der wenigen, die bislang wiederholt wurden, andererseits zeigen sich an diesem Beispiel auch deutliche Grenzen und Mängel entsprechender Bürgerbefragungen. So unterschieden sich die Fragebögen 1991 und 2000, so daß Kontexteffekte nicht auszuschließen sind, andererseits können sich gerade in einzelnen Stadtteilen, unabhängig von kriminalpräventiven Initiativen, Reifungseffekte ergeben, die ohne kontinuierliche Beobachtung und Registrierung eine Interpretation von Unterschieden erheblich erschweren.

Eine ebenfalls durch ein wissenschaftliches Institut durchgeführte Untersuchung ist die Bevölkerungsbefragung in der Stadt Hamm 1995 (vgl. Reichertz & Misterek 1996). Ziel dieser Studie war die Ermittlung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der wahrgenommenen Kriminalität. 18,2% der Befragten gaben an, im Laufe des vergangenen Jahres mindestens einmal Opfer geworden zu sein. Dies ist ein – im Vergleich zur vorher genannten Lübecker Untersuchung – weit niedrigerer Wert. Wieweit dieser Unterschied auf tatsächliche Kriminalitätsunterschiede zwischen Hamm und Lübeck zurückgeht oder durch die unterschiedliche Methodologie zumindest mitbedingt ist, ist letztlich schwer zuverlässig zu beurteilen. Den Schwerpunkt der erlittenen Straftaten bildete – und dies ist überraschend – der Einbruch, gefolgt von Diebstahlsdelikten und Vandalismus. Trotz der geringeren Opferquote war das Sicherheitsgefühl in Hamm geringer ausgeprägt, 69,5% fühlten sich „ziemlich“ oder „sehr sicher“ in ihrer Wohngegend. Darüber hinaus wurden auch in Hamm zahlreiche kleinräumige Informationen erhoben, um so Problemstadtteile zu identifizieren. Bereits der Vergleich der beiden letzten Studien belegt, daß die oftmals durch Kommunen gewünschte Einordnung, ob das Kriminalitätsproblem ihrer Stadt nun schlimmer oder günstiger ausfalle als in anderen Kommunen, kaum möglich ist. So ist Lübeck zum einen wahrscheinlich stärker durch Straftaten belastet als Hamm, andererseits müßten in einen solchen Vergleich auch eine Vielzahl struktureller Variablen eingebunden werden. Zudem spielen die Art der Erfassung, d.h. der Absender, die Stichprobenauswahl, der Fragebogen und seine Gestaltung und weitere Variablen eine erhebliche Rolle, weiterhin äußere, kaum zu beeinflussende Faktoren wie Presseberichterstattung oder aber bestimmte Vorfälle, wie z.B. schwere Straftaten während der Erhebung oder kurz davor.

Zwar durch ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, aber im Namen des Polizeipräsidenten wurde 1996 eine Bürgerbefragung in der Stadt Krefeld durchgeführt (vgl. IPSO Institut für praktische Sozialforschung 1996). Auch hier ergab sich wiederum eine von anderen Studien erheblich abweichende Opferbelastung. So gaben 29% an, innerhalb der vergangenen 5 Jahre mindestens einmal Opfer einer – wenngleich nicht näher spezifizierten – Straftat geworden zu sein. Allein durch diese, subjektiven Interpretationen einer Viktimisierung Tür und Tor öffnende, Fragestellung sind Vergleiche mit anderen Kommunen kaum noch möglich. Auch die Frage zur Verbrechensfurcht weicht von den bisherigen Operationalisierungen ab. So gaben 18% an, „eher“ oder „sehr stark“ Befürchtungen zu haben, Opfer einer Straftat zu werden. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß 43,1% der Nennungen einer mittleren und wenig aussagekräftigen teils/teils-Kategorie zugeordnet wurden. Insgesamt bezog sich diese Angst, Opfer einer Straftat zu werden, vor allem auf Wohnungseinbruch und Überfall, gemeinhin eher seltene Delikte; geringere Sorgen bereiteten den Krefelder Bürgern nach dieser Studie Schlägereien, Gewalttaten und Drogenkriminalität.

Nicht nur mit der Polizei als Absender im Briefkopf, sondern darüber hinaus direkt durch Polizeibeamte verteilt wurden die Fragebögen bei der Untersuchung 1994/95 in Unna. Dies bewirkte zwar einerseits eine Rücklaufquote von immerhin 47,2%, andererseits dürften aber aus den oben genannten Gründen eine Reihe von verfälschenden Einflußfaktoren nicht auszuschließen sein. Erneut wurde nur ein globaler Opferparameter erhoben, der diesmal einen Zwei-Jahres-Zeitraum umfaßte. Ins-

gesamt 16,3% der Befragten gaben an, Opfer geworden zu sein. Das Sicherheitsgefühl war verhältnismäßig hoch, ca. 70% fühlten sich an ihrem Wohnort zumindest „eher sicher“. Opferrisiken wurden von den Befragten insbesondere in bezug auf den Wohnungseinbruch gesehen, aber auch Diebstahl und Viktimisierung von Kindern waren recht häufige Angaben. Auch diese Untersuchung läßt sich kaum mit den vorher genannten vergleichen, erneut unterscheiden sich Vorgehensweise und Fragenformulierung erheblich. Dies ist insofern bedauerlich, als sowohl Hamm als auch Krefeld und Unna Randlagen des Ruhrgebiets darstellen, so daß ein Vergleich von gewisser Relevanz gewesen wäre.

Erwähnenswert ist auch die 1996/97 begonnene Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück, welche es sich zum Ziel gesetzt hat, jährlich umfassend die Erhebung der Hellfelddaten für die Stadt in kleinräumiger Darstellung fortzuschreiben (Hunsicker u.a. 1998). Dies ist insofern von Bedeutung, als gerade eine solche Kontinuität es erlaubt, Veränderungen in bestimmten Räumen zu erfassen und entsprechende Reaktionen einzuleiten. Besonders im Hinblick auf die in den letzten Jahren vermehrt geforderte Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen ist eine solche Vorgehensweise geeignet (vgl. auch Hunsicker u.a. 1998; 1998a; 1999; 2000). Auch die 1997 durchgeführte Bevölkerungsbefragung soll in regelmäßigen Abständen weitergeführt werden. In der 1997 durchgeführten Studie wurden keine Gesamtprävalenzraten der Viktimisierungen der vergangenen 12 Monate berichtet, es zeigte sich jedoch, daß generell Vandalismusedelikte, vor allem am Kfz, im Vordergrund standen. Während von den Frauen sehr oft sexuelle Belästigungen (21,0 %) und Übergriffe (13,4%) angegeben wurden, standen bei den Männern stärker Sachbeschädigungen und Berichte über Graffiti im Vordergrund. Zum Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend wurden keine Prozentangaben, sondern vielmehr Mittelwerte errechnet, was zum internen Gebrauch der Daten sicherlich sinnvoll ist, einen Vergleich mit anderen Städten jedoch erheblich erschwert.

Keine Viktimisierungen wurden in der Kriminologischen Regionalanalyse Essen erhoben, in deren Rahmen 1996 4000 ausgewählte Bürger mit Hilfe eines wiederum durch Polizeibeamte verteilten Fragebogens befragt wurden (vgl. Wälter u.a. 1996). Zwar waren die Beamten angewiesen worden, die Bürger nicht zu kontaktieren und die Fragebögen lediglich in die Briefkästen zu stecken, es ist jedoch anzunehmen, daß den Bürgern diese Vorgehensweise bekannt wurde, Verfälschungstendenzen sind daher nicht auszuschließen. Was die Sicherheitslage in Essen betrifft, ergab sich eine erhebliche Diskrepanz hinsichtlich der Einschätzung für die Tages- und Nachtzeit. Während sich tagsüber nur 10,4% der Befragten „nicht so sicher“ bzw. „überhaupt nicht sicher“ fühlten, waren es nachts immerhin 57,3%, also deutlich mehr als die Hälfte. Dies belegt, daß die Bürger sehr wohl in der Lage sind, nach situativen Bedingungen zu differenzieren, und zeigt zudem, welche bedeutsame Rolle wahrgenommene soziale Kontrolle für das Sicherheitsgefühl spielt. Wie in den bisherigen Studien, so wurden auch in Essen, vor allem auf kleinräumiger Ebene, mögliche Themen für Ansatzpunkte kommunaler Kriminalprävention aus der Befragung abgeleitet.

In zwei weiteren Studien aus dem Bereich der kommunalen Kriminalprävention wurden keine Opferzahlen erhoben, die Konzentration lag hier vor allem auf dem Aspekt des subjektiven Sicherheitsempfindens. Zum einen handelt es sich hier um die Untersuchung des Instituts für empirische Psychologie und Sozialforschung e.V. (1994) in Ulm, zum anderen um eine Studie in Düren. Die Ulmer Untersuchung weist eine mit den übrigen Erhebungen wenig vergleichbare Fragenformulierung auf. So wurde ein etwas fragwürdiger allgemeiner Opferindikator erhoben (Bestehen einer Opfererfahrung), der allerdings kaum zu Vergleichszwecken herangezogen werden kann und dessen tatsächliches Ausmaß auch nicht berichtet wird. Auch die Frage, ob man sich in der Stadt sicher vor Kriminalität fühlt, ist mit anderen Furchtitens wenig vergleichbar, immerhin gaben 43% der Befragten an, daß sie sich absolut sicher fühlen, weitere 43% nannten ein ab und zu vorhandenes Unsicherheitsgefühl.

Die zweite Untersuchung, die zudem durch den Einsatz mündlicher Interviews erfolgte, ist die Bürgerbefragung zum subjektiven Sicherheitsgefühl in Düren (Kreispolizeibehörde Düren u.a. 1998). Diese schwierige Methodik mündlicher Interviews birgt bei Laieninterviewern, wie sie hier

eingesetzt wurden, die Gefahr der Beeinflussung der Befragten, was im Bericht auch deutlich wird (S. 54 ff.). Während in allen der bisher genannten Studien kriminalgeographische Aspekte mit im Zentrum der Analyse standen, konzentriert sich die Dürener Untersuchung ausschließlich auf das Sicherheitserleben, verbunden mit strukturellen räumlichen Merkmalen (z.B. landwirtschaftliche Gemeinde, Tagebaugemeinde usw.). Hierzu wurden eine Fülle von Fragen erhoben, die allerdings zum Teil nur schwer mit in der kriminologischen Forschung gängigen Variablen vergleichbar sind. Entsprechend ist ein Vergleich mit anderen Befragungsergebnissen kaum möglich. Als Ergebnis der Untersuchung zeigt sich in etwa, daß 50% der Befragten nachts bestimmte Orte oder Verkehrsmittel meiden, ca. 10% geben Unsicherheitsgefühle zu Hause an und mehr als die Hälfte (53,2%) hat Angst, Opfer einer Gewalttat zu werden. Insgesamt spiegeln die Daten ein relativ hohes Unsicherheitsgefühl wieder, durch die Focussierung allein auf diesen Aspekt sind allerdings Verfälschungstendenzen durch geweckte Erwartungshaltungen nicht auszuschließen.

Die hier genannten und kurz beschriebenen Studien können nur einen knappen Ausschnitt aus der Vielzahl der insgesamt durchgeführten Untersuchungen bieten. So hat sich in den letzten Jahren die Bevölkerungsbefragung als ein wichtiges und auch oft eingesetztes Instrumentarium zur Erfassung lokaler Problemlagen aus der Sicht der Bürger bewährt. Zunehmend besteht auch der Wunsch, anhand solcher Befragungen den Erfolg kriminalpräventiver Maßnahmen zu kontrollieren. Dabei gilt allerdings einschränkend, daß selbst bei identischer Itemformulierung – wie Heinz und Spiess (2001) bezüglich der Opferwerdung zeigen konnten – durch schwer kontrollierbare Einflüsse erhebliche Differenzen auftreten können. Dies gilt natürlich um so mehr, wenn heterogene Fragestellungen oder Methoden verwandt werden. So sind daher auch Vergleiche zwischen verschiedenen Kommunen nur schwer möglich. Zwar hat die eigenständige Entwicklung eines Inventars für die jeweilige Gemeinde aufgrund der hohen Ortsspezifität einen mehr oder weniger großen Informationswert, die erzielten Ergebnisse jedoch in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und eine Linie bzw. einen „roten Faden“ herauszuarbeiten, dürfte so schwer fallen. Auf diese und ähnliche Probleme wird der nachfolgende Abschnitt nochmals intensiver eingehen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen im Rahmen der baden-württembergischen Begleitforschung durch den Einsatz ein und desselben Fragebogens in den vier beteiligten Kommunen Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten beschloß die Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention auf der Grundlage des umfassenden Fragebogens der lokalen Untersuchungen in den Projektstädten 1994 sowie der nationalen Befragung von 1995 die Entwicklung eines Standardinventars zur Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention (vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 2000, 2. Aufl.). Dieses Inventar beinhaltet Fragen zur Viktimisierungserfahrung, zum Unsicherheitserleben, zu Erfahrungen mit der Polizei, zur Wahrnehmung von „social disorders“ sowie Einschätzungen wichtiger Probleme und notwendiger Maßnahmen zur Kriminalprävention. Eine Darstellung der Entwicklung dieses Inventars findet sich im Beitrag von Kury und Obergfell-Fuchs in diesem Band.

4. Grenzen von Opferbefragungen

Angesichts der Vielzahl international vorliegender Opferbefragungen ist eine breite Diskussion um die Möglichkeiten, Vorteile und Grenzen von Victim Surveys in Gang gekommen (vgl. beispielsweise Sparks 1981; Skogan 1982; Waller 1982; Kaiser 1986; Lurigio u.a. 1990; Skogan u.a. 1990; Sveri 1991; Kury, u.a. 2000, S. 15ff.). Die Vorteile, gerade im Hinblick auf den Einsatzbereich Kommunaler Kriminalprävention, sind dahingehend zu sehen, daß über das Instrument der Bevölkerungsbefragung umfassende subjektive Kriminalitätseinstellungen erfaßt werden können, welche deutliche Hinweise auf die Lebensqualität der Bürger vor Ort geben, und auch lokale – von offizieller Straftatenbelastung unabhängige – Orte des Unsicherheitserlebens identifizierbar sind. Hinzu kommen die genannten Vorteile der (teilweisen) Erfassung des Dunkelfelds nicht angezeigter Kriminalität sowie Möglichkeiten der Bewertung der Instanzen staatlicher Kriminalitätskontrolle.

Allerdings sind auch Opferbefragungen nicht frei von methodischen Einflüssen, die teils in erheblichem Maß die Reliabilität und Validität der erhobenen Daten beeinträchtigen können (vgl. Kury 1993; 1994; 1995; Kreuzer & Schneider 1992; Kreuzer u.a. 1993; siehe auch Reuband & Blasius 1996; de Leeuw 1992). Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die Befragungsart (mündlich, telefonisch, schriftlich) oder auch die Gestaltung des Fragebogens. So zeigten neuere Studien, daß eine Variation dieser Merkmale zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führen kann, was letztlich die Frage eröffnet, welche Daten denn die valideren sind (vgl. zur Befragungsart Kreuzer u.a. 1992; vgl. Kreuzer & Schneider 1992; Kury & Würger 1993; zur Gestaltung des Erhebungsinstruments Kury & Würger 1993; Kury 1994; siehe insbesondere Schnell & Kreuter 2000).

Ein weiteres grundsätzliches Problem von Dunkelfeld- bzw. Opferbefragungen besteht darin, daß solche Delikte nicht erfaßt werden können, bei denen kein oder kein persönliches Opfer auftritt oder die vom Opfer selbst nur selten wahrgenommen werden (vgl. Kreuzer 1975, S. 230; 1976, S. 149; Hood & Sparks 1970; Blankenburg & Feest 1975; Heinz 1977; siehe auch Sack 1993, S. 104 ff.). Typische Beispiele hierfür sind moderne Kriminalitätsarten wie Wirtschafts-, Umwelt-, organisierte Kriminalität sowie Kriminalität der Mächtigen. Insofern können sich Victim Surveys nur weitgehend auf den Bereich der Straßenkriminalität konzentrieren. Allerdings sind dies Kriminalitätsercheinungen, die den Bürger vor Ort in hohem Maße verunsichern und die Lebensqualität in der Kommune beeinträchtigen können. Insofern ist diese Kritik zwar berechtigt, man darf aber nicht aus dem Auge verlieren, daß durch diesen Forschungsansatz der Blickwinkel auf einen ganz bestimmten, ausgewählten Teil der Kriminalität gerichtet wird und andere Bereiche straffälligen Verhaltens unberücksichtigt bleiben. Was mit Opferbefragungen erfaßt wird, ist nicht **die** Kriminalität, sondern lediglich ein mehr oder weniger geringer Teil hiervon. Problematisch ist der Fall dann, wenn davon ausgegangen werden muß, daß Opfer aus unterschiedlichen Gründen ein mehr oder weniger großes Interesse an einer „Geheimhaltung“ ihrer Viktimisierung haben, hier sind Opferbefragungen – insbesondere mit schriftlicher Methodik – nur schwierig durchzuführen. Das zeigen beispielsweise die Ergebnisse von Victim Surveys zu erlittenen schweren Sexualstraftaten bzw. Straftaten im familiären Bereich. Hier erweitern allerdings neuere, spezielle Fragestellungen, so z.B. die Erfassung von Gewalt in der Familie, von Kindesmißhandlung, von Vergewaltigung oder aber auch von Schutzgelderpressung das Spektrum der Möglichkeiten dieser Methodik erheblich und können bei speziellen Fragen kommunaler Kriminalprävention auch lokal zum Einsatz kommen.

Man darf zudem nicht unberücksichtigt lassen, daß in den Bevölkerungsbefragungen keine Delikte im strafrechtlichen Sinne erfaßt werden, sondern „subjektive“ Deliktsinterpretationen (vgl. Villmow 1977). So stellte schon Ennis (1967, S. 102ff) fest, daß sich bei nachträglicher juristischer Überprüfung der in einer Umfrage berichteten Delikte eine erhebliche Beurteilerdivergenz hinsichtlich deren Strafbarkeit ergab (vgl. auch Gold 1970, S. 25). Es liegt weitgehend in der Wahrnehmung der betroffenen Person, ob sie z.B. das Aus-der-Hand-Reißen einer Tasche als Raub oder eben als „Taschendiebstahl“ empfindet. Dies gilt in besonderer Weise natürlich für die sogenannten Bagatelldelikte (z.B. Beschädigung am Kfz), bei welchen die subjektive Opferdefinition erheblich von der eigenen Sensibilität sowie der Bewertung des entstandenen Schadens beeinflußt werden dürfte (vgl. Eisenberg 2000, S. 131f). Wetzels u.a (1995, S. 43f) heben diesbezüglich hervor, daß sich der normative Begriff des Verbrechens einer objektiven Beschreibung entzieht. Insofern ist ein Vergleich der Ergebnisse aus Victim Surveys mit Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik allenfalls eingeschränkt möglich. Victim Surveys sollten in diesem Zusammenhang auch nicht als „Anhängsel“ polizeilicher Datenerhebungen verstanden werden, sondern vielmehr als eigenständiger Beitrag zur Erfassung des komplexen Bereichs lokaler oder auch nationaler innerer Sicherheit.

Ähnliche Einschränkungen gelten für den erfaßten Referenzzeitraum. Selbst auf der Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik hat der dort angegebene Ein-Jahres-Zeitraum gewisse zeitliche Schwankungsbreiten – unter anderem abhängig von der Arbeitsbelastung der Polizei – um so mehr gilt dies für subjektive Kriminalitätsangaben: Je länger die Opferwerdung zurückliegt, um so weniger dürften sich die Befragten, insbesondere wenn es sich um leichtere Straftaten ohne größeren

Schaden handelt, an die Tat bzw. an deren Zeitpunkt erinnern. Dies gilt besonders bei langen Zeiträumen, z.B. Viktimisierungen innerhalb der letzten fünf Jahre, hier dürften neben Vergessenseffekten auch falsche zeitliche Zuordnungen eine Rolle spielen (sogenannte „Telescoping-Effekte“; vgl. ausführlich Skogan 1981; Bradburn u.a. 1987; Rubin & Baddley 1989). Ein überschaubarer Ein-Jahres-Zeitraum sowie die Verwendung markanter „Ankerreize“ (z.B. „seit letzten Weihnachten“) kann die Erinnerungsleistung zwar verbessern, nie jedoch eine hundertprozentig exakte Zuordnung erreichen (vgl. Wetzels & Pfeiffer 1996; Kury & Obergfell-Fuchs 1997).

Bei der Durchführung von Opferbefragungen ist zu berücksichtigen, daß es in aller Regel das Ziel ist, eine repräsentative Stichprobe der Gesamtbevölkerung ab einem bestimmten Lebensalter (etwa 14 Jahre) zu befragen. Allerdings nur dann, wenn die Stichprobe tatsächlich für die Grundgesamtheit (z.B. die Kommune) repräsentativ und auch ausreichend groß ist, können letztlich allgemeine Aussagen gemacht werden. Oftmals ist diese Repräsentativität aber aufgrund von Verweigerungen u.ä. eingeschränkt, so daß bestimmte Bevölkerungskreise über- (höheres Bildungsniveau), andere dagegen unterrepräsentiert sind (Wohnsitzlose, Angehörige der unteren sozialen Schicht, Ausländer, Heimbewohner u.ä.). Dieses Phänomen, das auch unter dem Begriff „Mittelschichts- oder Middle-Class-Bias“ in die Literatur Eingang gefunden hat (Scheuch 1953; vgl. auch Erbslöh & Koch 1988; Hartmann 1990), ist vor allem bei schriftlichen Befragungen anzutreffen. Entsprechend ist es das Ziel aller Studien, eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erzielen, um so den Fehler gering zu halten; allerdings ist Koch (1998) Recht zu geben, wenn er anhand seiner Analysen vor einer Überbewertung der Rücklaufquoten warnt und zum Ergebnis kommt, daß es keine empirischen Befunde dafür gibt, daß dieser Fehler proportional zur Ausschöpfungsquote abnimmt. Problematisch ist es jedoch, wie Schnell und Kreuter (2000) neuerdings zeigen, wenn Personen, die an solchen Untersuchungen nicht teilnehmen, eine andere Opferquote aufweisen als Teilnehmer. Dies stellt, wie die Autoren schlußfolgern, erhöhte Anforderungen insbesondere an die Feldarbeit bei der Durchführung von Victim Surveys sowie an die statistische Absicherung bei der Auswertung der Daten.

Auf die Vorteile der Opferbefragungen, gerade im Hinblick auf die Erfassung subjektiver Kriminalitätsindikatoren, wurde bereits eingegangen. Es ist sicher richtig, daß die hier genannten Probleme die Aussagekraft der Ergebnisse einschränken können, daher ist es notwendig, derartige „Fallstricke“ bei der Durchführung bzw. Interpretation von Victim Surveys zu kennen. Zu Recht weist jedoch Kaiser (1996, S. 395.) darauf hin, daß sich „auch keine Alternativen zu den benutzten Techniken (finden), wenn man nicht auf die totale Beobachtung bzw. auf die teilnehmende Beobachtung ausweichen kann oder will“, wobei eine solche totale bzw. teilnehmende Beobachtung bei den meisten Opfersituationen kaum denkbar ist. Durch Verfeinerungen der Methodik kann die Effizienz des Vorgehens sicherlich noch wesentlich gesteigert werden. So ist es gerade die durch Opferstudien erfaßte „Alltagskriminalität“, welche den Bürger beunruhigt und ängstigt. Es muß daher Aufgabe der Kriminologie sein, dieses Kriminalitätsgeschehen zu untersuchen und hieraus Präventionsstrategien zu entwickeln sowie Möglichkeiten im Umgang mit der Verbrechensfurcht und deren negativen Effekten zu schaffen.

5. Fazit

Dieser kurze Überblick zeigt die Entwicklung empirischer Opferstudien zur Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht in den vergangenen 30 Jahren. Es fällt auf, daß der frühere Ansatz lokaler kriminalgeographischer Untersuchungen heute im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention wieder in verstärktem Maße aufgegriffen wird. Dabei hat sich allerdings das ursprüngliche Vorgehen der Erfassung regionaler Kriminalitätsverteilung deutlich erweitert; so stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts Phänomene der „social disorder“ wesentlich stärker im Vordergrund als die reine Kriminalitätsbelastung. Das Ziel vieler lokaler Studien liegt heute insbesondere in der praktischer Verwertbarkeit der Resultate für Maßnahmen Kommunalen Kriminalprävention. Dabei stehen, im Gegensatz zu den frühen deutschen kriminalgeographischen Studien der 70er und 80er Jahre, weni-

ger umfangreiche und kostspielige Untersuchungen mit umfassenden Instrumenten im Vordergrund, sondern vielmehr begrenzte und ausgewählte Fragestellungen mit praktischer Relevanz. Auch die Notwendigkeit der Vereinheitlichung von Befragungsinstrumenten zur Schaffung einer räumlichen und auch zeitlichen Vergleichbarkeit wird zunehmend mehr gesehen, ein Beispiel hierfür sind die in diesem Band beschriebenen Studien aus den verschiedenen Pilotprojektstädten in Baden-Württemberg und insbesondere die Entwicklung des Standardinventars zur Durchführung von Bevölkerungsbefragungen durch die Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg.

Dieser pragmatische Trend in der Durchführung insbesondere lokaler Victim Surveys hat allerdings auch dazu geführt, daß die einzelnen Untersuchungen eher selten auf elaborierten theoretischen Konzepten basieren. Während in der ersten Phase kommunal begrenzter Studien Theorien der Kriminalgeographie, so z.B. die Überprüfung der Theorien der Chicagoer Schule oder des Defensible Space-Ansatzes, im Mittelpunkt des Interesses standen und die Ableitung möglicher präventiver Ansätze mehr als Beiwerk fungierte, bestimmten in der zweiten Phase, vor allem nach der Wende, die Auswirkungen des Transformationsprozesses, z.B. unter anomietheoretischen Gesichtspunkten, die theoretische Ausrichtung der vor allem auf nationale Surveys ausgerichteten Forschung. Erst in der dritten Phase des Booms der Kommunalen Kriminalprävention wirken zahlreiche Studien sowohl in ihrer theoretischen Ausrichtung als auch in der Begründung des empirischen Vorgehens etwas beliebig, obwohl auch hier theoretische Konzepte vorliegen, deren Überprüfung mit dieser Art von Untersuchung sehr wohl möglich wäre (vgl. ausführlich Obergfell-Fuchs 2001). Das mangelnde theorie- und hypothesengeleitete Vorgehen führt zum Teil dazu, daß vor Ort eine gewisse Hilflosigkeit bei der Einordnung der erzielten Resultate einer selbst durchgeführten Victim Survey besteht; dies gilt besonders dann, wenn eine wissenschaftliche Begleitung nicht vorgesehen ist oder aber z.B. ein „handgestricktes“ Instrument verwendet wird, das sich nur schwer mit gängigen wissenschaftlich-kriminologischen Fragebögen vergleichen läßt. Zudem ist zum Teil der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß manche Kommunen nur deshalb eine Untersuchung durchführen, um bei der viel diskutierten Kommunalen Kriminalprävention dabei zu sein. Dies kann jedoch dazu führen, daß selbst aussagekräftige Resultate auf kommunal-politischer Ebene nicht in Handlungsanweisungen umgesetzt werden und so die Studie selbst in kurzer Zeit unbeachtet in den Regalen verschwindet, ein Phänomen, das neuerdings Kasperzak (2000) anhand einer empirischen Studie in zwölf Städten deutlich beschrieben hat.

Daß nur die Verwendung eines einheitlichen Fragebogens dazu beitragen kann, Fragen hinsichtlich der Erfolgskontrolle eingesetzter Maßnahmen zu beantworten, versteht sich von selbst. Allerdings sind auch hier zahlreiche intervenierende und kaum kontrollierbare Einflüsse zu berücksichtigen, so daß eine einmalige Vorher-Nachher-Messung nur schwerlich zu aussagekräftigen Ergebnissen führen kann. Weit sinnvoller – wenngleich erheblich kostspieliger – sind daher kontinuierliche Verlaufsmessungen, die es erlauben bestimmte, insbesondere einmalig auftretende Einflußfaktoren (z.B. spektakuläre Kriminalitätsfälle) herauszufiltern. Diese kontinuierlichen Erfassungen der Opferwerdung, des Sicherheitserlebens oder auch der Problemlagen gestatten sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene wesentlich reliablere Aussagen als sporadische Einzelerfassungen mit zudem ggf. unterschiedlichen Instrumenten und Vorgehensweisen. Während diese Einsicht gerade in Kommunen sich mehr und mehr durchsetzt, ist man auf nationaler Ebene noch deutlich von Verhältnissen kontinuierlicher Victim Surveys, wie z.B. in den USA (National Crime Surveys) oder England & Wales (British Crime Surveys), entfernt. Hier bleibt es noch immer der Initiative einzelner kriminologischer Forschungsinstitute überlassen, solche Surveys in Auftrag zu geben. Eine feste Verankerung entsprechender Studien mit einheitlichem Inventar in den Haushalt des Innen- oder Justizministeriums wäre – insbesondere angesichts der steigenden Bedeutung der öffentlichen Meinung für die politische Meinungsbildung – wünschenswert.

Literatur

- Aben, R. (1992): Kriminologische Regionalanalyse Lübeck. In: K.-F. Koch (Hrsg.), *Kriminalitätslagebilder*. Wiesbaden, S. 305-341.
- Allerbeck, K.; Esser, H.; Mayer, K. U.; Scheuch, E. K.; Tack, W. H. (1991): Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft. Antrag an den Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Einrichtung eines Schwerpunktprogramms. Unveröffentlichtes Manuskript. Bonn.
- Amelang, M. (1986): *Sozial abweichendes Verhalten*. Berlin.
- Arnold, H.; Teske, R. H. C.; Korinek, L. (1988): Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Einstellungen zur Sozialkontrolle in West und Ost. In: G. Kaiser; H. Kury; H.-J. Albrecht (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 80er Jahren*. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Vol.35/2. Freiburg, S. 909-942.
- Biderman, A. D.; Johnson, L.; McIntyre, J.; Weir, A. (1967): Report on a pilot study in the district of Columbia on victimization and attitudes toward law enforcement. Washington, D.C.
- Bilsky, W.; Pfeiffer, C.; Wetzels, P. (1992): Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Erhebungsinstrument der KFN-Opferbefragung 1992. Hannover.
- Blankenburg, E.; Feest, J. (1975): Über die schichtspezifische Chance, kriminalisiert zu werden. In: A. Ahele; S. Mitzlaff; W. Nowack (Hrsg.), *Abweichendes Verhalten*. Stuttgart, S. 262-271.
- Boers, K. (1991): *Kriminalitätsfurcht*. Pfaffenweiler.
- Boers, K. (1994): Kriminalitätseinstellungen in den neuen Bundesländern. In: K. Boers; U. Ewald; H.-J. Kerner; E. Lautsch; K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Band 2. Bonn, S. 21-74.
- Boers, K. (1995): Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen. In: G. Kaiser; J.-M. Jehle (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung*. Teilband II. Heidelberg, S. 3-36.
- Boers, K. (1996): Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 79 (5), S. 314-337.
- Boers, K.; Ewald, U.; Kerner, H.-J.; Lautsch, E.; Sessar, K. (Hrsg.) (1994): *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bonn.
- Bradburn, N. M.; Rips, L. J.; Shevell, S. K. (1987): Answering autobiographical questions: The impact of memory and inference on surveys. *Science* 236, S. 157-161.
- Buikhuisen, W. (1977): Recorded and unrecorded crime. *Research Bulletin of the Ministry of Justice*. The Hague.
- de Leeuw, E. D. (1992): *Data quality in mail, telephone, and face to face surveys*. Amsterdam.
- Dölling, D. (1992): Probleme und Perspektiven kriminologischer Forschung in den neuen Bundesländern: Einführung in das Thema. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, S. 525-528.
- Eisenberg, U. (2000): *Kriminologie*, 5. Aufl. München.
- Eisner, M. (1993): *Alltägliche Gewalt in Schweizer Städten*. Nationales Forschungsprogramm Stadt und Verkehr. Zürich.
- Eisner, M. (1997): *Das Ende der zivilisierten Stadt?* Frankfurt, New York.
- Ennis, P. H. (1967): *Criminal victimization in the United States: A report of a national survey*. (Field surveys II.). Washington, D.C.
- Erslöh, B.; Koch, A. (1988): Die Non-Response-Studie zum ALLBUS 1986: Problemstellung, Design, erste Ergebnisse. *ZUMA-Nachrichten* 22, S. 29-44.
- Ewald, U. (1992): Perspektiven und Probleme kriminologischer Forschung auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, S. 529-544.

- Ewald, U.; Hennig, C.; Lautsch, E. (1994): Opfererleben in den neuen Bundesländern. In K. Boers; U. Ewald; H.-J. Kerner; E. Lautsch; K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bd. 2. Bonn, S. 75-170.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998): Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 81(2), S. 67-82.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (2000): Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention (2. Aufl.). Herausgegeben vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Stuttgart. Freiburg, A. (1981): Kriminalität in der DDR. Zur Phänomenologie des abweichenden Verhaltens im sozialistischen deutschen Staat. Opladen.
- Gold, M. (1970): Delinquent behavior in an American city. Belmont, CA.
- Harre, E. (1990): Gedanken zur politischen Sozialisation der Ostdeutschen. Konferenzmaterialien „Gesellschaftlicher Wandel in der DDR – Ostdeutschland im Transformationsprozeß ‚realsozialistische‘ Systeme Osteuropas“, S. 98-104.
- Hartmann, P. H. (1990): Wie repräsentativ sind Bevölkerungsumfragen? Ein Vergleich des ALLBUS und des Mikrozensus. ZUMA-Nachrichten 26, S. 7-30.
- Heinz, W. (1977): Kriminalstatistiken – Indikatoren der Kriminalität und ihrer Entwicklung? In: Bundeskriminalamt (Hrsg.), Polizei und Justiz. Wiesbaden, S. 93-110.
- Heinz, W.; Spiess, G. (2001): Kriminalitätsfurcht – Befunde aus neueren Repräsentativbefragungen. In J.-M. Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität. Mönchengladbach, S. 147-191.
- Hindelang, M. (1976): Criminal victimization in eight American cities: A descriptive analysis of common theft and assault. Cambridge, MA.
- Home Office (2000): The British Crime Survey 2000. www.homeoffice.gov.uk/bcs2000/bcs2000.htm. 26.07.2000.
- Hood, R.; Sparks, R. (1970): Kriminalität. München.
- Hough, M.; Mayhew, P. (1983): The British Crime Survey. Home Office Research Study No. 76. London.
- Hunsicker, E.; Oevermann, M.; Ratermann, M. (1998): Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 1996/97 zum Thema „Mehr Sicherheit für uns in Osnabrück“ – Fortschreibung der Grunddaten für 1997. Osnabrück.
- Hunsicker, E.; Oevermann, M.; Ratermann, M. (1999): Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 1996/97 zum Thema „Mehr Sicherheit für uns in Osnabrück“ – Fortschreibung der Grunddaten für 1998. Osnabrück.
- Hunsicker, E.; Oevermann, M.; Ratermann, M. (2000): Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück zum Thema „Mehr Sicherheit für uns in Osnabrück“ – 3. Fortschreibung der Grunddaten für das Jahr 1999. Osnabrück.
- Hunsicker, E.; Bruns, B.; Oevermann, M.; Ratermann, M. (1998a): Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 1996/97 zum Thema „Mehr Sicherheit für uns in Osnabrück“. Osnabrück.
- Institut für empirische Psychologie und Sozialforschung e. V. (1994): Abschlußbericht Sicherheit in Ulm 1994. Köln: unveröffentlicht.
- IPSO Institut für praktische Sozialforschung (1996): Bürgerbefragung in der Stadt Krefeld zur Kriminalitätsthematik. Münster: unveröffentlicht.
- ISIP – Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e. V. (2000): Sicherheitsanalyse Lübeck. Hamburg.
- Jung, H. (1993): Victimologie. In: G. Kaiser; H.-J. Kerner; F. Sack; H. Schellhoss (Hrsg.), Kleines Kriminologisches Wörterbuch, 3. Aufl., Heidelberg, S. 582-588.
- Kaiser, G. (1978): Jugendkriminalität. Rechtsbrüche, Rechtsbrecher und Opfersituationen im Jugendalter, 2. Aufl. Weinheim.

- Kaiser, G. (1986): Victim surveys – stocktaking, needs, and prospects: A German view. In: K. Miyazawa; M. Ohya (Eds.), *Victimology in comparative perspective*. Tokyo, S. 133-143.
- Kaiser, G. (1996): *Kriminologie* (3. Aufl.). Heidelberg.
- Kasperzak, T. (2000): *Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht*. Holzkirchen.
- Kerner, H.-J.; Sessar, K.; Boers, K. (1990, unpubl.): *Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in der DDR mit Blick auf die Auswirkungen auf Deutschland als Ganzes*. Unveröff. Antrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Tübingen.
- Koch, A. (1998): Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. *ZUMA-Nachrichten* 42, S. 66-90.
- Kräupl, G. (1992): Beschränkte Verhältnisse sozialer Tätigkeit und Gewalt. In: U. Ewald; K. Wories (Hrsg.), *Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht*. Festschrift für John Lekschas. Bonn, S. 147-164.
- Kräupl, G.; Ludwig, H. (1993): Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. *Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens 1991/92* (Jenaer Kriminalitätsbefragung). Freiburg.
- Kräupl, G.; Ludwig, H. (2000): *Wahrnehmung von Kriminalität und Sanktionen im Kontext gesellschaftlicher Transformation*. Freiburg.
- Kreispolizeibehörde Düren; RAA; Gymnasium am Wirteltor Düren; Ausländerbeirat der Stadt Jülich (1998): *Mit Sicherheit ins Jahr 2000*. Bürgerbefragung zum subjektiven Sicherheitsgefühl im Kreis Düren. Düren.
- Kreuzer, A. (1975): Schülerbefragung zur Delinquenz. *Recht der Jugend* 23, S. 229-244.
- Kreuzer, A. (1976): Über kriminologische Dunkelfeldforschung. *Kriminalistik* 30, S. 145-151.
- Kreuzer, A.; Schneider, H. (1992): Dunkelfeldforschung in Jena, Potsdam und Gießen. Ziele, Erfahrungen, erste Befunde aus einem Forschungsprojekt. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, S. 605-620.
- Kreuzer, A.; Görden, T.; Römer-Klees, R.; Schneider, H. (1992): Auswirkungen unterschiedlicher methodischer Vorgehensweisen auf die Ergebnisse selbstberichteter Delinquenz. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 75, S. 91-104.
- Kreuzer, A.; Görden, T.; Krüger, R.; Münch, V.; Schneider, H. (1993): *Jugenddelinquenz in Ost und West*. Bonn.
- Kury, H. (1991): Victims of crime – Results of a representative telephone survey of 5.000 citizens of the former Federal Republic of Germany. In: G. Kaiser; H. Kury; H.-J. Albrecht (Eds.), *Victims and criminal justice* (Bd. 1). Freiburg, S. 265-304.
- Kury, H. (1992): Kriminalität und Viktimisierung in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse der ersten vergleichenden Victim Survey in der ehemaligen DDR und BRD. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, S. 141-228.
- Kury, H. (1993): Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen – erläutert am Beispiel einer Opferstudie. In: G. Kaiser; H. Kury (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Freiburg, S. 321-410.
- Kury, H. (1994): The influence of the specific formulation of questions on the results of victim studies. *European Journal on Criminal Policy and Research* 2, S. 48-68.
- Kury, H. (1995): Wie restitativ eingestellt ist die Bevölkerung? Zum Einfluß der Frageformulierung auf die Ergebnisse von Opferstudien. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 78, S. 84-98.
- Kury, H. (2001): Das Dunkelfeld der Kriminalität. Oder : Selektionsmechanismen und andere Verfälschungsstrukturen. *Kriminalistik* 55, S. 74-84.
- Kury, H.; Obergfell-Fuchs, J. (1997): Zur Regionalverteilung von Kriminalität – eine Antwort auf Kritik -. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 80(5), S. 346-351.

- Kury, H.; Obergfell-Fuchs, J. (1998): Kriminalitätsfurcht in Deutschland. *Kriminalistik* 52 (1), S. 26-36.
- Kury, H.; Obergfell-Fuchs, J. (1998a): Kriminalitätsfurcht und Alter: Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 81 (3), S. 198-217.
- Kury, H.; Würger, M. (1993): The Influence of the Type of Data Collection Method on the Results of the Victim Surveys. A German Research Project. In: A. Alvazzi del Frate; U. Zvekic; J. J. M. van Dijk (Eds.), *Understanding Crime. Experiences of Crime and Crime Control. Acts of the International Conference. Rome 18 - 20 November 1992. Rom*, S. 137-152.
- Kury, H.; Obergfell-Fuchs, J.; Ferdinand, T. (1998): Aging and the fear of crime: Results from East and West Germany. *Comparative Law Review* 32, S. 851-917.
- Kury, H.; Obergfell-Fuchs, J.; Würger, M. (2000): *Gemeinde und Kriminalität – eine Untersuchung in Ost- und Westdeutschland*. Freiburg.
- Kury, H.; Dörmann, U.; Richter, H.; Würger, M. (1996): *Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland*, 2. Aufl. Wiesbaden.
- Legge, I.; Bathsteen, M.; Harenberg, R. (1994): *Kriminologische Regionalanalyse Hamburg-Altona. Methodische Grundlagen lokaler Sicherheitsdiagnosen*. Hamburg.
- Legge, J.; Bathsteen, M. (1996): *Kriminologische Regionalanalyse Hamburg. Bd. II. Lokale Sicherheitsdiagnosen für vier Stadtteile*. Hamburg.
- Lurigio, A. J.; Skogan, W. G.; Davis, R. C. (Eds.) (1990): *Victims of crime. Problems, policies and programs*. Newbury Park.
- Mayhew, P.; van Dijk, J.J.M. (1997): *Criminal victimisation in eleven industrialised countries: Key findings from the 1996 International Crime Victims Survey*. The Hague.
- Mix, U.; Goritzka, U.; Grote, U.; Müller, J. (1998): *Bürgerbefragung zur Inneren Sicherheit in den Bremer Stadtteilen Gropelingen, und Findorff sowie im Bremerhavener Stadtbezirk Süd*. Bremen.
- Nieuwbeerta, P. (Hrsg.) (2002): *Crime victimization in comparative perspective*. Den Haag: Boom Juridische uitgevers.
- Obergfell-Fuchs, J. (2001): *Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention – Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau*. Freiburg.
- Papendorf, K.; Neth, A. (1991): *Kriminologische Regionalanalyse Lübeck*. Lübeck.
- Plate, M.; Schwinges, U.; Weiß, R. (1985): *Strukturen der Kriminalität in Solingen*. Wiesbaden.
- Porterfield, A. L. (1943): *Delinquency and its outcome at court and in the college*. *American Journal of Sociology* 49, S. 199-208.
- Porterfield, A. L. (1946): *Youth in trouble*. Forth Worth, TX.
- Reichertz, J.; Misterek, W. (1996): *Subjektives Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbelastung. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Hamm/Westfalen 1995*. Essen.
- Reiss, A. J. (1967): *Studies in crime and law enforcement in major metropolitan areas*. President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice, Field Surveys III, Vol. 1. Washington, D.C.
- Reuband, K.-H.; Blasius, J. (1996): Face-to-face-, telefonische und postalische Befragungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48 (2), S. 296-318.
- Rubin, D. C.; Baddley, A. D. (1989): Telescoping is not time compression: A model of the dating of autobiographical events. *Memory and Cognition* 17, S. 653-661.
- Sack, F. (1993): *Dunkelfeld*. In: G. Kaiser; H.-J. Kerner; F. Sack; H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*, 3. Aufl. Heidelberg, S. 99-107.
- Scheuch, E. K. (1953): *Ein Interview über das Interview. Eine Untersuchung über die Haltung der Bevölkerung in Deutschland zum Interview*. Diplomarbeit an der Universität Köln. Köln.
- Schneider, H. J. (1987): *Kriminologie*. Berlin, New York.

- Schnell, R.; Kreuter, F. (2000): Untersuchungen zur Ursache unterschiedlicher Ergebnisse sehr ähnlicher Viktimisierungssurveys. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52 (1), S. 96-117.
- Schwind, H.-D. (2001): *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen* (11. Aufl.). Heidelberg.
- Schwind, H.-D.; Ahlborn, W.; Weiß, R. (1978): *Empirische Kriminalgeographie*. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D.; Ahlborn, W.; Weiß, R. (1989): *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87*. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D.; Fetchenhauer, D.; Ahlborn, W.; Weiß, R. (2001): *Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt*. Neuwied, Kriftel.
- Schwind, H.-D.; Ahlborn, W.; Eger, H. J.; Jany, U.; Pudel, V.; Weiß, R. (1975): *Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74*. Wiesbaden.
- Sessar, K. (1992): *Wiedergutmachen oder strafen: Einstellungen in der Bevölkerung und der Justiz*. Pfaffenweiler.
- Sessar, K. (1994): *Einführungsreferat*. In: K. Boers; U. Ewald; H.-J. Kerner; E. Lautsch; K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Vol. 2. Bonn, S. 9-12.
- Skogan, W. G. (1981): *Issues in the measurement of victimization*. Washington, D.C.
- Skogan, W. G. (1982): *Methodological issues in the measurement of crime*. In: H. J. Schneider (Ed.), *The victim in international perspective*. Berlin, S. 203-208.
- Skogan, W. G.; Lurigio, A. J.; Davis, R. C. (1990): *Criminal victimization*. In: A. J. Lurigio; W. G. Skogan; R. C. Davis (Eds.), *Victims of crime. Problems, policies and programs*. Newbury Park, S. 7-22.
- Sparks, R. F. (1981): *Surveys of victimization – an optimistic assessment*. In: M. Tonry; N. Morris (Eds.), *Crime and Justice – An annual review of research*. Vol. 3. Chicago, London, S. 1-60.
- Stadt Dortmund – Frauenbüro (o. Jahr): *Angsträume in Dortmund*. Dortmund.
- Stadt Heidelberg – Amt für Frauenfragen (1994): *Angsträume in Heidelberg*. Heidelberg.
- Stephan, E. (1976): *Die Stuttgarter Opferbefragung*. Wiesbaden.
- Sveri, K. (1991): *Victim surveys and police statistics*. In: G. Kaiser; H. Kury; H.-J. Albrecht (Eds.), *Victims and criminal justice*. Vol. 50. Freiburg, S. 405-417.
- U. S. Department of Justice (1976): *Criminal Victimization in the United States, 1973*. (Report No. SD-NCP-N-4). Washington, D.C.
- U. S. President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice (Ed.). (1967): *The challenge of crime in a free society*: Washington, D.C.
- van Dijk, J.J.M.; Mayhew, P. (1993): *Criminal Victimization in the industrialised world: Key findings of the 1989 and 1992 International Crime Surveys*. The Hague.
- van Dijk, J. M.; Steinmetz, C. (1979): *The Research and Documentation Centre victim surveys: 1974-1979*. Den Haag.
- van Dijk, J. J. M.; Mayhew, P.; Killias, M. (1990): *Experiences of crime across the world. Key findings from the 1989 international crime survey*. Deventer, Boston.
- van Kesteren, J.; Mayhew, P.; Nieuwbeerta, P. (2000): *Criminal victimisation in seventeen industrialised countries. Key findings from the 2000 International Crime Victims Survey*. The Hague.
- Villmow, B. (1977): *Schwereinschätzung von Delikten: Schicht- und altersspezifische Einstellungen sowie Einstellungen von Tätern und Opfern bei 14-15jährigen männlichen Probanden einer südbadischen Kleinstadt*. Berlin.
- von der Heide, F. (1993): *Zur Kriminalstatistik 1991 für die neuen Bundesländer*. *Neue Justiz* 47, S. 19-21.
- von der Heide, F.; Lautsch, E. (1991): *Entwicklung der Straftaten und der Aufklärungsquote in der DDR von 1985 bis 1989*. *Neue Justiz* 45, S. 11-15.
- von der Heide, F.; Lautsch, E. (1991a): *Entwicklung und Struktur der Tatverdächtigen in der ehemaligen DDR von 1983-1989*. *Neue Justiz* 45, S. 344-348.

- Wälter, H.; Pannenbäcker, F.; Rosenkranz, M. (1996): Kriminologische Regionalanalyse Essen. Band 1. Essen.
- Waller, I. (1982): Opferbefragungen als Handlungsanweisungen: Mahnungen zur Vorsicht und einige Vorschläge. In: H. J. Schneider (Hrsg.), Das Verbrechenopfer in der Strafrechtspflege. Berlin, New York, S. 132-159.
- Wallerstein, J. S.; Weyle, C. J. (1947): Our law-abiding law-breakers. *Probation* 25, S. 107-118.
- Wetzels, P.; Pfeiffer, C. (1996): Regionale Unterschiede der Kriminalitätsbelastung in Westdeutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 79 (6), S. 386-405.
- Wetzels, P.; Greve, W.; Mecklenburg, E.; Bilsky, W.; Pfeiffer, C. (1995): Kriminalität im Leben alter Menschen. Stuttgart.
- Zvekic, U.; Alvazzi del Frate, A. (1993): Victimization in the developing world: An overview. In: A. Alvazzi del Frate; U. Zvekic; J.J.M. van Dijk (Eds.), *Understanding crime: Experiences of crime and crime control*. Rome, S. 51-86.
- Zvekic, U.; Alvazzi del Frate, A. (1995): *Criminal victimisation in the developing world*. Rome.

Untersuchungsdesign der Bevölkerungsbefragungen in den Städten Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten

Das Forschungsprojekt „Kommunale Kriminalprävention in Baden Württemberg“ verfolgte mehrere Ziele:

- eine Bestandsaufnahme von Opfererfahrungen im Hell- und Dunkelfeld und eine Analyse des Anzeigeverhaltens,
- die Erfassung der Kriminalitätswahrnehmung, der Verbrechensfurcht, des Sicherheitsgefühls, der Bewertung der Polizeiarbeit sowie präventionsrelevanter Einstellungen und Erwartungen der Bürger in den Gemeinden,
- einen Vergleich der Viktimisierungshäufigkeit, der Verbrechensfurcht und der Bewertung der Polizeitätigkeit auf kommunaler Ebene und Bundesebene,
- die Auflistung von Vorschlägen der Bevölkerung zur Kommunalen Kriminalprävention,
- die Bestimmung von Problemfeldern und Zielgruppen für Aktivitäten der Kommunalen Kriminalprävention.

Die komplexen Fragestellungen der Begleitforschung zu den kommunalen Präventionsmaßnahmen bedingten ein differenziertes Untersuchungsdesign. In den drei an dem Forschungsprojekt beteiligten Städten Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten³ fanden vor der Umsetzung von Präventionsaktivitäten Bevölkerungsbefragungen statt, die deliktsspezifisch die Häufigkeit von Viktimisierungen in den letzten 12 Monaten, das Anzeigeverhalten, die verschiedenen Aspekte der Verbrechensfurcht, die Bewertung der Polizeiarbeit, den Stellenwert von Problemen in der Gemeinde und Vorschläge zur Kriminalprävention erfaßten. Die Auswertungen dieser Umfragen sollten den Kriminalpräventiven Räten in den Kommunen Anhaltspunkte und Hintergrundwissen für die Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen liefern. Die Untersuchung war insgesamt so angelegt, daß eine Wiederholung der Befragung nach der Durchführung von Präventionsmaßnahmen möglich ist, um Veränderungen in den Gemeinden durch einen Vergleich der Befragungsergebnisse festzustellen. Die drei nachfolgenden Berichte über die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten können als Modelle für eine wissenschaftliche Begleitung von Projekten zur Kommunalen Kriminalprävention angesehen werden.

Die Bevölkerungsumfragen wurden im Juni/Juli 1994 in schriftlicher Form durchgeführt. Aus den amtlichen Melderegistern waren zuvor Zufallsstichproben der Einwohner mit einem Mindestalter von 14 Jahren gezogen worden.⁴ Die Größe der Stichprobe entsprach einem Anteil von etwa 14 Prozent (Calw), 2 Prozent (Freiburg) und 5 Prozent (Ravensburg/Weingarten) der mindestens 14 Jahre alten Einwohner mit Hauptwohnsitz in den jeweiligen Gemeinden. Die Stichproben erwiesen sich hinsichtlich der Alters- und Geschlechtsstruktur sowie der Anteile der ausländischen Bevölkerung als im wesentlichen repräsentativ für die Grundgesamtheit.

Die Datenerhebung erfolgte durch Zusendung eines Fragebogens, der von den Befragten ohne Angaben von Name und Anschrift zurückgesandt wurde. Der Fragebogen ist bei *Feltes* (1995, S. 159 - 180) abgedruckt. Alle Personen der Stichprobe erhielten ein Erinnerungsschreiben. Den Forschern war die Identität der Antwortenden und Nichtantwortenden nicht bekannt.

Von den versandten Fragebogen konnten in Calw 36 Prozent (N=945), in Freiburg 45 Prozent (N=1.118) und in Ravensburg/Weingarten 36 Prozent (N=1.308) ausgewertet werden. Hinsichtlich

³ Zum Untersuchungszeitpunkt hatte Calw, eine Große Kreisstadt und Mittelzentrum im Nördlichen Schwarzwald, etwa 24.000 Einwohner. In Freiburg, einer Universitätsstadt, lebten ungefähr 185.000 Personen. Ravensburg/Weingarten ist Oberzentrum einer meist ländlichen Region. Ravensburg hatte etwa 47.000 und Weingarten 24.000 Einwohner.

⁴ Wegen der besonderen Struktur wurden für die Gemeinde Ravensburg, getrennt nach Kerngemeinde und Ortschaften, und für die Gemeinde Weingarten jeweils gesonderte Zufallsstichproben der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren gezogen.

der Verteilung der Merkmale Geschlecht und Alter entspricht die realisierte Stichprobe⁵ weitgehend den jeweiligen Grundgesamtheiten. In Ravensburg/ Weingarten beantworteten allerdings überproportional viele Männer den Fragebogen (51 Prozent), so daß die Geschlechterverteilung hier signifikant von der Grundgesamtheit abweicht. Dort beträgt der Anteil der Männer 45 Prozent. Die Altersverteilungen werden durch die realisierten Stichproben jeweils gut repräsentiert; lediglich in Calw sind die älteren Jahrgänge leicht überrepräsentiert, während in Ravensburg/Kernstadt junge Frauen über- und ältere Frauen unterrepräsentiert sind. In allen drei Gemeinden sind die ausländischen Mitbürger in der realisierten Stichprobe unterrepräsentiert. In Calw sind 21 Prozent der Bevölkerung Ausländer, der Ausländeranteil an der Befragung beträgt aber nur 7 Prozent. In Freiburg ist der Bevölkerungsanteil der ausländischen Einwohner 10 Prozent, ihr Anteil an der realisierten Stichprobe umfaßt jedoch nur 6 Prozent. In der Stichprobe aus Ravensburg haben 3 Prozent der Befragten die ausländische Staatsbürgerschaft, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung etwa 11 Prozent beträgt; für Weingarten liegen diese Werte bei 4 Prozent im Vergleich zu einem Bevölkerungsanteil von 9 Prozent. Solche Verzerrungen sind aber in einsprachig durchgeführten Umfragen üblich.

Literatur

Feltes, T., Hrsg. (1995): Kommunale Kriminalprävention in Baden Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten. Holzkirchen/Obb.

⁵ Unter den Begriff "realisierte Stichprobe" fallen die Fragebögen, die zurückgesandt wurden und auswertbar waren.

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Calw

Der Beitrag basiert auf einer 1994 durchgeführten Bevölkerungsbefragung in Calw. Er enthält eine Analyse von Strukturmerkmalen der Stadt, Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht, subjektiver Wahrnehmung von Kriminalität, Anzeigeerstattung, Bewertung der Polizei, Einstellung zu Strafzwecken und Sanktionspräferenzen. Anlage und Ziel der Untersuchung sind in dem vorangehenden Beitrag „Untersuchungsdesign der Bevölkerungsbefragungen in den Städten Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten“ beschrieben.

1. Strukturmerkmale der Einwohner Calws

Die Große Kreisstadt Calw besteht neben der Kernstadt aus den Stadtteilen Altburg, Alzenberg, Ernstmühl, Heumaden, Hirsau, Holzbronn, Oberriedt, Speßhardt, Stammheim, Weltenschwann und Wimberg. Für die Analyse wurden einzelne geographisch angrenzende Stadtteile zusammengefaßt.² An der Umfrage haben insgesamt 945 Personen teilgenommen. Davon wohnten 20 Prozent in Calw-Innenstadt, 19 Prozent in Heumaden, 20 Prozent in Stammheim, 11 Prozent in Hirsau/Ernstmühl, 9 Prozent in Wimberg, 3 Prozent in Holzbronn, 11 Prozent in Altburg/Speßhardt/Weltenschwann und 5 Prozent in Alzenberg. 2 Prozent haben keine Angaben zu ihrem Wohnort gemacht.

Hinsichtlich der meisten Strukturmerkmale unterscheiden sich die Bewohner der Stadtteile nicht. Nur in der Altersstruktur gibt es geringe Unterschiede zwischen den Stadtteilen. In Calw-Innenstadt sind die Bewohner relativ jung, in Wimberg hingegen relativ alt. Diese Unterschiede sind signifikant³ - im Gegensatz zu den geringeren Altersunterschieden in den anderen Stadtteilen. Von allen Befragten waren 17,2 Prozent jünger als 24 Jahre, 22,4 Prozent zwischen 25 und 34 Jahre alt und 17,7 Prozent zwischen 35 und 44 Jahre alt, 42,7 Prozent der befragten Personen waren 45 Jahre und älter. Für alle anderen, nachfolgend aufgeführten Merkmale gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Stadtteilen.

Familienstand: 63,4 Prozent waren verheiratet, 15,5 Prozent ledig und allein lebend, 14,9 Prozent ledig und in einer Lebensgemeinschaft lebend, 2,8 Prozent waren geschieden oder lebten vom Partner getrennt und waren 3,4 Prozent verwitwet.

Anzahl der Kinder: 34,7 Prozent hatten keine Kinder, 16,3 Prozent hatten ein Kind, 42,4 Prozent 2 bis 3 Kinder und 6,5 Prozent 4 und mehr.

Haushaltsgröße: In 10,4 Prozent aller Fälle bestand der Haushalt nur aus einer Person und in 31,4 Prozent aus 2 Personen. 75,7 Prozent hatten eine Haushaltsgröße von 2 bis 4 Personen.

Schulabschluss: 1,4 Prozent gaben an, keinen Schulabschluss zu haben, 4,9 Prozent waren noch in der Schulausbildung. 0,4 Prozent besaßen einen Abschluss der Sonderschule, 37,1 Prozent einen der Hauptschule und 28,0 Prozent einen der Realschule. 28,1 Prozent hatten das Abitur oder eine Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

Beruflicher Ausbildungsabschluss: 10,8 Prozent besaßen keinen Abschluss, 11,1 Prozent waren noch in der Ausbildung bzw. Schüler oder Studenten. 49,4 Prozent hatten eine Lehre abgeschlossen oder waren Facharbeiter. 8,1 Prozent konnten einen Meistertitel vorweisen. 20,6 Prozent hatten ein abgeschlossenes Hochschul-, Universitäts- oder Fachhochschulstudium.

¹ Unter Mitarbeit von Yvonne Schroth.

² Altburg, Oberriedt, Speßhardt und Weltenschwann wurden zu „Altburg u.a.“, Hirsau und Ernstmühl zu „Hirsau u.a.“ zusammengefasst.

³ Alle statistischen Schätzungen in den Analysen basieren auf den Daten aus einer Stichprobe; somit sind die Werte mit einem Stichprobenfehler behaftet. Eine Abschätzung der Größenordnung dieses Fehlers ist möglich, da die Stichprobe eine Zufallsstichprobe ist. Die gesamte statistische Analyse wurde durch Signifikanztests abgesichert, wobei eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent vorgegeben wurde.

Berufstätigkeit: 50,8 Prozent der Befragten hatten eine Vollzeit- und 14,4 Prozent eine Teilzeittätigkeit. 34,7 Prozent übten keinen Beruf aus. Von den Nichtberufstätigen waren 3,4 Prozent arbeitslos, 39,7 Prozent Hausfrauen/-männer, 33,4 Prozent Rentner/Pensionäre/Vorruheständler, 21,2 Prozent Schüler/Studenten, 2,2 Prozent Auszubildende und 0,2 Prozent Zivildienstleistende.

Monatliches Nettoeinkommen: 24,5 Prozent gaben ein Einkommen von 5.000 DM und mehr an. Insgesamt verdienten 77,9 Prozent der Haushalte über 2.499 DM. 15,6 Prozent hatten ein Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.499 DM und 6,4 Prozent unter 1.500 DM. Zu den Einkommen in den Haushalten trugen in 41,7 Prozent der Fälle eine Person und in 49,4 Prozent zwei Personen bei.

Wohndauer in Calw: 19,5 Prozent wohnten bis zu 5 Jahre dort. 10,0 Prozent lebten in Calw bis zu 10 Jahre, 10,8 Prozent bis zu 15 Jahre und 14,3 Prozent bis zu 20 Jahre. 45,3 Prozent wohnten über 20 Jahre in Calw.

Wohndauer im Stadtteil: 27,4 Prozent lebten seit höchstens 5 Jahren dort. 12,8 Prozent wohnten bis zu 10 Jahre in ihrem Stadtteil, 12,4 Prozent bis zu 15 Jahre und 13,9 Prozent bis zu 20 Jahre. 33,5 Prozent waren über 20 Jahre in ihrem Stadtteil ansässig. Zusammengefasst bedeutet dies, dass 70,4 Prozent der befragten Personen länger als 10 Jahre in Calw wohnten und 59,8 Prozent länger als 10 Jahre in ihrem Stadtteil.

Die Staatsbürgerschaft der ausländischen Bürger, die an der Umfrage teilgenommen haben, verteilte sich wie folgt:⁴ Kroaten (14), Türken (13), Italiener (11), Bosnier (5), Portugiesen (4), Koreaner (3), Österreicher (3), Spanier (2), Franzosen, Rumänen, Slowaken, Algerier, Tunesier, Serben, Mazedonier und Personen aus Andorra (jeweils 1). Hinsichtlich des Anteils der in den Stadtteilen lebenden ausländischen Mitbürger gab es signifikante Unterschiede.

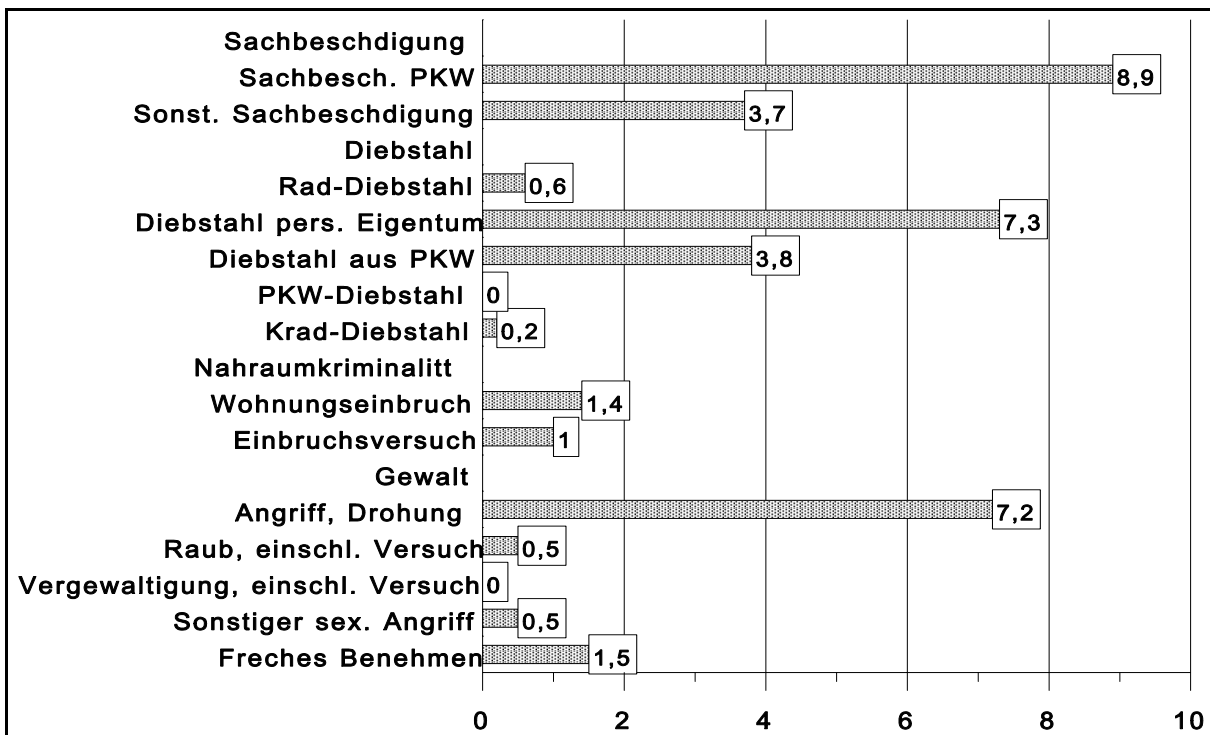
2. Viktimisierungen

Die 945 Teilnehmer an der Umfrage wurden nach Straftaten befragt, die sie persönlich erlitten hatten oder andere Haushaltsmitglieder betrafen. Erfasst wurden nur Opferverletzungen der vergangenen 12 Monate. Es kamen folgende Delikte in Betracht: Diebstahl eines Autos, eines Kraftrades oder eines Fahrrads, Diebstahl an/aus dem Auto, Beschädigung des Autos, Wohnungseinbruch, versuchter Wohnungseinbruch, Sachbeschädigung, Raub, sonstiger Diebstahl, Bedrohung und sexuelle Belästigung. Es wurde gefragt, wie oft sich das entsprechende Erlebnis ereignet hat. Bei der Auswertung der Antworten muß berücksichtigt werden, dass einige Deliktsfragen auf Personen als Opfer bezogen sind, andere, z.B. Delikte um das Auto, auf Haushaltsmitglieder.

Insgesamt gaben 25,6 Prozent (N=242) der befragten Personen an, in den vergangenen 12 Monaten selbst Opfer einer Straftat geworden zu sein. Am häufigsten waren Sachbeschädigung am eigenen PKW (N=84), Diebstahl persönlichen Eigentums (N=69) und Angriff oder Drohung (N=68). Schaubild 1 beschreibt die Prävalenzraten der Viktimisierungen. Die Prozentangaben sind dabei grundsätzlich auf alle 945 Befragten bezogen.

⁴ Die Zahlen in den Klammern sind Personen.

Schaubild 1: Prävalenz der Viktimisierung. Von den Befragten in den vergangenen 12 Monaten erlittene Straftaten



2.1 Differenzierung nach Delikten und Stadtteilen

Eine Differenzierung der Viktimisierungen nach Stadtteilen berücksichtigt alle Opferwerdungen der Befragten in diesen Stadtteilen, unabhängig von ihrem Wohnort in Calw. Viktimisierungen von Personen, die nicht in Calw wohnen und dort nicht gemeldet sind, können nicht berücksichtigt werden. In Stadtteilen, die von relativ vielen Pendlern und Touristen besucht werden, z.B. Calw-Innenstadt, dürfte damit die wirkliche Opferwerdung bedeutend höher liegen. In den beiden nachfolgenden Tabellen sind die Viktimisierungen für alle berücksichtigten Delikte nach Stadtteilen differenziert aufgeführt. Tabelle 1 enthält die Prävalenz- und Tabelle 2 die Inzidenzraten. In Tabelle 1 sind die Opferhäufigkeiten (Prävalenzraten) und in Tabelle 2 die Anzahl der Opferwerdungen (Inzidenzraten) – je nach Delikt – entweder auf die Gesamtheit der Befragten oder auf Haushalte oder ausschließlich auf weibliche Befragte bezogen.

Tabelle 1: Prävalenzraten – differenziert nach Delikten und Stadtteilen

Stadtteil	Diebstahl Krafträder. Opfer pro Haushalte mit Krädern	Diebstahl Fahrräder. Opfer pro Haushalte mit Fahrrädern	Diebstahl an/ aus Auto. Opfer pro Haushalte mit Autos	Beschädigung des Autos. Opfer pro Haushalte mit Autos	Wohnungseinbruch. Opfer pro Haushalte
Calw-Innenstadt	4,4 %	0,9 %	5,6 %	21,6 %	3,2 %
Heumaden	-	4,9 %	5,0 %	11,4 %	,6 %
Stammheim	3,2 %	2,2 %	2,4 %	5,4 %	0,5 %
Hirsau u.a.	-	-	4,3 %	11,8 %	-
Wimberg	-	5,5 %	4,2 %	9,9 %	-
Holzbronn	-	-	-	3,9 %	-
Altburg u.a.	-	3,8 %	-	2,4 %	3,0 %
Alzenberg	-	-	-	2,2 %	2,0 %

Stadtteil	Vers. Wohnungseinbruch. Opfer pro Haushalte	Sachbeschädigung. Opfer pro Personen	Raub. Opfer pro Personen	Diebstahl. Opfer pro Personen	Bedrohung. Opfer pro Personen	Sexuelle Belästigung. Opfer pro Frauen
Calw-Innenstadt	0,5 %	7,5 %	0,5 %	7,5 %	9,7 %	5,5 %
Heumaden	-	2,3 %	-	4,1 %	1,7 %	-
Stammheim	1,1 %	0,5 %	-	1,1 %	2,1 %	-
Hirsau u.a.	-	2,0 %	-	3,9 %	1,0 %	6,8 %
Wimberg	2,4 %	1,2 %	-	7,3 %	2,4 %	2,5 %
Holzbronn	3,9 %	-	-	-	-	-
Altburg u.a.	1,0 %	2,0 %	1,0 %	1,0 %	4,1 %	-
Alzenberg	4,2 %	2,0 %	-	-	2,0 %	-

Tabelle 2: Inzidenzraten – differenziert nach Delikten und Stadtteilen

Stadtteil	Diebstahl Krafträder. Opfer pro Haushalte mit Krädern	Diebstahl Fahrräder. Opfer pro Haushalte mit Fahrrädern	Diebstahl an/ aus Auto. Opfer pro Haushalte mit Autos	Beschädigung des Autos. Opfer pro Haushalte mit Autos	Wohnungseinbruch. Opfer pro Haushalte
Calw-Innenstadt	4,4 %	0,9 %	6,3 %	30,3 %	5,9 %
Heumaden	-	7,3 %	6,3 %	22,2 %	0,6 %
Stammheim	3,2 %	2,2 %	3,0 %	6,6 %	1,1 %
Hirsau u.a.	-	-	4,3 %	16,1 %	-
Wimberg	-	5,5 %	4,2 %	11,3 %	-
Holzbronn	-	-	-	3,9 %	-
Altburg u.a.	-	5,0 %	-	2,4 %	5,1 %
Alzenberg	-	-	-	4,4 %	2,0 %

Stadtteil	Vers. Wohnungseinbruch. Opfer pro Haushalte	Sachbeschädigung. Opfer pro Personen	Raub. Opfer pro Personen	Diebstahl. Opfer pro Personen	Bedrohung. Opfer pro Personen	Sexuelle Belästigung. Opfer pro Frauen
Calw-Innenstadt	0,5 %	17,7 %	2,1 %	11,3 %	22,7 %	12,1 %
Heumaden	-	2,3 %	-	6,4 %	4,6 %	-
Stammheim	2,1 %	0,5 %	-	1,6 %	3,2 %	-
Hirsau u.a.	-	3,0 %	-	3,9 %	1,0 %	9,1 %
Wimberg	2,4 %	1,2 %	-	7,3 %	4,9 %	2,5 %
Holzbronn	3,9 %	-	-	-	-	-
Altburg u.a.	12,1 %	2,0 %	5,1 %	10,1 %	5,1 %	-
Alzenberg	4,2 %	4,1 %	-	-	2,0 %	-

Präventionsmaßnahmen dürften insbesondere dann erfolgversprechend sein, wenn sie sich auf Bereiche mit hohen Opferanteilen konzentrieren. Wählt man die Delikte und Stadtteile mit relativ hohen Opferanteilen (>7%) aus, so zeigt sich, dass in Calw-Innenstadt die Delikte Diebstahl, Bedrohung, Sachbeschädigung und Beschädigung des Autos besonders ausgeprägt sind, während in Wimberg Diebstahl und Beschädigung des Autos am häufigsten vorkommen. In Heumaden und Hirsau/Ernstmühl betrifft dies die Beschädigung des Autos. Präventionsmaßnahmen sollten deshalb diese Bereiche verstärkt berücksichtigen. Schaubild 2 enthält eine Auflistung der Stadtteile mit hohen Opferraten.

Schaubild 2: Stadtteile Calws mit hohen Prävalenzraten (>7% pro Haushalt/Person pro Jahr) oder hohen Inzidenzraten (>14% pro Haushalt/Person pro Jahr)

<p>◆ Calw-Stadt Diebstahl Bedrohung Beschädigung des Autos Sachbeschädigung</p>
<p>◆ Wimberg Diebstahl Beschädigung des Autos</p>
<p>◆ Heumaden und Hirsau/Ernstmühl Beschädigung des Autos</p>

Die Unterschiede in den Schätzungen der stadtteilspezifischen Opferanteile basieren mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf stichprobenbedingten Fehlern, sondern auf tatsächlich vorhandenen Unterschieden im Untersuchungsgebiet. Die berechneten Opferanteile können daher als Grundlage kriminalpräventiver Entscheidungen verwendet werden.

2.2 Differenzierung nach Alter und Geschlecht

In Tabelle 3 ist die persönliche Opferwerdung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht aufgeführt. Jüngere Altersgruppen weisen deutlich höhere Prävalenzraten auf als Personen mittleren und höheren Alters. Die unter 30jährigen haben die höchsten Opferanteile. 28,5 Prozent der befragten Männer und 22,9 Prozent der befragten Frauen gaben an, in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden zu sein. Die Unterschiede in den geschlechtsspezifischen Prävalenzraten sind altersabhängig. Vor allem in der Altersgruppe der 25- bis 34jährigen ist der Unterschied im Opferanteil besonders groß. Bei älteren Personen hingegen gibt es keine erheblichen Diskrepanzen in der Viktimisierungsrate.

**Tabelle 3: Persönliche Opferwerdung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht
Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen)**

Alterskategorie	Alle	14-24	25-29	30-34	35-44	45-54	55-64	65 und mehr
Geschlecht								
Alle	25,8% (239)	35,0% (56)	37,3% (38)	29,9% (32)	30,3% (50)	16,3% (25)	15,0% (23)	17,4% (16)
Männer	28,5% (138)	37,3% (31)	48,0% (24)	36,1% (22)	32,0% (24)	18,4% (14)	16,1% (14)	15,7% (8)
Frauen	22,9% (101)	32,5% (25)	26,9% (14)	21,7% (10)	29,5% (26)	14,3% (11)	12,7% (8)	18,4% (7)

3. Kriminalitätsfurcht

Das Unsicherheitsgefühl und die Kriminalitätsfurcht der Einwohner wurde durch fünf Fragen erfasst, die folgende Bereiche betrafen: die persönliche Ängstlichkeit; den Gedanken, Opfer einer Straftat zu werden; die Furcht nachts allein in der Wohnung; das Unsicherheitsgefühl nachts draußen in der Wohngegend und die Furcht, nachts draußen in der Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden.

3.1 Differenzierung nach Stadtteilen

Auf die Frage: „Wenn Sie Ihre persönliche Ängstlichkeit auf einer Skala von 1 – d.h. überhaupt nicht ängstlich – bis 6 – d.h. sehr ängstlich – angeben müssten, welchen Wert würden Sie dann wählen?“ gaben 14,9 Prozent an, überhaupt nicht ängstlich zu sein; 2,5 Prozent bezeichneten sich als sehr ängstlich. Insgesamt 81,3 Prozent der Befragten gaben an, nicht besonders ängstlich zu sein. Dabei zeigt sich hinsichtlich des Ängstlichkeitsgefühl kein signifikanter Unterschied zwischen den Stadtteilen.

Den Gedanken, selbst Opfer einer Straftat zu werden, hatten 17,3 Prozent nie, 72,9 Prozent manchmal, 8,2 Prozent oft und 1,6 Prozent sehr oft, wobei ebenfalls kein signifikanter Unterschied zwischen den Stadtteilen besteht.

Die Frage: „Fürchten Sie sich davor, nachts allein in Ihrer Wohnung zu sein?“ beantworteten 56,8 Prozent mit „nie“; 36,8 Prozent gaben „manchmal“, 4,8 Prozent „oft“ und 2,1 Prozent „sehr oft“ an. Dabei besteht kein signifikanter Unterschied zwischen den Stadtteilen.

Nach ihrem Sicherheitsgefühl befragt, wenn sie in ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind oder sein müssten, gaben 12,6 Prozent „sehr sicher“ an, 63,6 Prozent fühlten sich „ziemlich sicher“, 19,7 Prozent „sehr unsicher“ und 4,1 Prozent „ziemlich unsicher“. Hierbei besteht ein signifikanter Unterschied zwischen den einzelnen Stadtteilen. Ordnet man die Stadtteile in einer Folge des Sicherheitsgefühls von „sehr sicher“ bis zu „sehr unsicher“, erhält man folgendes Bild:

1. Holzbronn
2. Alzenberg
3. Stammheim
4. Altburg/Speßhardt/Weltenschwann
5. Hirsau/Ernstmühl
6. Wimberg
7. Heumaden
8. Calw-Innenstadt.

Auf die Frage: „Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“ antworteten 30,4 Prozent mit „nie“, 56,9 Prozent gaben „selten“ an, 10,8 Prozent

„ziemlich oft“ und 1,9 Prozent „sehr oft“. Insgesamt hatten somit 87,3 Prozent der Befragten selten oder nie Angst, draußen alleine in ihrer Wohngegend Opfer einer Straftat zu sein. Dabei gibt es aber signifikante Unterschiede zwischen den Stadtteilen. In eine Rangfolge von geringer bis hoher Furcht gebracht, ergibt sich folgendes Bild:

1. Holzbronn
2. Hirsau/Ernstmühl
3. Stammheim
4. Alzenberg
5. Wimberg
6. Altburg/Speßhardt/Weltenschwann
7. Calw-Innenstadt
8. Heumaden.

Fasst man die verschiedene Aspekte des Unsicherheitsgefühls der befragten Personen in ihren Wohngebieten zusammen, läßt sich feststellen, dass hinsichtlich des Unsicherheitsgefühls der Bewohner insgesamt Calw-Innenstadt und Heumaden die höchsten Werte aufweisen, während Holzbronn sich am Ende der Rangfolge befindet. Die Unterschiede zwischen den Bewohnern der Calwer Innenstadt und Heumadens hinsichtlich der Kriminalitätsfurcht im eigenen Wohngebiet ist nicht signifikant.

Auf die Frage „Gibt es andere Gegenden in der Stadt, wo Sie sich fürchten?“ haben 46,3 Prozent mit „ja“ geantwortet. Dabei wurden 72 Gebiete⁵ genannt, in denen sich die Befragten außerhalb ihrer Wohngegend unsicher fühlen. Fasst man die häufigsten Nennungen zusammen, so kann man feststellen, dass sich 36,0 Prozent der Bürger im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) bzw. Bahnhofs fürchten. 21,8 Prozent gaben die Innenstadt als unsicheres Gebiet an. Mit 3,8 Prozent der Nennungen lag der Stadtgarten bzw. -park an nächster Stelle, gefolgt von Heumaden mit 3,5 Prozent. Die Gebiete mit den häufigsten Nennungen sind in Tabelle 4 aufgeführt.

Tabelle 4: Gebiete, in denen sich Bürger am häufigsten fürchten

Bezeichnung des Gebiets	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
ZOB (ausdrücklich erwähnt), teilweise in Verbindung mit Parkhaus, Bahnhof oder Innenstadt	178	27,3 %
Kernstadt, Innenstadt, Altstadt	142	21,8 %
Bahnhof, Bahnhofstraße, Bahnhofsbereich (ohne ZOB), Bahnhof/Parkhaus	57	8,7 %
Stadtgarten, Parkanlage, Stadtpark, Park	25	3,8 %
Heumaden	23	3,5 %
Marktplatzbereich	18	2,8 %
Alter Bahnhof	9	1,4 %

⁵ Alphabetische Aufzählung der einzelnen Gebiete, die genannt wurden: Altburg, Altburger Straße, Alter Bahnhof, Altstadt, Am Kirchplatz, Asylantenwohnheim, Ausländerviertel, Badstraße, Bahnhof, Bahnhof/Innenstadt, Bahnhof/Parkhaus, Bahnhof/ZOB, Bahnhofsbereich, Bahnhofstraße, Brühlhalle, Calw, dunkle Gassen, Fußgängertunnel Stammheim, Fußgängerzone, Fußweg Eduard-Conz-Straße, Gansäckerstraße, Gassen in der Stadt, Georgistraße, Gewerbegebiet, Heinz-Schnaufer-Straße, Heumaden, Hirsau, Im Krappen/Öländerte, Im Zwinger, Innenstadt, Innenstadtbücke, Innenstadt-Parkhäuser, Inselgasse, Kaufhausbereich, Kernstadt, Kino, Klosterareal, Kneipen, Kurpark, Lederstraße, Marktplatzbereich, Nikolausbrücke, Nonnengasse, öffentliche Toiletten, Parkhäuser, Parkplatz Brühl, Parkplatz Festplatz, Parkplätze, Rathausplatz, Rollgraben Heumaden, Rotlichtviertel, Schillerstraße, Schloßbergkurve, Schulgebiete, Spielplatz Heumaden, Spielplatz im Stadtkern, Stadtgarten, Stadtrand, Stadtwälder, Stammheim, Tunnel nach Heumaden, Unterer Brühl, Unterführungen, verlassene oder abgelegene Bezirke, Waldrand, Walkmühleweg, Wimberg, Wohngebiete, ZOB, ZOB/Innenstadt, ZOB/Parkhaus, ZOB-Parkhaus und sonstiges.

Ordnet man die einzelnen Nennungen bestimmten Bezirken zu, ergibt sich, dass sich die Befragten am meisten in der Innenstadt von Calw fürchten. Die Furcht in den anderen Bezirken ist weniger ausgeprägt. Einen Überblick über die Bezirke bietet Tabelle 5.

Tabelle 5: Bezirke, in denen sich Bürger am häufigsten fürchten

Bezeichnung der Bezirke	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
Innenstadt Calw	503	77,1 %
Heumaden	29	4,4 %
Wimberg, Alzenberg	6	0,9 %
Stammheim	5	0,8 %
Gewerbegebiet Calw	5	0,8 %
Altburg, Oberriedt, Weltenschwann, Speßhardt	2	0,3 %
Hirsau, Ernstmühl, Landeslinik Nord-schwarzwald	2	0,3 %

Insgesamt gesehen ist die Kriminalitätsfurcht im eigenen Wohngebiet für die Bewohner der Calwer Innenstadt und Heumadens relativ groß. Eine hohe Kriminalitätsfurcht in Bezirken, die außerhalb des eigenen Wohngebiets liegen, gibt es hingegen nur für die Innenstadt Calws.

Auf die Frage, zu welcher Tageszeit sie sich in den genannten Gebieten am meisten fürchten, gaben 84,6 Prozent „abends/nachts“ an, 1,6 Prozent „tagsüber“ und 13,8 Prozent „immer“. Als hauptsächliche Gründe dafür, dass sich die Befragten in diesen Gebieten fürchten, wurden von 53,3 Prozent „personenbezogene Gründe“ genannt. Hierzu zählten z.B. folgende Angaben: zweifelhafte Gestalten, Betrunkene, Wohnsitzlose, Jugendliche, Ausländer, Banden, Schläger, ausländische Jugendliche, Rechtsradikale. Von 29,7 Prozent wurden „strukturelle Gründe“ (z.B.: zu einsam, zu dunkel, unübersichtlich, keine Überwachung/kein Schutz, viele Gaststätten, Anonymität.), von 12,2 Prozent „kriminelle Aktivitäten“ (z.B.: Drogenumschlagplatz, Überfälle, Drogenbeschaffungskriminalität) und von 4,7 Prozent „persönliche Gründe“ (z.B.: Belästigungen, Unbehagen, mangelnde Selbstverteidigungsfähigkeit) genannt. Schlüsselt man alle Nennungen nach Einzelangaben auf, so ergibt sich ein Bild der am häufigsten genannten Gründe, das Tabelle 6 zu entnehmen ist.

Tabelle 6: Hauptsächliche Gründe für die Furcht in bestimmten Gebieten

Bezeichnung der Gründe	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
Ausländer (hoher Ausländeranteil, unterschiedliche Nationalitäten, „herumlungernde“ Ausländer)	105	16,6 %
Zweifelhafte Gestalten	83	13,1 %
Zu dunkel	63	10,0 %
Zu einsam (zu wenig bewohnt, Verödung, sehr abgelegen von Häusern und Straßen)	61	9,7 %
Jugendliche („Rumtreiber“, Radikale)	53	8,4 %
Überfälle	38	6,0 %
Keine Überwachung/Kein Schutz	24	3,8 %
Unübersichtlich (z.B. Parkhaus zu verwinkelt)	22	3,5 %
Betrunkene	18	2,8 %
Wohnsitzlose	17	2,7 %
Belästigungen	11	1,7 %
Ausländische Jugendliche	11	1,7 %
Drogenumschlagplatz	10	1,6 %

Der Bezirk mit der höchsten Kriminalitätsfurcht ist mit Abstand die Innenstadt Calws, wobei der Zentrale Omnibusbahnhof der Schwerpunkt ist. Da die von den Befragten genannten Gründe für die Furcht in bestimmten Gebieten variieren können, ist ein Vergleich zwischen den jeweiligen Angaben zum ZOB und zur restlichen Innenstadt angebracht. Die Ergebnisse können der Tabelle 7 entnommen werden. Insgesamt gesehen gibt es hinsichtlich der subjektiven Gründe für eine hohe Furcht nur graduelle Unterschiede zwischen ZOB und restlicher Innenstadt von Calw. Am ZOB sind es vor allem zweifelhafte Gestalten, die Angst verursachen, in der Calwer Innenstadt ist es der hohe Ausländeranteil.

Tabelle 7: Hauptsächliche Gründe für die Furcht in bestimmten Gebieten. Differenziert nach ausgewählten Gebieten

Bezeichnung der Gründe	Gebiet	Nur ZOB		Calw-Innenstadt ohne ZOB	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ausländer (hoher Ausländeranteil, unterschiedliche Nationalitäten, „herumlungernde“ Ausländer)		27	15,6%	66	21,3%
Zweifelhafte Gestalten		34	19,7%	33	10,6%
Zu dunkel		8	4,6%	27	8,7%
Zu einsam (zu wenig bewohnt, Verödung, sehr abgelegen von Häusern und Straßen)		7	4,0%	34	11,0%
Jugendliche („Rumtreiber“, Radikale)		23	13,3%	21	6,8%
Keine Überwachung oder kein Schutz		10	5,8%	7	2,3%
Unübersichtlich (z.B. Parkhaus zu verwinkelt)		8	4,6%	8	2,6%

3.2 Differenzierung nach Geschlecht, Alter und persönlicher Opfererfahrung

Gravierende Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verteilung der Kriminalitätsfurcht. In allen Bereichen sind für die Frauen bedeutend höhere Prozentsätze als für die Männer zu verzeichnen. Eine Übersicht ist in Tabelle 8 zu finden.

Tabelle 8: Kriminalitätsfurcht der Bürger in ihrem Wohnort. Prozentueller Anteil der Personen mit häufig auftretendem Angstgefühl (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen)

Indikator der Kriminalitätsfurcht	Ausprägung der Viktimisierungsfurcht (1)	Viktimisierungsfurcht in Wohngegend (2)	Unsicherheitsgefühl in Wohngegend (3)	Furcht in Wohnung (4)
Personen				
Alle	9,9% (92)	12,7% (118)	23,8% (222)	7,0% (65)
Männer	7,3% (35)	5,9% (28)	12,7% (61)	1,7% (8)
Frauen	12,5% (55)	19,5% (85)	35,2% (154)	12,5% (55)

Legende:

- (1) Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?
- (2) Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?
- (3) Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie nachts draußen alleine sind?
- (4) Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?

Die vier in Tabelle 8 aufgeführten Fragen zur Kriminalitätsfurcht können als Indikatoren einer hypothetischen Variable interpretiert werden, die Kriminalitätsfurcht situationsunabhängig erfasst. Dies wird durch eine Faktorenanalyse mit diesen Merkmalen bestätigt. Diese führt zu einer einfaktoriellem Lösung mit hoher Varianzaufklärung. Somit ist es gerechtfertigt, die Variablen zusammenzufassen. Für die weitere Analyse wird dieses Konstrukt, eine gleichgewichtete Addition der standardisierten Einzelvariablen, verwendet.

Die Abhängigkeit der Kriminalitätsfurcht von Alter und Geschlecht ist in Schaubild 3 abgebildet. Für jede Alters- und Geschlechtsgruppe ist der Durchschnittswert des Kriminalitätsfurchtkonstrukts mit dem 95%-Konfidenzintervall aufgeführt. Man erkennt, dass die Kriminalitätsfurcht von Frauen größer ist als die von Männern – mit Ausnahme der Personen, die mindestens 60 Jahre alt sind. In dieser Gruppe unterscheidet sich die Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern nicht signifikant voneinander. Das Schaubild läßt einen Trend zu einem altersbedingten, minimalen Anstieg der Kriminalitätsfurcht unter den Männern erkennen, während die Entwicklung unter Frauen eher gegenläufig zu sein scheint.

**Schaubild 3: Kriminalitätsfurcht – differenziert nach Alter und Geschlecht.
Durchschnittswerte der Kriminalitätsfurcht mit 95%-Konfidenzintervallen**

Ein Einfluss der Opferwerdung auf die Kriminalitätsfurcht ist nicht nachweisbar. Zwischen Opfer und Nichtopfer gibt es keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Kriminalitätsfurcht. Auch die Altersabhängigkeit der Kriminalitätsfurcht ist in der Gruppe der Opfer und Nichtopfer nahezu identisch. Allerdings ist bei Befragten ohne persönliche Opfererfahrung, die sich oft oder sehr oft vor Kriminalität fürchten, der Frauenanteil doppelt so groß wie der Männeranteil, während sich Frauen und Männer mit Opfererfahrung nur geringfügig in der Kriminalitätsfurcht unterscheiden. Viktimisierungen führen demnach zu einer Nivellierung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass nur verhältnismäßig wenige Befragte Opfer gravierender Kriminalität wurden, von der am ehesten eine Verstärkung der Kriminalitätsfurcht zu erwarten ist.

3.3 Vermeideverhalten

Im Zusammenhang mit der Erfassung von Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühl wurde auch das Vermeideverhalten im Zusammenhang mit dem Ausgehen erfragt. 54,5 Prozent gehen fast jeden Tag bzw. mindestens einmal in der Woche aus, 40,7 Prozent gehen einmal im Monat oder seltener aus und 4,7 Prozent gaben an, nie auszugehen.

Die Frage: „Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts zustößt?“ verneinten 77,6 Prozent, 18,9 Prozent bejahten sie. Die restlichen Befragten konnten sich nicht erinnern oder gehen nie aus.

Auf die Frage: „Versuchen Sie sich bitte an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer. Haben sie gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass ihnen etwas passieren könnte?“ gaben 60,4 Prozent „nein“ und 24,1 Prozent „ja“ an. Die restlichen Angaben betrafen die Katego-

rien „weiß nicht/kann mich nicht erinnern“ (6,2 Prozent) und „gehe nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine durch die Straßen“ (9,2 Prozent).

Bei Frauen ist das Vermeideverhalten stärker ausgeprägt als bei Männern. 54 Prozent der Frauen und 18 Prozent der Männer gaben an, gewisse Straßen oder Örtlichkeiten zu meiden. Die Altersverteilung beim Vermeideverhalten ergibt ein ähnliches Bild wie bei der Kriminalitätsfurcht.

Der Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht einerseits und der Häufigkeit abendlichen Ausgehens und dem Vermeideverhalten andererseits ist in Tabelle 9 beschrieben. Mit dieser Analyse sollen die Folgen einer hohen Kriminalitätsfurcht geschätzt werden. In der Tabelle ist außerdem noch der Einfluss der Kriminalitätsfurcht auf die Anzahl der Schutzmaßnahmen gegen Diebstahl und Wohnungseinbruch berücksichtigt. Bei dieser Analyse wurden Partialkorrelationen zwischen Kriminalitätsfurcht und den berücksichtigten Wirkungen bestimmt, wobei das Geschlecht kontrolliert wurde. Die Kontrolle dieses Merkmals ist notwendig, um Scheinkorrelationen zu vermeiden⁶. Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht gehen fast genauso oft aus wie Personen mit geringer Furcht; zwischen diesen Merkmalen ist die Korrelation vernachlässigbar klein. Aber Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht lassen sich beim Ausgehen häufiger von anderen Personen begleiten und vermeiden insbesondere häufiger nach Einbruch der Dunkelheit gewisse Straßen und Orte. Sie ergreifen auch überdurchschnittlich häufig Maßnahmen gegen Diebstahl und Wohnungseinbruch. Insgesamt gesehen hat die Kriminalitätsfurcht zwar deutliche Auswirkungen auf das Verhalten, aber die Kriminalitätsfurcht ist nicht so gravierend, dass geplante Aktivitäten unterlassen werden. Vielmehr werden Sie in modifizierter Form durchgeführt.

Tabelle 9: Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und Vermeideverhalten bzw. Anzahl der Schutzmaßnahmen gegen Diebstahl und Wohnungseinbruch

Vermeideverhalten und Schutzmaßnahmen	Begleitung beim Ausgehen (1)	Vermeideverhalten beim Ausgehen (2)	Häufigkeit des Ausgehens (3)	Anzahl der Schutzmaßnahmen (4)
Partialkorrelationen mit Kriminalitätsfurcht	0,25*	0,45*	0,07	0,22*

Legende:

* Signifikant ($p < 0,01$)

- (1) Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts zustößt?
- (2) Versuchen Sie sich bitte an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer. Haben sie gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass ihnen etwas passieren könnte?
- (3) Wie oft gehen Sie persönlich abends während Ihrer Freizeit aus? Das heißt, wie oft besuchen Sie beispielsweise ein Lokal, ein Restaurant, ein Kino oder Freunde von Ihnen?
- (4) Vor Diebstahl oder Einbruch kann an sich besonders schützen. Bitte geben Sie in der nachfolgenden Liste diejenigen Verhaltensweisen an, die auf Sie zutreffen (Liste mit fünf Items).

Als sich das letzte Mal für mindestens ein oder zwei Tage niemand in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus aufhielt, haben Sie da Ihren Nachbarn oder den Hauswart darum gebeten, Ihre Wohnung/Ihr Haus im Auge zu behalten?

Operationalisierung: Aus beiden Fragen wird die Anzahl der durchgeführten Schutzmaßnahmen bestimmt.

⁶ Frauen haben eine größere Kriminalitätsfurcht und vermeiden häufiger bedrohliche Situation als Männer. Die Assoziation zwischen einer hohen Kriminalitätsfurcht und Vermeideverhalten beruht somit zumindest teilweise auf den geschlechtsspezifischen Unterschieden dieser Merkmale.

3.4 Vorschläge zum Abbau der Kriminalitätsfurcht und Unsicherheit

Auf die Frage: „Was schlagen Sie vor, wie könnte man die Gegenden, in denen Sie sich fürchten, sicherer machen?“, erwähnten 68,5 Prozent „polizeiliche Maßnahmen“,⁷ 20,4 Prozent „Möglichkeiten der technischen Prävention“,⁸ 5,5 Prozent „die Gestaltung des Viertels“,⁹ 4,9 Prozent „soziale Maßnahmen“¹⁰ und nur 0,7 Prozent „persönliche Maßnahmen“.¹¹ Die hohe Priorität polizeilicher Maßnahmen wird auch deutlich, wenn die Einzelvorschläge nicht zusammengefasst nach ihrer Häufigkeit geordnet werden. Diese Liste ist Tabelle 10 zu entnehmen.

Tabelle 10: Die häufigsten Verbesserungsvorschläge zur Erhöhung der Sicherheit seitens der Befragten

Bezeichnung der Vorschläge	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
Mehr Polizeistreifen	223	39,3 %
Mehr Überwachung	142	25,0 %
Bessere Beleuchtung	87	15,3 %
Alarmanlagen, Kameras und Kameraüberwachung	24	4,3 %
Mehr bewohnt	8	1,4 %
Private Wachdienste	7	1,2 %
Mehr Frauenparkplätze	6	1,1 %

Die Verbesserungsvorschläge seitens der Befragten sind für das Gebiet des Zentralen Omnibusbahnhofes und das restliche Innenstadtgebiet nahezu identisch (Tabelle 11).

Tabelle 11: Verbesserungsvorschläge zur Erhöhung der Sicherheit seitens der Befragten. Differenziert nach ausgewählten Gebieten

Bezeichnung der Antworten	ZOB		Calw-Innenstadt ohne ZOB	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Mehr Polizeistreifen	74	46,0%	112	41,6%
Mehr Überwachung	49	30,4%	66	24,5%
Bessere Beleuchtung	8	5,0%	42	15,6%
Alarmanlagen/Kameras	10	6,2%	5	1,9%
Private Wachdienste	5	3,1%	0	0,0%

Eine Verbesserung der Beleuchtungssituation zur Erhöhung der Sicherheit wurde, im Vergleich zu Polizeimaßnahmen, als weniger wichtig angesehen. Auf die Helligkeit der Straßenbeleuchtung in

⁷ Diese umfassen z.B. mehr Überwachung, Ausweiskontrollen, stärkere Präsenz der Polizei mit Hunden, mehr Polizeistreifen, Hilfe bei Überfällen, Fußstreifen auch in Wohngebieten, private Wachdienste, Polizeiposten im ZOB einrichten, Zivilstreifen.

⁸ Diese umfassen z.B. die Kameraüberwachung in Treppenhäusern, Alarmanlagen und Kamerainstallationen generell.

⁹ Hierzu gibt es folgende Angaben: mehr bewohnt, attraktivere Lokale, Ladengeschäfte länger öffnen, bestimmte Sperrzeiten, Lizenzentzug für Spielhallen, mehr Frauenparkplätze, einschlägige Gaststätten schließen, Asylanten an den Ortsrand ansiedeln.

¹⁰ Hierzu zählen z.B. Obdachlosenheime, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Verhinderung von Ghettobildung, mehr Angebote für Jugendliche in Heumaden.

¹¹ Hierzu werden Selbstschutzeinrichtungen und Selbstverteidigung für jedermann genannt.

Ihrer Wohngegend angesprochen, schätzten 76,6 Prozent sie als hell genug ein. 20,6 Prozent hielten sie für zu dunkel und 2,8 Prozent für viel zu dunkel. Dabei besteht ein signifikanter Unterschied zwischen den Stadtteilen, der sich in folgender Rangfolge darstellen lässt, wenn man die Nennungen von „hell genug“ bis „viel zu dunkel“ sortiert:

1. Alzenberg
2. Holzbronn
3. Stammheim
4. Wimberg
5. Hirsau/Ernstmühl
6. Heumaden
7. Calw-Innenstadt
8. Altburg/Speßhardt/Weltenschwann.

3.5 Zusammenfassung zur Kriminalitätsfurcht

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Befragten insgesamt eine niedrige Kriminalitätsfurcht zeigen; bei Frauen ist sie allerdings etwas stärker. In der Calwer Innenstadt und in Heumaden wird Kriminalität im eigenen Wohngebiet in höherem Maße als bedrohlich empfunden als in den restlichen Stadtteilen. Insgesamt gesehen liegt der Schwerpunkt der Kriminalitätsfurcht in der Calwer Innenstadt und dem Bahnhofsbereich mit dem ZOB. Dabei ist die Furcht abends und in der Nacht am stärksten ausgeprägt. Allerdings fürchten sich 19 Prozent der Befragten im Bereich des ZOB immer, während dies für das restliche Calw 12 Prozent sind. Das Angstgefühl wird in erster Linie von den im Gebiet befindlichen Personen geweckt. Dabei sind es beim ZOB grundsätzlich alle, denen man mißtraut („zweifelhafte Gestalten“), sowie Ausländer und Jugendliche, die das Unsicherheitsgefühl vermitteln, während für die übrige Calwer Innenstadt hauptsächlich „die Ausländer“ genannt werden. Hinzu kommen in Calw-Innenstadt die einsamen und dunklen Bereiche, die Furcht einflößen. Die Angst im ZOB hingegen resultiert eher aus der unübersichtlichen Bauweise und einer fehlenden Überwachung bzw. einem mangelnden Schutz. Die Vorschläge der befragten Personen zur Erhöhung der Sicherheit in den Gebieten, in denen sie sich unsicher fühlen, richten sich hauptsächlich auf polizeiliche Maßnahmen, d.h. mehr Überwachung und Polizeistreifen, sowie Möglichkeiten der technischen Prävention. Obwohl der Anteil der Befragten mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht sehr klein ist, gab jeder Vierte an, gewissen Straßen und Örtlichkeiten zu meiden, um einer Opferwerdung zu entgehen. Dabei sind Frauen deutlich öfter vertreten als Männer.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zum Sicherheitsgefühl und zur Kriminalitätsfurcht in Calw führen zu folgenden Überlegungen:

- (1)Kriminalpräventive Aktivitäten sollten (zunächst) auf Calw-Innenstadt, insbesondere den ZOB, konzentriert werden.
- (2)Maßnahmen, die Vertrauen und Sicherheit vermitteln, z.B. Fußstreifen der Polizei abends und bei Nacht, sind zu fördern.
- (3)Das Sicherheitsgefühl im Bereich des ZOB muß durch bauliche Maßnahmen, eine ausreichende Beleuchtung und geeignete technische Möglichkeiten, z.B. Notrufsäulen, verbessert werden.
- (4)Das Unsicherheitsgefühl der Bürger in Calw, speziell in dessen dunklen, einsamen Bereichen und Gassen, könnte durch bessere Beleuchtung und aktivere Gestaltung der Umgebung bekämpft werden.
- (5)Nicht zuletzt wäre zu überlegen, ob die Polizei durch entsprechende Informationen und Angebote, z.B. Selbstbehauptungskurse für Frauen oder Verhaltenshinweise für ältere Menschen, das Gefühl der Selbstsicherheit der Bürger in der Gemeinde erhöhen kann.

4. Kriminalität als Problem in der Wahrnehmung der Bürger

Auf die Frage: „Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müßten, an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen?“ wollten 19,5 Prozent sie auf dem ersten Platz sehen. 16,8 Prozent nannten Kriminalität das zweitwichtigste Problem und 18,4 Prozent räumten ihr den dritten Platz ein. Insgesamt halten danach die Hälfte der befragten Personen die Kriminalität für ein Problem der Gemeinde, dem ein hoher Rangplatz zukommt. Wird jedoch nach den Problemen der Gemeinde allgemein und ohne Antwortvorgaben gefragt, wird die Kriminalität erst an vierter Stelle genannt. Bei der Frage nach den drei dringendsten Problemen der Gemeinde betrafen von den 1.862 Nennungen 45,5 Prozent die Infrastruktur ohne Sozialbereich,¹² 20,7 Prozent den Sozialbereich,¹³ 10,0 Prozent die „Ausländer“,¹⁴ 9,8 Prozent die Sicherheitslage,¹⁵ 5,9 Prozent Umweltprobleme,¹⁶ 5,5 Prozent die Gemeindeverwaltung¹⁷ und 2,5 Prozent das Zusammenleben.¹⁸

Bringt man alle einzelnen Problemnennungen in eine Rangfolge, so ergeben sich die nach Ansicht der befragten Personen 10 wichtigsten Probleme der Gemeinde in folgenden Bereichen:

1. Verkehrsbereich
2. Jugendbereich
3. Arbeitsplätze und Industrie
4. Kriminalität
5. Wohnungen
6. Kindergärten und Spielplätze
7. Schulen
8. Einkaufsmöglichkeiten
9. Zunahme des Ausländeranteils
10. Bauland/Stadtbebauungsplan.

Wenn man die Bürger nach den Problemen ihrer Gemeinde fragt, erhält man also in erster Linie Angaben zu Bereichen, die sie persönlich betreffen, z.B. ihre Mobilität, ihre Arbeit, ihre Kinder und ihre Wohnverhältnisse. Kriminalität liegt danach nur an mittlerer Stelle der aktuellen Probleme.

¹² Hierzu wurden genannt: Verkehrsprobleme, Verkehrssicherheit, Parkplätze, Nahverkehr/öffentliche Verkehrsmittel, Fahrpreise, Bauland/Stadtbebauungsplan, Wohnungen, Sportförderung/keine Sportanlagen, zu hohe Gebühren/Abgaben, zu hohe Lebenshaltungskosten, mangelnde Einkaufsmöglichkeiten, zu wenig Industrie/Schaffung von Arbeitsplätzen, Bau eines Fußweges/keine ausreichenden Gehwege, Beleuchtung von Straßen in Wohngebieten, kulturelles Angebot, Grün- und Erholungsflächen, Kaserne, ausreichende Anzahl Briefkästen, Aussterben der Innenstadt, zunehmende Zersiedelung, Erholungsgebiet Winkeltal, öffentliche Toiletten, Sanierung (Stadtkern, Schwimmbad etc.), Radwege.

¹³ Hierzu wurden genannt: Sozialarbeit, Einsparung sozialer Mittel, Geld für soziale Einrichtungen, Jugendarbeit, keine Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, Kindergartenplätze/Spielplätze, Schulen, Teilzeitbeschäftigung für Mütter, Gewaltbereitschaft der Kinder in der Grundschule, Anstieg der Nichtsehaften, Arbeitsplatzsicherung, untere soziale Schicht, Drogenmißbrauch, Jugendarbeitslosigkeit, familien- und kinderfreundliche Umwelt, zunehmende Gewaltbereitschaft (Jugendliche), Sozialwohnungen, soziale Hilfen, Alkoholismus, Bestehen von Jugendbanden.

¹⁴ Hierzu wurden genannt: Ausländerfeindlichkeit, Ausländerprobleme, Asylantenaufnahme, Störungen durch Ausländer/Asylanten im Nahbereich, Zunahme des Ausländeranteils, soziale Integration, Hilfe für Flüchtlinge, Überfremdung, Aus- und Übersiedlerproblematik, Nationalismus.

¹⁵ Hierzu wurden genannt: Kriminalität, zu wenig Polizei, mehr Schutz und Sicherheit, mangelnde Kontrolle der gefährdeten Viertel, mangelnde Kontrollen der Geschwindigkeitsbegrenzungen, Sachbeschädigungen an öffentlichen Anlagen, Unordnung und Schmutz in der Stadt, Jugendkriminalität, Polizei kümmert sich zu sehr um Bagatelldelikte, Rechtsradikalismus.

¹⁶ Hierzu wurden genannt: Umweltschutz/-belastung, Luftreinhaltung, Erneuerung der Wasserleitung, Müll, Lärmbelästigung, Tallage der Kernstadt, Hochwasserschutzmaßnahmen, Grundwasserversorgung.

¹⁷ Hierzu wurden genannt: Kommunale Entscheidungen zu stark von einzelnen Interessenverbänden gesteuert, Korruption, Umgangston auf öffentlichen Ämtern gegenüber Besuchern, zu viel Verwaltung, Schulden, Gemeinderat, ungeeigneter Bürgermeister, Streit zwischen OB und Gemeinderat, Verschwendung von Steuergeldern, kein öffentliches Amt (Einrichtung) in Heumaden, Geldmangel.

¹⁸ Hierzu wurden genannt: Anonymität, gute Nachbarschaft/Freunde, Vereinsleben, zu hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung, mangelnde Attraktivität, Kindererziehung, Umgang mit Behinderten.

68,8 Prozent der Befragten glaubten, dass die Kriminalität zugenommen habe, 30,7 Prozent hielten sie für unverändert und 0,4 Prozent gaben an, dass sie abgenommen habe. Dabei informierten sich von den befragten Personen 80,3 Prozent durch das Fernsehen über Kriminalität; 88,3 Prozent benutzten dazu Tageszeitungen, 30,5 Prozent Zeitschriften und 60,5 Prozent Gespräche. 2,3 Prozent gaben an, sich gar nicht über Kriminalität zu informieren. Zu den Gründen für eine Veränderung der Kriminalität befragt, wurden 1.454 Angaben gemacht. Davon betrafen 27,4 Prozent die wirtschaftliche Situation,¹⁹ 19,9 Prozent Ausländer und Randgruppen,²⁰ jeweils 13,8 Prozent Probleme im menschlichen Zusammenleben²¹ und der Jugendlichen,²² 8,3 Prozent Drogen,²³ 5,2 Prozent die Strafverfolgung,²⁴ 3,4 Prozent die Medien,²⁵ 3,2 Prozent Rechtsradikalismus,²⁶ 3,0 Prozent die Polizei²⁷ und 1,8 Prozent die Politik.²⁸

Betrachtet man innerhalb dieser Obergruppen die Einzelnennungen, so ergibt sich ein differenzierteres Bild der Gründe, die nach Ansicht der Befragten bei der Veränderung der Kriminalität eine Rolle spielen. Dies kann Tabelle 12 entnommen werden.

¹⁹ Hierzu wurden genannt: Arbeitslosigkeit, Existenzangst, keine Zukunftsperspektive bei Beruf und Ausbildung, Unzufriedenheit durch Wirtschaftsflaute und Steuererhöhung, Armut, finanzielle Probleme, sozialer Unterschied, Ungleichbehandlung, Überfluggesellschaft, Wohnungsnot.

²⁰ Hierzu wurden genannt: hoher Ausländeranteil, unkontrollierte Zunahme der Bevölkerung, Öffnung der Grenzen, Asylanten, immer mehr Ausländer in Straftaten verwickelt, aggressives Verhalten von Ausländern, Trunkenbolde und Wohnsitzlose, fehlende Integration (von Ausländerkindern), Kriegsflüchtlinge.

²¹ Hierzu wurden genannt: Wertewandel, fehlendes Sozialverhalten, allgemein Verrohung der Gesellschaft, Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Nächsten, zu geringe Aufmerksamkeit der Bevölkerung, mangelnde soziale Kontrolle, Anonymität, Abgestumpftheit, Frust/Unzufriedenheit, Fahrlässigkeit, keine Achtung vor fremdem Eigentum, Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft ist gesunken, schnelles Geld machen, Nähe des Ballungszentrums Böblingen-Sindelfingen, Mangel an positiven Vorbildern, Verstädterung, zuviel Freizeit, die nicht sinnvoll genutzt wird, soziales Umfeld, Erhöhung der Einwohnerzahl, Wohnsilos, Stress.

²² Hierzu wurden genannt: Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Freizeitangebote für Jugendliche, zu wenig Fürsorge für Jugendliche, Übermut von Jugendlichen, Erziehung der Jugendlichen, zu viele Spielhallen, zu wenig Taschengeld, Jugendkriminalität, Langeweile, mangelnde Zukunftsperspektive, Waffenbesitz, Videospiele.

²³ Hierzu wurden genannt: Beschaffungskriminalität, Drogenhandel, Alkohol.

²⁴ Hierzu wurden genannt: Kleinkriminalität wird kaum verfolgt bzw. bestraft, Verharmlosung von Diebstahl auch bei Kindern, Einbruch bringt mehr als ehrliche Arbeit, Delikte in Spielhallen, mehr Wohnungseinbrüche, organisierte bzw. Bandenkriminalität, lasche Bestrafung, zu lasche Strafverfolgung, Anwachsen der Kleinkriminalität.

²⁵ Hierzu wurde genannt: starker Einfluss der Medien, Gewalt im Fernsehen, Nachahmungstäter durch Fernsehberichterstattung.

²⁶ Hierzu wurden genannt: Rechtsruck, Ausländerhass.

²⁷ Hierzu wurden genannt: zu wenig Polizei, Polizei ist schlecht motiviert.

²⁸ Hierzu wurden genannt: zu lasche Stadtverwaltung, Bau des ZOB, Wiedervereinigung, Öffnung der Grenzen der EWG-Länder, schlechte Gesetze.

Tabelle 12: Gründe für die angenommene Zunahme der Kriminalität

Bezeichnung der Gründe	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
Wirtschaftliche Situation	398	27,4%
- Arbeitslosigkeit	271	18,6%
- Finanzielle Probleme	26	1,8%
- Überflussgesellschaft	22	1,5%
Ausländer und Randgruppen	290	19,9%
- Hoher Ausländeranteil	122	8,4%
- Asylanten	63	4,3%
- Öffnung der Grenzen	21	1,4%
Probleme im menschlichen Zusammenleben	201	13,8%
- Wertewandel	40	2,8%
- Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft ist gesunken	26	1,8%
- Fehlendes Sozialverhalten	25	1,7%
Probleme der Jugendlichen	201	13,8%
- Jugendarbeitslosigkeit	44	3,0%
- Mangelnde Freizeitangebote	26	1,8%
- Zu wenig Fürsorge für Jugendliche	24	1,7%
- Erziehung der Jugendlichen	24	1,7%
Drogen	121	8,3%
- Beschaffungskriminalität	24	1,7%
- Alkohol	17	1,2%
- Drogenhandel	5	0,3%
Strafverfolgung	76	5,2%
- Lasche Bestrafung	24	1,7%
- Organ./Bandenkriminalität	19	1,3%
- Kleinkriminalität wird kaum verfolgt/bestraft	5	0,3%
Medien	49	3,4%
- Gewalt im Fernsehen	22	1,5%
- Starker Einfluss der Medien	15	1,0%
- Nachahmungstäter durch Fernsehberichte	4	0,3%
Rechtsradikalismus	46	3,2%
- Ausländerhass	31	2,1%
- Rechtsruck	3	0,2%
Polizei	44	3,0%
- Zu wenig Polizei	36	2,5%
- - Polizei schlecht motiviert	6	0,4%
Politik	26	1,8%
- Bau des ZOB	8	0,6%
- Wiedervereinigung	4	0,3%
- Öffnung der Grenzen der EWG-Länder	3	0,2%
Positive Veränderungen	2	0,1%
- Besseres Verständnis füreinander	1	0,1%
- Weniger Hass	1	0,1%

Zusammengefasst bedeutet dies, dass nach den Einzelnennungen der Befragten für die Veränderung der Kriminalität folgende Gründe die wichtigste Rolle spielen:

1. Arbeitslosigkeit
2. Hoher Ausländeranteil
3. Asylanten
4. Jugendarbeitslosigkeit
5. Wertewandel
6. Zu wenig Polizei
7. Ausländerhass
8. Gesunkene Hemmschwelle zu Gewaltbereitschaft
9. Mangelnde Freizeitangebote für Jugendliche
10. Finanzielle Probleme.

Auf die Frage: „Durch welche Maßnahmen könnte man Ihrer Meinung nach die Kriminalität in der Stadt verringern?“ entfielen von 1.435 Nennungen 31,3 Prozent auf die Polizei,²⁹ 23,1 Prozent auf die Jugend- und Sozialarbeit,³⁰ 11,1 Prozent auf das Strafrechtssystem,³¹ 9,8 Prozent auf die Bevölkerung,³² 8,2 Prozent auf wirtschaftliche Maßnahmen,³³ 7,7 Prozent auf die Ausländerpolitik,³⁴ 5,4 Prozent auf Sicherheitsmaßnahmen,³⁵ 2,2 Prozent auf die Drogenpolitik³⁶ und 1,3 Prozent auf die Stadtverwaltung.³⁷

Werden alle Einzelnennungen in eine Rangfolge gebracht, so ergeben sich die folgenden 11 wichtigsten Maßnahmen, die nach Ansicht der Befragten, die Kriminalität in der Stadt verringern könnten.

1. Mehr Polizei
2. Überwachung durch Streifendienste
3. Mehr Freizeitangebote für Jugendliche
4. Arbeitsplätze schaffen
5. Härtere Strafen
6. Betreuungseinrichtungen für Jugendliche schaffen

²⁹ Hierzu zählen: Fahndungserfolge, zu wenig Polizei, Überwachung durch Streifendienste, mehr Vertrauen in Polizei und Presse, mehr Pressemitteilungen über aufgeklärte Kriminalität, Aufklärung der Polizei in Schulen, bessere Bezahlung der Polizei, bessere materielle Ausstattung, bessere Ausbildung der Polizei.

³⁰ Hierzu zählen: mehr Freizeitangebote, Fördern der Vereinsarbeit durch finanzielle Mittel, Kirchen sollten sich mehr öffnen, mehr Gemeindefreizeit (z.B. städtisches Gemeindehaus), Betreuungseinrichtungen schaffen, Rehabilitations- und Integrationsmaßnahmen, intensivere Zuwendung der Erwachsenen zur Jugend, Vorbildfunktion der älteren Generation, Stärken des Sozialverhaltens schon in der Familie, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Schaffung eines familien- und kinderfreundlichen Umfelds, Einführung eines Pflichtjahres, Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zum Arbeitsdienst.

³¹ Hierzu zählen: strengere Gesetze, konsequentere Umsetzung von Gesetzen, härtere Strafen, keine Gefängnisstrafen ohne Bewährung, Kriminelle an den nächsten Baum hängen, schnellerer Strafvollzug, konsequentere Verhaftung, Diversionsmaßnahmen, Verbot rechtsextremer Parteien, Täter-Opfer-Ausgleich, Verbot von Gewaltverherrlichung in den Medien, Verbesserung der Gesetze, Bekämpfung der Mafia.

³² Hierzu zählen: Wertestärkung, mehr Aufmerksamkeit der Bevölkerung, mehr nachbarschaftliche Aufmerksamkeit, mehr Zivilcourage des Einzelnen, Kommunikation untereinander, Einbeziehung isolierter Gruppen in die Gesellschaft, stärkere Aufklärung der Bevölkerung, Bürgerinitiativen.

³³ Hierzu zählen: Arbeitsplätze, Lehrstellen, Steuererleichterungen, Unterstützung der sozial Schwachen.

³⁴ Hierzu zählen: weniger Ausländer/Asylanten, Asylbewerber mit Arbeit betrauen, um eigenes Geld zu verdienen, Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingen, vernünftige Jugendpolitik, Ausweisung straffällig gewordener Ausländer, soziale Integration, kein Krieg in Jugoslawien.

³⁵ Hierzu zählen: bessere Absicherung, Überwachung der Parkhäuser, beleuchtete Parkhäuser, Kontrolle auch in Lokalen, private Wachdienste, bessere Ausleuchtung exponierter Stellen, eigene Vorsichtsmaßnahmen, Selbstverteidigungskurse für Frauen, Nachtbus, Nachttaxis.

³⁶ Hierzu zählen: Bekämpfung des Drogenproblems, Methadon-Programme, Liberalisierung des Drogenmißbrauchs, weniger Alkoholausschank (an Jugendliche).

³⁷ Hierzu zählen: keine lasche Stadtverwaltung, Wohnraumschaffung, Bekämpfung von Armenvierteln, Belebung der Stadt durch abendliches Kulturangebot, Abriss des ZOB.

7. Stärkere Aufklärung der Bevölkerung
8. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
9. Mehr nachbarschaftliche Aufmerksamkeit
10. Eigene Vorsichtsmaßnahmen
11. Intensivere Zuwendung der Erwachsenen zur Jugend.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Sobald die Bürger zur Kriminalität direkt befragt werden, rückt diese auch unmittelbar in ihr Problembewusstsein. Zwei Drittel der befragten Personen gehen dabei von einer Zunahme der Kriminalität aus, wofür sie in erster Linie Arbeitslosigkeit und "Ausländer" verantwortlich machen. Als geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Kriminalität werden von knapp einem Drittel der Befragten polizeiliche Maßnahmen und von knapp einem Viertel eine bessere Sozial- und Jugendarbeit gefordert.

Auf der Grundlage der Befragung lassen sich folgende Vorschläge formulieren: Neben einer Konzentration auf die kommunale Jugend- und Sozialarbeit sollten durch geeignete Aufklärungsmaßnahmen Vorurteile, z.B. hinsichtlich der Ausländerkriminalität und der Zunahme der Kriminalität allgemein, abgebaut werden. Gleichzeitig sollte das Sich-Kennenlernen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen vor Ort gefördert werden. Bei der Beratung im Bereich der technischen Prävention sollte insbesondere versucht werden, die Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die bisher an solchen Maßnahmen nicht teilhaben. Es wäre auch daran zu denken, dass die Polizei durch entsprechende Maßnahmen, z.B. durch Besuche von Haus zu Haus, Kontakte mit der Bevölkerung im jeweiligen Wohngebiet aufbaut.

5. Anzeigerstattung und Gründe für das Unterlassen einer Anzeige

Nicht alle verübten Straftaten werden angezeigt. Die Gründe für das Unterlassen einer Anzeige können vielfältig sein und geben in einem gewissen Maß Aufschluss über die subjektive Einschätzung der Schwere der Straftat sowie über die Verarbeitung der Straftat aus der Opferperspektive. Weiterhin können über Angaben zum Anzeigeverhalten auch Einschätzungen der Polizeiarbeit erfasst werden.

70 Prozent der Straftaten, denen die befragten Personen in den letzten 12 Monaten zum Opfer gefallen sind, wurden nicht bei der Polizei angezeigt. Die Anzeigequote für die einzelnen Delikte ist unterschiedlich groß. In Tabelle 13 sind neben den prozentualen Anteilen für die angezeigten Straftaten die drei am häufigsten genannten Gründe für das Unterlassen einer Strafanzeige aufgeführt. Insgesamt gesehen wurde der Grund „die Polizei hätte nichts tun können“ am häufigsten genannt. Auffällig ist jedoch, dass viele Befragten die an ihnen verübten Straftaten selbst nicht als besonders schwerwiegend empfinden und deshalb eine Anzeige unterlassen. Dies ist sogar bei Gewalt- und Sexualdelikten der am häufigsten genannte Grund für die Unterlassung einer Anzeige. Der Unterlassungsgrund „Polizei hätte doch nichts dagegen getan“ steht unter den insgesamt angegebenen Gründen „erst“ an dritter Stelle, wodurch deutlich wird, dass es sich bei den Gründen für das Unterbleiben einer Anzeige weniger um eine negative Bewertung der Polizeiarbeit handelt, sondern eher um eine realistische Einschätzung der Erfolgsmöglichkeiten der Strafverfolgung. Lediglich beim Delikt des Wohnungseinbruchs wurde als häufigster Grund angegeben, dass die Polizei sowieso nichts dagegen getan hätte. Andere Gründe für das Unterlassen einer Anzeige bei Delikten, denen man persönlich zum Opfer gefallen ist, sind gegenüber den bereits genannten weniger von Bedeutung. Vor allem die Gründe, man habe sich nicht getraut eine Straftat anzuzeigen oder man habe sogar Angst vor der Polizei gehabt, wurden eher selten als Gründe für das Unterlassen einer Anzeige angegeben.

Tabelle 13: Gründe für Unterlassen einer Anzeige bei der Polizei

Delikt	Anteil der nicht angezeigten Delikte (Angaben in Prozent)	Gründe für das Unterlassen einer Anzeige bei der Polizei (Angaben in Prozent)
Diebstahl Krafträder	0,0	
Diebstahl Fahrräder	16,7	Nicht schwerwiegend 33,3 Nicht versichert 33,3 Polizei hätte nichts tun können 33,3
Diebstahl an/aus Auto	55,6	Nicht schwerwiegend 38,7 Polizei hätte nichts tun können 25,8 Polizei hätte nichts getan 16,1
Beschädigung des Autos	84,1	Polizei hätte nichts tun können 49,5 Nicht schwerwiegend 23,0 Polizei hätte nichts getan 16,8
Wohnungseinbruch	50,0	Polizei hätte nichts getan 30,8 Polizei hätte nichts tun können 23,0 Selbst geregelt 15,4
Versuchter Wohnungseinbruch	100,0	Nicht schwerwiegend 33,3 Polizei hätte nichts tun können 33,3 Polizei hätte nichts getan 20
Sachbeschädigung	67,6	Nicht schwerwiegend 26,2 Polizei hätte nichts tun können 26,2 Polizei hätte nichts getan 16,5
Raub, versuchter Raub	60,0	Nicht schwerwiegend 22,2 Polizei hätte nichts tun können 22,2
Diebstahl persönlichen Eigentums	77,9	Polizei hätte nichts tun können 27,3 Nicht schwerwiegend 26,1 Polizei hätte nichts getan 15,9
Angriff, Drohung	80,9	Nicht schwerwiegend 29,8 Polizei hätte nichts tun können 24,5 Polizei hätte nichts getan 12,8
Sexueller Angriff	100,0	Nicht schwerwiegend 22,2 Polizei hätte nichts tun können 22,2

6. Bewertung der Polizei und Wahrnehmung der Polizeipräsenz

Auf die Frage: „Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müssten, welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr dann geben?“, antworteten 3,9 Prozent „sehr gut“; „gut bis befriedigend“ schätzten 64,8 Prozent die Polizei ein, während 27,8 Prozent sie für „ausreichend bis mangelhaft“ hielten. Allgemein wird die Polizeiarbeit also als befriedigend bewertet. Die durchschnittliche Bewertung der Polizeiarbeit unterscheidet sich nicht signifikant

zwischen den Stadtteilen und Geschlechtsgruppierungen. Allerdings gibt es signifikante altersspezifische Unterschiede. Ältere Personen vergaben deutlich bessere Noten als jüngere. Speziell zur Qualität der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung befragt, gaben 3,5 Prozent „sehr gut“ an; „gut bis befriedigend“ stuften sie 66,1 Prozent ein, während 26,8 Prozent sie für „ausreichend bis mangelhaft“ hielten. Zusammengefasst bedeutet dies, dass 68,7 Prozent der Befragten mit der Polizeiarbeit generell zufrieden sind und 69,6 Prozent mit der Verbrechensbekämpfung durch die Polizei. Hinsichtlich der Einschätzung der Verbrechensbekämpfung bestehen ebenfalls keine signifikanten Unterschiede zwischen den Stadtteilen und Geschlechtsgruppierungen. Allerdings gibt es auch hier signifikante altersspezifische Unterschiede in der Bewertung der Polizei, wobei wiederum ältere Personen deutlich bessere Noten als jüngere vergeben. Die Einschätzung der Polizeiarbeit in der eigenen Stadt und die Bewertung der Verbrechensbekämpfung werden in Tabelle 14 jeweils für Opfer und Nichtopfer getrennt dargestellt. Es zeigt sich, dass die Erfahrung mehrmaliger Opferwerdung zu einer ungünstigeren Einschätzung der Polizeiarbeit und Bewertung der Verbrechensbekämpfung beiträgt.

Tabelle 14: Bewertung der Polizeiarbeit in Calw und Bewertung der Polizeiarbeit bei der Verbrechensbekämpfung

	Bewertung der Polizeiarbeit in Calw (Mittelwerte*)	Bewertung der Polizeiarbeit bei der Verbrechensbekämpfung (Mittelwerte*)
Alle	3.2	3.1
Keine persönliche Opfererfahrung	3.1	3.0
Opfer	3.4	3.3
Einmalige Opfererfahrung	3.3	3.3
Zweimalige Opfererfahrung	3.7	3.6
Drei- und mehrmalige Opfererfahrung	3.9	3.9

*) Die Skala hat Werte von 1=sehr gut bis 6=ungenügend.

Die wahrgenommene Erreichbarkeit und Präsenz der Polizei wurde über Fragen nach der Entfernung zur nächsten Polizeiwache, nach der Besetzung der Polizeiwache bei Nacht und danach, wann das letzte Mal eine Polizeistreife im Wohngebiet gesehen wurde, erfasst. Zusätzlich wurde noch erfragt, ob die Bürger es für wünschenswert erachten, dass die Polizei häufiger in ihrem Wohngebiet auf Streife gehen soll.

Zur Frage nach der Entfernung der nächsten Polizeiwache von ihrer Wohnung antworteten 82,1 Prozent, dass dies weiter als ein Kilometer sei. 14,6 Prozent haben eine Polizeiwache in der Nähe, d.h. nicht weiter als einen Kilometer entfernt. 3,3 Prozent wussten nicht, wie weit die nächste Polizeiwache entfernt ist.

Besonders auffallend ist jedoch, dass 39,2 Prozent nicht wussten, ob diese Polizeiwache in der Nacht besetzt ist. 59,3 Prozent bejahten und 1,5 Prozent verneinten dies. Dabei unterscheiden sich die Antworten bezüglich der Stadtteile nur unwesentlich.

Auf die Frage: „Wann haben Sie das letzte Mal eine Polizeistreife in ihrem Wohngebiet gesehen?“, gaben 11,6 Prozent „heute/gestern“, 20,4 Prozent „im Laufe der vergangenen Woche“, 16,2 Prozent „vor mehr als einer Woche“, 29,1 Prozent „vor mehr als einem Monat“ und 22,6 Prozent „nie“ an. Somit hatten 32 Prozent der Befragten eine Polizeistreife in jüngster Vergangenheit gesehen, wäh-

rend dies bei 45,3 Prozent etwas länger zurücklag. Dabei gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen den Stadtteilen.

57,5 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass die Polizisten in ihrem Wohngebiet häufiger auf Streife gehen sollten. 42,5 Prozent verneinten dies jedoch. Bei Betrachtung dieser Frage in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht ergibt sich folgendes Bild: Männer in allen Altersgruppen befürworten ein häufigeres Streifengehen der Polizei im Wohngebiet mehr als Frauen. In den jüngeren Altersgruppen ist der geschlechtsspezifische Unterschied am deutlichsten, d.h. der Anteil junger Männer, die sich für häufigere Polizeistreifen in ihrem Wohngebiet aussprechen, ist deutlich höher als derjenige der jungen Frauen. So stimmten in der Altersgruppe von 14-24 Jahren 53,7 Prozent der Männer und nur 34,2 Prozent der Frauen der Frage zu, in der Altersgruppe von 30-34 Jahren sind es 60 Prozent der Männer und 44,4 Prozent der Frauen. In den drei höheren Altersgruppen heben sich die Unterschiede in der Befürwortung zwischen den Geschlechtern auf.

Die ortsspezifische Betrachtung ergab, dass es bei dieser Frage einen signifikanten Unterschied zwischen Heumaden und den anderen Stadtteilen gibt, d.h. in Heumaden plädierten durchschnittlich mehr Leute für häufigere Polizeistreifen als dies in den anderen Stadtteilen der Fall ist.

Zur Tageszeit befragt, in der das häufigere Streifegehen besonders wichtig wäre, wählten 60,3 Prozent die Antwortvorgabe „immer wichtig“, 35,6 Prozent „nachts“ und 4,1 Prozent „tagsüber“. Zwischen den Stadtteilen gibt es keine signifikanten Unterschiede.

Auf die Frage: „An welchen anderen Orten in der Stadt sollten Ihrer Meinung nach Polizisten häufiger auf Streife gehen?“ gab es 1.373 Nennungen. Davon betrafen 57,5 Prozent Calw-Innenstadt,³⁸ 2,7 Prozent Heumaden,³⁹ 1,7 Prozent das Gewerbegebiet Calw,⁴⁰ 1,2 Prozent Stammheim,⁴¹ 0,9 Prozent Wimberg und Alzenberg,⁴² 0,7 Prozent die selbständigen Gemeinden Ostelsheim, Simmozheim, Althengstett, Gechingen, Neubulach und Gültlingen, 0,6 Prozent Hirsau, Erntsmühl und die Landesklinik Nordschwarzwald⁴³ sowie 0,1 Prozent Altburg, Oberriedt, Weltenschwann und Speßhardt.⁴⁴

Betrachtet man die Einzelnennungen nur für Calw-Innenstadt, so ergeben sich die in Tabelle 15 dargestellten nach Ansicht der befragten Personen wichtigsten Gebiete für einen häufigeren Streifendienst der Polizei.

³⁸ Hierzu wurden genannt: Altbürger Steige, Altstadt, Bahnhof, Bahnhofstraße, Bischofstraße, Brühl, Einkaufszentrum, Fußgängerzone, Hesseplatz-Nikolauskirche, Innenstadt, Jugendhaus, Kino, Lange Steige, Lederstraße, Marktplatz, Nikolausbrücke, Rathaus, Schillerstraße, Spielplatz im Stadtkern, Stadtgarten, Stadtkern, Städtischer Bauhof, ZOB.

³⁹ Hierzu wurden neben Heumaden allgemein Heumaden-Spielplatz und Parkanlage Rühlingsstraße genannt.

⁴⁰ Hierzu wurden Industriegebiet und Kimmichwiesen genannt.

⁴¹ Hierzu wurden neben Stammheim allgemein das Freibad genannt.

⁴² Hierzu wurden genannt: Berufsschulzentrum, Festplatz Wimberg, Stadion, Wimberg.

⁴³ Hierzu wurden Hirsau, das Klosterareal und der Kurpark genannt.

⁴⁴ Hierzu wurde nur die Schwarzwaldhalle Altburg genannt.

Tabelle 15: Orte in der Innenstadt, an denen nach Ansicht der Bürger die Polizei häufiger Streife gehen sollte

Bezeichnung der Orte	Anzahl der Nennungen	Prozentualer Anteil
ZOB	248	18,1%
Innenstadt generell	226	16,5%
Bahnhof	124	9,0%
Stadtmitte	55	4,0%
Marktplatz	35	2,5%
Fußgängerzone	23	1,7%
Industriegebiet	23	1,7%
Bahnhofstraße	15	1,1%
Jugendhaus	12	0,9%
Lederstraße	9	0,7%
Brühl	8	0,6%
Einkaufszentrum	8	0,6%
Altstadt	7	0,5%

Bei der Befürwortung von häufigeren Polizeistreifen muss man einen Unterschied zwischen dem eigenen Wohngebiet und sonstigen Bereichen in der Stadt machen. Für das eigene Wohngebiet will nur etwas über die Hälfte der Befragten einen häufigeren Polizeieinsatz, für alle anderen Gebiete sind es hingegen fast alle Befragten. Insgesamt gesehen konzentrieren sich die Ortsangaben für häufigere Polizeistreifen auf die Calwer Innenstadt, insbesondere den Bahnhofsbereich und den ZOB. Heumaden nimmt den zweiten Platz ein. Mehr Polizeistreifen werden insbesondere in Parkhäusern und Tiefgaragen sowie auf Parkplätzen und an allen dunklen, abgelegenen Orten gefordert. Zusammenfassend gilt: Frauen befürworten über alle Altersgruppen hinweg das häufigere Streifengehen der Polizei weniger als Männer. Besonders in den jungen Altersgruppen ist die Differenz der Zustimmung zwischen Männern und Frauen beachtlich. Generell hielten es zwei Drittel der Befragten für wichtig, zu allen Tageszeiten mehr Polizeistreifen zu haben, während ein Drittel gezielt die Nachtzeit nannte. Unter den Befragten wussten nur wenige nicht, wie weit die nächste Polizeiwache entfernt ist, aber auffallend viele Personen konnten nicht angeben, ob sie nachts besetzt ist. Generell sind die meisten Befragten mit der Polizeiarbeit und der Verbrechensbekämpfung zufrieden. Hieraus lassen sich folgende Vorschläge entwickeln: Zunächst müssen die polizeilichen Aktivitäten sich auf die Calwer Innenstadt, d.h. auf den Bahnhof und den ZOB, und auf Bereiche, die Angst erwecken, z.B. Parkhäuser, dunkle Plätze und Randgebiete, erstrecken. Über gezielte Maßnahmen in Heumaden sollte ebenfalls nachgedacht werden. Ob jedoch allein eine Verstärkung der Polizeistreifen, falls sie überhaupt möglich wäre, sinnvoll ist, bleibt fraglich; vielmehr muss erreicht werden, dass die Präsenz augenfälliger ist, z.B. durch „Polizeicontainer“ im Bahnhofsbereich. Dabei muss die Tageszeit der Anwesenheit der Polizei je nach Ort beurteilt werden. Allgemein wäre es aber akzeptanzfördernd, wenn die Polizei in den entsprechenden Stadtteilen oder an den benannten Orten durch geeignete Aktionen auf ihre Arbeit aufmerksam machen und auch die Bevölkerungskreise ansprechen würde, die sie sonst nicht erreicht.

7. Die Einstellung zu Strafzwecken und Sanktionspräferenzen

Die Befragten sollten zu vier verschiedenen Strafzwecken Stellung nehmen. Sie sollten jeweils ihre Meinung zu den Strafzwecken der Sühne und Vergeltung, der Abschreckung, der Hilfe bei der Wiedereingliederung des Täters und des Schutzes der Gesellschaft auf einer Skala von 1 (zustimmend) bis 6 (ablehnend) einstufen.

An erster Stelle stimmten die Befragten dem präventiven Strafzweck „Schutz der Gesellschaft“ zu, gefolgt von der Abschreckung anderer und von der Hilfe bei der Wiedereingliederung. Der Strafzweck der Sühne und Vergeltung wurde unter allen vier Strafzwecken am ehesten abgelehnt. Zwischen Opfern und Nichtopfern gab es so gut wie keine Unterschiede in den Einstellungen zu Strafzwecken. Auch die Häufigkeit der Opfererfahrung hatte keinen bemerkenswerten Einfluss.

Die Sanktionspräferenz wurde durch fünf Fragen erfaßt. Für drei vorgegebene Delikte – Ladendiebstahl, Wohnungseinbruch und Raubüberfall – wurde nach der angemessenen Strafe gefragt. Außerdem wurde noch erhoben, ob die Strafen strenger oder milder sein sollten als gegenwärtig und ob für schwere Straftaten die Todesstrafe wiedereingeführt werden sollte. Für den Ladendiebstahl wurde am häufigsten (64%) die gemeinnützige soziale Arbeit als angemessene Sanktion genannt, für den Wohnungseinbruch die Bewährungsstrafe (31%) und für den Raubüberfall die Freiheitsstrafe ohne Bewährung (67%). 74 Prozent wollten strengere Strafen und 39 Prozent die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Opfer und Nichtopfer unterscheiden sich nur in der letztgenannten Frage zur Sanktionspräferenz signifikant voneinander. 45 Prozent der Opfer und 37 Prozent der Nichtopfer plädierten für die Todesstrafe. Allerdings ist der naheliegende Schluss, dass eine Viktimisierung zu härteren Sanktionsvorstellungen führt, falsch. Unter Frauen sind die Befürworter der Todesstrafe seltener zu finden als unter Männern (33% gegenüber 44%) und bei einer multivariaten Analyse unter Kontrolle des Geschlechts findet man nur noch vernachlässigbar geringe Zusammenhänge zwischen Opferwerdung und Sanktionspräferenz. Somit ist die unterschiedliche Haltung von Opfern und Nichtopfern weitgehend auf die geschlechtsspezifischen Viktimisierungshäufigkeiten zurückzuführen. Zwischen den Altersgruppen findet man keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Sanktionspräferenz. Insgesamt gesehen hat somit die Opferwerdung keinen nennenswerten Einfluß auf die Einstellung zu Strafzwecken und auf Sanktionspräferenzen.

8. Zusammenfassung und Folgerungen

In der vorliegenden Untersuchung in der Gemeinde Calw machten die befragten Personen Angaben über ihre Opferwerdung in den letzten 12 Monaten, über ihre Kriminalitätsfurcht in der Wohngegend und in anderen Ortsteilen, über die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität, Anzeigeerstattung, Bewertung der Polizei, Einstellung zu Strafzwecken und Sanktionspräferenzen. Sie schlugen Maßnahmen vor, um Kriminalität zu reduzieren und um Unsicherheits- und Angstgefühle in der Gemeinde zu senken.

Jeder Vierte der befragten Personen gab an, in den vergangenen 12 Monaten selbst Opfer einer Straftat geworden zu sein. Sachbeschädigungen am eigenen PKW, sonstige Eigentumsdelikte und Bedrohungen wurden am häufigsten genannt. Die Höhe der Viktimisierungsrate liegt innerhalb der aus einschlägigen deutschen Forschungen bekannten und erwartbaren Werte (vergleiche dazu den Beitrag von *Kury* in diesem Band). Die jüngeren Altersgruppen weisen höhere Opferraten auf als Befragte mittleren und höheren Alters. Männer treten etwas stärker als Opfer in Erscheinung als Frauen. Calw-Innenstadt erweist sich als die Gegend mit der höchsten Kriminalitätsbelastung, gefolgt von Heumanden. Die Innenstadt mit dem Schwerpunkt Bahnhof und ZOB wurde auch bei Bürgern, die nicht dort wohnen, als Furchtraum, besonders nachts und abends, genannt.

Nur etwa 10 Prozent der befragten Personen haben oft oder sehr oft Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden. Diese Angst ist bei Frauen größer als bei Männern und in den Altersgruppen unterschiedlich ausgeprägt. Verglichen mit dem kleinen Anteil derjenigen mit starker Kriminalitätsfurcht ist der Anteil der Befragten, die angeben, durch bestimmte Verhaltensweisen zu versuchen, eine Opferwerdung zu vermeiden, höher. Etwa ein Viertel der Befragten gab an, gewisse Straßen oder Örtlichkeiten zu meiden. Ebenso wie bei der Kriminalitätsfurcht ist auch hier das Vermeideverhalten bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Unter den Opfern unterscheiden sich lediglich die Befragten, die Opfer eines Gewaltdeliktens wurden, von den Nicht-Opfern durch einen höheren Anteil an Vermeideverhalten.

In der Innenstadt von Calw und in Heumaden sind nicht nur die meisten der angegebenen Straftaten begangen worden. Befragt man die Bürger zu ihrem Angstgefühl, so äußert der überwiegende Teil der befragten Personen, dass er sich in der Calwer Innenstadt fürchtet, wobei der Schwerpunkt auf dem Bahnhofsbereich und dem ZOB liegt, wobei das Angstgefühl in erster Linie von den im Gebiet befindlichen Personen geweckt wird und Ausländer ausdrücklich genannt werden.

Die Polizeiarbeit und die polizeiliche Kompetenz bei der Verbrechensbekämpfung wurden im Durchschnittlich als befriedigend eingeschätzt. Auch insoweit unterscheiden sich Opfer von Nicht-Opfern nicht in besonderem Maße in ihren Bewertungen. Allerdings verschlechtert eine mehrmalige Opfererfahrung die subjektive Bewertung der Polizei.

Zwei Drittel der Befragten glaubten, dass die Kriminalität zugenommen habe und nahezu ein Viertel nahm an, sie sei unverändert. Nach Ansicht der Befragten spielen für die Veränderung der Kriminalität strukturelle Probleme wie Arbeitslosigkeit, ein hoher Ausländeranteil und Asylanten die wichtigste Rolle. Als weitere Gründe wurden Jugendarbeitslosigkeit, Wertewandel und zu wenig Polizei genannt.

Als Maßnahmen zur Verbesserung der Kriminalprävention schlugen die Befragten mehr Polizeipräsenz und mehr polizeiliche Überwachung vor. Die Forderung nach mehr Polizeistreifen erhoben Männer eher als Frauen. Für das ZOB wurde in erster Linie eine Verbesserung durch Alarmanlagen, Kameraüberwachung sowie eine bessere Beleuchtung erwartet, während für die restliche Calwer Innenstadt und Altenburg der Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Beleuchtung gelegt wurde. Häufigere Polizeistreifen im eigenen Wohngebiet befürworteten über die Hälfte der Befragten. Außerhalb des eigenen Wohngebiets stimmten fast alle Befragten für einen häufigeren Polizeieinsatz. Dabei konzentrierten sich die Angaben auf die Calwer Innenstadt, insbesondere den Bahnhofsbereich und den ZOB. Heumaden nimmt bei der Befürwortung häufigerer Polizeistreifen den zweiten Platz ein. Mehr Polizeistreifen wurden insbesondere in Parkhäusern und Tiefgaragen sowie auf Parkplätzen und an allen dunklen, abgelegenen Orten gefordert.

Anhand dieser Ergebnisse wird deutlich, dass bei Maßnahmen der Kriminalitätsprävention in Calw zwei Bereichen besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte. Neben den von den Befragten geäußerten Vorschlägen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürger in ihrer Wohngegend und ihrer Stadt ist die Auseinandersetzung mit Jugendlichen und Ausländern von Bedeutung. Jugendliche werden relativ häufig Opfer von Straftaten und werden gleichzeitig auch von der Bevölkerung für die Kriminalitätsbelastung verantwortlich gemacht. So wird oft als Grund für die Zunahme von Kriminalität die Jugendarbeitslosigkeit genannt und als Maßnahme gegen Kriminalität die Verbesserung der Jugend- und Sozialarbeit gefordert. Weiter wird deutlich, dass Ausländer zu einem beachtlichen Teil mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden und als Gründe für Kriminalitätsfurcht in bestimmten Furchtgebieten genannt werden. Hier wären Aufklärungsarbeit im Sinne von Abbau von Vorurteilen und Annäherung von Deutschen und Ausländern zur Verminderung von Misstrauen gegenüber ausländischen Mitbürgern und Asylanten als erste Schritte zu nennen.

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Freiburg i. Br.

1. Einleitung

Kriminalgeographische Untersuchungen und ihre Betrachtung der regionalen Verteilung der Kriminalität, der sie begünstigenden Faktoren sowie den Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung weisen vor allem im anglo-amerikanischen Raum eine recht lange Tradition auf, nachdem erste Untersuchungen auf Länderebene bereits im vorigen Jahrhundert, zu Beginn einer empirischen Kriminologie, in Frankreich durchgeführt wurden (vgl. Guerry 1833; Quetelet 1835; zusammenfassend Albrecht 1993). Diese wohl bekanntesten Arbeiten stammen bereits aus den 20er Jahren und entstanden in der sogenannten "Chicago School", einer soziologisch orientierten Forschungsrichtung, welche auf dem Gebiet der Stadt Chicago/Ill. zunächst ausgehend von den Problemen einer in den US-amerikanischen Großstädten rasch wachsenden ethnischen Minderheit umfassende kriminologisch-stadtsoziologische Untersuchungen durchführte. Dabei stand die Organisation der Kommune, das Vorhandensein und die Bildung sozialer Kontrolle in ihren Auswirkungen auf die Entwicklung von Kriminalität im Vordergrund. So betonte bereits Park 1925 (6. Auflage 1970, S. 106): "It is in this community with its various organizations and its rational, rather than traditional, schemes of control, and not elsewhere, that we have delinquency. Delinquency is, in fact, in some sense the measure of the failure of our community organizations to function."

Zu den sicherlich am häufigsten international diskutierte und rezipierte Autoren der Chicagoer Schule gehören Clifford R. Shaw und Henry D. McKay (Shaw & McKay 1931; vgl. hierzu auch die überblickhafte Darstellung bei Albrecht 1993, S. 228f.). Ausgangspunkt ihrer Darstellungen sind neben den stadtsoziologischen Arbeiten von Park u. a. (1967) die Beobachtungen, daß sich die Kriminalität im Stadtgebiet von Chicago ungleichmäßig verteilte. So konnten sogenannte "delinquency areas" ermittelt werden, in denen eine hohe Kriminalitätsbelastung mit ungünstiger Sozialstruktur einherging, wobei die Kriminalität von den Außenbezirken in Richtung Stadtzentrum zunahm (vgl. Shaw 1929). Kennzeichen dieser delinquency areas war in erster Linie ein geringes Maß an informeller sozialer Kontrolle. Viele dieser Bereiche waren mit Stadtgebieten deckungsgleich, die im Verlauf des Städtewachstums entstanden waren (sogenannte "natural areas") und die besondere geographische oder auch soziale und kulturelle Strukturen aufwiesen, die sie von anderen Stadtbezirken abgrenzten. Vergleichbare Ergebnisse konnten auch in den Städten Philadelphia, Boston, Cincinnati, Cleveland und Richmond gefunden werden (Shaw & McKay 1942). Kriminalität, so die Auffassung von Shaw und McKay, sei diesen Gebieten inhärent, es bilde sich eine gewisse "Tradition", so daß die Kinder dort durch Kontakte mit und Sozialisation durch kriminelle Gruppen bereits früh das Stehlen erlernten, eine Ansicht, die sich auch im interaktionistisch verhaltenspsychologisch orientierten Theorienansatz von Sutherland und Cressey (1978) wiederfindet. Weitere Kennzeichen der delinquency areas – oder mit anderen Worten der hochbelasteten Gebiete – waren eine hohe Säuglingssterblichkeit, gehäufte Tuberkuloseerkrankungen, Überbevölkerung, aber auch ein geringes Freizeitangebot und hohe Mobilität sowie ein hoher Anteil an zerfallenen bzw. baufälligen Häusern. In solche Gebiet wurden besonders sozial Schwache abgedrängt, die ihrerseits aufgrund ihrer schlechten sozio-ökonomischen Lage keine Möglichkeiten hatten, den zunehmenden Verfall der Wohngegend aufzuhalten. Dadurch kam ein Teufelskreis zustande, es entwickelte sich eine Spirale nach unten.

Neben der Beschreibung und der möglichen Ursachenanalyse urbaner Kriminalität und deren Verteilungsmuster entwickelten Shaw und McKay (1942) auch einen Ansatz zur Reduzierung der Kriminalitätsbelastung, ein sogenanntes "program of community action" (S. 322ff.). Dieses Programm basiert, ähnlich wie ein Großteil heutiger Ansätze zur Kommunalen Kriminalprävention, auf der Stärkung der informellen Sozialkontrolle, in erster Linie des Zusammenhalts zwischen den Bewoh-

nen einer Gegend. Damit wird die Nachbarschaft eine wichtige Handlungseinheit in der Reduzierung der Kriminalität (vgl. z.B. Skogan 1989).

So impliziert der Grundgedanke Kommunalen Kriminalprävention eine gewisse Rückgabe der Verantwortung für die eigene Sicherheit an die Bürger selbst. Die Bewohner einer Stadt, eines Stadtteils oder eines Stadtviertels bzw. deren Vertreter sollen mobilisiert werden, im Zusammenhang mit einer "Reprivatisierung der sozialen Kontrolle" selbst Verantwortung für ihre Sicherheit zu übernehmen (Kube & Koch 1993; Feltes 1995a, Dreher 1996, von politischer/polizeilicher Seite Teufel 1995; Schulte 1995). Daß dieser Ansatz einer Kriminalprävention unter Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene in den vergangenen beiden Jahrzehnten zu einem der meistdiskutierten Themen im Bereich der angewandten Kriminologie wurde, macht ein Zitat von Stenson (1996, S.120) deutlich, der in diesem Zusammenhang von einer "explosion of research and policy discourse since the late 1970's" spricht. Feltes (1994, S. 5) weist darauf hin, daß diese Entwicklung in engem Zusammenhang mit der Einsicht steht, daß "mit einfachen, monolithischen oder gar zentralistischen Ansätzen und einem quasi militärischen Verständnis von innerer Sicherheit die im Zusammenhang mit Kriminalität auftretenden Probleme nicht zu bewältigen sind" (vgl. auch Kube 1987; Ammer 1993; Feltes 1995a).

Daß dieser Trend allerdings in erster Linie in den USA bzw. in Europa, und hier vor allem in den skandinavischen Ländern sowie Großbritannien zu beobachten ist, wird in der von Koetzsche (1994) zusammengestellten Synopse kriminalpräventiver Projekte auf kommunaler Ebene in sechs westeuropäischen Ländern deutlich. So gibt es in Deutschland, im Vergleich zu den anderen Staaten, bisher keine entsprechenden bundesweiten Aktivitäten und Projekte der Kriminalitätsverhütung. Ausnahmen auf Landesebene bilden die beiden Bundesländer Schleswig-Holstein und Hessen, in denen 1990 bzw. 1992 auf Landesebene Kriminalpräventive Gremien eingerichtet wurden (zur Situation in 27 europäischen Ländern vgl. Katona 1994). Dieses Fehlen koordinierter kriminalpräventiver Bemühungen ist umso erstaunlicher, als beispielsweise auch deutsche Vertreter an der Empfehlung des Europarates zur Organisation der Kriminalprävention mitgewirkt hatten (vgl. Koetzsche 1994, S. 26; Council of Europe 1988), in welcher deutlich auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Kommunen bei der Kriminalitätsvorbeugung hingewiesen wurde: "Whatever the approach chosen, crime prevention depends for success on the active involvement of the community" (Council of Europe 1988, S. 29).

Erst in den 90er Jahren begann in Deutschland eine allmähliche, in den vergangenen zwei bis drei Jahren allerdings kaum noch überschaubare Entwicklung unter dem Schlagwort "Prävention ist Bürger(meister)pflcht" (Jäger, nach Burghard 1993, S. 104). So entstanden inzwischen allerorten kriminalpräventive Gremien oder Räte, und beinahe jede größere Kommune versuchte "auf den Zug der Kriminalprävention aufzuspringen", nicht selten jedoch mehr durch Verbreiten eines gewissen Aktionismus als durch Bemühungen, sich dem Thema ernsthaft zuzuwenden. Dabei spielte sicherlich auch die Tatsache eine Rolle, daß politische Prozesse auf kommunaler vergleichsweise transparenter sind als auf Landes- oder gar Bundesebene, die Diskussion über dieses Thema aber in aller Regel zugleich ein Abbild der bundesweiten Diskussion darstellt (Schneider & Stock 1995, S. 12).

Auf der anderen Seite bedingt diese rasche und boomende Entwicklung auch, daß auf lokaler Ebene Ansätze mehr oder minder ad hoc entwickelt und "implementiert" werden, nicht selten in einer Weise, die zwar augenscheinlich an Brennpunkten ansetzt, letztlich aber doch an den konkreten örtlichen Problemlagen und den Bedürfnissen der Bürger vorbeigeht (vgl. Obergfell-Fuchs 1997, 1998). Abhilfe könnte hier eine Intensivierung der Begleitforschung bis hin zur Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen schaffen, jedoch scheint dieser Blickwinkel in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend ausgeklammert zu sein. Von daher ist es nicht überraschend, daß in einer der umfassendsten Metaanalysen zur Effektivität kriminalpräventiver Maßnahmen (Poyner 1993) keine deutsche Untersuchung erscheint, Poyner sogar ausdrücklich darauf verweist, daß evaluative Bemühungen vor allem in den USA eine gewisse Tradition haben und daß selbst in Großbritannien

dieser Ansatz "with perhaps less enthusiasm and less vigor than in North America" (S. 7) verfolgt würde. Dies trifft in noch viel stärkerem Maße auf Deutschland zu; hier ist zielorientierte Begleitforschung bei der Kommunalen Kriminalprävention und den inzwischen zahlreichen "Projekten" nahezu nicht vorhanden, Aussagen über die Wirksamkeit und die Effektivität von Maßnahmen lassen sich daher kaum treffen. Hier wird letztlich auch eine große Chance der systematischen Weiterentwicklung des Ansatzes vergeben.

Es findet sich inzwischen zwar beinahe eine Flut an größeren und auch kleineren Bevölkerungsumfragen, denen, so zumindest in der offiziellen Lesart, der Wunsch nach Erfassung eines subjektiven Kriminalitätslagebildes zugrunde liegt. In aller Regel werden in diesen Befragungen Daten zur Opferwerdung, zur subjektiven Kriminalitätseinschätzung und auch zu Problemlagen in der Gemeinde erhoben. Neben methodisch durchdachten Ansätzen, die auch einen Bezug zum Stand der kriminologischen Forschung aufweisen, finden sich allerdings zum Teil Untersuchungen, deren methodischer Standard, sei es im Hinblick auf die Fragenformulierung, die Durchführung der Untersuchung selbst, die Stichprobenrekrutierung oder auch die Auswertung, eher zweifelhaft ist, und die daher bestenfalls von beschränkter Aussagekraft sind. Da die Rezipienten dieser Studien in aller Regel jedoch keine empirisch-methodologische Vorbildung besitzen, besteht gerade hier die Gefahr, mehr oder minder einschneidende und teure Maßnahmen aufgrund invalider Ergebnisse zu implementieren.

Trotz dieses Mankos wird auch von Seiten der Politik zunehmend eine auf kommunale Gegebenheiten gestützte Kriminalitätsbekämpfungs- und -präventionsstrategie verfolgt. So findet man in einer Stellungnahme des Innenministers des Landes Baden-Württemberg die Feststellung: "Kriminalität ist ein gesellschaftliches Problem. Die Komplexität des Problems erfordert, daß Kriminalitätsbekämpfung und dabei insbesondere auch die Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen wird, an der sich alle gesellschaftlichen Bereiche (...) beteiligen sollen" (Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 11/1981, 1993, S. 5). Jedoch sah der damalige Innenminister "auf Landesebene derzeit kein Bedarf für ein Gremium zur Prävention (...) Kriminalitätsbekämpfung muß vorrangig vor Ort in den Städten und Kommunen ansetzen" (S. 5). Daher wurde in Baden-Württemberg das Modellprojekt "Kommunale Kriminalprävention" in die Wege geleitet, das hochrangig in der Kommunalverwaltung der ausgewählten Projektstädte zu verankern sei und in dessen Rahmen auf breiter örtlicher Basis "an einem Tisch" (S. 5) die Probleme zu analysieren und Vorgehensweisen abzustimmen seien. Ziel dieser Bemühungen ist es – dies wurde auf einer im Rahmen des baden-württembergischen Projekts von der Landesregierung veranstalteten Tagung deutlich – die Kriminalität durch Zusammenarbeit von Polizei, Bürgern und Interessengruppen dort zu bekämpfen, wo sie entsteht, nämlich in den einzelnen Kommunen (vgl. Teufel 1995, Birzele 1995).

Die positive Besonderheit des baden-württembergischen Pilotprojekts lag in erster Linie in der festen Verankerung wissenschaftlicher Begleitforschung, d.h. neben einer Beteiligung kriminologischer Forschungsinstitutionen an der Konzeptionierung (subjektives und objektives Kriminalitätslagebild) kriminalpräventiver Vorgehensweisen sollte auch eine Effektivitätsprüfung im Sinne einer Evaluation der getroffenen Strategien durchgeführt werden (vgl. Feltes 1995). Die Forschungsgruppe Kriminologie des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht übernahm die Begleitforschung für die Projektstadt Freiburg.

2. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg – Das Beispiel Freiburg i. Br. –

2.1 Forschungsdesign und Durchführung der Untersuchung

Auf das konkrete Forschungsdesign soll an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. Da in allen Kommunen nach demselben Konzept vorgegangen wurde, sei hier auf den einleitenden Beitrag von Feltes in diesem Band verwiesen.

Als erster Schritt im Rahmen des 1993 initiierten Pilotprojekts sollte zunächst ein Kriminalitätslagebild der jeweiligen Städte sowohl in "objektiver" Hinsicht von Seiten der Polizei als auch unter

der "subjektiven" Sichtweise der Bürger durch die begleitenden Forschungsinstitute erstellt werden. Hierzu wurde in Freiburg Mitte des Jahres 1994 eine schriftliche Fragebogenuntersuchung mit dem gemeinsam für alle Projektstädte entwickelten gleichen Erhebungsinstrument zu Opfererfahrungen, Einstellungen zur Kriminalitätsfurcht, Polizei und Problemen der Gemeinde an 2.500 Personen im Alter von 16 Jahren und mehr durchgeführt. Vom Beginn der Datenerhebung in der ersten Juniwoche bis zu ihrem Abschluß in der letzten Augustwoche 1994 lagen insgesamt 1.118 auswertbare Fragebögen vor, was einer Rücklaufquote von 45,2% bezogen auf die bereinigte Bruttostichprobe von 2.472 Personen (3 Personen gaben Sprachprobleme an, 6 waren verzogen, 19 zu alt bzw. zu krank) entspricht. 17 Befragte verweigerten die Mitarbeit, von 1.354 Personen lag zum Abschluß der Befragung keine Information vor.

Die Ausschöpfungsquote liegt, angesichts der breiten Streuung der Zielpersonen und der gewählten methodischen Vorgehensweise der schriftlichen Befragung, in einem zufriedenstellenden Rahmen (vgl. allgemein zu Rücklaufquoten in Opferstudien Kury u.a. 1992, S. 478ff.). Ein Vergleich der Zusammensetzung der Stichprobe mit den offiziellen Freiburger Bevölkerungsstatistiken zeigt, daß hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, Alter und Familienstand eine weitgehende Repräsentativität erzielt werden konnte, jedoch sind in der Stichprobe die Höhergebildeten (Abitur/(Fach)Hochschulreife) überrepräsentiert, was jedoch in schriftlichen Befragungen kaum zu vermeiden ist und in der Forschungsliteratur unter dem Begriff des "Mittelschicht-Bias" bereits umfassend diskutiert wurde (vgl. Scheuch 1953; Erbslöh & Koch 1988; Hartmann 1990). Zudem ist die Zahl der in der Studie vertretenen ausländischen Freiburger Bürger deutlich geringer als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung. Dieser lag im Jahr 1994 bei 11,0%, in der Studie beträgt der Anteil dagegen lediglich 6%. Hierfür dürften in erster Linie Sprachprobleme bei der Beantwortung des mehr als 40 Seiten umfassenden Fragebogens verantwortlich sein.

2.2 Ergebnisse der Befragung in Freiburg

2.2.1 Kriminalitätsbelastung der Freiburger Bürger

Ein zentraler Punkt der Untersuchung war die Frage nach der Kriminalitätsbelastung der Freiburger Bürger. Anders als bei der Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bietet die Bevölkerungsbefragung auch die Möglichkeit der Erfassung nicht angezeigter Straftaten. Sie kann somit erheblich zur Abschätzung des Dunkelfeldes beitragen, worin einer ihrer wesentlichen Vorteile gegenüber der PKS liegt. Dies gilt in besonderem Maße für Bagatelldelikte, die aufgrund ihrer geringen Schwere der Polizei nicht zur Kenntnis gebracht werden, aber auch für Beziehungstaten im sozialen Nahraum oder Vorfälle, welche aufgrund der Schamgrenze des Opfers nicht angezeigt werden. Hier sind in erster Linie Sexualdelikte, aber auch Gewaltdelikte allgemein zu nennen.

Jedoch auch die Bevölkerungsbefragung birgt eine Reihe methodischer Probleme. Hier ist zum einen die Wahl des Referenzzeitraums zu nennen, neben einer lebenslangen Viktimisierungsabfrage finden sich begrenzte Zeiträume von fünf Jahren, aber auch nur einem Jahr. Es besteht nun vielfach die Schwierigkeit für den Befragten, das Geschehene auf der Zeitachse korrekt einzuordnen. Nicht selten werden dabei Delikte, die länger zurückliegen, als aktueller erinnert, als dies tatsächlich der Fall ist; erst "kürzlich" geschehene Delikte fallen unter Umständen aus dem Zeitrahmen der Erfassung heraus oder aber erlittene Straftaten werden schlicht vergessen, was vor allem bei Bagatelldelikten, die länger zurückliegen, der Fall sein dürfte. In der Forschungsliteratur werden solche Phänomene etwa unter dem Begriff des "Telescopings" intensiv diskutiert (vgl. Skogan 1981; Bradburn u.a. 1987; Rubin & Baddley 1989).

Daneben findet sich zusätzlich das Problem der Mitteilungsbereitschaft der Befragten. Diese kann entweder reduziert sein, damit würden die "wahren" Viktimisierungsquoten unterschätzt, oder aber gesteigert, was dann wiederum zu Telescopingeffekten im Sinne einer Datierung der erlittenen Vorfälle in den Referenzzeitraum führen könnte, oder aber zu einem Berichten von Vorfällen, welche unter Umständen unterhalb der Grenze strafrechtlicher Relevanz liegen (zu methodischen Problemen vgl. auch Heinz 1997, S. 110ff.; Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-

Württemberg 1996, S. 127f). Schließlich kann die Gestaltung des Erhebungsinstruments (Fragebogen) einen nicht unerheblichen Einfluß auf die damit gewonnenen Resultate haben (vgl. ausführlicher Kury 1993; 1994; 1995). Dies zeigt, daß auch Bevölkerungsbefragungen kein "Allheilmittel" zur Erfassung der Kriminalitätsbelastung darstellen, sondern ebenso wie die Kriminalstatistiken Fehlern unterworfen sind (vgl. etwa auch Kury & Obergfell-Fuchs 1998b).

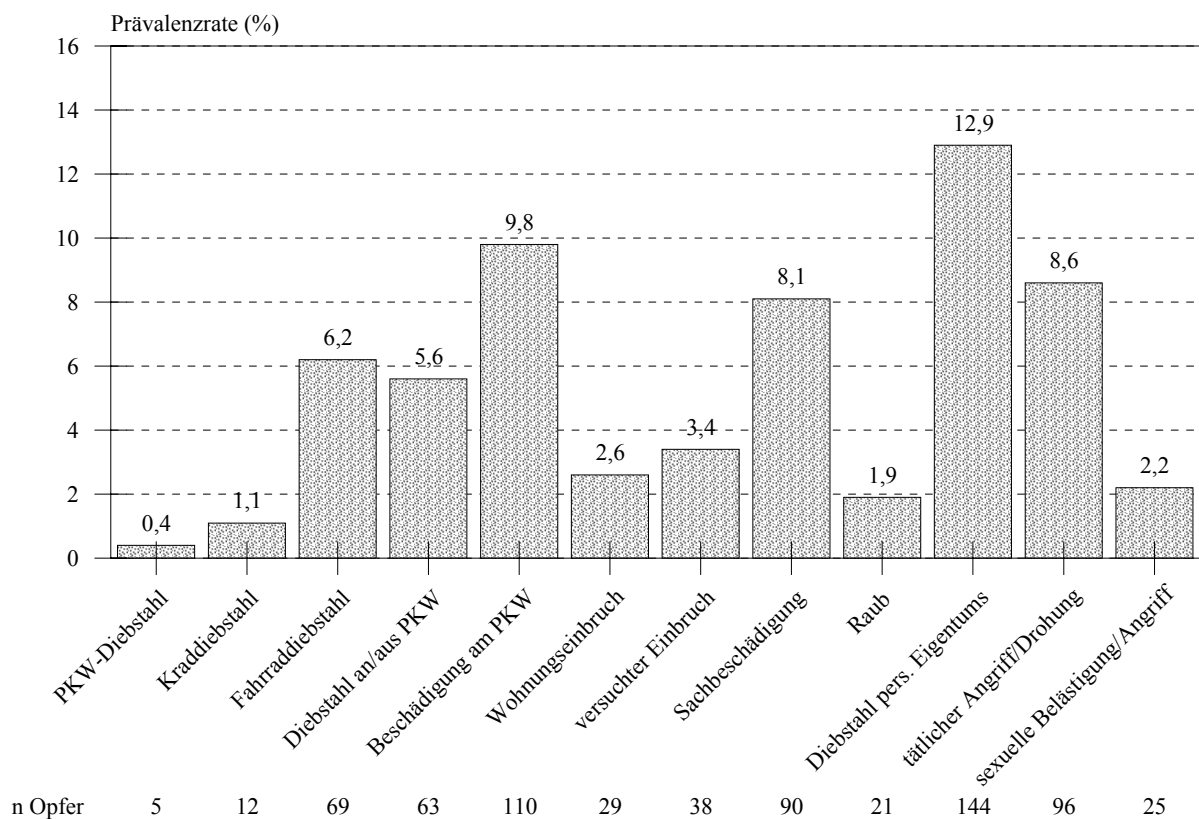
2.2.1.1 Prävalenzraten krimineller Viktimisierung

In der vorliegenden Untersuchung waren die Bürger zu insgesamt zwölf Deliktsgruppen befragt worden, ob sie innerhalb der vergangenen zwölf Monate einmal oder auch mehrfach Opfer eines der genannten Delikte geworden waren (Einjahresprävalenz). Dabei handelte es sich um die Deliktskategorien PKW-Diebstahl, Kraftraddiebstahl, Fahrraddiebstahl, Diebstahl an/aus dem PKW, Beschädigung am PKW, Wohnungseinbruch, Einbruchversuch, Sachbeschädigung, Raub einschl. Versuch, Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff/Bedrohung sowie sexuelle Belästigung bzw. sexueller Angriff. Abbildung 1 zeigt die ermittelten Prävalenzraten. Dabei wurden ausschließlich persönliche Viktimisierungen erfaßt, d.h. beim PKW-Diebstahl z.B. wurden nur solche Fälle gezählt, bei denen die Befragten angaben, daß ihnen selbst das gestohlene Fahrzeug gehörte. Lediglich beim (versuchten) Einbruch lassen sich keine persönlichen Viktimisierungen angeben, da hier grundsätzlich der gesamte Haushalt betroffen ist.

Die Abbildung zeigt, daß die Befragten in erster Linie Opferwerdungen aus dem Bereich des Diebstahls persönlichen Eigentums (12,9%) angeben, hierunter fallen beispielsweise auch Taschendiebstahlsdelikte mit einer vergleichsweise eher geringen Schadenshöhe (im Mittel ca. 259 DM Schaden; Range 3 – 2.000 DM). Ebenfalls relativ häufig sind Delikte im Bereich des Kraftfahrzeugs, hier steht an erster Stelle die Beschädigung am PKW (9,8%), aber auch der Diebstahl an bzw. aus dem PKW wird oft angegeben (5,6%). Die Schadenssummen sind hier etwas höher, bei der KFZ-Beschädigung liegt sie im Mittel bei 530 DM (Range 2 – 4.002 DM), beim Diebstahl am/aus dem KFZ bei 476 DM (10 – 4.000 DM).

Der Fahrraddiebstahl ist – und dies ist sicherlich ein gewisses Spezifikum Freiburgs als "Studentenstadt", die sich auch um die Förderung des umweltfreundlicheren Fahrradverkehrs besonders bemüht hat – ein ebenfalls häufiges Delikt. 6,2% der Befragten geben an, innerhalb des vergangenen Jahres viktimisiert worden zu sein. Da gerade in den vergangenen Jahren das Fahrrad immer mehr zu einem beliebten Verkehrsmittel bzw. zu einem Bestandteil der Freizeitkultur wurde, verwundern die recht hohen Schadenssummen zwischen 30 und 3.000 DM ($x, \square = 628$ DM) nicht.

Abbildung 1: Prävalenzraten in den einzelnen Deliktgruppen



Überraschend hoch ist auch der Anteil der den Gewaltdelikten zuzuordnenden Deliktgruppe tätlicher Angriff/Bedrohung (8,6%). Es handelt sich hier um die dritthöchste Prävalenzrate der Freiburger Befragten. Betrachtet man hier die Tatschwere, so kann man feststellen, daß es sich in 76,8% der Fälle (n = 73) um eine Bedrohung handelte, nur 23,2% (n = 22) der Opfer berichten über tatsächliche Gewaltanwendung. Entsprechend gering ist auch die Zahl der verletzten Personen, nur 12 geben an, körperlichen Schaden erlitten zu haben. Es war für die Befragten ebenfalls möglich, das Ausmaß der psychischen Beeinträchtigung auf einer Skala von 1 (keine) bis 6 (sehr starke) anzugeben. Die Ergebnisse zeigten, daß im Mittel eine Belastung von 3,05 resultierte (s = 1,54). Während immerhin 42,9% einen Wert von 1 oder 2 angaben, waren es in den beiden hohen Kategorien 5 bzw. 6 nur 19,8%. Dies zeigt, daß auch hier die meisten Opferwerdungen eher im leichteren Bereich lagen.

Eine hohe Prävalenzrate zeigte sich auch im Bereich der Sachbeschädigung (8,1%), die Schadenssummen lagen jedoch mit durchschnittlich 204 DM (3 – 2.000 DM) noch deutlich unter denen des Diebstahls persönlichen Eigentums.

Zu den eher selten genannten Delikten gehören der Einbruchversuch (3,4%; n = 38) bzw. der vollendete Wohnungseinbruch (2,6%; n = 29). Während der Einbruchversuch – sicherlich ein Delikt, dessen Relevanz nur sehr schwer einzuordnen ist – durch eher geringen Schaden bestimmt wird (Mw = 197 DM, 10 – 1.000 DM), sind die materiellen Verluste beim vollendeten Einbruch erheblich; so wurden Gegenstände im Wert von durchschnittlich 2.879 DM (3 – 25.000 DM) entwendet, der Schaden durch Sachbeschädigung betrug ebenfalls im Schnitt mehr als 1.000 DM (Mw = 1.019 DM; 50 – 3.000 DM).

Die beiden am wenigsten genannten Opferkategorien stellten der PKW- sowie der Kraddiebstahl dar (0,4% bzw. 1,1%). Dies mag zum einen am erschwerten Diebstahl aufgrund von Wegfahrsperrern u.ä. liegen, beim Kraftrad ist zudem seine doch eher geringe Verbreitung zu berücksichtigen.

Unabhängig davon sind hier jedoch aufgrund des hohen Eigenwertes der Fahrzeuge erhebliche Schäden zu verzeichnen, beim PKW entstand ein Schaden von durchschnittlich 9.600 DM (4.000 - 20.000 DM), beim Krad von 2.717 DM (300 - 6.000 DM).

Ebenfalls nur wenige Freiburger Bürger wurden im Laufe des vergangenen Jahres Opfer eines der beiden schweren Gewaltdelikte Raub (1,9%; n = 21) bzw. sexuelle Belästigung/Angriff (2,2%; n = 25). Dabei muß beachtet werden, daß bei den Sexualdelikten die Kategorie "freches Benehmen" (insgesamt 21 Fälle) bei dieser Darstellung nicht berücksichtigt wurden, da hier kaum eine strafrechtliche Relevanz gegeben sein dürfte. Was die Tatschwere betrifft, so können die Raubdelikte in der Mehrzahl eher den leichteren Delikten zugerechnet werden. In 15 der insgesamt 21 Fälle wurde keine Waffe verwendet, es entstanden in rund drei Viertel der Fälle keine Verletzungen. Der materielle Schaden betrug im Mittel 345 DM (20 - 700 DM). Auffallend ist auch, daß auf der bereits genannten Skala zur Einschätzung der psychischen Belastung im Mittel ein Wert von 2,86 (s = 1,39) angegeben wurde, d.h. der Vorfall wurde in der Mehrzahl der Fälle auch psychisch als weniger belastend empfunden.

Bezüglich der Sexualdelikte – die leichteste Kategorie ("freches Benehmen") wurde bei dieser Auswertung, wie erwähnt, nicht erfaßt – zeigte sich, daß 84% der Opfer (n = 21) den Vorfall als sexuellen Angriff einstufen, einmal wurde eine versuchte und dreimal eine Vergewaltigung angegeben. In nur zwei Fällen wurde eine körperliche Verletzung angegeben, der psychische Schaden wurde jedoch im Mittel als erheblich eingestuft. Der Mittelwert auf der von 1 bis 6 reichenden Skala lag bei 3,84 (s = 1,68), nur 4% der Opfer gaben keine, 24% jedoch eine sehr starke psychische Belastung durch den Vorfall an. Bei der Mehrzahl der berichteten Fälle handelte es sich nicht um eine Beziehungstat, in 52% war der Täter unbekannt, nur in vier Fällen bestand eine engere Beziehung. Hier muß, angesichts der Tatsache, daß sich eine Vielzahl der Sexualdelikte im familiären Bereich abspielen, davon ausgegangen werden, daß es mit dem vorliegenden Instrument bzw. unserer Vorgehensweise nicht gelungen ist, diese Opfer zu erreichen bzw. sie zu einer Angabe möglicher Vorfälle zu bewegen. Hier mögen der doch sehr unpersönliche Zugang, Scham oder auch eine andere Opferdefinition eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Faßt man die genannten 12 Deliktsbereiche zu einer Opferkategorie zusammen – hier ergeben sich natürlich Mehrfachviktimisierungen über unterschiedliche Delikte hinweg –, so kann man für Freiburg eine Einjahresprävalenzrate von insgesamt 40,1% feststellen. Dieser Wert ist zwar recht hoch, beachtet man jedoch, daß ein Großteil der Opferwerdungen eher dem Bagatellbereich zuzuordnen ist, so kann man nachvollziehen, daß beinahe die Hälfte aller befragten Freiburger innerhalb eines Jahres einmal oder auch mehrfach Opfer in den von uns erfragten Delikten wurden.

2.2.1.2 Anzeigeverhalten

Die Diskrepanz zwischen Hell- und Dunkelfeld ist in erster Linie durch die Anzeigebereitschaft der Bürger bestimmt. So ist es eher zufällig, daß die Polizei von sich aus Straftaten entdeckt, in aller Regel bestimmt das Opfer oder aber ein Zeuge, ob der Vorfall den Instanzen der formellen Sozialkontrolle zur Kenntnis gebracht wird. Die Motivation des Opfers zur Anzeige mag hierbei durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt sein: Die Notwendigkeit aufgrund einer erwarteten Versicherungsleistung, der Wunsch nach Rache und Bestrafung des Täters, die Deliktsschwere oder auch Scham spielen sicherlich eine wichtige Rolle, letztlich sind aber auch das Vertrauen in die Polizei, die Erwartung eines fairen und verständnisvollen Umgangs sowie die perzipierte Wahrscheinlichkeit, den Täter ausfindig zu machen, entscheidende Gründe für eine Anzeigerstattung.

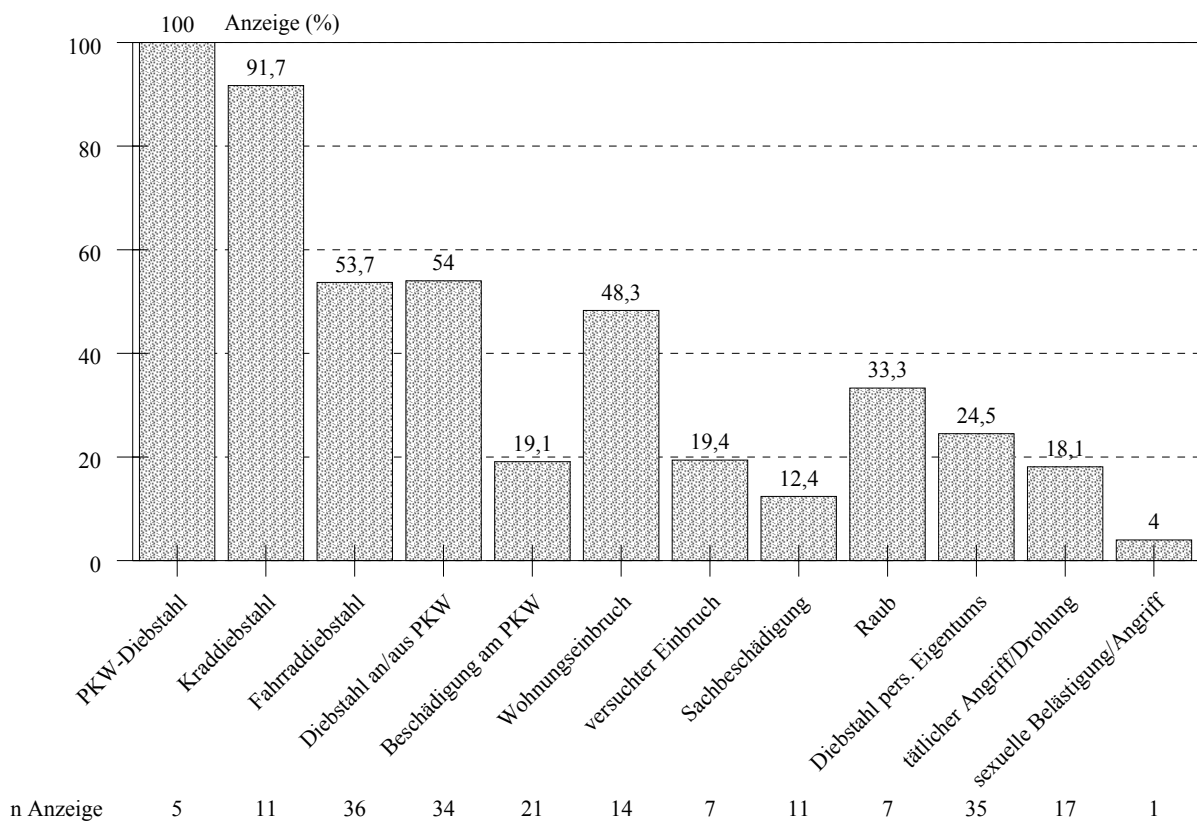
In der vorliegenden Untersuchung wurde in jeder der Deliktskategorien erfragt, ob bezüglich des letzten erlittenen Delikts Anzeige durch das Opfer erstattet wurde. Da, wie bereits kurz ausgeführt, die Art des Delikts Einfluß auf die Anzeige hat, sollen auch hier die genannten 12 Deliktskategorien voneinander getrennt dargestellt werden.

Abbildung 2 zeigt den prozentualen Anteil der Anzeigen in den jeweiligen Delikten. Erwartungsgemäß sind die Anzeigequoten beim PKW- bzw. beim Kraddiebstahl (100%; 91,7%) mit Abstand

am höchsten, da hier der Schaden einerseits in aller Regel hoch ist und andererseits über die Versicherung des Fahrzeuges abgedeckt ist und daher eine Polizeianzeige notwendig ist. Bereits deutlich geringer sind die Anzeigequoten beim Fahrraddiebstahl (53,7%) bzw. beim Diebstahl an/aus dem PKW (54,0%). Hier dürften nur zum Teil Versicherungen bestehen, zudem ist die Wahrscheinlichkeit, daß das gestohlene Eigentum wiedergefunden wird, eher gering. Eine vergleichbare Anzeigehäufigkeit weist der Wohnungseinbruch auf (48,3%), hier dürfte in erster Linie die Schwere der Straftat zur Anzeige motivieren. Es ist eher verwunderlich, daß die Anzeigequoten bei diesem Delikt nicht höher liegen, eine Frage, der jedoch erst anschließend in bezug auf die erfaßten Gründe für die Nichtanzeige nachgegangen werden soll.

Relativ selten werden auch die Sachbeschädigungsdelikte angezeigt, so beträgt die Quote bei der Beschädigung am PKW nur 19,1%; vielfach ist hier die Ermittlung des Täters besonders schwierig, es sei hier z.B. nur auf Schäden durch Einkaufswagen auf Parkplätzen verwiesen. Zudem sind viele Beschädigungen am eigenen PKW entweder nicht durch Versicherungen abgedeckt, die Eigenbeteiligungen vergleichsweise hoch oder die Folgekosten durch steigende Prämien übertreffen den Schaden. Sachbeschädigungen an persönlichem Eigentum (außer KFZ) werden ebenfalls nur sehr selten angezeigt (12,4%), und auch der versuchte Wohnungseinbruch, der häufig nur durch eine Beschädigung z.B. an der Türe bzw. am Schloß bekannt wird, gehört zu den selten angezeigten Delikten (19,4%).

Abbildung 2: Prozentualer Anteil der angezeigten an den erlittenen Delikten



Von den Diebstählen persönlichen Eigentums (z.B. Taschendiebstahl) wird ebenfalls nur ein Viertel (24,5%) angezeigt, hier dürften neben den doch eher geringen Schadenshöhen auch eine gewisse Scham, eventuell aus eigener Nachlässigkeit "beklaut worden zu sein", eine nicht unerhebliche Rolle spielen, ferner die mit einer Anzeige verbundenen Mühe und die in der Regel vermutete geringe Wahrscheinlichkeit, den Täter zu fassen.

Was die Gewaltdelikte betrifft, wird ca. ein Drittel der Raubtaten (33,3%) angezeigt, hier dürften es weniger die Schadenssummen als vielmehr der Gewaltaspekt der Tat sein, der zur Anzeige motiviert. Nur 18,1% des tätlichen Angriffs bzw. der Bedrohung werden dagegen allerdings angezeigt. Ein Grund hierfür könnte sicher sein, daß, wie oben gezeigt wurde, das Gros dieser Taten im Bedrohungsbereich anzusiedeln ist und daher unter Umständen die Notwendigkeit einer Anzeige nicht gesehen wird. Extrem selten ist die Anzeige im Bereich der Sexualdelikte, hier wurde nur einer der 25 Fälle (4%) der Polizei zur Anzeige gebracht. Die Gründe hierfür dürften in erster Linie im Bereich der Scham des Opfers liegen sowie in den erwarteten Beweisschwierigkeiten und den damit verbundenen Unannehmlichkeiten, eine genauere Analyse soll jedoch dem folgenden Abschnitt vorbehalten bleiben.

2.2.1.2.1 Gründe für eine Nichtanzeige

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, wird bei den meisten Delikten nur ein geringer Teil der Taten angezeigt (vgl. Kury u.a. 1992, S. 45ff.). Es bleibt nun die Frage, weshalb diese Taten durch das Opfer nicht angezeigt wurden.

Tabelle 1: Gründe für Nichtanzeige

		A	B	C	D	E	F	G	H	I	K
Kraddiebstahl	% n	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	8,3 1	8,3 1	0 0	0 0	0 0
Fahrraddiebstahl	% n	5,8 3	2,9 2	0 0	23,2 16	27,5 19	11,6 8	1,4 1	1,4 1	7,2 5	0 0
Diebstahl an/aus PKW	% n	19,0 12	1,6 1	0 0	7,9 5	28,6 18	11,1 7	0 0	0 0	4,8 3	0 0
Beschädigung am PKW	% n	36,4 40	0,9 1	1,8 2	4,5 5	59,1 65	22,7 25	0,9 1	0 0	9,1 10	0 0
Wohnungseinbruch	% n	24,1 7	0 0	0 0	3,4 1	31,0 9	10,3 3	3,4 1	0 0	6,9 2	10,3 3
versuchter Wohnungseinbruch	% n	39,5 15	2,6 1	7,9 3	5,3 2	31,6 12	18,4 7	2,6 1	0 0	2,6 1	0 0
Sachbeschädigung	% n	58,9 53	3,3 3	0 0	12,2 11	47,8 43	21,1 19	6,7 6	2,2 2	4,4 4	1,1 1
Raub	% n	38,1 8	14,3 3	4,8 1	4,8 1	28,6 6	14,3 3	4,8 1	4,8 1	4,8 1	0 0
Diebstahl pers. Eigentums	% n	29,9 43	4,2 6	3,5 5	5,6 8	47,9 69	16,7 24	0,7 1	0 0	4,9 7	2,8 4
tätlicher Angriff/Bedrohung	% n	43,8 42	11,5 11	1,0 1		24,0 23	17,7 17	3,1 3	13,5 13	15,6 15	1,0 1
sexuelle Belästigung/Angriff	% n	36,0 9	20,0 5	4,0 1		32,0 8	28,0 7	12,0 3	20,0 5	28,0 7	0 0

Legende:

- A nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche
- B habe es selbst geregelt, Täter war mir bekannt
- C ich habe den Fall einer anderen Behörde gemeldet
- D ich war nicht versichert
- E die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise
- F Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- G Angst vor der Polizei/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- H habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung/Rache)
- I andere Gründe
- K weiß nicht

Es wurden daher bei allen Deliktskategorien Fragen vorgegeben, welche es dem Opfer anhand von Kategorien erlaubten, einen oder mehrere Gründe für eine Nichtanzeige anzugeben. Da alle KFZ-Diebstahlsdelikte angezeigt wurden, entfällt dieses Delikt, ebenso wurde bei den beiden Gewaltdelikten tätlicher Angriff/Bedrohung sowie sexuelle Belästigung/Angriff die Kategorie "nicht versichert" nicht erfaßt.

Tabelle 1 zeigt, daß bei nahezu allen erfragten Delikten die Kategorie E "die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise" mit im Vordergrund steht. Dies zeigt eine gewisse resignative Haltung der Opfer gegenüber der Polizei; sie gehen nicht davon aus, daß die Polizei zur Lösung des Problems – in aller Regel dürfte dies die Ergreifung des Täters bzw. die Wiederbeschaffung der abhanden gekommenen Gegenstände sein – hätte beitragen können bzw. daß die Beweislage für das Opfer ungünstig ist. Nimmt man hinzu, daß mit Ausnahme der Delikte Krad- und Fahrraddiebstahl sowie Diebstahl an/aus dem PKW die Kategorie F "Polizei hätte doch nichts dagegen getan" ebenfalls mit zu den häufigsten Gründen für eine Nichtanzeige zählt, so manifestiert sich ein eher ungünstiges Bild der Polizei aus der Sicht der viktimisierten Freiburger Bürger. Gerade die letztgenannte Kategorie deutet auf die Erwartung einer eher passiven, gleichgültigen Haltung der Polizei gegenüber dem Opfer hin, allerdings auch vor dem Hintergrund der eigenen Einsicht der Opfer der eingeschränkten Möglichkeiten der Polizei, etwas gegen diese Taten unternehmen zu können.

Wie zu erwarten, gehörte die Kategorie A "nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche" mit Ausnahme des Krad- und Fahrraddiebstahls mit zu den am häufigsten genannten. Dies verstärkt den bereits im Zusammenhang mit den geringen Opferschäden diskutierten Eindruck, daß das Gros der Viktimisierungen auch vom Opfer selbst als nicht sehr gravierend eingeschätzt wurde.

Beim Fahrraddiebstahl findet sich als Grund für eine Nichtanzeige auch relativ häufig die Kategorie D "ich war nicht versichert". Dies bestätigt die oben getroffene Annahme, daß die Erwartung einer Versicherungsleistung eine relevante Motivation für eine Anzeige darstellt.

Bei tätlichem Angriff/Bedrohung und sexueller Belästigung/Angriff findet man als einzigen Delikten die Kategorie H "habe mich nicht getraut" in relevanter Häufigkeit, dies zeigt, daß hier die Angst vor dem Täter ein Grund für die Opfer zur Nichtanzeige sein kann. Ebenso werden hier gehäuft die Kenntnis des Täters (B) sowie andere Gründe (I) angegeben.

2.2.1.3 Ort der Viktimisierung

Für die Planung kommunaler Kriminalprävention bedeutsam ist die Frage nach dem Ort der Opferwerdungen. So sind je nach Ort, sei es (in nächster Nähe) der eigenen Wohnung, in bestimmten Stadtteilen der Wohngemeinde, im näheren Umfeld der Kommune oder aber auch im weiteren In- bzw. Ausland, andere Effekte auf das Sicherheitsgefühl aber auch andere Implikationen für kriminalpräventive Aktivitäten und Ansätze relevant. Daher bildete die Frage nach dem Ort der kriminellen Viktimisierung einen zentralen Bestandteil der vorliegenden Untersuchung. Dabei beziehen sich die Angaben auf den Ort, wie schon bei den Analysen zuvor, immer auf die letzte Opferwerdung des Betroffenen im vergangenen Jahr (Prävalenzzahlen).

Wie Tabelle 2 zeigt, ergeben sich v.a. zwischen den Fahrzeuge betreffenden Delikten und den Gewaltdelikten (Raub, tätlicher Angriff/Bedrohung, sexueller Angriff/Belästigung) erhebliche Unterschiede. So gibt die Mehrzahl der befragten Opfer (zwischen 50,0% und 75,0%) an, daß die Fahrzeugdelikte (PKW-, Krad- und Fahrraddiebstahl sowie Diebstahl an/aus PKW und Beschädigung am PKW) sowie allgemeine Sachbeschädigung zu Hause bzw. in der Nähe der Wohnung verübt worden seien. Das heißt, daß es vor allem das nächste Wohnumfeld ist, in welchem – vermutlich abgestellte und geparkte – Fahrzeuge entweder abhanden kommen oder beschädigt werden. Da dies auch für Sachbeschädigung allgemein zutrifft, ist anzunehmen, daß es sich hier vorwiegend um Beschädigungen im Bereich des Wohnumfeldes (z.B. Hauswände, Zäune, Briefkästen, Lampen o.ä.) handelt. Zählt man die Kategorie "innerhalb der Wohngemeinde" (nicht im konkreten Nahbereich der Wohnung) hinzu, so entfallen zwischen 71 und 92 Prozent der Viktimisierungen im o.g.

Bereich auf den eigenen Wohnort. Demgemäß kann die beispielsweise vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Teufel im Rahmen eines Kongresses der Landesregierung zur Inneren Sicherheit getroffene Aussage, daß 70 Prozent aller Tatverdächtigen am eigenen Wohnort straffällig würden (Teufel 1995, S. 12), dahingehend ergänzt werden, daß ein entsprechend ähnlich großer, wenn nicht größerer Prozentsatz der Opfer innerhalb des eigenen Wohnortes viktimisiert wird.

Tabelle 2: Ort der Viktimisierung

	Ort der Viktimisierung									
	zu Hause/in Wohngegend		in Wohn-gemeinde		in Nähe der Wohnge-meinde		im Inland		im Ausland	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
PKW-Diebstahl	3	60,0	1	20,0	0	0,0	0	0,0	1	20,0
Kraddiebstahl	9	75,0	2	16,7	0	0,0	0	0,0	1	8,3
Fahrraddiebstahl	43	62,3	19	27,5	2	2,9	1	1,4	0	0,0
Diebstahl an/aus PKW	37	58,7	8	12,7	2	3,2	6	9,8	8	12,7
Beschädigung am PKW	68	61,8	19	17,3	7	6,4	3	2,7	4	3,6
Sachbeschädigung	45	50,0	27	30,0	9	10,0	2	2,2	0	0,0
Raub	6	28,6	6	28,6	0	0,0	2	9,5	7	33,3
Diebstahl pers. Eigentums	32	22,2	53	36,8	17	11,8	12	8,3	17	11,8
tätlicher An-griff/Bedrohung	36	37,5	42	43,8	6	6,3	6	6,3	2	2,1
sexuelle Belästi-gung/Angriff	5	20,0	5	20,0	4	16,0	5	20,0	3	12,0

Betrachtet man die verbleibenden vier Delikte (Raub, Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff/Bedrohung, sexuelle Belästigung/Angriff), bei denen es sich – mit Ausnahme des Diebstahl persönlichen Eigentums – um Gewaltdelikte handelt, so fallen die Ergebnisse zum Ort der Viktimisierung wesentlich anders aus. Es ist keineswegs das engere Wohnumfeld, in welchem die meisten Taten geschehen, sondern andere Tatorte fallen hier stärker ins Gewicht. Dies trifft v.a. für den Raub zu, hier ist die häufigste Nennung “im Ausland”, ein Umstand, der angesichts des herrschenden Massentourismus und der damit im Urlaubsland in aller Regel verbundenen massiven Gelegenheitsstruktur durchaus nachvollziehbar ist. Faßt man, wie oben, allerdings das nähere Wohnumfeld und den Wohnort allgemein zusammen, so entfallen beim Raub, beim Diebstahl persönlichen Eigentums sowie beim tätlichen Angriff/Bedrohung die meisten Viktimisierungen auf den Heimatort. Eine Ausnahme bildet lediglich das Delikt “sexueller Angriff/Belästigung”, hier ergibt sich eine weitgehende Gleichverteilung auf alle angegebenen Orte. Im Vergleich zu den Fahrzeugdelikten sind jedoch bei den vier zuletzt betrachteten Kategorien wesentlich häufiger Angaben außerhalb des eigenen Wohnortes festzustellen.

Wie sich die Opferwerdungen konkret auf die einzelnen Stadtteile Freiburgs verteilen, dieser Frage soll erst in einem nachfolgenden Abschnitt näher nachgegangen werden.

2.2.1.4 Opfercharakteristika

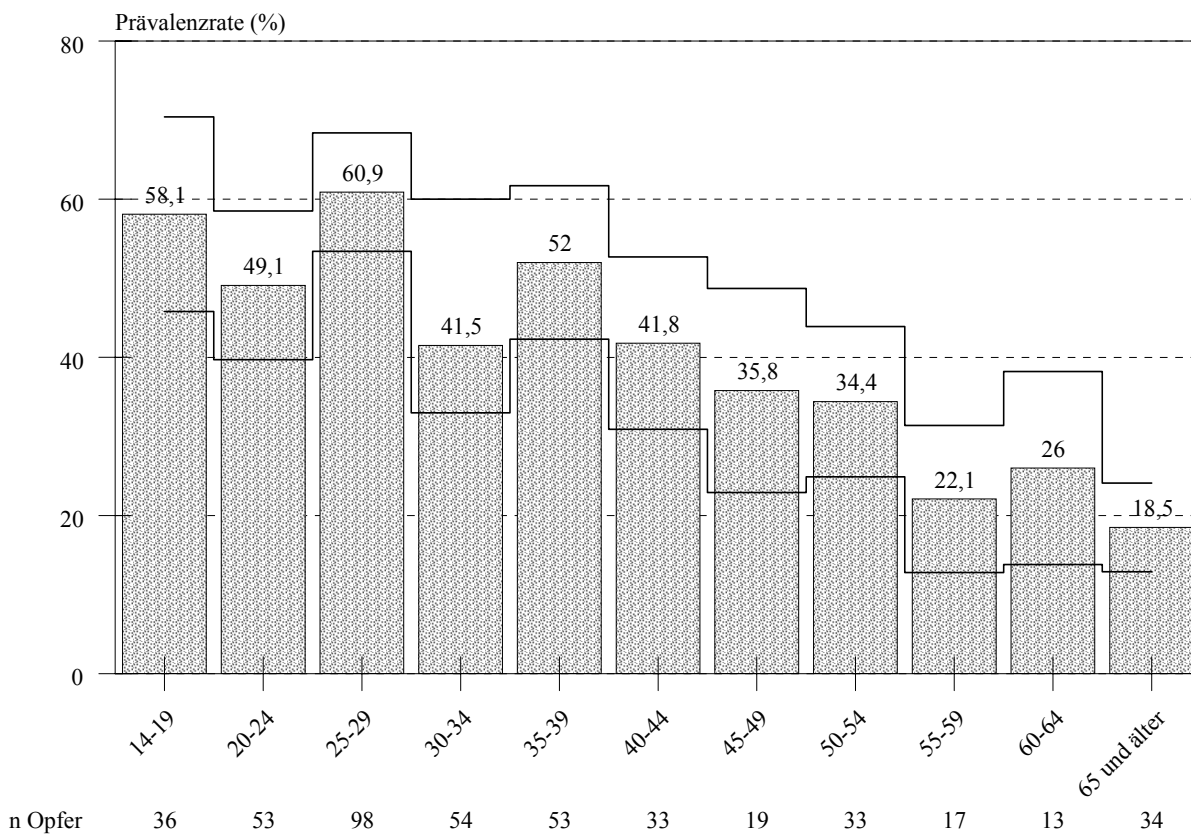
Es bleibt abschließend zu diesem Kapitel noch die Frage zu erörtern, wer denn nun letztlich die Opfer sind. Dabei stehen die beiden Variablen Geschlecht und Alter im Mittelpunkt des Interesses. Allgemein ist die Annahme verbreitet, daß es in erster Linie junge Männer sind, welche aufgrund ihres erhöhten Risikoverhaltens in erster Linie Opfer von Straftaten werden. Aufgrund der nun fol-

genden differenzierten Auswertungen ist es nicht mehr möglich, auf der Ebene der Einzeldelikte zu arbeiten, da die Fallzahlen durch die Unterscheidung in Gruppen erheblich zu klein würden. Daher muß auf die Gesamtkategorie "Opfer" zurückgegriffen werden, das heißt, es werden alle Personen einbezogen, die im Laufe des Einjahreszeitraumes mindestens einmal Opfer einer der erfaßten Straftaten wurden.

Betrachtet man zunächst den Faktor Geschlecht, so zeigt sich, daß 42,0% der Männer und – geringfügig weniger – 38,8% der Frauen innerhalb des Referenzzeitraumes mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden. Dieses Verhältnis ist relativ ausgeglichen, die Unterschiede sind statistisch nicht signifikant ($\text{Chi}^2 = 1,20$). Deutliche und hochsignifikante Unterschiede ($\text{Chi}^2 = 99,03$; $\text{df} = 10$; $p < .001$) findet man dagegen beim Alter. Wie Abbildung 3 zeigt, sind es erwartungsgemäß in erster Linie junge Menschen, die ein hohes Opferrisiko tragen.

Dabei ist die Opferbelastung in der Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen sowie in der Gruppe der 14- bis 19-jährigen Befragten am höchsten. Daß die dazwischenliegende Gruppe der 20- bis 24-Jährigen aber auch die Gruppe der 30- bis 34-Jährigen eine niedrigere Belastung zeigt, muß nicht notwendigerweise ein systematischer Effekt sein; hier ist zu bedenken, daß Fünfjahres-Altersintervalle gewählt wurden und daher die Zahl der Befragten in den einzelnen Gruppen doch deutlich variiert, was auch an der Breite der ebenfalls angegebenen 95%igen Konfidenzintervalle abzulesen ist. Ab dem 40. Lebensjahr geht die Opferbelastung dann weitgehend kontinuierlich mit steigendem Lebensalter zurück, das Ende bilden die 65-jährigen und älteren Befragten, welche mit 18,5% die niedrigste Opferbelastung aufweisen. Betrachtet man die Konfidenzintervalle, so kann man sagen, daß die Opferbelastung der 55- bis 59-Jährigen sowie der 65-Jährigen und älteren signifikant niedriger ist als die der 14- bis 19-Jährigen, der 25- bis 29-Jährigen, aber auch der 35- bis 39-Jährigen.

**Abbildung 3: Alterbezogene Prävalenzraten (Freiburg)
(unter Angabe des 95%-Konfidenzintervalls)**



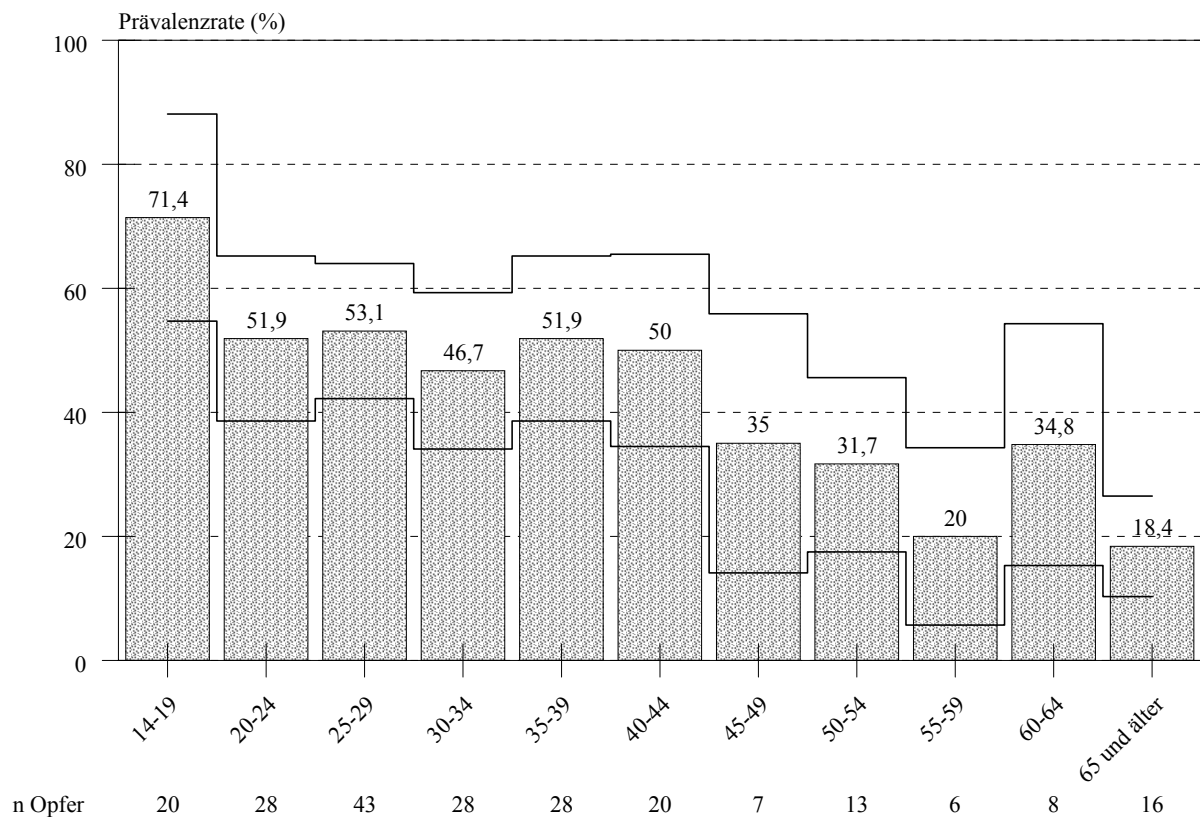
Inwieweit dieser Alterseffekt durch Geschlechtseinflüsse bedingt ist, zeigen die Abbildungen 4a und 4b, in denen zusätzlich nach dem Geschlecht differenziert wurde.

Betrachtet man die in Abbildung 4a dargestellten Prävalenzraten der männlichen Befragten (wiederum einschließlich der 95%igen Konfidenzintervalle), zeigen die jüngsten Männer die mit Abstand höchste Opferbelastung (71,4%). Vom 20. bis zum 44. Lebensjahr bleiben die Prävalenzraten in etwa gleich, ab dem 45. Lebensjahr findet dann ein deutlicher Rückgang statt, wiederum haben die ältesten Männer die geringste Opferbelastung (erneut stellt die Altersgruppe 60 bis 64 Jahre einen "Ausreißer" dar, der jedoch aufgrund der geringen Fallzahlen nicht überinterpretiert werden sollte). Unter Berücksichtigung der Konfidenzintervalle unterscheiden sich die Werte der ab 55-jährigen Befragten (mit Ausnahme der Gruppe 60 bis 64 Jahre) von den jüngeren Befragten unter 40 Jahren.

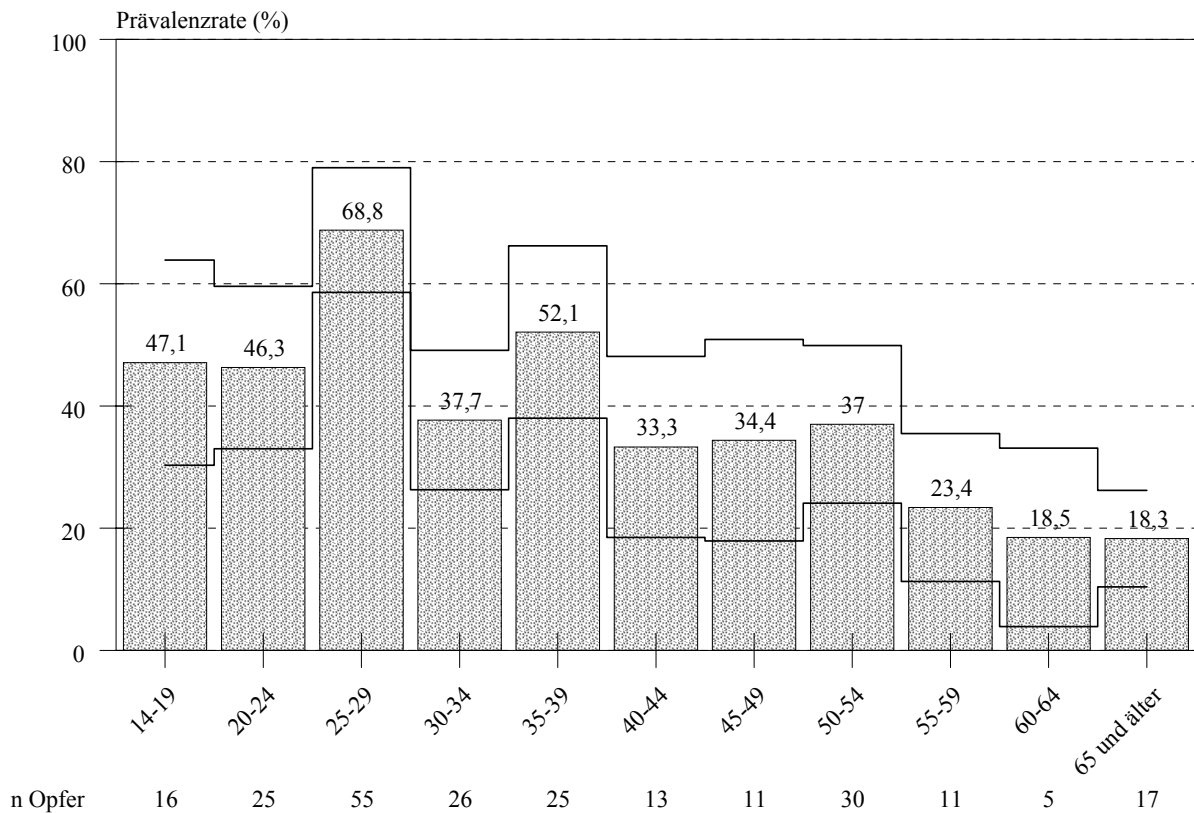
Bei den Frauen findet sich dagegen eine weitgehend andere Altersverteilung der Opferbelastung (vgl. Abbildung 4b). Die beiden jüngsten Altersgruppen weisen eine leicht überdurchschnittliche Opferbelastung auf, die Prävalenzrate steigt jedoch erheblich in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen, wenngleich anhand der Konfidenzintervallbreiten nicht von einem statistisch signifikanten Unterschied zu den beiden jüngeren Gruppen gesprochen werden kann.

Die Prävalenzrate sinkt in der Gruppe der 30- bis 34-jährigen Frauen erneut erheblich und steigt dann wiederum an, ein Ergebnis, das nicht zwingend erklärbar ist. Ab dem 40. Lebensjahr nimmt die Opferbelastung dann deutlich ab, jedoch die ältesten Frauen weisen einen erheblich niedrigeren Wert auf als die bis 40-jährigen. Insgesamt kann man auch hier sagen, daß ältere Frauen wesentlich geringer belastet sind als die jüngeren Altersgruppen, wenn auch die Ergebnisse nicht so deutlich sind wie bei den Männern.

Abbildung 4a: Alters- und geschlechtsbezogene Prävalenzraten – Männer (unter Angabe des 95%-Konfidenzintervalls)



**Abbildung 4b: Alters- und geschlechtsbezogene Prävalenzraten – Frauen
(unter Angabe des 95%-Konfidenzintervalls)**



2.2.2 Kriminalitätsfurcht

Neben der Straftatenbelastung, dem "objektiven" Sicherheitszustand innerhalb einer Kommune, ist das Problem des subjektiven Sicherheitsgefühls für die Planung kommunaler Kriminalprävention von erheblichem Interesse. So betont beispielsweise Ammer (1993) zu Recht "Das Sicherheitsgefühl der Bürger ist (...) wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität des Einzelnen und damit auch notwendiger Richtpunkt kriminalpolitischer und kriminalpräventiver Bemühungen" (S. 6). Gerade in den letzten Jahren hat beispielsweise in den USA die Belastung der Bürger durch Straftaten abgenommen, die Furcht derselben dagegen zugenommen (vgl. Lurigio 1995; Dorning 1995). Hierauf sowie auf die Gefahr der Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bürger und die Notwendigkeit des Abbaus der Kriminalitätsfurcht auf lokaler Ebene weist auch das im Rahmen des Projekts Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg erschienene Handbuch des Innenministeriums hin (Innenministerium Baden Württemberg 1996).

So wurden in unseren Fragebogen eine Reihe von Items aufgenommen, welche den Aspekt der Kriminalitätsfurcht erfassen sollen. Tabelle 3 zeigt die Variablen wie auch die Ergebnisse, bezogen auf die Freiburger Stichprobe, im Überblick.

Man kann dabei erkennen, dass, bezogen auf die Gesamtzahl der befragten Freiburger Bürger, die Kriminalitätsfurcht nicht in besonders hohem Maße ausgeprägt ist. So geben beispielsweise nur 13,5% der Befragten an, daß sie oft oder sehr oft daran denken, Opfer einer Straftat zu werden. Allerdings ist die Zahl derer, die nie daran denken, Opfer zu werden, auch nicht höher (15,8%). Das heißt, knapp drei Viertel der Freiburger trägt sich zumindest manchmal mit dem Gedanken Kriminalitätsoffer werden zu können (70,8%).

Eine etwas deutlichere Verteilung findet man bei der Frage nach der Furcht in der eigenen Wohnung. Nur 6% geben an, sich oft oder sehr oft zu fürchten, ca. ein Drittel berichtet, manchmal

Furcht zu haben (35,2%). Für die deutliche Mehrheit der befragten Freiburger ist die eigene Wohnung jedoch ein sehr sicherer Ort, 58,8% haben nie Furcht vor Straftaten.

Während die beiden ersten Items eine eher abstrakte Vorstellung von Kriminalitätsfurcht erfassen, stellen die beiden nächsten die Verhaltensebene stärker in den Mittelpunkt. So geben 20,6% der Freiburger an, daß sie sich beim abendlichen Ausgehen von einer anderen Person begleiten lassen, damit ihnen nichts zustößt. Drei Viertel ergreifen allerdings keine solchen Vorsichtsmaßnahmen (76,3%). Die beiden restlichen Kategorien (weiß nicht/gehe niemals aus) fallen nur wenig ins Gewicht

Tabelle 3: Variablen zur Kriminalitätsfurcht – Freiburg

Item	Kategorie	n	%
Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?	Nie	173	15,8
	manchmal	777	70,8
	Oft	122	11,1
	sehr oft	26	2,4
Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?	Nie	643	58,8
	manchmal	385	35,2
	oft	41	3,7
	sehr oft	25	2,3
Als Sie das letzte Mal ausgegangen sind, haben Sie sich von einer anderen Person begleiten lassen, damit Ihnen nichts zustößt?	ja	224	20,6
	nein	829	76,3
	weiß nicht/keine Erinnerung	13	1,2
	gehe niemals aus	21	1,9
...als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind... Haben Sie gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, daß Ihnen etwas passieren könnte?	ja	425	39,4
	nein	532	49,4
	weiß nicht/keine Erinnerung	45	4,2
	gehe nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine aus	76	7,1
Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?	sehr sicher	124	11,3
	ziemlich sicher	632	57,6
	ziemlich unsicher	276	25,1
	sehr unsicher	66	6,0
Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?	sehr oft	41	3,8
	ziemlich oft	172	15,8
	selten	623	57,4
	nie	250	23,0

Wenngleich sich nur wenige der Befragten aus Furcht begleiten lassen, so sind es immerhin doch 39,4%, die nach Einbruch der Dunkelheit bestimmte Örtlichkeiten aus Furcht, daß ihnen etwas passieren könnte, meiden. Die Zahl derer, die ein solches Verhalten nicht zeigen, ist lediglich zehn Prozent (49,4%) höher. Dies bedeutet, und hier sei auf das eingangs zu diesem Kapitel erwähnte Zitat der baden-württembergischen Landesregierung verwiesen, daß ein sehr großer Teil der befragten Bürger aufgrund von Furcht Einschränkungen im Verhalten auf sich nimmt, und sei es nur, eventuell bestimmte Gegenden nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr aufzusuchen. Inwieweit diese Vorsichtsmaßnahme bei den Betroffenen zu einer subjektiv erlebten Beeinträchtigung ihrer

Lebensqualität führt, kann anhand der vorliegenden Daten nicht beantwortet werden, es kann jedoch vermutet werden, daß es – zumindest in wesentlichem Umfang – nicht der Fall ist.

Die Auszählung des sogenannten “Standarditems” der Verbrechensfurcht (“Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?”) zeigt, daß knapp ein Drittel der Befragten angibt (31,1%), sich ziemlich oder gar sehr unsicher in der eigenen Wohngegend nach Einbruch der Dunkelheit zu fühlen. Da die Operationalisierung der Kriminalitätsfurcht durch ein alleiniges Item, welches zudem nicht notwendigerweise (nur) die Furcht vor Kriminalität erfassen muß, sondern durchaus auch im Zusammenhang mit fehlender Hilfe bei Gebrechlichkeit und Unfällen gesehen werden kann, wurde zusätzlich eine Modifikation dieses Items in bezug auf eine mögliche Viktimisierungserfahrung in den Fragebogen aufgenommen (letztes Item Tabelle 3).

Dieses Item zeigt, daß insgesamt “lediglich” 19,6% der Befragten ziemlich oder gar sehr oft daran denken, in der eigenen Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden. Dieser Wert ist deutlich niedriger als die nach dem Standarditem gemessene Kriminalitätsfurcht und scheint daher eher ein valider Indikator zu sein. Der Unterschied zum Standarditem, aus welchem man schließen würde, daß etwa ein Drittel (31,1%) der Befragten Verbrechensangst haben, sich nachts in ihrer Wohngegend “ziemlich” oder “sehr unsicher” fühlen, ist erheblich. Wird die Abfrage direkt auf die Furcht vor einer Straftat eingeschränkt, sind es nur noch ein Fünftel (19,6%), also immerhin ein Drittel weniger, die angeben, nachts in ihrer Wohngegend “sehr” oder “ziemlich oft” Angst zu haben. Dieser deutliche Unterschied macht ein weiteres Mal die Abhängigkeit solcher Umfrageergebnisse von der Operationalisierung deutlich (vgl. ausführlicher Kury 1993; 1994; 1995: siehe auch den Beitrag von Kury & Oberfell-Fuchs zur Verbrechensfurcht in diesem Band).

2.2.2.1 Faktorisierung und Skalierung der Furchtvariablen

Es bleibt die Frage, inwieweit die oben dargestellten Furchtitems ein und dasselbe Konstrukt erfassen bzw. ob sich anhand statistischer Analysen mehrere Dimensionen der Verbrechensfurcht unterscheiden lassen. Entgegen späteren Untersuchungen (vgl. Kury & Oberfell-Fuchs 1998; 1998a; auch Kury & Oberfell-Fuchs in diesem Band) wurde bei der vorliegenden Befragung bei der Erstellung des Fragebogens nicht von vornherein inhaltlich zwischen “emotionalen” und “kognitiven” Furchtdimensionen differenziert. Lediglich die konkret-verhaltensbezogene Dimension (“konativ”) wurde durch die Variablen “Begleitenlassen beim Ausgehen” und “Meiden bestimmter Orte” erfaßt (zur Dimensionalität der Furcht vgl. Rosenberg & Hovland 1960; Schwind u.a. 1978; Boers 1991; Keane 1992; Wetzels u.a. 1995; Oberfell-Fuchs & Kury 1996; Coston 1998).

Inwieweit diese Konstrukte auch bei unserer Untersuchung statistisch ermittelbar sind, soll eine Faktorenanalyse, durchgeführt als Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, zeigen (vgl. Tabelle 4). Dabei ist ein Ziel die Optimierung der Furchtskala, das heißt, es soll ein maximal homogenes Konstrukt gefunden werden. Es zeigt sich bei Einbezug aller genannter sechs Variablen eine Ein-Faktorenstruktur, dies spricht für eine Ein-Dimensionalität des so operationalisierten Konstrukts. Anhand der ersten durchgeführten Faktorenanalyse konnten insgesamt 51,8% der Gesamtvarianz aufgeklärt werden, die Ladungen der Variablen auf dem ermittelten Faktor lagen zwischen .83 und .60. Die Kommunalitäten, die auch als ein Indikator für die Reliabilität der Items gelten, lagen zwischen .69 und .36. Dabei deutet der niedrige Wert auf eine eher geringe Reliabilität des entsprechenden Items hin (Begleitenlassen beim Ausgehen aus Furcht).

Nach Ausschluß der am wenigsten reliablen Items “Gedanke an Opferwerdung” ($h^2 = .40$) sowie “Begleiten lassen beim Ausgehen aus Furcht” ($h^2 = .36$) wurde mit den verbleibenden vier Variablen eine weitere Faktorenanalyse durchgeführt. Wieder konnte ein Faktor ermittelt werden, die Varianzaufklärung stieg dabei erheblich auf 62,5%. Auch die Ladungen der Items stiegen auf .86 bis .70, die Kommunalitäten lagen zwischen .49 und .74. Da die Werte in einem zufriedenstellenden Bereich lagen, wurde ergänzend eine Reliabilitätsanalyse durchgeführt. Es ergaben sich Trennschärfen zwischen .51 und .70, das Cronbach-Alpha (A) als Maß der internen Konsistenz lag bei .79.

Tabelle 4: Faktoren- und Reliabilitätsanalyse der Furchtvariablen

Variablen	FA-1		FA-2		RelA	FA-3		RelA
	FI	h ²	FI	h ²	r _{it}	FI	h ²	r _{it}
Gedanke Opferwerdung	.63	.40	ausgeschlossen			ausgeschlossen		
Furcht in Wohnung	.73	.53	.73	.54	.52	ausgeschlossen		
Begleiten lassen	.60	.36	ausgeschlossen			ausgeschlossen		
Meiden best. Orte	.66	.44	.70	.49	.51	ausgeschlossen		
“Standarditem”	.83	.68	.86	.74	.70	.92	.84	.69
Angst vor Opferwerdung	.83	.69	.86	.74	.70	.92	.84	.69
Eigenwert/Varianz	3,16 / 51,8%		2,50 / 62,5%		A= .79	1,69 / 84,4%		A= .82

Bei genauer Betrachtung der in Tabelle 4 dargestellten zweiten Faktorenanalyse bzw. der anschließenden Reliabilitätsanalyse fällt auf, daß v.a. die beiden Items “Sicherheit nachts in der Wohnggend (Standarditem)” und “Angst vor Opferwerdung” sowohl hinsichtlich der Faktorladungen als auch der Kommunalitäten und Trennschärfen nach oben abweichen. In einem dritten Schritt wurde daher versucht, nur mit diesen beiden Variablen eine Faktoren- sowie eine Reliabilitätsanalyse zu rechnen. Das Ergebnis erwies sich als überzeugend, die Varianzaufklärung des ermittelten Faktors betrug 84,4%, die Ladungen der Items jeweils .92, ihre Kommunalität .84. Auch das Cronbach-Alpha konnte trotz der Testverkürzung auf .82 gesteigert werden, die Trennschärfen lagen mit .69 nur minimal unter denen des vorangegangenen Analyseschrittes.

Dies deutet darauf hin, daß die beiden letztgenannten Items gemeinsam ein homogenes Konstrukt abbilden, daß man aufgrund der inhaltlichen Formulierung wohl am ehesten als Kriminalitätsfurcht bezeichnen kann. Alle weiteren Items scheinen dagegen zusätzliche Facetten zu erfassen, die jedoch nur bedingt einen Zusammenhang zum o.g. Konstrukt aufweisen. Diese Facetten konnten jedoch nicht in einem oder auch mehreren gemeinsamen Faktoren erfaßt werden, Versuche mit forcierten Mehrfaktorenlösungen erbrachten durchweg schlechtere Ergebnisse. Daher sollen die beiden letztgenannten Items zu einer Skala zusammengefaßt werden, welche im folgenden als Berechnungsgrundlage für weitere Analysen zur Furcht dient. Hierbei sind wir uns darüber im klaren, daß wir nur einen ausgewählten – allerdings homogenen – Bereich der Verbrechensfurcht erfassen (vgl. etwa Coston 1998).

Bei der Zusammenfassung der Variablen wurden sämtliche Fehlwerte bei mindestens einem der beiden Items ausgeschlossen, so daß nur Personen aufgenommen wurden, die Antworten auf beide Variablen gaben. Da die Originalitems von 1 bis 4 skaliert waren, liegt der Range der Summenvariablen zwischen 2 und 8, der Mittelwert der Skala beträgt 4,25, die Standardabweichung 1,35, der Median 4,0.

2.2.2.2 Sozio-demographische Parameter der Kriminalitätsfurcht

Um zu prüfen, inwieweit sozio-demographische Faktoren einen Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht aufweisen, wurde zunächst eine lineare Regressionsanalyse auf die Kriteriumsvariable Furcht berechnet. Als unabhängige soziodemographische Faktoren wurden die Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß (Haupt-/Realschule/(Fach-)Hochschulreife), Haushaltgröße und Nettohaushaltseinkommen herangezogen, hinzu kam die Variable selbsterlebte Opferwerdung. Es erfolgte eine en-bloc-Eingabe der Prädiktorvariablen (Enter-Methode).

Tabelle 5: Regressionsanalyse auf die Kriteriumsvariable Verbrechensfurcht

Prädiktoren (Kategorisierung)	Beta-Gewicht	t-Wert	Signifikanz
Geschlecht (1 = männlich, 2 = weiblich)	.37	12,85	p < .001
Alter (1 = 14-19 J. ... 11 = 65 J. u. älter)	.17	5,24	p < .001
Schulabschluß (4 = Haupts., 5 = Reals., 6 = Gymnasium)	-.12	-4,05	p < .001
Haushaltsgröße (ab 1 aufsteigend)	-.00	-0,03	p = .97
Haushaltseinkommen (1 < 750DM ... 9. 5000 DM)	-.09	-2,88	p < .01
Opferwerdung (0 = nein, 1 = ja)	.11	3,80	p < .001
Signifikanztest	R = .46; R ² = .21; F _(6/979) = 43,16 ^{***}		

Wie Tabelle 5 zeigt, haben fünf der insgesamt sechs aufgenommenen Prädiktoren einen hochsignifikanten Einfluß auf die Kriteriumsvariable. Es resultiert ein R von .46, d.h. es werden 21% der Gesamtvarianz aufgeklärt. Als bedeutsamster Prädiktor erweist sich erwartungsgemäß der Faktor Geschlecht (Beta = .37), es folgen das Alter (Beta = .17), der Schulabschluß (Beta = -.12), selbsterlebte Opferwerdung (Beta = .11) und schließlich das Haushaltseinkommen (Beta = -.09). Die Haushaltsgröße erwies sich als nicht relevant (Beta = -.00).

Nachfolgend sollen die o.g. relevanten Variablen hinsichtlich ihrer Merkmalsausprägung auf der Variablen Furcht näher betrachtet werden. Um hier konfundierende Effekte bezüglich der Merkmalsausprägungen in den Kategorien der Prädiktorvariablen zu reduzieren, wurden zur Signifikanzberechnung jeweils Kovarianzanalysen durchgeführt, in denen die im gegebenen Fall nicht unabhängigen Variablen als Kovariaten fungierten.

a) Geschlecht

In der Regressionsanalyse erwies sich das Geschlecht als bedeutendster Prädiktor, und bei Betrachtung der Kovarianzanalyse kann man feststellen, daß es in der Ausprägung der Furcht zwischen Männern und Frauen erhebliche und statistisch hochsignifikante Unterschiede gibt ($F_{(1/949)} = 168,06$; $p < .001$; sign. Kovariaten: Alter^{***}, HH-Einkommen^{**}, Opferwerdung^{***}, Schulabschluß^{***}). So liegt der Mittelwert (Mw) in der Skala Furcht bei Frauen bei 4,76 ($s = 1,31$) und damit nahezu eine Standardabweichung über dem der Männer (Mw = 3,70; $s = 1,17$). Dies zeigt, daß Frauen erheblich höhere Furchtwerte angeben als Männer. Dieses Ergebnis ist nicht weiter verwunderlich, da nahezu alle kriminologischen Untersuchungen eine erhöhte Furcht der Frauen berichten (vgl. zusammenfassend Hale 1996). Auch die Ursachen dieser erhöhten Furcht der Frauen wurden bereits vielfach diskutiert; neben dem Konzept einer erhöhten Vulnerabilität aufgrund geringerer körperlicher Stärke stellt sich auch die Frage, inwieweit die Operationalisierung im Sinne eines überfallartigen Gewaltdelikts durch Fremde zu einer verstärkten Reaktion der Frauen beiträgt. Dieser Frage ist bislang jedoch kaum nachgegangen worden.

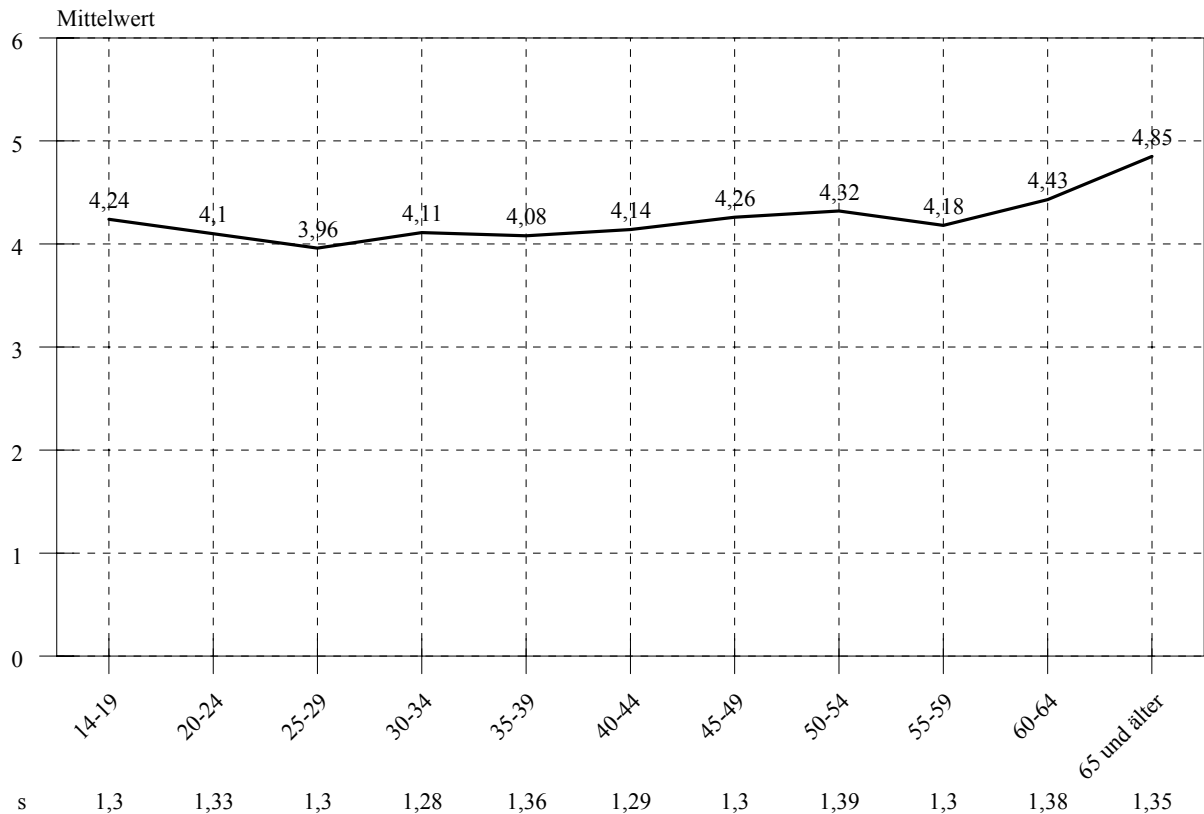
b) Alter

Hinsichtlich der Trennvariablen Alter konnten ebenfalls statistisch hochsignifikante Mittelwertsunterschiede festgestellt werden ($F_{(10/940)} = 5,20$; $p < .001$; sign. Kovariaten: Geschlecht^{***}, HH-Einkommen^{*}, Opfer^{***}, Schulabschluß^{***}), wenngleich der F-Wert in seiner Höhe deutlich unter dem beobachteten Wert beim Geschlecht liegt.

Wie Abbildung 5 zeigt, gehen die Furchtwerte vom 14. bis zum 29. Lebensjahr leicht zurück, es folgt ein langsamer und nahezu kontinuierlicher Anstieg. Ab der Altersgruppe der 55 bis 59jährigen, diese Gruppe selbst hat wiederum einen vergleichsweise niedrigen Wert, steigt die Kriminalitätsfurcht deutlich an und erreicht ein Maximum bei der ältesten Gruppe. Diese Resultate bestätigen zum einen in gewisser Weise das immer wieder zitierte Kriminalitäts-Furcht-Paradoxon, nachdem diejenigen, welche das geringste Opferrisiko haben (vgl. auch Abschnitt 2.2.4 Opfercha-

rakteristika), die höchste Furcht aufweisen (vgl. Boers 1991; Kury & Oberfell-Fuchs 1998, 1998a). Auf der anderen Seite, und dies zeigen ergänzend eine Reihe neuerer Resultate (vgl. Kury & Oberfell-Fuchs 1998, 1998a), weisen auch die jüngsten Altersgruppen tendenziell erhöhte Furchtwerte auf.

Abbildung 5: Kriminalitätsfurcht und Alter



c) Schulabschluß

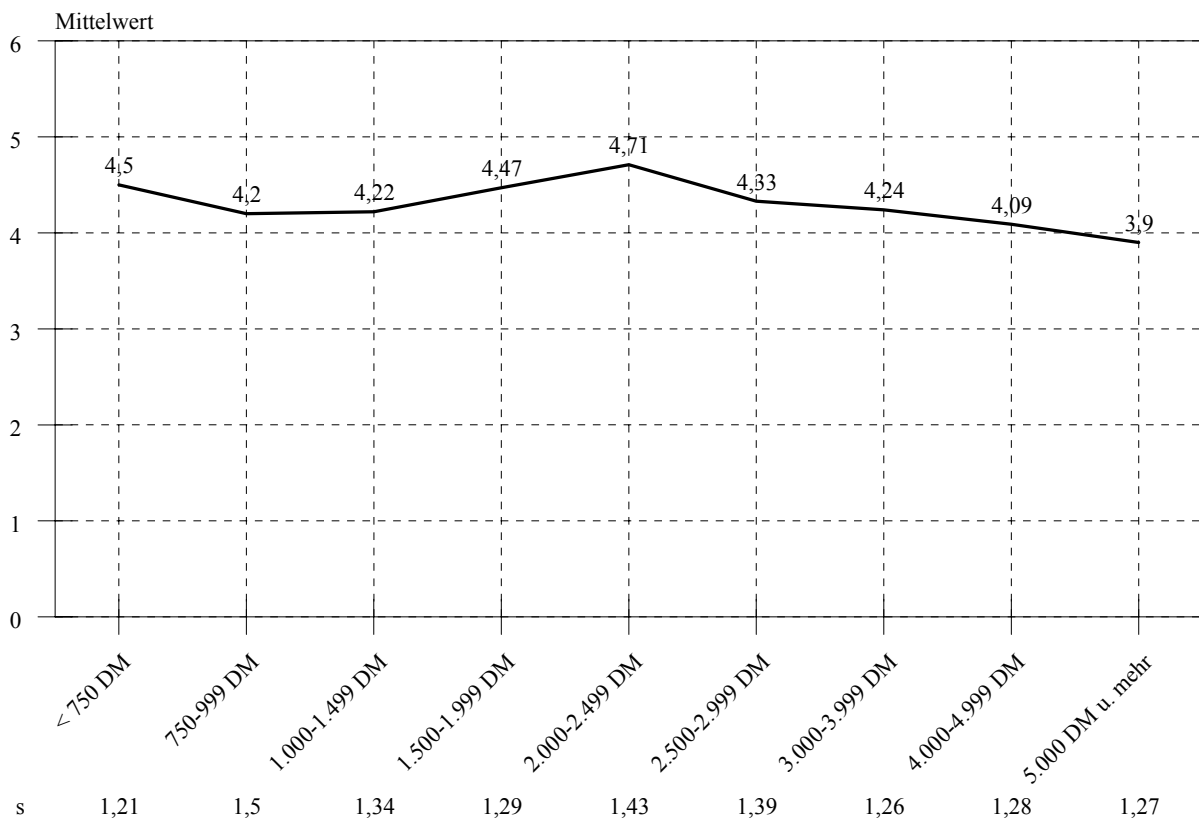
Auch bezüglich der Variablen Schulabschluß ergeben sich hochsignifikante Mittelwertsunterschiede ($F_{(2/948)} = 9,50$; $p < .001$; sign. Kovariaten: Geschlecht^{***}, Alter^{***}, HH-Einkommen^{**}, Opfer^{***}). Dabei liegen die Mittelwerte der Hauptschule (Mw = 4,53; s = 1,42) und der Realschule (Mw = 4,58; s = 1,40) in etwa derselben Höhe, die Furchtausprägung der Befragten mit Abitur bzw. Fachhochschulreife ist dagegen deutlich niedriger (Mw = 3,97; s = 1,25).

Eine Ursache für die geringere Furcht der Personen mit Hochschulreife mag darin liegen, daß diese aufgrund ihres höheren Bildungsniveaus eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, einen besser bezahlten Beruf zu ergreifen, und so eher in der Lage sind, in Gegenden der Kommune zu wohnen, in denen eine kriminelle Viktimisierung weniger wahrscheinlich ist oder auch nur weniger wahrscheinlich scheint, da die allgemeinen Lebensumstände und das soziale Umfeld der Bewohner sowie die erhöhte informelle soziale Kontrolle die Wahrscheinlichkeit eines überfallartigen Gewaltdelikts auf offener Straße verringert (vgl. auch die abschließenden Kapitel zur stadtteilbezogenen Auswertung). Aufgrund einer besseren finanziellen Basis dürften sich Personen mit höherem Schulabschluß auch weniger vulnerabel erleben (vgl. unten). Hinzu kommt, daß sie aufgrund ihrer differenzierteren Ausbildung auch mehr Reaktionsmöglichkeiten auf eine Opferwerdung bewußt parat haben dürften, ihnen ferner die relativ geringe Wahrscheinlichkeit einer ernsthaften Viktimisierung deutlicher ist als schulisch weniger Gebildeten. Hier mag sicherlich auch die differentielle Präferenz für Informationsmedien und damit auch die Informationsquellen für Kriminalität und deren Entwicklung eine Rolle spielen.

d) Haushaltseinkommen

Hinsichtlich des Haushaltseinkommens finden sich vergleichsweise geringe Mittelwertsunterschiede. Anders als bei den Prädiktoren zuvor liegt die Irrtumswahrscheinlichkeit nur knapp unterhalb des 5%-Signifikanzniveaus ($F_{(8/942)} = 2,38$; $p < .05$; sign. Kovariaten: Geschlecht^{***}, Alter^{***}, Schulabschluß^{***}, Opfer^{***}). Abbildung 6 zeigt eine mehrgipflige Verteilung der Kriminalitätsfurcht in bezug auf die Variable Haushaltseinkommen. So liegt ein erster Peak bei der Gruppe der am geringsten Verdienenden, die Furcht nimmt dann leicht ab, um ab der Einkommensklasse 1.000 bis 1.499 DM kontinuierlich bis zum Maximum in der mittleren Kategorie 2.000 bis 2.499 DM anzusteigen. Danach fallen die Furchtwerte mit steigendem Einkommen kontinuierlich ab, der Tiefstand wird in der Gruppe der am meisten Verdienenden erreicht.

Abbildung 6: Kriminalitätsfurcht und Haushaltseinkommen



Auch für die sinkende Furcht der wohlhabenderen Befragten lassen sich die hinsichtlich des Schulabschlusses getroffenen Aussagen heranziehen, dieses Ergebnis stellt in gewisser Weise eine Validierung der Interpretation dar. Klärungsbedarf besteht jedoch hinsichtlich des Kurvenverlaufes bis zum Einkommen von 2.000 bis 2.499 DM. Hier mag die spezielle Situation Freiburgs dahingehend eine gewisse Rolle spielen, als die Stadt sehr stark durch StudentInnen bestimmt wird, welche in aller Regel nur ein geringes Einkommen bis ca. 1.000 DM aufweisen. Hier mag gerade in den unteren Einkommensgruppen eine Überlappung mit sozial schwachen Personen und Familien bestehen, die verstärkt in Risikostadtteilen mit einer sich teilweise bereits entwickelten Tendenz zur Isolation leben. Dabei dürfte die Einkommensgrenze von 2.500 DM besonders für Familien relevant sein, da Mieten von deutlich mehr als 1.000 DM pro Monat in "besseren" Wohngebieten für Mehrfamilienwohnungen üblich sind, was zu einer kaum tragbaren Reduzierung des verfügbaren Einkommens für sonstige Lebenshaltungskosten führt, und daher billigere Wohnungen in "schlechteren" Gegenden in Kauf genommen werden müssen. Personen, die finanziell am Rande des Existenzminimums leben, dürften sich als sehr vulnerabel nicht nur hinsichtlich einer kriminellen Viktimisierung, son-

dem bezüglich zahlreicher anderer unerwarteter und ungünstiger Lebensereignisse erleben, da sie diese in der Regel – v.a. wenn sie, wie bei krimineller Viktimisierung häufig, mit finanziellem Verlust verbunden sind – kaum “abfedern” können. Diese erhöhte allgemeine Furcht (die Miete bei einer Erhöhung nicht mehr bezahlen zu können, bei einem Unfall in Schulden zu geraten usw.) dürfte auch auf die Verbrechensfurcht ausstrahlen.

e) Opferwerdung

Ein letzter Punkt soll der unterschiedlichen Ausprägung der Kriminalitätsfurcht bei Opfern bzw. Nichtopfern gelten. Auch hier existiert eine lange Diskussion mit recht widersprüchlichen Ergebnissen über die Bedeutsamkeit eines Viktimisierungserlebnisses für das Entstehen bzw. die Ausprägung der subjektiv erlebten Kriminalitätsfurcht (vgl. Boers 1991, Kury & Würger 1993, Wetzels u.a. 1995, Hale 1996). In der vorliegenden Studie konnte gezeigt werden, daß sich Opfer und Nichtopfer hochsignifikant in der Ausprägung der Furcht unterscheiden ($F_{(1/9490)} = 15,27$; $p < .001$; sign. Kovariaten: Geschlecht^{***}, Alter^{***}, Schulabschluß^{***}, Haushaltseinkommen^{**}). Dabei liegt der Mittelwert der Opfer ($Mw = 4,31$; $s = 1,37$) über dem der Nichtopfer ($Mw = 4,22$; $s = 1,33$), d.h. Personen, die innerhalb des vergangenen Jahres Opfer einer Straftat wurden, weisen höhere Furchtwerte auf als Nichtopfer. Dabei ist jedoch die Unterscheidung Opfer-Nichtopfer methodisch nicht ganz einwandfrei, da zum einen nur 12 Delikte abgefragt wurden und zum anderen eine Einjahresprävalenz als Ausgangsbasis dient. So ist es durchaus denkbar und sogar sehr wahrscheinlich, daß “Nichtopfer” zuvor schon einmal Opfer einer Straftat wurden, diese Viktimisierung jedoch durch die Art der Fragestellung nicht erfaßt wurde. Insofern ist auch der eher geringe – wenngleich statistisch signifikante – substantielle Unterschied der Furchtwerte zwischen Opfern und Nichtopfern zu erklären. Würden die Opfer mit “wirklichen Nichtopfern” verglichen, dürften die Unterschiede noch größer sein. Zudem – und dies wurde im Kapitel zur Opferwerdung deutlich – sind die meisten erfahrenen Delikte weniger schwer eingestuft worden, wobei ein gewisser Konsens darüber besteht, daß schwere Delikte zu erhöhter Furcht führen (vgl. Kury & Würger 1993). Daß dennoch die Opfer im vorliegenden Fall eine höhere Furcht zeigen als die von uns so definierten Nichtopfer (Befragte, die in den erfaßten Deliktsbereichen im Einjahreszeitraum keine erlebte Viktimisierung angaben), spricht dafür, daß auch weniger schwere Delikte, insbesondere wenn diese erst kurze Zeit zurückliegen, Einfluß auf das Erleben von Furcht haben. Somit dürfte auch die Zeitachse zwischen Opferwerdung und Zeitpunkt der Messung der Kriminalitätsfurcht eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

2.2.3 Polizeiarbeit in Freiburg aus Sicht der Bürger

Eine zentrale Rolle im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention spielt in erster Linie die Polizei. So weist etwa auch das kürzlich erschienene “Handbuch zur Kommunalen Kriminalprävention” (Innenministerium Baden-Württemberg 1996, S. 29f.) darauf hin, daß Kriminalitätsvorbeugung eine originäre Aufgabe der Polizei sei und daß diese durch den täglichen Umgang als “Sensor” für das frühzeitige Erkennen negativer Entwicklungen” fungiere. Sie “verfügt über wichtige Erkenntnisse zu Ursachen, begünstigenden Faktoren oder Entstehungszusammenhängen. Damit kann sie bedeutende Felder des kommunalen Handlungsbedarfs aufzeigen und erste wichtige Impulse für eine ressortübergreifende Prävention geben.” (S. 30). Aber nicht nur der organisatorische Aspekt kommunaler Kriminalprävention spielt in der Polizeiarbeit eine wichtige Rolle, auch die Akzeptanz der Bürger darf nicht unterschätzt werden. So zeigten die bereits oben zur Anzeige einer Opferwerdung dargestellten Ergebnisse, daß nicht selten mangelndes Vertrauen in die Polizei und deren Arbeit den Ausschlag dafür gibt, selbst erlebte, sicherlich aber auch als Zeuge beobachtete, Kriminalität den staatlichen Ordnungsorganen nicht mitzuteilen.

Daher ist die Einschätzung der Polizeiarbeit durch die Bürger eine relevante Variable im Rahmen der Konzeption kommunaler Kriminalprävention. Allgemein konnte in bundesweiten Untersuchungen festgestellt werden, daß die Einschätzung der Polizeiarbeit durch den Bürger in aller Regel

eher positiv ist, wenngleich Einflußvariablen wie Ost-West, v.a. jedoch das Bildungsniveau, eine erhebliche Rolle spielen (vgl. Kury u.a. 1992, Dörmann 1996).

Vor allem unter dem Stichwort "Community Policing" wurde auch in Deutschland in den vergangenen Jahren ein Modell der bürgernahen Polizeiarbeit propagiert. Ausgangspunkt sind hier in erster Linie Ansätze aus US-amerikanischen Großstädten, welche dort seit den 70er, v.a. jedoch ab den 90er Jahren entwickelt und durchgeführt wurden. Kernpunkte sind dabei die Verhinderung bzw. Reduzierung von Kriminalität und sozialer Unordnung, die Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürger sowie Verbesserung der Beziehung zwischen Bürger und Polizei (vgl. Bässmann & Vogt 1997). Gerade der letztgenannte Aspekt findet unter dem Begriff des "Community Partnerships" oft Eingang in die Diskussion.

Unter dem Begriff des "Community Policing" verbergen sich jedoch auch in den USA zahlreiche unterschiedliche Ansätze. Zum einen ist hier der sehr stark auf wissenschaftlicher Begleitforschung begründete Weg Chicagos zu sehen, der seinen Niederschlag in dem 1993 ins Leben gerufenen Programm der "Chicago Alternative Policing Strategy (CAPS)" gefunden hat, welche auf kleinräumiger intensiver Zusammenarbeit zwischen Polizei, Behörden und Bürgern beruht (vgl. The Chicago Community Policing Evaluation Consortium 1996; Bässmann & Vogt 1997). Auf der anderen Seite steht das in den letzten Jahren intensiv und kontrovers diskutierte New Yorker Konzept der "Zero-Tolerance", in welchem, basierend auf der "Broken-Windows"-Theorie von Wilson und Kelling (1982, 1996), selbst kleine Ordnungswidrigkeiten und Vergehen hart geahndet werden. Inwieweit diese Konzeption als Community Policing im Sinne einer Kooperation zwischen Polizei und Bürger bezeichnet werden kann, ist jedoch fraglich. So wurde durch die hohe Polizeipräsenz und das strikte Durchgreifen der Polizei zwar sehr rasch die Straßenkriminalität reduziert, was bei der Bevölkerung und vor allem den Medien zunächst sehr positiv aufgegriffen wurde, mittlerweile mehren sich jedoch die Beschwerden der New Yorker Bürger gegenüber polizeilichen Übergriffen (vgl. Legge 1997; siehe zusammenfassend Dreher & Feltes 1997).

Auch in Deutschland wurde in erster Linie der New Yorker Ansatz sehr intensiv diskutiert, nicht selten unter dem Blickwinkel einer "Patentlösung des Kriminalitätsproblems" (vgl. Der Spiegel 28/1997; 29/1997; Die Zeit 14/1997). Dabei wurde in aller Regel jedoch außer acht gelassen, daß zum einen die Belastung der amerikanischen Städte immer noch deutlich über der deutscher Städte liegt und daß auch die dort getroffenen Maßnahmen nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar sind. Auch die bereits oben kurz erwähnten negativen Konsequenzen eines verstärkten Übergriffs auf "normale" Bürger fanden nur äußerst selten Erwähnung (vgl. Dreher 1998; Kury 1998).

Neben den bereits im Rahmen der Opferbelastung diskutierten Anzeigevariablen bzw. den Gründen für eine Nichtanzeige wurden eine Reihe weiterer Fragen zum Themenbereich Polizei in das Instrument aufgenommen. Neben der subjektiven Einschätzung der Bürger waren auch eine Reihe von "Kenntnisfragen" zur Wahrnehmung der Polizei in Freiburg gestellt worden. Diese zeigt Tabelle 6 im Überblick.

Tabelle 6: Wahrnehmung der Polizei durch Freiburger Bürger

Item	Kategorie	n	%
Wie weit ungefähr ist die nächste Polizeiwache von Ihrer Wohnung entfernt?	weiß nicht	154	14,0
	ganz in der Nähe (< 500 m)	242	22,0
	bis 1 km	420	38,1
	weiter als 1 km	286	26,0
Ist diese Polizeiwache während der ganzen Nacht besetzt?	ja	178	18,8
	nein	366	38,7
	weiß nicht	401	42,4
Wann haben Sie das letzte Mal eine Polizeistreife in Ihrem Wohngebiet gesehen?	noch nie eine Streife gesehen	221	20,1
	heute/gestern	129	11,7
	vergangene Woche	267	24,3
	vor mehr als einer Woche	184	16,8
	vor mehr als einem Monat	297	27,0

Ein erster Fragenblock bezog sich auf die Kenntnis der Erreichbarkeit der Polizei im eigenen Wohnumfeld. Dabei wurde erfaßt, inwieweit den befragten Freiburgern die ihrer Wohnung nächstgelegene Polizeiwache bekannt ist. Dabei gab ein vergleichsweise geringer Anteil von 14,0% der Freiburger an, daß ihnen nicht bekannt sei, wieweit die nächstgelegene Polizeiwache (Revier bzw. Dienststelle) von ihrer Wohnung entfernt liegt. Knapp ein Viertel der Freiburger gaben an, daß die nächste Polizeiwache in der Nähe (< 500 m) ihrer Wohnung sei, weitere 38,1% berichteten, daß sie in einer Entfernung von ca. einem Kilometer läge. Ebenfalls ungefähr ein Viertel (26,0%) war der Ansicht, die Polizeiwache sei mehr als ein Kilometer entfernt.

Diejenigen, welche bei der vorangegangenen Frage zur Entfernung der nächstgelegenen Polizeiwache eine Aussage machen konnten, wurden weiterhin gefragt, ob ihnen bekannt sei, ob diese Wache während der Nacht besetzt sei. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten konnte hierüber etwas aussagen; 42,4% gaben an, daß dies ihnen nicht bekannt sei. Nur 18,8% bejahten die Frage hinsichtlich der nächtlichen Erreichbarkeit der Polizei in der Dienststelle, 38,8% verneinten die Frage.

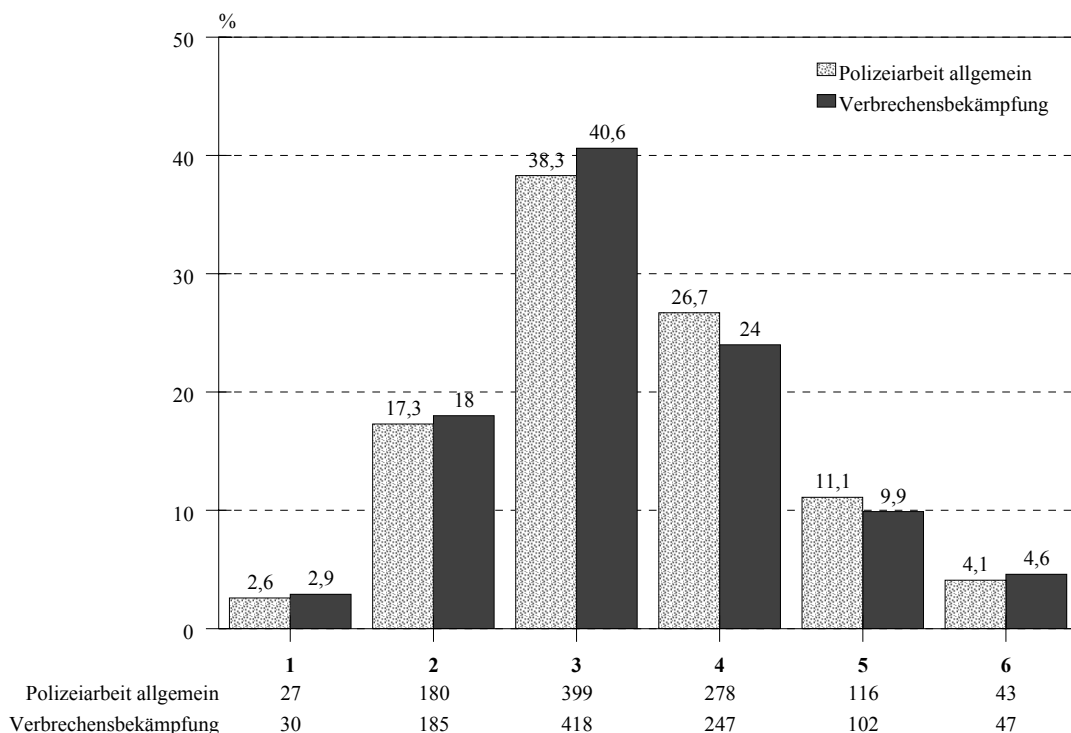
Neben der Möglichkeit, die Polizei in ihrer Dienststelle zu erreichen, spielt für das Bild und die Einschätzung der Polizeiarbeit auch deren Präsenz im öffentlichen Raum eine wichtige Rolle. Dabei kann gerade die sichtbare Polizei (d.h. uniformierte bzw. anhand des Fahrzeugs erkennbare Beamte) im Wohngebiet einen das Sicherheitsgefühl beeinflussenden Faktor darstellen. Auf die entsprechende Frage gaben immerhin 20,1% der Befragten an, noch nie eine Polizeistreife im eigenen Wohngebiet gesehen zu haben. Nimmt man die ebenfalls auf recht seltene Präsenz hinweisende Kategorie "vor mehr als einem Monat" (27,0%) hinzu, so berichtet nahezu die Hälfte der Freiburger Befragten von einer eher sehr geringen Polizeipräsenz im Wohngebiet. Was die drei häufigeren Kategorien angeht, so haben 24,3% der Befragten die Polizei innerhalb der vergangenen Woche im Wohngebiet gesehen, 16,8% berichten über eine Wahrnehmung zwischen einer Woche und einem Monat und 11,7% geben die häufigste Kategorie "heute/gestern" an.

Es ist notwendig anzumerken, daß es sich bei den genannten Zahlen nicht um die tatsächliche Frequenz der Polizeistreifen handelt, sondern um die durch die Bewohner subjektiv wahrgenommene, die jedoch für deren Einschätzung der eigenen Sicherheit wichtig sein dürfte. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob die Bürger die doch eher als gering erlebte Präsenz der Polizei als Manko empfinden, oder – im Sinne der bundesweit untersuchten Frage – "froh sind, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören", was sowohl 1990 als auch 1994 eine breite Zustimmung fand (vgl. Kury u.a. 1992, S. 359ff; Dörmann 1996, S. 30ff.). Dies konnte anhand des Items "Finden Sie, daß Polizisten in Ihrem Wohngebiet häufiger auf Streife gehen sollten?" geprüft werden. Eine sehr deutliche Mehrheit von 60,4% der Befragten gab an, daß sie häufigere Streifengänge befürworten wür-

den. Diese sollten sowohl tagsüber als auch nachts durchgeführt werden (57,7%), ausschließlich nachts fanden 39,4%. Nur tagsüber vermehrte Streifen wurden von lediglich 2,9% vorgeschlagen. Die beiden letztgenannten Fragen leiten bereits zum nächsten Themenkomplex, der Einschätzung der Polizeiarbeit und damit auch der subjektiven Einstellung der Bürger gegenüber der Polizei, über. So wurde angesichts der doch breiten Befürwortung vermehrter Polizeistreifen in der eigenen Wohngegend deutlich, daß die Polizei als der eigentliche Garant der öffentlichen Sicherheit angesehen wird. Demgegenüber stehen allerdings die bereits beschriebenen und diskutierten Resultate hinsichtlich des Anzeigeverhaltens, wo ein Schwerpunkt der Gründe für eine Nichtanzeige im mangelnden Vertrauen in die Polizei lag. Zur direkten Erfassung der Polizeieinschätzung waren zwei weitere Fragen in das Instrument aufgenommen worden: So sollte auf einer Schulnoten ähnelnden Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) sowohl die Arbeit der Polizei allgemein in der Stadt, als auch ihre Arbeit hinsichtlich der Verbrechensbekämpfung beurteilt werden.

Wie Abbildung 7 zeigt, liegt ein Schwerpunkt der gegebenen "Noten" im mittleren Bereich. Dabei ist die Beurteilung der Polizeileistung hinsichtlich der Verbrechensbekämpfung geringfügig besser. Dies wird auch in den Mittelwerten deutlich. So liegt das Notenmittel bezüglich der Polizeiarbeit allgemein bei 3,39 (s = 1,10), der Mittelwert der Variablen Polizeieinschätzung hinsichtlich Verbrechensbekämpfung beträgt 3,34 (s = 1,11). Damit wird aber auch deutlich, daß eine sehr gute wie auch eine gute Bewertung der Polizei vergleichsweise selten ist. Nur rund zwanzig Prozent (allgemein: 19,9%; Verbrechensbekämpfung: 20,9%) der Freiburger Bürger geben der Polizei die Note 1 bzw. 2. Zudem fällt auf, daß die Note 6 (ungenügend) doppelt so häufig anzutreffen ist wie ihr Gegenpol, die Note 1. Dies spricht für eine eher distanzierte Haltung gegenüber der Arbeit der Polizei. Ein Ergebnis, wie es auch schon die Befunde zum Anzeigeverhalten nahelegten. Immerhin 15,2% (allgemein) bzw. 14,5% (Verbrechensbekämpfung) geben der Polizei die Noten "mangelhaft" (5) oder "ungenügend" (6). Insgesamt scheinen die in Freiburg gegebenen Noten schlechter, als dies bundesweit der Fall ist, so berichtet Dörmann 1996 (S. 32ff.) von einem Notendurchschnitt von 2,6 (1990) bzw. 2,8 (1994) für Westdeutschland insgesamt.

Abbildung 7: Bewertung der Polizeiarbeit (Note 1 = sehr gut ... Note 6 = ungenügend)



2.2.3.1 Faktorisierung und Skalierung der Polizeizufriedenheit

Wie schon bei der Kriminalitätsfurcht, so stellt sich auch bei der Einschätzung der Polizeiarbeit die Frage, ob nicht eventuell die beiden Items zu einer Gesamtskala zusammengefaßt werden können. Um die Konsistenz dieses Konstrukts zu prüfen, wurde eine Hauptkomponentenanalyse mit anschließender Varimax-Rotation durchgeführt (vgl. Tabelle 7). Wie zu erwarten war, wurde deutlich ein einzelner Faktor gebildet, auf dem die beiden Variablen sehr hoch luden (.94). Dieser Faktorklärte 87,4% der Gesamtvarianz auf, die Kommunalitäten der Items als Schätzwerte ihrer Reliabilität lagen bei .87.

Auch die ebenfalls durchgeführte Reliabilitätsanalyse erbrachte eine sehr gute Itemtrennschärfe von jeweils .75. Dementsprechend lag die interne Konsistenz der Skala (Cronbach-Alpha) bei .86.

Tabelle 7: Faktoren- und Reliabilitätsanalyse der Variablen zur Polizeizufriedenheit

	Faktorenanalyse		Rel.analyse
	FI	h ²	r _{it}
Polizeizufriedenheit allgemein	.94	.87	.75
Verbrechensbekämpfung	.94	.87	.75
Eigenwert / Varianz	1,75 / 87,4%		Alpha = .86

Diese Ergebnisse sprechen deutlich dafür, aus den beiden genannten Variablen eine gemeinsame Skala zu bilden. Die Werte dieser Skala liegen – aufgrund der Kategorien der bildenden Variablen – zwischen 2 (positive Einschätzung) und 12 (negative Einschätzung). Der gefundene Mittelwert beträgt 6,71, der Median liegt bei 6, die Standardabweichung beläuft sich auf 2,06.

2.2.3.2 Sozio-demographische Parameter der Polizeizufriedenheit

Da bisherige Untersuchungsbefunde darauf hinweisen, daß eine erhebliche Abhängigkeit der Polizeieinschätzung von sozio-demographischen Parametern besteht (vgl. Kury u.a. 1992, Dörmann 1996), wurde auch hier eine Regressionsanalyse auf die Kriteriumsvariable "Polizeizufriedenheit" mit den Prädiktorvariablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß, Haushaltsgröße, Haushaltseinkommen und selbsterlebte Opferwerdung durchgeführt. Wie Tabelle 8 zeigt, ist das Regressionsmodell trotz signifikanten F-Wertes nur wenig erklärungsmächtig. Das Multiple R beträgt lediglich .14, d.h. durch die Prädiktoren wird nur 2% der Gesamtvarianz aufgeklärt.

Auch hinsichtlich der aufgenommenen Variablen kann man feststellen, daß nur die Variablen Alter ($p < .05$) und selbsterlebte Opferwerdung ($p < .05$) einen signifikanten Einfluß aufweisen. Dabei ist jedoch angesichts der sehr geringen Beta-Gewichte (-0.09 bzw. .08) kaum von einem inhaltlich bedeutsamen Einfluß auszugehen. Die t-Werte der Beta-Gewichte aller anderen Prädiktorvariablen sind statistisch nicht bedeutsam.

Tabelle 8: Regressionsanalyse auf die Kriteriumsvariable Polizeizufriedenheit

Prädiktoren (Kategorisierung)	Beta-Gewicht	t-Wert	Signifikanz
Geschlecht (1 männlich, 2 weiblich)	.06	1,75	p = .08
Alter (1 14-19 J. ... 11 65 J. u. älter)	-.09	-2,42	p < .05
Schulabschluß (4 HS, 5 RS, 6 GY)	-.01	-0,59	p = .55
Haushaltsgröße (ab 1 aufsteigend)	-.02	-0,13	p = .90
Haushaltseinkommen (1 < 750DM ... 9 5.000 DM u. mehr)	.00	0,06	p = .95
Opferwerdung (0 nein, 1 ja)	.08	2,82	p < .05
Signifikanztest	R = .14; R ² = .02; F _(6/936) = 3,13 ^{**}		

Es werden daher nachfolgend lediglich die beiden signifikanten Prädiktorvariablen Alter und Opferwerdung im Hinblick auf die Ausprägung der Polizeizufriedenheit in den einzelnen Kategorien geprüft. Um die Einflüsse konfundierender Variablen im Hinblick auf bedeutsame Mittelwertsunterschiede auszuschließen, wurden erneut Kovarianzanalysen durchgeführt, in denen die nicht als abhängige Variable fungierenden Items als Kovariaten eingingen.

a) Alter

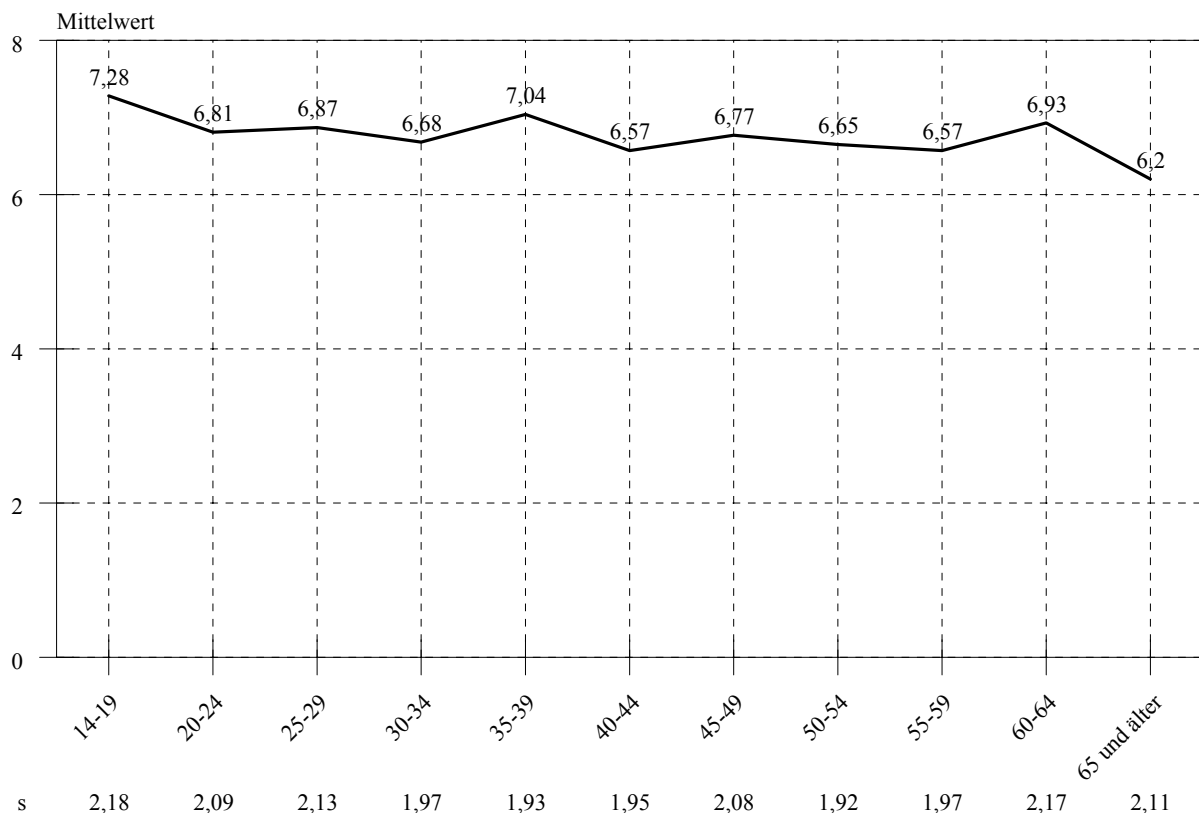
Was die Variable Alter betrifft, so konnten trotz des bedeutsamen Einflusses auf die Polizeizufriedenheit keine signifikanten Mittelwertsunterschiede zwischen den Altersgruppen gefunden werden ($F_{(10/864)} = 0,74$; $p = .69$; keine signifikanten Kovariaten). Dies zeigt auch die graphische Darstellung der Mittelwertsverteilung (vgl. Abbildung 8).

So zeigen zwar die jüngsten Befragten gegenüber der Polizei die negativste Einstellung (Mw = 7,28) und die ältesten Befragten mit Abstand die positivste (Mw = 6,2), die Mittelwerte der anderen Altersgruppen bewegen sich dagegen, ohne eine deutliche Tendenz zu zeigen, in etwa im selben Rahmen. Diese reserviertere Haltung der jüngeren Befragten gegenüber der Polizei konnte auch in der bereits erwähnten ersten deutsch-deutschen Opferstudie festgestellt werden (Kury u.a. 1992).

b) Opferwerdung

Bezüglich der Opfervariablen konnte ein auf dem 5%-Niveau signifikanter Unterschied zwischen Opfern und Nichtopfern festgestellt werden ($F_{(1/873)} = 4,12$; $p < .05$; keine signifikanten Kovariaten). Dabei lag der Mittelwert der Opfer (Mw = 6,96; $s = 2,20$) über dem der Nichtopfer (Mw = 6,54; $s = 1,95$), wobei der Unterschied allerdings relativ geringfügig ist. Das bedeutet, daß Opfer die Arbeit der Polizei in Freiburg signifikant schlechter einschätzen als Nichtopfer. Das Erlebnis einer Opferwerdung trübt offensichtlich das Bild, das die Bürger von der Polizei haben. Hier mag ein weiterer Grund dafür zu sehen sein, daß erlittene Straftaten aufgrund dieses mangelnden Vertrauens in die Polizeiarbeit und der eventuellen Verärgerung über deren "Versagen" nicht angezeigt werden. So mag zum einen der Eindruck beim Opfer entstehen, aufgrund der "mangelnden" Arbeit der Polizei viktimisiert worden zu sein, zum anderen kann aber auch die Erfahrung der Opferwerdung und der Prozeß der Entscheidung zur Anzeige bzw. Nichtanzeige eine verstärkte Beschäftigung mit der angenommenen Effizienz polizeilicher Tätigkeit auslösen, was möglicherweise eine negative Einschätzung bedingt.

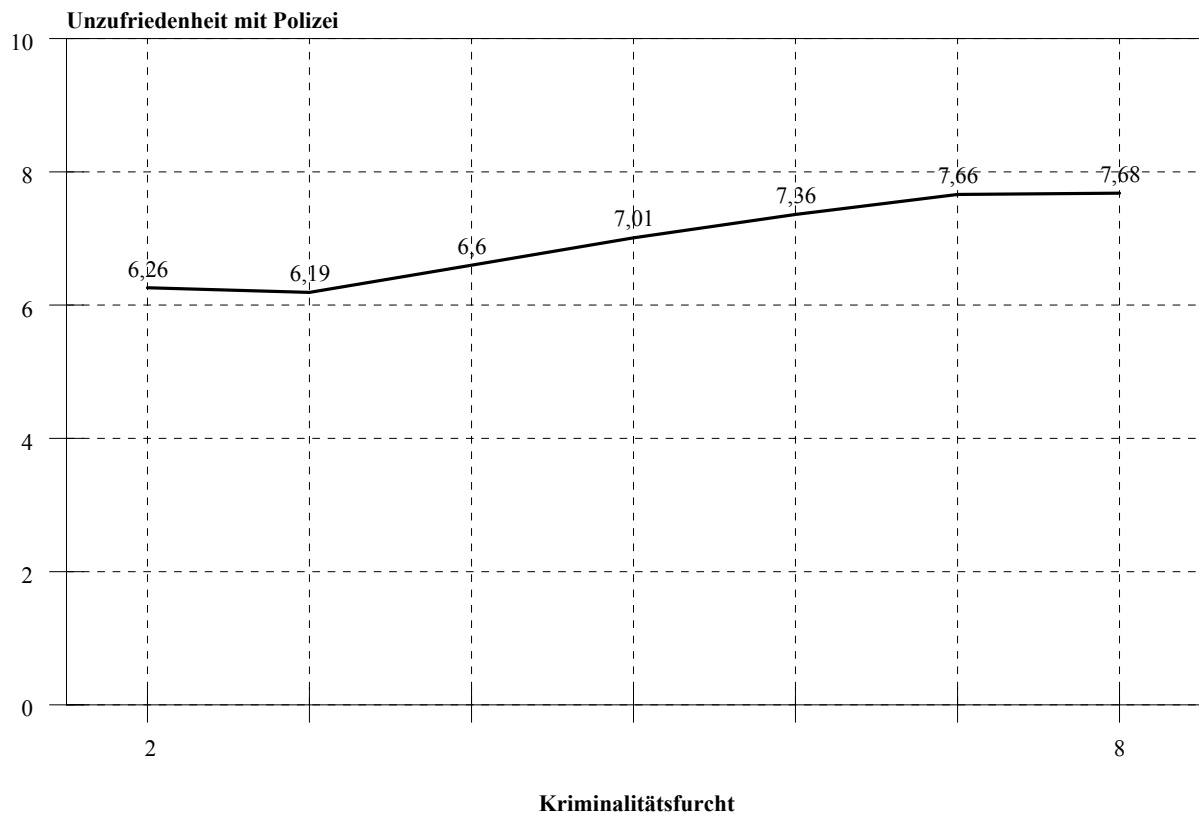
Abbildung 8: Polizeizufriedenheit und Alter



2.2.3.3 Polizeizufriedenheit und Kriminalitätsfurcht

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht auf der einen und Polizeizufriedenheit auf der anderen Seite besteht. So kann angenommen werden, daß Personen, die sich in ihrer Wohngegend fürchten, kein sehr hohes Maß an Vertrauen in die Polizei zeigen. Um dies zu prüfen, wurde eine Korrelationsanalyse der beiden faktorenanalytisch konstruierten Summenvariablen durchgeführt. Da bei der Variablen Furcht – und zum Teil auch bei der Polizeizufriedenheit – die soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß und Opferwerdung signifikante Einflüsse aufwiesen, wurde diese Analyse als Partialkorrelation unter Auspartialisierung der o.g. Variablen durchgeführt. Es resultierte ein hochsignifikanter Korrelationskoeffizient von $r = .22$ ($p < .001$). Dies deutet darauf hin, daß die o.g. Annahme einer steigenden Unzufriedenheit mit der Polizei mit zunehmender Kriminalitätsfurcht berechtigt ist. Die graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen Polizeizufriedenheit und Verbrechensfurcht zeigt Abbildung 9. Abgesehen von den beiden Extrempolen der Furchtausprägung nimmt die Unzufriedenheit mit der Polizei mit steigender Furcht nahezu linear zu. D.h. diejenigen, die sich in ihrer Wohngegend sehr unsicher fühlen, sind auch mit der Arbeit der Polizei am Ort am wenigsten zufrieden. Da es sich um einen korrelativen Zusammenhang handelt, ist eine kausale bzw. eine konsekutive Interpretation dieses Ergebnisses nicht möglich. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die beiden Faktoren einander wechselseitig bedingen.

Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Polizei(un)zufriedenheit und Kriminalitätsfurcht

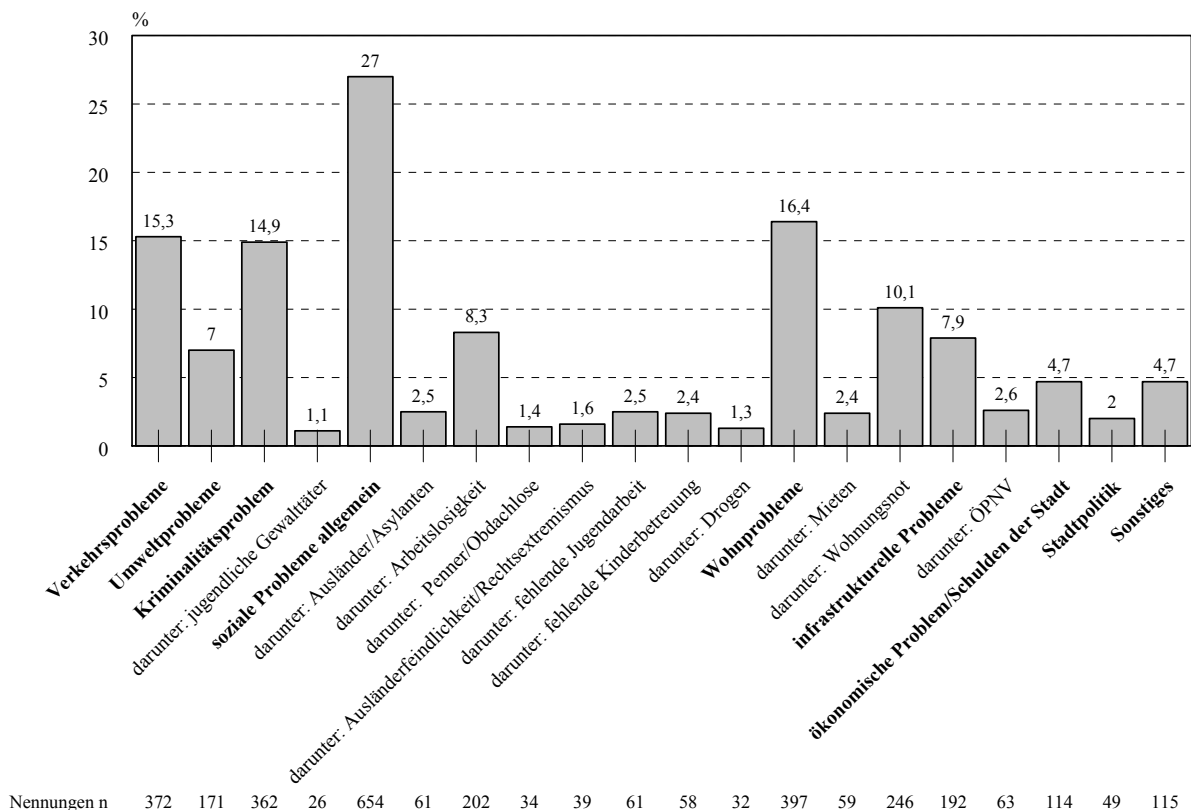


2.2.4 Subjektive Problemsicht Freiburger Bürger

Nachdem anhand der Ergebnisse der Studie die Bereiche persönliche Opferwerdung, Kriminalitätsfurcht und Polizeizufriedenheit in Freiburg eingehender betrachtet worden sind, soll der subjektiven Wahrnehmung kommunaler Probleme durch die Bürger nachgegangen werden. So wurde im Rahmen einer offenen Frage um die Stellungnahme gebeten, welches, nach Ansicht der Bürger, die drei wichtigsten Probleme der Gemeinde seien. Abbildung 10 zeigt eine Zusammenfassung der gegebenen Antworten, dabei sind übergeordnete Kategorien fett wiedergegeben. In der Einschätzung der Befragten nehmen vor allem allgemeine soziale Probleme (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Ausländer, Drogen oder auch fehlende Jugendarbeit) mit 27,0% aller Nennungen den absoluten Spitzenplatz ein. Bezieht man die gegebenen Antworten auf die Zahl der Befragten, so geben insgesamt 70,6% der Befragten diesen Bereich als eine der drei möglichen Nennungen an. Dabei steht Arbeitslosigkeit mit 8,3% aller Nennungen an vorderer Stelle. Als ein weiteres wichtiges Problem sehen die Freiburger Bürger 1994 den Bereich "Wohnen" (16,4%), hier ist es besonders die allgemeine Wohnungsnot in der Stadt (10,1%), die den Bürgern Sorge bereitet, bezogen auf Personengruppen nennen 42,9% den Bereich "Wohnen" (daß sich die Einschätzung dieses Problembereichs zu 1997/98 verändert hat, zeigen die Ergebnisse der Kurzbefragung 1997 (Standardinventar); vgl. den Beitrag von Kury & Oberfell-Fuchs zum Standardinventar in diesem Band).

An dritter Stelle folgen Verkehrsprobleme (15,3%), die von 40,2% der Befragten genannt werden, und erst danach, also an vierter Stelle, wird anhand der offenen Frage Kriminalität (14,9%) als Problembereich genannt. Bezieht man wiederum die Angaben auf die Personen, so nennen insgesamt 39,1% der Bürger diesen Bereich. Es folgen infrastrukturelle Probleme (z.B. öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV) mit 7,9% der Angaben (20,7% der Befragten), Umweltprobleme (7,0%; 18,5% der Befragten), die allgemeine ökonomische Situation der Stadt (4,7%; 12,3% der Befragten), die Stadtpolitik (2,0%; 5,3% der Befragten) und schließlich eine relativ breite und sehr heterogene Kategorie "Sonstiges" (4,7%; 12,4% der Befragten).

Abbildung 10: Dringendste Probleme der Stadt Freiburg aus Sicht der Befragten – maximal drei Nennungen (Gesamt: 2.426 Nennungen; die Prozentwerte beziehen sich auf das Gesamt-N der Nennungen)



Anhand der wiedergegebenen Verteilungen wird deutlich, daß Problemschwerpunkte in erster Linie den sozialen Bereich betreffen. Kriminalität selbst wird von den Freiburger Befragten zwar als ein wichtiges, aber nicht als das wichtigste Problem der Stadt gesehen. Zu einem ähnlichen Ergebnis bezogen auf eine Untersuchung in Hamm kommen etwa Reichertz und Misterek (o.J.; vgl. auch Misterek & Reichertz 1997). Auch in der westfälischen Stadt steht Kriminalität nicht an erster Stelle in der Problemsicht der Bürger, wengleich der prozentuale Anteil mit 18,7% der Nennungen etwas höher ist als in Freiburg. Auch bei der Bremer (Bremerhavener) Bürgerbefragung, bei welcher ebenfalls in einer offenen Frage nach den drei dringendsten Problemen im Stadtteil gefragt wurde, wurde Kriminalität nicht an erster, sondern in allen drei Stadtteilen an dritter Stelle genannt: Stadtteil Gropelingen: 13,7% Allgemeine Kriminalität, dagegen 20,3% Ausländer, 15,9% Verschmutzung; Findorff: 15,7% Allgemeine Kriminalität, dagegen 31,4% Verkehrsprobleme, 17,1% Verschmutzung; Bremerhaven-Süd: 13,7% Allgemeine Kriminalität, dagegen 24,2% Verkehrsprob-

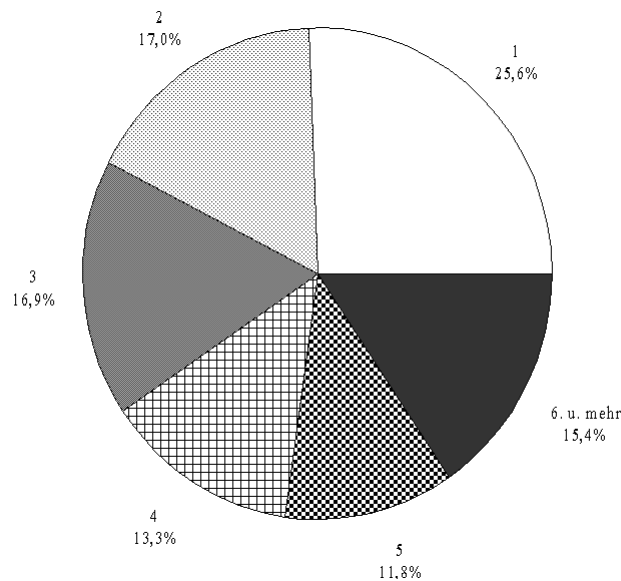
leme, 16,5% Verschmutzung. Befragt wurden in der Studie insgesamt N = 1.077 Bürger, die Rücklaufquote belief sich auf 39% (vgl. Mix u.a. 1998, S. 12, Anhang S. 3-5).

Gegensätzlich sind jedoch die Ergebnisse aus Frankfurt/Main, wo seit einigen Jahren in jährlichem Abstand groß angelegte Bürgerbefragungen durchgeführt werden, die – ebenfalls ohne Antwortvorgabe – die wichtigsten Probleme der Stadt aus der Sicht der Bürger erfassen (Bick & Dobroschke 1995; Bick & Dobroschke 1995a). Kriminalität steht dabei an der Spitze der Problemlagen der Bürger. So gaben in den Jahren 1993, 1994 und 1995 ca. die Hälfte der Befragten Kriminalität und öffentliche Sicherheit als das Hauptproblem Frankfurts an. Eine Ursache für dieses auch von der Freiburger Problemsicht abweichende Ergebnis mag die relativ hohe Kriminalitätsbelastung Frankfurts sein. So lag die Mainmetropole in den vergangenen Jahren an der Spitze der Kriminalitätsbelastung in Deutschland und wesentlich über der Belastung Freiburgs (Häufigkeitsziffern 1994: Frankfurt 20.214, Freiburg 12.735; 1995: FFM 20.034, FR 12.242; 1996: FFM 19.602, FR 11.701). Daneben dürfte auch der Medienberichterstattung eine erhebliche Rolle zukommen. Es wurde z.B. das Ergebnis der Untersuchung, daß die subjektive Bedeutung der Kriminalität von 1994 zu 1995 um sechs Prozentpunkte gesunken sei, unter dem Tenor “Jeder zweite geht nachts nur mit Angst vor die Tür” publiziert (Frankfurter Rundschau 21.12.1995) bzw. nicht selten werden im Hinblick auf die Kriminalitätsbelastung Frankfurts Attribute wie “Krankfurt” oder “Mainhattan” vergeben.

Bezüglich der oben genannten Problemlagen Freiburgs mit Positionierung der Kriminalität an vierter Stelle handelte es sich um eine offene Frage (“Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde?”), d.h. den Befragten wurden keine Stimuli im Sinne von Problemen vorgegeben (auch in Frankfurt wurden offene Frage eingesetzt). Gibt man zur Frage der Relevanz des Kriminalitätsproblems ein “geschlossenes” Item vor, d.h. läßt man die Bürger den Stellenwert der Kriminalität als Problem einschätzen, so erhält man ein völlig anderes Ergebnis (vgl. Abbildung 11). Insgesamt jeder Vierte, nämlich 25,6% der Freiburger Bürger, setzen nun Kriminalität an die erste Stelle der Probleme. Weitere 17,0% bzw. 16,9% sehen sie jeweils auf Platz zwei bzw. drei, so daß hier insgesamt 59,5% der Befragten Kriminalität als eines der drei bedeutendsten Probleme Freiburgs einschätzen. Zum Vergleich: Nur 39,1% der Befragten gaben Kriminalität im Rahmen der offenen Fragen überhaupt an.

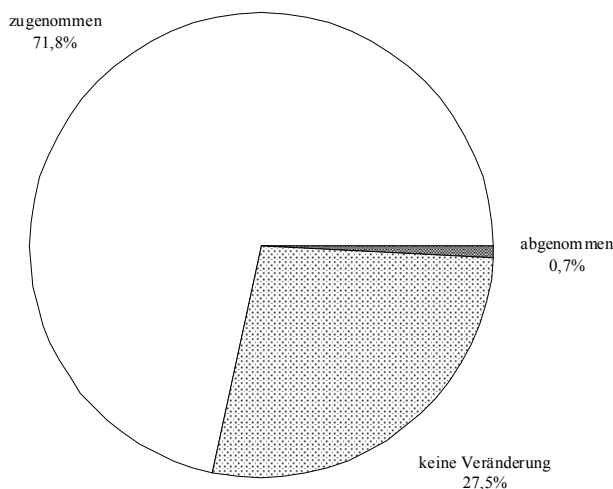
Vor dem Hintergrund dieser Diskrepanz sind die Ergebnisse vieler Bevölkerungsbefragungen kritisch einzuordnen, in welchen Kriminalität in eine Liste von Problemen aufgenommen und dem Bürger vorlegt wird. Diese Studien kommen nicht selten zu dem Ergebnis, daß die innere Sicherheit der Kommune das zentralste und wichtigste Problem aus der Sicht der Bürger sei. Beispiele hierfür finden sich in Stuttgart (Landeshauptstadt Stuttgart 1995), wo 67% der Befragten die Unsicherheit auf den Straßen an die erste Stelle der Problemlagen setzten, in Krefeld, hier stellten 58,3% der Bürger die Verringerung der Kriminalität auf Platz 2 der wichtigsten Aufgaben (Polizeipräsident von Krefeld 1996), oder auch Düsseldorf (Amt für Statistik Wahlen und Einwohnerwesen der Landeshauptstadt Düsseldorf 1994), wo 46,4% der Befragten die Sicherheit in der Stadt wenn auch nur an dritter Stelle sahen. Da die kommunalen Untersuchungen im Hinblick auf die politische Planung kriminalpräventiver Strategien nicht selten richtungsweisenden Charakter haben, ist es notwendig, sich solcher Kontext- und Formulierungseffekte von Fragebogenuntersuchungen und deren teilweise erheblichen Einflusses auf die Ergebnisse bewußt zu sein.

Abbildung 11: Rangplatz der Kriminalität als Problem der Freiburger Bürger (geschlossene Frageform)



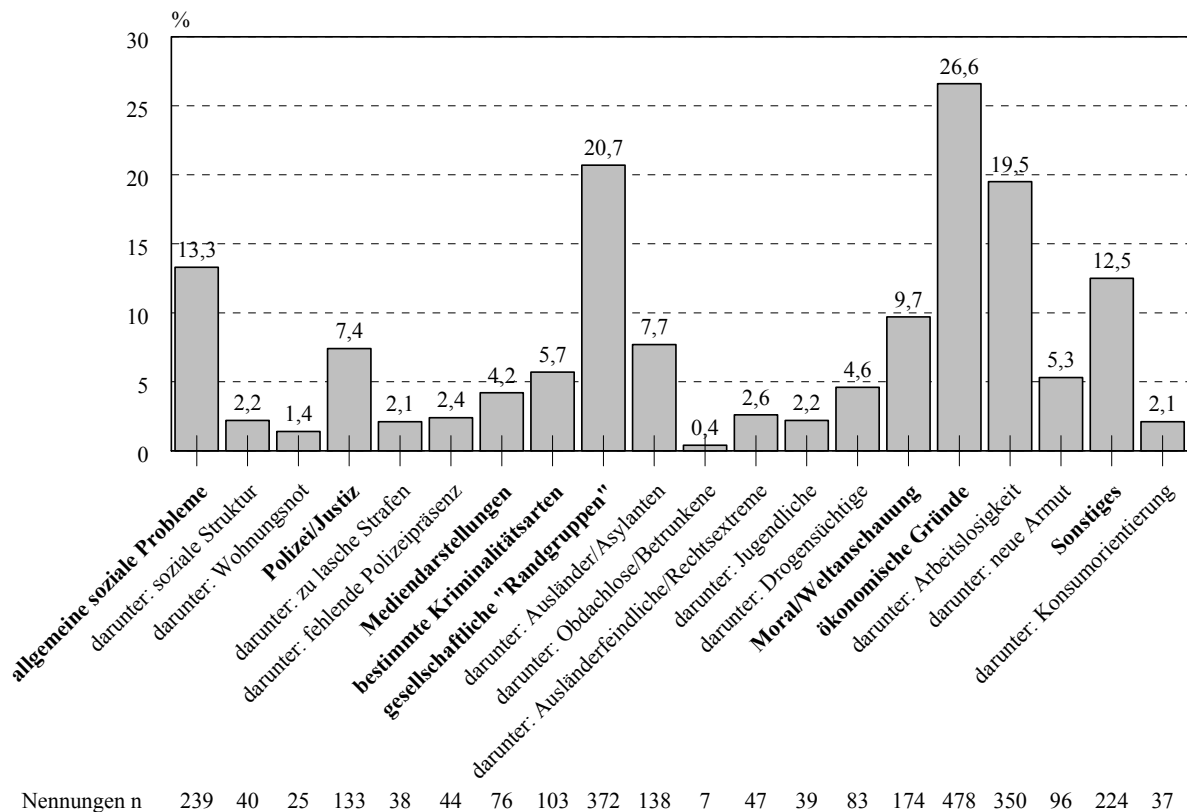
In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach der Zu- bzw. Abnahme der Kriminalität in den vergangenen zwei Jahren zu sehen (vgl. Abbildung 12). So geben nur 0,7% der Freiburger Befragten an, daß aus ihrer Sicht die Kriminalität abgenommen habe, ca. ein Viertel (27,5%) sieht keine Veränderung, demgegenüber glauben jedoch 71,8% der Freiburger, damit nahezu drei Viertel der Befragten, daß die Kriminalität zugenommen habe. Dies deckt sich zwar zum Teil mit der offiziell registrierten Kriminalität im Stadtgebiet zum Befragungszeitraum 1994 (1992: HZ = 11.225; 1993: HZ = 12.853; 1994: HZ = 12.735), es ist jedoch nicht davon auszugehen, daß der breiten Mehrheit der Bürger diese genauen Zahlenverhältnisse bekannt sind, wobei die offiziell registrierte Kriminalität allerdings von 1993 zu 1994 (geringfügig) abgenommen hat. Auch diesbezüglich zeigen andere Studien vergleichbare Ergebnisse: So geben 81 Prozent der Befragten in Hamm an, daß die Kriminalität in den vergangenen drei Jahren zugenommen habe (Reichertz & Misterek o.J.), 92% der Befragten in Lübeck stimmen der Aussage zu, daß, was Straftaten anbelange, die Situation schlimmer geworden sei (persönliche Mitteilung der Innensenatorin Pohl-Laukamp; zur Kriminologischen Regionalanalyse Lübeck allgemein vgl. Aben 1992, 1992a), und schließlich sind 80% der Hamburg-Altonaer der Auffassung, daß speziell in ihrem eigenen Wohnviertel die Kriminalität in den vergangenen zehn Jahren angestiegen sei (Legge u.a. 1994). Bereits vor ca. 20 Jahren stellte Kerner (1980, S. 121) zu Recht fest, daß der "Kriminalitätsanstieg zum kollektiven Alltagswissen gehöre". Er hatte schon damals ein gefestigtes öffentliches Meinungsbild einer ständig steigenden Kriminalität ausgemacht. Dieses Bild wird allerdings auch von konservativen Politikern sowie breiten Teilen der Medien allzu schnell gefördert (vgl. Kury u.a. 1998).

Abbildung 12: Kriminalitätsveränderung in den vergangenen 2 Jahren aus Sicht der Freiburger Bürger



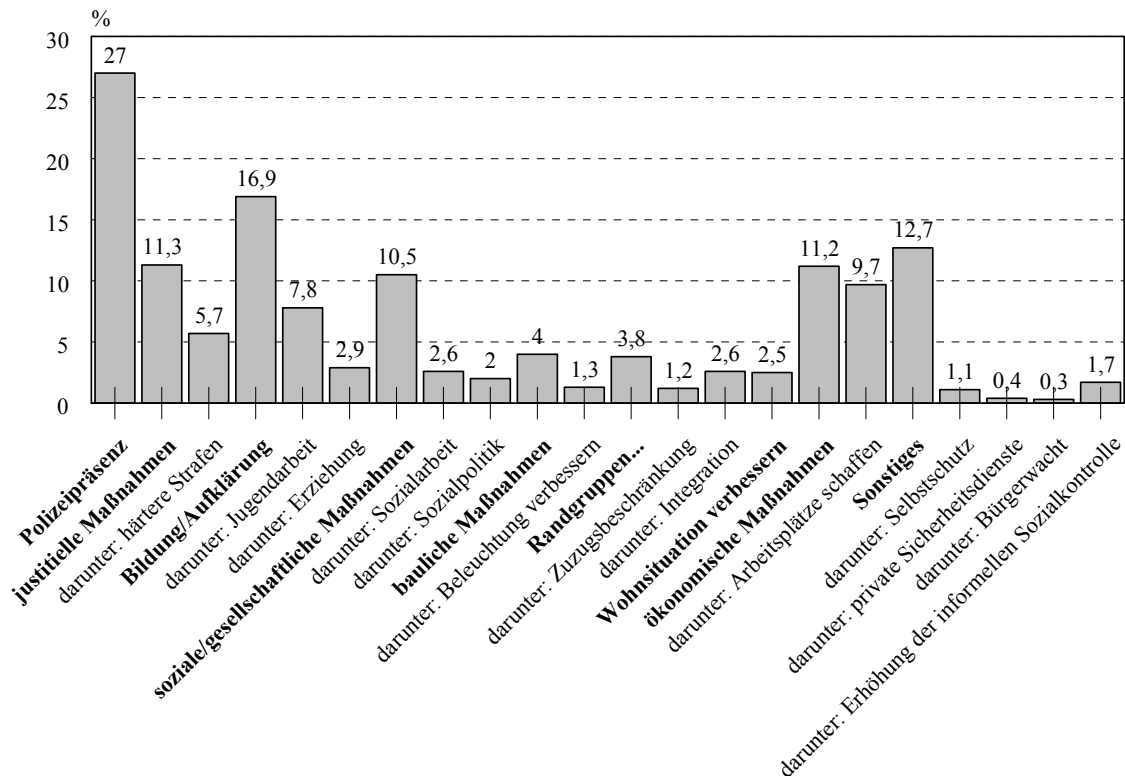
Geht man der Frage nach, welches aus Sicht der Bürger die Ursache für die angenommene Kriminalitätszunahme ist, so kann man, ebenfalls anhand einer offenen Frage, erkennen, daß vor allem wirtschaftliche/ökonomische Gründe genannt werden (26,6%; vgl. Abbildung 13). Hierunter wird an erster Stelle Arbeitslosigkeit angeführt (19,5%), daneben steht aber auch das Stichwort der “neuen Armut” (5,3%), welche letztlich als eine Folge des Arbeitslosigkeitsproblems gesehen werden kann. Aber auch das Auftreten von Gruppen in der Stadt, die sich durch ein bestimmtes gemeinsames Merkmal auszeichnen – in der Abbildung kurz als “Randgruppen” bezeichnet – stellt mit 20,7% der Nennungen nach Ansicht der Befragten einen wichtigen Ursachenfaktor dar. Hierunter werden relativ häufig Ausländer und Asylanten (7,7%), aber auch Drogensüchtige (4,6%) genannt. Hierfür mögen auch Einflüsse, wie z.B. die immer wiederkehrende Diskussion über straffällige Asylanten gerade in Zeiten des Wahlkampfes – im Jahr 1994 (dem “Superwahljahr”) herrschte ein gewisser “Dauerwahlkampf” – eine Rolle spielen. Auch allgemeinen sozialen Problemen (13,3%), wie z.B. der Wohnungsnot oder einer ungünstigen Sozialstruktur, kommt nach Ansicht der Freiburger eine wichtige Rolle bei der Kriminalitätszunahme zu. Ein vergleichsweise hoher Stellenwert wird weiterhin dem Bereich der Moral bzw. Weltanschauung eingeräumt (9,7%). So wurde von den Freiburgern vielfach angegeben, daß Werte und Tugenden heute nicht mehr zählen würden und daher die Kriminalität überhand nehme. Weitere Ursachen für die zunehmende Kriminalität wurden im Bereich der Polizei und Justiz (7,4%) gesehen, hier waren es v.a. zu “lasche” Strafen von Seiten der Gerichte (2,1%) oder die fehlende Präsenz der Polizei (2,4%), aber auch in der Häufung bestimmter Kriminalitätsarten (5,7%), z.B. einer Zunahme organisierter Kriminalität, Gewaltkriminalität o.ä. sowie in der Darstellung der Medien (4,2%). Eine Fülle weiterer einzelfallbezogener Antworten konnte nicht eingruppiert werden und fand in der Kategorie “Sonstiges” ihren Niederschlag.

Abbildung 13: Ursachen für die Kriminalitätszunahme in Freiburg aus Sicht der Befragten – maximal drei Nennungen in offener Frage (Gesamt 1.799 Nennungen)



Von besonderer Relevanz für die Planung kommunaler Kriminalprävention ist jedoch neben den Ursachenanalysen für Kriminalität aus der Sicht der Bürger auch deren Vorschläge hinsichtlich einer Verringerung der Kriminalitätsbelastung. In der vorliegenden Untersuchung wurden, wiederum anhand einer offenen Frage, drei mögliche Angaben zu Maßnahmen zur Verringerung der lokalen Kriminalität erfasst. Wie Abbildung 14 zeigt, wird von den Freiburger Bürgern in erster Linie eine Verstärkung der Polizeipräsenz angegeben (27,0%). Interessant ist es in diesem Zusammenhang anzumerken, daß deren fehlende Präsenz als Ursache für eine Kriminalitätszunahme in nur 2,4% der Antwortfälle auftrat (vgl. oben). Eine Rolle spielt hier sicherlich die oft über die Medien vermittelte Aussage, daß zu wenig und zudem schlecht ausgebildete und ausgerüstete Polizisten einem "Heer von Kriminellen" auf "High-Tech-Stand" gegenüberstünden.

Abbildung 14: Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität in Freiburg aus Sicht der Befragten – maximal drei Nennungen in offener Frage (Gesamt 2.022 Nennungen)



Nennungen n 546 229 116 342 158 59 213 52 41 81 27 77 24 53 50 227 197 257 22 8 6 34

Als Maßnahmenbereich wurde vielfach auch der justitielle Sektor (11,3%), hierunter ganz besonders die Forderung nach härteren Strafen (5,7%), genannt. Ein besonderes Gewicht kommt aus der Sicht der Freiburger dem Bereich "Bildung und Aufklärung" (16,9%) zu. Hierunter nimmt die Jugendarbeit einen erheblichen Raum ein (7,8%), aber auch der Aspekt Erziehung im Allgemeinen (2,9%) wurde von den Bürgern genannt. In eine ähnliche Richtung weisen ebenfalls die vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem engeren sozialen/gesellschaftlichen Bereich (10,5%), wie z.B. die Sozialarbeit (2,6%) oder die Sozialpolitik (2,0%). Häufig wurden auch ökonomische Maßnahmen vorgeschlagen (11,2%) und hierbei besonders die Schaffung von Arbeitsplätzen (9,7%). Dies deckt sich mit der oben beschriebenen Wahrnehmung der Problemlagen, wo dem Bereich der Arbeitslosigkeit eine tragende Rolle zukam.

Weitere mögliche Präventionsansätze sahen die Freiburger in der Verbesserung der Wohnsituation (2,5%) oder der Integration (2,6%) bzw. der Zuzugsbeschränkung (1,2%) von "Randgruppen" wie Ausländern, Obdachlosen u.ä. Der rein technischen Prävention kam eine sehr untergeordnete Rolle zu. So schlugen nur 4,0% bauliche Maßnahmen, wie z.B. eine Verbesserung der Beleuchtung (1,3%), vor. Die in neuerer Zeit diskutierten Aspekte einer Privatisierung der Sicherheit wurden kaum genannt und ergaben in ihrer Summe in etwa den Prozentwert, der auf die Erhöhung der informellen Sozialkontrolle (1,7%) entfiel. Auch den Selbstschutzmaßnahmen, sei es durch technische Sicherungen oder aber durch Bewaffnung, wurde ebenso eine Absage erteilt wie einer Bürgerwacht, wie sie z.B. in Bayern in Form der bayerischen Sicherheitswacht seit 1994 tätig ist (vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren 1994, Behring u.a. 1996), den Sicherheitspartnerschaften nach Brandenburger Modell (vgl. Gräf 1997) oder aber dem verstärkten Einsatz privater Sicherheitsdienste, einem Gewerbe, das gerade in neuester Zeit in den Blickpunkt des Interesses in puncto Gewährleistung Innerer Sicherheit gerückt ist (vgl. hierzu die Beiträge in Plate & Weiß 1996).

In diesem Punkt scheint die Akzeptanz in Freiburg noch erheblich geringer zu sein als in anderen Städten, wo anhand von Bevölkerungsbefragungen, wie z.B. in Hamm, immerhin knapp 32% der Befragten angaben, daß sie sich einen Einsatz privater Sicherheitsdienste in Wohngebieten vorstellen könnten. Allerdings lehnten auch dort mehr als 55% den Einsatz "schwarzer Sheriffs" ab, wengleich hier zu berücksichtigen ist, daß es sich in Hamm um geschlossene Fragen handelte (vgl. Reichertz & Misterek, o.J., Misterek & Reichertz 1997). Auf der anderen Seite kommt das Institut für Demoskopie Allensbach 1992 zu dem Ergebnis, daß 48% der Westdeutschen und 60% der Ostdeutschen einen Einsatz privater bewaffneter Sicherheitsdienste zur Entlastung der Polizei gut fänden (Noelle-Neumann & Köcher 1993, S. 601). Jedoch ist auch hier die Art der Frageformulierung ebenso wie der Kontext zu berücksichtigen; es wurde jeweils das Thema direkt angesprochen, wohingegen die Freiburger gewissermaßen "selbst darauf kommen" mußten.

Mix u.a. (1998, S. 23, Anhang S. 15) gaben in ihrer Befragung in Bremen und Bremerhaven ebenfalls eine offene Frage vor mit drei Antwortmöglichkeiten zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit. Aus den Antworten wird im Vergleich zu Freiburg eine deutlich punitivere Tendenz der Bremer Bevölkerung deutlich. Hierbei muß allerdings auch berücksichtigt werden, daß die Bremer Befragung im November 1997 durchgeführt wurde, die Freiburger dagegen Mitte 1994, also ca. 3½ Jahre früher. Es deutet einiges darauf hin, daß die Punitivität in den letzten Jahren zugenommen hat, was die höheren Werte in Bremen teilweise erklären könnte.

Ein weiterer Grund für die unterschiedlichen Resultate in Bremen und Freiburg kann allerdings darin gesehen werden, daß die Freiburger Umfrage von einem neutralen Forschungsinstitut (Max-Planck-Institut) durchgeführt wurde, die Bremer dagegen von der Polizei. Es ist zu vermuten, daß dadurch die Bremer Bürger von vornherein mehr auf Repression und Strafverfolgung eingestellt wurden. Ein von der Polizei mit einem Begleitbrief des Polizeipräsidenten zugeschickter Fragebogen dürfte bei den Befragten andere kognitive Einstellungsmuster provozieren als ein von einer eher neutralen Institution zugesandtes Erhebungsinstrument. Der wesentliche Hintergrund für die härteren Strafeinstellungen der Bremer Bürger im Vergleich zu den Freiburgern dürfte jedoch in der höheren Kriminalitäts- und Problembelastung Bremens zu sehen sein.

In Bremen und Bremerhaven wurden, wie oben erwähnt, repräsentativ ausgewählte Stichproben in den drei Stadtteilen Gröpelingen, Findorff und Stadtbezirk Süd befragt. Als Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit wurden vorgeschlagen: stärkere Polizeipräsenz 53,4% (Gröpelingen; Findorff 48,2%; Stadtbezirk Süd 50,3%), härtere Strafen, Justiz 10,1% (11,7%; 12,6%), härteres Durchgreifen der Polizei 7,1% (5,7%; 4,2%), Beleuchtung 7,1% (7,6%; 6,7%), straffällige Ausländer ausweisen 3,1% (2,0%; 3,1%), Jugendprävention 2,5% (3,1%; 2,5%), Veränderung der sozialen Struktur 1,8% (3,9%; 2,8%), Private Sicherheitsdienste 0,9% (2,3%; 2,8%), mehr Kontrollen 0,3% (1,0%; 2,5%). Die Bremer Ergebnisse zeigen neben der höheren Punitivität gleichzeitig auch eine geringere Nennung von sozialen Hilfsmaßnahmen im Vergleich zu Freiburg, wie etwa Hilfe für Jugendliche oder Wohnbaumaßnahmen.

2.2.5 Stadtteilbezogene Auswertung der Bevölkerungsbefragung in Freiburg

Für die Erstellung eines Kriminalitätslagebildes zur Planung kommunaler Kriminalprävention ist die kleinräumige Auswertung der objektiven wie subjektiven Belastungsparameter von besonderem Interesse. Auf Seite der Bevölkerungsbefragung besteht aufgrund der Tatsache, daß das Gros der Opferwerdungen am Wohnort oder gar in nächster Nähe der eigenen Wohnung erfolgte, die Möglichkeit einer stadtteilbezogenen Differenzierung. Diese "kleinste" Untersuchungseinheit des verwaltungspolitischen Stadtteils bot sich an, da zum Teil von den Befragten nur recht grobe Ortsbezeichnungen angegeben wurden, zum anderen auch für weitergehende Auswertungen aufgrund der doch vergleichsweise kleinen Stichprobe kein verlässliches Zahlenmaterial vorhanden war. Eine Analyse auf Ebene des Stadtviertels bzw. Quartiers war daher nicht möglich.

Betrachtet man die in Abbildung 15 dargestellte schematische Verteilung der Opferwerdungen über Freiburg, so zeigt sich deutlich, daß der größte Teil der insgesamt 504 angegebenen persönlich in Freiburg erlittenen Viktimisierungen im Stadtgebiet Altstadt, d.h. im zentralen Innenstadtbereich, erfolgte (16,9 %; Tabelle 9 zeigt die exakten Zahlen im Überblick) Bereits der nächsthöhere Wert lag im angrenzenden Stadtteil Stühlinger um ca. sechs Prozentpunkte niedriger (10,7%). Diese beiden Stadtteile werden nur durch die Bahnlinie, die sogenannte Bahnhofsachse, getrennt.

Diese stellt in Freiburg einen Schwerpunkt der Straßenkriminalität wie auch des aggressiven Bettelns dar. Obdachlose und Drogenabhängige konzentrieren sich hier, zum Teil findet auch illegale Prostitution statt.

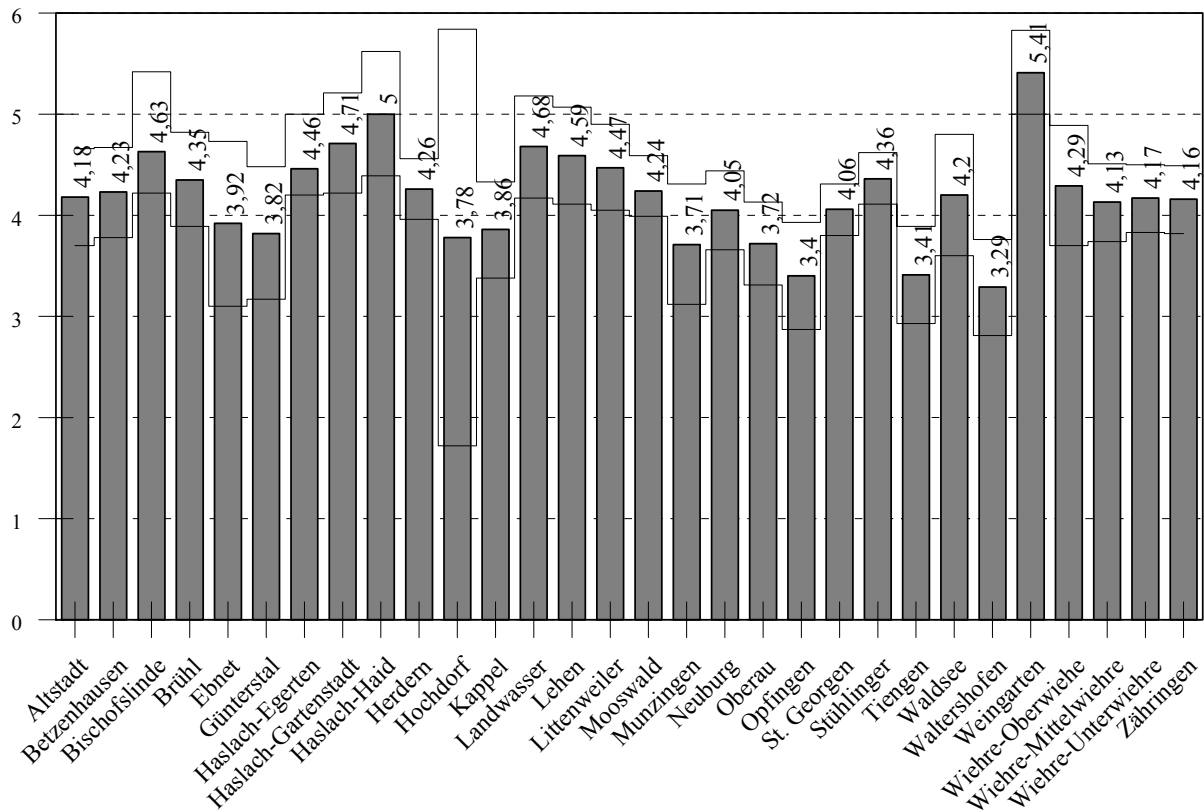
Diese Konzentration der Opferwerdung in den beiden zentralen Stadtteilen, v.a. in der Altstadt, überrascht nicht, da auch zahlreiche andere kriminalgeographische Studien gezeigt haben, daß die Stadtzentren im allgemeinen aufgrund ihrer erheblichen Gelegenheitsstruktur sowie durch das Zusammentreffen zahlreicher Menschen und der angebotenen Einkaufs-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten auch ein typisches Attraktionsgebiet für Straftaten darstellen und damit deutlich stärker mit Kriminalität belastet sind als reine Wohngebiete, v.a. in den eher in einen ländlichen Bereich übergehenden Lagen der Stadt (vgl. z.B. Frehsee 1978; Schwind u.a. 1978, 1989; Plate u.a. 1985).

Tabelle 9: Prozentualer Anteil der auf die Stadtteile entfallenden Opfer bezogen auf die Gesamtzahl der Viktimisierungen in Freiburg (N = 504)

Stadtteil	n Viktimisie- rungen	%-Anteil Viktimisie- rungen	Stadtteil	n Viktimisie- rungen	%-Anteil Viktimisie- rungen
Altstadt gesamt	85	16,9	Littenweiler	15	3,0
darunter: Haupt- bahnhof	7	1,4	Mooswald	7	1,4
darunter: Ber- toldsbrunnen	1	0,2	Neuburg	11	2,2
darunter: Universi- tät	6	1,2	Oberau	12	2,4
Betzenhausen	17	3,4	St.Georgen	29	5,8
Bischofslinde gesamt	16	3,2	Stühlinger	54	10,7
darunter: Seepark	1	0,2	Waltershofen	1	0,2
Brühl	15	3,0	Opfingen	3	0,6
Ebnet	1	0,2	Tiengen	4	0,8
Günterstal	3	0,6	Munzingen	0	0,0
Haslach ohne weitere Angaben	10	2,0	Waldsee	11	2,2
Haslach-Egerten	20	4,0	Weingarten	25	5,0
Haslach-Gartenstadt	22	4,4	Wiehre ohne weitere Angaben	6	1,2
Haslach-Haid	5	1,0	Oberwiehre	11	2,2
Herdern	31	6,2	Mittelwiehre	13	2,6
Hochdorf	5	1,0	Untervehre	31	6,2
Kappel	3	0,6	Zähringen	22	4,4
Landwasser	10	2,0	sonstige	4	0,8
Lehen	2	0,4	Gesamt	504	100

In allen anderen Stadtteilen ist der prozentuale Anteil an den Opferwerdungen weit geringer. Leicht erhöhte Werte erreichen noch die Stadtteile Herdern (6,2%), Unterwiehre (6,2%), St. Georgen (5,8%) und Weingarten (5,0%), wenngleich die Werte hier zum Teil nur ein Drittel der Altstadt betragen. Diese Ergebnisse decken sich recht gut mit der Freiburger Kriminalstatistik. Hier lag die Häufigkeitsziffer für alle erfaßten Delikte bezogen auf 1.000 Einwohner in der Altstadt im 5-Jahresschnitt (1991-1995) bei 991,4 Straftaten, der in der Höhe nachfolgende Stadtteil Stühlinger erreichte eine Häufigkeitsziffer von 130,5 Straftaten, d.h. ca. ein Siebtel bis ein Achtel des Wertes der Altstadt. Bei der Straßenkriminalität, einer Kategorie, die mit den in der Studie erfaßten Delikten in ihrer Zusammensetzung sehr ähnliche ist, waren die Verhältnisse entsprechend (Altstadt: $HZ(1000) = 274,5$; Stühlinger: $HZ(1000) = 56,5$).

Abbildung 16: Kriminalitätsfurcht bezogen auf die Freiburger Stadtteile (unter Angabe des 95%-Konfidenzintervalles)



Die Annahme, daß eine hohe Kriminalitätsbelastung (erfaßt über den Anteil an der Gesamtzahl der Opferwerdungen) im eigenen Stadtteil auch mit einem erhöhten Gefühl der Unsicherheit einhergeht, erweist sich, wie Abbildung 16 zeigt, als falsch. Betrachtet man die Verteilung der Mittelwerte der oben (siehe Kapitel 2.3) gebildeten Furchtskala, so kann man feststellen, daß es nicht die Bewohner der stark belasteten Altstadt (Mw = 4,18) sind, welche die höchste Kriminalitätsfurcht aufweisen, sondern vielmehr die Bewohner des Stadtteils Weingarten (Mw = 5,41) im Westen Freiburgs, der allerdings keine besonders hohe Opferbelastung zeigte und auch nach Angaben der polizeilichen Kriminalstatistik keinen "Spitzenplatz" im Hinblick auf Kriminalitätsaufkommen aufweist. Dieser Wert in Weingarten ist der absolut höchste Skalenwert in Freiburg überhaupt, und auch bei Betrachtung der ebenfalls in Abbildung 16 dargestellten Grenzen des 95%igen Konfidenzintervalls zeigte sich, daß der Mittelwert im Stadtteil Altstadt, aber auch in den meisten anderen Stadtteilen signifikant niedriger ist. Greift man exemplarisch die prozentualen Verteilungen eines der die Skala bildenden Items heraus, so geben nur 11,8% der Altstadtbewohner an, nachts draußen allein in der Wohngegend Angst davor zu haben, Opfer einer Straftat zu werden; in Weingarten beträgt der Wert dagegen mit 47,8% ca. das Vierfache. Der ebenfalls stark belastete Stadtteil Stühlinger zeigte hinsichtlich der Furcht der Bewohner keine erhöhten Skalenwerte (Mw = 4,36). Im Vergleich zur Altstadt ergeben sich bei Berücksichtigung des Konfidenzintervalls keine Unterschiede, wohl aber zu Weingarten. Wie auch im Hinblick auf die Altstadt, liegt der Mittelwert (unter Berücksichtigung der Konfidenzintervallgrenzen) des Stadtteils Weingarten über dem 95%igen Konfidenzintervall des Stühlingers.

Neben den die oben dargestellte Skala bildenden Fragen zur Kriminalitätsfurcht in der eigenen Wohnumgebung waren die Freiburger anhand einer offenen Frage gebeten worden, Gebiete außerhalb ihres eigenen Wohnumfeldes zu nennen, in denen sie sich fürchten. Wiederum waren insgesamt drei Nennungen möglich.

Wie Abbildung 17 zeigt, wurde am häufigsten die Altstadt (30,5%) als der Stadtteil angegeben, in welchem die Bürger sich unsicher fühlen. Dies korrespondiert mit der bereits dargestellten starken Kriminalitätsbelastung des Stadtteils und dem damit verbundenen hohen Risiko, Opfer einer Straftat zu werden. Im Gegensatz dazu erleben die Bewohner der Altstadt ihren Stadtteil offensichtlich als weniger gefährlich und angstausslösend.

An zweiter Stelle rangierte allerdings der Stadtteil Weingarten (17,4%). Dies entspricht wiederum der Einschätzung der in Weingarten Lebenden, die ebenfalls ein sehr hohes Maß an Furcht zeigen, steht aber in Diskrepanz zur Kriminalitätsbelastung dieses Stadtteils (zur genauen Verteilung der Angaben vgl. Tabelle 10).

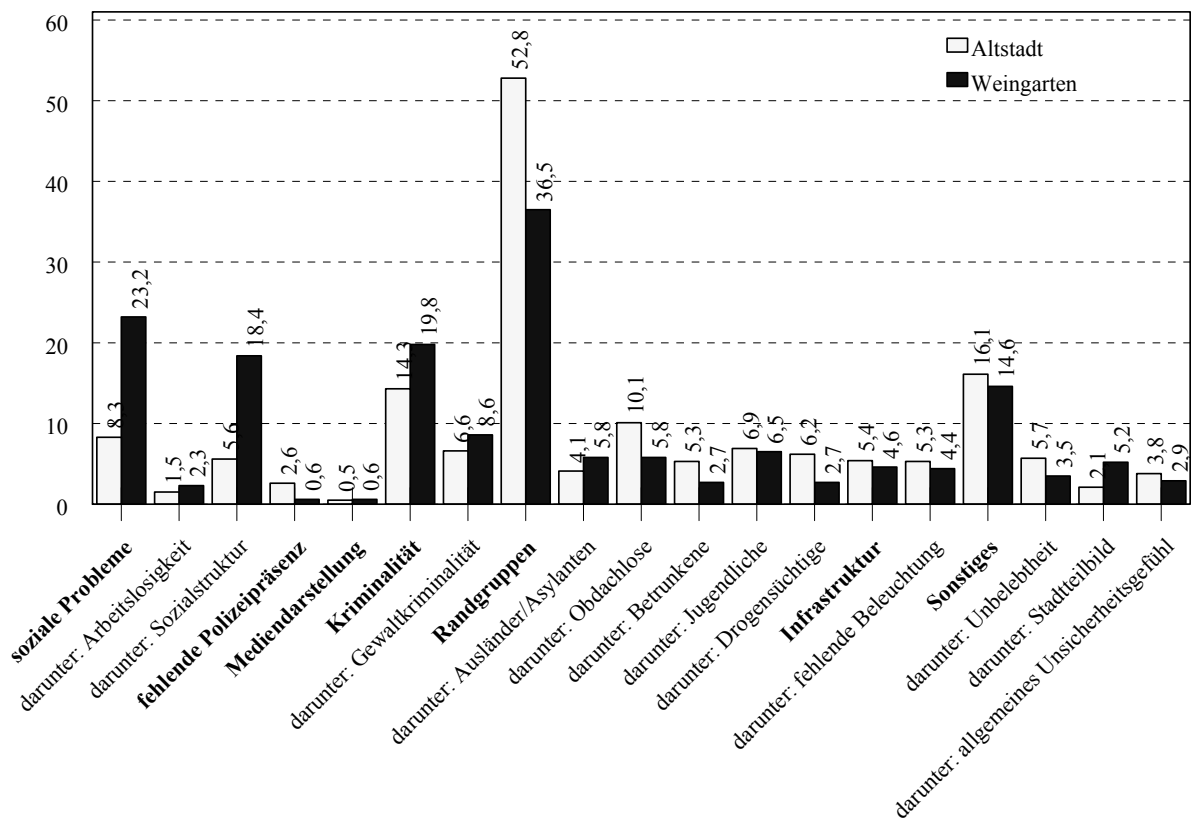
Wiederum zeigt sich eine Zwischenstellung des Stadtteils Stühlinger, hierauf entfallen 6,8% der Angaben. Alle weiteren Stadtgebiete (außer Landwasser: 3,5% der Nennungen) wurden von den Freiburger Befragten nur sehr selten als ein Ort angegeben, an welchem sie sich unsicher fühlen. Hinzu kommt allerdings mit 3,8% der Nennungen noch das Dreisamufer. Dieser Fluß zieht sich in der Ost-West-Achse durch Freiburg und ist daher keinem der Stadtgebiete enger zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um ein beliebtes Gebiet für Freizeitsport (Jogger) und Spaziergang, das gerade in den Sommermonaten auch als Liegewiese gerne genutzt wird; daneben stellt es allerdings eine der Hauptverkehrsadern für Fahrradfahrer in der Stadt dar und ist deshalb auch in den Wintermonaten rege genutzt.

Tabelle 10: Prozentualer Anteil der auf die Stadtteile entfallenden Nennungen zu “Furchträumen” außerhalb des eigenen Wohngebietes (N = 504)

Stadtteil	n Nennungen	%-Anteil Nennun- gen	Stadtteil	n Nennungen	%-Anteil Nennun- gen
Altstadt gesamt	422	30,5	Mooswald	13	0,9
darunter: Hauptbahnhof	172	12,4	Neuburg	14	1,0
darunter: Bertoldsbrunnen	8	0,6	Oberau	1	0,1
darunter: Universität	4	0,3	St.Georgen	3	0,2
Betzenhausen	6	0,4	Stühlinger	94	6,8
Bischofslinde gesamt	30	2,2	Waltershofen	0	0,0
darunter: Seepark	29	2,1	Opfingen	0	0,0
Brühl	5	0,4	Tiengen	0	0,0
Ebnet	0	0,0	Munzingen	0	0,0
Günterstal	3	0,2	Waldsee	5	0,4
Haslach ohne weitere Angaben	114	8,2	Weingarten	241	17,4
Haslach-Egerten	0	0,0	Wiehre ohne weitere Angaben	11	0,8
Haslach-Gartenstadt	2	0,1	Oberwiehre	2	0,1
Haslach-Haid	3	0,2	Mittelwiehre	6	0,4
Herdern	10	0,7	Untervehre	10	0,7
Hochdorf	0	0,0	Zähringen	5	0,4
Kappel	0	0,0	sonstige	47	3,4
Landwasser	48	3,5	Dreisamufer	53	3,8
Lehen	2	0,1	Parkanlagen	18	1,3
Littenweiler	4	0,3	Gesamt	1.385	100

Die bislang dargestellten regionalspezifischen Resultate der Freiburger Untersuchung weisen auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Kriminalitätsbelastung auf der einen und der Verbrechenstfurcht auf der anderen Seite hin. So kann im Hinblick auf das Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend die Information über die “reale” Kriminalitätsbelastung kaum oder wenn, dann nur eine sehr geringe Rolle spielen, wie dies anhand der Beispiele Altstadt (sehr hohe Kriminalitätsbelastung – mittlere Furchtausprägung) und Weingarten (mittlere Kriminalitätsbelastung – sehr hohe Furcht) gezeigt werden konnte. Das faktische Risiko, Opfer zu werden, steht somit in keinem der beiden Stadtteile in einem adäquaten Verhältnis zur Kriminalitätsfurcht (gemessen anhand der emotional-affektiven Variablenkombination). Es ist daher der Einfluß weiterer moderierender Variablen anzunehmen.

Abbildung 18: Ursachen für das Unsicherheitsgefühl in den Stadtteilen Altstadt und Weingarten (aus der jeweiligen Sicht der nicht dort Lebenden)

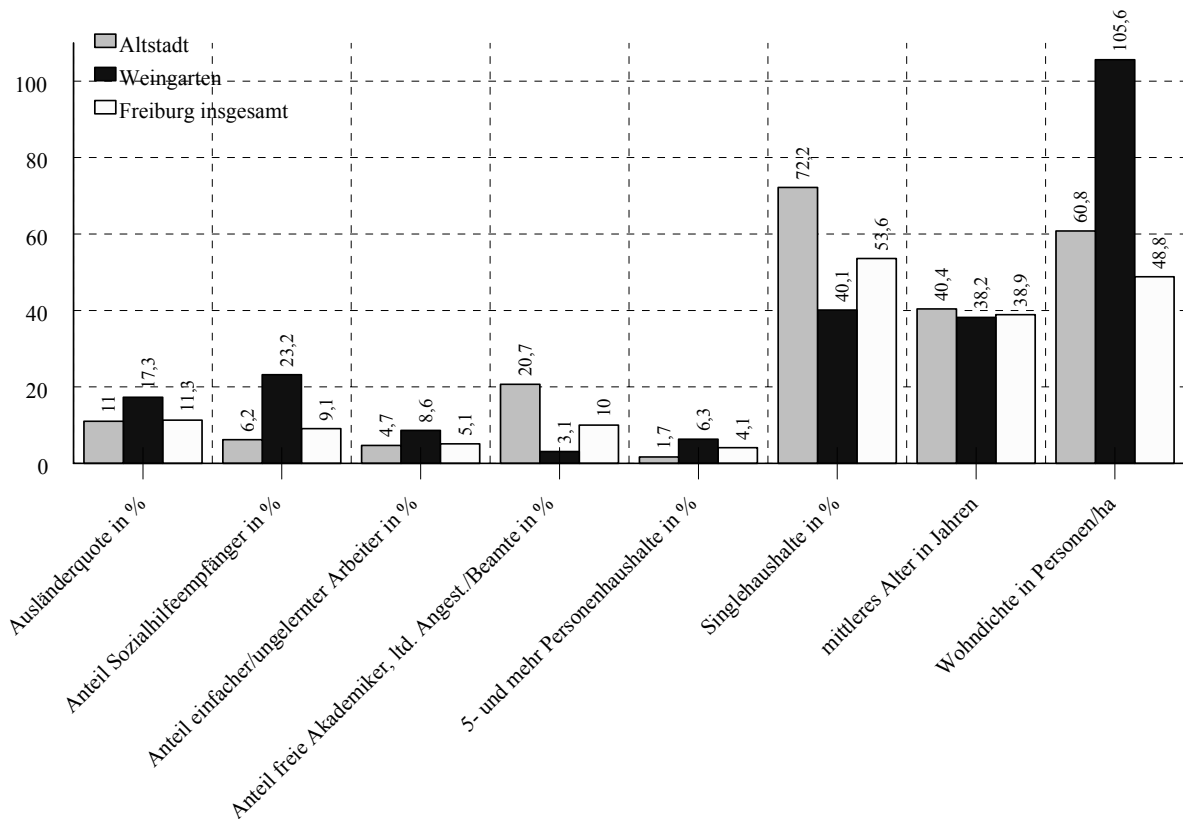


Hier kann die Frage zu den “Furchträumen” einen gewissen Aufschluß geben, da die jeweiligen subjektiven Ursachen für das Unsicherheitsgefühl im “fremden” Stadtteil erhoben wurden. Da die Diskrepanz anhand der beiden Stadtteile Altstadt und Weingarten besonders offensichtlich ist, ist davon auszugehen, daß an diesem Beispiel die intervenierenden Variablen exemplarisch am besten dargestellt werden können. Betrachtet man die in Abbildung 18 dargestellten Ursachen für die Kriminalitätsfurcht in den beiden Stadtteilen aus der Sicht der jeweils nicht dort Lebenden, so kann man feststellen, daß das Vorhandensein sogenannter “Randgruppen”, d.h. gesellschaftlicher Gruppen, die sich durch ein bestimmtes gemeinsames Merkmal auszeichnen, wie z.B. Obdachlose, Drogensüchtige, aber auch auffällige Jugendliche, als hauptsächliche Ursache der Furcht im Vordergrund stehen. Allerdings beträgt der prozentuale Anteil der Nennungen in der Altstadt (52,8%) mehr als das 1,5fache von Weingarten (36,5%). In Weingarten kommt sehr viel stärker als in der Innenstadt die Bedeutung von sozialen Problemen zum Tragen (Weingarten 23,2%; Altstadt 8,3%), hierunter ganz besonders eine ungünstige Sozialstruktur (Weingarten 18,4%; Altstadt 5,6%). Ein interessanter, wenngleich in der absoluten Bedeutsamkeit eher geringer Unterschied zwischen Weingarten und der Altstadt findet sich unter “Sonstiges”: 5,2% der Freiburger geben das spezifische Stadtbild Weingartens (Hochhäuser) als Ursache ihres Unsicherheitsgefühls dort an, bei der Altstadt ist es mit 2,1% weniger als die Hälfte. Das Vorhandensein von Kriminalität als Ursache für das Unsicherheitsgefühl wird für den Stadtteil Weingarten (19,8%) als bedeutender eingeschätzt als für die Altstadt (14,3%), wenngleich es de facto umgekehrt sein müßte, da die Altstadt, wie wir oben sahen, eine höhere Kriminalitätsbelastung hat.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß eine wichtige Ursache für das Unsicherheitsgefühl in der Altstadt in der Wahrnehmung der im Stadtbild täglich sichtbaren “Randgruppen” liegt, so z.B. den Obdachlosen oder Drogen- bzw. Alkoholabhängigen, welche sich in Gruppen zusammenfinden und nicht selten sehr aggressiv betteln, aber auch Jugendlichen, die sich gehäuft am zentralen Ber-

toldsbrunnen in der Innenstadt aufhalten und allein durch ihr subgruppenspezifisches Aussehen, ihr oft auffälliges Verhalten und die unklare Intention ihres Aufenthaltes Unsicherheit bei Passanten auslösen können. In Weingarten hat dagegen zu einem weit größeren Anteil als in der Altstadt die Wahrnehmung oder vielleicht nur die Kenntnis einer ungünstigen Sozialstruktur bzw. des Vorhandenseins sozialer Probleme einen Einfluß auf das Sicherheitsgefühl "Fremder" in diesem Stadtteil. Alle weiteren Ursachen, wie z.B. fehlende Beleuchtung oder auch die Mediendarstellung, wurden vergleichsweise selten genannt und zeigen auch keine spezifischen Verteilungsmuster.

Abbildung 19: Verteilung ausgewählter sozio-struktureller Variablen (Bevölkerungsstatistik)



Inwieweit die soziale Struktur Weingartens im Vergleich zur Altstadt bzw. zu Freiburg insgesamt tatsächlich ungünstiger ist, kann anhand einiger Zahlen der Bevölkerungsstatistik überprüft werden (Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg, Stand 1.1.1995). So stellt Abbildung 19 die Verteilung einiger ausgewählter struktureller Variablen dar, wie Ausländerquote, Anteil der Sozialhilfeempfänger, Anteil der einfachen und ungelerten Arbeiter, freie Akademiker, leitende Angestellte und Beamte, große bzw. Singlehaushalte, mittleres Alter der im jeweiligen Stadtteil Lebenden sowie die Wohndichte. Bei der Darstellung ist zu berücksichtigen, daß auf der Y-Achse unterschiedliche Werte abgetragen werden, so z.B. Prozentwerte, aber auch Altersgruppen und die Anzahl der Personen je Hektar bebauter Wohnfläche; daher überschreitet die Skalierung den Wert 100. Das verbietet selbstverständlich auch einen Vergleich der Höhe der Balken der letzten beiden Gruppen (mittleres Alter, Wohndichte) mit den übrigen.

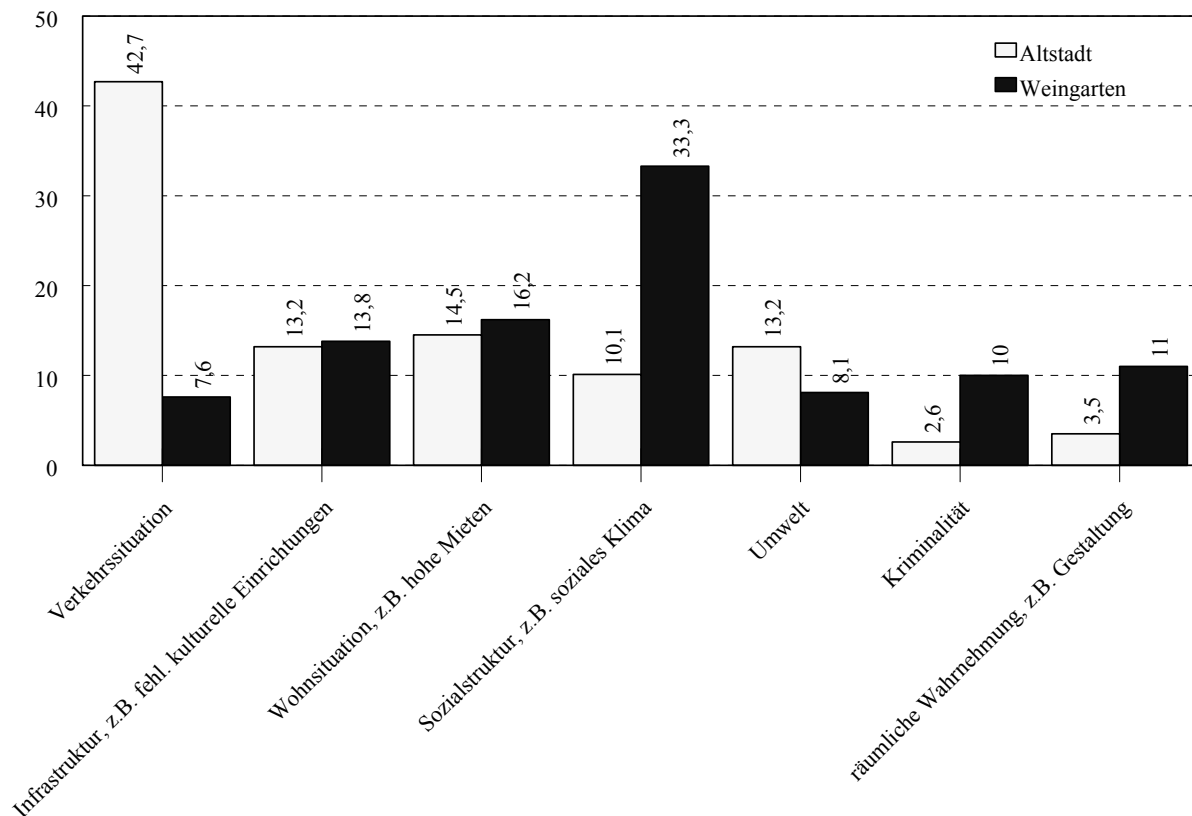
In der Analyse der dargestellten Variablen der Freiburger Bevölkerungsstatistik fällt auf, daß Weingarten eine höhere Ausländerquote (17,3%) als die Altstadt (11,0%) oder auch als Freiburg insgesamt (11,3%) aufweist. Ebenso ist der Anteil der Sozialhilfeempfänger (23,2%) weit überdurchschnittlich (Altstadt 6,2%; Freiburg 9,1%), der Anteil der einfachen und ungelerten Arbeiter ist höher (8,6%; Altstadt 4,7%; Freiburg 5,1%), dagegen sind jedoch gerade die "Statushöheren", d.h. die freien Akademiker, leitenden Angestellten und Beamten in der Altstadt (20,7%) erheblich stärker

ker vertreten als in Freiburg insgesamt (10,0%), v.a. jedoch als in Weingarten (3,1%). Hinzu kommt, daß neben dem geringeren Berufsstatus und dem damit in aller Regel verbundenen geringeren Einkommen der Anteil der großen Familien, d.h. mit fünf und mehr Personen, in Weingarten erheblich höher ist (6,3%) als in der Altstadt (1,7%) oder auch in Freiburg insgesamt (4,1%). Demgegenüber bestehen 72,2% der Haushalte der Altstadt aus Singles, in Weingarten sind es lediglich 40,1%, und damit deutlich weniger als im Freiburger Durchschnitt (53,6%). Dies bedeutet, daß in Weingarten ein verhältnismäßig geringeres Familieneinkommen auf mehr Personen verteilt werden muß als in der Altstadt oder auch im Freiburger Durchschnitt, so daß die Armutsgrenze schneller erreicht wird, was sich auch in dem bereits beschriebenen Anteil der Sozialhilfeempfänger ausdrückt. Das Durchschnittsalter in Weingarten ist mit 38,2 Jahren etwas geringer als im Freiburger Mittel (38,9 Jahre) und deutlich geringer als in der Altstadt (40,4 Jahre). Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, daß innerhalb der größeren Familien mehr Kinder leben als in den in der Altstadt vermehrt vorkommenden Kleinfamilien bzw. Singlehaushalten.

Ein besonders auffälliges und auch "sichtbares" Merkmal Weingartens ist die sehr hohe Wohndichte pro bebautem Hektar (105,6 Personen/ha), die mehr als doppelt so hoch ist als der Freiburger Durchschnitt (48,8 Personen/ha) und auch gegenüber der extrem dichtbebauten Altstadt (Gesamtfläche = bebaute Fläche = 60,8 Personen/ha) erheblich nach oben abweicht. Diese hohe Wohndichte ist auch im Bild des Stadtteils offensichtlich: So entstand Weingarten in den 70er Jahren als eine Art "Satellitenstadt" im Freiburger Westen, dominiert durch zahlreiche Hochhäuser. Der subjektive Eindruck, der beim Besucher Weingartens rasch entsteht, ist der einer, wie es ein Polizeibeamter während einer Tagung einmal ausdrückte, abweisenden "Betonwüste".

Solche Einschätzungen und Erfahrungen deuten darauf hin, daß die Struktur und das Erscheinungsbild eines Areals in erheblichem Maße Einfluß auf das Sicherheitsempfinden der Bürger, Einheimischer wie auch Fremder, haben dürfte. Dies zeigen auch die Ergebnisse einer Befragung, die zur Jahreswende 1991/92 in Freiburg sowie in weiteren Kommunen in Baden-Württemberg und Thüringen durchgeführt wurde (Kury u.a., 1998). Anhand einer offenen Frage wurde im Rahmen dieser Studie nach den dringendsten Problemen der Bürger im eigenen Stadtteil gefragt. Wie Abbildung 20 zeigt, steht für die Altstadtbewohner die Verkehrssituation (42,7% der Nennungen) im Vordergrund; alle anderen Problemfelder spielen im Vergleich dazu eine untergeordnete Rolle, das hat mit den beengten Straßenverhältnissen im Altstadtbereich, aber auch dem dort auftretenden hohen Verkehrsaufkommen zu tun. In Weingarten hingegen erleben die dort lebenden Befragten in erster Linie die soziale Struktur bzw. das soziale Klima (33,3%) als problematisch. Die Verkehrssituation spielt dagegen in diesem jüngeren und verkehrspolitisch großzügiger geplanten, letztlich aber auch vom Durchgangsverkehr nicht betroffenen Stadtteil keine Rolle (7,6%). Auffallend ist, daß in Weingarten 11,0% der Angaben auf den Bereich "räumliche Wahrnehmung" (Gestaltung) entfallen, d.h. in der architektonischen und landschaftlichen Gestaltung des Wohnumfeldes werden Probleme gesehen. Dieser Aspekt spielt in der Altstadt (3,5%) nahezu kaum eine Rolle, was nicht überrascht, da dieser im Gegensatz zu Weingarten architektonisch sehr schön gestaltet ist. Damit fällt die Einschätzung des eigenen Wohnumfeldes in Weingarten erheblich ungünstiger aus als in der Altstadt. Wiederum, und dies verdeutlicht erneut die Diskrepanz zwischen objektiver Kriminalitätslage und subjektiver Kriminalitätseinschätzung, entfallen in Weingarten 10,0% der Problemnennungen im Stadtteil auf den Bereich Kriminalität, in der Altstadt sind es mit 2,6% erheblich weniger, Kriminalität ist dort die seltenste Nennung überhaupt, obwohl, wie oben gezeigt, dieser Stadtteil offensichtlich die höchste Kriminalitätsbelastung in Freiburg hat.

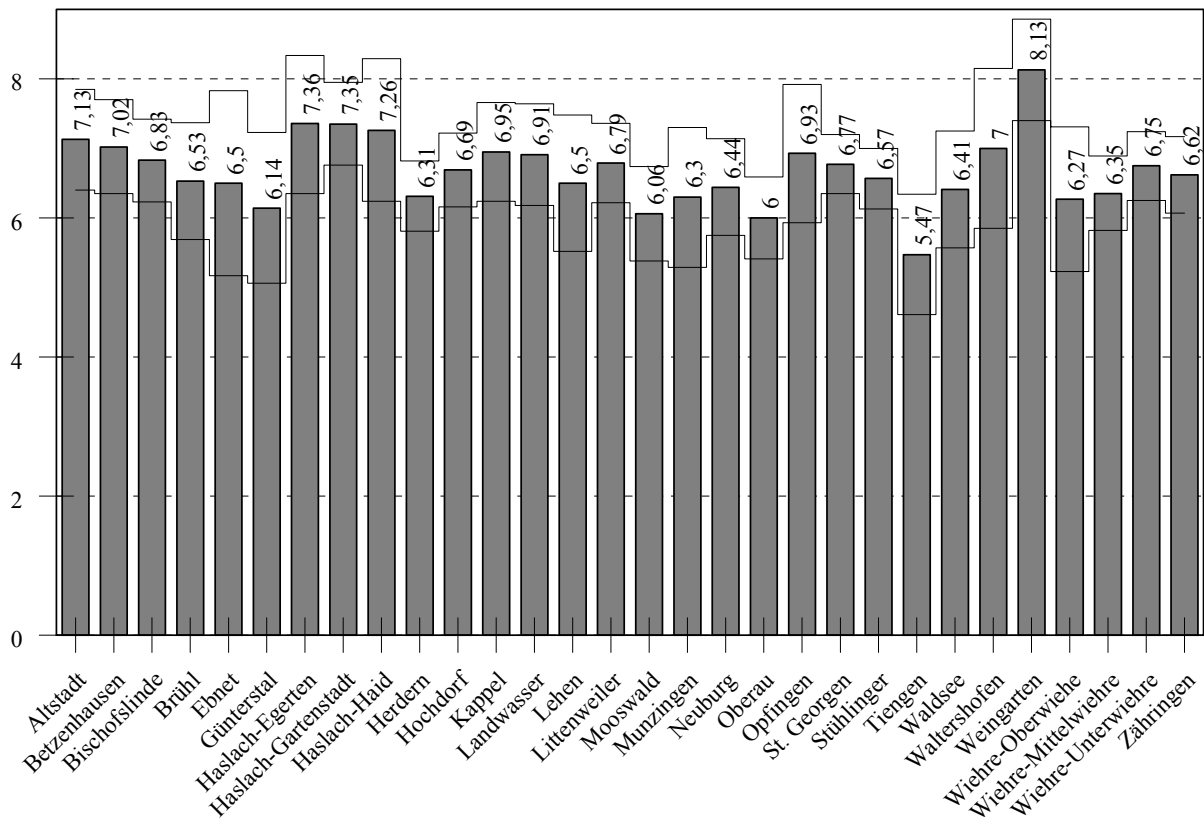
Abbildung 20: Dringendste Probleme in den Stadtteilen Altstadt und Weingarten – Ergebnisse der 1991/92 Freiburg-Studie



Ein letzter Punkt im Rahmen der stadtteilbezogenen Auswertungen der Freiburger Studie befaßt sich mit Einstellungen der Bürger zur Polizei, d.h. mit der oben erstellten Skala Polizei(un)zufriedenheit bezogen auf die jeweiligen Stadtteile. So wurde zwar in den die Skala bildenden Items nach der Zufriedenheit mit der Polizei in der Stadt allgemein gefragt, es ist jedoch anzunehmen, daß vor allem die kleinräumige Wahrnehmung, d.h. die Polizei im eigenen Wohnareal, einen bedeutenden Einfluß auf dieses Werturteil hat.

Wie Abbildung 21 zeigt, ist die Unzufriedenheit mit der Polizei bei den Bewohnern des Stadtteils Weingarten am größten, wenngleich sich zu vielen anderen Stadtteilen eine Überlappung der 95%igen Konfidenzintervalle ergibt. Obwohl beispielsweise der Wert in Weingarten einen Punkt über dem Wert der Altstadt liegt, kann nicht mit 95%iger Sicherheit gesagt werden, daß sich die beiden Stichproben in ihrer Polizeieinschätzung unterscheiden. Zudem fällt auf, daß auch die Bürger aus den an den Stadtteil Weingarten angrenzenden Stadtteilen Haslach-Egerten, -Gartenstadt und -Haid mit der Polizei eher unzufrieden sind. Da, wie bereits gezeigt werden konnte (vgl. oben), die Polizeizufriedenheit relativ hoch mit der Kriminalitätsfurcht korreliert, ergibt sich eine mögliche Erklärungshypothese zur Werteverteilung aus der Überlegung, daß Personen, die ein hohes Maß an Unsicherheit empfinden – dies ist v.a. in Weingarten gegeben – sich durch die Polizei nicht ausreichend geschützt fühlen und diese daher eher negativ bewerten. Eine Alternativhypothese könnte aber auch darin zu sehen sein, daß die Bewohner Weingartens, dessen Sozialstruktur eine gewisse Belastung aufweist (s.o. Analysen zur Sozialstruktur), häufiger mit dem Gesetz und damit auch mit der Polizei in Konflikt geraten und ihr Bild von der Polizei daher eher negativ geprägt ist.

Abbildung 21: Polizei(un)zufriedenheit und Freiburger Stadtteile



Daß keine einfache lineare Beziehung zwischen Furcht und Polizeizufriedenheit besteht, zeigen die Ergebnisse für den Stadtteil Altstadt. Auch hier besteht bei den Bewohnern eine erhöhte Unzufriedenheit mit der Polizei (fünfhöchster Wert), wenngleich die Furcht nicht sehr stark ausgeprägt ist. Vermutlich liegen hier die subjektiv wahrgenommenen Verwahrlosungserscheinungen im Stadtteil unterhalb der Schwelle der Auslösung von Kriminalitätsfurcht, wenngleich jedoch von der Polizei erwartet wird, mehr gegen diese "incivilities" zu unternehmen. Aber auch dies ist nur eine der möglichen Erklärungshypothesen. Letztlich muß nochmals betont werden, daß die Überschneidung der Konfidenzintervalle eine eingehendere Interpretation der Unterschiede nicht zuläßt.

3. Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Faßt man die dargestellten Ergebnisse der 1994 in Freiburg an einer Nettostichprobe von 1.118 Bürgern ab 16 Jahren durchgeführten Untersuchung zusammen, so zeigt sich zum einen, daß ein sehr großer Teil der Befragten (40,1%) innerhalb eines Jahres Opfer mindestens einer der insgesamt 12 erfaßten Straftaten wurde. Dabei lag ein Schwerpunkt der Viktimisierungen im Bereich des Diebstahls persönlichen Eigentums, aber auch Sachbeschädigungsdelikte (allgemein wie speziell am PKW) wurden häufig angegeben. Daneben kam auch dem Gewaltdeliktsbereich über die Kategorie "tätlicher Angriff/Drohung" eine bedeutende Rolle zu. Unter Einbezug der jeweiligen Deliktschwere zeigte sich jedoch, daß die Mehrzahl der angegebenen Opferwerdungen eher dem leichten bis hin zum Bagatellbereich zuzuordnen sind. Daneben konnte gerade bei den Sexualdelikten der sehr relevante familiäre Kontext kaum erfaßt werden. Die meisten berichteten Delikte betrafen Übergriffe von fremden Personen. Dies verdeutlicht ein Problem der Umfrageforschung: Der sehr unpersönliche, schriftliche Zugang gewährleistet zwar auf der einen Seite ein Maximum an Anonymität, auf der anderen Seite ist es aber nicht möglich, der Singularität des Vorfalls Opferwerdung im Erleben des Einzelnen völlig gerecht zu werden, wie dies vielleicht eher durch ein weniger standardisiertes persönliches Gespräch möglich wäre.

Was die Anzeigequoten der erlittenen Opferwerdungen betraf, so zeigte sich ein deutliches Gefälle zwischen Delikten, die grundsätzlich oder mit großer Häufigkeit über Versicherungen abgedeckt werden (z.B. PKW-Diebstahl, aber auch Diebstahl an/aus PKW und Wohnungseinbruch) und Delikten, bei denen dies nicht der Fall ist (z.B. tätlicher Angriff/Bedrohung). Geht man diesem Gefälle weiter nach und betrachtet die Ursachen für die Nichtanzeige der Viktimisierung, so zeigt sich zum einen recht häufig, daß eine Vielzahl der Delikte von den Opfern als nicht schwerwiegend genug empfunden wurden. Zum anderen stellte aber auch mangelndes Vertrauen in die Arbeit der Polizei einen wichtigen Grund für die Nichtanzeige dar. Lediglich bei den Körperverletzungs- und Sexualdelikten spielt die Angst vor einer möglichen Vergeltung des Täters eine Rolle bei der Anzeige bzw. Nichtanzeige.

Da die Opferwerdung der Bürger einer Kommune vor allem dann einen relevanten Aspekt der Planung kommunaler Kriminalprävention darstellt, wenn die Viktimisierungen im Gebiet der jeweiligen Stadt stattfinden, wurde der Ort der Viktimisierung bezogen auf das jeweils letzte zugestoßene Delikt erfaßt. Dabei zeigte sich, daß, abgesehen von Raubstraftaten, alle anderen Delikte hauptsächlich in der eigenen Wohngemeinde geschahen. Dabei war es besonders das eigene engere Wohnumfeld, das als Ort der Viktimisierung eine besondere Häufigkeit zeigte. Dies unterstreicht die Notwendigkeit der Focussierung von Präventionsbemühungen auf den engeren lokalen Raum.

Geht man der Frage nach, wer in erster Linie die Opfer der erfaßten Straftaten sind, so zeigt sich, daß vor allem männliche Jugendliche aber auch junge Frauen gehäuft Opfer von Straftaten werden. Ab dem 40. bzw. 45. Lebensjahr geht die Prävalenzrate bei beiden Geschlechtern deutlich zurück und erreicht ihren tiefsten Stand in der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner. Dies zeigt, daß nicht nur der übertragene Opferbegriff im Sinne eines Opfers des strukturellen gesellschaftlichen Wandels, des Lehrstellenmangels oder fehlenden Arbeitsplatzangebots auf Jugendliche anzuwenden ist (vgl. z.B. Palauro 1989), sondern daß junge Menschen offensichtlich auch bevorzugt direkt Opfer von Straftaten werden und daher Präventionsmaßnahmen nicht nur einseitig auf junge Menschen als Täter ausgerichtet sein dürfen, sondern daß auch ihr erhöhtes Risiko, selbst viktimisiert zu werden, mit in Betracht gezogen werden muß.

Nicht nur die "harten" Variablen wie beispielsweise die Kriminalitätsbelastung – auch erfaßt über Opferwerdungen – sondern vor allem "weiche" Einstellungsvariablen wie im Besonderen die Kriminalitätsfurcht der Bürger spielen zunehmend eine bedeutende Rolle in der Konzeption von Kriminalprävention. Hintergrund dieser Überlegung ist die, letztlich auch als Wirtschafts- und Standortfaktor bedeutsame, Lebensqualität in der Stadt. Wie eine Auszählung der in den Fragebogen aufgenommenen Variablen zeigte, ist die Furcht der Freiburger Befragten nicht sehr hoch ausgeprägt. So denken nur wenige an eine mögliche Opferwerdung, besonders die eigene Wohnung wird als sehr sicher empfunden. Auch die eigene Wohngegend wird vom Gros der Befragten als zumindest ziemlich sicher eingeschätzt. Demgegenüber fällt jedoch auf, daß ein vergleichsweise hoher Prozentsatz von Befragten Einschränkungen im alltäglichen Verhalten auf sich nimmt in dem Sinne, daß bestimmte Örtlichkeiten gemieden werden, um zu verhindern, daß etwas passieren könnte. Dies weist deutlich auf den bereits beschriebenen Effekt der Einschränkung der Lebensqualität selbst durch ein gewisses Unsicherheitsgefühl hin, selbst dann, wenn der Bereich der eigentlichen Verbrechenfurcht noch gar nicht erreicht ist.

Um die Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsfurcht und weiteren sozio-demographischen Variablen zu prüfen, wurden zunächst zur Ermittlung einer homogenen Furchtskala Faktoren- sowie Reliabilitätsanalysen durchgeführt. Es zeigte sich, daß eine Skala bestehend aus dem sogenannten "Standarditem" (Furcht nachts draußen allein in der Wohngegend) sowie einem Item zur Furcht vor Opferwerdung in der Wohngegend die besten Testgütekriterien aufwies. Diese gebildete Skala wurde als Kriterium zusammen mit den Prädiktoren Geschlecht, Alter, Schulabschluß, Haushaltsgröße, Netto-Haushaltseinkommen und selbsterlebter Opferwerdung einer linearen Regressionsanalyse unterzogen. Außer der Haushaltsgröße ergaben sich für alle weiteren Prädiktorvariablen signifikante t-Werte. Ein besonders hohes Beta-Gewicht ergab sich für die Variable Geschlecht. Bei anschlie-

ßender Darstellung der Mittelwerte der einzelnen Kategorien der jeweiligen unabhängigen Variablen zeigte sich, daß Frauen ein wesentlich höheres Maß an Furcht aufwiesen als Männer, ein immer wieder gefundenes Ergebnis. Der ebenfalls durchgeführte Mittelwertvergleich anhand einer Kovarianzanalyse erbrachte ein hochsignifikantes Ergebnis.

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Alter und Furcht konnte tendenziell eine Art U-Funktion festgestellt werden. So zeigten gerade die jüngsten, aber auch die älteren Altersgruppen erhöhte Kriminalitätsfurcht. Dies zeigt, daß das Kriminalitäts-Furcht-Paradox (vgl. z.B. Boers 1991; Fattah 1993) im Sinne einer höheren Furcht bei Personen mit niedrigem Viktimisierungsrisiko (v.a. ältere Menschen) so nicht aufrechterhalten werden kann. Zwar trifft die Grundaussage einer höheren Furcht Älterer zu, aber andererseits ist auch die Furcht bei Personen mit hohem Risiko (junge Menschen) erhöht (vgl. zu neueren Befunden zum Kriminalitäts-Furcht-Paradox Kury & Obergfell-Fuchs 1998, 1998a). Auf der anderen Seite bedeutet dies aber auch, daß die bisher häufige Fokussierung im Rahmen von Prävention auf jüngere Menschen als Täter nicht nur im Hinblick auf deren gleichzeitig erhöhtes Opferrisiko erweitert werden muß, sondern daß auch die subjektiven Parameter, wie Kriminalitätsfurcht, in diesen Altersgruppen deutlich ausgeprägt sind und damit berücksichtigt werden sollten.

Die gefundenen Mittelwertsunterschiede im Bereich des Schulabschlusses (geringe Furcht bei höherem Abschluß) und des Haushaltseinkommens (tendenzielle umgekehrte U-Funktion) weisen auf die Bedeutung des Lebensumfeldes der Personen hin. So wurde die Hypothese aufgestellt, daß die beiden genannten Variablen in hohem Maße die Wahl des Wohnumfelds beeinflussen, welches, dies zeigen die späteren Auswertungen zur Stadtteilstruktur, erhebliche Rückwirkungen auf das Sicherheitsgefühl hat.

Weiterhin konnte gezeigt werden, daß die Kriminalitätsfurcht der innerhalb des erfaßten Zeitraums viktimisierten Personen höher war als die der Nichtopfer. In diesem Zusammenhang wurden auch die methodischen Aspekte der Opferkategorisierung diskutiert, v.a. die Relativität angesichts der zeitlich begrenzten Erfassung von einem Jahr spielt dabei eine besondere Rolle. Die Ergebnisse weisen jedoch darauf hin, daß die relative zeitliche Nähe zwischen Zeitpunkt der Opferwerdung und Zeitpunkt der Erhebung eine wichtige Rolle spielt.

Die Polizei spielt, allein schon über ihren Auftrag der Verbrechensbekämpfung und -verhütung, natürlich eine sehr zentrale Rolle im Rahmen kommunaler Kriminalprävention. Da aber gerade hier der Kontakt zum Bürger eine wichtige Stellung einnimmt, ist die Sicht der Bürger und deren Einstellungen gegenüber der Polizei von erheblichem Interesse. So waren in das Instrument unterschiedliche Aspekte zum Bereich Polizei aufgenommen worden. In einem ersten Schritt wurde die Kenntnis der Freiburger über die Erreichbarkeit der Polizei im eigenen Wohnumfeld erfaßt. Dabei zeigte sich, daß zwar der großen Mehrheit die nächstgelegene Polizeidienststelle bekannt ist, ob dort aber jedoch beispielsweise auch nachtsüber jemand zu erreichen sei, war beinahe der Hälfte der Befragten nicht bekannt.

Es fiel auf, daß ein großer Teil der befragten Freiburger angab, seit doch recht langer Zeit keine Polizeistreife mehr im Wohngebiet gesehen zu haben. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß häufigere Streifentätigkeit von einer deutlichen Mehrheit gewünscht wurde. So mag es zwar durchaus sein, daß auch in den Gegenden, in denen nach Ansicht der Bürger äußerst selten Polizeistreifen zu sehen sind, diese evtl. in Zivil oder im Zivilfahrzeug Streifen durchführen; da sie jedoch für den Bürger in dieser Form nicht ohne weiteres als Polizisten erkennbar sind, können solche Streifen nichts oder nur wenig zum Sicherheitsgefühl der Bürger beitragen (vgl. Murck 1980, S. 74; Police Foundation 1981; Wilson & Kelling 1982; 1996; Clarke & Hough 1984; Killias 1997).

Hinsichtlich der Einschätzung der Qualität der Polizeiarbeit zeigten die Freiburger Bürger eher eine gewisse Zurückhaltung. Auf einer Notenskala von 1 bis 6 wurde sowohl die Polizeiarbeit allgemein als auch deren Arbeit bezüglich der Verbrechensbekämpfung im Mittel zwischen 3 und 4 eingeordnet.

Diese beiden Variablen (Zufriedenheit mit der Polizei allgemein und hinsichtlich Verbrechensbekämpfung) konnten anhand einer Faktoren- und Reliabilitätsanalyse zu einer homogenen und sehr trennscharfen Skala zusammengefaßt werden. Eine lineare Regressionsanalyse unter Einbezug der Prädiktoren Geschlecht, Alter, Schulabschluß, Haushaltsgröße, Netto-Haushaltseinkommen und Opferwerdung zeigte, daß nur die Variablen Alter und Opferwerdung signifikante Einflüsse auf die Zufriedenheit mit der Polizei hatten. Bei einer anschließenden Betrachtung der jeweiligen Mittelwertsverteilungen anhand einer Kovarianzanalyse ergaben sich bezüglich des Alters keine signifikanten Unterschiede, lediglich jüngere Befragte zeigten tendenziell eine etwas distanziertere Haltung gegenüber der Polizei.

Demgegenüber zeigten Personen, die im Referenzzeitraum Opfer einer Straftat geworden waren, eine deutlich reserviertere Haltung gegenüber der Polizei als Nichtopfer. Dies korrespondiert mit dem häufig als Grund für eine Nichtanzeige angegebenen fehlenden Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Somit scheint das Viktimisierungserlebnis einen durchaus bedeutsamen Einfluß auf die Bewertung der Polizei zu haben.

Es konnte ebenfalls ein bedeutsamer korrelativer Zusammenhang zwischen Polizeizufriedenheit und Kriminalitätsfurcht derart festgestellt werden, daß eine nahezu lineare Beziehung zwischen ansteigender Kriminalitätsfurcht und zunehmender Unzufriedenheit mit der Polizei bestand.

Bezüglich der subjektiven Problemsicht der Freiburger Bürger ergab sich eine erhebliche Abhängigkeit von der Art der Fragestellung (vgl. Kreutz & Titscher 1974, S. 50f; Schuman & Presser 1977; Schwarz u.a. 1985; Hippler & Schwarz 1987). So konnten anhand einer geschlossenen Frage zum Stellenwert der Kriminalität im Kanon der kommunalen Probleme die Ergebnisse der Stuttgarter, Krefelder bzw. Düsseldorfer Untersuchungen bestätigt werden, nach denen die Kriminalität eine sehr große Relevanz für die Bürger hat. Demgegenüber zeigte die Erfassung der Freiburger Probleme anhand offener Kategorien, daß Kriminalität in der Sicht der Freiburger zwar ein wichtiges, bei weitem aber nicht das wichtigste Problem darstellt. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kam die Bremer Opferbefragung (vgl. Mix u.a. 1998). Auf diese Diskrepanz wies bereits Kerner (1980) hin. So kommt er in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Kriminalität bei offener Frage ohne vorherige Hinweise zwar ein immer noch erhebliches, nicht jedoch das wichtigste Problem der Deutschen sei (S. 112ff.). Bei Vorgabe eines Problemkataloges gäbe es allerdings kaum jemanden in der Bevölkerung, der die Verstärkung der Verbrechensbekämpfung als eine wichtige Aufgabe des Staates nicht als relevant erachte (S. 121ff.). Unter Einbeziehung zahlreicher internationaler Befunde, welche die Ergebnisse Kerners bestätigten, kommt er zu der Schlussfolgerung, "daß auf der einen Seite die Problemnennung die befragten Bürger durchweg dazu bringt, die Kriminalität bzw. die Verbrechensbekämpfung höher einzustufen als bei offener Befragung" (S. 128). Auch Boers (1991) kommt bei Analyse der vorliegenden Forschungsliteratur zu dem Schluß: "In der Regel gelangte 'Kriminalität' oder 'Verbrechensbekämpfung' bei geschlossener Fragestellung auf den dritten Rang (...) Während dieses Problem dann, wenn es in einer offenen Frage nicht ausdrücklich angesprochen wurde, auf einen unteren Rang absank, hier also eher 'vergessen' wurde." (S. 159f).

Hieraus wird deutlich, daß je nach Art der Fragestellung nahezu "beliebige" Resultate erzielt werden können. Dies ist besonders für die Planung kommunaler Kriminalprävention von Bedeutung, da auf der Grundlage solcher kriminalgeographischer Analysen unter Umständen bereits durch die Art der Erhebung "Scheinprobleme" geschaffen werden und eine hierauf basierende, spätere Umsetzung von Maßnahmen möglicherweise an den eigentlichen Problemlagen der Bürger vorbeigeht. So erlaubten die in unserer Untersuchung erhobenen offenen Fragen nicht nur eine differenzierte Erfassung der kommunalen Problemlage aus Sicht der Bürger, sondern auch die möglichen Ursachen und Maßnahmen zur Verringerung der lokalen Kriminalität wurden sehr differenziert benannt. Dabei standen v.a. sozio-ökonomische Ursachen der Kriminalitätsentwicklung (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Armut oder auch das verstärkte Auftreten gesellschaftlicher "Randgruppen") im Vordergrund. Trotz einer sehr deutlichen Betonung der sozialen Problemlagen wurde die Verstärkung der Polizeipräsenz als wichtigste Maßnahme der Kriminalitätsbekämpfung angesehen. Dies weist

nochmals eindrücklich auf die hervorgehobene Rolle der Polizei im Rahmen der Kriminalprävention hin. Sie stellt in der Sicht der Bürger letztlich den Garanten öffentlicher Sicherheit dar. Allein aus diesem Blickwinkel heraus sind Ansätze wie das "Community Policing" im Sinne einer bürgernahen Polizeiarbeit – einer Polizei zum "Anfassen" – besonders wichtig.

Zentrale Aussage der abschließenden stadtteilbezogenen Auswertungen war, daß Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht im Hinblick auf ihre örtliche Verteilung in keinem bzw. nur geringem Zusammenhang stehen und am Vorhandensein eines Unsicherheitsgefühls innerhalb einer bestimmten Gegend weitere Faktoren (v.a. der Faktor Lebensumwelt) als nur die Kriminalität allein beteiligt sind. So gehen beispielsweise Lewis und Salem (1981) unter Berücksichtigung ihrer für den Bereich der Kommunalen Kriminalprävention entwickelten Perspektive der sozialen Kontrolle davon aus, daß Kriminalität ein Indikator des Verfalls lokaler moralischer Ordnung und des Fehlens sozialer Kontrolle in der Kommune darstellt. Dementsprechend ist Kriminalitätsfurcht eine kontingente Reaktion auf das Wahrnehmen von Anzeichen dieser Desorganisation im Lebensraum (S. 420). Lewis und Maxfield (1980) beschreiben, daß die Besorgnis der Bürger, angesichts der relativ geringen Wahrscheinlichkeit Opfer einer Straftat zu werden, sehr viel eher aus anderen Faktoren nachbarschaftlichen Zusammenlebens gespeist wird. So würden laut lärmende Jugendliche oder Obdachlose als sehr viel gefährlicher empfunden als Räuber oder Taschendiebe, und auch von leerstehenden Gebäuden und verlassenem Straßen gehe mehr Furcht aus als von Privathäusern, in welchen letztlich ein Großteil der Gewaltverbrechen geschehe (S. 179). Sie kommen zu dem Ergebnis, "it is the combination of concern with crime and incivility that affects neighborhood fear levels" (S. 185). So ist die Furcht dort besonders hoch, wo Kriminalitätsraten und die soziale Desorganisation, die "incivilities", hoch sind, wobei Lewis und Maxfield davon ausgehen, daß dort, wo die soziale Desorganisation kein offensichtliches Problem darstellt, die Bewohner Bewältigungsstrategien entwickeln, auch mit einer hohen Kriminalitätsrate umzugehen (S. 185). Zwar sieht Boers (1991, S. 120) diese Rolle der sozialen Desorganisation eher skeptisch, es finden sich in Freiburg jedoch Befunde, welche in die von Lewis und Maxfield (1980) sowie Lewis und Salem (1981) beschriebene Richtung weisen.

So konnte gezeigt werden, daß dort, wo die Kriminalitätsbelastung sowohl auf objektiver (PKS) wie auch auf subjektiver Ebene (Opferbefragung) sehr hoch ist (Altstadt), die Bewohner eine nur geringe Kriminalitätsfurcht zeigten. Dies bedeutet, daß das hohe Risiko, Opfer zu werden, keine oder kaum Auswirkungen auf das Erleben von Furcht im affektiven Sinne hat. Demgegenüber zeigte sich erhöhte Kriminalitätsfurcht der Bewohner an Orten, an denen die Kriminalitätsbelastung nicht vom Durchschnittsbereich nach oben abwich (Weingarten). Bei Betrachtung der Unterschiede zwischen diesen beiden Stadtteilen konnte man feststellen, daß dort, wo ein hohes Maß an Kriminalitätsfurcht vorhanden war, auch die sozialen Bedingungen deutlich ungünstiger ausfielen, wohingegen eine hohe Kriminalitätsbelastung und gleichzeitig geringe Furcht mit einem überdurchschnittlich hohen sozialen Status der Bewohner einherging.

Unter Anwendung der von Lewis und Maxfield (1980) bzw. Lewis und Salem (1981) aufgestellten Annahmen und der Überlegung, daß – obwohl den Bewohnern der Altstadt aus den jährlich in der Presse veröffentlichten Kriminalstatistiken der Polizei bekannt sein müßte, daß in ihrem Stadtteil ein Großteil der Kriminalität Freiburgs geschieht –, die günstige soziale Struktur und das damit verbundene Maß an sozialer Kontrolle innerhalb der Bewohner der Altstadt ein Art Schutzmechanismus gegenüber der Kriminalitätsfurcht bilden, obwohl gerade dort sich zahlreiche Obdachlose und Drogenabhängige an öffentlichen Plätzen aufhalten und zum Teil durch aggressives Verhalten auffallen. Andererseits muß jedoch betont werden, daß in diesem Stadtteil, der das kommerzielle, kulturelle und auch touristische Zentrum Freiburgs darstellt, auch ein sehr hohes Maß an offizieller sozialer Kontrolle durch verstärkte Polizeipräsenz vorhanden ist, was auch dazu führt, daß ein bestimmtes Maß an Randgruppenpräsenz nicht überschritten wird. Zudem werden trotz der starken Anwesenheit sozialer Randgruppen keine Anzeichen sozialen Verfalls sichtbar, da gerade sowohl die Stadtreinigung als auch die Verkehrsbetriebe und letztlich die Einzelhändler bemüht sind, et-

waige entstehende Zeichen von Verwahrlosung wie Müll auf der Straße oder auch Graffiti an den Wänden so rasch wie möglich zu beseitigen. Damit ist für die Bewohner keine Zunahme sozialen Verfalls sichtbar. An die bereits erwähnten Obdachlosen und sich in Gruppen zusammenfindenden Jugendlichen sowie deren Verhalten konnten sie sich im Laufe der Jahre gewöhnen, sie stellen keine "Bedrohung" dar, da diese gewisse Grenzen nicht überschreiten und hierfür auch von den Ordnungsbehörden gesorgt wird.

Anders jedoch die Sichtweise der nicht in der Altstadt lebenden Freiburger. Für sie sind, wenn gleich sie als Einpendler vielleicht sogar täglich mit ihnen konfrontiert sind, diese Randgruppen weiterhin eine Art "Fremdkörper", da sie deren Verhalten in aller Regel tagsüber, unter der Bedingung hoher formeller wie auch informeller sozialer Kontrolle, erleben, jedoch durch die deutlich geringere Erfahrung nur schwerlich antizipieren können, wie sich deren Verhalten unter Bedingungen geringer sozialer Kontrolle, z.B. nachts, darstellt. So ist anzunehmen, daß von den "Auswärtigen" die Wahrnehmung zahlreicher Randgruppen in der Innenstadt als ein Zeichen sozialen Verfalls gewertet wird. Tagsüber, wenn die Straßen belebt sind, mögen die Obdachlosen, Bettler oder Punks kein Gefühl der Bedrohung auslösen, eine Antizipation derselben Situation unter der Bedingung geringer sozialer Kontrolle (nachts, unbelebte Straßen) mag dagegen ein verstärktes Unsicherheitsgefühl auslösen. Wenn sich diese Einstellungen zudem mit dem Wissen um die hohe Kriminalitätsbelastung der Altstadt verbinden, so ist das gefundene Ergebnis, daß in erster Linie die Altstadt von den nicht dort Lebenden als "Furchtraum" bezeichnet wurde, sehr gut verständlich (vgl. auch Garofalo & Laub 1978). Hinzu kommt, daß die Bürger bekanntermaßen ihren Stadtteil in dem sie leben in der Regel als weniger angstaussendend beschreiben als Fremde, schon deshalb, weil sie diesen kennen und mit den dortigen Problemen umzugehen gelernt haben. Das Gefühl zu wissen, was los ist, wie man mit den Gegebenheiten zurecht kommt, schafft auch Sicherheit.

Hinsichtlich des Stadtteils Weingarten sind dagegen die Antworten der dort Lebenden und der "Auswärtigen" überraschend ähnlich. Beide Gruppen fühlen sich hier unsicher. Wiederum sind es die sichtbaren Zeichen "sozialen Verfalls", der sich hier zwar nicht in dem Maße wie in der Altstadt im Vorhandensein von Randgruppen ausdrückt – wenn gleich auch hier Jugendliche, die bestimmten Subkulturen zuzurechnen sind (z.B. Skater), in größeren Gruppen anzutreffen sind –, sondern sehr viel eher in einer allgemeinen Verwahrlosung des Gebietes (z.B. Müll auf den Rasenflächen), verbunden mit einer abweisenden und wenig attraktiven Architektur. Anders jedoch als in der Altstadt stellt in der Sicht der Bewohner die Nachbarschaft keine positive soziale Struktur dar, wie sie beispielsweise im hohen Status der in der Altstadt Lebenden festzustellen ist. Der Stadtteil Weingarten zeigt nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten, entstehende Anzeichen sozialen Verfalls (Graffiti, Beschädigungen) werden nicht oder nur spät beseitigt. Damit fehlen die im Zusammenhang mit der Altstadt dargestellten Kompensationsmöglichkeiten, und die Furcht vor Kriminalität und das Unsicherheitsgefühl im eigenen Wohnumfeld steigen. Hinzu kommt, daß der Stadtteil Weingarten im allgemeinen Bild der Freiburger Bevölkerung als Hochhaussiedlung ein schlechtes Image trägt, was sowohl auf das Bild der Bewohner im Sinne einer gewissen Stigmatisierung, in einem Stadtteil zu leben, den man am besten meidet, und in dem nur diejenigen bleiben, die sich nichts Besseres leisten können, niederschlägt, aber auch in die Einschätzung der nicht dort Lebenden hinsichtlich der Sicherheit mit eingeht.

In einem letzten Untersuchungsschritt konnte gezeigt werden, dass, wenn gleich Kriminalitätsfurcht und Polizeizufriedenheit deutlich miteinander korrelierten, eine der Furcht vergleichbare Verteilung auf der Ebene der Stadtteile nicht zu ermitteln war. Für die Polizeizufriedenheit dürften, anders als für die Furcht, die Hinweisreize, welche eine negative Einstellung auslösen, deutlich niederschwelliger sein. So sind zwar – gemäß der o.g. Annahmen – für die Bürger der Altstadt die "alltäglichen incivilities" kein Anlaß für eine erhöhte Furcht, dennoch nehmen sie diese vermutlich als zumindest lästig wahr und sehen die Polizei in der Pflicht, Abhilfe zu schaffen. Da jedoch von deren Seite ein Deeskalations- und (bedingtes) Duldungskonzept angewandt wird, steigt die Unzufriedenheit aufgrund mangelnden Durchgreifens. Diese Komplexität im Gefüge der erhobenen Variablen, aber

auch die letztlich offenen und lediglich hypothetischen Erklärungsansätze weisen nochmals eindrücklich auf die Notwendigkeit einer vorsichtigen, keinesfalls übereilten, sondern eher auf Bedingungsgefüge achtenden Planung Kommunalen Kriminalprävention hin. Mit der Studie und deren Ergebnissen konnte auch die Wichtigkeit solcher fundierter Kriminalitätslagebilder für die gezielte Planung kommunaler kriminalpräventiver Maßnahmen belegt werden.

Literatur

- Aben, R. (1992): Kriminologische Regionalanalyse Lübeck. In: K.-F. Koch (Hrsg.), Kriminalitätslagebilder (S. 305-341). Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Aben, R. (1992a): Kriminologische Regionalanalyse Lübeck. Untersuchungen zur Kriminalität und Kriminalitätseinschätzung in Lübeck – eine Grundlage für die Planung der kommunalen Kriminalprävention. Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, 2/3, 77-106.
- Albrecht, G. (1993): Kriminalgeographie, Städtebau und Kriminalität. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), Kleines Kriminologisches Wörterbuch, 3. Aufl. (S. 226-236). Heidelberg: C.F. Müller Juristischer Verlag.
- Ammer, A. (1993): Kommunale Kriminalprävention – Chancen durch kommunale Räte für Kriminalitätsverhütung. In: Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein (Hrsg.), Dokumentationsreihe Band 2. Kiel.
- Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Landeshauptstadt Düsseldorf (1994): Leben in Düsseldorf. Düsseldorfer Bürger-Umfrage 1994. Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 41.
- Bässmann, J. & Vogt, S. (1997): Community Policing. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.). (1994): Die bayerische Sicherheitswacht. Bürger tragen Mitverantwortung für die Innere Sicherheit. München.
- Behring, A., Göschl, A., & Lustig, S. (1996): Zur Praxis einer "Kultur des Hinschauens". Kriminalistik, 50(1), 49-54.
- Bick, W. & Dobroschke, W. (1995): Leben in Frankfurt am Main. Erste Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung '94. Pressekonferenz am 25. Januar 1995 im Presse- und Informationsamt Frankfurt am Main. Frankfurt: Amt für Statistik und Einwohnerwesen.
- Bick, W. & Dobroschke, W. (1995a): Leben in Frankfurt am Main. Erste Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung '95. Frankfurter Statistische Berichte, 4 '95, 258-283.
- Birzele, F. (1995): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg – Von der Idee zur Umsetzung. In: T. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (S. 3-9). Holzkirchen: Felix Verlag.
- Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.
- Bradburn, N. M., Rips, L. J., & Shevell, S. K. (1987): Answering autobiographical questions: The impact of memory and inference on surveys. Science, 236, 157-161.
- Burghard, W. (1993): Auf der Suche nach besseren Wegen. Kriminalistik, 47(2), 103-104.
- Clarke, R. V. & Hough, M. (1984): Crime and police effectiveness. London: Her Majesty's Stationery Office.
- Coston, C. T. M. (1998): Methodological shortcomings in the measurement of the concept of "fear" in criminal justice research. The Victimologist, 2(1), 1-4.**
- Council of Europe (1988): Organisation of crime prevention. Recommendation No. R (87) 19 adopted by the Committee of Ministers of the Council of Europe on 17 September 1987 and Explanatory memorandum. Strasbourg: Council of Europe, Publications and Documents Division.
- Der Spiegel (1997): Der Ruf nach mehr Obrigkeit. 28/1997, 48-51.
- Der Spiegel (1997): Verfolgen, verhaften, einsperren. 29/1997, 126-135.
- Die Zeit (1997): Das Wunder von New York. Nr. 14, 28.3.1997, 7.

- Dörmann, U. (1996): Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Dorning, M. (1995): Lower murder rate small comfort to America. Chicago Tribune, 17.
- Dreher, G. (1996): Kommunale Kriminalprävention: Anliegen, Grundgedanken und Ertrag bisheriger Bemühungen. Die Polizei, 7/96, 173-183.
- Dreher, G. (1998): Zero Tolerance – Kriminalitätsbekämpfung nach New Yorker Modell – ein Weg für Deutschland? Die Entscheidung, 46(5), 32-34.
- Dreher, G. & Feltes, T. (Hrsg.) (1997): Das Modell New York: Kriminalprävention durch 'Zero Tolerance'? Holzkirchen: Felix Verlag.
- Erbslöh, B. & Koch, A. (1988): Die Non-Response-Studie zum ALLBUS 1986: Problemstellung, Design, erste Ergebnisse. ZUMA-Nachrichten, 22, 29-44.
- Fattah, E. A. (1993): Research on fear of crime: Some common conceptual and measurement problems. In: W. Bilsky, C. Pfeiffer & P. Wetzels (Hrsg.), Fear of crime and criminal victimization (S. 45-70). Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Feltes, T. (1994): Kommunale Kriminalprävention: Ausgangspunkt und Ziele. In: T. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention – Modelle und Erfahrungen. Texte Nr. 3 (S. 5-8). Villingen-Schwenningen.
- Feltes, T. (Hrsg.) (1995): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Holzkirchen: Felix Verlag
- Feltes, T. (1995a): Zur Einführung: Kommunale Kriminalprävention und bürgernahe Polizeiarbeit. In: T. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (S. 11-29). Holzkirchen: Felix Verlag.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1996): Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg. In: T. Trenczek & H. Pfeifer (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention (S. 118-140). Bonn: Forum Verlag Godesberg.
- Frehsee, D. (1978): Strukturbedingungen urbaner Kriminalität. Eine Kriminalgeographie der Stadt Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co.
- Garofalo, J. & Laub, J. (1978): The fear of crime: Broadening our perspective. Victimology, 3, 242-253.
- Gräf, M. (1997): Konzepte Kommunaler Kriminalprävention – Modelle in Brandenburg. In: H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention (S. 504-521). Freiburg: edition ius-crim.
- Guerry, A. M. (1833): Essai sur la statistique morale de la France. o.O.
- Hale, C. (1996): Fear of crime: A review of the literature. International Review of Victimology, 4, 79-150.
- Hartmann, P. H. (1990): Wie repräsentativ sind Bevölkerungsumfragen? Ein Vergleich des ALLBUS und des Mikrozensus. ZUMA-Nachrichten, 26, 7-30.
- Heinz, W. (1997): Kriminalpolitik, Bürger und Kommune. In: H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention (S. 1-146). Freiburg: edition ius-crim.
- Hippler, H.-J. & Schwarz, N. (1987): Response effects in surveys. In: H.-J. Hippler, N. Schwarz & S. Sudman (Hrsg.), Social information processing and survey methodology (S. 102-122). New York: Springer.
- Innenministerium Baden-Württemberg – Landeskriminalamt (Hrsg.). (1996): Kommunale Kriminalprävention. Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg.
- Katona, G. (Hrsg.). (1994): Survey on crime prevention in Europe: Data from 27 european states. Budapest: Crime Prevention Division.
- Keane, C. (1992): Fear of crime in Canada: An examination of concrete and formless fear of victimization. Canadian Journal of Criminology, 34, 215-224.

- Kerner, H.-J. (1980): Kriminalitätseinschätzung und Innere Sicherheit. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Killias, M. (1997): Wie lassen sich Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum verringern? Kommunale Kriminalprävention im Spannungsfeld zwischen objektiver und subjektiver Sicherheitslage. In: H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention (S. 318-330). Freiburg: edition iuscrim.
- Koetzsche, H. (1994): Projekte der Kriminalitätsverhütung in Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande. In: Rat für Kriminalitätsverhütung beim Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Dokumentationsreihe (Bd. 4). Kiel: Geschäftsführung des Rates für Kriminalitätsverhütung.
- Kreutz, H. & Titscher, S. (1974): Die Konstruktion von Fragebögen. In: J. van Koolwijk & M. Wieken-Mayser (Hrsg.), Techniken der empirischen Sozialforschung. Bd 4: Erhebungsmethoden: Die Befragung (S. 24-82): München: R. Oldenbourg Verlag.
- Kube, E. (1987): Systematische Kriminalprävention. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Kube, E. & Koch, K.-F. (1993): Kriminalprävention. In: W. Burghard & H.-W. Hamacher (Hrsg.), Lehr und Studienbriefe Kriminologie. Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH.
- Kury, H. (1993): Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen – erläutert am Beispiel einer Opferstudie. In: G. Kaiser & H. Kury (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 90er Jahren. 2 Halbband. Freiburg: Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Kury, H. (1994): Zum Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 77, 2-23.
- Kury, H. (1995): Wie restitativ eingestellt ist die Bevölkerung? Zum Einfluß der Frageformulierung auf die Ergebnisse von Opferstudien. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 78, 84-98.
- Kury, H. (1998): Zero Tolerance – Brauchbar für Deutschland? Die Entscheidung, 46(5), 33-34.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J. (1998): Kriminalitätsfurcht in Deutschland. Kriminalistik, 52(1), 26-36.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J. (1998a): Kriminalitätsfurcht und Alter: Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 81 (3), S. 198-217.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J. (1998b): Zur Messung der Kriminalitätsbelastung – PKS versus Dunkelfeld-/Opferstudien. Kriminalistik, 52 (10), S. 618-627.
- Kury, H. & Würger, M. (1993): Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht. Ein Beitrag zur Viktimisierungsperspektive. In: G. Kaiser & H. Kury (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 90er Jahren. Bd. 2 (S. 411-462). Freiburg: Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Kury, H., Obergfell-Fuchs, J. & Würger, M. (1998): Gemeinde und Kriminalität - eine Untersuchung kommunaler Gemeinwesen. Freiburg: Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., & Würger, M. (1992): Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Landeshauptstadt Stuttgart (1995): Hauptthema: Erste Ergebnisse der Bürgerumfrage 1995. Statistischer Informationsdienst. Beiträge aus Statistik und Stadtforschung, 8/1995.
- Landtag von Baden-Württemberg (1993): Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums. Rat für vorbeugende Verbrechensbekämpfung. Landtag von Baden-Württemberg. 11. Wahlperiode. Drucksache 11/1981 vom 28.05.93.
- Legge, I. (1997): Deutschland ist nicht Amerika – Bewertung aktueller amerikanischer Polizeistrategien aus wissenschaftlicher Sicht. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.), Community Policing (S. 109-119). Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

- Legge, I., Bathsteen, M., & Harenberg, R. (1994): Kriminologische Regionalanalyse Hamburg-Altona. Methodische Grundlagen lokaler Sicherheitsdiagnosen. Hamburg: Landeskriminalamt Hamburg.
- Lewis, D. A. & Maxfield, M. G. (1980): Fear in the neighborhoods: An investigation of the impact of crime. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 17(7), 160-189.
- Lewis, D. A. & Salem, G. (1981): Community crime prevention: An analysis of a developing strategy. *Crime & Delinquency*, 27(7), 405-421.**
- Lurigio, A. J. (1995): Crime and communities: Prevalence, impact, and programs. In: L.B. Joseph (Hrsg.), *Crime, communities, and public policy* (S. 33-75). Chicago: The University of Chicago.
- Misterek, W. & Reichertz, J. (1997): Verunsicherung durch Kriminalität? Erste Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage in Hamm/Westf. In: H. Kury (Hrsg.), *Konzepte Kommunaler Kriminalprävention* (S. 471-487). Freiburg: edition iuscrim.**
- Mix, U., Goritzka, U., Grote, U., & Müller, J. (1998): Bürgerbefragung zur Inneren Sicherheit in den Bremer Stadtteilen Gropelingen, und Findorff sowie im Bremerhavener Stadtbezirk Süd. Bremen: Die Polizei im Lande Bremen.
- Murck, M. (1980): *Soziologie der öffentlichen Sicherheit*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Noelle-Neumann, E. & Köcher, R. (1993): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992. München u.a. & Allensbach: K.G. Saur; Verlag für Demoskopie.**
- Obergfell-Fuchs, J. (1997): Community crime prevention: the need for empirical framework. Paper presented at the 49th Meeting of the American Society of Criminology, November 19-22, 1997 in San Diego, Ca. In: American Society of Criminology (Hrsg.), *Abstract volume of the 49th Annual Meeting in San Diego*. "Crossing boundaries and building bridges: The discipline and the profession of criminology."
- Obergfell-Fuchs, J. (2001): Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau. Freiburg: Psychologische Dissertation an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.
- Obergfell-Fuchs, J. & Kury, H. (1996): Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 79(2), 97-111.
- Palauo, R. (1989): Jugendliche als Opfer. In: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), *Jugend und Kriminalität*. Fachtagung des Innenministeriums Baden-Württemberg am 16. und 17. Januar 1989 an der Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen (S. 77-90). Stuttgart: Innenministerium Baden-Württemberg.
- Park, R. E. (1925 (6. Aufl. 1970)): Community organization and juvenile delinquency. In: R. E. Park & E. W. Burgess (Hrsg.), *The city* (S. 99-112). Chicago: The University of Chicago Press.
- Park, R. E., Burgess, E. W. & McKenzie, R. D. (1967): *The city*. Chicago: University of Chicago Press.
- Plate, M., Schwinges, U., & Weiß, R. (1985): *Strukturen der Kriminalität in Solingen*. Wiesbaden: Landeskriminalamt.
- Plate, M. & Weiß, R. (Hrsg.). (1996): *Privatisierung von polizeilichen Aufgaben*. Wiesbaden: Landeskriminalamt.
- Police Foundation (Hrsg.). (1981): *The Newark foot patrol experiment*. Washington, D.C.: Police Foundation.
- Polizeipräsident von Krefeld (1996): *Bürgerbefragung in der Stadt Krefeld zur Kriminalitätsthematik*. Münster: IPSO Institut für praktische Sozialforschung.
- Poyner, B. (1993): What works in crime prevention: An overview of evaluations. In: R.V. Clarke (Hrsg.), *Crime Prevention Studies*, Vol. 1 (S. 7-34). Monsey, New York: Criminal Justice Press.

- Quetelet, A. (1835): Sur l'homme et le développement de ses facultés ou essai de physique sociale. Bruxelles.
- Reichertz, J. & Misterek, W. (o. Jahr): Subjektives Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbelastung. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Hamm/Westfalen 1995. Essen: Universität Essen, Fachbereich 3 – Kommunikationswissenschaft. Forschungsgruppe Empirische Polizeiforschung.
- Rosenberg, M. J. & Hovland, C. I. (1960): Cognitive, affective, and behavioral components of attitude. In: C.I. Hovland & M.J. Rosenberg (Hrsg.), Attitude organization and change (S. 1-14). New Haven & London.
- Rubin, D. C. & Baddley, A. D. (1989): Telescoping is not time compression: A model of the dating of autobiographical events. *Memory and Cognition*, 17, 653-661.
- Scheuch, E. K. (1953): Ein Interview über das Interview. Eine Untersuchung über die Haltung der Bevölkerung in Deutschland zum Interview. Köln: Diplomarbeit an der Universität Köln.
- Schulte, R. (1995): Mitverantwortung des Bürgers für die Innere Sicherheit. In: Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Gemeinsame Verantwortung für die Innere Sicherheit. Herausforderung für Staat und Bürger. Bericht über einen Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg am 17. November 1994 in Stuttgart (S. 55-59). Stuttgart.
- Schuman, H. & Presser, S. (1977): Question wording as an independent variable in survey analysis. *Sociological Methods and Research*, 6, 151-176.
- Schwarz, N., Hippler, H.-J., Deutsch, B., & Strack, F. (1985): Response scales: Effects of category range on reported behavior and comparative judgements. *Public Opinion Quarterly*, 49, 388-395.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R. (1978): Empirische Kriminalgeographie. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R. (1989): Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Shaw, C. R. (1929): Delinquency areas. A study of the geographic distribution of school truants, juvenile delinquents and adult offenders in Chicago. Chicago.
- Shaw, C. R., & McKay, H. D. (1931): Social Factors in Juvenile Delinquency. Washington.
- Shaw, C. R. & McKay, H. D. (1942): Juvenile delinquency and urban areas. Chicago: The University of Chicago Press.
- Skogan, W. G. (1981): Issues in the measurement of victimization. Washington, D.C.: Bureau of Justice Statistics.
- Skogan, W. G. (1989): Communities, crime, and neighborhood organization. *Crime & Delinquency*, 35(3), 437-457.
- Stenson, K. (1996): Communal security as government – the british experience. In: W. Hammer-schick, I. Karazman-Morawetz & W. Stangl (Hrsg.), Die sichere Stadt (S. 103-123). Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Teufel, E. (1995): Freiheit und Sicherheit – Herausforderung für Staat und Bürger. In: Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Gemeinsame Verantwortung für die Innere Sicherheit. Herausforderung für Staat und Bürger. Bericht über einen Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg am 17. November 1994 in Stuttgart (S. 8-12). Stuttgart.
- The Chicago Community Policing Evaluation Consortium (1996): Community policing in Chicago, year three. Chicago: Illinois Criminal Justice Information Authority.
- Wetzels, P., Mecklenburg, F., Bilsky, W., & Pfeiffer, C. (1995): Kriminalität im Leben alter Menschen: eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Wilson, J. Q. & Kelling, G. L. (1982): Broken windows. *The Atlantic Monthly*, March 1982, 29-38.
- Wilson, J. W. & Kelling, G. L. (1996): Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. *Kriminologisches Journal*, 28(2), 121-137.**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten

1. Strukturmerkmale von Ravensburg/Weingarten

Ravensburg und Weingarten bilden das Oberzentrum einer überwiegend ländlichen Region mit etwa 400 000 Einwohnern. Ravensburg mit 47 000 Einwohnern hat 33 000 Arbeitsplätze, davon 11 000 im Bereich von Handel (mit über 500 Einzelhandelsgeschäften, vornehmlich in der Altstadt) und Dienstleistungen. Auch Weingarten mit 23 000 Einwohnern und 13 000 Arbeitsplätzen ist mit mehr als 200 Einzelhandelsgeschäften stark von Handel und Dienstleistungen geprägt.

Nach Ravensburg kommen täglich ca. 20 000, nach Weingarten täglich ca. 9 000 Einpendler, davon 4 000 zu den Schulen in Ravensburg und 900 zu den Schulen in Weingarten. So halten sich in den Stadtzentren zahlreiche Jugendliche auf, auch solche, die in Nachbargemeinden wohnen. Auch das vielfältige kulturelle Angebot in beiden Städten hat (über-) regionale Bedeutung.

Ravensburg und Weingarten haben seit Beginn der 80er Jahre verschiedene Projekte der Jugendarbeit stark ausgebaut mit erweiterten Bildungsangeboten, dem Ausbau der Kernzeitenbetreuung an den Schulen, der Schulsozialarbeit, von Jugendhäusern und von Angeboten für Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten. So sind an den städtischen Grund- und Hauptschulen in Ravensburg Fachkräfte angestellt, die ein offenes Ganztagesangebot gewährleisten; die jährlichen Personalaufwendungen der Stadt für die Schulsozialarbeit betragen ca. 420 000 DM; Elternbeiträge werden nicht erhoben.

2. Die Bevölkerungsstichprobe Ravensburg/Weingarten und ihre Ausschöpfung
Wegen der besonderen Struktur wurden für die Gemeinde Ravensburg, getrennt nach Kerngemeinde (N = 1 721) und Ortschaften (N = 1 034), und für die Gemeinde Weingarten (N = 858) aus dem amtlichen Melderegister jeweils gesonderte Zufallsstichproben der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren gezogen.¹ Unter Ausschluss von nicht ausgefüllten Bogen konnten 1 308 Fragebogen ausgewertet werden ("realisierte Stichprobe"), was einer Ausschöpfungsquote von 36,3% entspricht.²

Die ausländische Wohnbevölkerung konnte, wie auch an den anderen Befragungsorten, nur unzulänglich erreicht werden. Deshalb sind sowohl vergleichende Aussagen bezüglich der deutschen und der nichtdeutschen Wohnbevölkerung auf der Grundlage dieser Befragung als auch differenzierte Einzelaussagen über Kriminalitätserfahrung und Kriminalitätsfurcht der ausländischen Wohnbevölkerung nicht möglich.

Hinsichtlich der Beurteilung der Aussagekraft einer Befragung besitzt die Ausschöpfungsquote in mehrfacher Hinsicht große Bedeutung. Die Befunde beziehen sich strenggenommen auf die Gesamtheit der Personen, die tatsächlich durch Ausfüllen eines Fragebogens an der Befragung mitgewirkt haben. Nicht bekannt ist, ob und in welchen Variablen sich die Probanden, die nicht geantwortet haben, von denen unterscheiden, die geantwortet haben. Daher ist es umso schwieriger, die Verallgemeinerbarkeit der Resultate abzuschätzen, je geringer die Beteiligung an einer Befragung ist. Insbesondere kann auch bei einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe nicht ausgeschlossen werden, dass die Ergebnisse systematisch verzerrt sind, wenn die Teilnahmebereitschaft an der Be-

¹ Die Stichprobenziehung wurde durch das Regionale Rechenzentrum Ulm vorgenommen, dem hierfür an dieser Stelle herzlich gedankt wird. Für Beratung und Unterstützung bei der Vorbereitung der Stichprobenziehung wie auch bei der weiteren Durchführung der Untersuchung und für beratende Gespräche danken wir den Mitgliedern des "Arbeitskreises Kommunale Kriminalprävention in Ravensburg/Weingarten", insbesondere den Herren Hund und Jacobs, sowie der Polizeidirektion Ravensburg, namentlich Herrn Lopez-Diaz.

² Die Ausschöpfungsquote bezeichnet den Anteil Befragter, die einen *auswertbaren* Fragebogen zurückgesandt haben. Als nicht auswertbar gelten leere Fragebogen sowie Fragebogen, deren Bearbeitung offensichtlich abgebrochen worden war.

fragung durch die Opfererfahrung beeinflusst ist. So sind Verzerrungen i.S. einer Selbstselektion möglich, und zwar

- in Richtung einer höheren Beteiligung von Opfern im Vergleich zu Nicht-Opfern. So waren einzelne Fragebogen, die unausgefüllt an die Forschergruppe zurückgesandt wurden, mit einem Vermerk versehen, dass die angeschriebene Person selbst keine Straftaten erlitten oder "keine Probleme" habe. Insofern ist zu vermuten, dass im Einzelfall eigene Opfererfahrung oder ausgeprägte Verbrechensfurcht eher motivierend in Richtung auf eine Beteiligung an der Befragung gewirkt haben kann, was eine entsprechende Überschätzung der Prävalenzraten³ wie auch der Ausprägung der Verbrechensfurcht in den befragten Gemeinden zur Folge haben könnte.⁴
- Verzerrungen sind ferner möglich i.S. einer stärkeren Akzentuierung gravierender Delikte im Vergleich zu weniger gravierenden Delikten.
- Schließlich kann eine Überschätzung dadurch eintreten, dass gravierende Delikte nachhaltiger erinnert werden und bei einer auf einen bestimmten Zeitraum begrenzten Befragung – hier: die letzten 12 Monate – zeitlich eher dem Untersuchungszeitraum zugeordnet werden, obwohl sie vorher geschehen sind (Teleskop-Effekt).

Im Unterschied zu diesen Effekten, die zu einer Überschätzung der Viktimisierungsraten führen können, ist andererseits eine Unterschätzung durch die Art der Fragestellung in der Befragung nicht auszuschließen. So wurden in vorliegender Untersuchung mit Rücksicht auf den Umfang des Fragebogens Fragen zur persönlichen Viktimisierung und zum Anzeigeverhalten bei Vorliegen mehrerer Straftaten derselben Kategorie auf das jeweils letzte Delikt im Untersuchungszeitraum bezogen.

3. Persönliche Opfererfahrung im 12-Monatszeitraum

3.1 Deliktspezifische Opfererfahrungen

29,4% der Befragten⁵ gaben an, in den vergangenen 12 Monaten *selbst Opfer* einer Straftat geworden zu sein; häufigste erlittene Straftat war ein Eigentumsdelikt. 18% der Befragten (60% der Opfer) gaben an, *ausschließlich Sachbeschädigung oder Diebstahl* erlitten zu haben. 12% der Befragten (und damit immerhin 40% der Opfer) erlebten jedoch (auch) einen Einbruch in den Nahraum (Wohnungseinbruch oder Einbruchversuch) oder persönlichen Kontakt mit dem Täter in Form von (sexuellem) Angriff,⁶ Bedrohung oder Gewaltanwendung.

³ Die Prävalenzrate bezeichnet - bezogen auf alle Befragungsteilnehmer- den Anteil der Personen, die angeben, innerhalb des Referenzzeitraums (in vorliegender Untersuchung: die letzten 12 Monate) eine - je nach Deliktskategorie spezifizierte - Opfererfahrung gemacht zu haben.

⁴ Hierfür sprechen auch die bei Kury (1993) berichteten Befunde aus einem Vergleich mündlicher und schriftlicher Befragungen, wonach bei mündlicher Befragung durch persönliche Interviews die Teilnehmerate höher als bei der schriftlichen Befragung war, bei der schriftlichen Befragung mit ihrer geringeren Teilnehmerate indessen teils höhere Viktimisierungsraten (jedenfalls bei leichteren Delikten) sowie höhere Kriminalitätsfurcht ermittelt wurden.

⁵ Mit "Befragte" sind, soweit nichts anderes angegeben, jeweils die 1308 Personen gemeint, von denen zum Berichtszeitpunkt auswertbare Fragebogen vorliegen. Wo nicht eigens auf das Geschlecht Bezug genommen wird, sind mit Bezeichnungen wie "Befragter", "Täter" u.a. jeweils männliche und weibliche Personen gemeint.

⁶ Ohne Verhaltensweisen, die von den Befragten explizit als nur "freches Benehmen" eingestuft wurden.

Tabelle 1: Opferfahrung nach der schwersten Opferkategorie

	N	%
keine Opfererfahrung	924	70.6
nur Sachbeschädigung	88	6.7
(auch) Diebstahl	144	11.0
(auch) Nahraumdelikte (Einbruch/versuchter Einbruch)	36	2.8
(auch) Gewalt ⁷	116	8.9

Diese Viktimisierungsraten liegen, werden die zuvor erwähnten methodischen Probleme berücksichtigt, innerhalb der aus einschlägigen deutschen Forschungen bekannten und erwartbaren Bandbreiten.

Die deliktspezifische Analyse aller berichteten Opfererfahrungen zeigt, dass die Opferbelastung der befragten Bürger von Ravensburg/Weingarten überwiegend auf drei Deliktsbereiche zurückgeht: einfachen Diebstahl (einf. Diebstahl persönlichen Eigentums berichtet von 9% der Befragungsteilnehmer; Diebstahl aus PKW von 4%, Fahrraddiebstahl von 3%), auf Sachbeschädigung (am PKW: von 8%; sonstige: von 6% berichtet) und auf Bedrohung oder tätlichen Angriff (von 8% der Befragten berichtet), wobei es in mehr als 2/3 der berichteten Fälle von Angriff oder Drohung nicht zur tatsächlichen Gewaltanwendung kam. Leichtere Fälle von Bedrohung oder auch von sexueller Belästigung gehören, ähnlich wie Sachbeschädigung und Diebstahl, zu den relativ häufigen Deliktserfahrungen, während schwerwiegendere Fälle – Vergewaltigung oder Vergewaltigungsversuch, Gewaltanwendung mit Verletzungsfolge, Wohnungseinbruch oder Raub – deutlich seltener berichtet werden.

Schaubild 1: Prävalenz der Viktimisierung: Von den Befragten in den vergangenen 12 Monaten erlittene Straftaten

⁷ Nicht zu den Gewaltdelikten gerechnet werden diejenigen Fälle sexueller Belästigung, die von den Befragten ausdrücklich als nur "freches Benehmen" bewertet wurden, welches als solches keine strafbare Handlung darstellt.

Tabelle 2: Persönliche Opfererfahrung	Ravensburg/Weingarten		zum Vergleich⁸⁾	
	N	%	Freiburg %	Calw %
insgesamt	384	29.4%	40.6%	25.8
<i>darunter i.E.:</i>				
Sachbeschädigung am eig. PKW	100	7.6	9.8	8.9
sonst. Sachbeschädigung	74	5.7	8.1	3.7
PKW-Diebstahl	5	0.4	0.4	0.0
Krad-Diebstahl	3	0.2	1.1	0.2
Fahrrad-Diebstahl	41	3.1	6.2	0.6
Diebstahl aus PKW	56	4.3	5.6	3.8
Diebstahl pers. Eigentums	114	8.7	12.9	7.3
<i>darunter:</i>				
<i>in Ravensburg/Weingarten</i>	63	4.8		
<i>- im Stadtzentrum R. od. W.</i>	11	0.8		
<i>- in Schule, Betrieb</i>	9	0.7		
<i>- Sportplatz/Sporthalle/Bad</i>	5	0.4		
<i>gest. Dinge bei sich getragen</i>	25	1.9		
Wohnungseinbruch	32	2.4	2.6	1.4
Einbruchversuch	25	1.9	3.4	1.0
Raub, versuchter Raub	14	1.1	1.9	0.5
<i>darunter:</i>				
<i>in Ravensburg/Weingarten</i>	9	0.7		
<i>Diebstahl gelungen</i>	5	0.4		
<i>nicht gelungen</i>	9	0.7		
<i>Opfer verletzt</i>	1	0.1		
<i>ärztl. untersucht/behandelt</i>	0	-		
Angriff, Drohung	101	7.7	8.6	7.2
<i>darunter:</i>				
<i>in Ravensburg/Weingarten</i>	69	5.3		
<i>- im Stadtzentrum R. od. W.</i>	19	1.5		
<i>nur bedroht</i>	67	5.1		
<i>mit Gewaltanwendung</i>	31	2.4		
<i>- Opfer verletzt</i>	19	1.5		
<i>- ärztl. untersucht/behandelt</i>	9	0.7		
<i>Täter namentlich bekannt</i>	28	2.1		
Sexueller Angriff	20	1.5	2.2	0.5
<i>darunter:</i>				
<i>in Ravensburg/Weingarten</i>	12	0.9		
<i>- im Stadtzentrum R. od. W.</i>	4	0.4		
<i>Täter namentlich bekannt</i>	7	0.5		
<i>Opfer verletzt</i>	1	0.1		
<i>Vergewaltigung</i>	2	0.2	0.3	0
<i>Vergewaltigungsversuch</i>	2	0.2	0.1	0
<i>sexueller Angriff</i>	16	1.2	1.9	0.5
<u>ferner:</u> Sexuelle Belästigung				
<i>durch 'freches Benehmen'</i>	21	1.6	1.9	1.5
<i>hierunter:</i>				
<i>in Ravensburg/Weingarten</i>	10	0.8		
<i>Täter namentlich bekannt</i>	7	0.5		
% bezogen auf Personen:		1308	1118	945

⁸ % bezogen auf Ravensburg/Weingarten: 1308; Freiburg: 1118; Calw: 945 Personen. Die Opferanteile sind berechnet als Anteil der Befragten, die eine entsprechende Opfererfahrung bejaht hatten, an allen Teilnehmern der Befragung (ohne Ausschluss von Fällen, in denen die Frage nach einem bestimmten Delikt weder bejaht noch ausdrücklich verneint wurde).

3.2 Persönlich Opfererfahrung nach Alter und Geschlecht

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die berichtete persönliche Opfererfahrung ("Viktimisierung") nach Alter⁹ und Geschlecht¹⁰ über die Befragten verteilt: Jeder dritte Mann und jede vierte Frau gaben an, in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden zu sein.

Die Auswertung der Angaben aus Ravensburg und Weingarten zur Viktimisierung nach Geschlecht und Alter zeigt den bekannten Befund, dass

- Männer als Opfer stärker in Erscheinung treten als Frauen (ihre Belastung ist 9 Prozentpunkte oder, relativ betrachtet, ca. ein Drittel höher als diejenige der Frauen),¹¹
- jüngere Altersgruppen (insb. unter 35jährige) sehr hohe Viktimisierungsraten aufweisen, während die Viktimisierungsraten nach dem 35. Lebensjahr deutlich abnehmen. Dies gilt für Eigentums- wie für Gewaltdelikte, für Männer wie für Frauen.

Auffällig hoch ist die Viktimisierung der *jungen Männer von 14-24 und 30-34 Jahren*, von denen *jeder zweite* Opfererfahrungen mitteilt. Besonders auffällig ist dabei, dass die *so hohe Belastung der 14- bis 24jährigen Männer* zur Hälfte auf *Gewaltdelikte* zurückgeht (wobei darauf hinzuweisen ist, dass auch die aus anderen Studien bekannte Alters- und Geschlechtsverteilung der *Täter* hier ihr Maximum hat).

Beachtenswert ist schließlich bei den Frauen der nichtmonotone Zusammenhang zwischen Alter und Viktimisierung im Bereich der Gewaltdelikte; auffällig hoch ist die Viktimisierungsrate der 30-34jährigen Frauen. *Die Belastung der Frauen durch Gewaltdelikte ist in den Altersgruppen 30 bis unter 45 der befragten Stichprobe sogar höher als diejenige der Männer.*

Zu beachten ist bei der Interpretation der Viktimisierungsraten, dass in diesen

- Delikte sehr unterschiedlicher Schwere zusammengefasst sind;
- innerhalb der Deliktsgruppen ebenfalls Vorfälle zusammengefasst sind, die von den Opfern sehr unterschiedlich bewertet wurden. Hierüber geben insbesondere die Angaben der Opfer zur Anzeigerstattung und den Gründen des Absehens von einer Anzeigerstattung Auskunft.

⁹ Von 13 Befragten wurden zum Alter keine Angaben gemacht; zur altersbezogenen Auswertung stehen damit jeweils 1295 Fälle zur Verfügung.

¹⁰ Zu 20 Befragten fehlen Angaben zum Geschlecht

¹¹ Wo von Männern, Frauen, Angehörigen einer bestimmten Altersgruppe allgemein die Rede ist, beziehen sich die Aussagen und die angegebenen Anteile gleichwohl stets auf die Gesamtheit der Personen, die an der Befragung teilgenommen haben.

Tabelle 3: Persönliche Opfererfahrung nach Alter und Geschlecht; schwerste Opferkategorie

MÄNNER		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
0 nicht viktimisiert	n	42	49	32	81	66	70	91	432
	%	46.2	57.6	46.4	68.6	73.3	76.1	83.5	66.0
Opfererfahrung	n	49	36	37	37	24	22	18	223
	%	53.8	42.4	53.6	31.4	26.7	23.9	16.5	34.0
hierunter:									
1 Nur Sachbeschädigung	n	6	9	6	11	12	6	8	58
	%	6.6	10.6	8.7	9.3	13.3	6.5	7.3	8.9
2 (auch) Diebstahl	n	15	14	18	12	4	10	3	76
	%	16.5	16.5	26.1	10.2	4.4	10.9	2.8	11.6
3 (auch) Nahraum	n	4		4	5	2	2	3	20
	%	4.4		5.8	4.2	2.2	2.2	2.8	3.1
4 (auch) Gewalt	n	24	13	9	9	6	4	4	69
	%	26.4	15.3	13.0	7.6	6.7	4.3	3.7	10.5
Männer insgesamt	n	91	85	69	118	90	92	109	655
	%	13.9	13.0	10.6	18.0	13.8	14.1	16.7	
FRAUEN		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
0 nicht viktimisiert	n	67	60	52	70	66	69	91	475
	%	59.8	70.6	69.3	73.7	76.7	86.3	91.0	75.0
Opfererfahrung	n	45	25	23	25	20	11	9	158
	%	40.2	29.4	30.7	26.3	23.3	13.8	9.0	25.0
hierunter:									
1 Nur Sachbeschädigung	n	6	3	1	7	8	3	2	30
	%	5.4	3.5	1.3	7.4	9.3	3.8	2.0	4.7
2 (auch) Diebstahl	n	22	12	10	7	6	5	5	67
	%	19.6	14.1	13.3	7.4	7.0	6.3	5.0	10.6
3 (auch) Nahraum	n	4	3	1	2	1	2	2	15
	%	3.6	3.5	1.3	2.1	1.2	2.5	2.0	2.4
4 (auch) Gewalt	n	13	7	11	9	5	1		46
	%	11.6	8.2	14.7	9.5	5.8	1.3		7.3
Frauen insgesamt	n	112	85	75	95	86	80	100	633
	%	17.7	13.4	11.8	15.0	13.6	12.6	15.8	

Schaubild 2: Opferanteile und Viktimisierungsgrad nach Alter und Geschlecht

4. Anzeigerstattung und Gründe für das Unterlassen einer Anzeige

Nur ein Teil der tatsächlich von den Bürgern erlittenen Delikte gelangt auch zur Kenntnis der Polizei. Dunkelfelduntersuchungen, wie die hier berichtete, geben deshalb auch Aufschluss über die nicht zur Anzeige gebrachten – und somit in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht erfassten – Delikte. Zugleich wird deutlich, in welchem Ausmaß die Geschädigten selbst durch ihr Anzeigeverhalten das offizielle Bild der amtlich registrierten und so sichtbar gewordenen Kriminalität bestimmen. Auch für das Verhältnis informeller und formeller Sozialkontrolle spielt die Reaktion des Opfers und sein Anzeigeverhalten eine wichtige Rolle. In der Bevölkerungsbefragung wurde nicht nur danach gefragt, ob aus Anlass einer erlittenen Straftat Anzeige erstattet wurde; gefragt wurde auch nach den Gründen für das Unterlassen einer Anzeige durch die Geschädigten. Die Erwägungen, die Opfer veranlassen, von einer Anzeige bei der Polizei abzusehen, können Aufschluss geben über die Einschätzung und Verarbeitung der Straftat durch das Opfer, über die Einschätzung der polizeilichen Tätigkeit und über mögliche Hindernisse, die einer Kooperation zwischen Geschädigten und Polizei im Einzelfall entgegenstehen.

Schaubild 3: Anzeigeverhalten, nach Deliktsgruppen

Schaubild 4: Gründe für Unterlassen einer Anzeige bei der Polizei

Schaubild 5: Gründe für Unterlassen einer Anzeige, zusammengefasst

70% Prozent der von den Befragten erlittenen Straftaten wurden nicht angezeigt. Nach den Gründen für die Nicht-Anzeige befragt, werden die meisten Nennungen (51.6 Prozent) der Antwortvorgabe "Die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise" zugeordnet. 47.1 Prozent der Befragten in Ravensburg/Weingarten gaben an, die Straftat nicht angezeigt zu haben, da sie nicht schwerwiegend genug gewesen sei, kein Schaden entstanden sei oder es sich um Kinderstreiche gehandelt habe. Diese Zahlen zeigen, dass circa die Hälfte der Opfer ihre Viktimisierung selbst als nicht sehr gravierend einstufte. Das lässt sich auch beispielhaft an der Frage: "Ist es Ihnen persönlich während der letzten zwölf Monate einmal passiert, dass man Sie tätlich angegriffen oder in einer Art bedroht hat, dass Sie wirklich Angst hatten, zum Beispiel zu Hause oder in einem Lokal, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz?" verdeutlichen, die von 7.7 Prozent der Befragten bejaht wurde. 85.1 Prozent der Betroffenen in Ravensburg/Weingarten zeigten diesen Vorfall jedoch nicht an, wobei der Anteil der Personen, die keine Anzeige erstatteten, weil sie den Vorfall für 'nicht schwerwiegend' hielten, bei 66.3 Prozent liegt. Bei einer Interpretation der Häufigkeiten von erlittenen Straftaten muss man somit berücksichtigen, dass hier alle Deliktsbereiche – darunter auch solche von geringer Schwere – zusammengefasst sind; auch innerhalb der einzelnen Deliktsarten wurden Vorfälle miterfasst, die teilweise für das Opfer nach eigener Einschätzung wenig bedeutsam waren.

Hinsichtlich der Erwartungen an die Polizei deuten die angegebenen Gründe darauf hin, dass eine pragmatische Einschätzung der Opfer bezüglich der Aufklärungsmöglichkeiten – "Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise" (51.6% der Nennungen) – eindeutig überwiegt gegenüber einer misstrauischen – "Polizei hätte doch nichts dagegen getan" (21.5% der Nennungen) – oder gar ablehnenden Einstellung gegenüber der Polizei – "Angst vor der Polizei/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit Polizei zu tun haben" (5.1% der Nennungen).

5. Zur Verarbeitung der Opfererfahrung

Diese aus den Gründen für die Nicht-Anzeige ersichtliche Einstellung zur Polizei wird bestätigt durch die Angaben zur Bewertung der Polizeiarbeit sowohl allgemein als auch bei der Verbrechensbekämpfung:

Tabelle 4: Einschätzung der Polizeiarbeit

(Mittelwert; Notenskala 1..6; 1 = sehr gut)

	Einschätzung der Polizeiarbeit <u>allgemein</u> ¹²	.. bei der <u>Verbrechensbekämpfung</u> ¹³
GESAMT	3.1	3.0
Nicht-Opfer	3.0	2.9
Opfer	3.3	3.3
<i>darunter: einfach</i>	3.1	3.1
<i>zweifach</i>	3.6	3.5
<i>3- u. mehrfach</i>	3.8	3.6
darunter Nichtanzeiger	3.3	3.2

Personen, die wiederholt Opfer einer Straftat geworden waren, vergeben, wie Tabelle 4 zeigt, geringfügig schlechtere Noten für die Arbeit der Polizei; unter den Opfern geben diejenigen, die keine Anzeige erstattet hatten, indessen keine signifikant schlechtere Bewertung ab als die Anzeigeerstatter. Auch dieser Befund spricht nicht dafür, dass das Absehen von einer Anzeige auf eine negative Bewertung der Polizei und ihrer Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung zurückzuführen wäre. Die geringe Anzeigerate und die für das Absehen von einer Anzeige überwiegend genannten Gründe sprechen vielmehr für eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Polizei.

Als weiterer Indikator für die Einordnung und Verarbeitung der Opfererfahrung können die Äußerungen der Befragten zu den gegensätzlichen Strafzwecken "Sühne und Vergeltung"¹⁴ einerseits und "Hilfe bei der Wiedereingliederung"¹⁵ andererseits herangezogen werden. Die Zustimmung bzw. Ablehnung bezüglich dieser Strafzwecke wurde auf einer Skala von 1 bis 6 erfasst, wobei niedrigere Werte für Zustimmung, höhere für Ablehnung stehen.

Unter allen Befragten fand der Strafzweck "Hilfe bei der Wiedereingliederung" mit einem Mittelwert von 2.28 mehr Zustimmung als der Strafzweck "Sühne und Vergeltung" mit einem Mittelwert von 2.74.

Dies gilt auch für die Befragten, die in den vergangenen 12 Monaten selbst Opfer einer Straftat geworden waren; mit einem Mittelwert von 2.98 ist die Zustimmung zu "Sühne und Vergeltung" sogar etwas geringer als bei den Nicht-Opfern (2.64). Auch die Opfer unter den Befragten stehen dem Strafzweck "Hilfe bei der Wiedereingliederung" mit einem Mittelwert von 2.28 eher positiv

¹² Frage 121: "Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müssten, welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr dann geben?"

¹³ Frage 122: "Alles in allem, wie gut glauben Sie, arbeitet die Polizei an Ihrem Wohnort bei der Verbrechensbekämpfung? Welche Note würden Sie ihr hierfür geben?"

¹⁴ Die Vorgabe im Fragebogen war: "Man hört immer wieder die verschiedensten Meinungen zu Sinn und Zweck der Bestrafung von Straftätern. Im Folgenden finden Sie einige dieser Meinungen wiedergegeben. Bitte geben Sie anhand einer Rangliste von 1 bis 6 an, inwieweit Sie diesen Ansichten zustimmen. Dabei bedeutet ähnlich wie bei Schulnoten 1 die höchste Zustimmung und 6 die stärkste Ablehnung."

Frage 155: "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist Sühne und Vergeltung des begangenen Unrechts." (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung)

¹⁵ Gemessen durch Frage 157: "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist, Hilfen bei der Wiedereingliederung der Straftäter in das alltägliche Leben zu geben." (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung)

gegenüber. Opfererfahrung führt also keineswegs dazu, dass die betroffenen Bürger nunmehr 'law and order'-Vorstellungen zuneigen würden.

Interessant erscheint schließlich, dass selbst die Anzeigerstatter unter den Opfern mit einem Mittelwert von 2.93 weniger an "Sühne und Vergeltung" orientiert sind als an "Hilfe bei der Wiedereingliederung", die hier sogar mit einem Mittelwert von 2.20 überdurchschnittlich hohe Zustimmung erfährt.

Generell – dies gilt für die Gesamtheit der Befragten wie auch für die Opfer, und unter diesen auch für die Anzeigerstatter – rangiert der Strafzweck der 'Sühne und Vergeltung' jeweils an letzter Stelle hinter den präventiven Zwecken des Schutzes der Gesellschaft, der Abschreckung anderer und der Hilfe bei der Wiedereingliederung.

Tabelle 5: Einstellung zu verschiedenen Strafzwecken bei Opfern und Nicht-Opfern

Frage:	155	156	157	158
Strafzweck:	Sühne und Vergeltung	Abschreckung anderer	Hilfe bei Wiedereingliederung	Schutz der Gesellschaft
Gesamt	2.74	2.19	2.28	1.87
Nicht-Opfer	2.64	2.15	2.27	1.82
Opfer	2.98	2.29	2.28	1.99
darunter: einfach	3.10	2.37	2.24	2.05
zweifach	2.89	2.20	2.15	1.83
3- und mehrfach	2.45	2.05	2.81	1.98
Opfer von.. Eigentumsdelikten	3.02	2.33	2.26	2.02
(auch) Einbruch	3.18	2.66	2.09	2.06
(auch) Gewalt	2.83	2.12	2.39	1.91
Anzeigerstatter	2.93	2.22	2.20	2.08
Nichtanzeigerstatter	3.07	2.34	2.30	1.94

Dass die Opfererfahrung im Allgemeinen auch nicht zu tiefgreifenden Beeinträchtigungen des sozialen Wohlbefindens in der Gemeinde geführt hat, zeigen die Antworten auf die Frage nach der emotionalen Identifikation mit der Wohngemeinde:

Tabelle 6: Opfererfahrung und emotionale Identifikation mit der Wohngemeinde: "Wie gern leben Sie in Ihrer Gemeinde"

"Wie gern leben Sie in Ihrer Gemeinde?"		nicht viktimisiert	Opfererfahrung					
			gesamt	1 nur Sachbeschädig.	2 (auch) Diebstahl	3 (auch) Nahraum		4 (auch) Gewalt
1 sehr gern	n	532	187	48	71	14	54	719
	%	58.4	48.8	55.2	49.3	38.9	46.6	55.6
2 gern	n	341	164	30	66	22	46	505
	%	37.4	42.8	34.5	45.8	61.1	39.7	39.0
3 nicht so gern	n	31	30	9	7		14	61
	%	3.4	7.8	10.3	4.9		12.1	4.7
4 ungern	n	7	2				2	9
	%	.8	.5				1.7	.7
Mittelwert (1..4)		1.47	1.60	1.55	1.56	1.61	1.69	1.51
Spalte	n	911	383	87	144	36	116	1294
Gesamt	%	70.4	29.6	6.7	11.1	2.8	9.0	100.0

Die untersuchten Gemeinden zeichnen sich durch ein sehr hohes Ausmaß der emotionalen Identifikation ihrer Bewohner mit der Wohngemeinde aus; 95% der Befragten in Ravensburg/Weingarten äußern, dass sie "sehr gern" oder "gern" in ihrer Gemeinde leben¹⁶ (nur bei den unter 25jährigen Bürgern sind es weniger als 90%). Auch durch die Opfererfahrung wird diese positive Identifikation in aller Regel nicht beeinträchtigt. Nur ca. 4% der Bewohner, die keine Straftat erlitten hatten und ca. 8% derer, die Opfer geworden waren, wohnen "nicht so gern" oder "ungern" in ihrer Gemeinde; häufiger beeinträchtigt – bei jedem 7. – ist die Identifikation mit der Gemeinde nur bei Opfern eines Gewaltdelikts.

6. Kriminalitätsfurcht

Nicht nur die tatsächlich erlittene Schädigung durch eine Straftat, sondern auch die Furcht, möglicherweise Opfer einer Straftat zu werden, muss als Beeinträchtigung der Lebensqualität gewertet werden. Nach dem bisherigen Forschungsstand war zu erwarten, dass Bevölkerungsgruppen, die tatsächlich in geringerem Maße Opfer werden, in höherem Maße, als dies ihrem tatsächlichen Viktimisierungsrisiko entspricht, durch Kriminalitätsfurcht belastet sind. Insbesondere bei Frauen im Vergleich zu Männern und bei älteren im Vergleich zu jüngeren Menschen wurde dies beobachtet. Erklärt wird dieser 'paradoxe' Zusammenhang im Allgemeinen durch eine höhere subjektive Verletzlichkeit von Frauen und älteren Menschen, ferner durch die stärkere Beeinträchtigung von 'sensiblen' Bevölkerungsgruppen durch eine Dramatisierung des Kriminalitätsrisikos durch Medien und Politik.

6.1 Indikatoren für Kriminalitätsfurcht und Unsicherheit im Vergleich

In der Bevölkerungsbefragung wurden Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitsgefühle durch fünf Fragen erfasst, die neben der Ausprägung der Viktimisierungsfurcht verschiedene Aspekte der kriminalitätsbezogenen Furcht und Unsicherheit ansprechen. Hierzu stellt die folgende Tabelle 7 auch die Vergleichswerte aus den Gemeinden Freiburg i. Br. und Calw sowie aus dem "Sozialwissen-

¹⁶ "Sehr gern/gern" antworten in Calw: 93%; in Freiburg: 95%

schaftenbus" (SWB) 3/1994, einer sozialwissenschaftlichen Mehrthemenbefragung in den westdeutschen Bundesländern, dar.

Tabelle 7: Subjektives Unsicherheitsgefühl der Bürger in ihrem Wohnort

Anteil der Personen mit ausgeprägtem Angst-/Unsicherheitsgefühl in % (in Klammern die Anzahl der jew. Nennungen)¹⁷

	Furcht im Wohnort ¹⁸	Ausprägung der Viktimisierungsfurcht ¹⁹	Viktimisierungsfurcht in der Wohngegend ²⁰	Unsicherheitsgefühl in der Wohngegend ²¹	Furcht nachts allein in der Wohnung ²²	
Ravensburg/Weingarten						
Gesamt	% (n)	48.1 (598)	10.9 (140)	14.9 (190)	26.6 (341)	6.4 (83)
Männer	% (n)	34.6 (220)	6.5 (42)	4.5 (29)	12.0 (78)	2.2 (14)
Frauen	% (n)	62.4 (374)	15.7 (98)	26.1 (160)	42.2 (261)	11.0 (69)
Calw						
Gesamt	% (n)	46.3 (427)	9.8 (92)	12.7 (118)	23.8 (222)	7.0 (65)
Männer	% (n)	34.0 (162)	7.3 (35)	5.9 (28)	12.7 (61)	1.7 (8)
Frauen	% (n)	60.2 (260)	12.5 (55)	19.5 (85)	35.2 (154)	12.5 (55)
Freiburg						
Gesamt	% (n)	64.4 (671)	13.5 (148)	18.6 (213)	31.1 (342)	6.0 (66)
Männer	% (n)	50.5 (252)	8.3 (43)	8.8 (45)	16.3 (84)	1.2 (6)
Frauen	% (n)	77.9 (413)	18.3 (104)	30.0 (168)	44.1 (250)	10.7 (60)
westdeutsche Bundesländer (SWB 3/1994)						
Gesamt	% (n)	-	11.0 (220)	15.9 (317)	-	6.8 (135)
Männer	% (n)	-	5.6 (52)	6.7 (63)	-	3.3 (31)
Frauen	% (n)	-	15.9 (167)	24.1 (254)	-	9.9 (104)

¹⁷ Tabelle entnommen aus: Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Bonn 1996, S. 126

¹⁸ Frage 137: "Gibt es andere Gegenden in der Stadt, wo Sie sich fürchten?"; dargestellt: Anteil der Ja-Antworten

¹⁹ Frage 129: "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"; dargestellt: Anteil der Nennungen "oft" oder "sehr oft"

²⁰ Frage 136: "Haben Sie nachts draußen allein in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?"; dargestellt: Anteil der Nennungen "sehr oft" oder "ziemlich oft"

²¹ Frage 134: "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen allein sind?"; dargestellt: Anteil der Nennungen "sehr unsicher" oder "ziemlich unsicher"

²² Frage 130: "Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?"; dargestellt: Anteil der Nennungen "sehr oft" oder "oft"

6.2 Kriminalitätsfurcht (Viktimisierungsfurcht) nach Geschlecht und Alter und nach persönlicher Erfahrung

Als Indikator für die Ausprägung der Kriminalitätsfurcht bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen wird im Folgenden die Verteilung der Antworten zu Frage 129 ("Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?") dargestellt.

Jeder neunte Befragte (11%) denkt 'oft' oder 'sehr oft' daran, Opfer einer Straftat zu werden. Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verteilung des Unsicherheitsgefühls zeigen sich gravierende Unterschiede. Denn 15,7% der Frauen, jedoch nur 6,5% der Männer äußern Kriminalitätsfurcht in dieser Ausprägung.

Tabelle 8: Kriminalitätsfurcht nach dem Geschlecht

"Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"				
nie/manchmal	n	605	526	1142
	%	93.5	84.3	89.1
oft/sehr oft	n	42	98	140
	%	6.5	15.7	10.9
Spalte Gesamt	n	647	624	1282
	%	50.9	49.1	100.0

Unter den *Altersgruppen* weist die durch Viktimisierung tatsächlich am höchsten belastete Altersgruppe der unter 25jährigen zugleich den höchsten Anteil von Nennungen hoher Kriminalitätsfurcht auf. Betrachten wir alle Befragten, unabhängig von tatsächlicher Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten, so nimmt mit dem Alter die Kriminalitätsfurcht leicht ab (wenngleich nicht in demselben Maße, in dem die tatsächliche Viktimisierungsbelastung abnimmt). So scheinen die Befragten, hierunter *auch die älteren Menschen*, in der Ausprägung der subjektiven Befürchtungen *ganz überwiegend von übertriebener Furcht frei*.

Tabelle 9: Kriminalitätsfurcht nach dem Alter: "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"

		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
nie/manchmal	N	169	152	128	191	158	157	183	1142
	%	82.8	89.9	89.5	90.1	89.3	90.2	92.0	89.1
oft / sehr oft	N	35	17	15	21	19	17	16	140
	%	17.2	10.1	10.5	9.9	10.7	9.8	8.0	10.9
Spalte Gesamt	N	204	169	143	212	177	174	199	1282
	%	16.0	13.2	11.2	16.6	13.8	13.6	15.6	100.0

Dies gilt auch für diejenigen, die im Untersuchungszeitraum selbst Opfererfahrungen machten; der Anteil derer, die "oft" oder "sehr oft" vom Gedanken an eine mögliche Straftat belastet sind, liegt hier bei 15% gegenüber 9% bei den Befragten ohne eigene Opfererfahrung in den letzten 12 Monaten. Selbst bei den Befragten mit Opfererfahrung finden sich, auch bei den älteren Jahrgängen, keine extrem hohen Furchtanteile.

**Tabelle 10: Kriminalitätsfurcht nach dem Alter und nach persönlicher Opfererfahrung:
"Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"**

– Befragte ohne persönliche Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten

<u>ohne</u> pers. Opfererfahrung		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
nie/manchmal	n	93	99	79	140	120	127	158	816
	%	85.3	90.8	94.0	93.3	90.2	90.7	90.8	90.8
oft / sehr oft	n	16	10	5	10	13	13	16	83
	%	14.7	9.2	6.0	6.7	9.8	9.3	9.2	9.2
Spalte	n	109	109	84	150	133	140	174	899
Gesamt	%	12.1	12.1	9.3	16.7	14.8	15.6	19.4	100.0

– Befragte mit persönlicher Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten

<u>mit</u> pers. Opfererfahrung		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
nie/manchmal	n	76	53	49	51	38	30	25	322
	%	80.0	88.3	83.1	82.3	86.4	88.2	100.0	85.0
oft / sehr oft	n	19	7	10	11	6	4		57
	%	20.0	11.7	16.9	17.7	13.6	11.8		15.0
Spalte		95	60	59	62	44	34	25	379
Gesamt		25.1	15.8	15.6	16.4	11.6	9.0	6.6	100.0

Tabelle 11: Kriminalitätsfurcht nach persönlicher Opfererfahrung und nach dem Geschlecht

"Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"		Befragte <u>ohne</u> persönliche Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten			Befragte <u>mit</u> persönlicher Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten		
		männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt
nie/manchmal	n	407	404	811	198	122	320
	%	95.5	86.3	90.7	89.6	78.2	84.9
oft/sehr oft	n	19	64	83	23	34	57
	%	4.5	13.7	9.3	10.4	21.8	15.1
Spalte	n	426	68	894	221	156	377
Gesamt	%	47.7	52.3	100.0	58.6	41.4	100.0

Fehlende Angaben: 37

6.3 Kriminalitätsfurcht in Ravensburg/Weingarten im Vergleich mit der bundesweiten Befragung

Beachtenswert erscheint die Altersverteilung der Kriminalitätsfurcht in den befragten Gemeinden und hier insbesondere der (gemessen am allgemein niedrigen Anteil) relativ hohe Anteil junger Menschen, die angeben, 'oft' oder 'sehr oft' an eine mögliche Viktimisierung zu denken. Dies zeigt auch der Vergleich mit den Befunden der repräsentativ für den Westteil der Bundesrepublik durchgeführten sozialwissenschaftlichen Mehrthemenbefragung:

Was den Anteil der Befragten betrifft, die angeben, 'oft' oder 'sehr oft' an eine mögliche Viktimisierung zu denken, unterscheiden sich die Bürger von Ravensburg/Weingarten nicht von den für Westdeutschland beobachteten Werten.

Bemerkenswert ist, dass der *höchste Furchtanteil* in Ravensburg/Weingarten *nicht bei den ältesten, sondern bei den jüngsten Bürgern* gemessen wird. Wie die nach Geschlecht differenzierte Altersverteilung zeigt, ist dies insbesondere auf eine *relativ hohe Furchtbelastung der unter 25jährigen Frauen*, daneben auf eine etwas höhere Belastung der mittleren Altersjahrgänge bei den befragten Männern zurückzuführen. Die älteren Bürgerinnen von Ravensburg/Weingarten zeigen dagegen keinen ähnlich hohen Furchtanteil wie die gleichaltrigen Frauen in der für Westdeutschland repräsentativen Erhebung.

Schaubild 6: Kriminalitätsfurcht in Ravensburg/Weingarten und bei der bundesweiten Befragung, nach Alter und Geschlecht

6.4 Vermeideverhalten nach Geschlecht und Alter

Auch wenn die Anteile von Bürgerinnen und Bürgern mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht im Allgemeinen nicht sehr hoch sind, finden sich doch Hinweise auf Auswirkungen der Viktimisierungsfurcht in Form von Verhaltenseinschränkungen: 75% der Befragten mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht, aber nur 39% der Bürger, die nur 'selten' oder 'nie' an eine mögliche Viktimisierung denken, berichten von entsprechendem Vermeideverhalten:

Gefragt wurde (Frage 133): "Versuchen Sie sich bitte an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer. Haben Sie gewisse Straßen und Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte?"

Von 51% der Antwortenden wurde dies verneint. 33% bejahten die Frage, und 10% gaben an, nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine durch die Straßen zu gehen; diese beiden Gruppen zusammengekommen sind es 43 von 100 Befragten, die solches Vermeideverhalten zeigen. Erwartungsgemäß ist es unter den über 65-jährigen die Mehrheit, die Vermeideverhalten äußert. Befragte, die Opfer von Gewaltdelikten geworden waren, zeigen mit 46% einen nur geringfügig überdurchschnittlichen Anteil. Stärker als das Alter oder die Viktimisierungserfahrung wirkt sich dagegen der geschlechtsspezifische Effekt aus: 18% der Frauen (gegenüber nur 3% der Männer) geben an, nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine auszugehen; insgesamt 62% der Frauen (gegenüber 25 % der Männer) äußern Vermeideverhalten, wobei es keineswegs nur eine Mehrheit der älteren Frauen ist, die sich in ihrem Verhalten in der genannten Weise einschränkt: In keiner der Altersgruppen liegt der Anteil der Frauen mit Vermeideverhalten unter 50% (während der Anteil von Männern, die Vermeideverhalten angeben, in allen Altersgruppen – auch bei den Senioren – unter 40% liegt). Bei Frauen aller Altersgruppen wird somit ein höheres Maß an selbstaufgelegtem Vermeideverhalten beobachtet als dies bei der Gruppe der (männlichen und weiblichen) Opfer von Gewaltdelikten der Fall ist. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass es nicht nur und nicht in erster Linie die tatsächlich erfahrene Viktimisierung ist, die zu einer Reduzierung der Lebensqualität führt, sondern die Furcht vor bedrohlichen Situationen, und dass insbesondere Frauen sich Einschränkungen ihrer faktischen Bewegungsfreiheit auferlegen, um potentiell bedrohlichen Situationen aus dem Weg zu gehen.

Tabelle 12: Vermeiderverhalten in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Viktimisierungsgrad

Vermeiderverhalten		14..24	25..29	30..34	35..44	45..54	55..64	65 ++	insg.
ja oder 'gehe bei Dunkelh. nicht aus'	n	89	64	65	79	70	74	109	552
	%	44.1	37.6	45.8	37.6	39.5	43.0	55.1	43.3
darin: 'bei Dunkelh. nicht*')	%	9.4	3.5	5.6	4.8	7.9	12.8	26.8	10.4
nein	n	99	93	71	120	99	90	75	649
	%	49.0	54.7	50.0	57.1	55.9	52.3	37.9	50.9
weiß nicht	n	14	13	6	11	8	8	14	74
	%	6.9	7.6	4.2	5.2	4.5	4.7	7.1	5.8
% bez. auf n =	n	202	170	142	210	177	172	198	1275
Vermeiderverhalten		Geschlecht		Opfererfahrung					
		männlich	weiblich	keine	1 nur Sachbeschädig.	2 (auch) Diebstahl	3 (auch) Nahraum	4 (auch) Gewalt	
ja oder 'gehe bei Dunkelh. nicht aus'	n	164	382	395	32	60	12	53	
	%	25.4	61.8	44.1	36.8	42.3	33.3	46.1	
darin: 'bei Dunkelh. nicht*')	%	3.1	17.8	12.7	6.9	7.0		2.6	
nein	n	443	201	445	51	76	18	59	
	%	68.6	32.5	49.7	58.6	53.5	50.0	51.3	
weiß nicht	n	39	35	55	4	6	6	3	
	%	6.0	5.7	6.1	4.6	4.2	16.7	2.6	
% bez. auf n =	n	646	618	895	87	142	36	115	

*) die genaue Aussage lautete: "gehe nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine durch die Straßen".

7. Bewertung der Polizeiarbeit in der Gemeinde

7.1 Bewertung der Polizeiarbeit

Überwiegend positiv beurteilt wird in Ravensburg und Weingarten "die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt" und "die Arbeit der Polizei an Ihrem Wohnort bei der Verbrechensbekämpfung": Gute Noten für die Polizeiarbeit allgemein (1 bis 3 auf der 'Notenskala' von 1 bis 6) geben 71.6% der Antwortenden (Freiburg: 58.1%; Calw: 68.7%) und für die Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung 71.7% (Freiburg: 61.5%; Calw: 69.6%). Ausgeprägt gute Noten (1 und 2) vergibt sogar fast jeder dritte Befragte; ausgeprägt schlechte Noten (5 und 6) werden dagegen nur in jeder neunten Antwort vergeben.

Tabelle 13: Einschätzung der Polizeiarbeit

Note	Ravensburg /Weingarten			Calw	Freiburg	BRD ²³
	N	%	cum.%	%	%	%
sehr gut 1	54	4.3	4.3	3.9	2.6	6.4
2	338	27.2	31.6	24.6	17.3	32.5
3	497	40.0	71.6	40.2	38.3	37.1
4	215	17.3	88.9	17.5	26.7	15.4
5	99	8.0	96.9	10.3	11.1	6.1
ungenügend 6	39	3.1	100.0	3.4	4.1	2.5
Gesamt	1308	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

ohne Angaben: 66

Die Bewertung der Polizeiarbeit in der Gemeinde hängt mit der Gemeindegröße zusammen. Das folgende Schaubild 7 zeigt die entsprechenden Vergleichswerte nach der Gemeindegrößeklasse (SWB 1994, alte Bundesländer):

Schaubild 7: Bewertung der Polizeiarbeit in der Gemeinde

Mit 3.1 liegen die mittleren Notenwerte, die die Bürger der beiden Gemeinden der Polizei für ihre Arbeit geben, nur geringfügig unter dem Mittelwert für den Westen der Bundesrepublik, wobei es die jüngeren und mittleren Altersjahrgänge sind, nicht die älteren, die hier unterdurchschnittliche Urteile abgeben.

²³ Alte Bundesländer, sozialwissenschaftliche Mehrthemen-Befragung SWB 3/1994

Schaubild 8: Bewertung der Polizeiarbeit nach dem Alter der Befragten

Tabelle 14: Bewertung der Arbeit der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung

		N	%	cum.%
sehr gut	1	54	4.4	4.4
	2	356	28.8	33.2
	3	476	38.5	71.7
	4	240	19.4	91.2
	5	82	6.6	97.8
ungenügend	6	27	2.2	100.0
Gesamt		1308	100.0	

ohne Angaben: 73

Die Arbeit der Polizei wird von den befragten Bürgern im Mittel mit einer Note von 3.1 beurteilt. Ausgesprochen negative Bewertungen sind die Ausnahme; auch weitere demographische Merkmale wie schulischer oder beruflicher Status differenzieren nicht in besonders ausgeprägter Weise hinsichtlich der Bewertung der Polizeiarbeit. Bei keiner Gruppe wurde eine im Mittel schlechter als 'ausreichend' (auf der konventionellen Notenskala von 1 bis 6) einzustufende Bewertung ermittelt.

Geringfügig ungünstigere Bewertungen erfährt die Polizei bei den unter 50-jährigen Befragten, hier insbesondere bei den jüngsten, noch in Ausbildung befindlichen Jahrgängen. Überdurchschnittlich gute Bewertungen der Polizeiarbeit finden sich bei Personen mit niedrigem beruflichem Bildungsstatus.

Bemerkenswert erscheint, dass auch nach einmaliger Viktimisierung im Untersuchungszeitraum die Bewertung der Polizeiarbeit nicht beeinträchtigt ist. Opfer und Nicht-Opfer unterscheiden sich sowohl in der Bewertung der Polizeiarbeit allgemein als auch in der Bewertung der Polizeiarbeit bei der Verbrechensbekämpfung nur gering. Eine einmalige Viktimisierung beeinträchtigt die Bewertung der Polizeiarbeit kaum; erst bei mehrmaliger Viktimisierung werden die Noten deutlich schlechter; lediglich Opfer multipler Viktimisierung und von Gewaltdelikten äußern ein im Mittel ungünstigeres Urteil über die Polizeiarbeit.

Überdurchschnittlich gut bewerten die Bürger die Arbeit der Polizei, die erst kürzlich die Anwesenheit einer Polizeistreife in ihrem Wohngebiet wahrgenommen haben; etwa 30% der Bürger haben immerhin in der Woche vor Ausfüllen des Fragebogens eine Polizeistreife in ihrem Wohngebiet wahrgenommen; knapp 60% der Befragten würden häufigere Streifen in ihrem Wohngebiet begrüßen.

7.2 Befürwortung häufigeren Streifengehens

Häufigere Polizeistreifen im Wohngebiet werden, wie das folgende Schaubild 9 zeigt, von Männern (mit 61%) im Mittel etwas häufiger befürwortet als von Frauen (56%); dies nicht nur in den älteren Jahrgängen ab 30, sondern auch von der jüngsten Gruppe der Befragten. Die relativ hohe Viktimisierungsrate und Kriminalitätsfurcht der jüngeren Jahrgänge scheint sich demnach auch in einer überwiegend positiven Einstellung zur Polizeipräsenz niederzuschlagen.

Schaubild 9: Befürwortung häufigeren Streifegehens der Polizei im Wohngebiet nach Alter und Geschlecht

8. Kriminalität als Problem in der Wahrnehmung der Bürger

8.1 Rangplatz und Veränderung der Kriminalität

Auf die Frage nach dem Rangplatz der Kriminalität unter den wichtigsten Problemen der Gemeinde (Frage 115)²⁴ setzen 22% der hier Antwortenden (N=1 068) die Kriminalität auf Rang 1; die Hälfte der Befragten weist der Kriminalität einen der ersten drei Ränge zu. Jede neunte Antwort (11%) verweist die Kriminalität dagegen explizit auf einen der hinteren Ränge (Rangplatz 10 ff., explizit "keine Bedeutung" o.ä.).

Auf die Frage nach der Veränderung der Kriminalität²⁵ wurde geantwortet "hat zugenommen" von 73%, "hat sich nicht verändert" von 25%; eine Abnahme der Kriminalität nahmen nur 1,5% der Befragten an.

8.2 Gründe für die angenommene Zunahme der Kriminalität

Das folgende Schaubild 10 zeigt, wo die Befragten die Gründe für eine angenommene Zunahme der Kriminalität²⁶ sehen: An erster Stelle (30.8% der Nennungen) stehen ökonomische Gründe, nämlich *Arbeitslosigkeit* allgemein und speziell die *Jugendarbeitslosigkeit* (zusammen 23% der Nennungen) sowie die ungünstige *ökonomische und soziale Entwicklung* (weitere 8% der Nennungen). Etwa 14% der Nennungen entfallen auf *Ausländer* (Asylanten, Übersiedler) als solche oder (darunter ca. 1%) kriminelle Ausländer oder Ausländergruppen.

9% nennen ein unzureichendes *Kultur- und Freizeitangebot* besonders für die jungen Menschen; 8% nennen Gründe im sozialen Zusammenleben und Einstellungsbereich, 6% beklagen Wertewandel und -zerfall; auf Alkohol und Drogen und die Drogenpolitik sprechen 6% der Nennungen an, weitere 1.4% nennen explizit die Drogen-/Beschaffungskriminalität. Gewaltdarstellungen in den Medien machen 4% der Nennungen verantwortlich. Nur 4% der Nennungen sehen in zu wenig Polizei, 3% in Mängeln von Gesetzgebung und Rechtsprechung die Ursachen einer ungünstigen Kriminalitätsentwicklung.

Schaubild 10: Gründe für die angenommene Zunahme der Kriminalität

²⁴ Frage 115: "Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müssten, an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen?"

²⁵ Frage 116: "Glauben Sie, dass sich die Kriminalität in Ihrer Stadt in den letzten 2 Jahren verändert hat?"

²⁶ Frage 117: "Wenn Sie der Ansicht sind, dass sich die Kriminalität verändert hat, was meinen Sie, spielt dabei eine Rolle? (Bitte geben Sie maximal drei Gründe an.)"

8.3 Kriminalität – ein Problem der Gemeinde unter vielen: Die Stellung der Kriminalität unter den wahrgenommenen Problemen der Gemeinde

Ein gültigeres Bild als die 'forcierte' Frage nach dem Rang eines bestimmten, ausdrücklich vorgegebenen Problems²⁷ gibt die offene Frage²⁸ nach dem oder den dringendsten Problemen²⁹. Unter den als dringendstes Problem der Gemeinde genannten Bereichen machen Kriminalität, Sicherheit und Ordnung nicht mehr als 11.5% der (insgesamt 2741) Problemnennungen aus, darunter explizit *Kriminalität knapp 10%*. Die *Jugendkriminalität*, die im Zentrum der Überlegungen des "Arbeitskreises Kriminalprävention" steht, wird dabei nur insgesamt sechsmal (0.2 Prozent) eigens genannt. Etwa *zwei Drittel* der Nennungen betreffen dagegen *Strukturprobleme*, darunter an erster Stelle die *Verkehrsprobleme (Individualverkehr; ÖPNV)* der Gemeinde (29%; unter den an erster Stelle genannten Problemen sogar 39%). Im Vordergrund stehen dabei – mit Ausbau und Kontrolle von Tempo 30-Zonen und weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen, Geschwindigkeitskontrollen, Radwegen – durchaus sicherheitsrelevante Probleme. Fast jede sechste Nennung bezieht sich auf Probleme der Wohnungsversorgung, hier insbesondere für Familien mit Kindern, und andere Infrastrukturprobleme der Gemeinde (16%). Ca. 12% der Nennungen beziehen sich auf das *Freizeit-, Kultur- und Sportstättenangebot* der Gemeinde, dessen Bedeutung vor allem in Hinblick auf sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche häufig hervorgehoben wird. Auch Sozialeinrichtungen für die ältere Generation und das Krankenhausproblem werden genannt.

Unter den Problemen der Gemeindepolitik und Gemeindeverwaltung wird vor allem auf die schwierige Finanzsituation der Gemeinde (und auf zu hoch empfundene Abgaben) verwiesen (zusammen 7%); Umweltprobleme (allgemein, überwiegend aber gemeindebezogen, etwa die Kanalisation) machen 6% der Nennungen aus.

Ausländer, Asylanten und Aussiedler als solche oder deren zu große Zahl rechnen 3.2% zu den dringendsten Problemen der Gemeinde. Dem stehen ca. 1.7% gegenüber, die Ausländerfeindlichkeit, Rassismus oder mangelnde Förderung der Integration von Ausländern als Problem besonders hervorheben; dies sind ganz überwiegend deutsche (43 von 46) Teilnehmer an der Befragung. Die Verteilung der Problemnennungen zu den drei dringendsten Problemen der Gemeinde zeigt das Schaubild 11:

²⁷ Siehe oben Frage 115.

²⁸ Frage 114: "Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde?"

²⁹ Dass bei offener Fragestellung durchaus auch ausgeprägt hohe Anteile von Nennungen der Kriminalitätsproblematik auftreten, zeigt das Beispiel von Frankfurt a.M., der Stadt mit der höchsten Kriminalitätsbelastung in den alten Bundesländern (1993 kamen auf 100 000 Einwohner in Frankfurt a.M. 21.212 registrierte Fälle; zum Vergleich: Freiburg i.Br. 12 853). Bei einer Befragung Frankfurter Bürger in einer repräsentativen Stichprobe nannten auf die Frage "Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit in Frankfurt am Main die größten Probleme?" (ohne Vorgabe, Mehrfachnennungen) 1993 43% und 1994 55% "Kriminalität/Öffentl. Sicherheit" (vgl. Bick/Dobroschke 1993 und 1994).

Schaubild 11: Die drei dringendsten Probleme der Gemeinde

8.4 Vorrangig genannte Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität

Die Nennungen zu der Frage 118 "Durch welche Maßnahmen könnte man Ihrer Meinung nach die Kriminalität in der Stadt verringern?" lassen sich in vier große Blöcke gruppieren, die zusammen 2/3 der Nennungen umfassen:

- (1.) Erwartungsgemäß bezieht sich ein Großteil der Antworten³⁰ auf den *klassischen Kontrollbereich* (Polizeiliche Kontrolltätigkeit 28%, Gesetz und Rechtsprechung 10%) mit dem Schwerpunkt auf der Verstärkung und Verbesserung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen der Polizei. Neben globalen Erwartungen an "mehr Polizei" zielt eine auffallend große Zahl der Nennungen darauf, die Präsenz der Polizei durch *mehr sichtbare Präsenz*, also durch *mehr Streifentätigkeit*, hier insbesondere auch durch *mehr Fuß- und Fahrradstreifen* zu verbessern. Die Aufstellung von Bürgerwehren³¹ oder der Einsatz privater Wachdienste wird dagegen nur vereinzelt³² vorgeschlagen.
- (2.) Ein zweiter großer Komplex von Vorschlägen (16% der Nennungen) zielt auf eine *Verbesserung der Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung und kultureller Aktivitäten in der Gemeinde* und die Verbesserung des *sozialen Betreuungsangebotes*, insbesondere für junge Menschen, und fordert allgemein eine verbesserte Sozialpolitik. Weitere 2% sprechen sich explizit für den Einsatz von mehr Sozialarbeitern (zur Betreuung von Jugendlichen in Einrichtungen und Freizeitprogrammen, aber auch als aufsuchende Streetworker) aus.
- (3.) In 10% der Äußerungen genannt werden Maßnahmen gegen *Arbeitslosigkeit*, namentlich zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit.
- (4.) *Prävention*, insbesondere präventive Aufklärungstätigkeit und präventives Verhalten potentieller Geschädigter, werden ebenfalls in 10% der Nennungen aufgeführt, hierunter am häufigsten Prävention durch Bürgeraufklärung (4%), mehr Aufmerksamkeit und Nachbarschaftshilfe (2%); Objektsicherung und -überwachung (1%), wie sie im kriminalpolizeili-

³⁰ Erfasst wurden N=2247 Nennungen; hierauf beziehen sich die Prozentangaben im Text.

³¹ Beispiel: "Bewaffnung der alten Soldaten und ehrbaren Bürger".

³² Insgesamt 9 Nennungen (0.4%).

chen Vorbeugungsprogramm angesprochen wird, explizit auch bessere Warensicherung und mehr Verkaufspersonal (und "weniger verlockende Werbung"), an nächster Stelle (1%) die bessere Beleuchtung bestimmter kritischer Stellen und die Anbringung von Notrufmeldern, ferner (je 0.5%) geeigneterer Fahrradabstellmöglichkeiten und die gezielte Bewachung gefährdeter Gebäude.

Unter 10% der Nennungen entfallen jeweils auf die folgenden Themenbereiche:

- (5.) 6% der Nennungen sprechen sich für mehr *Solidarität und soziales Engagement* im Zusammenleben der Bürger als Möglichkeit zur besseren Prävention aus.
- (6.) 5% beträgt der Anteil von Nennungen zur *Ausländerpolitik* allgemein und von (nur zum kleineren Teil offen fremdenfeindlichen) Vorschlägen zu verstärkten Maßnahmen gegen Ausländer und Asylsuchende; gefordert wird aber auch die *Verbesserung der Integrationsbedingungen* und der Abbau von Vorurteilen gegen Ausländer und Asylsuchende (2%).
- (7.) 3% der Nennungen sehen Ansatzpunkte in der besseren *Erziehung in Schule und Elternhaus*.
- (8.) 2.5% der Nennungen beziehen sich auf Maßnahmen zur *Reduzierung und Kontrolle von Alkohol- und Drogenkonsum*; gefordert wird hier das Angebot billiger nichtalkoholischer Getränke, die bessere Kontrolle 'einschlägiger' Lokale und ein entschiedenes Vorgehen gegen Drogenhandel; ein halbes Prozent der Nennungen spricht sich daneben für eine liberalere Drogenpolitik (Freigabe oder Entkriminalisierung des Konsums bisher illegaler Drogen; Substitutionsprogramme) und für verbesserte Hilfeangebote für Drogenabhängige aus.
- (9.) 1.3% der Nennungen betrifft die Forderung nach Eindämmung oder Verbot von *Gewaltdarstellungen* in den Medien, insbesondere im Fernsehen.
- (10.) 1.2% der Nennungen sprechen das Problem der Beschaffung von *Wohnraum*, insbesondere von bezahlbarem Wohnraum für Familien mit Kindern, an.
- (11.) 1.2% der Nennungen sprechen Probleme der *Stadt- und Infrastrukturplanung* an
- (12.) Weitere 0.9% hoffen allgemein auf eine bessere Gemeinde-, Landes- oder Bundespolitik.
- (13.) 0.6% der Nennungen sprechen sich für eine stärkere Betonung von *Resozialisierung, Reintegration und Wiedergutmachung* (statt Strafverbüßung) als präventive Reaktion auf Straftaten aus.
- (14.) Bessere *Verkehrsverbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln* insbesondere in den Abendstunden, billige *Nachttaxen* und Möglichkeit der Fahrradmitnahme im Bus fordern 0.5% der Nennungen, insbesondere von Frauen.

Weitere vereinzelte Nennungen sprechen u.a. die folgenden Bereiche an:

- Selbstverteidigungskurse für Frauen und in den Schulen;
- verbesserte Kontrolle von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung;
- Ursachenforschung und Umfragen.

Weniger als 1% der Nennungen bezweifeln die Möglichkeit wirksamer Prävention auf kommunaler Ebene oder generell.

Schaubild 12: Maßnahmen gegen Kriminalität

In diesen Antworten wird das Dilemma deutlich, in dem sich Bemühungen um die Prävention von Straftaten auf kommunaler Ebene generell befinden:

- Als Ursachen für eine angenommene Zunahme von Kriminalität werden vor allem ökonomische und strukturelle Ursachen wahrgenommen.
- Als Möglichkeit konkreter Präventionsmaßnahmen wird dagegen am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen.

Kurzfristig realisierbare Maßnahmen, insbesondere eine verbesserte Präsenz der Polizei, können die wahrgenommenen Problemursachen nicht beeinflussen, die in der Stadtentwicklung und den zunehmend problematisch empfundenen Bedingungen gesehen werden, unter denen vor allem junge Menschen im städtischen Umfeld aufwachsen.

9. Stadtteilbezogene Auswertung: Wo und warum Bürger sich fürchten

9.1 Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht am Wohnort – besonders ausgeprägt (nur) bei den Bewohnern der Innenstadtbereiche

Unter präventiven Gesichtspunkten interessiert, ob sich in einzelnen Ortsteilen besonders auffällige Viktimisierungs- oder Furchtwerte identifizieren lassen. Ein- und Auspendlerströme zwischen den Stadtteilen verteilen sich nicht zufällig, insbesondere die Innenstädte und andere Handelszentren werden auch von Bewohnern aus anderen Stadtteilen aufgesucht, die so womöglich außerhalb des eigenen Stadtteils auch Opfer einer Straftat werden können. Deshalb soll im Folgenden insbesondere dargestellt werden, wie häufig die Bewohner der einzelnen Ortsteile jeweils in ihrem Ortsteil geschädigt wurden, wie ihr Sicherheitsempfinden in der jeweils eigenen Wohngegend ausgeprägt ist und ob sich dabei statistisch abgesicherte Unterschiede in der 'Sicherheitsqualität' der einzelnen Ortsteile identifizieren lassen.

Grenzen für eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Ortsteile ergeben sich unvermeidlich aus den zum Teil nur geringen Fallzahlen; eine Projektion der in einer Teilstichprobe gefundenen An-

teile auf die Grundgesamtheit ist daher stets mit einer bestimmten (und angebbaren) statistischen Unsicherheit behaftet. Hieraus sind zwei Konsequenzen zu ziehen:

1. Die Werte zu kleiner Teilstichproben können nicht hinreichend zuverlässig interpretiert werden.³³
2. Für alle Teilstichproben gilt, dass, abhängig von der jeweiligen Merkmalsverteilung und dem Umfang der Teilstichprobe, der für die Grundgesamtheit anzunehmende 'wahre' Wert der untersuchten Variable nur innerhalb einer bestimmten Bandbreite (eines 'Konfidenzbereiches') um den in der Stichprobe ermittelten Wert der Variable lokalisiert werden kann. Unterschiede zwischen den gemessenen Werten einzelner Einheiten dürfen deshalb nur dann als bedeutsam ('signifikant') interpretiert werden, wenn diese nicht mehr innerhalb eines gemeinsamen Konfidenzbereiches liegen; nur dann darf hinreichend sicher vermutet werden, dass die beiden Grundgesamtheiten sich tatsächlich in der betrachteten Variable unterscheiden.

In der Gesamtstichprobe ist etwa jedes zweite Opfer im eigenen Wohngebiet geschädigt worden (die Gesamt-Viktimisierungsrate beträgt ca. 29%; 15% der Befragten gaben an, 'zu Hause oder in der Nähe' innerhalb des eigenen Stadtteils Opfer einer Straftat geworden zu sein).

Die in der Stichprobe ermittelten Opferanteile in der eigenen Wohngegend erreichen die höchsten Anteile bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der jeweiligen Innenstadtbereiche von Ravensburg und Weingarten. Nur diese heben sich deutlich vom Mittelwert der Gesamtstichprobe wie auch von den Werten aller anderen Teilstichproben ab. Dagegen sind die Unterschiede in den wohnungsnahen Viktimisierungsraten der übrigen Ortsteile auf überwiegend gleichem Niveau.

Unter Berücksichtigung der gefundenen Verteilungen und der jeweiligen absoluten Fallzahlen sind im folgenden Schaubild 13, zusätzlich zu den wohngebietsbezogenen Viktimisiertenraten, die Ober- und Untergrenzen des 95% Konfidenz-Intervalls dieser Variablen aufgetragen; mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% darf darauf geschlossen werden, dass der tatsächliche Opferanteil in der jeweiligen Grundgesamtheit der Teilstichprobe *innerhalb* der errechneten Ober- und Untergrenze liegt. Eine genauere statistische Bestimmung des Opferanteils des jeweiligen Ortsteils ist (vor allem wegen der begrenzten Fallzahlen) nicht zuverlässig möglich.³⁴

Die Ortsteile – mit Ausnahme der Stadtzentren – liegen mit ihrem Konfidenzbereich durchweg um den Mittelwert von 15% oder darunter; *die einzigen Ortsteile, die tatsächlich statistisch gesichert eine Belastung über dem Mittelwert von 15% aufweisen, sind die beiden Stadtzentren.* Aus kriminologischer Sicht ist die hohe Belastung der Stadtzentren durchaus erwartungsgemäß; weitere 'neuralgische' Ortsteile mit herausragend hoher Opferbelastung sind, und das ist ein sicher positiv zu wertender Befund, in Ravensburg und Weingarten jedenfalls nicht zu identifizieren.

³³ In den folgenden Schaubildern werden Ortsteile mit weniger als 20 Befragungsteilnehmern nicht dargestellt; dies sind die Ortsteile Ravensburg-Sennerbad, Dürnast, Gornhofen und Adelsreute. Ortsteile mit 20 bis unter 30 Befragungsteilnehmern sind gesondert ausgewiesen, da die Befunde hier als wenig gesichert gelten müssen.

³⁴ Für die gesamte Population wird so eine Rate von 15.1% +/- 2 geschätzt; für die Innenstadt Weingarten ein Wert von 44.4% +/- 14.5; für Ravensburg Altstadt von 29.7% +/- 10.4; für Ravensburg-Nordstadt liegt der Konfidenzbereich zwischen 0 und 17%.

Schaubild 13: Befragte, die in ihrer Wohngegend Opfer einer Straftat wurden (95%-Konfidenzbereich)

Dies schließt nicht aus, dass sich verschiedene Ortsteile und Teilgemeinden in anderen – subjektiven – Indikatoren der Kriminalitätsfurcht unterscheiden. So liegt der Anteil der Befragten, die äußern 'oft' oder 'sehr oft' daran zu denken, sie könnten Opfer einer Straftat werden, in den Stadtzentren ebenfalls über dem Mittelwert; vergleichbar hohe Werte finden sich indessen auch bei den geringer belasteten Ortsteilen. Da der Anteil der Bürger mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht allerdings geringer ist als die Opferrate, sind die gefundenen Unterschiede durchweg innerhalb einer erwartbaren Streubreite um den Mittelwert und offensichtlich nicht systematisch mit den mitgeteilten Viktimisierungen korreliert. Auch insofern spricht nichts dafür, dass ausgeprägte 'Furchträume' in den untersuchten Gemeinden vorhanden wären.

Dies unterstreicht auch die Betrachtung anderer Furchtindikatoren, wie sie im folgenden Schaubild 14 dargestellt sind: Neben der Viktimisiertenrate wird hier jeweils der Mittelwert der von den Befragten eines Ortsteils geäußerten Furcht- und Unsicherheitswerte auf einer Skala von 1 bis 4 dargestellt.³⁵ Gemessen am vorgegebenen Skalenumfang (1..4) streuen die Mittelwerte der Ortsteile nur geringfügig; auch hier ist keine systematische Abhängigkeit der subjektiven Furchtbelastung oder Unsicherheitsgefühle von der tatsächlich erfahrenen und mitgeteilten Kriminalitätsbelastung erkennbar.

³⁵ Es handelt sich um die Fragen:

130: "Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?" (1= nie/ manchmal/ oft/ sehr oft=4);

129: "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?" (1=nie/ manchmal/ oft/ sehr oft=4);

134: "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?" (1=sehr sicher/ ziemlich sicher/ ziemlich unsicher/ sehr unsicher=4)

Schaubild 14: Viktimisierung im eigenen Wohngebiet und Kriminalitätsfurcht

Der Anteil der Bewohner (und vor allem: Bewohnerinnen), die angeben, bei letzter Gelegenheit oder regelmäßig in ihrer Gegend "gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden (zu haben), um zu verhindern, dass ihnen etwas passieren könnte",³⁶ ist mit 43% deutlich höher als der Anteil der in der eigenen Wohngegend tatsächlich in den vergangenen Monaten viktimisierten Personen (und auch wesentlich höher als der Anteil von 11% der Bürger, die ausgeprägte Kriminalitätsfurcht äußerten). Zwischen 31% und 56% der Bewohner und Bewohnerinnen der einzelnen Ortsteile nannten derartige selbstaufgelegte Einschränkungen; mit 25 Prozentpunkten ist die Streubreite zwischen den Ortsteilen damit ersichtlich geringer als die Unterschiede zwischen Männern (25%) und Frauen (62%). Ein systematischer Zusammenhang mit der Viktimisierungsrate im jeweiligen Wohngebiet ist nicht erkennbar.

Wie für das Vermeideverhalten gilt auch für die anderen in der Untersuchung erhobenen Indikatoren der Kriminalitätsfurcht und Unsicherheit, dass

- a) ein systematischer Zusammenhang mit der Viktimisierungsrate des jeweiligen Wohngebietes nicht erkennbar ist und dass
- b) die Unterschiede zwischen den einzelnen Ortsteilen relativ gering sind; Ortsteile, die sich in den subjektiven Indikatoren der Kriminalitätsfurcht und Unsicherheit statistisch eindeutig als besondere Problemzonen identifizieren ließen, gibt es in Ravensburg und Weingarten demnach nicht.

Der einzige Indikator, der eine unter Berücksichtigung des jeweiligen Stichprobenumfangs statistisch abgesicherte Höherbelastung einzelner Ortsteile zeigt, ist die oben dargestellte Viktimisierungsrate; hier sind es – ausschließlich – die jeweiligen Innenstädte, die als überdurchschnittlich belastet identifiziert werden können.

³⁶ Frage 133 lautete: "Versuchen Sie sich bitte an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer. Haben Sie gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass ihnen etwas passieren könnte?". Als Vermeideverhalten bewertet werden zusammengefasst die Antworten "ja" und "gehe nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine durch die Straßen"; weitere Antwortmöglichkeiten waren: "nein" und "ich weiß nicht/kann mich nicht erinnern".

9.2 *Wo und vor wem Bürger sich fürchten: die Innenstädte als Kristallisationspunkt*

Die überdurchschnittlich hohe Belastung der Bewohner der Stadtzentren findet auch in der Wahrnehmung der Innenstadt durch die Bewohner der übrigen Ortsteile ihren Niederschlag. Dies zeigt sich bei der Frage nach weiteren Gegenden (außerhalb der eigenen Wohngegend) in den Gemeinden, in denen Bürger sich fürchten. Die Befragten waren aufgefordert, solche Gegenden zu benennen und dabei die Gründe für ihre Furcht mit anzugeben.

Gemessen an der Zahl von 1 308 Befragungsteilnehmern und der Bitte, bis zu drei Örtlichkeiten zu bezeichnen, ist die Zahl von insgesamt 878 Nennungen nicht besonders hoch; auffallend ist, dass ein erheblicher Teil der Befragten keine Gegend in der Gemeinde zu benennen weiß, in der er sich fürchtet. Unter den genannten Gegenden zeichnen sich allerdings *eindeutige Schwerpunkte* ab: 38% der Nennungen entfallen auf den *Innenstadtbezirk* von Ravensburg oder Weingarten; jeder vierte Befragungsteilnehmer nannte die Innenstadt seiner Gemeinde als Gegend, wo er/sie sich fürchtet; hierunter wird insbesondere der Marienplatz (Ravensburg) häufiger genannt. Dabei sind es *insbesondere junge Frauen*, die sich in den Stadtzentren fürchten – von ihnen nannten 37%, also mehr als jede dritte junge Frau, die Innenstadt.

An zweiter Stelle werden – von 8% der Befragten, und zwar gleichermaßen von jungen wie älteren Menschen – die städtischen Grünanlagen und Parkareale genannt, darunter insbesondere der (an die Innenstadt angrenzende) Stadtgarten in Weingarten.

Einzelne Ortsteile fallen nicht durch annähernd häufige Nennungen wie die Stadtzentren auf (5% der Befragten nennen das Gebiet Schussensiedlung/Ummenwinkel/Nordstadt Ravensburg; Weststadt und Südstadt Ravensburg nennen 3% bzw. 2% der Befragten). Als neuralgische Örtlichkeit wird der Bahnhof Ravensburg und sein Umfeld von 52 Befragten (4% der Befragten; von den jungen Frauen 7%) genannt; 17 Befragte nennen verschiedene Unterführungen, zehn Befragte Parkhäuser, Tiefgaragen oder Parkplätze als furchtbesetzte Orte; Gewerbegebiete werden siebenmal, einzelne Haltestellen zusammen sechsmal genannt.

Gründe für die auf einzelne Gegenden bezogene Furcht beziehen sich vor allem auf bestimmte Personengruppen oder 'Milieus', seltener auf bekannte Vorfälle in der Vergangenheit (darunter elfmal genannt: sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen; auch auf einen Mordfall in der Ravensburger Innenstadt wurde verwiesen).

Als bedrohlich empfunden wird von einem Teil der Befragten die Anwesenheit und das Verhalten von *Jugendlichen*, insbesondere von Gruppen Jugendlicher; dies allerdings nicht nur von älteren Menschen, sondern gleichermaßen auch von jüngeren Befragten.

Ähnlich häufig wird das Auftreten von *alkoholisierten Personen*, Drogenkonsumenten oder -dealern genannt; weitaus häufiger als von Konsumenten oder Dealern illegaler Rauschdrogen geht die Furcht dabei vom Auftreten alkoholisierter Personen aus, namentlich in der Innenstadt im Umfeld von Lokalen und auf den zentralen Plätzen, wobei es überdurchschnittlich häufig die jungen Frauen sind, die Anlass zu Furcht vor Pöbeleien oder Angriffen sehen.

Erst an dritter Stelle und von ca. 6% der Befragten genannt wird das gehäufte Auftreten von Fremden (Ausländern, Asylanten), auch hier ohne erkennbare Überrepräsentation der älteren Befragten.

Als *Maßnahme zur Reduzierung der Gefährdung* an den als furchtbesetzt genannten Orten wird am häufigsten (331 mal) eine stärkere und gezielte Polizeipräsenz an neuralgischen Orten genannt; an zweiter Stelle (142 mal) eine Verbesserung der Beleuchtung (insbesondere in dunklen Altstadtgasen und an anderen unübersichtlichen Orten; dies besonders häufig von der Gruppe der jungen Frauen).

Ortsteilbezogen vorgeschlagen wird ferner im Einzelnen

- die Einrichtung von mehr Notrufsäulen und Münztelefonen;
- die Reduzierung und bessere Überwachung des Alkoholausschankes insbesondere an Jugendliche;
- der Ausschank billigerer alkoholfreier Getränke;
- das Zurückschneiden hoher Sträucher an unübersichtlichen Stellen;
- eine Verbesserung der Verbindungen mit dem öffentlichen Personennahverkehr auch in den Abendstunden und das Angebot billiger Taxidienste (Frauentaxi);
- "Männer nachts einsperren";
- bessere Freizeitangebote für Jugendliche;
- längere Öffnungszeiten in Jugendzentren;
- bessere Busanbindung für die Wahrnehmung der städtischen Freizeitangebote von außerhalb;
- das Angebot alternativer Aufenthaltsorte (für Jugendliche; für Randgruppen);
- das Angebot betreuter/beaufsichtigter Aufenthaltsorte;
- mehr Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche, für junge Ausländer;
- die Schaffung von mehr Unterkünften und Aufenthaltsmöglichkeiten für Obdachlose;
- Jugendtreffs für Ausländer;
- städtebaulich-stadtplanerische Maßnahmen (keine weitere Wohnverdichtung, keine Konzentration von 'sozial Schwachen' in einzelnen Vierteln).

Bemerkenswert ist, dass der Wunsch nach stärkerer Polizeipräsenz 'vor Ort' an den als furchtbesetzt genannten Orten von den jungen Befragten noch häufiger als von den älteren Bürgern geäußert wird (von 27% der jungen Männer bis 20 Jahren, 36% der jungen Frauen bis 20 Jahren, dagegen nur 18% der über 60jährigen).

10. Zusammenfassung und Folgerungen

10.1 Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten

1. In Ballungsgebieten, die regelmäßig eine hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen, messen die Bürger dem Problem "Kriminalität" einen hohen Stellenwert zu. In Ravensburg/Weingarten dagegen ist Kriminalität für die Bürger kein vorrangiges Problem, sondern nur ein Problem unter vielen in ihrer Gemeinde. Auf die Frage nach den drei dringendsten Problemen wurde vor allem die gemeindliche Infrastruktur genannt, insbesondere das Verkehrsproblem, auf das allein 29% aller Nennungen entfielen, das Freizeit- und Sportstättenangebot und die Wohnungsversorgung. Demgegenüber war Kriminalität mit 10% aller Nennungen für die Befragten von relativ geringer Bedeutung.
2. Fasst man die Angaben zur persönlichen Opferwerdung in den verschiedenen erfragten Deliktsbereichen zusammen, so berichten insgesamt 29% der Teilnehmer der Befragung von einer persönlichen Opfererfahrung im 12-Monatszeitraum. Diese Opferbelastung geht vor allem auf drei Deliktsbereiche zurück, nämlich auf Diebstahl, Sachbeschädigung und tätlichen Angriff/Bedrohung, wobei es in mehr als zwei Dritteln der berichteten Fälle von Angriff oder Bedrohung nicht zur tatsächlichen Gewaltanwendung kam. Dieser Opferanteil liegt zwischen den entsprechenden Raten, die bei den parallel durchgeführten Erhebungen in Calw (26%) und Freiburg i.Br. (41%) ermittelt worden sind. Diese Raten liegen ihrerseits innerhalb der Bandbreiten sonstiger einschlägiger deutscher Untersuchungen. Ravensburg/Weingarten zeichnet sich demnach durch keine auffällig hohe Gefährdung durch Kriminalität aus. Durch die Befragung bestätigt wurde der bekannte Befund, dass Männer häufiger Opfer werden als Frauen und dass jüngere Altersgruppen deutlich höhere Viktimisierungsraten aufweisen als Personen nach dem 35. Lebensjahr.
3. Nur jedes dritte Delikt, von dem die Bürger berichten, wurde auch angezeigt. Auf die Frage nach den Gründen für die Nicht-Anzeige wurden die meisten Nennungen (52%) – Mehrfachnennun-

gen waren möglich – der Antwortvorgabe 'Die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise' zugeordnet. 47% der Befragten in Ravensburg/Weingarten nannten als Grund für die Nicht-Anzeige 'nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche'. Diese Zahlen zeigen zum einen, dass knapp die Hälfte der Opfer ihre Viktimisierung selbst als nicht sehr gravierend einstufte. Sie deuten zum anderen auf eine eher pragmatische Einschätzung der Opfer hin – jedenfalls beim großen Teil der als weniger schwerwiegend empfundenen Delikte – als auf ein generelles Misstrauen in die Einsatzbereitschaft der Polizei.

4. Opfererfahrung führt weder zu einer dramatisierenden Bewertung der Kriminalität noch zu einem Ruf nach "law and order". Der Stellenwert der Kriminalität als Problem der Gemeinde wird von den Opfern nicht anders eingeschätzt als von Nicht-Opfern. Opfererfahrung führt auch nicht dazu, dass mehr 'Sühne oder Vergeltung' für das begangene Unrecht und weniger Hilfe bei der Wiedereingliederung von Straftätern in das alltägliche Leben gefordert wird.
5. Nicht nur die tatsächlich erlittene Schädigung durch eine Straftat, sondern auch die Furcht, möglicherweise Opfer einer Straftat zu werden, beeinträchtigt die Lebensqualität. Jeder neunte Befragte (11%) denkt 'oft' oder 'sehr oft' daran, Opfer einer Straftat zu werden. Insgesamt gesehen ist damit die Kriminalitätsfurcht der Befragten in Ravensburg/Weingarten nicht ausgeprägter als im westdeutschen Durchschnitt.

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verteilung des Unsicherheitsgefühls zeigen sich, wie schon andere Forschungen gezeigt haben, gravierende Unterschiede, denn 15,7% der Frauen, jedoch nur 6,5% der Männer äußern Kriminalitätsfurcht in dieser Ausprägung.

Ferner zeigt sich eine deutliche Kriminalitätsfurcht insbesondere bei den unter 25-Jährigen. Wie die nach Geschlecht differenzierte Altersverteilung zeigt, ist dies insbesondere auf eine relativ hohe Furchtbelastung der unter 25jährigen Frauen zurückzuführen. Die aus verschiedenen Untersuchungen bekannte, relativ hohe Belastung der älteren Jahrgänge, insbesondere der älteren Frauen, wird in Ravensburg / Weingarten nicht beobachtet; die älteren Jahrgänge weisen hier sogar die jeweils niedrigste Furchtausprägung auf.

Auswirkungen der Kriminalitätsfurcht zeigen sich im Vermeiderverhalten, vor allem bei Frauen. So gaben z.B. 18% der Frauen (gegenüber nur 3% der Männer) an, nach Einbruch der Dunkelheit nicht alleine auszugehen.

6. Die Befragung hat den bekannten Befund bestätigt, dass Kriminalitätsfurcht und objektive Kriminalitätsbelastung nur wenig miteinander verknüpft sind. Ein systematischer Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und den Viktimisierungsraten der Bewohner der jeweiligen Wohngebiete ist nicht erkennbar. Ortsteile, die sich entweder unter dem Gesichtspunkt der Kriminalitätsfurcht oder unter dem der Viktimisierung eindeutig als besondere Problemzonen identifizieren ließen, gibt es in Ravensburg und Weingarten nicht, ausgenommen die jeweiligen Innenstadtbezirke.

Auf die Innenstädte, ferner auf den Bahnhof Ravensburg und sein Umfeld sowie auf Stadtgärten und Parkanlagen (insbes. in Weingarten) konzentrieren sich auch die Befürchtungen der Bewohner anderer Bezirke. Dies gilt in besonderem Maße für die Gruppe der jungen Frauen. Als furchtauslösend empfunden wird vor allem die massierte Anwesenheit von Jugendlichen und das Auftreten alkoholisierter Personen; dem Alkoholproblem kommt dabei in der Erfahrung der Bürger ein erheblich höheres Gewicht zu als den illegalen Drogen.

7. Die Bürger, und zwar auch diejenigen, die angeben im Befragungszeitraum persönlich Opfer von Straftaten geworden zu sein, sind mit der derzeitigen Arbeit der Polizei sowie der Arbeit der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung überwiegend zufrieden. Eine einmalige Viktimisierung beeinträchtigt die Bewertung der Polizeiarbeit kaum; erst bei mehrmaliger Viktimisierung innerhalb eines Jahres wird die Beurteilung deutlich schlechter.
8. Unter den Gründen für die angenommene Zunahme der Kriminalität stehen an erster Stelle (31% der Nennungen) ökonomische Gründe, nämlich Arbeitslosigkeit sowie eine ungünstige ökonomische und soziale Entwicklung. Etwa 14% der Nennungen entfallen auf Ausländer (Asylanten,

Übersiedler), die für eine angenommene Zunahme der Kriminalität verantwortlich gemacht werden. An dritter Stelle (9%) steht ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot, besonders für die jungen Menschen. Nur 4% der Nennungen sehen in zu wenig Polizei, 3% in Mängeln von Gesetzgebung und Rechtsprechung die Ursachen einer ungünstigen Kriminalitätsentwicklung.

9. Die Vorschläge der Teilnehmer der Befragung zur Erhöhung der Sicherheit in den Gebieten, in denen sie sich unsicher fühlen, zielen zum einen ab auf strukturelle Verbesserungen, vor allem Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung in der Gemeinde zu schaffen, sowie auf Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Des Weiteren werden die unterschiedlichsten präventiven Aktivitäten vorgeschlagen, angefangen von Aufklärung über präventives Verhalten potentieller Geschädigter über Maßnahmen der Objektsicherung, der Verbesserung der Beleuchtung unübersichtlicher Örtlichkeiten bis hin zur Anbringung von Notrufmeldern. Insbesondere Frauen wünschen eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs auch in den Abendstunden. Zum anderen wird von den befragten Bürgern eine Verbesserung der Polizeipräsenz (insbesondere durch Fußstreifen, also durch sichtbare und ansprechbare Polizeibeamte) vorgeschlagen. Häufigere Polizeistreifen im Wohngebiet werden von Männern (mit 61%) im Mittel etwas häufiger befürwortet als von Frauen (56%); dies nicht nur in den Jahrgängen ab 30, sondern auch von der jüngsten Gruppe der Befragten. Die relativ hohe Viktimisierungsrate und Kriminalitätsfurcht der jüngeren Jahrgänge scheint sich demnach auch in einer überwiegend positiven Einstellung zur Polizeipräsenz niederzuschlagen.
10. Wie andere Folgen der Urbanisierung (etwa Verkehrs- und Umweltprobleme, steigende Nachfrage nach Sozial- und Freizeiteinrichtungen) stellen sowohl die Höhe der (in der Befragung sichtbar gewordenen) Kriminalitätsbelastung als auch das Maß an Kriminalitätsfurcht neuartige Anforderungen sowohl an die gemeindliche Planung und Infrastrukturentwicklung als auch an die Polizei. Den Befragungsergebnissen lässt sich entnehmen, dass kommunale Kriminalprävention, bei der Kommune und Polizei zusammenarbeiten, auf Akzeptanz bei den Bürgern stößt.

10.2 Folgerungen für Kriminalprävention auf kommunaler Ebene

1. Kriminalprävention zielt herkömmlicherweise darauf ab, das (objektive) Opferrisiko zu mindern. Ziel kriminalpräventiver Maßnahmen sollte aber auch sein, die Bedingungen zu beeinflussen, die Kriminalitätsfurcht auslösen und die geeignet sind, die Lebensqualität zu beeinträchtigen, namentlich bei Frauen und, wie die Befragung ergeben hat, auch bei jungen Menschen.
2. Vor allem junge Menschen sollten Zielgruppe kriminalpräventiver Maßnahmen sein – nicht nur als Täter, sondern auch und vor allem als potentielle Opfer.
3. Der Gedanke, dass Kriminalprävention auf kommunaler Ebene betrieben werden soll und kann, geht von der Annahme aus, Probleme könnten dort am ehesten und besten gelöst werden, wo sie entstehen. Er beruht auf der Einsicht, dass Kriminalität nicht nur – und noch nicht einmal in erster Linie – individuelle Gründe hat, sondern dass hierfür strukturelle Entstehungszusammenhänge bedeutsam sind. Derartige Probleme können von der Polizei nicht, jedenfalls nicht allein, gelöst werden. Aber auch die Ansätze, die Tatgelegenheiten reduzieren und das individuelle Schutzverhalten fördern wollen ('negative' Gelegenheitsstruktur), sind für sich allein einseitig und unzulänglich. Notwendig sind stattdessen übergreifende, nicht kriminalitätsfixierte Ansätze, die auch Handlungs- und Kooperationsmöglichkeiten vor Ort eröffnen und auf die Verbesserung von Integration und Kommunikation in der Gemeinde abzielen ('positive' Gelegenheitsstruktur). Dies entspricht der Einsicht, dass auch Kriminalität als eines der Probleme der städtischen Lebenswelt ihren Ursprung in städtischen Strukturproblemen hat – und deshalb durch den Versuch der Verdrängung und Vertreibung (z.B. der Ladendiebe oder Drogenkonsumenten) nicht zu lösen ist.

Kommunale Gemeinschaften verfügen über deutlich bessere Präventionsmöglichkeiten als das bisherige, zumeist einseitig repressiv ausgerichtete Konzept der "Inneren Sicherheit". Allenthal-

ben besteht jedoch noch ein Missverhältnis zwischen 'negativer' und 'positiver' Gelegenheitsstruktur. Deshalb sollte – neben einer Beachtung von Sicherheits Gesichtspunkten – ein weiterer Ausbau von nachfrageorientierten, 'niedrigschwelligen' Möglichkeiten der Freizeit- und Sportbetätigung (unterhalb der Schwelle verbindlicher Vereinsaktivitäten) sowie von Integrations- und Kommunikationsmöglichkeiten angestrebt, gefördert und gestärkt werden. Der hohe Anteil von Problemnennungen zu diesem Bereich sowie die Präventionsvorstellungen der Bevölkerung zeigen, dass hierfür bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz erwartet werden kann. Insofern sind Vorschläge gut begründbar, die sowohl auf eine Veränderung der 'negativen' Gelegenheitsstruktur abzielen (etwa bei der Warenpräsentation und durch technische Sicherheitsvorkehrungen) als auch auf den Ausbau einer 'positiven' Gelegenheitsstruktur im Sinne kultureller und sozialer, auch sozialpädagogisch begleiteter, Betätigungsmöglichkeiten und Aktionsräume, insbesondere für junge Menschen.

Literatur:

- Bick, W.; Dobroschke, W. (1993): "Frankfurt-Er-Leben" aus Sicht der Bürger – Wichtige Ergebnisse der Bürgerumfrage Dezember '93. Unveröff. Manuskript, S. 31.
- Bick, W.; Dobroschke, W. (1994): Leben in Frankfurt am Main. Erste Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung '94. Unveröff. Manuskript, S. 4.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1996): Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg. In: Th. Trenczek; H. Pfeiffer (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention – Paradigmenwechsel oder Wiederentdeckung alter Weisheiten? Bonn 1996, S. 118-140.
- Kury, H. (1993): Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen – erläutert am Beispiel einer Opferstudie. In: G. Kaiser; H. Kury (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 90er Jahren, 2. Halbband. Freiburg, S. 321-410, insb. S. 382 f.

Ergebnisse der Wiederholungsbefragung in Ravensburg/Weingarten im Sommer 1998

1. Bürgerbefragungen in Ravensburg/Weingarten

Nach der ersten, 1994 durchgeführten Bürgerbefragung wurde im Sommer 1998 eine Wiederholungsbefragung bei repräsentativen Stichproben der Wohnbevölkerung von Ravensburg und Weingarten (einschließlich der Umlandgemeinden) durchgeführt. Durch diese Befragung sollten dem im Frühjahr 1994 gegründeten Arbeitskreis "Kriminalprävention" Hinweise gegeben werden, wie sich aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die Sicherheitslage darstellt, wo und weshalb sie sich fürchten oder sich unsicher fühlen, welches aus ihrer Sicht die dringendsten Probleme der Gemeinde sind, welche Probleme sie vor allem beunruhigen und welche Vorschläge sie zur Verbesserung der Sicherheit in ihrem Umfeld machen können. Durch den Vergleich mit den Befragungsergebnissen von 1994 sollte ferner eine etwa stattgefundene Veränderung festgestellt werden.

Wie schon bei der ersten Befragung wurden erneut im Auftrag der beiden Gemeinden durch das Regionale Rechenzentrum jeweils gesonderte Zufallsstichproben der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren aus dem Einwohnermelderegister gezogen (N=3.545, davon Ravensburg Kerngemeinde 1.664, Ortschaften 1.037; Weingarten 844). Aus nicht aufklärbaren Gründen waren in der Stichprobe die nichtdeutschen Einwohner überrepräsentiert (Grundgesamtheit 10,4 %, Stichprobe: 14,8 %), hinsichtlich der deutschen Einwohner war die Stichprobe repräsentativ.

Im Unterschied zur Befragung im Sommer 1994 wurde nicht der umfangreiche Bevölkerungsbefragungsbogen eingesetzt, sondern erstmals das von der Forschungsgruppe "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" entwickelte "Standardinventar". Der Fragebogenversand erfolgte durch die Gemeinden auf dem Postweg.

Obwohl in der Lokalpresse auf diese Befragung aufmerksam gemacht und zur Teilnahme aufgefordert worden war, wurden lediglich 1.201 auswertbare Fragebogen zurückgesandt. Die Rücklaufquote von 36,2 % für die deutsche und von 8,4 % für die ausländische Wohnbevölkerung blieb insoweit deutlich hinter den Erwartungen zurück; eine Auswertung für die ausländische Wohnbevölkerung war nicht möglich. In der realisierten Stichprobe stimmte die Alters- und Geschlechterverteilung für die deutsche Wohnbevölkerung im Wesentlichen mit den Verhältnissen in der Grundgesamtheit überein.

2. Bedeutung von Bürgerbefragungen zur Sicherheit in der Gemeinde

Die Rücklaufquote von 36 % begrenzt die Aussagemöglichkeiten. Denn von mehr als 60 % der Befragten ist nichts über deren Opfererfahrungen und Sicherheitsgefühl bekannt. Es muss mit der Möglichkeit von Selbstselektionseffekten gerechnet werden, derart, dass die subjektive Betroffenheit, sei es aufgrund erhöhter Kriminalitätsfurcht oder aufgrund eigener Opfererfahrung, die Teilnahmemotivation beeinflusst hat.

Bürgerbefragungen, die im Wege postalischer Befragungen durchgeführt werden, weisen in der Regel niedrige Rücklaufquoten aus. Solange nicht bekannt ist, wie die Opfererfahrung und die Problemsicht derjenigen BürgerInnen ist, die sich – aus welchen Gründen auch immer – entschieden haben, den Fragebogen nicht auszufüllen, ist die schriftliche Befragung weder geeignet, die Höhe

der Opferrate (bzw. der Kriminalitätsfurcht) in der Grundgesamtheit noch die Veränderung der Kriminalitätsbelastung (bzw. der Kriminalitätsfurcht) statistisch valide zu messen.³⁷

Bürgerbefragungen sind deshalb nicht nutzlos. Ihre Bedeutung liegt vielmehr vor allem darin, dass sie den Verantwortlichen in den Kommunen die Möglichkeit geben, "die Sicherheitsprobleme und Sorgen der Bevölkerung besser als zuvor kennen zu lernen, und zwar nicht nur für das Gesamtgebiet der Gemeinde, sondern auch für die einzelnen Wohngebiete. Die Ergebnisse können so Orientierungsmaßstab und Planungsgrundlage in der Kommune sein. Durch die Auswertung der Befragung und durch die Rückmeldung über beabsichtigte oder veranlasste Maßnahmen werden sich die BürgerInnen nicht nur gefragt, sondern auch ernstgenommen fühlen. Dies ist eine Möglichkeit, die BürgerInnen stärker in die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Behörden einzubinden und ein Wir-Gefühl zu erzeugen. Schließlich wird durch die Veröffentlichung der ausgewerteten Ergebnisse den BürgerInnen ein Orientierungsrahmen gegeben, wie andere die Probleme sehen und die Sicherheitslage einschätzen." (Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 2000).

Diese Stärke von Bürgerbefragungen zeigt sich auch in der vorliegenden Untersuchung. Aufgrund der – häufig sehr detaillierten – Angaben der Befragungsteilnehmer, insbesondere auch in den offenen Fragen zu wahrgenommenen Problemen und zu Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, ist die Befragung gut geeignet, dem kriminalpräventiven Arbeitskreis problembezogene und konkret-ortsbezogene Hinweise zu geben, wo aus Sicht der Bürger Defizite bestehen und welche Verbesserungsmöglichkeiten sie sehen.

3. Umfang und Struktur von Opfererfahrungen

Die zuvor erwähnten Grenzen der Aussagemöglichkeiten zeigen sich vor allem hinsichtlich der Verallgemeinerungsfähigkeit der Angaben zu Opfererfahrungen. Der Anteil der Befragten, die in dieser Wiederholungsbefragung über Opfererfahrungen in den vergangenen 12 Monaten berichteten, war deutlich höher als noch 1994. Waren es damals 29,4 % der Befragten, die angaben, selbst Opfer einer Straftat geworden zu sein, so waren es nunmehr 40 % der Befragten. Dies kann bedeuten, dass die Delikthäufigkeit zugenommen hat oder dass eine größere Sensibilisierung für Opfererfahrungen erfolgt ist oder dass an der Wiederholungsbefragung relativ mehr Bürger teilgenommen haben, die Opfer geworden sind, also der Selbstselektionseffekt bei dieser Befragung stärker ausgeprägt war als noch 1994. Aufgrund der vorliegenden Informationen kann diese Frage nicht beantwortet werden.³⁸

Hinsichtlich der Rangfolge, mit der die Deliktsarten – der Schwere nach – berichtet werden, stimmen die Ergebnisse von 1994 mit jenen von 1998 überein. Am häufigsten berichten die Befragten über (auch) Diebstahl (1998: 18,4 %³⁹, 1994: 11,0 %), an zweiter Stelle über Gewalt/Drohung (1998: 10,4 %, 1994: 8,9 %), gefolgt von Sachbeschädigung (1998: 8,7 %, 1994: 6,7 %) und Einbruchsdiebstahl (einschl. Versuch) (1998: 2,1 %, 1994: 2,8 %).

Werden auch die Mehrfachnennungen berücksichtigt, dann zeigt sich, dass die Opferbelastung vor allem auf drei Deliktsbereiche zurückgeht: auf Sachbeschädigung mit insgesamt 24,6 % aller Nennungen (alleine 16,0 % der Befragungsteilnehmer berichteten Sachbeschädigung am Kraftfahrzeug, 1994: 7,6 %), Diebstahl persönlichen Eigentums (10,4 %, 1994: 8,7 %), Fahrraddiebstahl (7,0 %; 1994: 3,1 %) und Diebstahl aus Kfz oder von Fahrzeugteilen (5,6 %; 1994: 4,3 %). Erfahrungen mit Bedrohung und Aggressionsdelikten (tätlicher Angriff)

³⁷ Eine mögliche Verzerrung der Befunde durch Selbstselektion könnte allenfalls durch eine Verweigererbefragung überprüft und günstigenfalls ausgeschlossen werden, d. h. durch eine zusätzliche (stichprobenartige) Befragung derjenigen Zielpersonen aus der Stichprobe, die sich an der Befragung nicht beteiligt haben. Da die Befragung anonym durchgeführt wurde, war im vorliegenden Fall eine Verweigererbefragung nicht möglich.

³⁸ Die Vergleichsdaten der Polizei zum Fallaufkommen im Zeitraum der ersten und der zweiten Gemeindebefragung ergeben keinen Hinweis auf eine entsprechende Deliktszunahme im Hellfeld, und zwar auch nicht bei den Deliktgruppen mit relativ hoher Anzeigerate (wie Pkw- und Fahrraddiebstahl).

³⁹ 1994 nur Diebstahl, 1998 Diebstahl, Betrug.

teilten 9,2 % (1994: 7,7 %) der Befragungsteilnehmer mit. Geringere Anteile entfielen auf Einbruch oder Einbruchversuch (2,9 %; 1994: 4,3 %), Raub und Raubversuch (2,1 %; 1994: 1,1 %) und sexuelle Gewaltdelikte (unter 0,5 %). Neu in den Straftatenkatalog aufgenommen war der Tatbestand des Betrugs, den 7,4 % der Befragten mitteilten.

Erneut durch die Befragung bestätigt wurde der bekannte Befund, dass Männer häufiger in Aggressionsdelikte verwickelt werden als Frauen und dass die jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich hohe Viktimisierungsraten aufweisen.

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen schließlich auch den schon aus der ersten Befragung abgeleiteten Hinweis auf die Gruppe der jungen BürgerInnen, die – nicht in erster Linie als potentielle Täter, sondern vor allem als überdurchschnittlich opfergefährdete Zielgruppe – Adressat von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls sein sollte.

4. Keine Dramatisierung der Kriminalitätsfurcht

Obwohl an der Befragung zu einem hohen Anteil Personen teilnahmen, die über eigene Opfererfahrung berichteten, finden sich nur wenige Hinweise auf ausgeprägte Verunsicherung und Kriminalitätsfurcht: So fühlen sich in ihrer *Wohngegend* 62 % der Befragungsteilnehmer "sicher" oder "sehr sicher", "sehr unsicher" nur 6 %. Nur 12 % geben an, "oft" oder "sehr oft" daran zu denken, Opfer einer Straftat zu werden. Angst, nachts draußen allein in der Wohngegend Opfer zu werden, äußern nicht mehr als 11 %.

Unsicherheitsgefühle beziehen sich überwiegend nicht auf das Wohngebiet, sondern auf die Stadtzentren, wo typischerweise Gruppen von Fremden, Ansammlungen von Jugendlichen und auch alkoholisierte Personen Unsicherheitsgefühle auslösen können. Auffällig ist, dass – bei insgesamt wenig ausgeprägter Verbrechensfurcht – die jüngeren Altersgruppen, insbesondere die Gruppe der jungen Frauen, überdurchschnittlich häufig Verbrechensfurcht oder Unsicherheit äußern. Vermeideverhalten aus Angst vor möglichen Konflikten findet sich denn auch am ausgeprägtesten nicht nur bei der Gruppe der über 65-Jährigen, sondern insbesondere bei den jüngsten Altersgruppen – nicht nur bei jungen Frauen, sondern auch bei der Gruppe der jungen Männer.

Die Angaben der Befragungsteilnehmer – auch derjenigen, die über eigene Opfererfahrung berichteten – geben, auch was die Einschätzung der persönlichen Opfergefährdung angeht, keinen Hinweis auf eine dramatisierende *Einschätzung der Sicherheitslage*. Frauen unterscheiden sich in ihrer Risikoeinschätzung im Allgemeinen (außer bezüglich sexueller Belästigung und Pöbeleien) nicht oder nur gering von Männern; ältere Menschen sind allenfalls bezüglich des Wohnungseinbruchs etwas stärker verunsichert. Generell werden die Opferrisiken als "wenig wahrscheinlich" eingeschätzt; das Risiko der Schädigung durch Gewaltdelikte, durch Überfall oder Raub, wird – durchaus zutreffend – als geringer eingeschätzt als die Wahrscheinlichkeit, durch einen Verkehrsunfall geschädigt zu werden. Bemerkenswert ist dabei, dass die relativ höchsten Risikoeinschätzungen wiederum jeweils durch die jüngsten Altersgruppen geäußert werden.

5. Zur Einordnung der Kriminalitätsfurcht

Kriminalitätsfurcht gilt aus sozialwissenschaftlicher Sicht als Ausdruck generalisierter sozialer Verunsicherung, die stärker mit allgemeinen sozialen Problemen und Problemzuschreibungen in Verbindung steht als mit konkreten Kriminalitätserfahrungen. Anzeichen problematisch empfundener Veränderungen in der Wohnumgebung, wie sie auch in der Bürgerbefragung in Ravensburg/Weingarten erfragt wurden, geben Hinweise darauf, wieweit Bürger die Entwicklung ihrer Wohngegend als beunruhigend wahrnehmen. Mit einer Ausnahme wird die Frage nach der Besorgnis durch Zeichen von "sozialer Unordnung" und als problematisch empfundenen sozialen Veränderungen weit überwiegend mit "kein Problem" oder "ein geringes Problem" beantwortet: lediglich "undiszipliniert fahrende Autofahrer" werden häufiger als Problem bewertet – auffallend häufig von

Befragungsteilnehmern mit Kindern im schulpflichtigen Alter. Allgemein sind es wiederum die jüngeren Altersgruppen, die sich eher beunruhigt äußern als die älteren Befragungsteilnehmer.

6. Vorstellungen zur Verbesserung der Sicherheit

Welche *Maßnahmen* wünschen die Bürger zur Verbesserung der Sicherheit? Auch hier bestätigen die Antworten die schon bei der ersten Befragung ermittelten Schwerpunkte:

Auf mehr Polizeipräsenz⁴⁰ entfällt jede dritte Nennung; vielfach wird ausdrücklich die Anwesenheit von Polizeibeamten zu Fuß (und nicht nur bei Streifenfahrten im Auto) gewünscht; von Polizeipräsenz – auch ohne Anlass zu repressivem polizeilichem Eingreifen – wird eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls erwartet.

Mehr Kontrollen werden insbesondere bezüglich des Straßenverkehrs gewünscht; ca. 18 % der Vorschläge entfallen auf Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere durch Geschwindigkeitsbegrenzungen und Geschwindigkeitskontrollen, wobei zum Teil ganz konkrete Gefahrenschwerpunkte angesprochen werden.

Weitere Hinweise beziehen sich auf unzureichend beleuchtete Örtlichkeiten, unübersichtlich empfundene Parkanlagen und Ähnliches; befürwortet wird der Erhalt und Ausbau von Freizeitangeboten insbesondere für junge Menschen sowie von Integrationsangeboten für arbeitslose Jugendliche und für Ausländer.

7. Kriminalität – nur ein Problem unter anderen

Auch in einem letzten Punkt bestätigen die Angaben der Befragungsteilnehmer bei der 1998 durchgeführten Bürgerbefragung die Befunde, die schon aus der ersten, 1994 durchgeführten Befragung gewonnen werden konnten: Kriminalität ist, den Antworten auf die Frage nach den drei dringendsten Problemen der Gemeinde zufolge, für die Bürgerinnen und Bürger von Ravensburg und Weingarten – auch für diejenigen, die eigene Opfererfahrung mitteilten – kein zentrales Problem, das extreme Besorgnis oder Kriminalitätsfurcht auslöst, sondern allenfalls eines unter vielen anderen. Der Komplex Verkehrssicherheit, Geschwindigkeitsbegrenzung und Verkehrsüberwachung beschäftigt die Bürger weiterhin in besonderem Maße; in der Risikoeinschätzung wird (durchaus zutreffend) das Risiko einer Schädigung im Straßenverkehr – auch im Vergleich zur Gefährdung durch Gewaltdelikte – als relativ hoch bewertet.

Literatur:

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (2000): Standardinventar zur Durchführung kommunaler Opferstudien – Handbuch. In: Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Handbuch zur Planung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention. 2. Auflage. Stuttgart.

⁴⁰ 28 % der Befragten gaben an, zuletzt am Tag der Befragungsteilnahme oder in der vergangenen Woche eine Polizeistreife wahrgenommen zu haben, 16 % vor mehr als einer Woche und weitere 30 % vor mehr als einem Monat. Wie in anderen örtlichen Befragungen (Hermann, D.; Bubenitschek, G.: Kommunale Kriminalprävention. Probleme bei der Implementation von Lösungsvarianten, Kriminalistik (8) 1999, 550; Reuband, Karl-Heinz: Stabilität und Wandel, Neue Kriminalpolitik 2/1999, 19), findet sich weder für die Bewohner der Innenstädte noch des Umlandes eine Bestätigung für die Annahme einer günstigen Beeinflussung des Sicherheitsgefühls durch wahrgenommene Polizeipräsenz. In einer bundesweiten Befragung war die Wahrnehmung häufigerer Polizeipräsenz jeweils mit geringfügig höherer (statt niedrigerer) Kriminalitätsfurcht assoziiert, und zwar auch bei Kontrolle von Merkmalen wie Region und Urbanisierungsgrad (Lisbach/Spiess, Viktimisierungserfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Arbeit der Polizei, in diesem Band).

Kriminalität und Kriminalprävention aus der Sicht von Polizeiangehörigen – Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in Ravensburg/Weingarten

1. Anlass, Ziele und Durchführung der Untersuchung

Projekte kommunaler Kriminalprävention erfordern auf Seiten der Polizei kommunikative Kompetenzen, eine Orientierung auch an subjektiven Erwartungen und Vorstellungen der Bevölkerung sowie ein Eingehen auf die Perspektive der Bürger als Adressaten und Akteure präventiver Aktivitäten. Zutreffende Kenntnis von Erfahrungen, Vorstellungen und Erwartungen der Beteiligten ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für erfolgreiche Kommunikation und Kooperation vor Ort. Daher sind nicht nur die Problemsicht und die Einschätzung der Polizeiarbeit durch die Bürger von Belang, sondern auch die Wahrnehmung der Sicherheitslage sowie die Einschätzung der Sichtweise der Bürger durch die Polizei.

Deshalb wurde parallel zur Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe in Ravensburg/Weingarten¹ in der Zeit von Juli bis November 1994 eine schriftliche Befragung von Angehörigen der Schutz- und der Kriminalpolizei in Ravensburg und Weingarten durchgeführt. Ziele dieser Untersuchung waren, die Sicht der Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen² als Experten und als Akteure in lokalen Präventionsprojekten zu erfassen, ihre Viktimisierungserfahrungen und deren Verarbeitung zu messen, ihre Sichtweise hinsichtlich Kriminalität und Kriminalprävention zu erfragen sowie die Einschätzung der Polizeibeamten hinsichtlich der Erfahrungen der Bürger mit Kriminalität und deren Sichtweise von Kriminalität und Kriminalprävention einzuholen. Hierdurch sollte festgestellt werden, inwieweit sowohl Viktimisierungserfahrungen als auch die Sichtweisen von Bürgern und Polizei hinsichtlich Kriminalität und Kriminalprävention übereinstimmen.

Entsprechend dieser Zielsetzung bestand das Erhebungsinstrument aus drei Teilen. Der erste Teil enthielt Fragen zum Expertenwissen der Polizei (Fragenkomplex E). Der zweite Teil bestand aus einem geringfügig modifizierten Auszug³ aus der allgemeinen Bevölkerungsbefragung, durch die die Viktimisierungserfahrungen und die präventionsbezogenen Einstellungen der Polizeibeamten erhoben werden sollten (Fragenkomplex A). In einem dritten Teil (Fragenkomplex B) wurden die Polizeibeamten schließlich gebeten, einzuschätzen, wie die Wohnbevölkerung der Gemeinden Ravensburg und Weingarten die ihr in der Bevölkerungsbefragung gestellten Fragen, insbesondere zu Kriminalität und zu präventionsbezogenen Einstellungen, beantworten wird. Hierdurch sollten Kongruenzen wie Inkongruenzen der Problemwahrnehmung und -bewertung zwischen Bevölkerung und Polizei sichtbar gemacht werden.

Der Erhebungsbogen wurde 160 Polizeibeamten zugeleitet. Um eine möglichst unbefangene Beantwortung der Fragen durch die teilnehmenden Polizeiangehörigen sicherzustellen, wurde auf die Freiwilligkeit der Teilnahme großen Wert gelegt. Eine Kontrolle der Dienststelle über die Teilnahme oder Nichtteilnahme der einzelnen Befragten wurde durch die Art der Erhebung und des Rücklaufs – anonym und direkt an die Forschergruppe – ausgeschlossen.

Von den ausgegebenen 160 Fragebögen wurden bis zum Zeitpunkt der Auswertung 78 auswertbare Fragebögen zurückgesandt, was einer Ausschöpfungsquote von 49% entspricht. Mit Rücksicht auf

¹ Hierzu Heinz, Wolfgang; Spiess, Gerhard: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten (in diesem Band).

² Im Folgenden wird die geschlechtsneutrale Formulierung Polizeibeamte oder Polizeiangehörige zur Bezeichnung sowohl der befragten Polizeibeamtinnen als auch der Polizeibeamten verwendet.

³ Grundgesamtheit der Bevölkerungsbefragung waren Einwohner der beiden Kommunen Ravensburg und Weingarten. Im Bevölkerungsfragebogen bezog sich deshalb die Formulierung "in Ihrer Stadt" immer auf Ravensburg/Weingarten. Grundgesamtheit der Polizeibefragung waren Angehörige der Schutz- und der Kriminalpolizei in Ravensburg/Weingarten, von denen ein Teil nicht in diesen Kommunen wohnte. Deshalb mussten einzelne Fragen modifiziert und ausdrücklich auf Ravensburg/Weingarten bezogen werden. Bei den im Text zitierten Fragen sind etwaige Abänderungen jeweils angegeben.

die kleine Grundgesamtheit wurde zur Wahrung des Persönlichkeitsrechtes der Beteiligten auf die Erhebung detaillierter soziodemographischer Angaben (wie zu Alter, Geschlecht, Wohnort, Familienstand u.a.) im Polizeifragebogen verzichtet. Es ist deshalb nicht möglich, die Repräsentativität der Gruppe der Befragungsteilnehmer für das Polizeipersonal insgesamt anhand soziodemographischer Daten zu beurteilen. Aussagen zur Polizei beziehen sich deshalb, ebenso wie vergleichende Aussagen zur Wohnbevölkerung, stets auf die jeweils an der Befragung teilnehmende Gruppe.

Bei Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung ist zu berücksichtigen, dass im Vergleich zur Wohnbevölkerung insgesamt beim Personal der Polizeidienststelle Ravensburg/Weingarten Frauen stark unterrepräsentiert, Männer, insbesondere jüngere, hingegen stark überrepräsentiert sind.

2. Wahrnehmung und subjektive Bewertung der Kriminalität als soziales Problem

2.1 Der Stellenwert der Kriminalität unter den Problemen der Gemeinde

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten ist Kriminalität nicht "das", sondern nur ein Problem unter vielen in der Gemeinde. Auf die offene Frage nach dem oder den dringendsten Problemen⁴ wurden in der Bevölkerungsbefragung allgemeine Probleme der Infrastruktur, allen voran das Verkehrsproblem, aber auch Arbeitslosigkeit und Wohnungsprobleme, deutlich häufiger genannt als die Kriminalität. Ein vergleichbares Ergebnis ergab auch die Polizeibefragung, wenngleich die befragten Polizeibeamten dem Problem "Sicherheit" innerhalb der Gemeinde einen etwas höheren Stellenwert beimessen als die Wohnbevölkerung: Unter den als dringendstes Problem der Gemeinde genannten Bereichen machen in der Bevölkerungsbefragung "Kriminalität", "Sicherheit" oder "Ordnung" nicht mehr als 11,5% der (insgesamt 2741) Problemnennungen aus, darunter explizit "Kriminalität" knapp 10%; von den 182 Nennungen der Polizeiangehörigen entfallen hingegen 19% auf die Bereiche "Kriminalität" oder "Sicherheit", darunter explizit auf "Kriminalität" 18%.

Der Stellenwert, den die Bevölkerung der Kriminalität beimisst, wird von den Polizeiangehörigen⁵ leicht überschätzt, wenn sie meinen, 16% der Nennungen der Bevölkerung entfielen hierauf.

Die explizite Frage nach dem Rangplatz der Kriminalität lenkt – anders als offen formulierte Fragen – bei den Befragten die Aufmerksamkeit gezielt auf die Wahrnehmung der Kriminalität als Problem, weshalb in entsprechenden Befragungen regelmäßig deutlich höhere Werte erreicht werden als bei offen formulierten Fragen. Dies war auch in Ravensburg/Weingarten so: Auf die Frage, an welche Stelle einer Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde Kriminalität gehöre, setzten 22% der befragten Bürger und 18% der Polizeiangehörigen⁶ Kriminalität auf Rang 1. Die Hälfte der Bürger (53,3%) und nahezu zwei Drittel (61%) der Polizisten wiesen der Kriminalität einen der ersten drei Ränge zu.

⁴ Bevölkerungsbefragung (Frage 114), Polizeibefragung (Frage A114): "Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde?" (Polizeibefragung: statt "der Gemeinde" "im Bereich Ravensburg/Weingarten").

⁵ Polizeibefragung (Frage B114): "Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde? - Was wird hier vermutlich am häufigsten genannt?"

⁶ Bevölkerungsbefragung (Frage 115), Polizeibefragung (Frage A115): "Wenn Sie eine Rangreihe der wichtigsten Probleme der Gemeinde erstellen müssten - an welche Stelle würden Sie die Kriminalität setzen?" (Polizeibefragung: statt "der Gemeinde" "des Bereichs Ravensburg/Weingarten").

2.2 Veränderung der Kriminalität im Vergleich und Gründe für die angenommene Zunahme der Kriminalität

86% der Polizeibeamten und nahezu drei Viertel (73,4%) der Wohnbevölkerung glauben, in Ravensburg/Weingarten habe die Kriminalität in den letzten zwei Jahren zugenommen.⁷ Die Meinung innerhalb der Wohnbevölkerung wurde von den Polizeiangehörigen⁸ hier exakt eingeschätzt.

Auch bezüglich der Gründe für die angenommene Zunahme der Kriminalität⁹ ergibt sich im Meinungsbild von Polizei und Wohnbevölkerung eine tendenzielle Übereinstimmung. Von beiden Gruppen werden als die drei wichtigsten Gründe für eine angenommene Zunahme der Kriminalität genannt:

- Arbeitslosigkeit und andere ökonomisch-soziale Gründe;
- Ausländer (Ausländeranteil, "Ausländerproblem", Ausländerfeindlichkeit);
- Wertewandel/Wertezerfall/Einstellungen, Einstellungswandel und Probleme des Zusammenlebens.

Allerdings misst die Polizei dem "Ausländerproblem" mit einem Drittel der 175 Nennungen deutlich mehr Bedeutung zu, als dies innerhalb der Bevölkerung der Fall ist (ca. 15% der 2.258 Nennungen). Umgekehrt entfallen auf "Arbeitslosigkeit" als mutmaßlichen Grund für einen Kriminalitätsanstieg ca. 22% der Nennungen der Wohnbevölkerung im Vergleich zu nur 12% der Nennungen von Polizeiangehörigen.

Übereinstimmend wird den Gründen "zu wenig Polizei" und "Mängel in Gesetzgebung und Rechtsprechung" eine eher geringe Bedeutung beigemessen (Polizei: ca. 5%; Bevölkerung: ca. 7%). Entsprechendes gilt auch hinsichtlich der Drogen- und der Beschaffungskriminalität (Polizei: ca. 2%; Bevölkerung: ca. 1,4% der Nennungen).

Eine deutliche Abweichung innerhalb der beiden befragten Gruppen ergibt sich lediglich beim mangelnden Freizeit- und Kulturangebot sowie bei Problemen im Zusammenhang mit Alkohol, Drogen und Drogenpolitik als Zunahmegrund: Während innerhalb der Bevölkerung 8,8% bzw. 6,4% der Nennungen auf diese Bereiche entfallen, haben sie aus Sicht der Polizei mit nur ca. 1% bzw. ca. 2% der Nennungen allenfalls geringen Einfluss auf eine ungünstige Entwicklung der Kriminalität.

3. Vorrangig genannte Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität

Bei der Frage nach Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität¹⁰ bezieht sich der Großteil der Nennungen der Polizeiangehörigen (erwartungsgemäß) auf den klassischen Kontrollbereich, d.h. auf polizeiliche Kontrolltätigkeit (31% der 179 Nennungen) und auf Gesetzgebung (12%) allgemein oder hinsichtlich bestimmter Gruppen wie Ausländern oder Flüchtlingen (6% der Nennungen). Während dieses Ergebnis weitgehend mit dem aus der Bevölkerungsbefragung übereinstimmt, überschätzen die befragten Polizeibeamten¹¹ den Stellenwert des repressiven Bereichs im Meinungsbild der Bevölkerung. Hier glauben sie, dass ca. 80% der Nennungen auf diesen Bereich entfallen, während tatsächlich nur etwa 53% der Nennungen in repressiven Maßnahmen vordringliche Lösungsmöglichkeiten für das Kriminalitätsproblem sehen.

⁷ Bevölkerungsbefragung (Frage 116), Polizeibefragung (Frage A116): "Glauben Sie, dass sich die Kriminalität in Ihrer Stadt in den letzten 2 Jahren verändert hat?" (Polizeibefragung: statt "in Ihrer Stadt" "im Bereich Ravensburg/Weingarten").

⁸ Polizeibefragung (Frage B116): "Glauben Sie, dass sich die Kriminalität in Ihrer Stadt in den letzten 2 Jahren verändert hat?". Wieviel % der Befragten antwortet vermutlich (insgesamt: 100%) "ja, sie hat zugenommen", "nein, sie hat sich nicht verändert", "ja, sie hat abgenommen".

⁹ Bevölkerungsbefragung (Frage 117), Polizeibefragung (Frage A117): "Wenn Sie der Ansicht sind, dass sich die Kriminalität verändert hat, was meinen Sie, spielt dabei eine Rolle? (Bitte geben Sie maximal drei Gründe an.)"

¹⁰ Bevölkerungsbefragung (Frage 118), Polizeibefragung (Frage A118): "Durch welche Maßnahmen könnte man Ihrer Meinung nach die Kriminalität in der Stadt verringern? (Bitte geben Sie maximal drei Möglichkeiten an.)" (Polizeibefragung: statt "in der Stadt" "im Bereich Ravensburg/Weingarten").

¹¹ Zu Frage 118 wurde gefragt "Welche drei werden hier von der Bevölkerung vermutlich am häufigsten genannt?"

Im Einzelnen wird von den Polizeibeamten als Maßnahme zum Ausbau des Kontrollbereichs neben der Forderung nach "mehr Polizei" auffallend oft die Erhöhung der Präsenz der Polizei genannt, und zwar durch mehr "sichtbare" Präsenz, also durch mehr Streifentätigkeit, hier insbesondere auch durch erhöhte Streifentätigkeit nachts und an bekannten Brennpunkten sowie durch Fuß- und Zivilstreifen. Neben einer effizienter arbeitenden Polizei wird auch eine "bürgernähere" Polizei gefordert. Im Bereich Gesetzgebung werden härtere bzw. höhere Strafen besonders betont. In Einzelnen wird jedoch auch eine Entkriminalisierung des Ladendiebstahls sowie die Freigabe weicher Drogen gefordert. Daneben zählt eine schneller arbeitende Justiz, unter anderem durch Vereinfachung des Verfahrens, zu den genannten Lösungsmöglichkeiten.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung kommt dem Bereich Prävention/Aufklärung nach Auffassung der befragten Polizeibeamten wesentlich höhere Bedeutung zu; hierauf entfallen 34% der Nennungen. Neben der Forderung nach technischen Sicherungsmaßnahmen wird ein Schwerpunkt in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen gesehen, insbesondere durch Aufklärungsarbeit in den Schulen. Als präventive Themenschwerpunkte werden dabei die klassischen Bereiche "Drogen und Alkohol bzw. Drogenkriminalität" und der "Schutz vor Eigentumsdelikten" vorgeschlagen.

Der Verbesserung der Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung, insbesondere für Jugendliche, misst die Polizei mit 6% der Nennungen eine nur halb so große Relevanz zu wie die Wohnbevölkerung. Das gleiche trifft auf die "Arbeitsplatzbeschaffung" mit 4% der Nennungen zu.

4. Opfererfahrung und ihre Verarbeitung

4.1 Tatsächliche Opfererfahrung und ihre Verarbeitung

37% der befragten Polizeibeamten gaben an, im letzten Jahr selbst Opfer einer Straftat¹² geworden zu sein. Die Höhe der Viktimisierungsrate weicht damit im Vergleich zu der bei der Bevölkerungsbefragung Ravensburg/Weingarten ermittelten Viktimisierungsrate (29,4%; unter den männlichen Befragungsteilnehmern: 34%) nicht auffällig ab. Die Opferbelastung der befragten Polizeibeamten selbst geht überwiegend zurück auf die beiden Deliktsbereiche "Diebstahl persönlichen Eigentums" und "tätlicher Angriff/Drohung".

Nur innerhalb dieser beiden Deliktsbereiche weicht die Viktimisierungsrate im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung deutlich nach oben ab. Diese Abweichung ist – neben der berufsbedingt höheren Belastung durch tätlichen Angriff oder Drohung – durch die Alters- und Geschlechtsstruktur der befragten Polizeibeamten erklärbar: In der Bevölkerungsbefragung wiesen – übereinstimmend mit den bekannten Befunden vergleichbarer Untersuchungen – Männer im Vergleich zu Frauen sowie jüngere Altersgruppen (insb. unter 35-jährige) jeweils überdurchschnittlich hohe Viktimisierungsraten auf.

Doppelt so häufig wie der Durchschnitt der Wohnbevölkerung haben Polizeibeamte Kenntnis von Viktimisierungen im privaten Bekanntenkreis. Auch diese Abweichung dürfte als berufsspezifisch dadurch erklärbar sein, dass Polizeibeamte als Experten im Nahraum häufiger informiert und zu Rate gezogen werden. Demgegenüber ergeben sich bei der Kenntnis von Viktimisierungen von weiteren Haushaltsangehörigen keine relevanten Abweichungen zur Bevölkerungsbefragung.

Wie der Vergleich der Antworten der Bevölkerung zu erlittenen Straftaten und der Einschätzung der Polizeibeamten¹³ zeigt, überschätzen die Polizeibeamten die tatsächliche Opferbelastung der Bevölkerung insgesamt, namentlich durch Einbruch oder Einbruchversuch, durch Raub und durch

¹² Wie in der Bevölkerungsbefragung wurde auch in der Polizeibefragung erfasst, ob die Befragten in den vergangenen 12 Monaten selbst Opfer folgender Delikte geworden waren: Diebstahl von PKW, von Krad, von Fahrrad, Diebstahl aus PKW, Sachbeschädigung an PKW, Einbruch in Wohnung, Einbruchversuch, Sachbeschädigung, Raub einschl. Versuch, Diebstahl sonstigen persönlichen Eigentums, Angriff bzw. Drohung, sexuelle Belästigung/sexueller Angriff.

¹³ In der Polizeibefragung wurden die Beamten zu jedem der Delikte, die Gegenstand der Bevölkerungsbefragung waren, gefragt, wieviel % der Bevölkerung vermutlich mit "ja" antworten würden (Fragen B4-B56).

sexuelle Angriffe. So gaben z.B. 8,7% der befragten Wohnbevölkerung Diebstahl persönlichen Eigentums an, eine Rate von 12,8% vermuteten die Polizeibeamten.

4.2 Das Anzeigeverhalten der Bevölkerung

Die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung wird von den befragten Polizeibeamten deutlich überschätzt.¹⁴ Sie gehen davon aus, 65% aller erlittenen Straftaten würden bei der Polizei auch angezeigt werden, während dies – nach Auskunft der befragten Bürger, die Opfer geworden sind – tatsächlich nur für ein Drittel der in der Bevölkerungsbefragung mitgeteilten Delikte zutrifft.¹⁵

Auf die Frage nach den in der Bevölkerungsbefragung von den Opfern mutmaßlich angegebenen Gründen für eine Nicht-Anzeige¹⁶ wurden die meisten Nennungen der Antwortvorgabe "nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche" zugeordnet. Die Polizei bestätigt damit den Befund der Bevölkerungsbefragung, wonach circa die Hälfte der Opfer ihre Viktimisierung als nicht sehr gravierend einstuft. Grundsätzlich teilt die Polizei auch die (realistische) Einschätzung der Opfer bezüglich der beschränkten polizeilichen Aufklärungsmöglichkeiten (Kategorie: "die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise"); während hierauf allerdings 52% der Nennungen in der Bevölkerungsbefragung entfallen, unterschätzen die Polizeibeamten diesen Grund mit einem vermuteten Anteil von lediglich 26%.

Gravierende Unterschiede zwischen den von den Opfern tatsächlich genannten und den von den Polizeibeamten vermuteten Nichtanzeige Gründen bestehen vor allem bei zwei der vorgegebenen Nennungen:

- **31% der Polizeibeamten schätzten den Grund "Geschädigter war nicht versichert" als einen der drei am häufigsten genannten Gründe ein (Rang 2), tatsächlich entfielen hierauf nur 5% der Nennungen in der Bevölkerungsbefragung (Rang 8).**
- **Von den Nennungen der Opfer entfielen 21,5% auf den Grund "Polizei hätte doch nichts getan" (Rang 3); diese Einschätzung vermuten nur 1 % der Polizeibeamten als einen der drei am häufigsten genannten Gründe (Rang 6).**

Aufschlussreich war die Frage, welche weiteren Gründe über die vorgegebenen hinaus als für eine Nichtanzeige maßgebend vermutet werden. Mit nahezu einem Viertel aller Nennungen wird auch von den Polizeibeamten eine besondere Zurückhaltung bei der Anzeigeerstattung der Opfer von Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung angenommen. Im Übrigen werden hier neben Gründen, die in der Person des Opfers selbst liegen, nach Ansicht der Polizeibeamten auch Gründe, die die innerpolizeiliche Organisation bzw. den gesamten strafrechtlichen Verfahrensablauf einschließlich der Gerichtsverhandlung betreffen, für eine Nicht-Anzeige als maßgeblich vermutet.

¹⁴ Polizeibefragung (Fragen B903-B912): "Nicht in jedem Fall wird ein Delikt bei der Polizei auch angezeigt. In wieviel % der folgenden Delikte vermuten Sie, dass im Deliktsfall jeweils bei der Polizei tatsächlich Anzeige erstattet wird?"

¹⁵ In der Bevölkerungsbefragung wurde bei jedem Delikt folgende Frage gestellt: "Haben Sie oder jemand anderer wegen des Vorfalls bei der Polizei Anzeige erstattet?"

¹⁶ In der Bevölkerungsbefragung wurde bei jedem Delikt folgende Frage gestellt: "Wenn Sie keine Anzeige erstattet haben, was waren Ihre Gründe? Bitte versuchen Sie, die am ehesten auf die damalige Situation zutreffenden Gründe anzugeben (Mehrfachnennungen sind hier möglich): „nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“; „habe es selbst geregelt, Täter war mir bekannt“; „ich habe den Fall einer anderen Behörde gemeldet“; „ich war nicht versichert“; „die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise“; „Polizei hätte doch nichts dagegen getan“; „Angst vor der Polizei/Abneigung gegenüber der Polizei/ wollte nichts mit Polizei zu tun haben“; „habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung/Rache)“; „andere Gründe“; „weiß nicht“.

In der Polizeibefragung wurde (Frage B913) gefragt: "Wenn keine Anzeige erstattet wird, kann dies im Einzelfall die verschiedensten Gründe haben. Welches sind Ihrer Einschätzung die drei am häufigsten genannten? Bitte vergeben Sie (1) für den am häufigsten vermuteten Grund, (2) für den zweithäufigsten, (3) für den dritthäufigsten Grund, den Sie bei den Geschädigten vermuten." (Es folgte dann die Aufzählung der in der Bevölkerungsbefragung vorgegebenen Nicht-anzeige Gründe.)

5. Bewertung der Polizeiarbeit und Einstellungen zu Strafzwecken

Durchweg positiv beurteilen die Polizeibeamten in Ravensburg/Weingarten sowohl die Arbeit der Polizei allgemein¹⁷ als auch im besonderen bei der Verbrechensbekämpfung.¹⁸ Sie schätzen die Arbeit der Polizei selbst zwar insgesamt etwas positiver ein als die Bevölkerung,¹⁹ diese ist mit der Arbeit "ihrer Polizei" jedoch ebenfalls überwiegend zufrieden.

Persönliche Opfererfahrung führt, wie in der Bevölkerungsbefragung, auch bei den befragten Polizeibeamten nicht zu einer schlechteren Bewertung der Polizeiarbeit. Polizeiangehörige, die Opfer einer Straftat wurden, vergeben weder schlechtere Noten für die Arbeit der Polizei allgemein noch für die Arbeit der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung.

Während dieses Ergebnis dem in der Bevölkerungsbefragung gefundenen entspricht, finden sich Unterschiede in der Strafzweckorientierung: Stärker als am Strafzweck "Sühne und Vergeltung"²⁰ (Polizeibeamte: 2,6; Bevölkerung: 2,7) orientiert sich die Bevölkerung (2,3) am Strafzweck "Hilfe bei der Wiedereingliederung",²¹ die Polizeibeamten stimmten diesem Strafzweck mit einem Mittelwert von 3,3 dagegen in deutlich geringerem Maße zu als die Bevölkerung, und zwar auch hier unabhängig von etwaiger eigener Opfererfahrung.

6. Subjektive Verbrechensfurcht und Vermeiderverhalten

Die eigene Einschätzung der Polizeibeamten hinsichtlich ihres subjektiven Angst- und Unsicherheitsgefühls im Wohnort²² entspricht den Befunden der männlichen Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung. Wie die tatsächliche Viktimisierung, so wird jedoch auch die subjektive Verbrechensfurcht der Bevölkerung von den Polizeibeamten zum Teil ganz erheblich überschätzt. Die Polizeibeamten gehen davon aus, dass ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Ravensburg/Weingarten "sehr oft" oder "oft" daran denkt, Opfer einer Straftat zu werden, während in der Bevölkerungsbefragung insgesamt nur jeder neunte Befragte angibt, durch den Gedanken an eine mögliche Viktimisierung häufig beeinträchtigt zu sein.

Auch die Ausprägung des Vermeiderverhaltens bei den Polizeibeamten entspricht dem der männlichen Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung. Vermeiderverhalten²³ wird von insgesamt 18% der

¹⁷ Bevölkerungsbefragung (Frage 121), Polizeibefragung (Frage A121): "Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müssten, welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr dann geben?"

¹⁸ Bevölkerungsbefragung (Frage 122), Polizeibefragung (Frage A122): "Alles in allem, wie gut glauben Sie, arbeitet die Polizei an Ihrem Wohnort bei der Verbrechensbekämpfung? Welche Note würden Sie ihr hierfür geben?"

¹⁹ Frage 121 (sechsstufige Notenskala: 1=sehr gut; 6=ungenügend): Bevölkerung: 3,1; Polizei 2,5; Einschätzung der Benotung der Bevölkerung: 2,9;

Frage 122 (sechsstufige Notenskala: 1=sehr gut; 6=ungenügend): Bevölkerung: 3,0; Polizei 2,4; Einschätzung der Benotung der Bevölkerung: 2,8.

²⁰ Bevölkerungsbefragung (Frage 155), Polizeibefragung (Frage A155): "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist Sühne und Vergeltung des begangenen Unrechts" (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung).

²¹ Bevölkerungsbefragung (Frage 157), Polizeibefragung (Frage A157): "Wichtigste Aufgabe von Strafe ist, Hilfen bei der Wiedereingliederung der Straftäter in das alltägliche Leben zu geben" (1=Zustimmung .. 6=Ablehnung).

²² Das Konstrukt "Kriminalitätsfurcht" wurde in der Bevölkerungsbefragung und in der Polizeibefragung durch insgesamt fünf verschiedene Fragen operationalisiert:

Frage 129: "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?" (in der Polizeibefragung beschränkt auf "außerdienstlich").

Frage 130: "Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?"

Frage 134: "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind?" (Polizeibefragung A134: "Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie im Bereich Ravensburg/Weingarten außerdienstlich nachts draußen alleine sind?")

Frage 136: "Haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?" (Polizeibefragung: statt "Wohngegend" "im Bereich Ravensburg/Weingarten")

Frage 137: "Gibt es andere Gegenden in der Stadt, wo Sie sich fürchten?" (Polizeibefragung: statt "in der Stadt" "im Bereich Ravensburg/Weingarten").

²³ Bevölkerungsbefragung (Frage 133), Polizeibefragung (Frage A133): "Versuchen Sie sich bitte an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer.

Polizeibeamten berichtet. Innerhalb der Bevölkerung äußern 25% der Männer entsprechendes Vermeiderverhalten (gegenüber 62% der Frauen); 3% der Männer (gegenüber 18% der Frauen) geben an, nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr alleine durch die Straßen zu gehen.

7. Identifizierung mit der Wohngemeinde und Wahrnehmung von Gründen der Furcht in bestimmten Gegenden

Die befragten Polizeibeamten identifizieren sich in ähnlich hohem Maße wie die Wohnbevölkerung mit ihrer Wohngemeinde:²⁴ 97% der Polizeibeamten und 95% der Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung äußern, dass sie "sehr gern" oder "gern" in ihrer Gemeinde leben. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass über die Hälfte der Polizeibeamten nicht im Bereich Ravensburg/Weingarten wohnt. Die befragten Polizeibeamten vermuten jedoch, dass nur 85% der Wohnbevölkerung "sehr gern" oder "gern" in Ravensburg/Weingarten leben.

Wie die Bürger, so waren auch die Polizeibeamten gebeten worden, solche Gegenden im Bereich Ravensburg/Weingarten anzugeben, wo sie sich fürchten würden; ferner war nach den Furchtgründen sowie nach Vorschlägen gefragt worden, wie diese Gegenden sicherer gemacht werden könnten. Zwei Drittel der Polizeibeamten benennen keine Gegend, wo sie sich fürchten würden. Wenn jedoch eine Gegend genannt wird, dann stimmt diese mit den Befunden der Bevölkerungsbefragung überein. Zutreffend wahrgenommen wird durch die befragten Polizeiangehörigen die Konzentration furchtauslösender Bedingungen in den zentralen Funktionsräumen der Gemeinden: Innenstadt bzw. Fußgängerzone mit den zentralen Plätzen, Bahnhof und Grünanlagen. Stärker als durch die Bevölkerung selbst werden durch die Polizeiangehörigen bestimmte Ortsteile mit problematischer sozialer Zusammensetzung als furchtbelastet hervorgehoben; dasselbe gilt auch für nicht integrierte Personengruppen, die in der Wahrnehmung der Polizeiangehörigen eine größere Rolle spielen als in den Angaben der Bevölkerung über die Furcht in bestimmten Gegenden.

Während alkoholisierte Personengruppen von der Wohnbevölkerung deutlich stärker furchtauslösend wahrgenommen werden, sind es Drogenkonsumenten und -dealer, die in der Polizeiwahrnehmung an erster Stelle rangieren.

Bezüglich der konkreten Ansätze zur Reduzierung ortsbezogener Verbrechensfurcht entsprechen die aus Polizeisicht vorgeschlagenen Maßnahmen, namentlich eine verstärkte Polizeipräsenz vor Ort, weitgehend den Vorstellungen der Bevölkerung.²⁵ Dies stimmt überein mit den Antworten auf die allgemeine Frage, ob Polizisten häufiger auf Streife gehen sollten: 80% der befragten Polizeibeamten sowie nahezu 60% der Wohnbevölkerung wünschen sich grundsätzlich eine verstärkte Streifenförmigkeit der Polizei, insbesondere im Innenstadtbereich von Ravensburg und Weingarten.²⁶ Der Anteil der Bevölkerung, der diesen Wunsch äußert, wird allerdings etwas überschätzt – die Polizeibeamten glauben, 74% würden dies wünschen.²⁷

Haben Sie gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte?" (in der Polizeibefragung beschränkt auf "im Bereich Ravensburg/Weingarten außerdienstlich").

²⁴ Bevölkerungsbefragung (Frage 113): "Wie gern leben Sie in Ihrer Gemeinde?" Polizeibefragung (Frage A113): "Wie gern leben Sie in Ihrer Wohngemeinde?"

²⁵ Bevölkerungsbefragung (Frage 147), Polizeibefragung (Frage A147): "Was schlagen Sie vor, wie könnte man diese Gegend sicherer machen?"

²⁶ Bevölkerungsbefragung (Frage 126), Polizeibefragung (Frage A126): "Finden Sie, dass Polizisten in Ihrem Wohngebiet häufiger auf Streife gehen sollten?" (in der Polizeibefragung beschränkt auf "im Bereich Ravensburg/Weingarten").

²⁷ Polizeibefragung (Frage B126): "Finden Sie, dass Polizisten in Ihrem Wohngebiet häufiger auf Streife gehen sollten? Wieviel % der Bevölkerung bejahen das?"

8. Kommunale Kriminalprävention aus Sicht der Polizeibeamten – Deliktsbereiche, Zielgruppen, Präventionsbemühungen

Die Polizeibeamten sollten auch ihr Expertenwissen darüber einbringen, in welchen Deliktsbereichen sie Präventionsbemühungen für vordringlich halten,²⁸ welche Bevölkerungsgruppen sie als potentielle Opfer²⁹ bzw. als potentielle Täter³⁰ wahrnehmen und bewerten sowie welche Deliktsbereiche Präventionsbemühungen ihrer Ansicht nach zugänglich sind und welche nicht.³¹ Schließlich wurden die Polizeibeamten darum gebeten anzugeben, welche Vorschläge sie der Stadt Ravensburg/Weingarten vorrangig machen würden, wären sie mit Aufgaben der Prävention betraut.³²

Präventionsbemühungen für vordringlich halten die befragten Polizeibeamten insbesondere im Bereich der Eigentumsdelikte (49% der 205 Nennungen), der Drogenkriminalität (26% der Nennungen) sowie bei Gewaltdelikten (13% der Nennungen).

Bei der Frage, welche Deliktsbereiche besonders leicht bzw. besonders schwer durch Präventionsbemühungen beeinflussbar sind, sind nach Ansicht der befragten Polizeibeamten grundsätzlich drei Deliktgruppen zu unterscheiden: die eindeutig leicht bzw. eindeutig schwer beeinflussbaren Delikte einerseits sowie Delikte, bei denen Aspekte aufeinandertreffen, die sowohl für eine leichte als auch für eine schwere Beeinflussbarkeit durch Präventionsbemühungen sprechen.

In der Einschätzung der Polizei zählen insbesondere Gewaltdelikte³³ zu den schwer beeinflussbaren Deliktsbereichen. Dies gilt insbesondere für Sexualdelikte (Rang 2 der als schwer beeinflussbar eingeschätzten Delikte mit 16% der 150 Nennungen) sowie für die Körperverletzungsdelikte (Rang 3 mit 11% der 150 Nennungen).

Leicht durch Präventionsbemühungen beeinflussbar sollen hingegen nach Einschätzung der befragten Polizeiangehörigen Delikte aus dem Bereich der Eigentumskriminalität³⁴ sowie die durch Jugendliche begangenen Straftaten sein. Hier stellt der Einbruch bzw. der schwere Einbruch mit 19% der 163 Nennungen die am häufigsten genannte Einzelgruppe dar.

Gegensätzliche Einschätzungen innerhalb der Polizeiangehörigen finden sich neben der Wirtschaftskriminalität vor allem bei der Drogenkriminalität, die zugleich Rang zwei (18% von 163 Nennungen) der als leicht beeinflussbar eingeschätzten und Rang eins (17% von 150 Nennungen) der als schwer beeinflussbar eingeschätzten Delikte einnimmt.

Die meistgenannte potentielle Tätergruppe im Bereich Ravensburg/Weingarten sind Jugendliche (43% der 178 Nennungen).³⁵ Auch unter den potentiellen Opfern nehmen Jugendliche (26% von

²⁸ Polizeibefragung (Frage E1): "In welchen [maximal drei] Deliktsbereichen würden Sie Präventionsbemühungen in Ravensburg/Weingarten für besonders vordringlich halten? Begründung, weil in diesem Deliktsbereich die Kriminalität a) besonders hoch ist,

b) besonders zugenommen hat,

c) besonders schwerwiegende Folgen hat."

²⁹ Polizeibefragung (Frage E2): "Welche Bevölkerungsgruppe(n) (maximal drei) halten Sie im Bereich Ravensburg/Weingarten für besonders durch Kriminalität gefährdet (potentielle Opfer)?"

³⁰ Polizeibefragung (Frage E3): "Welche Bevölkerungsgruppe(n) (maximal drei) halten Sie im Bereich Ravensburg/Weingarten für besonders kriminalitätsgefährdet (potentielle Täter)?"

³¹ Polizeibefragung (Frage E4 und E5): "Nicht alle Deliktsbereiche sind durch Präventionsmaßnahmen leicht zu beeinflussen. Können Sie uns die Deliktsbereiche nennen, die nach Ihrer Einschätzung
- durch Prävention am ehesten beeinflusst werden können,
- durch Prävention besonders schwer beeinflussbar sein dürften?"

³² Polizeibefragung (Frage E6): "Angenommen, Sie würden als Präventionsbeauftragte(r) von der Polizei für drei Jahre an die Kommune abgeordnet, um hier fachkundig kommunale Präventionsbemühungen anzuregen. Welchen Vorschlag würden Sie der Stadt Ravensburg/Weingarten vorrangig machen?"

³³ Zusammengefasst wurden hier Nennungen von Gewaltdelikten bzw. Körperverletzungsdelikten; Sexualdelikten bzw. Kindesmissbrauch; Mord oder Totschlag; Schwerst- und Kapitalverbrechen, nicht aber Raubdelikte.

³⁴ Zusammengefasst wurden hier Nennungen wie Eigentumsdelikte allgemein, Diebstahl allgemein/einfacher Diebstahl, Einbruch/schwerer Diebstahl, Diebstahl am/aus Kraftfahrzeug, Fahrraddiebstahl, Sachbeschädigung. Lediglich beim allgemeinen bzw. beim einfachen Diebstahl weicht die Aussage dahingehend ab, dass sowohl leichte als auch schwere Beeinflussbarkeit angenommen wird.

³⁵ Neben Jugendlichen allgemein werden explizit auch jugendliche Ausländer bzw. Asylanten, Jugendliche ohne Arbeit

158 Nennungen) Rang 1 ein – sie sind danach nicht nur als Täter, sondern gleichzeitig auch als Opfer potentiell gefährdet. Diese Doppelstellung trifft auch auf Ausländer bzw. Asylanten sowie auf Angehörige sozialer Randgruppen zu. Daneben ist die potentielle Opferrolle nach Einschätzung der Polizeibeamten entweder mit einer besonderen Verletzlichkeit bestimmter Personengruppen (genannt werden vor allem alte Menschen 18%, Frauen und Mädchen 9%) oder mit der wirtschaftlichen Stellung des Opfers (genannt werden vor allem Firmen/Geschäftsleute 9%, Haus- oder Fahrzeugbesitzer mit jeweils 4%) verbunden.

Die vorrangigen Bemühungen eines kommunalen Präventionsbeauftragten sollen sich einem Drittel der insgesamt 228 Nennungen zufolge in erster Linie auf den Bereich "Aufklärung" konzentrieren sowie auf die Bereiche Polizei (21 %), Städteplanung (18%) und Jugendarbeit (11%).

Als Ziele der "Aufklärung" werden vor allem genannt die Sensibilisierung der Bevölkerung für Präventionsbelange, insbesondere den Ausbau der Nachbarschaftshilfe, eine allgemeine Wertevermittlung sowie Aufklärung hinsichtlich technischer Sicherungsmöglichkeiten.

Hinsichtlich des Bereichs "Polizei" werden neben dem Ausbau der Personalstärke und einer besseren Besoldung vor allem Organisationsmaßnahmen genannt, und zwar

- eine bürgernahe Polizei, insbesondere durch Einsatz von Kontaktbereichsbeamten und durch die Präsenz eines Jugendsachbearbeiters,
- mehr sichtbare Polizei durch den Ausbau der Streifenfötigkeit, insbesondere auch der Fuß- und Nachtstreifenfötigkeit,
- die Entlastung der Polizei von sog. "vollzugsfremden" Tätigkeiten, wie Verkehrsüberwachung bzw. -lenkung, Durchführung von Großveranstaltungen, mehr Kontrolltätigkeit und Spezialeinsätze, insbesondere im Zusammenhang mit Rauschgift und in Jugendhäusern.

Unter dem Gesichtspunkt der Städteplanung betreffen Nennungen die Verbesserung der Beleuchtung in Parkanlagen oder Tiefgaragen, die Schaffung von Fahrradabstellplätzen und die Einrichtung zusätzlicher Notrufapparate. Vorgeschlagen wird ferner, kriminalgeographische Erkenntnisse bereits bei der städtebaulichen Konzeption zu berücksichtigen. Die Vorschläge reichen hierbei von der Schaffung eines lebendigen Stadtkerns und der Vermeidung von Wohnsilos über eine jugend- und altengerechte Stadtplanung bis hin zur Berücksichtigung bautechnischer Sicherungsmöglichkeiten bei Neubauten.

Schwerpunkte der Nennungen im Bereich Jugend- und Sozialarbeit liegen bei der Sozialarbeit mit Familien (Jugendbetreuung in sozial schwachen Wohngebieten, Ausbau der Arbeit der Kirchen und Jugendämter, Gewinnung von ehrenamtlich tätigen Privatpersonen), der Freizeitbetreuung (Ferienprogramme, betreuter Freizeitbereich, Vereinsförderung) und der Schaffung von Lehr- oder Arbeitsstellen für Jugendliche.

9. Zusammenfassung

Die parallel zur Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten im Sommer 1994 durchgeführte schriftliche Befragung von Angehörigen der Schutz- und Kriminalpolizei in Ravensburg/Weingarten zeigte insgesamt ein hohes Maß an Übereinstimmung sowohl hinsichtlich Viktimisierungserfahrungen und deren Verarbeitung als auch hinsichtlich der Sichtweisen in Bezug auf Kriminalität und Kriminalprävention. Erwartungsgemäß schätzen die Polizeibeamten Kriminalität als soziales Problem etwas höher ein als die Bevölkerung, überschätzen die Viktimisierungserfahrungen der Bevölkerung, unterschätzen das Dunkelfeld durch Nichtanzeigeerstattung und messen einigen Anzeige Gründen einen anderen Stellenwert bei, als dies nach den Angaben der Opfer der Fall ist. Die Sichtweisen der Bürger und der Polizei in Bezug auf Kriminalität und Kriminalprävention stimmen insgesamt weitgehend überein; auffallende Unterschiede bestehen lediglich vereinzelt und im Detail.

Wie in der Bürgerbefragung, so zeigt sich auch in der Polizeibefragung ein hohes Maß an Akzeptanz für Projekte kommunaler Kriminalprävention. Die an der Befragung teilnehmenden Polizeibeamten messen dem Bereich "Prävention/Aufklärung" zur Verringerung der Kriminalität sogar eine wesentlich höhere Bedeutung bei als die Bürger. Konkretes Expertenwissen über in Betracht kommende Maßnahmen "vor Ort" ist, wie die Polizeibefragung gezeigt hat, vorhanden, das in geeigneter Weise fruchtbar gemacht werden kann.

**Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei –
Eine empirische Studie in drei Polizeidirektionen in Baden-Württemberg**

1. Ausgangslage

Im angelsächsischen Bereich stehen wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze der Polizei in einer langjährigen Tradition, deren Anfänge in den 70er Jahre liegen (Feltus 1984). Die in den Studien bzw. Projekten gewonnenen Reformansätze sowie die Problematisierung blieben in Deutschland weitgehend unbeachtet. Dabei zeigen Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze die Problemfelder der dynamisch interaktiven Prozesse zwischen Bürger und der Institution Polizei relativ wirklichkeitsgetreu auf. Gerade die Analyse einer intervenierenden und reaktiven Polizeiarbeit, die entscheidend durch die Anforderung des Bürgers geprägt ist, kann Zusammenhänge und Hintergründe sozial beeinflusster Prozeßabläufe darstellen. Eine weiterführende Thematisierung dieser Zusammenhänge könnte bei der Suche nach sozial orientierten Problemlösungen hilfreiche Ansätze liefern. Die Auswertung von Notrufen kann Aussagen über die Bandbreite der Situationen und Anlässe liefern, die bei der Mobilisierung der Polizei durch die Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen. Möglicherweise können dabei auch Erkenntnisse über sozialstrukturelle Zusammenhänge gewonnen werden. Während bisherige kriminalsoziologische Forschungen im deutschsprachigen Bereich, die sich mit dem Ausmaß der polizeilichen Mobilisierung beschäftigen, meist später angesetzt haben (Hanak 1991) und sich zudem auf Sachverhalte im Zusammenhang mit späteren Strafverfahren konzentrierten, können durch eine Studie der Notrufe und Funkstreifeneinsätze auch die situationsbezogenen Informationen der Polizei ausgewertet werden, die in der Folge zu einer informellen Regelung oder Schlichtung noch vor Ort oder am Telefon oder zur Nichtentgegennahme von Strafanzeigen führen.

Internationale Studien über die Tätigkeit von Streifenbeamten kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß informelle Reaktionen auf Konflikte und bestimmte potentiell kriminalisierbare Ereignisse keinesfalls selten sind. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß Anzeige und Strafverfolgung eher selektiv erfolgen, wobei diese Selektivität sich wiederum nur teilweise an rechtlichen Vorschriften und Normen orientiert und ganz maßgeblich von den informellen Kriminalitätscodes der Polizei und der Anzeigersteller geprägt wird (McNaughton-Smith 1974, 1975; Feest/Blankenburg 1972; Black 1980; Hanak 1983). Dazu kommt, daß so nur ein Teil der polizeilichen Tätigkeiten dokumentiert wird.

Aus den genannten Gründen ergibt sich die eine Notwendigkeit, bei der Beschreibung des polizeilichen Alltagshandelns auf breit angelegte Auswertungs- und Analyseinstrumente zurückzugreifen. Es besteht ansonsten die Gefahr, daß nur ein Teilbereich polizeilicher Tätigkeiten dokumentiert wird, was die Aussagekraft von Folgerungen erheblich einschränken würde. Auf der anderen Seite kann die Polizei unter Zuhilfenahme der empirischen Befunde über das Notruf- und Funkstreifenwageneinsatzgeschehen ihre "betriebsinternen Abläufe" systematisch und kontinuierlich den aktuellen Gegebenheiten anpassen und ihre personellen und materiellen Ressourcen auf Effektivität hin überprüfen. Die Ergebnisse des polizeilichen Notrufgeschehens und der reaktiven Einsätze lassen Einblicke und Rückschlüsse auf das Alltagshandeln der Polizei erwarten, die bei geplanten Reformansätzen zur Veränderung des polizeilichen Selbstverständnisses – weg von der traditionell geprägten Polizei hin zu einer bürgerorientierten und proaktiven Polizei – von besonderer Bedeutung sind. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine empirische Untersuchung über das Notrufgeschehen einen direkten Blick auf die akuten Sicherheitsprobleme der Bürger und ihre polizeiliche Bewältigung eröffnet, ist eine Untersuchung der Notrufe sinnvoll. Dabei wird auch sichtbar, daß nur ein Teil dieser Sicherheitsprobleme mit Kriminalität assoziiert ist. Somit greifen die gängigen Sicherheitsdiskurse in aller Regel zu kurz, da sie üblicherweise Probleme der öffentlichen wie privaten (Un)sicherheit in unzulässiger Weise auf Fragen von Kriminalität und Strafverfolgung reduzieren (Hanak 1991).

Seit mehreren Jahren befassen sich verschiedene Forschungsprojekte immer wieder mit dem Spektrum der im Alltag moderner Gesellschaften gebräuchlichen Problem- und Konfliktverarbeitungsstrategien und dem besonderen Stellenwert der "Mobilisierung von Recht" im Kontext dieser Handlungsstrategien. Dabei geht es um die Koexistenz von und das Spannungsfeld zwischen privaten, informellen und rechtlichen Varianten der Problem- und Konfliktverarbeitung. Auch innerhalb dieses theoretischen Bezugsrahmens ist die Thematisierung des Polizeinotrufes und seiner Inanspruchnahme durch die Bevölkerung durchaus angebracht. Die in der englischen Literatur aufgeworfenen Fragestellungen befassen sich mit der Schnelligkeit der polizeilichen Reaktion auf Notrufe und mit den Versuchen zur Differenzierung, Klassifizierung und Gewichtung der Polizeinotrufe nach dem Grad ihrer Bedeutung, mit der Notwendigkeit der Bereitstellung von speziell ausgebildeten Polizeikräften (z.B. bei Familienstreitigkeiten, aber auch bei Massenschlägereien) sowie insgesamt mit der Aufgabenstruktur der Schutzpolizei als Bestandteil eines modernen "Dienstleistungsbetriebes" (Waddington 1993). Andere Studien in den 80er Jahren untersuchten in Großbritannien, den USA, Australien, Kanada, den Niederlanden und Schweden "output" und "outcome" polizeilichen Handelns in bezug auf die Anforderung bzw. Mobilisierung der Polizei durch die Bevölkerung (Kelling 1983).

Eine der wenigen Erhebungen im deutschsprachigen Raum (Hanak 1991) macht deutlich, daß die polizeiliche Intervention häufig auf ein unmittelbares Problem-Management beschränkt bleibt. Nur selten geht es dann im folgenden um die rechtliche Verarbeitung eines Problems. Bei den meisten polizeilichen Reaktionen steht die Abwicklung oder Überwachung der ordnungsgemäßen Beseitigung eines "Störfalles" im Vordergrund. Nur wenige Fälle lösen tatsächlich eine Strafanzeige aus. Die informelle (und nicht die formelle) Regelung des Konflikts ist der Normalfall (Hanak 1991), wie Steffen und Polz (1991) auch für das Beispiel der Familienstreitigkeiten zeigen konnten.

Feltes (1995) kommt in seiner Studie über polizeiliche Funkstreifenwageneinsätze und Notrufe zu dem Ergebnis, daß polizeiliches Alltagshandeln sich meist wesentlich weniger spektakulär abspielt, als dies vermutet wird. Die Kriminalitätsbekämpfung ist nur eine von vielen Aufgaben, die die Polizei zu bewältigen hat. Andere Funktionen, die im weitesten Sinne mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und bestimmten Dienstleistungen zu tun haben, machen einen Großteil der Arbeit aus. Der Ruf nach der Polizei zur Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches ist in der Polizeirealität die Ausnahme.

2. Ziel der Studie

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Projekte zur "Kommunalen Kriminalprävention" in Baden-Württemberg durch die kriminologischen Institute in Freiburg, Heidelberg und Konstanz und die Fachhochschule Villingen-Schwenningen (Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995; Feltes 1995a sowie die Beiträge bei Feltes, Hrsg., 1995) ergab sich die Chance, gleichzeitig eine Erhebung zum Notrufgeschehen und zu den Funkstreifenwageneinsätzen in den Bereichen Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten durchzuführen. Von der Auswertung wurde ein Gesamtbild über die quantitative und qualitative Verteilung der Anlässe bzw. der Gegenstände der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze erwartet, das als wichtiger Bestandteil der Analyse sog. "kriminalgeographischer Räume" erachtet werden kann, wobei der Begriff des "kriminalgeographischen Raumes" nicht auf die Erfassung von Straftaten beschränkt bleiben darf, sondern alle Aspekte berücksichtigen sollte, die für die innere Sicherheit in der Gemeinde von Bedeutung sind. Bezüglich präventiver Maßnahmen in den am Projekt teilnehmenden Kommunen können Erhebungen über das Notruf- und Funkstreifenwageneinsatzgeschehen als ein bedeutendes Element in der räumlichen und sozialen Strukturanalyse angesehen werden. In der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion kristallisiert sich zunehmend heraus, daß neben der polizeilichen Kriminalstatistik und den Bevölkerungs- und Opferbefragungen die Auswertung der Polizeinotrufe und der Funkstreifenwageneinsätze als drittes Instrument immer mehr an Bedeutung gewinnt (Dreher/Feltes 1995).

Zu den traditionellen Erhebungsinstrumenten zählen die polizeiliche Kriminalstatistik zur Darstellung des Hellfeldes und diverse Bevölkerungs- und Opferbefragungen als Mittel zur Aufhellung des Dunkelfeldes. Diese Instrumente weisen jedoch Schwachpunkte bei der Beurteilung und Darstel-

lung realer Kriminalitätslagen auf. Die Polizeiliche Kriminalstatistik, die eine reine Fallerfassungs- und Ausgangsstatistik aller von der Polizei registrierten Straftaten darstellt, muß neben internen Problemen (z.B. fehlerhafte Fallerfassungen, Datenmanipulationsmöglichkeiten bei nachträglicher Fallaufklärung, Kontrolldichte bei Ausländern und Definitionsmacht der Polizei sowie Zuordnungsprobleme; vgl. Stadler 1994) mit einer Anzahl von Verzerrungsfaktoren leben. Dazu zählt beispielsweise das Anzeigeverhalten, das sich im Längsschnittvergleich verändern kann und dadurch die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Taten und Täter beeinflussen kann. So kann ein steigendes Anzeigeverhalten der Bevölkerung (z.B. weil weniger Konflikte informell geregelt werden) zu einem Anstieg der polizeilich registrierten Delikte führen, wobei gleichzeitig das tatsächliche Deliktsaufkommen sogar rückläufig gewesen sein kann (für die USA vgl. Feltes 1989). Allerdings können auch Opferbefragungen die Kritikpunkte an der polizeilichen Kriminalstatistik nur zum Teil bereinigen, weil sie selbst (z.B. in bezug auf die Repräsentativität bei bestimmten Delikten und Personengruppen) Schwachstellen aufweisen und mit Hilfe solcher Viktimisierungsuntersuchungen nur bedingt Aussagen über die räumliche Verteilung von Kriminalität und konfliktbedingte Problemlagen möglich sind. Zudem sind solche Opferbefragungen sehr teuer, wenn sie tatsächlich im größerem Umfang repräsentativ sein sollen.¹

Die Auswertung von Notrufen und Funkstreifenwageneinsätzen läßt demgegenüber konkretere und inhaltlich ergiebigere Informationen zur tatsächlichen Problemlage in einem Gemeinwesen erwarten und ist mit relativ geringem finanziellen und personellen Aufwand kontinuierlich durchzuführen. Ziel ist es, ergänzend zur Polizeilichen Kriminalstatistik und den Opferbefragungen regionale und inhaltliche Schwerpunkte polizeilichen Handelns definieren zu können, um darauf präventiv und/oder angemessen repressiv reagieren zu können. In der Auswertung werden Bandbreite und Determinanten polizeilicher Mobilisierung durch den Bürger deutlich, ebenso wie partielles "Mißbrauchen" der Polizei. Eine Analyse der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze kann auch alternative Aspekte aufzeigen und dazu entsprechendes Datenmaterial bereitstellen, um bei einer eventuellen Suche nach proaktiv ausgerichteten, polizeilichen Strategien und Taktiken eine fundierte Arbeitsgrundlage finden zu können (vgl. Bratton 1994).

Während die Bevölkerungsumfragen Ergebnisse über Einstellungen der Bevölkerung zur Inneren Sicherheit, zur Kriminalitätsfurcht und zum Viktimisierungsgrad erwarten lassen (Feltes 1995), können mit den aus dem Notrufaufkommen und Funkstreifenwageneinsatzgeschehen gewonnenen Zahlen bei einer vergleichenden Betrachtung darüber hinausgehende Zusammenhänge und Determinanten erkannt werden. Die Voraussetzungen für eine spätere Vergleichbarkeit wurden in der vorliegenden Studie durch eine analoge Raumaufteilung der jeweiligen Stadtgebiete geschaffen, indem die Erhebungen bei den Funkstreifenwageneinsätzen auf die regionale Einteilung der Bevölkerungs- und Expertenbefragungen angepaßt wurden. So kann bei der vergleichenden Auswertung auf identische Orts- bzw. Stadtteile zurückgegriffen werden. Da die Bevölkerungsbefragung die Bereiche Viktimisierung, Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht sowie Einschätzung der polizeilichen Arbeit abdeckte (vgl. Dölling/Hermann/Simsa 1995; Heinz/Spiess 1995; Obergfell-Fuchs/Kury 1995), kann z. B. der Frage nachgegangen werden, ob das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht das Interventionsbedürfnis der Bürger und das Notrufaufkommen beeinflusst oder ob sich aus dem notrufveranlassten polizeilichen Einsatzgeschehen Parallelen zur registrierten Kriminalität und zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung herstellen lassen.

¹ So müssen im Bundesgebiet schätzungsweise 16.000 bis 20.000 Personen befragt werden, will man tatsächlich räumliche (Ost-West, Stadt-Land) und personelle (alle Alters- und Nationalitätengruppen) Repräsentativität erreichen. Bei Kosten von mindestens 20.000.- DM pro Frage entstehen hier sehr schnell kaum oder nur einmalig finanzierbare Kosten. Werden solche Befragungen aber nicht im Längsschnittdesign (d.h. z.B. alle ein oder zwei Jahre) durchgeführt, fehlt wiederum die interne Vergleichbarkeit, d.h. es kann dann keine Entwicklung des Opferwerdens über die Jahre hinweg untersucht werden, wie dies z.B. anhand der jährlich durchgeführten amerikanischen Opferstudie (n=200.000 Personen) der Fall ist; vgl. Feltes 1989.

3. Überblick über die Befunde

Ziel der Studie ist es, ein Gesamtbild über die quantitative und qualitative Verteilung der Anlässe bzw. der Gegenstände der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze zu erstellen, das als wichtiger Bestandteil zur Analyse "kriminalgeographischer Räume", wie sie oben definiert wurden, erachtet werden kann.

Mit Hilfe eines standardisierten Erhebungsbogens wurden alle bei den Polizeidienststellen eingehenden Notrufe und sämtliche Funkstreifenwageneinsätze, die entweder aus einem Notruf resultierten oder aber aus anderen Gründen anfielen, innerhalb des Zeitraumes vom 14.09.94 (für Freiburg) bzw. vom 15.09.94 bis 31.10.94 erfaßt.

Nach Untersuchungen in Westdeutschland liegen die Notrufquoten unabhängig von der Größe einer Stadt zwischen 22.000 und 38.000, berechnet auf jeweils 100.000 Einwohner. Die erhobenen Polizeinotrufquoten für Freiburg, Calw und Ravensburg/Weingarten bestätigen diese Schwankungsbreite. Zwischen der niedrigsten Notrufquote von Ravensburg/Weingarten (28.620) und der höchsten von Calw (35.307) errechnet sich eine Differenz von 6.687. Mit einer Quote von 30.880 nimmt Freiburg zwischen den beiden genannten Städten einen Mittelplatz ein.² Die Stadt mit der geringsten Häufigkeitsziffer bei den polizeilich registrierten Straftaten (Straftaten auf 100.000 Einwohner) unter den untersuchten Städten weist dagegen die höchste Notrufquote auf. In Calw und Ravensburg erfolgte bei rund einem Drittel, in Freiburg bei knapp der Hälfte der Notrufe ein Funkstreifenwageneinsatz.³ Den größten Anteil an allen Notrufen belegt in Freiburg der Mißbrauch mit 30,0 %, während dieser Anteil in Calw und Ravensburg/Weingarten deutlich niedriger bei 19,9 % bzw. 14,3 % liegt. Umgekehrt verhält es sich bei den Polizeinotrufen im Auskunftsbereich. Hier rangiert Freiburg mit 14,1 % hinter Calw mit 33,2 % und Ravensburg/Weingarten mit 34,8 %.⁴

Die notrufbedingten Funkstreifenwageneinsätze lagen im Gegensatz zu Ravensburg/ Weingarten in Calw und in Freiburg signifikant über der 90 % Marke. Für Ravensburg/Weingarten errechnet sich für die aus einem Notruf resultierenden Funkstreifenwageneinsätze eine Quote von 68,9 %. Damit wurde fast jeder dritte Funkstreifenwageneinsatz in Ravensburg/Weingarten aufgrund "eigener Wahrnehmung" durchgeführt. Die Quote der reaktiven Einsätze liegt in Ravensburg/Weingarten mit 27% deutlich höher als in Calw mit 3,4 % und in Freiburg mit 1,5 %, wobei das Ergebnis für Ravensburg/Weingarten relativiert werden muß. Während der Erhebungszeit fand in Ravensburg die "Oberschwabenschau" statt, die eine nicht näher zu quantifizierende Anzahl von proaktiven Funkstreifenwageneinsätzen im Verkehrsbereich bedingte.

² Dabei fällt der Wert für Freiburg möglicherweise zu niedrig aus, da solche Notrufe nicht in die Studie aufgenommen werden konnten, die direkt (d.h. nicht über "110") bei den Revieren Freiburg-Nord und Freiburg-Süd bzw. bei den ca. 10 Polizeiposten in Freiburg eingingen und keinen Funkstreifenwageneinsatz zur Folge hatten. Dazu gehören z.B. Auskunftersuchen, aber auch Konfliktschlichtungen (am Telefon) bei Ruhestörungen und ähnlichen Vorkommnissen.

³ Dabei ist der Anteil der Notrufe, die als "Mißbrauch" erfaßt wurden, berücksichtigt. Er lag zwischen 30,0% in Freiburg und 14,3% in Ravensburg/Weingarten.

⁴ Wobei hier für Freiburg möglicherweise aus den oben bei Fn. 2 genannten Gründen ein zu niedriger Wert vorliegt.

Abbildung 1: Funkstreifenwageneinsätze nach Notrufen und proaktive Einsätze (selbst veranlaßt)

Zusammenfassend betrachtet ist das Bild der Funkstreifenwageneinsätze von einem stark reaktiven Verhalten der Schutzpolizei geprägt, und demzufolge bleibt wenig Spielraum für proaktive Tätigkeiten wie beispielsweise Eigeninitiativen zu Kontroll- und Präventionszwecken.

Die "klassische Kriminalität" spielt in Calw und Ravensburg/Weingarten bei den Funkstreifenwageneinsätzen mit 18,8 % bzw. 23,5 % eine eher untergeordnete Rolle. In Freiburg lag diese Quote immerhin bei 38,5 %, wobei hier ein relativ hoher Anteil von Ladendiebstahlsdelikten (20,8 %) vorliegt. In anderen Studien liegen die Einsätze wegen "echter Kriminalität" in der Regel unter 25%. Für die Landeshauptstadt Stuttgart wies Feltes (1995) einen Anteil von 18,8 % Einsätze wegen Straftaten nach. Freiburg hat, wie es auch die vergleichsweise landesweit hohe Häufigkeitsziffer der Straftaten von 12.735 (1994) zeigt, eine Sonderstellung in bezug auf die Kriminalitätsbelastung der an der Erhebung teilnehmenden Kommunen. Sachverhalte, die im Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr liegen, stellen bei Funkstreifenwageneinsätzen in Calw und in Ravensburg/Weingarten den Schwerpunkt des schutzpolizeilichen Alltagshandelns im Streifendienst dar. Ihr Anteil beträgt in Ravensburg/Weingarten 50,1 % und in Calw 41,6%. Die oben erwähnte Sonderstellung Freiburgs bezüglich der Kriminalitätsbelastung wirkt sich möglicherweise mittelbar auf die Verkehrsquote von "nur" 28,5 % aus. Im Verkehrsbereich weichen die Ergebnisse auch nicht von der Schwankungsbreite anderer Erhebungen zwischen 25 % und 60 % ab. In der

Studie von Feltes liegen die Raten der Funkstreifeneinsätze zwischen 13.000 bis 40.000 Einsätzen pro 100.000 Einwohner. Freiburg mit 14.897 und Ravensburg/Weingarten mit 13.412 rangieren damit im unteren Bereich, die Quote für die Stadt Calw mit 11.790 außerhalb. In Calw wurden bei 0,3 % aller Funkstreifenwageneinsätze, in Freiburg bei 7,4 % und in Ravensburg/Weingarten bei 1,4 % Festnahmen durchgeführt. Feltes stellte für Stuttgart fest, daß dort weniger als ein Prozent aller ausgewerteten Funkstreifenwageneinsätze mit einer Festnahme nach einer Straftat verbunden waren. Daraus lassen sich auf das Einsatzaufkommen eines durchschnittlichen Funkstreifenbeamten ca. sieben Festnahmen nach Straftaten pro Jahr errechnen. Bei der Alarmierung waren in allen Städten (bis auf zwei Ausnahmen in Freiburg) Falsch- und Fehlalarme Anlaß für Funkstreifenwageneinsätze. Die Spannungsbreite der Fehlalarmquoten bewegt sich von 1,8 % in Ravensburg bis 5,6 % in Calw. Damit ist ein relativ hoher personeller Ressourceneinsatz bei entsprechendem Zeitaufwand verbunden.

Abbildung 2: Gegenstand der Funkstreifenwageneinsätze

4. Zusammenfassung

Der (auf jeweils 100.000 Einwohner berechnete) Umfang der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze sowie z.B. die Anzahl der Festnahmen hierbei weist in den von uns untersuchten Städten Calw, Ravensburg/Weingarten und Freiburg gegenüber anderen Studien und Städten (z. B. bei Shearing 1984; Hanak 1991; Feltes 1995) keine auffallenden Unterschiede auf.

Die durch den Notruf ausgelöste polizeiliche Reaktion läßt sich in der Mehrzahl der Fälle mit unmittlbarbarem "Problem-Management" beschreiben. Die rechtliche Verarbeitung von Problemlagen im Sinne von Straftatenbearbeitung ist eher nachrangig, wie die Zahlen von Ravensburg/Weingarten und Calw belegen, während in Freiburg eine Bestätigung für diese Annahme nicht gefunden werden konnte. Aus dem ausgewerteten Material wird im allgemeinen die These von der Polizei als einer unspezifischen Abhilfe-Instanz (Hanak 1984) bestätigt. Anders als andere Behörden ist die Polizei nicht für ein relativ begrenztes Spektrum von mit Problemen behafteten Sachverhalten, sondern unter bestimmten Bedingungen für fast alle Arten von Störungen im öffentlichen wie privaten Leben und für verschiedenste "Unnormalitäten" zuständig. Die tatsächliche festgestellte Inanspruchnahme der Polizei durch die Bürger ergibt ein Bild von typischen Gründen von Funkstreifenwageneinsätzen, die sich insgesamt betrachtet auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen: interventionsorientierte Tätigkeit als Dienstleister in den Fällen der Hilfs- und Dienstleistung, der Konfliktschlichtungen, der Alarmierungen und einem Großteil der Verkehrssachverhalte sowie

repressionsgeprägte Tätigkeiten auf Veranlassung der Bürger. Kelling (1983) fand in seiner Zusammenfassung internationaler Forschungsergebnisse eine Bestätigung für das Dienstleistungsprinzip der Polizei. Die Polizei reagiert auf die Hilferufe der Bürger und verfügt damit kaum über selbst einzuteilende Zeit, die für eigene proaktive und präventive Maßnahmen genutzt werden könnte. Bisher gibt es in der Literatur nur sehr wenige Aufgabenanalysen über die Dienstzeitnutzung von Schutzpolizeibeamten. Die wenigen, die durchgeführt wurden, kamen zu dem Ergebnis, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen (mehr als 90 % der Tätigkeiten sind reaktiver Art) keine sinnvollen präventiven Tätigkeiten durchgeführt werden können.

Nach einer 1991 bei der Polizei in Bonn durchgeführten teilnehmenden Beobachtung wurden weniger als 1% der beobachteten schutzpolizeilichen Handlungen aufgrund einer Eigeninitiative der Beamten durchgeführt. Bei den Tätigkeiten selbst überwogen die Konfliktschlichtungen (181 von 397 beobachteten Handlungen = 45,6 %), wobei verschiedenste Konfliktlösungsstrategien angewendet wurden, gefolgt von Interventionen im Zusammenhang mit Straftaten (28,5 %), Gefahrenabwehr (3,3 %) und anderen Maßnahmen (22,7 %) (Walter/Wagner 1996).

Nach einer nordrhein-westfälischen Studie werden dort je Einsatz 2,1 Beamte eingesetzt (Jaeger/Bleibtreu 1990), d. h. in der Regel ein mit zwei Beamten besetzter Funkstreifenwagen. Legt man weiterhin die ebenfalls dort ermittelte durchschnittliche Einsatzdauer von 31 Minuten zugrunde (Wien: 14 Min.; Hanak 1991), dann werden von den Beamten im Funkstreifendienst etwa zwei Stunden im Rahmen der 8-Stunden-Schicht mit solchen Einsätzen verbracht. Genau genommen soll der Streifenbeamte im Landesdurchschnitt dort "zu 23,9 % seiner Außendienstzeit mit der Abwicklung der täglichen anfallenden Einsätze ausgelastet" gewesen sein (Jaeger/Bleibtreu 1990), wobei hier sicherlich nur die tatsächliche Abwicklung "vor Ort" und nicht die spätere Aufarbeitung (Bericht, Protokoll, Tagebuch etc.) auf dem Revier gemeint ist. Daher mag der Eindruck entstehen, daß ein relativ großer Teil der Zeit bei Funkstreifenbeamten ungenutzt bleibt. Natürlich sind die Funkstreifenbeamten während der übrigen Zeit nicht untätig. Eine Studie in England hat gezeigt, daß die Beamten nur in seltenen Fällen einen Zeitraum von einer Stunde oder mehr hatten, den sie nach eigenem Ermessen (z.B. proaktiv) gestalten konnten. Die Zeiten, die unter einer Stunde liegen, sind aber kaum sinnvoll zu nutzen.

Das National Institute of Justice der USA (eine dem dortigen Justizministerium unterstellte Einrichtung) unter der Leitung von Jeremy Travis hat Anfang 1996 erneut auf die Bedeutung der Analyse von Notrufen hingewiesen. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von aktuellen Forschungsergebnissen zur Bekämpfung von Drogenschwerpunkten wird darauf verwiesen, daß Notrufe sogar einen verlässlicheren Maßstab für die Beurteilung der Kriminalitätslage und damit zusammenhängender Probleme darstellen als die offiziellen, von der Polizei registrierten Straftaten bzw. Arreststrafen. "Emergency calls for service provide a reliable measure of crime and crime-related activity that is not influenced by the myriad factors that affect official indicators such as arrests" (National Institute of Justice 1996). Entsprechend wurden, um den Erfolg von polizeilichen Maßnahmen gegen die Drogenkriminalität in einem experimentellen Design⁵ zu überprüfen, die Notrufe in den Projektgebieten sieben Monate vor und sieben Monate nach dem Projekt analysiert.

Eine 1992 in England eingerichtete "Audit Commission" hatte (und hat auch weiterhin) den Auftrag, die Erledigung kommunaler Aufgaben anhand sog. "performance indicators" zu dokumentieren und zu vergleichen (Audit Commission 1995). Für die Polizei werden hierbei folgende Faktoren der Bewertung zugrunde gelegt (Audit Commission 1995a, S. 13 ff.):

- Anzahl der Notrufe, die eine Polizeidienststelle im Untersuchungszeitraum erhalten hat,
- Anzahl der registrierten Straftaten (je 1.000 Einwohner),

⁵ Das zwischen März 1992 und Mai 1993 durchgeführte Experiment bestand darin, daß in New Jersey City 56 Orte bestimmt wurden, in denen Drogenaktivitäten festgestellt wurden. Diese "hot spots" wurden nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt. Für die erste Gruppe der "hot spots" wurde die bisherige traditionelle Polizeiarbeit fortgeführt, während bei der zweiten Gruppe von "hot spots" bestimmte polizeiliche Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt wurden. Im Ergebnis konnte (anhand der Notrufanalyse) ein deutlicher Einfluß dieser Maßnahmen auf die Reduktion von Drogenkriminalität festgestellt werden.

- Prozentsatz der durch eigene Ermittlungstätigkeit ("by own means") aufgeklärten Straftaten und Anzahl dieser aufgeklärten Taten je Polizeibeamten,
- **Zeitdauer bis zur Beantwortung eines Notrufes (Annahme des Notrufes durch die zentrale Leitstelle),**
- Anzahl der entnommenen Blutproben und Anteil der positiven Proben bzw. der Verweigerungen daran,
- Anzahl der je 1.000 Einwohner verfügbaren Polizeibeamten,
- Kosten für diese Polizeibeamten und für andere Mitarbeiter, einschl. Gesamtkosten,
- Anzahl der Beschwerden gegen Polizeibeamte sowie Anteil der Beschwerden, die begründet waren bzw. die formell oder informell erledigt wurden.⁶

Zusätzlich wird noch die Schnelligkeit, mit der auf eingehende Briefe geantwortet wird, bewertet sowie die Zugänglichkeit von Dienstgebäuden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß die lokalen Behörden sich selbst ihre jeweiligen Ziele setzen, die sie mit ihrer Arbeit erreichen wollen. Die "Audit Commission" stellt die Ergebnisse lediglich vergleichend zusammen und veröffentlicht sie.

Im einzelnen zeigten sich dabei folgende Ergebnisse:

- Fast alle Polizeidienststellen beantworten 80 % oder mehr der Notrufe innerhalb von 10 bis 15 Sekunden.
- Fast alle Polizeidienststellen haben das Ziel (und erreichen es zu 75 bis 95 % auch), bei als wichtig eingestuften Notrufen innerhalb von 10 - 15 Minuten (in Städten) bzw. 20 Minuten mit einem Streifenwagen vor Ort zu sein.⁷

Die Audit Commission betont im übrigen auch, daß der Umfang von Straftaten in einem bestimmten Gebiet nicht einfach dadurch reduziert werden kann, daß mehr Polizeibeamte beschäftigt werden. Vieles hängt nach der Ansicht der Kommission davon ab, wie diese Beamten beschäftigt werden, wobei mehr Polizeibeamte nicht automatisch die Aufklärungsquote erhöhen⁸, es vielmehr auch hier darauf ankommt, wie diese Beamten eingesetzt werden und welche Zielrichtung sie haben. Werden vorrangig bereits bekannte Straftäter verfolgt und wird die Papierarbeit von zivilen Mitarbeitern erledigt, so daß die Polizeibeamten mehr Zeit zur Verfügung haben, steigt die Aufklärungsquote (Audit Commission 1995, S. 12).

Der Anteil der "klassischen Kriminalität" am Gesamtaufkommen der Funkstreifenwageneinsätze in unserer Untersuchung (18,8 % in Calw, 23,5 % in Ravensburg/Weingarten und 38,5 % in Freiburg) macht deutlich, daß der Schutzpolizeibeamte im Streifendienst nur einen geringen Teil seiner Dienstzeit mit Aufgaben der Strafverfolgung verbringt, während Tätigkeiten wie Hilfs- und Dienstleistungen, Erteilen von Auskünften und Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, den größten Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Diese Schlußfolgerung wird auch von den Untersuchungsergebnissen der Bonner Studie von Walter und Wagner (1996) (28,5 % Straftaten) und aus anderen Ländern bestätigt. Shearing (1984) befaßte sich in sei-

⁶ Hierzu wurde bereits 1985 - nach den Ereignissen von Brixton - eine eigene "Police Complaints Authority" eingerichtet; vgl. deren Bericht über die Arbeit in den ersten 10 Jahren, in denen insgesamt mehr als 150.000 Beschwerden entgegengenommen wurden; von den in diesem Zeitraum bearbeiteten Verfahren enden pro Jahr zwischen 8,2% und 11,1% mit disziplinarischen Maßnahmen gegen beteiligte Beamte (Police Complaints Authority 1995, S. 9).

⁷ Als dringend wird i.d.R. ein Anruf definiert, bei dem

- es um gewalttätige oder lebensbedrohende Handlungen oder Situationen geht,
- der Tatverdächtige noch am Ort des Geschehens ist,
- ein Verkehrsunfall ernsthafte Verletzungen oder schwere Verkehrsprobleme verursacht hat,
- Beweismittel verlorengehen, wenn nicht sofort reagiert wird.

Einzelne Polizeidienststellen haben noch darüber hinausgehende Faktoren festgelegt, wie z. B. die London Metropolitan Police: konkrete Gefahr für weitere Straftaten oder Schäden; Chance, einen Tatverdächtigen zu ermitteln u.a.

⁸ Die Kommission weist auch darauf hin, daß einige der Polizeidistrikte mit der höchsten Zahl von Polizeibeamten auf 1.000 Einwohner nur durchschnittliche Aufklärungsraten haben (Audit Commission 1995, S. 11 f.). So hat z. B. die Metropolitan Police London die höchste Anzahl von Polizeibeamten je 1.000 Einwohner (nämlich 3.61), mit die niedrigste Aufklärungsquote "by primary means" (17,7%; Bandbreite in England insgesamt zwischen 15,5% und 40,5%) und die höchsten Kosten für Polizei je Kopf der Bevölkerung (228,45 engl. Pfund; niedrigster Wert hier 76,43 Pfund) (Audit Commission 1995, S. 25).

ner Untersuchung bei der Polizei in Kanada mit eingegangenen und erledigten Anrufen. Von den Anrufen, die polizeiliches Einschreiten zur Folge hatten, wurden die meisten durch Dienstleistungsmaßnahmen (33 %) erledigt, gefolgt von Strafverfolgungsmaßnahmen (26%) und Ordnungsmaßnahmen (25 %). Der Anteil der Kategorien Straftaten, Verkehr und im weitesten Sinne der Dienstleistungsfunktionen am Funkstreifenwageneinsatzaufkommen ist bei den hier vorliegenden Ergebnissen in einem maßgeblichen Umfang auch von örtlichen Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Sozialstruktur der Gemeinde und damit vom Grad der Urbanisierung abhängig.

Walsh (1986) konnte aufzeigen, daß selbst in einem mit Kriminalität hoch belasteten Gebiet in New York von 156 Schutzpolizeibeamten 40 % innerhalb eines Jahres nicht eine einzige Verhaftung im Zusammenhang mit einer Straftat durchführten und 69 % nicht mehr als drei Verhaftungen pro Jahr. Befragungen von Straftätern, die als wiederholte Einbrecher aufgefallen waren, erweisen es zudem als fraglich, ob solche Täter ein erhöhtes Risiko des Entdecktwerdens bei Veränderungen im Streifendienst befürchten würden (Clarke/Hough 1984). Eine englische Studie zeigte, daß der Durchschnittsbürger nur alle 42 Jahre tatsächlich einen Einbruch wahrnimmt, während er begangen wird (Young 1992) – entsprechend wenig erfolgversprechend dürften in dieser Beziehung Bemühungen sein, Nachbarn aufzufordern, entsprechende Wahrnehmungen der Polizei mitzuteilen oder verstärkt Wohnungen oder Häuser von Nachbarn zu beobachten. Verschiedenste Forschungen (Nachweise bei Ericson 1994) konnten nachweisen, daß 50 % und mehr der polizeilichen Arbeit für Verwaltungs- bzw. Schreibtätigkeiten aufgewendet werden muß. Dies gilt nicht nur für die Kriminalpolizei, wo Ericson selbst bereits Anfang der 80er Jahre darauf hingewiesen hat, daß diese Polizeibeamten wesentlich mehr Zeit darauf verwenden, Berichte zu verfassen und zu bearbeiten, als Straftaten zu ermitteln (Ericson 1981). Dies gilt auch für die Schutzpolizei, zum Beispiel dort, wo sie Notrufe in Empfang nimmt und Informationen verteilt (Ericson 1982). Eine kanadische Studie (Shadgett 1990) konnte nachweisen, daß in einem Polizeirevier in Ontario nur 20 der insgesamt 46 Polizeibeamten der routinemäßigen Funkstreifentätigkeit zugewiesen waren, während 15 in verschiedensten Verwaltungspositionen arbeiteten und 11 Beamte besondere Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gewinnung oder Sicherung von Informationen ausübten.

Das Hauptziel des Streifendienstes besteht heute darin, in kürzester Zeit telefonisch erbetene Hilfe zu leisten. Man geht davon aus, daß eine kurze Reaktionszeit die Zufriedenheit des Bürgers erhöhen und die Festnahme von Straftätern erleichtern würde, auch wenn ausländische Studien diese Annahme in Frage stellen. So wurde in einer Studie des englischen Home Office kein Zusammenhang zwischen der Zeit, die zur Aufklärung von Einbruchdiebstählen verwendet wurde, und der Aufklärungsquote festgestellt (Burrows 1986). Auch erhöht ein schnelleres Reagieren auf die Notrufe von Bürgern weder die Wahrscheinlichkeit, den Täter zu fassen (Bieck 1977; Spelman/Brown 1981; Ekblom/Heal 1982), noch wird die Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei dadurch verstärkt. Wichtig ist die Sicherheit, mit der mit dem Einschreiten der Polizei gerechnet werden kann, und nicht die Schnelligkeit. Nur wenn die Tat noch andauert oder die Polizei Sekunden nach der Tat gerufen wird, ist die Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung höher. Bereits fünf Minuten nach der Tat sinkt die Verhaftungswahrscheinlichkeit von knapp 20 % (bei Ruf der Polizei noch während der Tatbegehung) auf rund 5 % (Radelet 1986). Pate, Ferrara, Bowers und Lorence kommen in ihren Untersuchungen aus dem Jahr 1976 zu dem Schluß, daß die polizeiliche Reaktionszeit nicht die entscheidende Größe zur Ermittlung der Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei ist. Vielmehr ist die Erwartung des Bürgers wichtig. Wenn die Bürger davon ausgehen, daß die Polizei nach drei Minuten erscheint, sie aber erst nach fünf Minuten kommt, hat dies Unzufriedenheit zur Folge. Erwarten die Bürger dagegen, daß der Polizeibeamte erst nach zehn Minuten eintrifft, und kommt er dann bereits nach fünf Minuten, werden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zufrieden sein. Der maßgebende Unterschied liegt nicht in der tatsächlich verstrichenen Zeit, sondern in der Erwartungshaltung des Bürgers. Die Autoren schlagen daher den Polizeidienststellen, die Alternativen zur gegenwärtigen Praxis der möglichst schnellen Reaktion auf alle telefonische Bitten um Soforthilfe einführen wollen, vor, daß sie primär eine Veränderung in der Erwartung der Bürger herbeiführen sollten (Kelling 1983), in dem den Bürgern z. B. beim Anruf mitgeteilt wird, wann in etwa mit einem Erscheinen der Polizei zu rechnen ist. Daß dennoch diese Faktoren in die Bewertung der englischen

Polizeibehörden durch die Audit Commission (s. o.) einbezogen wurden, macht deutlich, wie verwurzelt die Annahme ist, daß die Reaktionszeit der Polizei sowohl für die Zufriedenheit der Bürger als auch für die Aufklärung einer Straftat von entscheidender Bedeutung ist.

(Auch) im Bundesgebiet trug die Orientierung auf die polizeiliche Reaktion entscheidend dazu bei, daß die Polizei in den Augen der Bevölkerung immer mehr zum umfassenden Soforthilfesystem wurde, so daß Polizeidienststellen auf alle telefonischen Bitten um Hilfe- und/oder Dienstleistung hin tätig werden.

Das Notrufaufkommen und der Umgang mit Notrufen kann bei der Betrachtung seiner Quantität und Qualität als ein wichtiges Instrument zur stärkeren Orientierung von Polizeiarbeit an tatsächlichen Problemen der Bürger herangezogen werden. Es kann auch – wie in England geschehen – als ein Meßinstrument für polizeiliche Tätigkeit benutzt werden, auch wenn differenziertere Kriterien als die von der Audit Commission zugrunde gelegten entwickelt werden müßten.

Problemorientierte Polizeiarbeit wird als eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Praktizierung von community policing bzw. bürgernaher Polizeiarbeit angesehen. Erhebungen über Anrufe und Notrufe bei der Polizei zeigen Art und Umfang des Informations- und Kommunikationsaufkommens auf. Erkenntnisse über den interaktiven Informationsprozeß zwischen Bürger und Polizei ermöglichen einen Einblick in die Problemsituationen des lokalen Umfeldes (Gottlieb/Feltes/Prestel 1995). Eine weitere Intensivierung des Informationsaustausches erfolgt beim polizeilichen Einschreiten im direkten Gespräch mit dem betroffenen Bürger oder in der Beratung nach dem Opferwerden, wobei es inzwischen klare Anhaltspunkte dafür gibt, welche Form polizeilichen Verhaltens beim betroffenen Bürger Zufriedenheit oder Unzufriedenheit hervorruft (Hermannutz 1995).

Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich systematisch aufbereiten und strukturieren. Sie können als eine wichtige Grundlage bei der Gewinnung von Präventionsstrategien angesehen werden. Die Analyse der örtlichen Kriminalität und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung kann schon im Vorfeld bei der Analyse des Notrufaufkommens beginnen. Eine Auswertung der Notrufe und der Funkstreifenwageneinsätze dient auch der Planung eines effizienten und effektiven Personaleinsatzes. Im Rahmen eines "screening" könnten die Anrufe auch von entsprechend ausgebildeten Angestellten und Angestellten hinsichtlich des Inhalts ausgewertet und bewertet werden. Hierzu sind Erfassungsraster, wie sie vielerorts verwendet werden, hilfreich.

Abbildung 3: Beispiel eines Rasters, wie es bei der Polizei in Helsinki benutzt wird⁹

⁹ Dieses Erfassungsraster wurde von der Polizei Helsinki zur Verfügung gestellt und aus dem Finnischen frei übersetzt. Seit dem 01.01.94 wird dieses Raster vom Polizeirevier Helsinki in der Praxis eingesetzt.

Erst dann sollten die Gespräche zielorientiert an die zuständigen Stellen weitervermittelt werden. Auf diese Weise würden zum Beispiel in Freiburg nur die Notrufe zur Einsatzleitzentrale gelangen, für die das besonders eingerichtete Einsatz-Mangement auch vorgehalten wird. In der Folge könnten Polizeibeamte in der Einsatzleitzentrale ihre Aufgabenerledigung ohne die ständigen Unterbrechungen durch Mißbräuche und sonstige Auskünfte wahrnehmen. Bei der Bewältigung einer Vielzahl gleichzeitig eingehender Anforderungsanliegen durch den Bürger kann die Reaktion in Abhängigkeit von der Schwere des Sachverhalts unterschiedlich erfolgen. Es bietet sich z. B. eine Selektion nach der Dringlichkeit des Notrufanlasses an, wie sie (mit unterschiedlicher Gewichtung) inzwischen in jedem Polizeibezirk Englands geschieht (Audit Commission 1995a). Reine Auskunftersuchen könnten zurückgestellt oder einer anderen Stelle zugewiesen werden. Wie bereits erwähnt, kommt es in vielen Fällen auch nicht darauf an, daß die Polizei möglichst schnell am Tat- bzw. Ereignisort erscheint, sondern vielmehr ist die Zeit von Bedeutung, in der Anrufer oder der um Hilfe Suchende die Polizei vor Ort erwartet. Durch entsprechend trainiertes Personal können, wie eine Studie von Gay, Shell und Schaak (1977) zeigt, ca. 40 % der Notrufe bei der Polizei bereits am Telefon erledigt werden. Dadurch ließe sich die sichtbare Präsenz der Polizei ohne Personalzuwachs erhöhen, was als eine der Maßnahmen anzusehen ist, mit der das subjektive Sicherheitsgefühl im Gemeinwesen gestärkt und die Kriminalitätsfurcht reduziert werden kann. Eine weitergehende Untersuchung des Notrufinputs auf die telefonischen Erledigungsmöglichkeiten hin wäre ein wichtiger Schritt zu einem rationell planbaren Personaleinsatz. In diesem Zusammenhang sollte auch nicht vergessen werden, daß die verfügbare Telefentechnik von entscheidender Bedeutung ist, um Arbeitsabläufe und Personaleinsatz effektiv zu gestalten (vgl. Anrufrückverfolgung der Notrufe). Technologische Innovationen und eine verbesserte technische Ausstattung sollten daher mit in die personellen Überlegungen einbezogen werden.

Literatur

- Audit Commission (1995): Local Authority Performance Indicators, Vol. 3, Police and Fire Services. London.
- Audit Commission (1995 a): Local Authority Performance Indicators, Appendix to Vol. 3. London.
- Bieck, W. (1977): Response Time Analysis. Kansas City Police Department. Kansas City.
- Black, D. (1980): Dispute Settlement by the Police. In: D. Black, The Manners and Customs of the Police. New York, S. 109 ff.**
- Bratton, W. J. (1994): a) Police Strategy No. 1, Getting Guns off the Streets of New York; b) Police Strategy No. 2, Curbing Youth Violence in the Schools and on the Streets; c) Police Strategy No.3, Driving Drug Dealers out of New York; d) Police Strategy No. 4, Breaking the Cycle of Domestic Violence; e) Police Strategy No. 5, Reclaiming the Public Spaces of New York. New York.
- Burrows, J. (1986): Burglary: Police Actions and Victim Views. Home Office Research and Planning Unit Paper. London.
- Burrows, J.; Lewis, H. (1988): Directing Patrol Work: A Study of Uniformed Policing. Home Office Research Study No. 99. London.
- Clarke, R.; Hough, M. 1984: Crime and Police Effectiveness. Home Office Research Study No. 79. London.
- Dölling, D.; Hermann, D.; Simsa, C. (1995): Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich – Analysen anhand der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage. In: Feltes (1995b), S. 69 ff.
- Dreher, G.; Feltes, T. (1995): Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis. Das Modell Baden-Württemberg. In: E. Kube; H. Schneider; J. Stock (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention.
- Ekblom, P.; Heal, K. (1982): The Police Response to Calls from the Public. Research and Planning Unit Paper 9, Home Office. London.

- Ericson, R. (1981): *Making Crime: A Study of Detective Work*. Toronto.
- Ericson, R. (1982): *Reproducing Order: A Study of Patrol Police Work*. Toronto.
- Ericson, R. (1994): The division of expert knowledge in policing and security. In: *British Journal of Criminology* 45, 2, S. 149 ff.
- Feest, J.; Blankenburg, E. (1972): *Die Definitionsmacht der Polizei*. Düsseldorf.
- Feltes, T. (1984): Polizeiliches Alltagshandeln: eine Analyse von Funkstreifenwageneinsätzen und Alarmierungen der Polizei durch die Bevölkerung. In: *Bürgerrechte und Polizei*, Jg. 19, Heft 3, S. 11 ff.
- Feltes, T. (1989): Opferrisiko in den USA: Ergebnisse des National Crime Survey 1985/86. In: *Be-währungshilfe* 1/1989, S.465 ff.
- Feltes, T. (1995a): Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze als Meßinstrument polizeilichen All-tagshandelns: Ergebnisse einer Analyse. In: *Die Polizei*, Nr. 6, S. 157 ff.
- Feltes, T. (Hrsg.) (1995b): *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg: erste Ergebnis-se der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*. Holzkirchen.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention (1995): *Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg*. In: T. Trenczek; H. Pfeiffer (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention. Para-digmawechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten*. Bonn.
- Gay, W.; Shell, T; Schaak, S. (1977): *Improving Patrol Productivity: Routine Patrol*, Vol. 1. Wa-shington D.C.
- Gottlieb, G.; Feltes, T.; Prestel, B. (1995): Polizeiliches Umfeldmonitoring: Aktion statt Reaktion. Ziele und Möglichkeiten proaktiver polizeilicher Kommunikation. In: *Die Polizei* 1995, S. 233 ff.
- Hanak, G. (1983): *Alltagskriminalität und Rechtsanwendung*. Forschungsbericht, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie. Wien.
- Hanak, G. (1984): *Kriminelle Situationen. Zur Ethnographie der Anzeigenerstattung*. In: *Krimino-logisches Journal*, 16. Jg., Heft 3, S. 161 ff.
- Hanak, G. (1991): *Polizeinotruf – Intervention über Aufforderung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Polizeinotruf in Wien*. Holzkirchen.
- Hermanutz, M. (1995): *Die Zufriedenheit von Bürgern mit den Umgangsformen der Polizei nach einem persönlichen Polizeikontakt – eine empirische Untersuchung*. In: Feltes (1995b), S. 137 ff.
- Jaeger, R.; Bleibtreu, E. (1990): *Absurdes Theater bei der Kräfteverteilung für Schutz- und Krimi-nalpolizei*. In: *Der Kriminalist* 1990, S.241ff.
- Kelling, L. K. (1983): *Empirical Research and Police Reform. An American View of International Research*. In: *BKA Forschungsreihe*, Jg. 16, Bd. 1, S. 69 ff.
- National Institute of Justice (1996): *Research Preview: Policing Drug Hot Spots*. U.S. Department of Justice. Washington.
- Radelet, L.A. (1986): *The Police and the Community*. New York.
- Shearing, C. D. (1984): *Dial a Cop. A Study of Police Mobilisation*. Centre of Criminology, Uni-versity of Toronto. Toronto.
- Steffen, W.; Polz, S. (1991): *Familienstreitigkeiten und Polizei*. Bayerisches Landeskriminalamt. München.
- Stadler, W. (1994): *Projektantrag zum Forschungsprojekt "Verzerrungsfaktoren und Interpretations-probleme der polizeilichen Kriminalstatistik unter besonderer Berücksichtigung ausländi-scher Staatsangehöriger" der Fachhochschule für Polizei*. Villingen-Schwenningen.
- Waddington, P. A. J. (1993): *Calling the Police: Interpretation of, and Response to, Calls for Assis-tance from the Public*. Vermont.
- Walsh, W. (1986): *Patrol Officer Arrest Rates: A Study of the social organization of police work*. In: *Justice Quarterly* 2, 1986, S. 271 ff.

Walter, M.; Wagner, A. (1996): How Police Officers Manage Difficult Situations: The Predominance of Soothing and Smoothing Strategies. In: B. Galaway; J. Hudson (Hrsg.), *The Practice of Restorative Justice*. New York.

Young, J. (1992): Realist Research as a Basis for Local Criminal Justice Policy. In: Lowman, J. (Hrsg.), Realist Criminology. Crime Control and Policing in the 1990s. University of Toronto. Toronto.

**Jugend und Gewalt –
Ergebnisse einer kommunalen Befragung in den Schulen von Ravensburg/Weingarten**

1. Start und Zielsetzung der Arbeitsgruppe “Jugend und Gewalt”

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung nimmt unter den Problemen in Ravensburg und Weingarten – anders, als dies in hochbelasteten Ballungszentren der Fall ist – die Kriminalität in der Wahrnehmung der Bürger dieser beiden Gemeinden eine nur untergeordnete Stellung ein. Unter den Benennungen der Befragten in Ravensburg und Weingarten zu den drei dringendsten Problemen ihrer Gemeinde entfällt nur etwa jede zehnte (9,9 %) auf Kriminalität. Unter den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung fiel aber ein Gesichtspunkt besonders auf: Jugendliche in beiden Städten schienen Kriminalität besonders stark zu fürchten. Die Ergebnisse unterschieden sich deutlich von denen anderer Städte. Für viele Beteiligte war aber auch überraschend, dass junge Menschen im Vergleich zu Älteren eine erhöhte Kriminalitätsfurcht angeben.

Dieses Ergebnis und vermehrte Berichte über die zunehmende Brutalisierung und Gewalttätigkeit von Schüler/Innen gaben Anlass dazu, eine Arbeitsgruppe zum Thema “Jugend und Gewalt” einzusetzen. In der Arbeitsgruppe waren keine Wissenschaftler, aber sehr motivierte Experten tätig. Wir erhielten den Auftrag, durch Gespräche mit Fachleuten und durch eine Befragung der Schüler beider Städte die Situation vor Ort zu untersuchen.

2. Repräsentative Umfrage an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Ravensburg/Weingarten

Neben intensiven Gesprächen mit verschiedensten Experten, z. B. der Jugendstaatsanwaltschaft, dem Ausländerbeauftragten, der Frauenbeauftragten, mit Schulsozialarbeitern und an Modellschulen war Kernstück unserer Arbeit die Vorbereitung der Schülerbefragung. Wichtig war uns aber auch, Jugendlichen zu konkreten Situationen eine Plattform zur Diskussion (z. B. Bedrohungen beim Rutenfest, auf Schulbällen oder auf dem Marienplatz) zu geben. Vorschläge Jugendlicher versuchten wir umzusetzen. Nachdem in Baden-Württemberg noch keine Stadt vergleichbare Schülerbefragungen durchgeführt hat, erfuhren wir Unterstützung durch Herrn Dr. Walter Funk von der Universität Nürnberg-Erlangen (wo bereits eine entsprechende Befragung durchgeführt wurde) von Herrn Prof. Dr. Heinz von der Universität Konstanz. Um vergleichen zu können, gingen wir ähnlich vor wie Nürnberg. Ein wichtiges Anliegen war dem Arbeitskreis, dass die Befragung während der Schulzeit in den Schulen durchgeführt wird. Wir versprachen uns dadurch einen hohen Rücklauf der Fragebogen und durch die anonyme Befragung ehrliche Antworten. Unser Ziel war, die Sachlage vor Ort zu erkunden, nicht eine wissenschaftliche Arbeit zu erstellen. Das Projekt konnte auf den Weg gebracht werden, als sich Studentinnen und Studenten der Fachhochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen zur Auswertung bereit erklärten. Schulleitungen, Elternbeiräte und Lehrer haben die Schülerbefragung ausdrücklich befürwortet. 1202 Fragebogen wurden ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Insgesamt waren ca. 200 Antwortmöglichkeiten zu erfassen und zu verarbeiten. Teilgenommen haben alle allgemeinbildenden Schulen (ab Klasse 5) in Ravensburg und Weingarten und die beruflichen Schulen. Die Klassen wurden ausgelost.

3. Die wichtigsten Ergebnisse der Schülerbefragung in Ravensburg und Weingarten

3.1 Gewalttätige Handlungen der Schüler

Ähnlich wie in Nürnberg haben wir von den Schülern erfragt, wie häufig sie selbst konkrete aggressive bzw. gewalttätige Handlungen in den vergangenen sechs Monaten begangen haben. Eindeutig stellen auch in Ravensburg/Weingarten die Beleidigungen bzw. Beschimpfungen anderer Schüler die häufigste Gewalttat bzw. den häufigsten Normenverstoß dar. Insofern entspricht auch das Ergebnis aus diesen beiden Gemeinden der erwarteten Verbreitung verbal-aggressiver Verhaltensmuster. Auch hier ist das Beschmutzen von Schuleigentum ein weit verbreiteter Normverstoß. Relativ

selten wurden dagegen Bedrohungen mit Waffen (2,8 %), die sexuelle Belästigung anderer Schüler (3,3 %) bzw. Lehrer (1,3 %) oder die Bedrohung von Lehrern (3,3 %) genannt.

3.2 Gründe für Gewalt an Schulen

Von den befragten Schülern in Ravensburg und Weingarten nennen ca. 57 % Angeberei, um Anerkennung zu erhalten, als Grund für die Gewalt an Schulen. Damit wird auch in Ravensburg/Weingarten von den Schülern der expressive Charakter der Gewalt betont, als Versuch, Aufmerksamkeit und Zuwendung zu gewinnen. Ca. 53 % der befragten Schüler nennen auch allgemeine Frustration als Grund für Gewaltanwendungen. Wir unterscheiden uns hier deutlich von der Nürnberger Befragung 1994, wo dies lediglich ca. 30 % als Grund angegeben haben. Aus unserer Sicht ein Zeichen wachsender Probleme am Arbeitsmarkt (Lehrstellenmangel vor allem für weniger qualifizierte Schüler, langweilige Arbeiten) und von Problemen durch soziale Benachteiligungen. Fehlende Anerkennung gleichen Jugendliche in Gruppen aus, dort erhalten sie gegebenenfalls Anerkennung.

3.3 Opfererfahrung der Jugendlichen

Am häufigsten gaben die Schüler "Opfererfahrungen" verbaler Art (Lästerungen, Lügen, Beschimpfungen, Beleidigungen) an. Relativ selten werden in diesem Zusammenhang körperliche Gewalt (Verprügeln), Bedrohungen oder sexuelle Belästigung genannt.

3.4 Freizeitaktivitäten der Schüler

Betrachtet man das Freizeitverhalten, so spielen Sport, Spiele oder Video-Spiele, Computer, Fernsehen und Videofilme eine wesentliche Rolle. Kaum ins Gewicht fällt bei den Jugendlichen dagegen ein Engagement in Politik und Bürgerinitiativen (1,9 %). Die liebste Freizeitbeschäftigung sind Musik hören und Freunde treffen. 8,9 % der befragten Schüler besuchen regelmäßig Jugendhäuser.

3.5 Medienkonsum der Schüler

Ähnlich wie in der Nürnberger Studie haben wir bezüglich des Medienkonsums auch ein besonderes Augenmerk auf Fernsehen, Video und Videospiele gelegt, da diese Medien sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in den Medien selbst als Ursache für gewalttätiges Handeln genannt wurden. Ca. 46 % der befragten Schüler nennen einen Fernsehapparat, 27 % einen Videorecorder und 34 % einen PC ihr Eigen. Entsprechend lang beschäftigen sich die Schüler auch mit diesen Geräten. Den Rest der Freizeit verbringen sie überwiegend mit Freunden. Der durchschnittliche Fernsehkonsum liegt an einem Wochentag zwischen ein bis drei Stunden, wobei 26 % bis zu einer Stunde, 34 % bis zu zwei und knapp 20 % sogar bis zu drei Stunden täglich fernsehen. An den Wochenenden verdoppelt sich der Anteil der Schüler, der überhaupt nicht fernsieht. Die überwiegende Mehrheit aber verbringt dann im Durchschnitt deutlich mehr Zeit vor dem Fernseher als an Werktagen. Im Verhältnis dazu verbringen die Schüler wenig Zeit mit Videospielen, Gameboy und PC. Mehr als die Hälfte aller Befragten erklärte, nie mit derartigen Geräten zu spielen (vermutlich gerade die, die auch nicht über solche Geräte verfügen). Musik- und Videoclips sind die von den Befragten bevorzugten Fernsehsendungen, gefolgt von Familienserien, Actionfilmen, Thrillern und Nachrichtensendungen (auffallend viele schauen sich Nachrichtensendungen an, 24 % oft und 54 % manchmal). Wrestling dagegen ist entgegen der vorherrschenden Meinung unbeliebt. Nachdenklich erscheint jedoch, dass zumindest ein Drittel aller Befragten manchmal erotische oder pornografische Filme anschaut, 8,3 % sogar oft. Die Befragten zeigten aber auch deutliches Interesse an aktiver Freizeitgestaltung. Diese Aktivitäten – außer lesen, fernsehen und Musik hören – werden überwiegend zusammen mit Freunden unternommen. Obwohl elektronische Unterhaltungsgeräte weit verbreitet sind, greifen doch über 82 % der Befragten zumindest gelegentlich zu einem Buch oder einer Zeitschrift.

3.6 Schulen und Alltag

Die Schüler der Städte Ravensburg und Weingarten sind mit ihrer Schul- bzw. Schülersituation zufrieden. Über 90 % aller befragten Schüler gefällt es an ihrer Schule, lediglich knapp 7 % sind mit ihrer Schule unzufrieden. Die Einschätzung der eigenen schulischen Leistungen entspricht weitgehend der der Schulleitungen. Knapp 30 % halten sich für gute Schüler, etwas mehr als 65 % für mittelmäßige und nur etwas weniger als 6 % für schlechte Schüler. Auch mit der Unterrichtsgestaltung, den Lehrern und dem Umgang miteinander sind die meisten zufrieden und fühlen sich an ihrer Schule und in ihrer Klasse wohl.

4. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die befragten Schüler und Schülerinnen, unabhängig vom Schultyp, mit sich, ihrer Schul-, Wohn- und Familiensituation zufrieden sind und sich in ihrem sozialen Umfeld wohl fühlen. Obwohl ein Großteil selbst schon Erfahrung mit Gewalt gesammelt hat, scheint Gewalt unter den befragten Jugendlichen und Kindern keine herausragende Bedeutung zu haben. Bei Gewalthandlungen dominieren mit über 60 % die verbal-aggressiven Verhaltensmuster; dennoch darf nicht verkannt werden, dass sich 20 % zumindest manchmal mit den Mitschülern prügeln. Äußerst besorgniserregend ist, dass 8 % der Befragten ihre Mitschüler unter Druck setzen oder gar erpressen. Bei ca. 14.000 Schülern in beiden Städten sind dies immerhin 1.120 Schüler, die derartig schwere Rechtsverstöße innerhalb eines halben Jahres begehen. Waffen werden offensichtlich selten mitgeführt; an den Schulen ist das Tragen von Waffen die Ausnahme. Erfreulicherweise reagieren die meisten Schüler auf Gewalt überwiegend mit Nichtbeachtung oder sogar mit Schlichtungsversuchen. Erst wenn Schlichtungsversuche erfolglos bleiben, sinkt die Bereitschaft, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu beseitigen. Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten waren Einzelkinder, die folglich nicht mit Geschwistern eine Streitkultur erlernen konnten. Obwohl die Befragten mit sich und ihrer Umgebung zufrieden zu sein scheinen, sind ihrer Meinung nach Gewalthandlungen der Versuch, fehlende Aufmerksamkeit, Zuneigung und Anerkennung zu erlangen. Hier könnten Präventionsansätze im Rahmen von Verhaltensschulungen und Anti-Gewalt-Training sowie Möglichkeiten der Selbstwertgewinnung eine Verbesserung ermöglichen. Das Freizeitverhalten, die soziale Stellung sowie die finanziellen Gegebenheiten scheinen nach Meinung der Befragten eine eher untergeordnete Rolle zu spielen.

Da über 60 % der Befragten die hiesigen Jugendeinrichtungen nie aufsuchen, ist zu überlegen, ob die vorhandene Angebotsstruktur verändert werden müsste, um junge Menschen attraktiver anzusprechen.

Nach den Ergebnissen anderer Untersuchungen lässt sich feststellen, dass ein gutes Lehrer-Schüler-Verhältnis gewaltmindernd wirkt. Hier herrschen an den Schulen in Ravensburg/Weingarten gute Verhältnisse. Das Verhältnis der Lehrer zu den Schülerinnen und Schülern und zur Klasse wird insgesamt als gut bis sehr gut eingeschätzt. Der überwiegende Teil der befragten Schüler fühlt sich an seinen Schulen und im Klassenverband wohl. An allen Grundschulen der beiden Städte sind Kernzeitenbetreuungen und teilweise Nachmittagsbetreuungen mit Mittagessen eingerichtet. An den Hauptschulen Neuwiesen und Kuppelnu und an der Förderschule St. Christina in Ravensburg sind Schulsozialarbeiter tätig.

Eine gute soziale Bindung an die Eltern vermindert nach den durchgeführten Untersuchungen sowohl verbale als auch körperliche Gewalt. Eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit beider Eltern dagegen verstärkt die verbale und vandalistische Gewalt. In Ravensburg und Weingarten werden die sozialen Bindungen zu den Eltern überwiegend als positiv beurteilt, aber bei immerhin ca. 40 % der Befragten ist nie oder nur manchmal ein Erwachsener da, wenn der Schüler von der Schule nach Hause kommt. Schulische Mitgestaltungsmöglichkeiten vermindern vandalistische Handlungen. In diesem Bereich könnte man Schüler sicher noch mehr einbinden und in die Verantwortung nehmen. Von den Schülern selbst gestaltete Räume werden wesentlich weniger häufig zerstört. Wenn sie ihr Klassenzimmer mitgestalten können, fühlen sie sich dafür auch verantwortlich, und wenn ihre Meinung und Mitarbeit im Schulleben gefragt ist, identifizieren sie sich eher mit "ihrer Schule". Die zunehmende Größe einer Schule begünstigt gewalttätige Handlungen der Schüler, ein günstiges

quantitatives Lehrer-Schüler-Verhältnis verringert solche Handlungen. Bei der Größe der Schulen liegen wir in Ravensburg/Weingarten sicher noch in einem gut tragbaren Bereich im Vergleich zu anderen Städten. Weniger positiv ist das quantitative Lehrer-Schüler-Verhältnis zu beurteilen. Bereits heute klagen viele Schulen, dass Stunden für den Ergänzungsbereich nicht oder nur noch in sehr eingeschränktem gegeben werden können, ähnliches gilt für die Förderbereiche. Intensive Öffentlichkeitsarbeit wird weiter notwendig sein; sie wird aber vor der Aufgabe stehen, tatsächlich zur Problemlösung beizutragen und Stimmungsmache zu vermeiden. Ziel der Arbeitsgruppe war, durch den Abschlussbericht und die aus unserer Arbeit resultierenden zielgruppenorientierten Empfehlungen dazu beizutragen, dass in den Schulen und in der Öffentlichkeit eine intensivere, sachliche Diskussion über die Situation Jugendlicher und über Gewalt und Bedrohung stattfindet. Diesem Ziel sind wir sicherlich ein gutes Stück näher gekommen. Die Ergebnisse wurden einer breiten Öffentlichkeit in Ravensburg und Weingarten vorgestellt und mit Schulleitungen, Schülermitverwaltungen und Elternvertretungen intensiv diskutiert. Die Polizei wird von Jugendlichen und Schulen als Partner anerkannt und geschätzt. Einige Vorschläge und Empfehlungen des Arbeitskreises sind bereits umgesetzt. Am 28. Oktober 1999 fand ein Aktionstag aller Ravensburger Schulen und Jugendeinrichtungen, der Stadt Ravensburg und der Polizeidirektion Ravensburg zum Thema "Jugend – gemeinsam gegen Gewalt und Ausgrenzung" mit 37 schulartübergreifenden Workshops, einer internationalen Theatergruppe und einem Jugendcafé im Rathaus statt. Beteiligung und Resonanz waren riesig. Unsere Arbeit hat sicher mit dazu beigetragen, dass es zu einer weiteren Bündelung und Vernetzung vieler Institutionen, die zur Problemlösung beitragen können, gekommen ist, angefangen bei Eltern, Schulen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden über Jugendhilfe, soziale Dienste, kommunale Verwaltung und Polizei.

**Viktimisierungserfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Arbeit der Polizei –
Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung**

1. Ziele, Durchführung und Validität der Untersuchung

1.1 Ziele der Untersuchung im Rahmen des Projekts "Kommunale Kriminalprävention"

Im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" wurde von der Forschungsgruppe "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" zwischen Oktober 1995 und Januar 1996 eine bundesweite, repräsentative Opferbefragung bei einer Gesamtstichprobe von über 20.000 Personen durchgeführt. Die Befragung hatte vor allem die folgenden Ziele:

(1) Das von der Forschungsgruppe entwickelte Standardinventar zur Messung von Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht soll es interessierten Kommunen ermöglichen, die empirischen Daten, die für eine zielorientierte Planung kriminalpräventiver Maßnahmen auf kommunaler Ebene notwendig sind, mit vertretbarem Aufwand selbst zu erheben. Zur Einordnung und Bewertung der damit gewonnenen Befunde bedarf es jedoch entsprechender Vergleichsdaten. Aufgrund zu geringer Stichprobengrößen bisheriger Befragungen waren die Zahlen der viktimisierten Personen zu klein, um sie nach Alter, Geschlecht und Wohnortgröße differenzieren zu können. Die Größe der Stichprobe von rd. 20.000 Befragten sollte erstmals eine derartige tiefe Gliederung ermöglichen.

(2) Ferner sollten auf Aggregatdatenebene Zielgruppen für kommunale Kriminalprävention sowohl in objektiver Hinsicht (tatsächliche Häufigkeit und Ausprägung von Viktimisierungen) als auch in subjektiver Hinsicht (Kriminalitätsfurcht, Risikoeinschätzung, Vermeideverhalten) identifiziert werden.

1.2 Durchführung der Erhebung und Validität der Ergebnisse

Durchgeführt wurde die Datenerhebung in Form von Einschaltungen in die GfM-GETAS-Mehrthemen-Großumfrage (MTU) 1995. Grundgesamtheit der Stichprobe war die in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland lebende Bevölkerung im Alter von 16 Jahren an. Eingeschlossen in diese Grundgesamtheit war die ausländische Wohnbevölkerung, sofern mit den Befragungspersonen ein Interview in deutscher Sprache durchgeführt werden konnte. Die Befragung wurde als dreifach geschichtete Zufallsstichprobe durchgeführt. Dabei erfolgte die Bestimmung der Sampling Points in der ersten Auswahlstufe, die Bestimmung der Befragungshaushalte im Random-Route-Verfahren in der zweiten und die Bestimmung der Befragungspersonen in der dritten Auswahlstufe.

Die Gesamtstichprobe umfasste 20.695 Personen (16.493 Personen in den westlichen, 4.202 in den östlichen Bundesländern). Erreicht wurde eine Stichprobenausschöpfung von 68,3% in den westlichen und von 70,6% in den östlichen Bundesländern. Die Interviewausfälle verteilten sich, wie bei nahezu allen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen.

In der bisherigen Methodendiskussion wurde die Genauigkeit der Aussagen, die in Opferbefragungen erzielt werden können, als vor allem von der Stichprobengröße abhängig angesehen (Ahlborn/Böcker/Lehnick 1999). Wie eine neuere, von Heinz/Spiess/Schnell/Kreuter (1998) durchgeführte Erhebung ergab, haben indes Designeffekte eine wesentlich größere Bedeutung, als dies bislang angenommen wurde. Diese Forschergruppe stellte bei Auswertung der Daten von zwei Opferbefragungen, die zum selben Messzeitpunkt (Ende 1997), von demselben Institut und mit demselben Instrument, jedoch mit zwei im Detail unterschiedlichen Erhebungsdesigns durchgeführt worden waren, fest, dass die Konfidenzintervalle der Prävalenzraten sich nicht überlappten. Die herkömmlich berechneten 95%-Konfidenzintervalle in der GfM-GETAS Mehrthemengroßumfrage (MTU) reichten, jeweils für Bevölkerungsstichproben ab 18 Jahren berechnet, von 15,2% bis 16,2%, im SozialwissenschaftenBus III/97 (SWB) dagegen von 18,2% bis 20,9%. Auch bei design-

korrigierten Berechnungen blieben die Unterschiede signifikant. Vermutet wird, dass die beobachteten Unterschiede auf Designeffekten beruhen, namentlich auf Ausfällen durch schwer erreichbare Personen. Ergebnisse von Opferraten sind danach nur bei weitergehender Kontrolle möglicher Designeffekte vergleichbar und aussagekräftig. Solange dies nicht der Fall ist, können die ermittelten Opferraten nur als Indikatoren der Verteilung von Viktimisierungserfahrungen in den durch die Befragung erreichten Bevölkerungsgruppen interpretiert werden; für Punktmessungen, also die hinreichend präzise Bestimmung der Opferquote in der Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik, erscheinen die bislang in Deutschland üblichen Erhebungsverfahren dagegen nicht ausreichend (Schnell/Kreuter 2000).

2. Viktimisierungserfahrungen

Die Befragten wurden gebeten, Angaben zu machen, ob sie persönlich in den vergangenen 12 Monaten Opfer von mindestens einer der folgenden Straftaten geworden waren: Diebstahl eines Kraftfahrzeugs, Fahrraddiebstahl, Diebstahl eines Autoradios, anderer Dinge aus dem Fahrzeug oder eines Teils des Autos, Beschädigung eines Kraftfahrzeugs, Sachbeschädigung, Einbruch in die Wohnung (einschließlich Versuch), Raub (einschließlich Versuch), Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff oder Drohung, sexueller Angriff (einschließlich Versuch) und Betrug.

Nach der Selbstauskunft der Befragten wurden 22,7% innerhalb eines Jahres Opfer von mindestens einem der oben genannten Delikte.¹ Damit liegt die Prävalenzrate unter jener, die 1994 in den schriftlichen Bevölkerungsbefragungen in Calw (25,8%), Freiburg i.Br. (40,6%) und Ravensburg/Weingarten (29,4%) ermittelt worden war. Vermutet werden kann, dass zum einen die bei den schriftlichen Bevölkerungsbefragungen ermittelten Prävalenzraten deutlich über dem "wahren" Wert liegen, dass zum anderen die Prävalenzraten bei der bundesweiten Stichprobe möglicherweise unter dem "wahren" Wert liegen. Bei einer Stichprobenausschöpfung von unter 50%, wie dies in den schriftlichen Bevölkerungsbefragungen durchweg der Fall war,² kann eine Überschätzung der Opferquote in der Bevölkerung durch eine Selbstselektion eintreten, wenn – wie vermutet wird – an der schriftlichen Befragung vor allem Personen mit Opfererfahrung zur Teilnahme motiviert sind (vgl. Heinz/Spiess 1995). Andererseits können selektive Ausfälle während der Feldprozedur bei face-to-face-Interviews, insbesondere bei schwer erreichbaren, etwa hochmobilen, Personengruppen, die eine mutmaßlich höhere Viktimisierungswahrscheinlichkeit aufweisen, zu einer Unterschätzung der Prävalenzrate führen.

Schaubild 1 zeigt die für die vergangenen 12 Monate berichteten Viktimisierungen in den Bereichen Sachbeschädigung, Diebstahl, Wohnungseinbruch oder Einbruchversuch und Gewaltdelikte (Angriff, Drohung, Raub/Raubversuch, sexuelle Gewalt), kategorisiert nach der schwersten Opfererfahrung.³

In Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen zeigt sich, dass jüngere Altersgruppen (insbesondere unter 35-Jährige) überdurchschnittlich hohe Viktimisierungsraten aufweisen, während die Viktimisierungsraten mit höherem Lebensalter deutlich abnehmen.

Die auf verschiedene Deliktgruppen bezogenen Raten zeigen ein differenzierteres Bild: Was die Sachbeschädigung angeht, sind die mittleren Jahrgänge am stärksten belastet, wäh-

¹ Vorfälle, die von den Befragten lediglich als sexuelle Belästigung eingestuft wurden, wurden bei der Berechnung der Viktimisierungsraten nicht berücksichtigt.

² Hermann/Bubenitschek (1999) berichten aus örtlichen Befragungen mit breit gestreuter Verteilung als Zeitungsbeilage oder durch Verteildienste noch geringere Rücklaufquoten zwischen 27 und 4 %. Weitere Nachweise zu Rücklaufquoten postalischer Befragungen bei Reuband (1999). Der dort vertretene Schluss vom Antwortverhalten der nach Mahnung reagierenden Zielpersonen auf die Gruppe der auch durch Mahnung nicht erreichbaren Verweigerer ist logisch wie empirisch gleichermaßen fragwürdig. Zur Problematik postalischer Befragungen vgl. Schnell/Hill/Esser (1999).

³ Opferkategorien: Sachbeschädigung: Kfz-Beschädigung oder Zerstörung sonstigen Eigentums; Diebstahl: Kfz-Diebstahl, Fahrrad-Diebstahl, Diebstahl aus/von Teilen vom Auto, Diebstahl persönlichen Eigentums oder Betrug; Nahraumdelikte: Wohnungseinbruch bzw. Einbruchversuch; Gewalt: Raub bzw. Raubversuch, tätlicher Angriff oder sexueller Angriff.

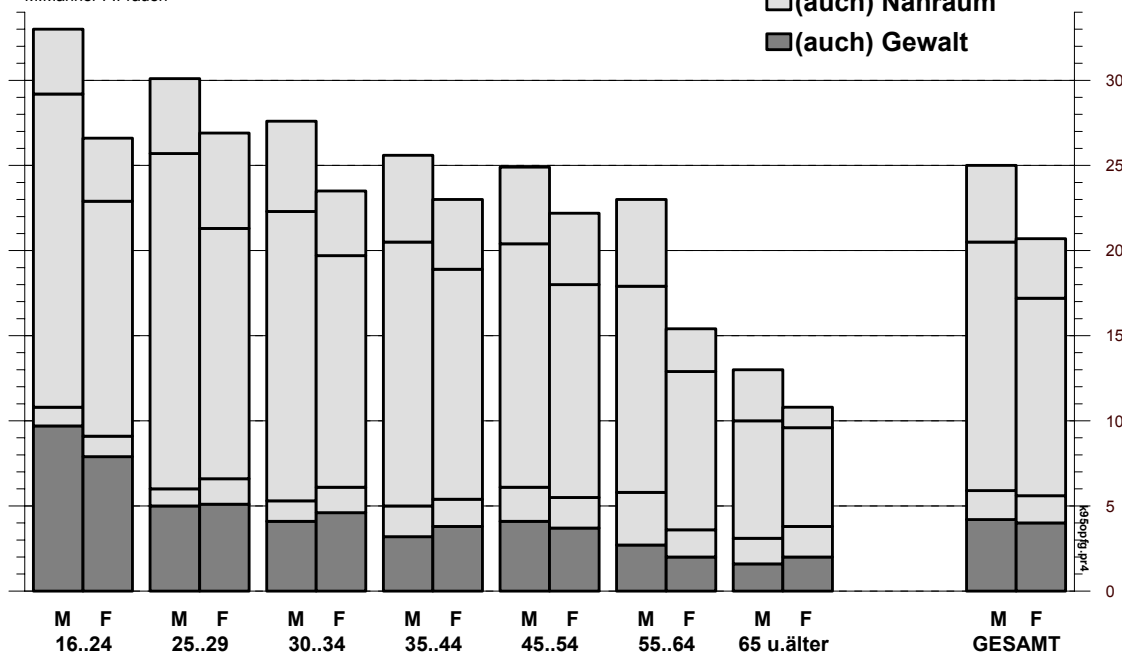
rend es bei Diebstahlsdelikten, welche am stärksten zur Gesamtprävalenz beitragen, die jüngeren Jahrgänge sind. Delikterfahrung im Nahraum – Wohnungseinbruch und Einbruchversuch – nimmt bis zur Altersgruppe der bis 64-Jährigen zu, während von Erfahrung mit Gewalt vornehmlich die unter 30-Jährigen, hier besonders die unter 24-Jährigen, berichten. Die Belastung der Frauen mit Gewaltdelikten unterscheidet sich nicht wesentlich von derjenigen der Männer.

Schaubild 1: Viktimisierung nach Alter und Geschlecht

Opferanteile und Art der schwersten Viktimisierung nach Alter und Geschlecht MTU 1995 (N=20.695)

Anteile bezogen auf Befragte in der jew. Altersgruppe in %
M:Männer F:Frauen

- nur Sachbeschädigg.
- (auch) Diebstahl
- (auch) Nahraum
- (auch) Gewalt



Regionale Unterschiede der Prävalenzraten⁴ ergaben sich nicht nur im Ost-West-Vergleich (27,3% im Gebiet der ehem. DDR gegenüber 21,6% im Gebiet der alten BRD mit Westberlin), sondern auch beim Nord-Süd-Vergleich der westdeutschen Regionen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Viktimisierungsraten und Häufigkeit der jew. schwersten Opferkategorien im Regionalvergleich, getrennt nach Geschlecht, in %

Region:	Süd			NordWest			Ost			BRD
	m	w	m+w	m	w	m+w	m	w	m+w	
Geschlecht:										
keine Opfererfahrung	78.9	82.5	80.8	74.1	78.4	76.3	70.2	75.6	73.0	77.3
Opfererfahrung	21.1	17.5	19.2	25.9	21.6	23.7	29.8	24.4	27.0	22.7
nur Sachbeschädigg	4.0	3.3	3.6	4.7	3.4	4.1	5.0	4.0	4.5	4.0
(auch)Diebstahl/Betr.	12.3	9.8	11.1	15.3	11.9	13.6	17.2	14.0	15.6	13.1

⁴ Zur Diskussion um ein Nord-Süd-Gefälle der Kriminalitätsbelastung siehe, mit weiteren Nachweisen, Kury/Obergfell-Fuchs/Würger (1995) und Wetzels/Pfeiffer (1996).

(auch) Nahraumdel.	<i>1.3</i>	<i>1.1</i>	<i>1.2</i>	<i>1.6</i>	<i>2.0</i>	<i>1.8</i>	<i>2.7</i>	<i>1.8</i>	<i>2.2</i>	<i>1.7</i>
(auch) Gewalt	<i>3.5</i>	<i>3.3</i>	<i>3.4</i>	<i>4.3</i>	<i>4.4</i>	<i>4.3</i>	<i>5.0</i>	<i>4.5</i>	<i>4.8</i>	<i>4.1</i>
% bezogen auf n	3888	4153	8041	3802	3997	7799	2342	2513	4855	20695

Tabelle 2: Viktimisierungsraten und Häufigkeit der jew. schwersten Opferkategorien, nach Urbanisierungsgrad, in %

Urbanisierungsgrad: Einwohnerzahl bis ..	1 <2000	2 <5000	3 <20T	4 <50T	5 <100T	6 <500T	7 500T+
keine Opfererfahrung	<i>83.7</i>	<i>84.6</i>	<i>81.3</i>	<i>78.8</i>	<i>74.4</i>	<i>75.8</i>	<i>74.6</i>
Opfererfahrung	<i>16.3</i>	<i>15.4</i>	<i>18.7</i>	<i>21.2</i>	<i>25.6</i>	<i>24.2</i>	<i>25.4</i>
nur Sachbeschädigung	<i>4</i>	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>4</i>	<i>5</i>	<i>4</i>	<i>4</i>
(auch) Diebstahl/Betrug	<i>10</i>	<i>9</i>	<i>11</i>	<i>12</i>	<i>15</i>	<i>14</i>	<i>15</i>
(auch) Nahraumdelikte	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>2</i>	<i>3</i>	<i>2</i>	<i>2</i>
(auch) Gewalt	<i>2</i>	<i>3</i>	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>4</i>	<i>5</i>	<i>5</i>
% bezogen auf n	1314	1321	2768	1826	1066	3388	9012

Eine statistische Analyse des Einflusses der Variablen Geschlecht, Region, Urbanisierungsgrad und Alter auf die Viktimisierungsrate ergibt, dass die stärksten Effekte auf das Vorliegen von Viktimisierungserfahrung vom Urbanisierungsgrad und der Altersgruppenvariablen ausgehen. Während Einwohner mittelgroßer Städte ziemlich genau im Durchschnitt liegen, ist der Anteil von Personen mit Viktimisierungserfahrung in Großstädten und Metropolen deutlich erhöht, in Städten und Dörfern unter 5000 Einwohner dagegen deutlich niedriger. Insbesondere bei Eigentums- und Gewaltdelikten erweist sich der Einfluss des Urbanisierungsgrades als bedeutsam (Tabelle 2). Ferner zeigt sich, dass von Altersgruppe zu Altersgruppe der Opferanteil fast stetig abnimmt. Der Ost-West-Effekt übertrifft in seiner Stärke den Geschlechtseffekt. Unter den Interaktionseffekten finden sich nur für den Effekt „Urbanisierungsgrad x Altersgruppe“ hohe Werte: Bei geringem Urbanisierungsgrad (Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern) verteilt sich die Viktimisiertenrate gleichmäßiger über die Altersgruppen als in den größeren Gemeinden; in Städten mittlerer Größe ist die Viktimisierungsrate in der jüngsten Altersgruppe relativ zu den anderen besonders hoch.

3. Risikoeinschätzung und Kriminalitätsfurcht

Neben Ausmaß und Verteilung der tatsächlichen Viktimisierung interessiert auch die Ausprägung der subjektiven Korrelate der Opfererfahrung, nämlich Risikoeinschätzung (als kognitive Komponente des Sicherheitsgefühls) und Kriminalitätsfurcht im engeren Sinne, also die affektiv-emotionale Komponente (vgl. Boers 1991 und 1993; Kaiser 1996; Obergfell-Fuchs/Kury 1995 und 1996; Schwarzenegger 1992), in der vorliegenden Untersuchung erfasst durch die Fragen "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden" (im Folgenden: "Opfergedanke"), und "Wie oft haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden" ("Angst nachts draußen alleine").⁵ Auf eine hypothetische dritte, die sog. konative, Dimension der Kriminalitätsfurcht bezog sich die Frage nach dem Vermeiden bestimmter Örtlichkeiten ("Vermeideverhalten").⁶

In einer Faktorenanalyse lassen sich zwei – allerdings erwartungsgemäß keineswegs unabhängige, sondern um 0.50 korrelierte – Faktoren darstellen (ausführlicher dargestellt in Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 1998): ein kognitiver Faktor, auf dem die Items zur Risikoschätzung⁷ laden, sowie ein emotionaler Faktor, zu dem neben den Items "Opfergedanke" und "Angst nachts draußen alleine" auch das Item "Vermeideverhalten" beiträgt. Die so gebildeten Faktoren gehen als abhängige Vari-

⁵ Alle genannten Items waren vierstufig skaliert: "sehr oft", "oft", "manchmal", "nie".

⁶ "Bitte versuchen Sie sich an die letzten Male zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Gegend ausgegangen sind, aus welchen Gründen auch immer. Wie oft haben Sie dabei gewisse Straßen und Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte?" Antwortkategorien: "sehr oft", "oft", "manchmal", "nie".

⁷ Wegen der extrem geschlechtsabhängigen Verteilung der Einschätzung des Risikos eines sexuellen Angriffs wurde dieses Item nicht in die Faktorenkonstruktion einbezogen.

able in ein multiples Regressionsmodell ein (s.u. 3.3), mit dem geprüft werden soll, inwieweit die Ausprägung des (Un-) Sicherheitsgefühls durch tatsächliche Opfererfahrung oder aber, unabhängig von aktueller Viktimisierung, durch mutmaßliche Opferrisiken sowie durch soziodemographische Merkmale und Bedingungen wie Geschlecht, Alter, regionale (insbesondere Ost-West-) Unterschiede und den Urbanisierungsgrad erklärt werden kann.

3.1 Die Einschätzung von Opferrisiken

Das eigene Opferrisiko wird von den Befragten überwiegend als gering veranschlagt. Nur 4,3% und 6,3% der Befragten schätzen ihr Opferrisiko in 4 oder 3 der insgesamt 4 Risikofragen⁸ als "wahrscheinlich" oder "sehr wahrscheinlich" ein; 8% in zwei, 12,1% in nur einem Item, während 68,8% kein einziges der vier erfragten Risiken für wahrscheinlich halten.

Das aus Tabelle 3 ersichtliche Interkorrelationsmuster lässt vermuten, dass die Befragten zwischen den verschiedenen Risikoitems nur wenig differenzieren; am ehesten wird, auch von Frauen, das Risiko sexueller Gewalt differenziert (insb. altersabhängig) eingeschätzt.

Tabelle 3: Interkorrelationen (Spearman's r) der vier Risikoeinschätzungsitems

Interkorrelation der Risikoschätzungen	Überfall		Diebstahl		sex. Angriff	
	m	w	m	w	(m)	w
Verletzung	.76	.76	.65	.65	(.37)	.61
Überfall			.75	.77	(.33)	.60
Diebstahl					(.27)	.56

Vergleichen wir die Gruppe der Personen, die bei mindestens zwei der Items Opferwerdung als "(sehr) wahrscheinlich" einschätzen (n=3931), mit dem Rest der Stichprobe (n=16626), so finden sich Befragte mit ausgeprägter Risikoeinschätzung überwiegend bei den Frauen (65,9%) und zu einem weit größeren Anteil in den neuen Bundesländern im Vergleich zur alten BRD (35,2% vs. 16,7%); sie sind im Durchschnitt 2 Jahre älter; mehr als ein Drittel der Gruppe mit hoher Risikoeinschätzung ist älter als 54 Jahre, und 34,9% berichten von eigener Viktimisierungserfahrung (im Vergleich zu 19,9% in der Gruppe ohne ausgeprägte Risikoeinschätzung).

Am häufigsten als sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich eingeschätzt wird das Risiko, Opfer eines Diebstahls zu werden (Tabelle 4). Bei allen vier Risikoitems ist der Anteil von "(sehr) wahrscheinlich"-Antworten bei Viktimisierten höher als bei Nichtviktimisierten und nimmt mit der Schwere der Opfererfahrung zu. Bei Befragten aus den neuen Bundesländern ist der Anteil höher als bei Befragten aus den alten Bundesländern und bei Frauen höher als bei Männern. Am meisten unterscheidet sich die kleine Gruppe der Personen mit Gewalterfahrung von der Vergleichsgruppe. Von den soziodemographischen Variablen sind die West-Ost-Unterscheidung sowie der Urbanisierungsgrad bei allen Items am bedeutsamsten für die Erklärung der Ausprägung der Risikoeinschätzung in der Gesamtgruppe; ferner insbesondere hinsichtlich des Risikos "sexueller Angriffe" das Geschlecht. Erwartungsgemäß, wenngleich im Gegensatz zur Verteilung der tatsächlich erfahrenen Viktimisierungen, findet sich eine mit dem Alter in der Tendenz zunehmende Risikoeinschätzung; die Zunahme der Risikoeinschätzung mit steigendem Urbanisierungsgrad steht dagegen in Einklang mit der Verteilung der tatsächlichen Viktimisierungsrisiken.

⁸ Die Fragestellung lautete: "Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen selbst innerhalb der nächsten 12 Monate folgende Dinge in Ihrer Wohngegend tatsächlich passieren werden? (Vorlage einer Liste mit den Items:): a) "geschlagen und verletzt zu werden"; b) "überfallen oder beraubt zu werden (Diebstahl unter Gewaltanwendung)"; c) "bestohlen zu werden (Diebstahl ohne Gewaltanwendung/kein Wohnungseinbruch)" d) "sexuell angegriffen zu werden". Vorgegeben wurden die Antwortkategorien "sehr wahrscheinlich", "wahrscheinlich", "unwahrscheinlich", "sehr unwahrscheinlich".

So scheinen die Befunde den in der Literatur vielfach angenommenen Einfluss eigener Opfererfahrung auf das individuelle Unsicherheitsgefühl zu bestätigen; für die Erklärung der Ausprägung der Risikoeinschätzungen in der Population ist der Effekt der tatsächlichen Viktimisierungserfahrung jedoch begrenzt, denn auch bei viktimisierten Personen bleibt der Anteil von Personen mit "(sehr) wahrscheinlich" – Antworten deutlich unter 50%, während andererseits auch unter den Personen ohne Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten erhebliche Varianz in der Risikoeinschätzung beobachtet wird.

Tabelle 4: Risikoeinschätzung in Abhängigkeit von der Schwere der Viktimisierungserfahrung und verschiedenen soziodemographischen Merkmalen

MTU 1995 N= 20695 ab 16j.	(sehr) wahrscheinlich – Antworten								N
	Verletzung		Überfall		Diebstahl		sex. Angriff*		
	n	%	n	%	n	%	n	%	
Gesamt	2590	12.5	3858	18.6	5358	25.9	1635	15.4	20695
keine Viktimisierung	1663	10.4	2529	15.8	3526	22.1	1091	12.9	15987
Viktimisierung	927	19.7	1329	28.2	1832	38.9	544	24.7	4708
nur Sachbeschädigung	148	18.0	199	24.2	262	31.9	77	20.7	822
(auch) Diebstahl/Betrug	405	15.0	652	24.1	1012	37.5	270	21.8	2701
(auch) Nahraumdelikte	70	20.3	127	36.9	167	48.5	30	17.6	344
(auch) Gewalt	304	36.1	351	41.7	391	46.5	167	39.5	841
"West" (+Westberlin)	1575	9.5	2502	15.2	3680	22.3	1155	13.6	16493
"Ost" (Ehem. DDR)	1015	24.2	1356	32.3	1678	39.9	480	22.0	4202
<u>Region:</u> SüdWest	633	7.9	1032	12.8	1605	20.0	472	11.4	8041
NordWest	833	10.7	1290	16.5	1842	23.6	583	14.6	7799
Ost**	1124	23.2	1536	31.6	1911	39.4	580	23.1	4855
<u>Geschlecht:</u> Männer	1021	10.2	1370	13.7	2125	21.2	(136)	(1.4)	10032
Frauen	1569	14.7	2488	23.3	3233	30.3	1635	15.4	10663
<u>Alter:</u> 16-24	392	15	438	17	642	25	360	27	2618
25-29	251	10	374	15	604	24	259	21	2499
30-34	240	10	379	16	552	24	231	19	2335
35-44	429	11	650	16	927	24	344	17	3941
45-54	345	12	544	19	743	26	195	13	2893
55-64	469	15	721	23	927	29	156	10	3173
über 64	463	14	751	23	962	30	90	5	3235
<u>Urbanisierungsgrad***</u>									
unter 5 000	248	9.4	363	13.8	563	21.4	136	10.0	2635
5 000 - 99 999	674	11.9	1016	18.0	1389	24.5	387	13.2	5660
über 99 999	1668	13.5	2479	20.0	3406	27.5	1112	17.5	12400

% bezogen auf Gesamtzahl der Befragten der jew. Kategorie, ohne Ausschluss von Missing Data

* nur für weibliche Befragte ausgewertet. Die Randsummen sind für dieses Item daher ungültig

** Ost: einschl. (Gesamt-)Berlin (mit Westberlin); deshalb nicht identisch mit der ehem. DDR.

*** Ausprägungen des Urbanisierungsgrades (nicht politische Ortsgröße)

In Tabelle 5 werden deshalb zwei verschiedene statistische Messgrößen der Ausprägung des Zusammenhangs zwischen je zwei Merkmalen dargestellt: neben Spearman's r (das eine Schätzung

des Gewichts der unabhängigen Variablen für die Verteilung der Zielvariablen in der Gesamtgruppe erlaubt) auch das asymmetrische Somer's D, das insbesondere bei extrem ungleichen Randverteilungen geeignet ist, Unterschiede in der Ausprägung der abhängigen Variablen bei Vorliegen relativ seltener Ereignisse darzustellen, bezüglich der Erklärung der Zielgröße in der Gesamtpopulation jedoch den Effekt der unabhängigen Variablen stark überschätzt. Mit anderen Worten: r erlaubt eine Einschätzung, wie sehr die Verteilung der Risikoeinschätzung in der *Population* mit Merkmalen wie Opfererfahrung zusammenhängt; Somer's D drückt dagegen aus, wie sehr sich in der (relativ kleinen) *Gruppe der Opfer* einer bestimmten Deliktgruppe die Risikoeinschätzung im Vergleich zu Nichtopfern erhöht hat, auch wenn für die Gesamtheit der Untersuchungsgruppe dieses Merkmal nur untergeordnete Bedeutung für die Erklärung unterschiedlicher Ausprägungen der Risikoeinschätzung hat.

Tabelle 5: Zusammenhang von Viktimisierungserfahrung und Risikoeinschätzung

MTU 1995 N= 20695 ab 16j.	Risikoeinschätzung: (sehr) wahrscheinlich				
	Zusammenhangsmaß: Spearman's r (in Klammern: Somer's D)				
	Verletzung	Überfall	Diebstahl	sex. Angriff	n
Unfall-Erfahrung	.11 (.10)	.04 (.11)	.03 (.12)	.02 (.04)	344
Opfer-Erfahrung.	.12 (.09)	.13 (.12)	.16 (.17)	.08 (.06)	4708
Insg.					
- Diebstahl-Erfahrung	.08 (.07)	.10 (.11)	.14 (.17)	.06 (.04)	3264
- Gewalt-Erfahrung	.15 (.25)	.12 (.24)	.10 (.21)	.10 (.14)	841
- sex. Angriff	.06 (.25)	.06 (.27)	.05 (.26)	.10 (.36)	133
n	2590	3858	5358	1771	

Zusammenhangsmaß: Spearman's r (in Klammern: Somer's D asymmetrisch; abh. Variable: Risikoeinschätzung.) Hervorgehoben sind jeweils die spaltenweise höchsten Ausprägungen.

Die Deliktgruppen sind hier wie folgt zusammengefasst: **Diebstahl**: Kfz-Diebstahl, Fahrrad-Diebstahl, Diebstahl aus/Teile vom Auto, Diebstahl persönlichen Eigentums oder Betrug, Wohnungseinbruch(sversuch); **Gewalt**: Raub(versuch), tätlicher Angriff oder sexueller Angriff.

Nach den Befunden ist Opfererfahrung allgemein nicht mit einer dramatischen Erhöhung der Risikoeinschätzung verbunden; dies zeigt auch der Vergleich mit der Unfallererfahrung, die mit einer – geringen und unspezifischen – Erhöhung der Risikoschätzung in ähnlicher Größenordnung verbunden ist. Es ist jedoch insbesondere die – seltene, aber dann dramatisch erlebte⁹ – Erfahrung der Konfrontation mit Gewaltsituationen, die mit einer generellen Annahme eines erhöhten Viktimisierungsrisikos in Zusammenhang steht.

3.2 Emotionale Kriminalitätsfurcht

Von der kognitiven Einschätzung des Viktimisierungsrisikos wird in Literatur und Forschung die affektiv-emotionale und die konative Komponente der Kriminalitätsfurcht unterschieden. Ihre Ausprägung in Abhängigkeit von Viktimisierungserfahrungen und soziodemographischen Merkmalen weist deutliche Parallelen zur Risikoeinschätzung auf. Die Unterschiede zwischen den drei Kriminalitätsfurchtitems sind gering.

⁹ Dieser Effekt wird wegen der extremen Randverteilung bei den seltenen Ereignissen durch Somer's D (in der Tabelle in Klammern) dargestellt.

Tabelle 6: Befragte mit "(sehr) oft" - Antworten bzgl. der drei Kriminalitätsfurcht-Items

	"oft" / "sehr oft" - Antworten						
	Opfergedanke: ".. selbst Opfer einer Straftat zu werden"		Angst: "nachts draußen alleine in Wohngegend"		Vermeideverhalten: ".. nach Einbruch der Dunkelheit"		
	n	%	n	%	n	%	N
gesamt	3197	15.5	2604	12.7	2755	13.4	20695
keine Viktimisierung.	2216	13.2	1821	10.9	1929	11.5	15987
Viktimisierung	981	25.3	783	20.4	826	21.3	4708
nur Sachbeschädigung	154	18.7	120	14.6	138	16.8	822
(auch) Diebstahl / Betrug	567	21.0	473	17.5	511	18.9	2701
(auch) Nahraumdelikte	109	31.7	85	24.7	76	22.1	344
(auch) Gewalt	311	37.0	263	31.3	253	30.1	841
West	2293	13.9	1898	11.6	2127	12.9	16493
Ost	904	21.6	706	17.0	628	15.1	4202
Männer	991	9.9	571	5.8	683	6.8	10032
Frauen	2206	20.7	2033	19.2	2072	19.5	10663
<u>Alter:</u> 16-24	410	15.7	378	14.5	484	18.5	2618
25-29	334	13.4	311	12.5	336	13.5	2499
30-34	288	12.3	266	11.5	323	13.9	2335
35-44	524	13.3	433	11.1	482	12.3	3941
45-54	449	15.6	336	11.7	354	12.3	2893
55-64	534	16.9	403	12.9	363	11.5	3173
über 64	657	20.3	476	14.9	412	12.8	3235
<u>Urbanisierungsgrad:</u>							
< 5 000	306	11.7	218	8.4	202	7.7	2635
5 000 - 99 999	878	15.6	730	13.0	734	13.0	5660
über 99 999	2013	16.3	1656	13.5	1819	14.7	12400

Höhere Ausprägungen finden sich insbesondere bei Opfern von Nahraum- und Gewaltdelikten, bei Frauen und in den neuen Bundesländern sowie in den städtischen Ballungsräumen. Der Anteil der Frauen, die nach eigener Angabe "oft" oder "sehr oft" daran denken, möglicherweise Opfer einer Straftat zu werden, ist etwa doppelt so groß wie der bei Männern; Vermeideverhalten und Angst "nachts draußen alleine" ist im Verhältnis 3:1 bei den Frauen erhöht. Opfergedanken äußern vor allem die über 64-Jährigen, Vermeideverhalten die unter 25-Jährigen. Alle drei Items zeigen eine U-förmige Altersverteilung mit lokalen Maxima nicht nur bei den ältesten, sondern auch bei den jüngsten Altersgruppen (Tabelle 6).

Geschlechts- und Ost-West-Unterschiede in der Altersverteilung der Kriminalitätsfurcht sind Tabelle 7 zu entnehmen.

Tabelle 7: Anteile von Personen mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht

		Alter:	16-24	25-29	30-34	35-44	45-54	55-64	>64	N
Opfergedanke: "Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?"										
West	Männer		87	81	61	115	104	124	109	681
	(n=8006)		8	7	6	8	9	11	10	
Frauen			253	191	168	299	210	194	322	1637
	(n=8486)		22	18	17	18	19	17	23	
Ost	Männer		20	19	17	40	50	101	77	324
	(n=2025)		10	13	9	11	18	21	21	
Frauen			53	50	44	77	91	121	153	589
	(n=2177)		28	26	21	19	26	29	36	
Angst "nachts draußen alleine" in Wohngegend										
West	Männer		45	41	37	83	70	84	70	430
	(n=8006)		4	4	4	5	6	7	7	
Frauen			274	220	183	271	191	178	274	1591
	(n=8486)		24	21	19	16	17	16	20	
Ost	Männer		15	13	13	35	29	73	57	235
	(n=2025)		7	9	7	10	10	15	15	
Frauen			57	51	51	82	68	110	112	531
	(n=2177)		30	26	24	20	20	27	26	
Vermeideverhalten ".. nach Einbruch der Dunkelheit"										
West	Männer		78	58	46	80	80	71	72	485
	(n=8006)		7	5	5	5	7	6	7	
Frauen			321	231	223	315	187	172	239	1688
	(n=8486)		28	22	23	19	17	16	17	
Ost	Männer		19	15	19	29	29	68	42	221
	(n=2025)		9	10	11	8	10	14	11	
Frauen			71	37	40	78	65	71	80	442
	(n=2177)		38	19	19	19	19	17	19	

Im Westen wie im Osten ist der Anteil der Frauen mit ausgeprägter Kriminalitätsfurcht in jedem der drei Items im Vergleich zu den Männern deutlich höher. Besonders stark ausgeprägt ist der Unterschied beim Vermeideverhalten in den jüngeren Altersgruppen: Während 16-24-jährige Frauen zu 28% im Westen und zu 38% im Osten von häufigem Vermeideverhalten berichten, sind dies bei den Männern nur 7 bzw. 9%. Geschlechtsunterschiede finden wir auch bei Betrachtung des Verlaufs des Items "Angst in Wohngegend": Während bei Männern die Angst mit dem Alter kontinuierlich zunimmt, ist bei den Frauen schon bei den jüngeren Jahrgängen ein sehr hoher Anteil betroffen. Vom insgesamt höheren Niveau abgesehen unterscheiden sich die altersabhängigen Verläufe im Osten nicht von denen im Westen.

3.3 Wovon hängen Risikoeinschätzung und Kriminalitätsfurcht ab?

Durch ein Regressionsmodell mit den Variablen Viktimisierungsgrad, Geschlecht, Region (Nordwest-/Süd-/Ostdeutschland), Urbanisierungsgrad, Altersgruppe, Bildungsstatus, Polizeikontakt und wahrgenommene Polizeipräsenz konnte die Varianz in den zum Faktor Kriminalitätsfurcht zusammengefassten Items¹⁰ zu lediglich 18%, die Varianz der Risikoeinschätzung¹¹ zu lediglich 15% aufgeklärt werden (Tabelle 8).

¹⁰ Opfergedanke, Angst nachts draußen alleine, Vermeideverhalten.

¹¹ Risikoeinschätzung hinsichtlich Verletzung, Überfall, Diebstahl.

Tabelle 8: Determinanten der Ausprägung der Faktoren Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung

Zielvariable: Kriminalitätsfurcht	beta	T	p
Geschlecht (weiblich)	.31	48.649	<.0001
Region (Ostdeutschland)	.12	17.444	<.0001
(Nordwestdeutschland)	.05	6.669	<.0001
Viktimisierungsgrad	.15	21.686	<.0001
Polizeikontakt¹²	.12	18.332	<.0001
wahrgenommene Polizeipräsenz¹³	.10	15.387	<.0001
Altersgruppe (älter: ab 50)	.05	7.866	<.0001
(jung: bis 25)	.04	6.114	<.0001
Urbanisierungsgrad	.08	11.680	<.0001
Bildungsstatus	.01	1.383	>.16

N=20327; F=453.52 p<0.0001; mult. r=.43; adj. r²=.18

Zielvariable: Risikoeinschätzung ¹⁴ :	beta	T	p
Region (Ostdeutschland)	.23	32.094	<.0001
(Nordwestdeutschland)	.03	4.438	<.0001
Geschlecht (weiblich)	.17	26.079	<.0001
Viktimisierungsgrad	.16	23.380	<.0001
Urbanisierungsgrad	.10	14.236	<.0001
Polizeikontakt	.10	14.079	<.0001
Altersgruppe (älter: ab 50)	.08	11.451	<.0001
(jung: bis 25)	.02	2.260	<.025
wahrgenommene Polizeipräsenz	.06	9.777	<.0001
Bildungsstatus	-.01	-1.188	>.20

N=20327; F=349.72 p<0.0001; mult. r=.38; adj. r²=.15

Unter den Prädiktorvariablen erwiesen sich insbesondere Region und Geschlecht als bedeutsam: Kriminalitätsfurcht ist in erster Linie geschlechtsspezifisch ausgeprägt,¹⁵ die Risikoeinschätzung ist insbesondere – auch bei Kontrolle der anderen hier betrachteten Merkmale – im Osten Deutschlands erhöht und ebenfalls geschlechtsabhängig¹⁶ ausgeprägt. Erst an dritter Stelle trägt die in den vergangenen 12 Monaten erfasste Viktimisierung und deren Schwere zur Erklärung von Risikoeinschätzung und Kriminalitätsfurcht bei.

Als Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit wird in kommunalen Befragungen durchweg die Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz vor Ort an erster Stelle gewünscht (vgl. Heinz/Spiess 1995). Im Gegensatz dazu steht indessen, dass der Effekt der wahrgenommenen Polizeipräsenz im Wohngebiet – selbst bei Kontrolle von Urbanisierungsgrad und selbstberichteter Viktimisierung – nur gering ist, allerdings in der 'falschen' Richtung: Die Wahrnehmung von Polizeipräsenz ist in der Ten-

¹² "Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten Kontakt mit der Polizei in Ihrer Stadt aufgenommen, z. B. durch einen Notruf oder einen Besuch auf dem Polizeirevier?"

¹³ "Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Polizeistreife in Ihrem Wohngebiet gesehen?"

¹⁴ Einschätzung (vierstufig) des Risikos der Viktimisierung (ohne Risiko sexueller Gewalt).

¹⁵ Denkbare ist, dass männliche Befragte - anders als bei der kognitiven Risikoeinschätzung - das Eingeständnis von emotionaler Kriminalitätsfurcht als dem männlichen Rollenstereotyp entgegenlaufend vermeiden.

¹⁶ In die Konstruktion der Zielvariablen Risikoeinschätzung wurde die - geschlechtsabhängig extrem verteilte - Einschätzung des Risikos sexueller Gewalt nicht einbezogen. Bei Einbeziehung dieses Items gewinnt die Variable Geschlecht zusätzlich an Gewicht.

denz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden – ein Befund, der auch durch verschiedene örtliche Bürgerbefragungen bestätigt wird (Hermann/Bubenitschek 1999).

4. Bewertung der Polizeiarbeit

Die Befragten waren auch gebeten worden, eine Einschätzung der Polizeiarbeit in ihrer Stadt¹⁷ auf einer Notenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) abzugeben. Bei insgesamt nur geringen Unterschieden zwischen den verschiedenen soziodemographischen Kategorien liegt die mittlere Bewertung bei 3,05. Während ein gutes Drittel (33,7%) die Noten "gut" oder "sehr gut" vergibt, stuft nur etwa jeder Neunte (11,2%) die Polizeiarbeit in seiner Stadt als "mangelhaft" oder "ungenügend" ein. Die Ergebnisse (ausführlicher dargestellt in Heinz/Spiess 1999) bestätigen somit Befunde aus vergleichbaren Studien (vgl. zuletzt Dörmann 1996).

Bezüglich der in der Untersuchung erhobenen soziodemographischen und viktimologischen Faktoren ergaben sich die folgenden Befunde:

- Region: In den neuen Bundesländern liegt der Notendurchschnitt mit 3,45 deutlich unter dem westdeutschen von 2,94. Der Ost-West-Unterschied ist größer als der Nord-Süd-Unterschied in den alten Bundesländern: In den nördlichen Bundesländern Westdeutschlands¹⁸ ist die Durchschnittsnote 2,99, im Süden¹⁹ 2,84.
- Geschlecht: Das Geschlecht hat keinen signifikanten Einfluss auf die Polizeibewertung.
- Alter: Die ungünstigste Bewertung der Polizei findet sich durchweg bei den jüngsten Altersgruppen. In den beiden westlichen Regionen wird sie mit zunehmendem Alter in der Tendenz positiver. Auffällig ist, dass im Osten dagegen in den mittleren Jahrgängen die Bewertung auf einem Niveau von 3,4 bis 3,5 verharrt und erst bei den Bevölkerungsgruppe ab 70 Jahren eine eindeutig bessere Bewertung der Polizei erfolgt.
- Bildungsstatus: In der Tendenz etwas ungünstiger ist die Bewertung der Polizei durch Personen mit höherem Bildungsabschluss (Abitur, Studium). Die Unterschiede sind jedoch gering und im Osten statistisch nicht gesichert.
- Berufstätigkeit/Arbeitslosigkeit: Ausprägungen der Berufstätigkeit (halb-/ganztags, Hausfrau) sind nur von geringem Einfluss. Am stärksten unterdurchschnittlich bewertet wird die Arbeit der Polizei – im Westen wie im Osten der BRD – von arbeitslosen Befragten.
- Opfererfahrung in den vergangenen 12 Monaten, insbesondere multiple Viktimisierung: In allen Regionen geben Personen, die in den letzten 12 Monaten Opfer einer Straftat wurden, schlechtere Noten als Nichtopfer. Besonders schlechte Noten geben Gewaltopfer und – in den neuen Bundesländern – Opfer von Nahraumdeltikten (Wohnungseinbruch). Personen, die mehrfach viktimisiert und Opfer verschiedener der erfragten Deliktstypen wurden (gefragt wurde nicht nach der Zahl, sondern nach verschiedenen Arten erlittener Viktimisierung), geben jeweils ungünstigere Bewertungen der Polizei ab.
- Wahrgenommene Polizeipräsenz²⁰: Es zeigt sich eine, in den beiden westdeutschen Regionen schwache, im Osten deutlichere, Tendenz, dass Personen, die oft oder sehr oft eine Polizeistreife gesehen haben, bessere Noten vergeben. Keinen Einfluss hat dagegen die Häufigkeit des Polizeikontakts, was auch damit zusammenhängen mag, dass die unterschiedlichen Anlässe für einen Polizeikontakt (freiwillig/unfreiwillig) plausiblerweise zu gegensätzlichen Bewertungen führen können.
- Kriminalitätsfurcht, Risikoeinschätzung und Vermeideverhalten: Zwischen diesen Faktoren und der Polizeibewertung zeigt sich der erwartete positive Zusammenhang, und zwar im Westen der Bundesrepublik etwas stärker als im Osten.

Die Differenzierung nach Merkmalen, denen ein gewisser statistischer Einfluss zukommt, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede in ihrer Ausprägung nur sehr gering sind. Auch bei multipler Viktimisierung innerhalb von 12 Monaten verändert sich die Bewertung der Polizei

¹⁷ "Wenn Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen müssten, welche Noten von 1, sehr gut, bis 6, ungenügend, würden Sie ihr dann geben?"

¹⁸ Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein.

¹⁹ Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland.

²⁰ Die wahrgenommene Polizeipräsenz wurde durch die Frage operationalisiert: "Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten eine Polizeistreife in Ihrem Wohngebiet gesehen?"

nicht dramatisch, sondern – auf einer 6-stufigen Notenskala – lediglich von 2,95 (kein Opfer) auf 3,60 (Opfer von drei und mehr verschiedenen Deliktsarten innerhalb von 12 Monaten). Die Effekte sind damit insgesamt sehr moderat.

Auffallender sind dagegen die regionalen Unterschiede in der Bewertung der Polizei: Überdurchschnittlich gute Bewertungen finden sich insbesondere in Bayern (2,66), Saarland (2,82), Rheinland-Pfalz (2,85), Schleswig-Holstein (2,88) und Baden-Württemberg (2,95). Unterdurchschnittliche Noten vergeben Befragte aus Sachsen (3,55), Brandenburg (3,51), Sachsen-Anhalt (3,49), Berlin (3,38), Mecklenburg-Vorpommern und Bremen (jeweils 3,37) sowie Thüringen (3,35). Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg liegen mit Bewertungen zwischen 2,98 und 3,12 nahe beim Mittelwert für die Bundesrepublik. Insgesamt ist die Bewertung im Gebiet der ehemaligen DDR mit 3,47 deutlich ungünstiger als im Gebiet der alten BRD mit Westberlin (2,94). Um die Unterschiede in der Polizeibewertung zwischen den Bundesländern aufzuklären, kann die mittlere Polizeibewertung der einzelnen Bundesländer zu den für die einzelnen Bundesländer berechneten Mittelwerten der objektiven Kriminalitätsbelastung sowie der subjektiven Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung in Bezug gesetzt werden. Dabei zeigt sich, dass die länderspezifischen Unterschiede der Polizeibewertung weitaus mehr mit der 'landestypischen' subjektiven Befindlichkeit ihrer Bewohner als mit der objektiven Kriminalitätslage des jeweiligen Bundeslandes zusammenhängen:

Berechnet über die 16 Bundesländer, korreliert die mittlere Bewertung der Arbeit der Polizei im jeweiligen Bundesland mit den *für das jeweilige Bundesland* ermittelten Mittelwerten der Variablen:

Objektive Kriminalitätsbelastung, über Länder:

Opferrate (nach vorliegender Untersuchung) insgesamt:	0.65 (p <.01)
Häufigkeitszahl der in der PKS erfassten Delikte insgesamt:	0.59 (p <.01)
Opferrate (nach vorliegender Untersuchung) Gewaltdelikte:	0.39 (n.s.)
Häufigkeitszahl der in der PKS erfassten Gewaltdelikte:	0.36 (n.s.)

subjektive Belastung, über Länder:

subjektive Verbrechensfurcht:	0.78 (p <0.001)
subjektive Risikoeinschätzung:	0.91 (p <0.001)

Dieser Zusammenhang ist auf Länderebene deutlich ausgeprägter als bei Berechnung über die befragten Personen:

Objektive Kriminalitätsbelastung, über Personen:

Eigene Opfererfahrung (nach vorliegender Untersuchung):	0.15 (p <.001)
Häufigkeitszahl der in der PKS für das Bundesland der befragten Person erfassten Delikte insgesamt:	0.16 (p <.001)
Opfererfahrung mit Gewaltdelinquenz:	0.10 (p <.001)
Häufigkeitszahl der in der PKS für das Bundesland der befragten Person erfassten Gewaltdelikte:	0.11 (p <.001)

subjektive Belastung, über Personen:

subjektive Verbrechensfurcht:	0.17 (p <0.001)
subjektive Risikoeinschätzung:	0.23 (p <0.001)

So scheint in erster Linie die – vor allem in den östlichen Bundesländern überdurchschnittlich hohe – 'landestypisch' höhere Ausprägung von Verbrechensfurcht und Risikoeinschätzung maßgeblich für eine ebenfalls landestypische Tendenz zur dort ungünstigeren Bewertung der Polizeiarbeit zu sein.

5. Zusammenfassende Bewertung

Der Befund zur Beurteilung der Polizei ergänzt die Ergebnisse bezüglich der Ausprägung von Risikoeinschätzung und Kriminalitätsfurcht: Die Erfahrung von (auch selbst als Opfer erlebter) Kriminalität führt, abgesehen von den seltenen Fällen schwerwiegender Viktimisierung, in aller Regel weder zu dramatisierenden Angstreaktionen noch zu einer irrationalen Überschätzung der tatsächlichen Risiken oder einer Negativbewertung der Tätigkeit der Polizei (ebensowenig übrigens wie zum Ruf nach 'Law and Order'; siehe Heinz/Spiess 1995). Die mit dem Thema Kriminalität verbundenen Wahrnehmungen und Bewertungen der

Bürger sind, wie auch diese Untersuchung gezeigt hat, nur sehr begrenzt von eigener unmittelbarer Erfahrung beeinflusst – vermutet werden kann, dass demgegenüber die mittelbare Problempertzeption, vermittelt vor allem durch Medien und politisch motivierte Dramatisierung (dazu Boers 1994) und verstärkt durch die Wahrnehmung allgemeiner sozialer Probleme, von weitaus größerem Einfluss ist. Isolierte Bemühungen zur Beeinflussung objektiver oder subjektiver Risiken – etwa durch eine globale Verstärkung der Polizeipräsenz – dürften nach den verfügbaren empirischen Befunden zwar Zustimmung bei vielen Bürgern finden, aber in den Auswirkungen nicht nur auf die objektive Sicherheit, sondern auch auf das subjektive Sicherheitsgefühl doch eher begrenzt bleiben, wenn nicht gar kontraproduktiv wirken.

Literatur:

Ahlborn, W.; Böker, F.; Lehnick, D. (1999): Stichprobengrößen bei Opferbefragungen in der Dunkelfeldforschung. Wiesbaden.

Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler.

Boers, K. (1993): Kriminalitätsfurcht. Ein Beitrag zum Verständnis eines sozialen Problems. MSchrKrim 76, S. 65-83.

Boers, K. (1994): Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. Über offizielle Kriminalitätsdaten, Kriminalitätsfurcht – und wie beides kriminalpolitisch benutzt wird. Neue Kriminalpolitik 6, S. 27-31.

Dörmann, U. (1996): Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Wiesbaden, S. 32 ff.

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998): Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. MSchrKrim 81, S. 67-82.

Heinz, W.; Spiess, G. (1995): Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger – Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten. In: T. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Holzkirchen, S. 96 f.

Heinz, W.; Spiess, G. (1999): Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Polizei – Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen. In: Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Hagen Gülzow. Konstanz, S. 317-338.

Heinz, W.; Spiess, G.; Schnell, R.; Kreuter, F. (1998): Opferbefragungen 1997. Abschlußbericht für das Bundesministerium der Justiz. Konstanz (unveröff. Mskr.).

Hermann, D.; Bubenitschek, G. (1999): Kommunale Kriminalprävention. Probleme bei der Implementation von Lösungsvarianten. Kriminalistik (8), S. 546-552.

Kaiser, G. (1996): Kriminologie. Ein Lehrbuch. 3. Aufl. Heidelberg.

Kury, H.; Oberfell-Fuchs, J.; Würger, M (1995): Gibt es ein Nord-Süd-Gefälle? Zur Regionalverteilung von Kriminalität. Neue Kriminalpolitik 7, S. 28-32.

Oberfell-Fuchs, J.; Kury, H. (1995): Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention. In: T. Feltes (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Holzkirchen, S. 31-68.

Oberfell-Fuchs, J.; Kury, H. (1996): Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit. MSchrKrim 79, S. 97-111.

Reuband, K.-H. (1999): Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. ZA-Informationen 45, S. 71-99.

Schnell, R.; Hill, P. B.; Esser, E. (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München.

Schnell, R.; Kreuter, F. (2000): Untersuchungen zur Ursache unterschiedlicher Ergebnisse sehr ähnlicher Viktimisierungssurveys. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, S. 96 – 117.

- Schwarzenegger, C. (1992): Die Einstellung der Bevölkerung zu Kriminalität und Verbrechenskontrolle. Freiburg.
- Wetzels, P.; Pfeiffer, Chr. (1996): Regionale Unterschiede der Kriminalitätsbelastung. Zur Kontroverse um ein Nord-Süd-Gefälle der Kriminalität. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 79, S. 386-405.

Lebensstile, Opferwerdung und Kriminalitätsfurcht

1. Fragestellung und Forschungsstand

Lebensstile kann man "als raum-zeitlich strukturierte Muster der Lebensführung fassen, die von Ressourcen (materiell und kulturell), der Familien- und Haushaltsform und den Werthaltungen abhängen" (Müller 1993, S.376; Bourdieu 1994, S. 277 f.). Sie haben die soziale Funktion, einer Gruppe soziale Anerkennung zu verschaffen, sie von anderen Gruppen zu unterscheiden und den Gruppenmitgliedern eine soziale Identität zu geben und damit die Homogenität der Gruppe zu fördern (Lüdtke 1989, S.25 u. 26). Nach Müller äußern sich Lebensstile in vier wesentlichen Dimensionen: Erstens als expressives Verhalten, das sich in Freizeitaktivitäten und Konsummustern niederschlägt, zweitens als interaktives Verhalten, das direkt in Formen der Geselligkeit und des Heiratsverhaltens, indirekt in der Mediennutzung zum Ausdruck kommt, drittens als evaluatives Verhalten, das die verschiedenen (religiösen und politischen) Wertorientierungen und Einstellungen widerspiegelt und viertens als kognitives Verhalten, das die Selbstidentifikation, die Zugehörigkeit und die Wahrnehmung der sozialen Welt steuert (Müller 1993, S. 377 u. 378).

Die Lebensstilforschung ist nicht neu. Klassische Ansätze finden sich bei Marx, Simmel, Weber und Veblen, die bereits versucht haben, Lebensstile in einen theoretischen Zusammenhang einzuordnen, der gesellschaftliche Strukturprinzipien mit individuellen oder gruppenspezifischen Handeln verbinden sollte (Müller/Wehrich 1991, S. 28 mit den entsprechenden Literaturhinweisen). In neuerer Zeit hat die Lebensstildiskussion durch die wachsende Komplexität und Differenzierung der Gesellschaft eine Renaissance erfahren, denn die klassischen Instrumente der Soziologie können immer weniger mit dem gesellschaftlichen Wandel Schritt halten. Die heutige Gesellschaft hat einen noch nie dagewesenen Reichtum an ökonomischen und kulturellen Ressourcen, an denen zwar alle Bevölkerungsgruppen partizipieren können, dies jedoch in ungleichem Maße. Das führt nicht nur zu einem Zuwachs an Lebenschancen, sondern auch zu einer Pluralisierung von Lebensstilen. Modernisierungstrends führen zu einer Freisetzung der Gesellschaftsmitglieder aus Religion, Familie und sozialer Schicht und somit zu einer Individualisierung und Entstrukturierung der Klassengesellschaft (siehe Beck 1986).

Insgesamt gesehen gibt es eine Vielzahl verschiedener Lebensstilbegriffe und Lebensstilkonzeptionen, die vom jeweiligen Forschungsinteresse und der jeweiligen Forschungsrichtung abhängen. Letztendlich bleibt der Lebensstilbegriff jedoch ein "theoretisch-empirisches Konstrukt" (Lüdtke 1989, S. 41)., das von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin mit Leben ausgestattet werden muß.

Ein Lebensstilmodell für die Viktimologie wurde von Hindelang u.a. (1978) erstellt. Es basiert auf der empirisch begründeten Annahme, daß Viktimisierungen nicht zufällig über Raum und Zeit verteilt sind, sondern daß es besondere Orte und Zeitperioden mit hohem Viktimisierungsrisiko gibt, ebenso wie bestimmte Personen ein hohes Risiko besitzen, Opfer einer Straftat zu werden. Grundlage dieser Annahme sind Analysen aus Opferbefragungen, die zeigen, daß generell Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Einkommen und Haushaltsgröße die Wahrscheinlichkeit von Viktimisierungen voraussagen helfen. Für die USA wurde z.B. festgestellt, daß Männer, junge Menschen, Farbige und Personen mit geringem Einkommen ein höheres Viktimisierungsrisiko besitzen als Frauen, Ältere, Weiße und Personen mit höherem Einkommen; ebenso sind Alleinlebende stärker gefährdet als die Personen, die in Familien leben, und Arbeitslose haben im Gegensatz zu Arbeitnehmern oder Hausfrauen/-männern das höchste Risiko der Opferwerdung (Hindelang 1982, S. 156; Garofalo 1987, S. 29 ff.). Ähnliche Ergebnisse haben auch deutsche Opferbefragungen erbracht. So variiert die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, mit demographischen und persönlichkeitspezifischen Merkmalen, z.B. Alter, Familienstand und Haushaltsgröße (Kury/Dörmann/Richter/Würger 1992, S. 165 ff.). Dabei ist Art und Häufigkeit der Opferwerdung

durch bestimmte persönliche und regionale Unterschiede bedingt; (Mehrfach)täter sind oftmals (Mehrfach)opfer (Dünkel/Krainz/Würger 1991, S. 136 ff.). Analysen britischer und US-amerikanischer Umfragen (British Crime Survey, siehe Gottfredson 1984, und National Youth Survey, siehe Lauritsen/Quinet, 1995, S. 154) zeigten ebenfalls, daß ein großer Teil aller krimineller Handlungen auf einen relativ kleinen Teil der Opfer konzentriert ist. Und Opferbefragungen, die im Längsschnitt durchgeführt wurden, belegten, daß bereits erlebte Viktimisierungen als ein gutes Prognosemerkmal für zukünftige Opferwerdungen verwendet werden können (Lauritsen/Quinet 1995, S. 156 u. 160; vgl. auch Reiss 1980 und Feinberg 1980).

Hindelang/Garofalo (1987, S. 25) schließen aus diesen empirischen Ergebnissen, daß bestimmte demographische Merkmale – vermittelt über Rollenerwartungen und sozialstrukturelle Zwänge, denen sich das Individuum oder eine Gruppe anpaßt – zu verschiedenen Arten von Lebensstilen führen. Der jeweilige Lebensstil beeinflusst jedoch das Risiko der Opferwerdung, zum einen durch den Grad, in dem jemand sich Plätzen und Zeitperioden mit unterschiedlichen Viktimisierungsrisiken aussetzt, zum anderen durch die Häufigkeit, mit der er Beziehungen zu anderen Personen aufnimmt, die mehr oder weniger wahrscheinlich Straftaten begehen werden. Die Wahrscheinlichkeit von Viktimisierungen wäre demnach, nach der Theorie von Hindelang u.a., vom Lebensstil abhängig. Lebensstil setzt sich dabei sowohl aus Berufsaktivitäten (Arbeit, Schule, Haushalt usw.) als auch aus Freizeitaktivitäten zusammen. Gemessen wird er anhand der Art und Häufigkeit täglicher und nächtlicher Aktivitäten, z.B. das Ausgehen mit Freunden, teilweise aber auch an den Kontakten mit "kriminell belasteten" Personen.

Bei der Täter-Opfer-Beziehung gibt es Gemeinsamkeiten bei beiden bezüglich Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Familienstand, Einkommen und Arbeitssituation sowie Involviertheit in ein delinquentes Milieu, was auf einen gleichartigen Lebensstil von Opfer und Täter hindeutet (Fattah 1989, S. 48 ff.). Auf der Opferseite läßt sich zeigen, daß die Tendenz, die Zeit in riskanten Umgebungen zu verbringen, mit zunehmendem Alter und mit dem Verheiratetsein abnimmt. Männer, die ihre Zeit gerne in Bars verbringen, halten sich insgesamt bedeutend öfters in riskanten Umgebungen auf als Personen mit anderen Lebensstilen. Die Zeit, die in riskanten Umgebungen verbracht wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit gefährlicher Folgen, die allerdings je nach Delikt verschieden sind (Kennedy/Forde 1990, S. 209).

Die empirischen Ergebnisse zum Lebensstilansatz müssen aufgrund von Untersuchungen, die andere (zusätzliche) Variablen stärker betonen, modifiziert werden. Auch Hindelang u.a. haben ihr Lebensstilmodell um einige Annahmen erweitert (Garofalo 1987, S. 36 ff.). So müßten zunächst als Voraussetzungen berücksichtigt werden, daß es sich nur um Taten mit direktem Kontakt des Täters zum Opfer oder zum Objekt handele, die Beziehungen Täter-Opfer je nach Art der Tat verschieden bedeutsam sein könnten und die Grundlage des Konzepts ein gewisses Maß an Tätermotivation und staatlicher Verbrechensverhütung sei. Es gebe zudem strukturelle Zwänge und Beziehungen zu anderen Menschen, die sich nicht auf den Lebensstil, sondern direkt darauf auswirkten, inwieweit man Viktimisierungsrisiken ausgesetzt sei, z.B. durch das Wohnen in bestimmten Wohnvierteln. Außerdem würden Reaktionen auf Kriminalität und die Einschätzung der Gefahr von Straftaten das Verhalten von Personen, d.h. ob sie sich gefährlichen Situationen aussetzten oder Beziehungen mit anderen Menschen eingingen, ebenso direkt beeinflussen wie der Lebensstil, z.B. durch das Vermeiden bestimmter Räume.

Die Modifikation des Modells wird durch empirische Untersuchungen, die das Lebensstilkonzept in Zusammenhang mit anderen Variablen testen, bestätigt. Die Berücksichtigung der Art der Opferwerdung zum Beispiel zeigt, daß Variablen des Lebensstils relativ starke und vermittelnde Effekte für die individuellen Risiken von Viktimisierungen hinsichtlich Eigentumsdelikten besitzen, nicht aber für Gewalttaten (Miethe/Stafford 1987, S. 187 ff.). Ebenso ist der Einbezug von Verbrechensfurcht und Einschätzung der Kriminalitätsgefahr bedeutsam, da diese zu einer Einschränkung des Lebensstils führen können. So haben Liska/Warner festgestellt, daß hohe Kriminalitätsraten, insbesondere bei Raub, die Verbrechensfurcht erhöhen, was die soziale Interaktion in der Ge-

meinde einschränkt, und diese eingeschränkte soziale Interaktion vermeidet diese oder andere Deliktsarten.²¹

Ein sehr wichtiger Ansatz zur Erweiterung des Lebensstilansatzes ist die Einbeziehung sozialökologischer Bedingungen, d.h., daß Ereignisse vor dem sozialen Hintergrund und der Situation in der Wohngegend der Beteiligten gesehen werden. Dieser Ansatz ist relativ alt. Er kann der Chicago-Schule zugeordnet werden – das ist eine kriminalsoziologische Richtung, in der Kriminalität in verschiedenen Stadtteilen und Schichten untersucht wurde. Es wurde versucht, die verschiedenen Kriminalitätsformen vor dem Hintergrund sozialer und geographischer Merkmale zu erklären und "natural areas" der Delinquenz festzustellen (z.B. Trasher 1927; Shaw/McKay 1969; Decker/O'Brien/Shichor 1979). In Anlehnung an dieses Vorgehen haben Miethe/McDowall (1993) anhand der Daten von 5.098 Einwohnern Seattles versucht, eine Verbindung der Makro- mit der Mikroebene zu schaffen, indem sie neben der tatsächlichen Viktimisierung der Befragten (abhängige Variable) und den individuellen Viktimisierungsrisiken, z.B. gefährliche Aktivitäten und attraktive Ziele, die kriminogenen Bedingungen in der Nachbarschaft (unabhängige Variablen) einbezogen haben. Ein wesentliches Ergebnis war, daß Bewohner von Gegenden mit Anzeichen ökonomischen Verfalls und geringer informeller Sozialkontrolle, unabhängig von ihrem Lebensstil und ihren täglichen Aktivitäten, generell ein größeres Risiko besitzen, Opfer einer Straftat zu werden, als Bewohner „besserer“ Gebiete. Keine andere kontextuelle Variable hatte einen derart hohen Einfluß. Gleichzeitig wirkten sich jedoch individuelle Charakteristika der Betroffenen in verschiedenen Wohngebieten unterschiedlich auf das Viktimisierungsrisiko aus. Die Gefahr, Opfer eines Einbruchs zu werden, erhöht sich in Gegenden mit relativ gesichertem sozialen und ökonomischen Standard signifikant, je weniger das Objekt bewacht wurde und je bedeutender seine Attraktivität war. In sozial desorganisierten Gebieten spielten diese Faktoren kaum eine Rolle. Das Risiko, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden, wurde hingegen nicht allein durch den sozio-ökonomischen Verfall der Umgebung signifikant vergrößert, sondern im Zusammenhang mit einem höheren Anteil an öffentlichen Aktivitäten der Betroffenen. Das bedeutet, daß kontextuelle Faktoren signifikante Haupteffekte für das Viktimisierungsrisiko hinsichtlich Einbruch und Gewaltdelikten besitzen und einige der offensichtlichen Effekte auf der Individualebene Bedingungen auf der Aggregatebene zuzuschreiben sind (Miethe/McDowall 1993, S. 752).

Für die vorliegende Untersuchung bedeuten die theoretischen Annahmen zu Lebensstil und zum Viktimisierungsrisiko sowie die Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen, daß eine Beziehung zwischen strukturellen Merkmalen, also der soziodemographischen und sozialökologischen Verortung einer Person, und Lebensstilen beziehungsweise Kriminalitätsfurcht postuliert werden kann. Außerdem können noch Rückkopplungseffekte angenommen werden. Einerseits führen Lebensstile zur Opferwerdung, andererseits können Opfererfahrungen zu Veränderungen von Lebensstilen und Kriminalitätsfurcht führen. Dieses dynamische Modell der Viktimisierung ist in **Schaubild 1** beschrieben.

Das Ziel der Untersuchung ist eine partielle Prüfung dieses Modells. Ein vollständiger Modelltest würde eine komplexe Längsschnittuntersuchung voraussetzen, bei der Strukturmerkmale, Kriminalitätsfurcht und Lebensstile vor und nach einer Viktimisierung erfaßt werden müßten. Eine solche Längsschnittuntersuchung wäre aber überflüssig, wenn bereits Teile des Modells falsifiziert werden könnten. In dieser Studie soll geprüft werden, ob Viktimisierungen die postulierten Auswirkungen auf Lebensstile und Kriminalitätsfurcht haben.

²¹ Liska/Warner 1991, S. 1450 ff; die Frage, inwieweit Verbrechenfurcht den Lebensstil beeinflusst oder ob der Lebensstil nur Ausfluß eines bestimmten Lebensalters ist, stellt sich auch bezüglich des Viktimisierungsrisikos alter Menschen, siehe Greve 1996, S. 72 und 73.

Schaubild 1: Dynamisches Viktimisierungsmodell

2. Daten und Operationalisierungen

Die Fragestellung soll mit den Daten der Bevölkerungsbefragungen, die im Rahmen des Pilotprojekts "Kommunale Kriminalprävention in Baden Württemberg" in Calw, Freiburg, Ravensburg/Weingarten und in Deutschland durchgeführt wurden, behandelt werden. Die Befragungen in den drei genannten Städten sind repräsentative Erhebungen mit Stichproben von etwa 1.000 Personen. Die Befragung in Deutschland ist ebenfalls repräsentativ, allerdings mit einem Stichprobenumfang von über 20.000 Personen. Eine genaue Beschreibung der regionalen Bevölkerungsbefragungen ist in den Beiträgen von Dölling/Hermann/Simsa, Kury/Obergfell-Fuchs und Heinz/Spiess in diesem Band zu den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragungen in Calw, Ravensburg/Weingarten und Freiburg zu finden. Eine Beschreibung der bundesweiten Befragung befindet sich in dem Artikel von Lisbach/Spiess.

Die zur Hypothesenprüfung berücksichtigten Merkmale sind in allen Befragungen nahezu identisch erhoben worden. Bei der Operationalisierung der **Viktimisierungen** wurden Opferwerdungen zu zwei verschiedenen Bereichen berücksichtigt. Der erste Bereich umfaßt Delikte, die direkt gegen eine Personen gerichtet sind oder ihren unmittelbaren Nahraum tangieren (Einbruch in die Wohnung einschließlich Versuch, Raub einschließlich Versuch, Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff oder Drohung, sexueller Angriff einschließlich Versuch), der andere Bereich Delikte gegen Sachen, insbesondere Kraftfahrzeuge (Diebstahl eines Kraftfahrzeugs, Fahrraddiebstahl, Diebstahl eines Autoradios, anderer Dinge aus dem Fahrzeug oder eines Teils des Autos, Beschädigung eines Kraftfahrzeugs, Sachbeschädigung). Gemessen wurde jeweils, ob jemand in den letzten 12 Monaten Opfer von mindesten einem der genannten Delikte wurde.

Die **Kriminalitätsfurcht** wurde mit den Daten der bundesweiten Befragung durch einen Index erfaßt, der sowohl affektive als auch kognitive Aspekte berücksichtigt (Boers 1991; Schwarzenegger 1992; Kaiser 1996; Obergfell-Fuchs/Kury 1996). So wurden im Hinblick auf die affektiven Furcht-

bereiche die Probanden gefragt, wie oft sie daran denken, Opfer einer Straftat zu werden und wie oft sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst haben, Opfer einer Straftat zu werden. Aus dem Bereich der kognitiven Risikoeinschätzung wurden die Bürger gefragt, für wie wahrscheinlich sie es halten, innerhalb ihrer Wohngegend erstens geschlagen oder verletzt, zweitens überfallen oder beraubt, drittens bestohlen sowie viertens sexuell angegriffen zu werden. Eine Faktorenanalyse²² mit allen sechs Indikatoren der Kriminalitätsfurcht führte zu einer einfaktoriellen Lösung mit 59 % erklärter Varianz, wobei die Faktorladungen für alle Items etwa gleich groß waren. Der Index "Kriminalitätsfurcht" wurde durch eine gleichgewichtete Addition der standardisierten Items gebildet. Bei den regionalen Bevölkerungsbefragungen wurde die kognitive Risikoeinschätzung nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund besteht der Index zur Kriminalitätsfurcht nur aus den beiden Items, die den affektiven Bereich betreffen, wobei auch hier beide Items standardisiert und gleichgewichtet addiert wurden.

Zum **Lebensstil** der Befragten wurden zwei Bereiche berücksichtigt. Einerseits wurde die Häufigkeit des abendlichen Ausgehens in der Freizeit erfaßt, andererseits die Häufigkeit, beim abendlichen Ausgehen bestimmte Gegenden zu meiden, um zu verhindern, daß etwas passiert.

Die berücksichtigten persönlichen **Strukturmerkmale** sind: Geschlecht, Alter, Familienstand (verheiratet: ja; nein), Schulbildung, Berufstätigkeit (ja; nein), Kinder im Haushalt (ja; nein) und Haushaltsnettoeinkommen. Die ökologischen Strukturmerkmale sind in der bundesweiten Befragung die politische Gemeindegröße und der Urbanisierungsgrad (Einwohnerzahl der Gemeinde unter Berücksichtigung benachbarter Orte), in den regionalen Befragungen die Stadtteile, in denen die Befragten wohnen (Innenstadt versus Rest).

3. Ergebnisse

Für alle vier berücksichtigten Umfragen wurden Pfadanalysen gerechnet, in denen Strukturmerkmale und Viktimisierungen unabhängige Variablen, Lebensstile abhängige Variablen und Kriminalitätsfurcht intervenierende Variablen sind. Dieses Modell ist ein Ausschnitt des dynamischen Viktimisierungsmodells, das in Schaubild 1 abgebildet ist. In dem Schaubild sind die relevanten Bereiche grau hinterlegt. Ein solches Modell ist dem Untersuchungsdesign angemessen, denn alle berücksichtigten Befragungen sind Querschnittsuntersuchungen. Die Viktimisierungen wurden für die Vergangenheit erfaßt und alle anderen Merkmale für die Gegenwart, also dem Befragungszeitpunkt. Somit können Viktimisierungen als unabhängige Variablen eingesetzt werden, Lebensstile und Kriminalitätsfurcht hingegen als abhängige Variablen²³. Zwar sind die Strukturmerkmale zum Befragungszeitpunkt erhoben worden, aber sie haben sich in der Regel innerhalb von 12 Monaten kaum verändert, so daß diese Merkmale auch als unabhängige Variablen verwendet werden können. Die Ergebnisse der Pfadanalysen sind in den **Schaubildern 2 bis 5** festgehalten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Strukturmerkmale nicht als Einzelvariablen, sondern als Sammelvariable aufgeführt, zumal diese in dem dynamischen Viktimisierungsmodell eine untergeordnete Rolle spielen. Die Kernaussagen sind: Je häufiger eine Person Viktimisierungen erleidet, desto ausgeprägter ist ihre Kriminalitätsfurcht und ihr Vermeideverhalten und desto seltener wird sie abends Ausgehen – unabhängig von ihrer strukturellen Verortung.

Die Parameterschätzungen in den Schaubildern sind standardisierte partielle Regressionskoeffizienten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in den Schaubildern nur Pfade mit standardisierten Pfadkoeffizienten eingetragen, die signifikant von null verschieden sind und einen vorgegebenen Grenzwert überschreiten. Damit soll auch gewährleistet sein, daß nur relevante Beziehungen interpretiert werden. Für die gesamtdeutsche Befragung ist dieser Grenzwert auf 0,05 gesetzt, für die anderen Befragungen auf 0,1.

²² Die Faktorenanalyse wurde als Hauptkomponentenanalyse mit schiefwinkliger Rotation durchgeführt.

²³ Nach dem gängigen Kausalitätsverständnis können Ursachen nicht zeitlich nach den Wirkungen auftreten. Somit darf der Zeitrahmen der unabhängigen Variablen in einem Kausalmodell nicht nach dem Zeitrahmen der abhängigen Variablen liegen.

**Schaubild 2: Der Einfluß von Viktimisierungen auf Kriminalitätsfurcht und Lebensstile.
Gesamtdeutsche Bevölkerungsbefragung (N=20.695 Personen)**

**Schaubild 3: Der Einfluß von Viktimisierungen auf Kriminalitätsfurcht und Lebensstile.
Bevölkerungsbefragung Calw (N=945 Personen)**

**Schaubild 4: Der Einfluß von Viktimisierungen auf Kriminalitätsfurcht und Lebensstile.
Bevölkerungsbefragung Freiburg (N=1.118 Personen)**

**Schaubild 5: Der Einfluß von Viktimisierungen auf Kriminalitätsfurcht und Lebensstile.
Bevölkerungsbefragung Ravensburg/Weingarten (N=1.308 Personen)**

Die Schaubilder zeigen für die regionalen Untersuchungen eine nahezu identische Struktur, die sich auch in dem Modell wiederfindet, das auf der bundesweiten Befragung basiert. Allerdings sind dort noch einige zusätzliche Pfade eingezeichnet.

Die Opferwerdung hat bundesweit gesehen nur einen sehr geringen und in den untersuchten Städten keinen relevanten direkten Einfluß auf den Lebensstil. Allerdings gibt es einen indirekten Einfluß. Kriminalitätsoffer haben eine größere Kriminalitätsfurcht als Nichtopfer, wobei die Kriminalitätsfurcht den Lebensstil, insbesondere das Vermeiderverhalten beeinflusst. Je größer die Kriminalitätsfurcht ist, desto ausgeprägter ist auch das Vermeiderverhalten.

Die Kriminalitätsfurcht hat in den untersuchten Städten keinen und in der bundesweiten Befragung einen geringen Einfluß auf die Häufigkeit abendlichen Ausgehens. Allerdings ist das Vorzeichen dieser Beziehung erwartungswidrig (siehe Schaubild 2), denn nach dieser Analyse würden Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht häufiger ausgehen als Personen mit niedriger Kriminalitätsfurcht. Eine Varianzanalyse mit diesen beiden Merkmalen zeigt jedoch, daß die Beziehung kurvilinear ist. Die Kriminalitätsfurcht von Personen, die nie ausgehen und von Personen, die häufig ausgehen, ist geringer als die Kriminalitätsfurcht von Personen, die nur manchmal ausgehen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen wird in **Schaubild 6** aufgezeigt. Dort werden die Mittelwerte der Kriminalitätsfurcht beider Gruppen miteinander verglichen. Außerdem sind noch die Konfidenzintervalle (95-Prozent) der Mittelwerte eingezeichnet. Die Nichtlinearität in der Beziehung ist plausibel. Zwar kann das abendliche Ausgehen risikobehaftet sein, aber in der Regel führt es zu keiner Viktimisierung, so daß bei häufigem Ausgehen die Kriminalitätsfurcht sinkt. Somit kann eine Wechselwirkung zwischen Kriminalitätsfurcht und dem Lebensstil des abendlichen Ausgehens angenommen werden.

Schaubild 6: Kriminalitätsfurcht in Gruppen mit unterschiedlicher Häufigkeit abendlicher Freizeitaktivitäten

In allen Erhebungen ist die Kriminalitätsfurcht von Strukturmerkmalen abhängig. Die Kriminalitätsfurcht von Frauen ist, wie auch in anderen Untersuchungen festgestellt wurde, größer als die von Männern. Außerdem wächst die Kriminalitätsfurcht mit der Wohnortgröße und ist (geringfügig) geringer bei Personen mit höheren Einkommen. Strukturmerkmale beeinflussen auch den Lebensstil. So sinkt die Häufigkeit des abendlichen Ausgehens mit zunehmendem Alter. Außerdem ist diese Freizeitaktivität bei Personen mit Kindern, bei Personen mit relativ hoher Schulbildung, bei Personen mit relativ hohem Einkommen, bei Unverheirateten und bei Männern häufiger anzutreffen als in den entsprechenden Komplementärgruppen. Zudem ist unter Frauen das Vermeideverhalten ausgeprägter als unter Männern.

Insgesamt gesehen wird durch die Analysen das dynamische Viktimisierungsmodell (Schaubild 1) etwas modifiziert, aber nicht falsifiziert. Je häufiger eine Person Viktimisierungen erleidet, desto ausgeprägter ist ihre Kriminalitätsfurcht und je höher die Kriminalitätsfurcht ist, desto ausgeprägter ist ihr Vermeideverhalten. Diese Beziehungen sind unabhängig von der strukturellen Verortung einer Person; sie gelten demnach für Männer und Frauen, Alte und Junge, für die Bewohner großer Städte ebenso wie für Personen, die in ländlichen Gebieten leben. Zwischen dem Lebensstil des abendlichen Ausgehens und der Kriminalitätsfurcht scheint eine Wechselwirkung zu bestehen, wobei vor allem bestimmte Personengruppen häufiger ausgehen.

4. Schlußfolgerungen

Der Lebensstilansatz ist hilfreich, Ursachen und Wirkungen von Opferwerdung und Kriminalitätsfurcht besser zu verstehen. Verknüpft man die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen dieses Beitrags und die Ergebnisse bereits durchgeführter Studien und theoretischer Überlegungen, kann man Viktimisierungen durch strukturell verankerte Freizeit-Lebensstile, die das Viktimisierungsrisiko beeinflussen, erklären. Außerdem gibt es einen Rückkopplungseffekt. Durch eine Opferwerdung verändert sich die Kriminalitätsfurcht, wobei diese mit Lebensstilen in einer Wechselbeziehung steht.

Lebensstile beeinflussen die Häufigkeit einer Konfrontation mit "riskanten" Situationen und Personen. Somit sind Personen durch die Praktizierung ihrer Lebensstile unterschiedlichen Risiken einer Viktimisierung ausgesetzt. Mit diesem "Chancenstrukturmodell" erklärt Hindelang Unterschiede in der Viktimisierungshäufigkeit. Aber Lebensstile haben nicht nur einen Einfluß auf Situationen und Kontakte. Lebensstile prägen durch ihren expressiven Charakter auch die Bilder der Mitmenschen von den Trägern der Lebensstile und beeinflussen damit auch ihre Handlungen und Interaktionen, denn Lebensstile werden häufig als Ausdruck innerer Haltungen interpretiert. Vorstellbar wäre beispielsweise, daß ein Lebensstil, der eine soziale Isolation anzeigt, oder ein Lebensstil, der die Zugehörigkeit des Trägers zu "unbeliebten" Gruppen deutlich macht, das Viktimisierungsrisiko erhöht. Somit kann die von Hindelang vorgeschlagene Erklärung für den Einfluß von Lebensstilen auf Viktimisierungen ergänzt werden.

Insgesamt gesehen erscheint es angebracht, das dynamische Viktimisierungsmodell aufgrund dieser theoretischen Überlegungen und der Untersuchungsergebnisse zu erweitern. Schaubild 7 beschreibt dieses Modell, das in der Form noch empirisch geprüft werden muß.

Schaubild 7: Hypothesen zu einem modifizierten dynamischen Viktimisierungsmodell

Literatur:

- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.
- Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler.
- Bourdieu, P. (1994): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.
- Decker, D. L.; O'Brien, R. M.; Shichor, D. (1979): Patterns of Juvenile Victimization and Urban Structure. In: W. H. Parsonage(Hrsg.), Perspectives on Victimology. London, S.88-98.
- Dünel, F.; Krainz, K.; Würger, M. (1991): Victimization and Incidence of Delinquency – An International Comparison – Results of a Survey of Law Students in the Federal Republic of Germany, Austria und Switzerland. In: G. Kaiser; H. Kury; H.-J. Albrecht (Hrsg.), Victims and Criminal Justice, Legal Protection, Restitution and Support. Freiburg i.Br., S.123-172.
- Fattah, E.A. (1989): Victims and Victimology: the facts and the rhetoric. In: International Review of Victimology 1, 1, S.43-66.
- Feinberg, S. (1980): Statistical Modelling in the Analysis of Repeat Victimization. In: S. Feinberg; A. Reiss(Hrsg.), Indicators of Crime and Criminal Justice: Quantitative Studies. Washington DC, S.54-58.
- Garofalo, J. (1987): Reassessing the Lifestyle Model of Criminal Victimization. In: M. R. Gottfredson; T. Hirschi(Hrsg.), Positive Criminology. Newbury Park, S.23-42.
- Gottfredson, M. (1984): Victims of Crime: The Dimension of Risk. Home Office Research Study 81. London.
- Greve, W.; Hosser, D.; Wetzels, P. (1996): Bedrohung durch Kriminalität im Alter. Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Brennpunkt einer Gerontoviktimologie. Baden-Baden.
- Hindelang, M.J., Victimization Surveying, Theory and Research, in: Schneider, H.J. (Hrsg.), The Victim in International Perspective, Berlin/New York 1982
- Hindelang, M.; Gottfredson, M.; Garofalo, J. (1978): Victims of Personal Crime: An Empirical Foundation for a Theory of Personal Victimization. Cambridge/Mass.
- Kaiser, G. (1996): Kriminologie. Ein Lehrbuch. Heidelberg.
- Kennedy, L. W.; Forde, D. R. (1990): Risky Lifestyles and dangerous results: Routine activities and exposure to crime. In: Sociology und Social Research 74, 1, S.208-211.
- Kury, H.; Dörmann, U.; Richter, H.; Würger, M. (1992): Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer Vergleich von Viktimisierungen, Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost und West vor der Vereinigung. Wiesbaden.
- Lauritsen, J. L.; Quinet, K. F. D. (1995): Repeat Victimization Among Adolescents and Young Adults. In: Journal of Quatitative Criminology 11, S.143-166.
- Liska, A. E.; Warner, B. D. (1991): Functions of Crime: A Paradoxical Process. In: American Journal of Sociology 96, 6, S.1441-1463.
- Lüdtke, H. (1989): Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile. Opladen.
- Miethe, T. D.; McDowall, D. (1993): Contextual effects in models of criminal victimization. In: Social Forces 71, 3, S.741-759.
- Miethe, T. D.; Stafford, M. C.; Long, J. S. (1987): Social Differentiation in Criminal Victimization: A Test of Routine Activities/Lifestyle Theories. In: American Sociological Review Vol. 52, S.184-194.
- Müller, H.-P. (1993): Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, 2. Auflage. Frankfurt a.M.
- Müller, H.-P.; Wehrich, M. (1991): Lebensweise – Lebensführung – Lebensstile. München.
- Obergfell-Fuchs, J.; Kury, H. (1996): Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 79, S. 97-111.

- Reiss, A. (1980): Victim Proneness in Repeat Victimization by Type of Crime: In: S. Feinberg, S.; A. Reiss (Hrsg.), *Indicators of Crime and Criminal Justice: Quantitative Studies*. Washington DC, S.41-53.
- Schwarzenegger, C. (1992): *Die Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität und Verbrechenskontrolle*. Freiburg.
- Shaw, C. R.; McKay, H. D. (1969): *Juvenile Delinquency and Urban Areas. A Study of Rates of Delinquency in Relation to Differential Characteristics of Local Communities in American Cities*, 2. Aufl. Chicago, London.
- Thrasher, F. M. (1927): *The Gang. A Study of 1.313 Gangs in Chicago*. Chicago.

**Standardinventar für Bevölkerungsbefragungen zu Kriminalität und Kriminalitätsfurcht –
Ergebnisse von Pretests**

1. Einleitung

Inzwischen liegen auch in Deutschland seit den 70er Jahren mehrere Opferstudien vor, die ergänzend zu den Polizeilichen Kriminalstatistiken wesentliche zusätzliche Informationen zum Kriminalitätsgeschehen liefern. 1989 wurde vom Max-Planck-Institut für Strafrecht in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt die erste bundesweite Victim Survey durchgeführt (vgl. Kury 1991), die nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten mit verfeinerter Methodologie für beide Landesteile wiederholt wurde (vgl. Kury u.a. 1996).

Mit der in Deutschland rasch zunehmenden Popularität der Kommunalen Kriminalprävention in den 90er Jahren, die inzwischen zu einer nicht mehr überschaubaren Zahl von einzelnen Projekten und Maßnahmen in diesem Bereich geführt hat, stieg auch die Zahl der regionalen Kriminalitätsanalysen bzw. Studien zum Kriminalitätslagebild, in der Regel beschränkt auf einzelne Kommunen, erheblich an. Diese regionalen Kriminalitätsanalysen wurden vielfach von den einzelnen Gemeinden in eigener Regie, mit mehr oder weniger elaborierter Methodologie, teilweise auch in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen durchgeführt. Solche Analysen können aufgrund der (teilweisen) Erfassung des Dunkelfeldes nicht angezeigter Straftaten in Ergänzung zu Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik wesentliche Hinweise für eine möglichst exakte und damit wirkungsvollere Planung von Maßnahmen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention liefern (vgl. ausführlich Obergfell-Fuchs 2001).

Ein erhebliches Problem bisheriger Opferstudien, aber auch der Untersuchungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention muß gerade auch in Deutschland in der Uneinheitlichkeit der Datenerhebung, vor allem der Unterschiedlichkeit der eingesetzten Erhebungsinstrumente, gesehen werden. Für nahezu alle Surveys wurde ein mehr oder weniger eigenes Erhebungsinstrument entwickelt. Manchmal entsteht der Eindruck, daß die Entwicklung eines eigenständigen Fragebogens insbesondere als Zeichen der Kreativität einer Studie angesehen wurde und der Aspekt der Vergleichbarkeit mit anderen Studien zu sehr in den Hintergrund rückt. Wenn überhaupt wurden meist lediglich einzelne Items aus anderen Studien übernommen. Der Vorteil dieses Vorgehens wird zu Recht darin gesehen, daß es hierdurch möglich ist, das Erhebungsinstrument den Fragestellungen der Untersuchung möglichst genau anzupassen oder etwa Operationalisierungen in früheren Studien zu verbessern.

Mit diesem Vorgehen wird allerdings ein wesentlicher Nachteil in Kauf genommen: Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse verschiedener Studien wird gefährdet, wenn nicht gar ganz aufgegeben. Zwar vergleichen die Autoren einzelner Studien ihre eigenen Ergebnisse in aller Regel mit den Resultaten früherer anderer, meist mit unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten durchgeführten Surveys, allerdings ist ein solcher Vergleich mit erheblichen Unwägbarkeiten verbunden. Die Gestaltung des Erhebungsinstrumentes, die Formulierung der Items und deren Position im Fragebogen, aber auch die Methode der Datenerhebung (etwa schriftliche Umfrage, Face-to-Face-Interviews oder telephonische Befragungen) können erheblichen Einfluß auf die gefundenen Resultate haben. Hierauf wiesen etwa auch in Deutschland in den letzten Jahren vermehrt durchgeführte Untersuchungen hin (vgl. Kury 1993; 1994; 1995). Da die Einflüsse solcher methodischer Variablen unter Umständen enorm hoch sein können, ist die Vergleichbarkeit mit unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten bzw. verschiedener Methodik in den Surveys erhobener Daten stets fraglich. Längsschnittvergleiche sind vor diesem Hintergrund in Deutschland bisher nur hinsichtlich weniger Studien einigermaßen zuverlässig möglich. Dasselbe gilt selbstverständlich auch und aufgrund weiterer Einflußvariablen noch ausgeprägter für Vergleiche deutscher mit ausländischen Surveys.

Diese methodischen Probleme sind auch der Grund dafür, daß bei ausländischen Surveys, die von vornherein auf einen internationalen oder Längsschnittvergleich angelegt sind, bei den einzelnen Erhebungen stets dasselbe bzw. möglichst nur geringfügig veränderte Instrument verwendet wird.

Das gilt für die National Crime Victim Survey (NCVS) in den Vereinigten Staaten oder die British Crime Survey (BCS). Zwar wurden auch hier vor dem Hintergrund inzwischen gewonnener Ergebnisse teilweise Revisionen des Erhebungsinstrumentes vorgenommen, allerdings wurde dem Aspekt der Vergleichbarkeit der Daten stets erhebliche Priorität eingeräumt. Dasselbe gilt – was internationale sowie Längsschnitt-Vergleiche betrifft – auch für die 1989 zum ersten Mal durchgeführte International Crime (Victim) Survey (ICS bzw. ICVS) (vgl. van Dijk u.a. 1990). Durch die Aufgabe einer gewissen Flexibilität bei der Fragebogengestaltung konnte hier der Vorteil einer (größeren) längsschnittlichen bzw. internationalen Vergleichbarkeit der gefundenen Resultate erreicht werden. Hinzu kommt ein Weiteres: Die methodische Qualität ad hoc entwickelter und eingesetzter Erhebungsinstrumente ist meist mehr oder weniger ungeklärt. Die Trennschärfe einzelner Items oder die Faktorenstruktur entwickelter Skalen kann zwar nach der Datenerhebung geprüft und bei der Interpretation der gewonnenen Ergebnisse berücksichtigt werden. Allerdings führt das in der Regel nicht zu einer Neuentwicklung und Überarbeitung und damit einer Verbesserung des Instrumentes für weitere Studien. Die gewonnenen methodischen Erkenntnisse gehen somit mehr oder weniger verloren. Bei der nächsten Studie beginnt man sozusagen wieder von Neuem, mit einem eigenen Instrument.

In der Psychologie und Soziologie wird diese Problematik seit Jahrzehnten diskutiert und hat hier zumindest teilweise, so etwa in der Persönlichkeitsdiagnostik, zu standardisierten und methodisch elaborierten Erhebungsinstrumenten, z.B. Persönlichkeitsfragebogen geführt, die stets in derselben Form und mit denselben Anweisungen zum Einsatz kommen.

Eine größere Vergleichbarkeit der erhobenen Daten brächte auch bei Opferstudien, aber auch bei Erhebungen zur Kommunalen Kriminalprävention erhebliche Vorteile mit sich. Andererseits ist gerade bei Surveys zur Erfassung und Beschreibung kommunaler Kriminalitätslagebilder das berechtigte Interesse der Gemeinden zu respektieren, ihre Datenerhebung möglichst den eigenen Bedürfnissen und Problemlagen anzupassen. Dasselbe gilt natürlich für von einzelnen Forschern bzw. Forschungsgruppen durchgeführte (überregionale) Victim Surveys.

Ein Weg, der beide Interessen – Standardisierung der Erhebung und damit größere Vergleichbarkeit versus Individualisierung und damit größere Anpassung an eigene Fragestellungen und Problemlagen – möglichst optimal berücksichtigt, ist, das jeweilige Erhebungsinstrument in einen standardisierten und einen individualisierten Fragenteil zu gliedern. Der standardisierte Teil sollte dabei in stets gleicher Form wesentliche Kerninformationen erfassen, die mehr oder weniger in allen Opferstudien bzw. Erhebungen zum Kriminalitätslagebild von grundsätzlichem Interesse sind. Um eine mögliche Beeinflussung der Angaben zum standardisierten Teil durch Items des eventuellen individuellen Fragebogenteiles zu vermeiden, ist es aus methodischen Gründen von Bedeutung, den standardisierten Teil an den Anfang des gesamten Erhebungsbogens zu stellen. Bei schriftlichen Befragungen ist dadurch zwar eine Beeinflussung der Beantwortung der ersten Fragen durch die darauf folgenden grundsätzlich nicht ausgeschlossen, da der Befragte ja die Möglichkeit hat, vor der Beantwortung den gesamten Fragebogen zu lesen bzw. die einzelnen Items in individueller Reihenfolge zu beantworten. Allerdings scheinen durch eine solche Voranstellung des standardisierten Teiles mögliche Beeinflussungen zumindest etwas in den Hintergrund gedrängt.

Zu den "Standardinformationen" solcher Umfragen gehören Angaben zu den Problemen der Gemeinde – möglichst in offener und geschlossener Frageform –, Angaben zu möglichen eigenen Viktimisierungen in wesentlichen Deliktsbereichen innerhalb eines festgeschriebenen Referenzzeitraumes, Angaben zur Verbrechensfurcht bzw. zum Unsicherheitsgefühl oder der eingeschätzten Viktimisierungswahrscheinlichkeit, Angaben zu Kontakten mit der Polizei und schließlich Angaben zu demographischen Variablen.

Wir haben uns im Rahmen der Begleitforschung zu den Modellprojekten zur Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg entschlossen, einen Vorschlag für ein solches standardisiertes (Teil)inventar für Erhebungen vor allem zu lokalen Kriminalitätslagebildern zu unterbreiten. Das Inventar wurde in mehreren Schritten (ersten) statistischen Analysen unterzogen, die zufriedenstellende Ergebnisse brachten. Vor dem Hintergrund dieser Analysen wurde eine leicht revidierte Form des Inventars vorgelegt, die weiteren statistischen Analysen unterzogen wurde. Das führte zu einer

weiteren geringfügigen Veränderung, vor allem Kürzung des Erhebungsbogens und zu der jetzt vorliegenden Form desselben. Das Inventar kommt inzwischen bei regionalen Erhebungen mehr und mehr mit zum Einsatz, was die Möglichkeit weiterer statistischer Analysen eröffnet, vor allem aber erstmals in größerem Umfange die Basis vergleichbarer Analysen schafft.

Im folgenden soll das endgültige Inventar kurz beschrieben werden, vor allem aber werden die Resultate bisheriger statistischer Analysen mitgeteilt.

2. Gliederung des Inventars

Das Standardinventar enthält in seiner ersten, den statistischen Analysen zugrundeliegenden Version, insgesamt 35 Einzelitems, die teilweise noch untergliedert sind, indem z.B. bei der Frage nach möglichen Viktimisierungen noch ergänzend nach dem Ort derselben gefragt wird. Sämtliche Items sind auf sieben Seiten untergebracht. Das Inventar ist somit relativ kurz (vgl. Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 2000 und der Anhang im vorliegenden Band). Wir bemühten uns, auch um eine möglichst leichte und schnelle Auswertung der Daten zu gewährleisten, geschlossene Items zu formulieren mit im wesentlichen fünf Ausnahmen:

- Das erste, offene, Item erfaßt die “dringendsten Probleme der Gemeinde”. Deren Erfassung kann am wenigsten beeinflußt durch eine offenen Frage geschehen, welche am Anfang des Instrumentes steht, damit eine Beeinflussung durch die weiteren Frageninhalte möglichst vermieden wird.
- Drei zusammengehörige offene Fragen erfassen den Grund, warum sich Bürger in ihrer Wohngegend gegebenenfalls fürchten, wieweit es außer der eigenen Wohngegend weitere Gegenden in der Gemeinde gibt, in denen sie sich fürchten (mit Angabe der Gegend) und schließlich wiederum den Grund, warum sie sich dort fürchten.
- Eine weitere offene Frage erfaßt die vorgeschlagenen und für sinnvoll gehaltenen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Gemeinde. Dadurch, daß die Frage offen gehalten ist, können möglichst viele individuelle Ansatzpunkte erfaßt werden. Die bisherigen Analysen der mit dem Inventar gesammelten Daten zeigen deutlich, daß diese offenen Fragen eine Fülle ortsspezifischer Informationen liefern, die gerade für die konkrete Planung von Präventionsmaßnahmen wichtig sein können.

Insgesamt gliedert sich das Standardinventar in folgende Teile:

- Teil A: Frage nach den drei dringendsten Problemen der eigenen Gemeinde.
- Teil V: 12 Fragen nach eigenen, persönlich erfahrenen Viktimisierungen durch Straftaten innerhalb des letzten Jahres, ergänzt durch eine 13. Frage nach Opferwerdung durch einen fremdverschuldeten Verkehrsunfall. Zu jeder Viktimisierung wird zusätzlich erhoben, wo diese geschehen ist, ferner – soweit sinnvoll – ob sie in der eigenen Wohnung, am Arbeitsplatz, in der Schule oder sonstwo geschah. Die Eingrenzung des Viktimisierungszeitraumes auf ein Jahr wird besonders hervorgehoben, mit Begrenzung des Referenzzeitraumes durch Angabe von Monat und Jahr, um die Wahrscheinlichkeit einer richtigen zeitlichen Einordnung des Geschehens zu erhöhen und Telescoping-Effekte möglichst gering zu halten. Auch werden die Befragten besonders zu genauem Nachdenken über etwaige Ereignisse aufgefordert.

An einzelnen Viktimisierungen wird neben dem bereits erwähnten Verkehrsunfall erfaßt:

- Diebstahl von eigenem Kraftfahrzeug (PKW, Kombi, Kleintransporter, Motorrad, Moped, Mofa),
- Diebstahl von eigenem Fahrrad,
- Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen,
- absichtliche Beschädigung bzw. Demolierung des eigenen Kfz,– absichtliche Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum (außer Kfz),
- Einbruch oder Einbruchversuch in die eigene Wohnung,
- Raub oder versuchter Raub,
- Diebstahl persönlichen Eigentums,

- sexuelle Belästigung,
- sexueller Angriff oder Bedrohung,
- tätlicher, angstauslösender Angriff,
- Betrug.

Die einzelnen Delikte wurden jeweils umschrieben und durch Beispiele konkretisiert, wie etwa: V12, "...daß Sie betrogen worden sind, d.h., daß jemand Sie absichtlich getäuscht hat und Ihnen dadurch ein finanzieller Schaden entstanden ist, z.B. durch einen Händler, Handwerker, (Versicherungs-)Vertreter, Anlageberater, Makler?" Dadurch wird zum einen eine größere Einheitlichkeit in der Erfassung der Viktimisierungen erreicht, gleichzeitig aber auch eher die Erinnerung an mögliche Ereignisse wachgerufen und somit eine genauere Registrierung eventueller Opfersituationen erzielt.

- Teil G: Vier Fragen zu Verbrechensfurcht und Vermeideverhalten.
- Teil F: Fünf weitere Fragen zu Verbrechensfurcht und konkreten Furchträumen.
- Teil P: Drei Fragen zu Kontakten zur Polizei.
- Teil S: Ein Item mit 13 Unterfragen zu Problemen in der Gemeinde sowie einer offenen Kategorie, wobei jedes Subitem auf einer vierstufigen Skala zu gewichtet ist von "kein Problem" bis "ein großes Problem".
- Teil M: Ein offenes Item mit drei Antwortmöglichkeiten zu Maßnahmen, die als sinnvoll zur Verbesserung der Sicherheit eingeschätzt werden.
- Teil R: Ein Item mit 8 Unterfragen zur eingeschätzten Wahrscheinlichkeit zu Opfersituationen unterschiedlicher Schwere. Erfragt wird auf einer vierstufigen Skala ("gar nicht wahrscheinlich" bis "sehr wahrscheinlich") jeweils die Wahrscheinlichkeit, daß dem Befragten in den nächsten 12 Monaten etwas derartiges passieren könnte.
- Teil D: Sechs Fragen zu demographischen Angaben des Befragten.

3. Statistische Analysen

Das Erhebungsinstrument wurde im Rahmen des Modellprojektes „Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“ in Freiburg 1997 eingesetzt. Die in diesem Zusammenhang erhobenen Daten liegen den folgenden statistischen Berechnungen zugrunde.

Insgesamt wurde der Fragebogen N = 716 Probanden im Alter von 14 Jahren oder älter vorgegeben. Am Ende der Erhebungsphase lagen 226 ausgefüllte Fragebögen vor, was einer Rücklaufquote von 38,8% bezogen auf die um stichprobenneutrale Ausfälle bereinigte Bruttostichprobe von N = 583 Befragten entspricht.

3.1. Häufigkeitsauszählungen

3.1.1 Viktimisierungen

Was die Viktimisierungshäufigkeiten betrifft, ergaben sich im Standardinventar im Vergleich zu anderen Befragungen höhere Werte. Das ist dadurch zu erklären, daß im vorliegenden Fragebogen im Vergleich zu anderen Opferstudien relativ "forciert" nach möglichen Opfersituationen gefragt wird, was eine nicht unwichtige Rolle hinsichtlich der Erinnerung an solche Viktimisierungen spielen dürfte. So werden sich die Probanden durch das ausführliche Abfragen bestimmter Orte leichter an Opferwerbungen erinnern können, da ihnen gewissermaßen Ankerreize vorgegeben werden. Die Zuverlässigkeit der erhobenen Angaben zu Viktimisierungen dürfte dadurch größer sein. Allerdings wird selbstverständlich die Vergleichbarkeit der Angaben mit weiteren Opferstudien, bei denen anders vorgegangen wurde, relativiert (vgl. oben). Das weist wiederum auf die Bedeutung eines einheitlichen Erhebungsinstrumentes hin.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Erhebung mit dem Standardinventar in Freiburg 1997, bei welcher N = 226 Personen im Alter ab 14 Jahren befragt wurden im Vergleich zu einer Opferstudie in Freiburg von 1994, bei welcher N = 1.118 Personen ab 14 Jahren mit einem anderen Instrument befragt wurden. Hierbei zeigt sich nahezu durchgehend, daß die Viktimisierungsraten bei der Erhebung mit dem Kurzinventar teilweise erheblich höher liegen als bei der Erhebung im Rahmen der

Opferstudie 1994, bei welcher weniger forciert nachgefragt wurde. Zwar könnten diese Unterschiede auch durch einen erheblichen Kriminalitätsanstieg in Freiburg in den Jahren von 1994 bis 1997 erklärt werden; hierfür, vor allem für einen so deutlichen Anstieg, spricht allerdings unseres Erachtens nichts, so daß davon ausgegangen werden muß, daß es sich um einen Methodeneffekt handelt. So liegen beispielsweise die Viktimisierungsraten 1997 im Vergleich zu 1994 ca. doppelt so hoch bei Fahrraddiebstahl (15,0 % im Vergleich zu 6,2 %), beim Diebstahl am/aus dem Auto (10,2 % zu 5,6 %), bei der Beschädigung am Auto (19,9 % zu 9,8 %) oder bei Sachbeschädigung (16,4 % zu 8,1 %). Die Gesamtprävalenzrate liegt 1997 bei 48,2 % im Vergleich zu 40,1 % im Jahre 1994. Die Varianzen der einzelnen Items sind verständlicherweise relativ groß. Antwortverweigerungen finden sich bei keinem Einzelitem in auffälliger Häufigkeit.

Besonders wurde der Frage nachgegangen, ob die offenen Fragen zu Problemen in der Gemeinde (Teil A) wesentliche ergänzende Information zur geschlossenen Frage S bringen oder ob auf die schwerer auszuwertenden offenen Fragen verzichtet werden sollte. Das Ergebnis der Analysen zeigt deutlich, daß auf die offenen Fragen nicht verzichtet werden kann, da hier eine erhebliche Differenzierung der von den Bürgern erlebten Probleme der Gemeinde gegeben wird, die mit der geschlossenen Frage S in diesem Umfang nicht erreicht wird. Vor allem können mit einer geschlossenen Frage naheliegenderweise kaum ortsspezifische, mehr oder weniger nur hier gegebene Problemlagen erfaßt werden. So wurden an Problemen in den drei Gemeinden am häufigsten genannt von 10,8% Arbeitslosigkeit; 7,5% Finanzen; 6,6% Verkehr; 3,9% Sauberkeit/Müll; 3,9% Kriminalität; 3,6% fehlende Jugendfreizeit; 3,6% Asylanten; 3,3% fehlendes Verständnis/Toleranz und 3,0% Drogen.

Hieraus wird – wie auch in anderen Studien immer wieder festgestellt – deutlich, daß Kriminalität keineswegs das von den Bürgern als am dringendsten erlebte Problem darstellt. Zudem ergeben sich weitere Kategorien, welche im, insbesondere auf die Wahrnehmung von Verwahrlosungserscheinungen ausgerichteten, geschlossenen Fragenblock S keinen Niederschlag finden (z.B. Arbeitslosigkeit)

3.1.2 Kriminalitätsfurcht

Weiterhin prüften wir, wieweit es sinnvoll ist und zusätzliche Information liefert, sowohl nach den Gründen möglicher Furcht in der eigenen Wohngegend als auch in anderen Gegenden der Gemeinde zu fragen. Hierbei ging es stets darum, möglicherweise redundante Fragen zu streichen, um zu einem möglichst kurzen Inventar zu gelangen. Die Häufigkeitsauszählung zeigte jedoch deutlich, daß die Gründe für die Ängste in unterschiedlichen Stadtgebieten sich erheblich voneinander unterscheiden, also mittels der beiden Items durchaus ortsspezifische “Angstfaktoren” erfaßt werden. So wurden als Gründe für Angst im eigenen Wohngebiet vor allem angegeben – 16,8% dunkle Gegenden, – 10,7% Ausländer/Asylanten/Aussiedler, – 9,4% Gewaltdelikte/Überfälle, – 8,7% soziale Randgruppen, – 8,7% Einbrüche, – 7,4% wenig belebte Gegend. Als Gründe für Ängste in anderen Gebieten der Gemeinde wurden dagegen vor allem genannt – 14,3% (aggressive) Jugendliche/Jugendbanden, – 13,8% Gewaltdelikte/Überfälle, – 12,7% soziale Randgruppen, – 7,9% soziale Struktur/Strukturunterschiede, – 7,4% Ausländer/Asylanten/Aussiedler, – 6,3% allgemein viele Straftaten. Solche differenzierten Angaben können gezielte Hinweise für sinnvolle kommunale Kriminalpräventive Maßnahmen geben.

Um zu überprüfen, wieweit die mit Items des Standardinventars erfaßte Verbrechensfurcht mit den in anderen Studien gewonnenen Werten übereinstimmt, verglichen wir die Ergebnisse der Erhebung von 1997 mit der Opferstudie 1994 hinsichtlich der in beiden Studien vorkommenden identischen Angstitems (vgl. Tabelle 2). Wiederum sollten nur deutliche Unterschiede interpretiert werden, da selbstverständlich auch davon ausgegangen werden muß, daß Unterschiede zwischen beiden Erhebungen nicht nur auf das jeweils verschiedene Instrument, sondern auch auf eine sich tatsächlich veränderte Verbrechensfurcht zurückgehen. Auch aufgrund weiterer Opferstudien kann begründet angenommen werden, daß sich die Verbrechensfurcht der Bürger, insbesondere in Westdeutschland, also auch in Freiburg, in den Jahren von 1994 bis 1997 nicht wesentlich verändert hat, vor allem auch nicht mehr – wie in den Jahren davor – mehr oder weniger deutlich gestiegen ist. Die

Ergebnisse der beiden Studien zeigen eine relative Konstanz hinsichtlich der Verbrechensfurcht in beiden Jahren, was diese Annahme bestätigt.

3.2. Faktorenanalysen – Itemanalysen

Um zu prüfen, wieweit Items mit mehreren Subitems bzw. Items zu ähnlichen Bereichen dieselben Dimensionen erfassen und welchen Informationsgehalt die einzelnen Items haben, wurden Faktoren- und Itemanalysen durchgeführt.

3.2.1 Probleme in der Wohngegend (Teil S):

Zunächst wurde der S-Block (Probleme in der Wohngegend) einer umfassenden statistischen Analyse unterzogen. Ziel hierbei war es, der Frage nachzugehen, inwieweit auf einzelne, wenig zur Gesamtinformation beitragende Items verzichtet werden könnte.

Der S-Block umfaßt 13 Unterfragen, welche einer Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation unterzogen wurden. Die Ergebnisse sind in Tabelle 3 dargestellt. Es zeigte sich deutlich eine Zweifaktorenlösung, wobei Faktor I vor allem solche Items umfaßt, die Verwahrlosungserscheinungen im Wohnviertel umschreiben ("Incivilities"), während auf Faktor II lediglich die beiden auf Verkehrsprobleme bezogenen Items bedeutsam laden (undiszipliniert fahrende Autofahrer; falsch oder behindernd parkende Autos). Die Items S2 (heruntergekommene und leerstehende Gebäude), S3 (fliegende Händler, Haustürgeschäfte), S11 (Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus) und S12 (herumstehende Aowracks) zeigten relativ schiefe Verteilungen, sie hatten in der Faktorenanalyse die niedrigsten Kommunalitäten und entsprechend auch in der Itemanalyse relativ niedrige Werte (wenn auch nicht die niedrigsten). Das mag – zumindest teilweise – mit der spezifischen Stichprobe der Untersuchung (zahlreiche Befragte mit überdurchschnittlicher Schulbildung; Freiburg als weitgehend sozial nur moderat belastete Großstadt) zusammenhängen.

Eine weitere Faktorenanalyse ohne diese vier Fragen brachte in der Faktorenanalyse deutlichere Resultate, vor allem eine Steigerung in der insgesamt aufgeklärten Varianz (61,3%). Bei der Reliabilitätsanalyse zeigte sich allerdings, daß ein Ausschluß der Variablen zu keiner weiteren Steigerung der internen Konsistenz führte. Da zudem, wie oben bereits ausgeführt, Freiburg von seiner Bevölkerungsstruktur nicht als repräsentativ für die deutschen Städte angesehen werden kann, entschieden wir uns, diese Items im Fragebogen zu belassen. Kerngedanke war dabei, daß es mit Hilfe des Inventars auch möglich sein sollte, diesbezüglich belastete Städte untersuchen zu können.

3.2.2 Angenommene Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung/Beunruhigung durch Opferwerdung

Die erste Version des Kurzinventars enthielt einen Fragenblock B mit insgesamt acht Subitems zum Bereich Verbrechensfurcht ("Manche Leute haben viele Gründe, sich unsicher zu fühlen. Bitte kreuzen Sie zu jeder Vorgabe auf dieser Liste an, inwieweit Sie sich zur Zeit dadurch beunruhigt fühlen"). Die acht Subitems waren identisch mit denen des Blocks R in der zweiten Version des Standardinventars ("Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Ihnen persönlich solche Dinge in Ihrer Wohngegend im Laufe der nächsten 12 Monate tatsächlich passieren werden?"). Beide Fragen erfassen Aspekte der Verbrechensfurcht, Block R die angenommene Wahrscheinlichkeit eines Risikos, Block B die durch eine solche Annahme verursachte Beunruhigung.

Um die Frage zu klären, inwieweit evtl einer der beiden Fragenblöcke (B bzw. R) aus der Endfassung des Inventars ausgeschlossen werden kann, wurden beide einer Faktorenanalyse unterzogen. Es ergaben sich je zwei deutlich voneinander abgehobene Faktoren, die Strukturen beider Faktorenanalysen waren weitgehend identisch (vgl. Tabellen 4 und 5). Auch die Reliabilitätsanalysen erwiesen sich als nahezu gleich. Dieses Ergebnis deutet zwar darauf hin, daß einer der beiden Blöcke entfernt werden kann, ein deutlicher Hinweis, um welchen es sich dabei handeln kann, ist jedoch nicht gegeben.

Tabelle 4 enthält im Einzelnen die Ergebnisse der Faktorenanalyse des Itemblocks R (acht Subitems, Wahrscheinlichkeit einer persönlichen Viktimisierung innerhalb der nächsten 12 Monate). In der ersten Analyse wurden sämtliche acht Subitems berücksichtigt. Es ergab sich eine eindeutige

Zweifaktorenlösung, wobei auf Faktor I alle diejenigen Items eine höhere Ladung aufwiesen, die sich auf die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer nicht-sexuellen Viktimisierung bezogen, während die beiden Items zum Risiko einer sexuellen Viktimisierung (Vergewaltigung oder sexueller Angriff, sexuelle Belästigung) Faktor II charakterisierten. Beide Faktoren klären 64,9% der Gesamtvarianz auf. Die beiden Items „Verletzung durch einen Verkehrsunfall“ (R1) bzw. „Einbruch in die Wohnung/in das Haus“ (R4) zeigen mit .42 bzw. .39 relativ niedrige Kommunalitäten. Entsprechend niedrig fallen in der Itemanalyse die Trennschärfekoeffizienten aus (.49 bzw. .47). Nach Entfernen dieser beiden Subitems und Durchführung einer weiteren Faktorenanalyse mit den restlichen 6 Items ergaben sich nur geringfügig günstigere Ergebnisse (vgl. Tabelle 4). Die Zweifaktorenstruktur blieb erhalten, die aufgeklärte Varianz stieg auf 76,8 %. Die interne Konsistenz (Cronbachs Alpha) lag bei Skala I bei .84 und bei Skala II bei .93. Da der Qualitäts-Zuwachs der Skala nur relativ gering war, wurde entschieden, die genannten Items zum Verkehrsunfall und zum Wohnungseinbruch im Fragebogen zu belassen. Einerseits stellt der Wohnungseinbruch – trotz seiner faktisch geringen Auftretenswahrscheinlichkeit – ein besonders schweres Delikt dar, so daß Personen, welche hier ein erhöhtes Viktimisierungsrisiko sehen, einer erheblichen Belastung ausgesetzt sind. Andererseits kann der Verkehrsunfall als eine Art Referenzgröße für die kriminellen Viktimisierungen betrachtet werden, so daß eine Abschätzung der Relevanz des jeweiligen Deliktes möglich ist. Auch die Faktorisierung der Items des Blocks B ergibt einen Faktor hinsichtlich nicht-sexueller Viktimisierungen und einen weiteren bezüglich Sexualdelikten. Entgegen der Analyse des R-Blocks sind es jedoch hier die Items „Verletzung durch einen Verkehrsunfall“ (B1) und „angepöbelt zu werden“ (B2), welche eher geringe Kommunalitäten und Trennschärfen aufweisen (vgl. Tabelle 5). Erneut führt die Löschung dieser beiden Items zu einer Verbesserung der Varianzaufklärung von 66,2% auf 78,1%, durch die Testverkürzung läßt sich aber kein Zuwachs in der internen Konsistenz der Skala I beobachten. Somit bleibt es auch hier der inhaltlichen Erwägung überlassen, ob und wenn ja welches Item gelöscht werden kann.

Vorab wäre jedoch zu klären, welcher der beiden Blöcke (R oder B) in der Endversion des Standardinventars erhalten bleiben soll.

3.2.3 Weitere Items zur Verbrechensfurcht

Mit Hilfe der ersten Version des Fragebogens sollte ermittelt werden, ob das sogenannte „Standardfurchtitem“ („Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?“; vormals S1, jetzt G1) durch eine kürzere Version („Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend?“; U1) ersetzt werden kann. Hierzu wurden diese, emotionale Aspekte der Furcht messenden Items – sie waren in unterschiedlichen Fragebögen vorgegeben worden – zusammen mit den Fragen desselben Themenspektrums „Wie oft denken Sie selbst daran, Opfer einer Straftat zu werden?“ (F1) und „Wie oft haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“ (F2) einer Faktoren- und Reliabilitätsanalyse unterzogen. Sowohl mit Item S1 als auch mit Item U1 ergab sich eine Ein-Faktorenstruktur (vgl. Tabelle 6). Während mit Item S1 72,1% der Varianz aufgeklärt wurde, lag dieser Anteil bei U1 bei nur 63,8%. Entsprechend lagen die Trennschärfen unter Bedingung S1 zwischen .60 und .79, bei U1 zwischen .41 und .63. Auch das Maß der internen Konsistenz (.81 vs. .70) spricht für eine Bevorzugung des Standarditems S1. Dies scheint mit anderen Variablen emotionaler Kriminalitätsfurcht ein homogeneres Konstrukt zu bilden als eine gekürzte Itemversion.

3.2.4 Gesamtanalyse der Kriminalitätsfurcht

Um letztlich zu entscheiden, welche Furchtvariablen in die Endversion des Standardinventars aufgenommen werden sollen, wurden mit den Variablen des F-Blocks, der Variablen S1 sowie einerseits den Items des R- und andererseits des B-Blocks getrennte Faktorenanalysen durchgeführt (vgl. Tabellen 7 und 8). Betrachtet man zunächst die in Tabelle 7 dargestellte Faktorenanalyse unter Einbezug des R-Blocks, so ergibt sich eine 3-Faktorenlösung, welche insgesamt 67,5% der Gesamtvarianz aufklärt. Die Faktorenstruktur ist dabei weitgehend eindeutig, so erfaßt Faktor I sowohl die emotionalen Furchtvariablen als auch das eingeschätzte Risiko, Opfer einer Sexualstraftat zu wer-

den. Dies ist insofern plausibel, als diese beiden Delikte erheblich angstbesetzt sind und auch die generelle Kriminalitätsfurcht bei Frauen größer ist als bei Männern, die ihr Viktimisierungsrisiko bezüglich Sexualdelikten als sehr gering einschätzen dürften. Faktor I ist insofern auch ein „Geschlechtfaktor“. Faktor II umfaßt Körperverletzungs- und Faktor III Diebstahlsvariablen, einschließlich des Verkehrsunfalls. Der Raubüberfall läßt sich keinem Faktor zuordnen, auch dies ist plausibel, da einerseits Gewalt- mit Eigentumsdelikt verbunden ist und andererseits die Antizipation eines Raubes mit erheblich Furcht verbunden sein dürfte.

Die in Tabelle 8 dargestellte Faktorenanalyse der Furchtvariablen unter Einbezug des B-Blocks ergibt eine 2-Faktorenlösung, welche 61,3% der Varianz aufklärt. In bezug auf Faktor I kann man eine ähnliche Struktur wie bei der vorherigen Faktorenanalyse mit den R-Variablen feststellen und auch der zweite Faktor zeigt vergleichbare Ladungsschwerpunkte. Allerdings lassen sich die Variablen B2 „angepöbelt werden“, B3 „geschlagen und verletzt werden“ sowie B5 „überfallen und beraubt werden“ nicht eindeutig zuordnen. Eine Erhöhung der Faktorenzahl führt dabei zu keinem verbesserten Ergebnis.

Aus diesen Analysen folgt, daß sich die Variablen des R-Blocks „Risikoeinschätzung“ besser in die Struktur der weiteren Kriminalitätsfurchtvariablen einbinden lassen als die des B-Blocks „Befürchtung“. Dies legt, auch unter Berücksichtigung der zuvor dargestellten ähnlichen Strukturen von B und R, nahe, in das endgültige Instrument nur den R-Block aufzunehmen.

4. Diskussion

Im Rahmen der Opferforschung durchgeführte Surveys und die hier gefundenen Resultate sind aufgrund der Unterschiedlichkeit der Erhebungsinstrumente sowie der Art der Datenerhebung wenn überhaupt nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Hierin ist ein erheblicher Nachteil gerade auch der deutschen Opferforschung zu sehen. Längsschnittvergleiche, etwa hinsichtlich der Entwicklung der Viktimisierungsraten, der Verbrechensfurcht in der Bevölkerung oder der Einstellung zu Sanktionen sind vor diesem Hintergrund nur mit großen Einschränkungen möglich. Lediglich eine Standardisierung der Erhebungsinstrumente und des methodischen Vorgehens könnte hier wesentlich weiterhelfen. Andererseits stellen sich bei jeder Datenerhebung vor dem Hintergrund der Entwicklung der Diskussion in Kriminologie und Viktimologie neue aktuelle Fragen, die durch eine vollständige Standardisierung der Gesamterhebung in ihrer Bearbeitung behindert würden.

Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Erhebungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention, etwa für die Erstellung von Kriminalitätslagebildern. Auch hier gilt es einerseits, die besonderen Aspekte hinsichtlich Kriminalität oder sonstiger Probleme einer Gemeinde – etwa in Bezug auf Jugendliche, Ausländer, Frauen oder alte Menschen – individuell zu berücksichtigen, andererseits besteht aber gerade von Seiten der Kommunen ein erhebliches Bedürfnis nach vergleichbaren Daten, um so in etwa die Kriminalitätsbelastung der eigenen Gemeinde vergleichend einschätzen zu können. Es wird also darauf ankommen, ein hierauf besonders zugeschnittenes Erhebungsinstrument zu schaffen. Wir schlagen deshalb ein kombiniertes Vorgehen derart vor, daß zukünftige Erhebungsinstrumente insofern zweigeteilt sind, als sie – möglichst am Anfang – einen standardisierten Teil enthalten, der jeweils in derselben Form eingesetzt wird, darüber hinaus einen individuell entwickelten zweiten Fragebogenteil umfassen, der spezifisch für die vorliegende Fragestellung bzw. die Gemeinde entwickelte Items beinhaltet.

Was den standardisierten Teil betrifft, legen wir hier ein vor allem für Umfragen im Bereich der Kommunalen Kriminalprävention entwickeltes kurzes Erhebungsinstrument vor. Dieser Standardfragebogen wurde ersten statistischen Analysen unterzogen, die vor allem dazu dienten, die testtheoretische Qualität der einzelnen Items zu überprüfen. In der letzten Version des Erhebungsinstrumentes sind wenig brauchbare Items nicht mehr enthalten, was auch zu einer Kürzung des Fragebogens beitrug. Der Fragebogen enthält Aspekte und Bereiche, zu denen Informationen und Kenntnisse sich als fruchtbar und wichtig bei der Planung von Maßnahmen zur Kommunalen Kriminalprävention erwiesen haben.

Literatur

- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg (2000): Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention. 2. überarbeitete Auflage. Stuttgart.
- Kury, H. (1991): Victims of crime - Results of a representative telephone survey of 5.000 citizens of the former Federal Republic of Germany. In: G. Kaiser, H. Kury; H.-J. Albrecht (Hrsg.), Victims and criminal justice Vol. 1. Freiburg, S. 265-304.
- Kury, H. (1993): Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen - erläutert am Beispiel einer Opferstudie. In: G. Kaiser; H. Kury (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 90er Jahren. Freiburg, S. 321-410.
- Kury, H. (1994): Zum Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 77, S. 22-33.
- Kury, H. (1995): Wie restitativ eingestellt ist die Bevölkerung? Zum Einfluß der Frageformulierung auf die Ergebnisse von Opferstudien. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 78, S. 84-98.
- Kury, H.; Dörmann, U.; Richter, H.; Würger, M. (1996): Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Obergfell-Fuchs, J.: Ansätze und Strategien Kommunaler Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Bd. 95, Freiburg i. Br. 2001.
- van Dijk, J. J. M.; Killias, M.; Mayhew, P. (1990): Experiences of crime across the world. Key findings from the 1989 international crime survey. Deventer, Boston.

Tabelle 1: Vergleich der Prävalenzraten der Freiburger Studie 1994 mit dem Kurzfragebogen 1997

Delikte	Freiburg 1994		Freiburg 1997	
	n	%	n	%
Diebstahl-PKW	5	0,4	3	1,3
Diebstahl-Krad	12	1,1		
Diebstahl-Fahrrad	69	6,2	34	15,0
Diebstahl am/aus dem Auto	63	5,6	23	10,2
Beschädigung am Auto	110	9,8	45	19,9
Wohnungseinbruch	29	2,6	13	5,8
versuchter Wohnungseinbruch	38	3,4		
Sachbeschädigung	90	8,1	37	16,4
Betrug/Täuschung	–	–	17	7,5
Raub	21	1,9	6	2,7
Diebstahl persönlichen Eigentums	144	12,9	29	12,8
tätlicher Angriff/Bedrohung	96	8,6	27	11,9
sexueller Angriff/Belästigung*	25	2,2	1**	0,4
Gesamtprävalenzrate	448	40,1	109***	48,2

* ohne freches Benehmen

** insgesamt 23 Befragte (10,2%) gaben freches Benehmen an

*** ohne Betrug/ohne freches Benehmen (mit Betrug n = 112, 49,6%)

Tabelle 2: Vergleich der Furchtvariablen Freiburg 1994 – Kurzfragebogen Freiburg 1997

		Freiburg 1994		Freiburg 1997	
		n	%	n	%
Sicherheitsgefühl nachts draußen allein in Wohngegend	sehr sicher	124	11,3	17	14,9
	ziemlich/eher sicher	632	57,6	56	49,1
	ziemlich/eher unsicher	276	25,1	33	28,9
	sehr unsicher	66	6,0	8	7,0
Meiden bestimmter Orte aus Furcht	ja	425	44,4	53	45,5
	nein	532	55,6	172	54,5
Gedanke an Opferwerdung	sehr oft	26	2,4	15	6,6
	oft	122	11,1	36	15,9
	manchmal	777	70,8	135	59,7
	nie	173	15,8	40	17,7
Angst vor Opferwerdung in Wohngegend	sehr oft	41	3,8	13	5,8
	ziemlich oft/oft	172	15,8	28	12,6
	selten/manchmal	623	57,4	114	51,1
	nie	250	23,0	68	30,5

Tabelle 3: Faktorisierung der Variablen S01 bis S13

	Faktorenanalyse 1			Reliab. 1		Faktorenanalyse 2			Reliab. 2	
	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II
S01 sich langweilende, nichtstuende Jugendl.	.72	.12	.54	.64		.75	.15	.58	.68	
S02 heruntergekomm. leerstehende Gebäude	.58	.07	.34	.51		Item gelöscht				
S03 fliegende Händler, Haustürgeschäfte	.50	.22	.29	.44		Item gelöscht				
S04 zerstörte Telefonzellen	.75	.15	.58	.68		.73	.15	.55	.65	
S05 Drogenabhängige	.71	.20	.55	.68		.74	.22	.59	.68	
S06 Betrunkene	.72	.20	.55	.66		.75	.21	.60	.67	
S07 besprühte/beschmierte Hauswände	.73	.12	.55	.69		.75	.10	.57	.69	
S08 Schmutz/Müll in Straßen, Grünanlagen	.69	.24	.53	.64		.72	.24	.58	.67	
S09 undiszipliniert fahrende Autofahrer	.22	.79	.68		.48	.24	.82	.72		.48
S10 zu viele Ausländer/Asylbewerber	.73	.07	.54	.67		.75	.07	.56	.65	
S11 Ausländerfeindlichkeit/Rechtsextrem.	.55	.29	.39	.52		Item gelöscht				
S12 herumstehende Autowracks	.64	.33	.52	.62		Item gelöscht				
S13 falsch, behindernd parkende Autos	.11	.86	.76		.48	.12	.86	.75		.48
λ	5,67	1,16		$\alpha =$.89	$\alpha =$.64	4,37	1,15		$\alpha =$.88	$\alpha =$.64
Var. %	43,6	8,9	52,5			48,6	12,8	61,3		

Tabelle 4: Faktorisierung der Variablen R01 bis R08

Wahrscheinlichkeit in den nächsten 12 Monaten ...	Faktorenanalyse 1			Reliabilität 1		Faktorenanalyse 2			Reliabilität2	
	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II
R01 durch Ver- kehrsunfall verletzt	.65	.03	.42	.49		Item gelöscht				
R02 angepöbelt wer- den	.69	.18	.50	.55		.80	.11	.50	.63	
R03 geschlagen und verletzt werden	.75	.16	.58	.64		.85	.09	.58	.71	
R04 Wohnungsein- bruch	.62	.08	.39	.47		Item gelöscht				
R05 Raub	.81	.28	.73	.76		.80	.28	.73	.71	
R06 Diebstahl	.80	.22	.69	.72		.76	.24	.69	.65	
R07 Vergewaltigung /sex. Angriff	.19	.95	.93		.88	.19	.95	.93		.88
R08 sex. Belästi- gung	.19	.95	.93		.88	.20	.95	.93		.88
λ	3,82	1,37		$\alpha =$.83	$\alpha =$.93	3,31	1,30		$\alpha =$.84	$\alpha =$.93
Var. %	47,7	17,1	64,9			55,2	21,7	76,8		

Tabelle 5: Faktorisierung der Variablen B01 bis B08

zur Zeit beunruhigt durch...	Faktorenanalyse 1			Reliabilität 1		Faktorenanalyse 2			Reliabilität 2	
	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II	FI	FII	h ²	Sk. I	Sk. II
B01 durch Verkehrsunfall verletzt	.60	-.03	.42	.37		Item gelöscht				
B02 angepöbelt werden	.60	.34	.50	.54		Item gelöscht				
B03 geschlagen und verletzt werden	.68	.39	.58	.65		.69	.35	.58	.62	
B04 Wohnungseinbruch	.77	.12	.39	.60		.84	.07		.64	
B05 Raub	.80	.39	.73	.79		.83	.34	.73	.80	
B06 Diebstahl	.74	.28	.69	.66		.81	.22	.69	.68	
B07 Vergewaltigung /sex. Angriff	.19	.94	.93		.89	.24	.94	.93		.89
B08 sex. Belästigung	.21	.93	.93		.89	.24	.94	.93		.89
λ	4,13	1,16		$\alpha =$.83	$\alpha =$.94	3,58	1,10		$\alpha =$.84	$\alpha =$.94
Var. %	51,7	14,5	66,2			59,7	18,4	78,1		

Tabelle 6: Faktorisierung der Variablen U2 bis U4

Furchtitems	Analyse mit S1			Analyse mit U1		
	Faktorenanalyse 1		Relia- bilität1	Faktorenanalyse 2		Relia- bilität2
	FI	h ²	Sk. I	FI	h ²	Sk. I
F1 Gedanke an Opferwerdung	.80	.65	.60	.83	.69	.55
F2 Angst vor Opferwerdung in Wohngegend	.91	.83	.79	.88	.77	.63
S1 „Standarditem“/ U1 Sicherheitsgefühl in Wohngegend	-.83	.69	.61	-.68	.46	.41
λ	2,16		$\alpha = .81$	1,91		$\alpha = .70$
Var. %	72,1			63,8		

Tabelle 7: Faktorisierung der Furchtvariablen unter Einbezug des R-Blocks

Furchtitems	Faktorenanalyse			
	FI	FII	F III	h ²
F1 Gedanke an Opferwerdung	-.71	-.12	-.12	.54
F2 Angst vor Opferwerdung in Wohngegend	-.78	-.29	-.03	.69
S1 „Standarditem“	.69	.26	.13	.56
R01 Wahrsch. durch Verkehrsunfall verletzt	.02	.10	.65	.43
R02 Wahrsch. angepöbelt werden	.23	.88	.00	.82
R03 Wahrsch. geschlagen und verletzt werden	.20	.86	.29	.83
R04 Wahrsch. Wohnungseinbruch	.17	-.07	.84	.74
R05 Wahrsch. Raub	.46	.52	.53	.76
R06 Wahrsch. Diebstahl	.28	.38	.67	.68
R07 Wahrsch. Vergewaltigung /sex. Angriff	.82	.09	.17	.70
R08 Wahrsch. sex. Belästigung	.80	.12	.17	.69
λ	4,86	1,38	1,18	
Var. %	44,2	12,6	10,7	67,5

Tabelle 8: Faktorisierung der Furchtvariablen unter Einbezug des B-Blocks

Furchtitems	Faktorenanalyse		
	FI	FII	h ²
F1 Gedanke an Opferwerdung	-.67	-.22	.49
F2 Angst vor Opferwerdung in Wohngegend	-.83	-.18	.72
S1 „Standarditem“	.70	.31	.59
R01 Beunruhig. durch Verkehrsunfall verletzt	.03	.56	.32
R02 Beunruhig. angepöbelt werden	.47	.51	.48
R03 Beunruhig. geschlagen und verletzt werden	.52	.55	.57
R04 Beunruhig. Wohnungseinbruch	.13	.81	.68
R05 Beunruhig. Raub	.58	.68	.80
R06 Beunruhig. Diebstahl	.29	.76	.66
R07 Beunruhig. Vergewaltigung /sex. Angriff	.85	.10	.73
R08 Beunruhig. sex. Belästigung	.84	.16	.72
λ	5,44	1,30	
Var. %	49,4	11,9	61,3

III. Teil: Kriminalprävention auf kommunaler Ebene – die Sicht von Kommune und Polizei

A. Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus Sicht der Kommune

Reinhard Wiesinger

Beitrag der Großen Kreisstadt Calw zur Kommunalen Kriminalprävention

Initiiert wurde das Projekt „Kommunale Kriminalprävention“ Ende des Jahres 1993 von Prof. Dr. Feltes von der Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen, wobei mit anderen ausgesuchten Städten die Große Kreisstadt Calw ebenfalls mit an diesem Projekt beteiligt wurde. Es bedurfte intensiver Überzeugungsarbeit, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Calw dieses Projekt näher zu bringen, zumal aufgrund des überproportionalen Anteils an Ausländern innerhalb der Kernstadt von Calw gleichzeitig eine überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate vermutet wurde. Zunächst beteiligte die Stadtverwaltung in hervorragender Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei Calw verschiedene Gruppierungen wie z. B. Vertreter von Schulen, Vereinen, politischen Parteien, um in regelmäßigen Arbeitskreisen die Belange der Kommunalen Kriminalprävention näher zu verdeutlichen. Es stellte sich leider heraus, daß die hohe Anzahl an Vertretern verschiedener Interessengruppen bzw. Verbänden nicht effektiv in Arbeitskreisen arbeiten konnte und dadurch lediglich zu Diskussionsrunden mutierte. Problemkreise wurden insbesondere im Hinblick auf Erkenntnisse aus Gefühlen, Ängsten und Verhalten der Calwer Bürger im Innenstadtbereich, städtebauliche Planungsansätze bzw. Entwicklungen im Hinblick auf Kriminalpräventionen, Ladendiebstähle, Diebstahlsicherungen und auch bezüglich des für uns seinerzeit wichtigen Problemkreises ZOB erörtert. Sämtliche Themenkreise wurden lediglich oberflächlich angesprochen, so daß für die Große Kreisstadt Calw keine wesentlichen speziellen Erkenntnisse sichtbar wurden. Dies geschah erst, als wenig später spezifische Arbeitskreise für bestimmte Themen gebildet wurden. Für diesen Zweck wurden zunächst Grundlagenuntersuchungen in Form von Fragebögen vorgenommen, die zunächst die Bedürfnisse und Ängste der Calwer Bürgerinnen und Bürger sichtbar werden ließen.

Bei der Umfrage wurde als **das** Problemgebiet schlechthin der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) von nahezu allen Befragten genannt. Deutliche Defizite wurden hauptsächlich in den drei Bereichen Jugendarbeit, Stadtteilarbeit und bauliche Verhältnisse in der Stadt ermittelt. Das Problem Ausländer ist nur dort ein Problem, wo hauptsächlich jugendliche Ausländer in Gruppen auftreten und durch die zahlenmäßige Dominanz ein Gefühl von Unbehagen verursachen.

Der Stadt Calw war bekannt, daß sich andere Städte aus dem Projekt zunehmend zurückzogen, weil sie dieser personal- und kostenintensiven Angelegenheit an und für sich keine wesentliche Bedeutung mehr beimaßen. Die Stadt Calw selbst blieb an dieser Thematik dran und wollte auch erste Ergebnisse aus den Untersuchungen nach außen hin deutlich machen. Dies zeigte sich im Jahr 1995 durch die Aufstellung eines sogenannten Polizeicontainers im ZOB, der über den Zeitraum von einem Jahr dort installiert wurde. Umfragen in der Bevölkerung sowohl von der Presse als auch von der Verwaltung zeigten deutlich auf, daß das subjektive Sicherheitsgefühl dadurch wesentlich gesteigert wurde. Nach einem Jahr wurde dieser Container wieder entfernt und die Stadt machte sich nunmehr auf die Suche, mittelfristig im Kernstadtbereich eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Calw zu installieren. Dies ist der Stadt im Herbst 1998 gelungen, so daß direkt auf dem Marktplatz der langersehnte Wunsch der direkten Präsenz in Erfüllung gehen konnte. Ein sogenanntes Sicherheitsbüro mit der Bezeichnung „Treffpunkt Sicher in Calw“ wurde direkt von der Stadt angemietet und wird wechselweise von städtischen Bediensteten (Vollzugsbeamte), freiwilligem Polizeidienst sowie Polizeibeamten und Kriminalbeamten der Polizeidirektion Calw besetzt. Insgesamt ist das Büro für die Bevölkerung in Calw 35 Stunden in der Woche erreichbar.

Im Ergebnis kann die Stadt Calw zu Recht mit Stolz auf die Entwicklungsarbeit zurückblicken. In Fortsetzung der Kommunalen Kriminalprävention und laufender Kooperation wurde im Mai 1998 eine weitere Lenkungsgruppe gebildet. Diese ist verantwortlich für die Entgegennahme vielfältiger Denkipulse und Nachrichten aus der Bevölkerung und für die Weiterleitung an die entsprechen-

den zuständigen Stellen. Die Aufgaben der Kommunalen Kriminalprävention in Calw werden kontinuierlich und konsequent fortgeführt. Dies geschieht durch gezieltes Vorgehen gegen Ordnungsstörungen, zeitnahe Sanktionen, Durchführung strategischer Kriminalitätsanalysen in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei, stärkere Aufklärung der Bevölkerung über örtliche Medien, Aktionen wie Begleitservice „Sicherer Weg – sicherer Schulweg“, Jugendaktionen in Kooperation mit dem Jugendhaus Calw, Spielplatzbetreuungen in Kooperation mit dem städtischen Bauhof, Sicherheit in Bussen und Bahnen in Zusammenarbeit mit der Verkehrsgemeinschaft Calw, mehr Straßenbeleuchtung in dunklen Ecken in Kooperation mit dem städtischen Hochbauamt, integrative Bauleitplanung für neue Baugebiete, Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie Aufklärungsarbeit in Schulen.

Einen wichtigen Bestandteil der Kommunalen Kriminalprävention stellt derzeit zweifellos – weil Handlungsbedarf besteht – die Aktion für mehr Sauberkeit in der Stadt Calw dar.

Die Finanzierung des Büros „Treffpunkt Sicher in Calw“ erfolgt durch die Stadt Calw und unter Mithilfe durch den Polizeivollzugsdienst, insbesondere auch mit schon vorhandener Ausstattung. Die Stadt Calw leistet einen jährlich laufenden Mietkostenzuschuß in Höhe von 8.000,- DM.

Durch die Bildung eines Fördervereins besteht nachweislich eine größere Akzeptanz in der Öffentlichkeit, wobei weitere Mitglieder zwecks Finanzierung geworben werden können.

Kommunale Kriminalprävention – Konzeption in Freiburg

Über Kommunale Kriminalprävention wird in Deutschland zwischenzeitlich seit über zehn Jahren ausführlich diskutiert. In Baden-Württemberg wurde 1993 das Pilotprojekt “Kommunale Kriminalprävention” initiiert, an dem sich auch Freiburg beteiligt hat. Dass kriminalpräventive Maßnahmen auf der kommunalen Ebene richtig angesiedelt sind, beruht zurecht auf der Einsicht, dass Probleme dort am ehesten und besten gelöst werden können, wo sie entstehen.

Nachfolgend sollen einige Punkte dargestellt werden:

- einige grundsätzliche Anmerkungen zum Ansatz der Kommunalen Kriminalprävention
- Handlungsfelder für kriminalpräventive Ansätze in einer Stadt
- Organisationsstruktur und bisher durchgeführte Projekte im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention.

Kriminalprävention ist ein Konzept, bei dem die demographischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten einen wichtigen Rahmen bilden.

- Mit rund 200.000 Einwohnern gehört Freiburg zu den größeren Städten im Land.
- Der Ausländeranteil in der Stadt liegt bei 12%.
- Jeder fünfte Freiburger ist älter als 60 Jahre.
- Freiburg ist eine expandierende Stadt (Neubaustadtteile Vauban und Rieselfeld).
- Die Stadt hat eine hohe Lebensqualität. Nicht zuletzt aufgrund des warmen Klimas und des südlichen Flairs spielt die Nutzung des öffentlichen Raumes eine große Rolle.
- Die Grenze zu Frankreich und der Schweiz prägt die Stadt. Als Messe- und Touristenstadt hat Freiburg ein hohes internationales Besucheraufkommen und viele Durchreisende.

1. Grundsätzliche Anmerkungen

a) Aspekte der Sicherheit zählen zu den Themen, die Bürger schon immer stark beschäftigen. Wir bewegen uns heute in einer offenen, globalisierenden Welt und befinden uns in einem raschen gesellschaftlichen Wandlungsprozess.

Das eröffnet neue Chancen und Möglichkeiten. Dies erzeugt aber auch Risiken und Gefahren und stellt gewohnte Sicherheiten und Identitäten in Frage. Dies sind mit Gründe dafür, dass das Thema in der Öffentlichkeit auf eine hohe Sensibilität und Interesse stößt.

b) Über das Thema öffentliche Sicherheit und Kriminalität wird auf den unterschiedlichsten Ebenen seit Jahren verstärkt diskutiert. Meinungsumfragen zufolge äußern immer mehr Bürger Zweifel an der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz vor Kriminalität durch den Staat und seine Institutionen. Die Mediengesellschaft mit ihren Sensationsmeldungen und spektakulären Fällen trägt hierzu maßgeblich bei.

Eine versachlichte Diskussion und eine differenzierte Betrachtung und Bewertung einschlägiger Statistiken und Meinungsbilder ist deshalb gerade in diesem Bereich notwendiger denn je.

c) Unter dem Leitbild der “sicheren Stadt” wird derzeit viel über neue Sicherheitskonzepte diskutiert. Bill Bratton, der frühere Polizeichef von New York, wurde vor zwei Jahren zum berühmtesten Polizisten der Welt. Noch heute sehen viele auch in Deutschland in dem von ihm propagierten Ansatz eine Patentlösung des Kriminalitätsproblems. Prävention statt Reaktion wurde in diesem Zusammenhang zu einem geflügelten Wort, die “Null-Toleranz” Politik zu einem politischen Motto: wo immer sich ein Sicherheitsrisiko auftut, sofort polizeilich präsent sein und eingreifen.

Freiburg ist weit davon entfernt, Verhältnisse wie in New York zu haben. Auch sind die dort getroffenen Maßnahmen nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Null-Toleranz läßt sich nicht mit den Vorstellungen einer lebendigen Stadt und den Verhältnissen in Deutschland vereinbaren. Hier müssen eigene Wege gesucht werden.

d) Anhaltspunkte zur Sicherheitslage in Freiburg ergeben sich aus der örtlichen Kriminalstatistik und der Statistik zur Jugendgerichtshilfe:

- Im Stadtkreis Freiburg wurden 1999 insgesamt 22.755 Straftaten registriert. Das ist der niedrigste Stand seit 1992. Freiburg hat neben Mannheim aber immer noch die höchste Kriminalitätsbelastung im Land.
- Auffallend ist der hohe Anteil der Diebstahlkriminalität. Hier spielt der Fahrraddiebstahl eine große Rolle. Jede 10. Straftat fällt in diese Kategorie. Eine fahrradbewegte Stadt wie Freiburg bietet hier entsprechend viele Tatgelegenheiten.
- Ein weiteres Problem liegt in der Straßenkriminalität. Straftaten, die sich im öffentlichen Raum (Wege, Plätze, Innenstadt) ereignen, tangieren in besonderer Weise das Sicherheitsgefühl, da sie öffentlich wahrgenommen werden.
Bei den Tatverdächtigen sind junge Straftäter unter 21 Jahren stark vertreten. Nahezu jeder dritte Tatverdächtige ist in diesem Alter.
- Problematisch sind die Jugendlichen, die schon früh auf die kriminelle Schiene kommen und ihre kriminelle Energie sukzessive entwickeln. Im Blickfeld stehen insbesondere „jugendliche Intensivtäter“. Für diese Tätergruppe hat das Innenministerium jetzt ein eigenes Initiativprogramm aufgelegt. Nach einem Bericht des Städtetages Baden-Württemberg soll es im Land rund 500 Intensivtäter im Alter von 10 bis 17 Jahren geben, die 1999 insgesamt 13.176 Delikte oder im Schnitt 26,2 Delikte begangen haben. Nichtdeutsche Jugendliche sind hier mit einem Anteil von 45% überproportional, Mädchen hingegen mit 3,8% kaum vertreten. Auch Baden-Württemberg hat wie Bayern im „Fall Mehmet“ mit Abschiebungen reagiert und einen 14-jährigen Mehrfachtäter aus dem Landkreis Waldshut-Tiengen in die Türkei abgeschoben.
- Die Jugendkriminalität ist ein Bereich, dem insgesamt eine besondere Beachtung zukommt. Die Statistik der Jugendgerichtshilfe in Freiburg ist in diesem Zusammenhang ebenfalls aufschlussreich:

Abbildung 1: Jugendgerichtshilfe Stadt Freiburg i. Br./Sozial- und Jugendamt

	1999	1998	1997	1996
durchgeführte Verfahren (Anzahl)	1.295	1.437	1.200	1.170
Betroffene Personen (Anzahl)	978	1.070	895	898
Interventionsquote *	76	82	71	72
Männliche Personen (Anteil)	77%	75%	75%	79%
Alter zur Tatzeit (%)				
- 14 bis unter 18 Jahre	64 %	61 %	59 %	59 %
- 18 bis unter 21 Jahre	36 %	39 %	41 %	41 %

jgh Dez. III/Sozialplanungsstelle

Wie man anhand Abbildung 1 feststellen kann, werden jährlich etwa 1.200 Verfahren durchgeführt. 1999 waren nahezu 1000 Jugendliche vor dem Jugendrichter. Nahezu zwei Drittel der Jugendlichen sind zwischen 14 und 18 Jahre alt; zwei Drittel der Angeklagten sind männlich.

Abbildung 2: Freiburg i. Br. Jugendgerichtshilfe 1999
– Verfahren nach Deliktsarten –

Zu den durch die Jugendlichen begangenen Hauptdeliktsarten gehören Kaufhausdiebstähle, Diebstähle aus Kfz, Leistungserschleichung und Verstöße gegen das BTM-Gesetz.

e) Es gehört zu einer bekannten und bestätigten Tatsache, dass das subjektive Empfinden von Unsicherheit meist größer ist als die objektive Gefahrenlage. Dies konnte auch für Freiburg durch eine vom Max-Planck Institut im Rahmen des Landesprojekts Kriminalprävention durchgeführte Bevölkerungsbefragung bestätigt werden (vgl. den Beitrag von Obergfell-Fuchs und Kury in diesem Band).

Wo Unsicherheiten und Angst vor Kriminalität artikuliert werden, geht es um Erwartungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, die Ernst genommen werden müssen. Tatsache ist auch, dass die subjektive Realität, wie unzutreffend sie auch sein mag, für die Bürger ganz reale Konsequenzen hat, weil sie persönliches Verhalten steuert. Furcht vor Kriminalität und Unsicherheitsgefühle sind deshalb auch sozialpolitisch relevant, weil sie die Lebensqualität beeinträchtigen.

Gerade wenn man von präventiver "Sicherheitspolitik" auf kommunaler Ebene spricht, bietet der Öffentliche Raum ein zentrales Feld. Furcht vor Kriminalität und subjektives Sicherheitsgefühl sind aufs engste mit dem Öffentlichen Raum verbunden. Sicherheit wird ein zunehmend wichti-

ger Faktor für die Standortqualität von Städten und berührt damit existentielle Interessenlagen einer Kommune. Dies soll anhand eines Beispiels verdeutlicht werden:

Beispiel: Umfrage beim Einzelhandel

Durch die Situation in den Innenstädten fühlt sich z.B. der Einzelhandel massiv beeinträchtigt. Vor zwei Jahren hat der Hauptverband des Einzelhandels eine Umfrage durchgeführt. Untersucht wurden die Auswirkungen, die von Kriminalität und Umweltverschlechterung im Innenstadtbereich auf den Einzelhandel ausgehen (siehe Nachrichtenblatt „Stadt und Gemeinde“ 2/98):

- Nach dem Urteil der Befragten haben sämtliche Formen sozial unerwünschter Verhaltensweisen in den letzten Jahren deutlich zugenommen.
- Die Kritik richtet sich gegen bestimmte Personengruppen: betrunkene, drogensüchtige, aggressiv bettelnde Menschen. Vom Einzelhandel wird hier eine wirtschaftliche Bedrohung gesehen, die Attraktivität der Innenstadt zunehmend in Frage gestellt.
Gefordert wurden u.a.
 - eine stärkere Präsenz der Polizei und Ordnungsbehörde
 - kriminalpräventive Räte, um das Thema „Standortgefährdung Innenstadt“ verstärkt zu thematisieren.

In Freiburg hat sich der Einzelhandel schon vor Jahren zu einer Interessengemeinschaft „Z'Friburg in der Stadt“ zusammengeschlossen. Die Situation in der Innenstadt ist auch in diesem Kreis ein Thema. Auch hier gibt es Forderungen nach ordnungsrechtlichen Maßnahmen. Generell wird aber in der Zusammenarbeit mit der Stadt und der gemeinsamen Suche nach grundsätzlicheren Lösungen ein richtiger Weg gesehen.

f) Wie die Freiburger Bürgerschaft Kriminalität als Problem in der Stadt selbst einschätzt, wird aus der Studie des Max-Planck-Instituts deutlich (vgl. Obergfell-Fuchs und Kury in diesem Band). Auf diese Ergebnisse soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Zu den „Furchträumen“ in der Stadt haben sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit in den letzten Jahren auch die Straßenerweiterungen entwickelt. Vieles, was früher der Euphorie der autogerechten Stadt geschuldet war, wird zwischenzeitlich als problematisch empfunden und ist heute in der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert. In Freiburg werden deshalb Fußgängerunterführungen nach und nach geschlossen. Unterführungen werden weitgehend durch oberirdische Lösungen für den Fußgängerverkehr ersetzt. Hiermit ist ein Bereich angesprochen, der über die Jahre genauso wie die Tiefgarage für viele zum Synonym für Angsträume geworden ist. Eine zentrale große Unterführung wird zur Zeit durch eine Jugendinitiative umgebaut und wird in Zukunft den Jugendlichen als selbstverwalteter Treffpunkt zur Verfügung stehen. Solche Maßnahmen in diesem Bereich sind somit auch kriminalpräventiv sinnvoll.

In diesem Zusammenhang wird derzeit politisch kontrovers über die Videoüberwachung öffentlicher Räume diskutiert. Auch in Freiburg steht in dieser Sache in den nächsten Monaten eine politische Grundsatzdebatte an. So läuft derzeit eine Initiative der Innenministerkonferenz auf Änderung des baden-württembergischen Polizeigesetzes, das Thema wird z.Zt. ausführlich im Deutschen Städtetag debattiert und es gibt Anträge aus einzelnen Fraktionen, alle Kameras in nicht sicherheitsrelevanten Bereichen abzumontieren.

Generell ist mit diesem Instrument vorsichtig umzugehen. So befinden sich heute schon mehr Videoüberwachung in Geschäften und öffentlichen Bereichen, als viele gemeinhin glauben. Wieviel videoüberwachter Raum sein darf, ist eine politische Frage, die verfassungsrechtlich geschützte Rechte berührt. Man muss sie öffentlich thematisieren und auch im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention zur Sprache bringen.

g) Die derzeit auf eine verstärkte Überwachung und Kontrolle öffentlicher Bereiche gerichtete öffentliche Aufmerksamkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hauptsächlich der private, familiäre Bereich ist, in dem vor allem Frauen und Kinder Gewalterfahrungen ausgesetzt sind. Dies zeigen auch die Zahlen: 76% der Opfer häuslicher Gewalt sind weiblich, 91% der Täter männlich.

Für Frauen und Mädchen gibt es bei Gewalterlebnissen in Freiburg eine Reihe von Unterstützungsangeboten. Zu nennen sind hier die Zufluchtangebote der Jugendhilfe für Mädchen und das

Frauen- und Kinderschutzhaus. Wichtige Erstanlaufstellen bei Gewalterfahrungen sind für Frauen auch die örtlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote von Wendepunkt, Wildwasser und "Frauenhorizonte", einer Anlaufstelle für vergewaltigte Frauen.

Im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention gründete sich 1998 in Freiburg auf Initiative der Stelle zur Gleichberechtigung der Frau unter dem Motto "Nein zur Gewalt" das "Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt gegen Frauen". Hier geht es darum, über das bestehende qualitativ gute Angebot hinaus ein kommunales Interventionsprogramm gegen häusliche Gewalt auf den Weg zu bringen. In einem ersten Schritt wurden in diesem Zusammenhang Fachgruppen zu den Themenkreisen "Polizei/Justiz", "Unterstützung für Frauen und Kinder" und "Täterprogramm/Soziales Training" eingerichtet, die interdisziplinär besetzt sind. In Kürze soll eine hauptamtlich besetzte Stelle eingerichtet werden.

- h) Unsicherheiten im sozialen Zusammenleben entstehen vermehrt auch über Verhaltensweisen, die allgemein mit Begriffen wie „sozial auffällig“, „nicht konform“ oder „abweichendem Verhalten“ umschrieben werden. Wo sich dies mit sozialen Konflikten verbindet, richten sich die Erwartungen gleichermaßen an die Polizei und die städtischen Ämter.

Zu solchen Phänomenen – von Soziologen als „disorder“ bezeichnet – gehören z.B.: Lärm und Belästigungen, die Inbeschlagnahme von Öffentlichen Plätzen durch Gruppen oder Szenen, durch die sich Anlieger gestört fühlen, die Nichtbeachtung der Grenzen von Privatheit u.s.w. . Hier liegt ein Problem- und Konfliktbereich, der auch deshalb nicht so einfach zu lösen ist, weil zwei Dinge zusammenkommen:

Offenbar wird hier eine Toleranzschwelle überschritten, bei der eine sonst im Alltag des Zusammenlebens übliche und bewährte Reaktionsweise keine Hilfe mehr bietet: Man nimmt dies einfach hin oder sieht darüber hinweg. Hinzu kommt, dass nicht selten in solchen Verhaltensweisen auch bereits Vorboten oder frühe Ursachen für Rechtsverletzungen gesehen werden.

Mit Mitteln der Polizei und dem Strafrecht sind solche Probleme ebenfalls nicht in den Griff zu bekommen, da diese Verhaltensweisen gemeinhin unterhalb der Eingriffsschwelle des Polizei- und Strafrechts liegen.

- i) Nach einer bekannten These ist eine gute Sozialpolitik immer noch die beste Kriminalpolitik. Es besteht Einigkeit dahingehend, dass Kriminalität dort präventiv bekämpft werden muss, wo sie entsteht, begünstigt oder gefördert wird. In diesem Sinne leistet die Stadt mit ihrer Sozial- und Jugendpolitik und der Stadtentwicklung immer schon einen wichtigen Beitrag zur Kriminalprävention. Daneben hat die Kommune auch vielfältige Ordnungs- und Überwachungsfunktionen, durch die die kommunale Sicherungspolitik mitbestimmt wird.

So ist die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene keine neue Aufgabe, sie wurde und wird hier schon immer wahrgenommen, wenn auch nur gewissermaßen als Nebenprodukt anderer zentraler Aufgaben. Hierzu weitere Beispiele:

Beispiel: Infrastruktur und Städtebau

Städtebaulich hat Freiburg aus den Erfahrungen der Vergangenheit Konsequenzen gezogen. Der Weg der Kooperation und frühzeitigen Beteiligung wurde in Freiburg frühzeitig bei der Planung städtebaulicher Großvorhaben, den beiden Neubaustadtteilen "Rieselfeld" und dem "Vauban-Quartier", konsequent beschritten und bereits in der Planungsphase versucht, mögliche Konfliktherde für das Zusammenleben frühzeitig zu identifizieren und zu entschärfen sowie mögliche Gefährdungssituationen, wo immer dies möglich ist, von vornherein auszuschließen.

Eine zentrale Erkenntnis dabei war, Sicherheitsfragen nicht als isolierte Thematik, sondern immer im Lebens- und Alltagszusammenhang der Bewohnerschaft zu sehen. Diese Erkenntnis ist 1995 auch auf der Freiburger IMCL-Konferenz ("Making Cities livable Conferences") in die dort verabschiedete "Freiburger Erklärung für Neue Städtische Wohngebiete" eingegangen. Diese Erklärung ist u.a. auch im „Handbuch zur Kommunalen Kriminalprävention des Innenministeriums von 1996" als beispielhafter Ansatz ausführlich dargestellt.

Beispiel: Drogenpolitik

In Freiburg gibt es allein ca. 1.200 Menschen, die heroinabhängig sind. Die neue Richtung heißt hier „Schwerpunktpraxis“. Sie bildet einen wichtigen Meilenstein, über die Substitution den Weg aus der Beschaffungskriminalität zu eröffnen. Dazu wird ein „Kontaktladen“ eingerichtet, der als Projekt in Freiburg derzeit Gestalt annimmt und auf breite Unterstützung aus Politik und auch dem Einzelhandelsverband stößt. Der Kontaktladen soll – als drogenfreier Raum – Drogenabhängigen eine erste Anlaufstelle bieten. Das „Kontaktladen“-Konzept wird ausdrücklich auch als Beitrag gesehen, den sozialen Frieden in der Stadt zu sichern.

Beispiel: Obdachlosenpolitik

Für das klassische Klientel alleinstehender Obdachloser ist neben die dezentral organisierten Unterkünfte eine sog. mehrgliedrige Einrichtung getreten, bei der Unterkunft, Beratung und weitergehende Hilfen unter einem Dach angeboten werden. In einem mit bürgerschaftlicher Unterstützung geschaffenen Essenstreff wird Mittagessen gereicht. Aufenthalts- und Kontaktmöglichkeiten bietet eine Tagesstätte.

2. Organisation der Kommunalen Kriminalprävention in Freiburg

2.1 Grundsätze

Aus kommunaler Sicht sind den Erfolg dieses Ansatzes folgende Punkte wichtig (vgl. Abbildung 3):

Abbildung 3: Sicherheit in Freiburg

- Bei der Kriminalprävention muss es darum gehen, dass gleichberechtigte Partner ihre Ressourcen und Erfahrungen einbringen und gemeinsam an Lösungen arbeiten. Klar muss sein, dass die primäre politische Verantwortung für die Öffentliche Sicherheit in den Städten nach wie vor beim Land verbleibt. Dies wird auch vom Städtetag in seinen Stellungnahmen nachdrücklich betont. In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass sich die Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort sehr positiv und konstruktiv gestaltet und man sich gemeinsam jeweils sehr flexibel auf entsprechende Situationen einstellt.
- Im kommunalen Bereich muss Kriminalprävention hochrangig angesiedelt sein. Dies ist ein wichtiges Signal für den Stellenwert, der der Thematik beizumessen ist und ihr das notwendige

politische Gewicht verleiht. Erfahrungsgemäß ist dies auch eine wichtige Voraussetzung, um die anderen Partner einbinden zu können.

- Kriminalprävention sollte vor allem auf der Ebene des Stadtteils ansetzen und konkrete Projekte beinhalten. Der Ansatz muss an den in der Bürgerschaft vorhandenen Ressourcen und Problemlösungskompetenzen ansetzen und diese aktivieren. Kleine, überschaubare und Verbindlichkeit schaffende Netzwerke und ein austariertes Verhältnis zwischen Privatheit und öffentlicher Kontrolle sind die Voraussetzungen, um Anonymität zu vermeiden sowie Identität und Verantwortlichkeit zu ermöglichen. Der Kriminalität wird damit von vornherein der Boden entzogen.
- Wenn es um die Fragen der öffentlichen Sicherheit geht, sind der Öffentlichkeit und den betroffenen Bürgern Zuständigkeitsfragen völlig egal. Wer Sicherheitsfragen bürgernah organisieren will, muss dafür sorgen, dass sich Konzepte flexibel an den Sicherheitsbedürfnissen der Bürger orientieren und intern funktionierende Strukturen der Zusammenarbeit vorhanden sind.

2.2 Organisation in Freiburg

Freiburg gehörte mit zu den ersten Städten, die nach 1993 damit begonnen haben, den Gedanken der Kriminalprävention umzusetzen. Zunächst wurden Arbeitsgruppen gebildet, die dezernatsübergreifend und unter Beteiligung der Polizei und punktuell auch unter Miteinbeziehung der Bürgerschaft tätig waren.

Beispiele sind:

- die Arbeitsgruppe 'Sicherheit in den Neubau-Stadtteilen Rieselfeld und Vauban'
- die Arbeitsgruppe 'Sicherheit am Hauptbahnhof' unter Beteiligung des Amts für öffentliche Ordnung, der Polizeidirektion, des Bundesgrenzschutzes und der Bahn AG.

Die Erfahrung hat schnell gezeigt, daß die Schaffung von entsprechenden übergreifenden Arbeitsgruppen die Zusammenführung von Erkenntnissen und Maßnahmen wirksam und verbindlich unterstützt.

1998 wurde in Freiburg die Verantwortung vom Ordnungsdezernat zum Sozialdezernat übertragen und damit begonnen, alle Aktivitäten in diesem Bereich in die kommunale Kriminalprävention einzubinden. Eine neue Geschäftsordnung wurde im November 1999 verabschiedet. Die Organisationsstruktur soll nachfolgend kurz dargestellt werden (vgl. Abbildung 4).

2.2.1 Steuerungsebene

Auf dieser Ebene wurde ein Koordinierungsrat konstituiert, in dem die beteiligten Institutionen auf Spitzenebene vertreten sind.

Zu den ständigen Mitgliedern des Koordinierungsrates gehören:

- der Oberbürgermeister als Vorsitzender, vertreten durch den Ersten Bürgermeister;
- die Dezernenten der Stadt;
- die Vertreter der Fraktionen/Gruppierung im Gemeinderat;
- eine Vertretung des Jugendrates;
- die Amtsleitungen tangierter städtischer Ämter (Schul- und Sportamt, Amt für öffentliche Ordnung, Sozial- und Jugendamt);
- die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau;
- die Polizeidirektion Freiburg;
- die Vertreter der Freiburger Verkehrsbetriebe und
- die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Freiburger Bürger Lokal- und Ortsvereine.

Je nach Tagesordnung können weitere Vertreter von Institutionen, Verbänden oder Gremien eingeladen werden.

Der Koordinationsrat initiiert Maßnahmen der Kriminalprävention und stimmt die notwendigen Schritte zur Durchführung ab, er tagt zwei- bis dreimal jährlich.

Zur Durchführung der Aufgaben wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet, die dem Sozial- und Jugendamt zugeordnet ist. Die Geschäftsstelle hat insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen.

Sie

- ist Ansprechpartner für die Bürgerschaft;
- hat geschäftsführende Funktion für den Koordinationsrat; dazu gehören die Vorbereitung und Nachbereitung der Sitzungen;
- ist Koordinator zwischen Koordinationsrat und den Arbeitskreisen;
- initiiert und begleitet neue Arbeitskreise und Fachgruppen;
- macht Öffentlichkeitsarbeit.

2.2.2 Ebene der Arbeitskreise und Projekte

Derzeit bestehen sieben Arbeitskreise zu unterschiedlichen Themen.

Im Projektbereich laufen derzeit unterschiedliche Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen. Insbesondere für Jugendliche und im sozialen Nahraum wurden konkrete Projekte realisiert. Beispiele sind

- Streitschlichtungsmodelle an den Berufsschulen unter Beteiligung von Schul- und Sportamt, Sozial- und Jugendamt, Jugendhilfeplanung und der Polizei;
- die Einrichtung einer Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt;
- Sportangebote um Mitternacht;
- Anti-Gewalt-Training.

2.2.3 Aktionsplan “Kommunale Kriminalprävention”

Ehe der Aktionsplan genauer dargestellt wird, soll an dieser Stelle ein Beispiel vorgestellt werden, das einerseits in die Zukunft weist, andererseits aber auch das Dilemma aufzeigt, mit dem man es in diesem Bereich zu tun hat:

Beispiel: Augustinerplatz

Der Augustinerplatz ist ein zentral gelegener öffentlicher Platz in der Innenstadt, der sich in Freiburg für Jugendliche als Freilufttreff und Party-Floor fest etabliert hat und entsprechend stark frequentiert wird. Er ist ein positives Beispiel dafür, wie öffentlicher Raum baulich attraktiv gestaltet und “wiederbelebt” werden kann, aber auch dafür, wie mit den aus einer solchen Nutzung zwangsläufig entstehenden Problemen und Konflikten verantwortungsvoll umgegangen werden kann.

Die Probleme des Platzes waren durch Lärm und Musik gestörte Nachbarn, zurückbleibende Müll- und Flaschenberge, als öffentliche Bedürfnisanstalt mißbrauchte Spielplätze, Geschäfte, die als Anlieger angesichts des Trubels um ihre Kundschaft fürchten. Hieraus resultierte Handlungsdruck. Zwar hätte man es sich als Verwaltung leichter machen und mehr ordnungsrechtliche Maßnahmen durchsetzen können, gewollt ist jedoch eine Stadt, in der Vitalität herrscht, in der Plätze attraktive Aufenthalts- und Erlebnisräume bilden und das Leben pulsiert. Letztlich bringt dies ein Mehr an Sicherheit. Man darf nicht vergessen, daß man es nicht mit vorsätzlichen Störern, sondern mit normalen jungen Leuten zu tun hat, die ihre legitimen Bedürfnisse im urbanen Rahmen ausleben wollen.

Erfreulich ist, dass die anfänglichen Fronten aufgebrochen werden konnten und sich bei allen Beteiligten die Einsicht durchgesetzt hat, zunächst das Gespräch zu suchen und gemeinsame Lösungen zu finden. Erfreulich ist auch, dass es die jungen Leute selbst waren, die sich in diesen Dialog konstruktiv eingebracht und sich an der Umsetzung von tragfähigen Lösungen beteiligt haben. Zwischenzeitlich hat sich eine feste Arbeitsgruppe “Augustinerplatz” gebildet, der das Bau- und Ordnungsdezernat, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und der Geschäftswelt, die Polizei, das städtische Sozial- und Jugendamt und engagierte Jugendliche angehören. Dieser Kreis hat Lösungen erarbeitet, bei denen die unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigt werden sollen. Bei der praktischen Umsetzung sind es die Jugendlichen selbst, die hier mit Hand anlegen, sei es, dass sie sich an der Beseitigung des Mülls beteiligen, sei es, dass sie andere Jugendliche dazu anhalten, sich an die vereinbarten Spielregeln zu halten.

Dieses Beispiel, das zwar nicht immer reibungslos läuft, macht deutlich, wie wichtig und sinnvoll es ist, die Jugendlichen selbst zu Beteiligten zu machen, sie in die Verantwortung zu nehmen und ihnen zu signalisieren: „Wir nehmen Euch und Eure Anliegen ernst, ihr müsst aber auch was tun,

um zu akzeptablen Lösungen zu kommen.“ Es verdeutlicht zudem, dass konstruktive Lösungen und ein Interessenausgleich möglich sind. Es können Gruppen miteinander ins Gespräch kommen, die ansonsten kaum etwas miteinander zu tun haben. Auf diese Weise ist auf diesem Platz eine Sicherheitspartnerschaft entstanden, die eine neue Qualität aufweist und als Konzept auch für andere Problemkonstellationen wegweisend sein kann.

Aktionsplan

Der Aktionsplan der “Kommunalen Kriminalprävention” in der Stadt sieht im einzelnen folgende Aktivitäten vor (vgl. Abbildung 5):

1) Bestands- und Bedarfserhebung

In Freiburg wurde die wissenschaftliche Begleitung des Projektes durch das örtlich ansässige Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht durchgeführt. Durch eine breit angelegte, repräsentative Studie wurde ein Kriminalitätslagebild erstellt, das sozialräumliche Aspekte der Kriminalität mit einbezieht. Im Rahmen der Bestandsaufnahme erfolgte eine dokumentarische Bündelung und Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten.

2) Arbeitstagung

Vorgesehen ist die Initiierung und Planung von Projekten und Aktivitäten mit Experten.

3) Sicherheitslage in der Innenstadt

Ein Themenschwerpunkt innerhalb des Aktionsplanes ist die Sicherheitslage in der Innenstadt. Der offene und vielfältige Charakter der Freiburger Innenstadt bietet auch Anlässe und Gelegenheiten für verbotene oder ordnungswidrige Handlungen.

Die Attraktivität der Innenstadt für alle zu erhalten und andererseits die latente Gefährdung von Ordnung und Sicherheit für den Einzelnen zu reduzieren, soll Ziel eines Dialogs aller Beteiligten und Betroffenen der Stadt sein.

Der Auftakt zu diesem Interessenausgleich wird eine Forumsveranstaltung unter Beteiligung des Ersten Bürgermeisters, der Polizei, des Einzelhandels, der Bürgervereine und der Wissenschaft sein.

4) Sicherheitspartnerschaft im Stadtteil

Die Bürger und Institutionen vor Ort sollen selbst bestimmen, welche Ziele sie formulieren möchten bzw. welche Maßnahmen sie für notwendig erachten.

Ebenfalls sozialräumlich orientiert soll die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen intensiviert werden. In Abstimmung mit den Schulen, Jugendzentren und lokalen Arbeitskreisen werden wohnortnahe Angebote und Maßnahmen vorbereitet.

5) Gewaltprävention

Basierend auf einer ämterübergreifenden Bestands- und Bedarfserhebung und -analyse wurden Schwerpunkte benannt, die von der Geschäftsstelle unter Beteiligung tangierter Fachämter und Experten inhaltlich ausgearbeitet werden. Daraus werden konkrete Projekte abgeleitet und initiiert.

Beispiele:

‘Selbstverteidigung für Mädchen’, ein kostenloses Angebot für Schülerinnen, um potentiellen Übergriffen vorbereitet, selbstbewußt und wehrhaft entgegenzutreten zu können. Die Maßnahme wird von einer ausgebildeten Trainerin geleitet. Das Projekt konnte durch eine enge Kooperation der Geschäftsstelle mit dem Schul- und Sportamt, der Stelle zur Gleichberechtigung der Frau und einem freien Träger umgesetzt werden.

Eine geplante medienpädagogische Initiative mit dem Ziel, Jugendliche mit der Einrichtung und Pflege spezieller Homepages zu beauftragen.

Die stadtteilorientierten Projekte werden begleitet von stadtweiten Projekten, insbesondere durch Aufklärungs- und Informationsprogramme in Zusammenarbeit mit der Polizei. Alle Projekte, Maßnahmen und Initiativen werden dokumentiert und im Koordinierungsrat ausgewertet.

Abbildung 5: Aktionsplan „Kommunale Kriminalprävention“ Freiburg i. Br.

**Kriminalprävention auf kommunaler Ebene –
Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus Sicht der Städte Ravensburg
und Weingarten**

1. Start und Zielsetzung für das Pilotprojekt

Ist Kriminalprävention eine kommunale Aufgabe? Diese Frage wird unter den Städten Baden-Württembergs nach wie vor lebhaft diskutiert. Ravensburg und Weingarten befaßten sich Ende 1993 erstmals mit dieser Frage. Innenminister Birzele hatte angefragt, ob die Städte interessiert seien, sich an einem Modellprojekt zu beteiligen.

Die Entscheidung fiel rasch. Gerade zu diesem Zeitpunkt stieg die Kriminalität in beiden Städten spürbar an. Öffentliche Sicherheit wurde als Thema der Kommunalpolitik mit hoher Priorität verstanden.

Ebenso rasch wurde das Thema aber auch eingegrenzt: Die Stadtverwaltungen und die Polizeidirektion Ravensburg verständigten sich darauf, den Schwerpunkt auf die Jugendkriminalität zu legen. Ziel der Arbeit sollte es sein, die Kriminalitätsbelastung in diesem spezifischen Bereich näher zu untersuchen und Maßnahmen zu entwickeln, die präventiv wirken konnten.

Diese Weichenstellung hat Gründe, die in der Struktur beider Städte liegen.

Ravensburg und Weingarten sind Städte mit sehr unterschiedlicher Tradition, aber auch mit sehr engen Verflechtungen. Sie bilden gemeinsam das Oberzentrum der Region Bodensee-Oberschwaben; sie sind baulich weitgehend zusammengewachsen.

Beide Städte sind ausgeprägte Einpendlerzentren. Sie haben eine hohe Arbeitsplatzdichte, ein umfassendes schulisches Angebot, eine Pädagogische und eine Fachhochschule sowie eine Berufsakademie. Es gibt ein sehr großes und vielfältiges Angebot an Einzelhandelsgeschäften, insbesondere in der Altstadt von Ravensburg sind außerdem sehr viele Banken und Versicherungen präsent.

Die Altstadt von Ravensburg ist "der Marktplatz der Region". Die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten ist vergleichsweise günstig; die Arbeitslosenquote zählt mit zu den niedrigsten im ganzen Bundesgebiet.

Die Vorzüge, insbesondere in der wirtschaftlichen Entwicklung, haben auch ihre Schattenseiten in der Kriminalitätsbelastung, die sich etwa mit der von Randbezirken vieler Großstädte vergleichen läßt.

Bei der Struktur der Städte liegt es aber besonders nahe, den Themen der Jugend besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Städte sind ja schließlich auch "das Schul- und Ausbildungszentrum der Region". Sie bieten den Jugendlichen ebenfalls besondere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Da gleichzeitig aber auch die "Tatgelegenheiten" in den Städten konzentriert sind, drängte es sich geradezu auf, die "Jugendkriminalität" zum Schwerpunktthema des Modellprojekts zu machen.

2. Organisation und Projektverlauf in Ravensburg/Weingarten

Die Modellstädte haben unterschiedliche Organisationsformen gewählt, um mit dem Thema "Kommunale Kriminalprävention" umzugehen. In der Organisationsstruktur wird aber der Ablauf und der Inhalt der Projektarbeit bereits sehr stark vorbestimmt.

Ravensburg/Weingarten entschieden sich für einen kleinen, nichtöffentlichen Arbeitskreis, in dem die Polizei, die Universität Konstanz und die beiden Stadtverwaltungen zusammenwirkten. Die organisatorische Vorarbeit erfolgte bei der Stadtverwaltung Ravensburg, den Vorsitz führten Oberbürgermeister oder Erster Bürgermeister.

Bewußt wurde ein kleines, überschaubares Gremium gewählt, um das neue, zunächst etwas unklare Thema zu strukturieren. Der Arbeitskreis setzte Arbeitsgruppen ein, die mit gezieltem Handlungsauftrag sehr konkrete Themen angingen.

Bereits 1994 hatte das Modellprojekt seine festen Strukturen gefunden. Der Arbeitskreis tagte regelmäßig, etwa im Abstand von drei Monaten. Erstes Grundlagenthema war die polizeiliche Krimi-

nalitätsanalyse, die sehr differenziert ausgearbeitet und im Arbeitskreis erörtert wurde. Die Analyse wurde in den Folgejahren regelmäßig fortgeführt, ausgewertet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Um dem von der Polizei erfaßten "Hellfeld" der Straftaten die subjektive Sicht der Bürger gegenüber zu stellen, wurde im nächsten Arbeitsschritt unter Federführung der Universität Konstanz eine Bevölkerungsbefragung geplant und umgesetzt. Die Ergebnisse beider Untersuchungen, der Kriminalitätsanalyse der Polizei und der kriminologischen Bevölkerungsbefragung, wurden in zahlreichen Beratungsrunden in kommunalen Gremien, interessierten Fachkreisen (Schulleiterkonferenzen, psychosoziale Arbeitskreise u. a.) vorgestellt und intensiv erörtert.

Der Arbeitskreis setzte im ersten Halbjahr 1994 eine Arbeitsgruppe zum **Thema Ladendiebstahl** ein; diese Arbeitsgruppe erörterte die Situation mit Jugendlichen, mit Vertretern des Handels, den Sozialarbeitern der Jugendeinrichtungen und der Schulen und Experten der Warensicherung. Erarbeitet wurde eine Fülle von Maßnahmevorschlägen, sowohl sozial- als auch deliktorientierter Art. Ergebnisse lagen zum Jahresende 1994 vor; sie wurden im Laufe des Jahres 1995 öffentlich vorgestellt und in verschiedenen Maßnahmeschritten umgesetzt. Eine originelle Maßnahme war ein Filmspot, der aus dieser Arbeit entstand. Dieser Spot ist als Werbefilm im Vorprogramm von Kinos konzipiert; er lief nicht nur über Monate in den Kinos beider Städte, sondern fand auch bundesweit Beachtung.

Unter den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten fiel ein Gesichtspunkt besonders auf: Jugendliche in beiden Städten schienen besonders stark Gewalt zu befürchten. Die Ergebnisse unterscheiden sich signifikant von denen anderer Städte; für viele Beteiligte war aber auch überraschend, daß junge Menschen im Vergleich zu älteren eine erhöhte Kriminalitätsfurcht angeben. Dieses Ergebnis gab Anlaß dazu, eine zweite Arbeitsgruppe zum **Thema Jugend und Gewalt** einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, durch Gespräche mit Experten und durch eine Befragung der Schüler beider Städte dieser Fragestellung weiter nachzugehen. Die Arbeitsgruppe wurde vom Schulamt der Stadt Ravensburg geleitet; beteiligt waren Vertreter der Schul- und Sozialämter der Städte, die Polizeidirektion Ravensburg, das Kreisjugendamt, Vertreter der Jugendhäuser und der Schulsozialarbeit sowie Vertreter der Schulen. Das Untersuchungsthema wurde Anfang 1996 festgelegt; allerdings zeigte sich rasch, daß vor allem an den Schulen dem Thema "Gewalt" mit großer Zurückhaltung begegnet wurde. In der Arbeitsgruppe waren sehr motivierte Experten tätig; dennoch gelang es nur mit großen Verzögerungen, eine Befragung der Schüler zu diesem Thema zu realisieren (vgl. dazu den Beitrag von Beck in diesem Band).

Im Arbeitskreis wurde ab 1996 über die angemessene **Sanktion auf Straftaten von Jugendlichen** beraten. Es zeigte sich, daß über den tatsächlichen Ablauf der Verfahren erhebliche Informationslücken bestanden. Die Möglichkeit des Diversionsverfahrens, die notwendigen Rahmenbedingungen bei der Jugendgerichtshilfe und geeignete Formen des Täter-/Opferausgleichs waren in vielen Punkten näher zu untersuchen. Angeregt vor allem durch die Universität Konstanz wurde deshalb eine Arbeitsgruppe "**Kriminalprävention und Jugendstrafverfahren**" eingesetzt.

3. Modellprojekt Ravensburg/Weingarten - die Maßnahmen

Kriminalprävention war für die Städte Ravensburg und Weingarten ein neues Thema. Die Maßnahmevorschläge waren es nicht; sie konnten an vieles anknüpfen, was bereits unter anderen Gesichtspunkten in der Vergangenheit erarbeitet wurde. Betreuung an den Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sind Themen, die in beiden Städten schon immer auf der Tagesordnung standen und weiterhin stehen werden.

Schulische Betreuung in Ravensburg

- seit 1983 offene Schulsozialarbeit
(Modellprojekt Landeswohlfahrtsverband)
- heutiger Stand:
 - Betreuungsangebote an allen Grund- und Hauptschulen
 - 30 Personen tätig (Voll- und Teilzeit)
 - jährlicher Personalaufwand ca. 320.000 Euro

Seit 1978 wurde insbesondere an der Hauptschule Kuppelnuau das Betreuungsangebot entwickelt. Die Schule hat ein schwieriges Umfeld: Der Ausländeranteil erreicht in einzelnen Klassen über 50%. Es gibt Klassen, in denen Schüler mehr als zehn verschiedenen Nationalitäten entstammen. Für Großstädte ist dies nichts Ungewöhnliches; für eine Mittelstadt wie Ravensburg ist es eine Herausforderung. Seit 1983 besteht an dieser Schule die offene Schulsozialarbeit; auch sie wurde als Modellprojekt begonnen und dann zum festen Angebot entwickelt. Stufenweise wurden Betreuungsangebote an allen Grund- und Hauptschulen aufgebaut. Sehr wichtig ist die große ehrenamtliche Beteiligung an diesen Projekten, die zu einer starken Verbindung zwischen Elternschaft und Schule, zu einer Einbindung der Schule in die Bevölkerung führt.

In ähnlicher Weise wurde in Ravensburg bereits in der Vergangenheit die Jugendarbeit ausgebaut.

Freie Jugendarbeit in Ravensburg

- Jugendtreff Schussendamm (sozialer Brennpunkt)
- Spielstube Ummenwinkel (sozialer Brennpunkt)
- Jugendtreff Weststadt (Stadtteil mit 10.000 Einwohnern, Wohnbauschwerpunkt Neubau 1996/97; zwei hauptamtliche Kräfte + Zivildienstleistender)
- insgesamt jährlicher Betriebsaufwand ca. 500 000 Euro

In der Innenstadt von Ravensburg besteht schon seit langem ein Jugendhaus mit drei hauptamtlichen Mitarbeitern; in ähnlicher Weise arbeitet auch im Zentrum von Weingarten ein Jugendhaus. Zusätzlich sind in Ravensburg in sozialen Brennpunkten Einrichtungen entstanden, die auf die jeweiligen Bedürfnisse im Quartier orientiert sind. Für den stark wachsenden Wohnbauschwerpunkt Weststadt wurde während der Modellphase ein Jugendtreff neu eingerichtet.

Das vielfältige Angebot im Schulbereich und im Jugendbereich wurde während der Modellphase ergänzt um zusätzliche Maßnahmen und Projekte. Beispiele sind der oben erwähnte Filmspot, eine immer wieder fortgeführte Fahrradcodieraktion der Polizei, aber auch das große Projekt eines Jugendtreffs in der Weststadt. Eine besondere Herausforderung lag in der Drogenproblematik, die in beiden Städten stark angewachsen war. Deshalb wurde ein Streetworkereinsatz in der offenen Drogenszene notwendig; seit Anfang Juli 1996 besteht auch ein Kontaktladen, der von verschiedenen psychosozialen Beratungsstellen und dem Kreis getragen wird. Die Einrichtung steht für die Grundbedürfnisse der Drogenabhängigen bereit und soll diese in den Entzug im Zentrum für Psychiatrie Ravensburg-Weissenau vermitteln.

Die Bevölkerungsbefragung hatte gezeigt, daß die Furcht vor Kriminalität in den Städten ein wichtiges Thema ist. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit mußte deshalb ein wichtiger Teil der "Maßnahmen" sein. Neben der Information kommunaler Gremien und des Fachpublikums werden deshalb in regelmäßigen Abständen Pressekonferenzen durchgeführt. Im Sommer 1997 wurden die Zwischenergebnisse in einer stark besuchten Bürgerversammlung präsentiert.

4. Prävention - Aufgabe der Polizei, der Kommune oder der Gesellschaft?

Das methodische Vorgehen in Ravensburg-Weingarten erweiterte den Kreis der Beteiligten an der Präventionsarbeit immer mehr:

Die Arbeit ging aus von einem kleinen Arbeitskreis, bezog über die Arbeitsgruppen das jeweilige Fachpublikum ein und beteiligte schließlich die breitere Öffentlichkeit.

Aus Sicht des Arbeitskreises kann die Präventionsarbeit nicht allein ein Thema von Polizei und Kommune sein. Erfolgreich wird sie nur dann sein können, wenn die Öffentlichkeit und wenn gesellschaftliche Institutionen erfolgreich angesprochen werden können.

Dabei zeigte sich aber ein Dilemma: Die Arbeit über die Medien ist notwendig; sie kann aber dazu führen, daß Vorurteile und unberechtigte Ängste durch eine verzerrende Diskussion rasch verstärkt werden. Dies zeigte sich besonders nach der Bürgerinformation 1997: Die Diskussion mit der Bürgerschaft fand in sachlicher Atmosphäre und auf beachtlichem Niveau statt. Eine einseitige Presseberichterstattung ("gefordert wird eine Polizei in Springerstiefeln") und eine Leserbriefschlacht pro und contra schlossen sich an.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit wird weiter notwendig sein; sie wird aber vor der Aufgabe stehen, tatsächlich zur Problemlösung beizutragen und Stimmungsmache zu vermeiden.

5. Das Modellprojekt - eine Zwischenbilanz

Das Modellprojekt ist abgeschlossen, die laufende Arbeit wird fortgesetzt. Hat sich der Aufwand gelohnt?

Das Wichtigste: Entgegen dem Landestrend stagniert die Jugendkriminalität in den Städten; teilweise ging sie zurück. Auch innerhalb der Gesamtkriminalität hat der Anteil der Jungtäter abgenommen. Sicher wäre es voreilig, diese positive Entwicklung unmittelbar dem Modellprojekt zuzuordnen. Zu vielfältig sind die Einflußfaktoren, zu problematisch sind die Daten der polizeilichen Kriminalstatistik. Sicher ist aber, daß in vielen Bereichen eine Beruhigung eingetreten ist. Ein Beispiel dafür ist die Drogenszene, die sowohl durch polizeiliches Eingreifen als auch durch den Kontaktladen viel an Brisanz verloren hat.

Der langjährige Einsatz für Jugend- und Sozialarbeit, die Bemühungen um Ausländerintegration und die breite Verankerung der Maßnahmen in der Bevölkerung - dies sind Faktoren, die sich im positiven Ergebnis auswirken.

Ebenso wichtig sind die Nebeneffekte des Modellprojekts. Sowohl die Kriminalitätsanalyse durch die Polizei als auch die Einwohnerbefragung haben zahlreiche neue Erkenntnisse gebracht. Die meisten werden die Kriminologen nicht überraschen; auf die einzelne Stadt bezogen sind sie aber wichtig, um die Situation richtig einzuschätzen und der Bevölkerung vermitteln zu können.

Auch in Ravensburg/Weingarten war bekannt, daß Jugendliche häufig sowohl Täter als auch Opfer von Straftaten sind.

Nur teilweise erfolgreich war die Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl". Die sozialorientierten Maßnahmen konnten umgesetzt werden; die Zusammenarbeit mit dem Handel aber ist nicht in der Weise gelungen, die ursprünglich erwartet wurde. Ladendiebstähle sind in den Einkaufsstädten Ravensburg und Weingarten aber ein sehr sensibles Thema; der Arbeitskreis wird deshalb nochmals neue Ansätze suchen, um gemeinsam mit dem Handel ein deliktorientiertes Maßnahmenprogramm voranzubringen.

Die Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt" hatte durchaus interessante Ergebnisse. Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler zeigte Zufriedenheit mit seiner persönlichen Situation. Weit mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, über persönliche Probleme mit Eltern, Lehrern und Freunden reden zu können. Anzeichen besonderer Gewaltbereitschaft ergaben sich nicht. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe haben aber dazu angeregt, in den Schulen und in der Öffentlichkeit eine intensivere Diskussion über die Situation Jugendlicher, über Gewalt und Bedrohungen durchzuführen.

Ein schwieriger Punkt ist die Öffentlichkeitsarbeit: Im Modellprojekt bestätigte sich der vielfach bekannte Trend, daß auch bei rückläufiger Kriminalität die Befürchtungen in der Öffentlichkeit weiter anwachsen. Hier scheint ein besonderes Problem der Präventionsarbeit zu liegen. Allein die Beschäftigung mit dem Thema signalisiert der Öffentlichkeit "Gefahr"; kommunale Arbeit muß

sich aber davor hüten, Vorurteile zu verschärfen und Ängste zu vergrößern. Auch in Zukunft wird es schwierig sein, eine differenzierende Berichterstattung der Medien zu erreichen; gerade diese wäre aber im Interesse der Prävention sehr wichtig.

Aus unserer Sicht sollte die Arbeit in Zukunft fortgeführt werden. Kaum eine Kommune wird sich dem Thema "Kriminalität" entziehen wollen, da die Lebensqualität ihrer Bürger ganz zentral berührt ist.

Fast alle Kommunen bauen derzeit ihr Berichtswesen aus, um in wichtigen Feldern der Kommunalpolitik stets über aktuelle Daten zu verfügen. Die soziale Entwicklung in der Stadt und die Sicherheitssituation könnten ein Teil dieser Berichterstattung sein, und damit sollte auch versucht werden, in regelmäßigem Abstand sachlich über die Kriminalitätsbelastung zu sprechen.

Die Schwerpunkte der Arbeit werden sicherlich in den Jahren wechseln müssen. Für Ravensburg und Weingarten zeichnen sich aber mehrere Schwerpunkte für die kommenden Jahre sehr deutlich ab:

- Die Integration der jungen Ausländer der "Dritten Generation" wird für die Städte ein überaus wichtiges Thema. Vieles deutet darauf hin, dass sich junge Ausländer in Zeiten knapper Lehrstellen und steigender Jugendarbeitslosigkeit ausgegrenzt fühlen. Hier werden auch kommunale Gegenstrategien notwendig sein.

- Ravensburg und Weingarten sind Städte, die, vermittelt durch ein Übergangwohnheim, in den vergangenen Jahren eine große Zahl von Aussiedlern aufgenommen haben. Eine spezielle Kriminalität ist hier nicht erkennbar; es bestehen aber große Jugendprobleme. Hier ist ein neuer, wichtiger Aufgabenschwerpunkt entstanden.

"Sicherheit in der Stadt"- dies bleibt ein zentrales Thema der Kommunalpolitik auch in den kommenden Jahren.

B. Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus der Sicht der Polizei

Manfred Schmälzle

Kriminalprävention auf kommunaler Ebene – Akzeptanz, Durchführung und Bewertung des Pilotprojekts aus Sicht der Polizei in Calw

1. Aufgabe der Polizei im Rahmen von Kriminalprävention in der Großen Kreisstadt Calw

Am 31.1.1994 fand die konstituierende Sitzung des kriminalpräventiven Rates der Großen Kreisstadt Calw (KPR) statt. Unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Karl bildete sich der Rat aus 26 Institutionen mit insgesamt 35 Vertretern. Eine dieser Institutionen war die Polizeidirektion Calw mit den ständigen Vertretern Leiter der Polizeidirektion und Leiter Sachgebiet IIa/b der Kriminalpolizei.

Aufgrund des mangelnden Fach- und Erfahrungswissens der anderen Institutionen im Bereich der Kriminalprävention blieb die Polizei ständig Motor und Impulsgeber. Die Folgesitzungen des KPR wurden gemeinsam mit der persönlichen Referentin des Oberbürgermeisters, Frau Epple, vorbereitet, die Tagesordnung festgelegt und, soweit erforderlich, Tischpapiere gefertigt. Durch eine lange Zeit der Passivität drohte das vorzeitige Scheitern des Projekts. Erst nach massiver Unterstützung durch Polizeirat Hauser von der Hochschule für Polizei, der als Vorsitzender des größeren Sportvereins in Calw Ratsmitglied war, gelang ein erneuter Motivationsschub, der schließlich die aktive Fortführung des Projekts sicherstellte.

Nach Befürwortung durch den KPR wurde die Polizei größtenteils eigenständig tätig mit der Aufstellung eines Containers als temporär besetzte Polizeiwache am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB), den die Bevölkerung als Angstraum wahrgenommen hatte.

2. Einbindung der Polizei in die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene

Neben der ständigen Einbindung des Leiters der Polizeidirektion Calw und des Leiters des Sachgebiets IIa/b der Kriminalpolizei in den Kriminalpräventiven Rat waren ab September 1996 alle Polizeiangehörigen der Direktion tangiert. Durch eine Dienstanweisung der PD Calw wurde sichergestellt, daß die von der Bevölkerung bezeichneten Angsträume kontinuierlich bestreift werden. So wurden im Zentralen Omnibusbahnhof innerhalb eines Jahres rund 800 Präsenzstunden durch aktive Beamte und Polizeifreiwillige abgeleistet. Rund 1000 mobile Kontrollen bei Fußstreifen, Fahrzeugstreifen, Fußstreifen mit Diensthunden, in unterschiedlicher Intensität zu allen Tages- und Nachtzeiten, wurden dokumentiert.

3. Beitrag der Polizei zur Kriminalprävention auf kommunaler Ebene

Erst am 12.12.1994 konnte von Vertretern der Universität Heidelberg das Ergebnis der Anfang des Jahres durchgeführten Bevölkerungsumfrage in Calw vorgelegt werden. Die umfangreiche Auswertung wurde von der Polizei auf einen Schlagwortkatalog reduziert, um die möglichen kriminalpräventiven Ansatzpunkte kurz und griffig darzustellen.

Die geringe Beteiligung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung an der Befragung (Gesamtanteil ca. 23 %) veranlaßte den KPR, eine erneute Anfrage nur bei den Nichtdeutschen zu veranlassen. Im Januar 1995 wurde von der Polizei ein Fragebogen erstellt. Nach Abstimmung mit der Stadt Calw und der Landesdatenschutzbeauftragten wurde die endgültige Form des Fragebogens in fünf Landessprachen für die nichtdeutschen Mitbürger übersetzt. Die Verteilung und der Rücklauf wurde durch die Stadtverwaltung Calw ab November 1995 organisiert. Anfang 1996 wurden die zurückgesandten Fragebogen bei der Polizei ausgewertet und das Ergebnis in einem Bericht zusammengefaßt.

Für die Sitzungen des Kriminalpräventiven Rates wurde jeweils zusammen mit der Persönlichen Referentin des Oberbürgermeisters, Frau Epple, die Tagesordnung erstellt. Innerhalb der Sitzungen erfolgten mehrere Fachbeiträge der Polizei über Kriminalitätsentwicklungen, Finanzierungsmöglichkeiten und vieles mehr.

Schließlich wurde mit Befürwortung des Oberbürgermeisters und des KPR im September 1996 für ein Jahr ein Polizeicontainer auf dem Gelände des zentralen Omnibusbahnhofs in Calw aufgestellt. Ziel war, durch Präsenzkonzentration das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung zu reduzieren. Tatsächlich ist und war die objektive Kriminalitätslage am ZOB mit unter zehn Straftaten pro Jahr keineswegs beängstigend. Mit reservierten Geldmitteln des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Durchführung konkreter Präventionsprojekte innerhalb der KKP wurde der Container für ein Jahr angemietet und aufgestellt. Innerhalb dieses Jahres (von September 1996 bis September 1997) wurde der von der Polizei als Anlaufstelle ausgestattete Container zu unterschiedlichen Zeiten von jeweils zwei Polizeibeamten unter selbständiger Beteiligung des Gemeindevollzugsdienstes besetzt. Insgesamt waren die Polizeibeamten 800 Stunden in und um den Polizeicontainer im ZOB präsent. Hierfür war ständig ein Aktiver sowie eine Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes eingesetzt. Durch eine Dienstanweisung der PD Calw wurde sichergestellt, daß sämtliche Dienstzweige der Polizeidirektion in Protokollen festgehaltene Präsenzstreifen schwerpunktmäßig am ZOB durchzuführen haben. So wurden in diesem Jahr weitere rund 1.000 dokumentierte Präsenzstreifen, auch Fußstreifen mit und ohne Diensthund, durchgeführt. Eine detaillierte Auswertung wird noch erstellt. Derzeit wird geprüft, ob von der Universität Heidelberg eine erneute Bevölkerungsumfrage durchgeführt werden kann, die mögliche Änderungen im Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung feststellt.

4. Zwischenbilanz

Der Kriminalpräventive Rat hat sich in der in Calw vorliegenden Zusammensetzung als entscheidungshemmendes Instrumentarium dargestellt. Der Wille, möglichst viele Gesellschaftskreise/-träger zu integrieren, ließ die Anzahl des Rates auf 35 Personen anwachsen. Dieses viel zu große Gremium konnte durch die unterschiedlichen Auffassungen der Beteiligten oft nur sehr träge zu Entscheidungen kommen. Die Entscheidungsfindung war langwierig und verzögerte immer wieder vorgeschlagene Maßnahmen. Die schließlich gegründeten Arbeitsgruppen haben kaum Aktivitäten entwickelt.

- Die „AG ZOB-Innenstadt“ beabsichtigte als erste Maßnahme die farbliche Gestaltung des ZOB. Tatsächlich wurde lediglich der Polizeicontainer von einer Schulklasse bemalt.
- Die „AG Integration“ hatte zwar zweimal getagt, konnte jedoch keine konkreten Ziele finden.
- Die „AG Jugend“ hat sich überhaupt nicht konstituiert, nachdem der AG-Leiter in einer anderen Stadt eine neue berufliche Tätigkeit aufnahm.
- Die „AG Koordination Öffentlichkeitsarbeit“ hat zwar einige Male getagt, es wurde auch eine Geschäftsordnung für den Kriminalpräventiven Rat erstellt. Diese wurde vom Rat jedoch nie angenommen.

Insgesamt war die Aufgabenstellung zu global, da in Calw weniger die objektiv vorhandene Kriminalität als vor allem die subjektive Kriminalitätsfurcht zu bekämpfen war. Die Folge war eine sinkende Motivation der Ratsmitglieder, die den Einladungen zur Sitzung des Rates nicht mehr regelmäßig folgten.

5. Perspektiven

Eine Fortführung der Kommunalen Kriminalprävention unter Mitarbeit der bislang bestehenden Institutionen kommt kaum in Betracht. Derzeit bestehen Bestrebungen der Polizeidirektion Calw, die Kommunale Kriminalprävention in Calw neu zu ordnen und mit anderen Gewichtigungen wiederzubeleben.

Kommunale Kriminalprävention am Beispiel des Pilotprojekts Ravensburg/Weingarten

Vor dem Hintergrund der hohen Kriminalitätszahlen und der zunehmenden Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürger ist festzustellen, daß die bisherigen repressiven und präventiven Strategien nicht ausgereicht haben, um nachhaltig der zunehmenden Kriminalität zu begegnen.

Repressive Maßnahmen, mögen sie noch so gravierend und einschneidend sein, können Kriminalität nicht verhindern. Durch Repression können darüber hinaus die Symptome gesellschaftlicher Defizite nur angegangen, nicht aber die ihnen zugrunde liegenden Ursachen beseitigt werden. Hinzu kommt, daß repressive Maßnahmen nicht greifen, wenn eine Straftat nicht angezeigt wird oder der Täter nicht ermittelt werden kann. Auch die bisherigen Bemühungen, Straftaten präventiv zu begegnen, zeigten nur in wenigen Einzelbereichen Erfolge. Kommunale Kriminalprävention scheint dafür ein Weg zu sein, auch wenn es sich nicht um ein Patentrezept generell handeln kann.

Vor dem Hintergrund der steigenden Kriminalität in den Jahren 1992 und 1993 hat das Innenministerium Baden-Württemberg 1993 das Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention" in Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten initiiert und am 02.12.1993 im Rahmen einer Landespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Grundgedanke dieses für Baden-Württemberg neuen Präventionskonzeptes ist es, die Probleme der lokalen Sicherheit dort zu lösen, wo sie entstehen, nämlich in den Städten und Kommunen.

1. Rolle der Kommunalverwaltung

Polizeilichen Erkenntnissen zufolge verüben mehr als 70 % aller Tatverdächtigen am eigenen Wohnort oder zumindest in dem Landkreis, in dem sie wohnen, ihre Straftaten. Daher muß eine wirkungsvolle Prävention dort ansetzen, wo Kriminalität entsteht, begünstigt oder gefördert wird, also vor Ort, in den Städten und Gemeinden.

Da ein wesentlicher Teil der Entstehungsbedingungen gesellschaftlichen Ursprungs ist, ist grundsätzlich auch eine breite Palette gesellschaftlicher Einrichtungen und Kräfte angesprochen, wenn es darum geht, Kriminalität zu verhindern. Die Polizei alleine kann weder rechtlich noch tatsächlich eine allumfassende Kriminalprävention leisten. Kerngedanke dieses aus polizeilicher Sicht erweiterten Präventionsansatzes ist, daß der höchste Repräsentant einer Kommune seine Amtsautorität zur Bündelung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte einsetzt.

Der Kommunalverwaltung als originär zuständige Verwaltungsbehörde für Sicherheit und Ordnungsaufgaben (§§ 60, 62 PolGBW) kommt bei der Durchführung eines Projektes zur Kommunalen Kriminalprävention besondere Bedeutung zu. Die Verhütung von Kriminalität sowie die Beseitigung ihrer Ursachen trägt dazu bei, das Sicherheitsgefühl und - damit verbunden - die Lebensqualität des Einzelnen zu verbessern und dient somit dem gemeinsamen Wohl der Einwohner. Unter besonderer Berücksichtigung dieses Aspektes erscheint die Beteiligung der Kommunalverwaltung (§ 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg) an entsprechenden Projekten nahezu zwangsläufig. Kriminalprävention ist somit eindeutig eine kommunale Aufgabe.

2. Rolle der Polizei

Gemäß Vorgaben des Innenministeriums Baden-Württemberg beteiligen sich die Polizeidirektionen am Projekt "Kommunale Kriminalprävention" durch eine fachliche Unterstützung der jeweiligen Kommunen.

Diese umfaßt insbesondere:

- Mitwirkung bei der Erstellung örtlicher Kriminalitätslagebilder;
- Beratung und Unterstützung der Projektverantwortlichen hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung von Vorbeugungsmaßnahmen;

- Zusammenarbeit mit den zuständigen kriminologischen Lehrstühlen, der Fachhochschule für Polizei und dem Landeskriminalamt und
- Beratung und Unterstützung der Kommunen bei organisatorisch-technischen Problemen.

Dem Landeskriminalamt obliegt insbesondere:

- die ergänzende statistische Auswertung im Rahmen konkreter Projektmaßnahmen;
- die Unterstützung der Polizeidirektionen in der Planung und Durchführung von Vorbeugungsmaßnahmen;
- die Zusammenführung der bei den einzelnen Projekten gewonnenen Erkenntnisse und die Weitergabe an die beteiligten Stellen;
- die Fortschreibung des Handbuchs für "Kommunale Kriminalprävention" und
- die Reservierung der zugewiesenen Haushaltsmittel (je beteiligte Gemeinde 7.500.- DM).

3. Wissenschaftliche Begleitung

In das Projekt wurde erstmals in der Bundesrepublik eine umfangreiche wissenschaftliche Begleitforschung miteinbezogen. Gemeinsam mit den kriminologischen Instituten der Universitäten Konstanz und Heidelberg, des Max-Planck-Institutes in Freiburg und der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen als Koordinator wurden daher - parallel zu den organisatorischen Maßnahmen - regionale Kriminalitätsanalysen erstellt. Hierfür arbeiteten die Wissenschaftler eng mit den Polizeidirektionen vor Ort zusammen. Dabei ging es vor allem darum, Erkenntnisse über folgende Punkte zu gewinnen:

- wie hoch das Risiko für den Bürger in den Projektstädten ist, Opfer von Straftaten zu werden;
- wie hoch Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühl der Bürger sind;
- wie groß die Zufriedenheit mit der Polizei im Gemeinwesen ist und
- welche konkreten Möglichkeiten es gibt, die Sicherheit am Ort durch gezielte Präventionsmaßnahmen zu verbessern.

Im Einzelnen wurde folgendes durchgeführt:

- Gründung eines Forschungsbeirates;
- Unterstützung der Pilotstädte bei der Umsetzung einzelner Präventionsmaßnahmen;
- Bevölkerungsbefragungen in den Städten (Juni - September 1994);
- Befragungsaktion der beteiligten Polizeidirektionen;
- Durchführung einer bundesweit repräsentativen Umfrage durch das Institut ZUMA zum Vergleich mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention und
- Durchführung einer Studie über Notrufgeschehen und Funkstreifenwageneinsätze im Bereich der Projektstädte durch die Fachhochschule für Polizei.

Aufgrund des Fach- und Erfahrungswissens obliegt der Polizei eindeutig die impulsgebende Funktion. Die Polizeidirektion Ravensburg hat Aktivierungsarbeit geleistet, bis feste organisatorische Strukturen vorhanden waren und die ersten Arbeitsergebnisse und deren Umsetzung in kriminalpräventive Maßnahmen alle Skeptiker überzeugt haben – also so lange, bis bei uns die Kommunale Kriminalprävention aufgrund der weiteren Initiative der beiden Städte zum Selbstläufer geworden war. Dabei waren Geduld und Hartnäckigkeit gefragt, aber Aufwand und Engagement haben sich in mehrfacher Hinsicht gelohnt.

4. Ziele der Kommunalen Kriminalprävention

1. Quantitative und qualitative Reduzierung der präventablen Delikte (z. B. Massendelikte, Straßenkriminalität).
2. Einwirken auf die steigende Entwicklung der Kriminalität, z.B. durch
 - Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die Hemmschwelle zur Kriminalität erhöht wird;

- Stärkung des Rechtsbewußtseins und
- Erhöhung der Bereitschaft der Menschen, füreinander einzutreten.
- 3. Abbau kriminalitätsfördernder bzw. -begünstigender Strukturen und Faktoren.
- 4. Stärkung des Sicherheitsgefühls und Abbau objektiv unbegründeter Kriminalitätsfurcht.
- 5. Positive Beeinflussung potentieller Opfer und damit Reduzierung des Anreizes zur Tatgelegenheit.

5. Struktur des Mittleren Schussentales

Vorweg einige Strukturdaten für die Städte Ravensburg und Weingarten, die für das Verständnis unserer Präventionsstrategie wichtig sind:

Die großen Kreisstädte Ravensburg mit 47.000 Einwohnern und Weingarten mit 24.000 Einwohnern befinden sich im mittleren Schussental und bilden einen kriminalgeographischen Raum. Beide Städte sind Schul-, Handels- und Einkaufsstädte und bilden die Metropole Oberschwabens:

- ca. 71.000 Einwohner, davon 9.000 Ausländer (= ca. 13 %);
- rund 15.000 Schüler;
- rund 4.500 Studenten;
- 46.000 Arbeitsplätze, davon im Dienstleistungssektor 23.000;
- 700 Einzelhandelsgeschäfte;
- rund 27.000 Einpendler, davon rund 5.500 zu den Schulen.

Auf ca. 7 % der Landkreisfläche wohnen rund 30 % der Bevölkerung des Landkreises. 1995 wurde in diesem Raum über 45 % der gesamten Kriminalität im Landkreis Ravensburg registriert. Die Kriminalitätshäufigkeitszahl liegt bei 8.400 und ist damit vergleichbar mit den Städten Esslingen und Ludwigsburg. Der Anteil der Jungtäter liegt seit 1992 sehr hoch; 1995 betrug er 28,9 %.

6. Einrichtung des Arbeitskreises "Kommunale Kriminalprävention"

Seit April 1994 besteht der Arbeitskreis "Kommunale Kriminalprävention" Ravensburg/Weingarten. Nahezu ein Jahr hat es gedauert, bis es zu der konstituierenden Sitzung im Frühjahr 1994 kam. Dies lag in der Hauptsache daran, daß das Gespräch des Innenministeriums mit den Kommunalvertretern erst im Dezember 1993 stattfand. Obwohl beide Oberbürgermeister bereits im Mai 1993 ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Kommunalen Kriminalprävention signalisiert haben und dies auch im Juli 1993 dem Innenministerium mitteilten, wollten die Kommunen zunächst das Gespräch zur Klärung wichtiger Fragen, wie Umfang und Finanzierung des Projekts, abwarten. Aufgrund ständigen Drängens der Polizeidirektion Ravensburg und der Vorlage eines Arbeitspapiers über die Ausgestaltung, den Aufbau und die Ablauforganisation eines Arbeitskreises sowie zum Themenvorschlag "Jugendkriminalität" im Oktober 1993 fand am 11.11.1993 ein erstes Vorbereitungsgespräch statt.

In der Folge kam es zu zwei weiteren vorbereitenden Sitzungen im Januar und Februar 1994, in denen die Projektorganisation, die Abläufe und die wissenschaftliche Begleitung sowie das Thema "Jugendkriminalität" (Feinanalyse durch die Polizeidirektion) vorbereitet und abgestimmt wurden.

Für einige kommunale Beteiligte war es auch in der ersten Sitzung des Arbeitskreises schwierig, mit dem Begriff "Kommunale Kriminalprävention" richtig umzugehen. Immer wieder wurde insbesondere von den Vertretern der Stadt Weingarten versucht, in eine neue Grundsatzdiskussion zur Kommunalen Kriminalprävention mit folgenden Fragestellungen einzusteigen:

- Wieso ist Kommunale Kriminalprävention eine Aufgabe der Kommune?
- Will sich die Polizei aus der Prävention zurückziehen?
- Was kann an Kosten auf die Kommunen zukommen, die sich ohnehin in einer prekären Haushaltssituation befinden?

Die Polizeidirektion Ravensburg mußte deshalb immer wieder große Überzeugungsarbeit leisten, um beiden Städten klar zu machen, daß insbesondere die Primärprävention originäre Aufgabe der Kommune ist. Man sah schließlich ein, daß eine effektive und von der Bevölkerung akzeptierte

Kriminalprävention nur dann erreicht werden kann, wenn die Federführung bei den Städten liegt. Es wurde auch die Auffassung akzeptiert, daß sich die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, Verbände, Vereine und staatlicher sowie privater Institutionen in das Projekt leichter unter der Federführung der höchsten Repräsentanten der Städte bewerkstelligen lasse. Die zwischen der Polizei und den Städten Ravensburg und Weingarten vorhandene gute Zusammenarbeit in allen Bereichen war für das Projekt förderlich und wirkte sich positiv aus.

7. Klein beginnen oder groß herauskommen?

Diese Frage wurde in den Vorbereitungsgesprächen schnell beantwortet. Es bestand Einigkeit, die Projektorganisation so klein als möglich zu halten, um funktionsfähig zu bleiben. Aus heutiger Sicht war es richtig und sinnvoll, den Arbeitskreis als Entscheidungsgremium von vornherein personell zu beschränken und diesen zeitweise bedarfsorientiert durch Fachexperten zu erweitern. Nur so war eine effektive und effiziente Arbeit im Arbeitskreis möglich.

Zur Arbeit im Arbeitskreis ist festzustellen, daß von polizeilicher Seite oft Geduld aufgebracht werden mußte. Kommunale Kriminalprävention ist nicht Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik und folgt deshalb auch den Gesetzen der Kommunalpolitik. Deshalb wurden die Abläufe aus polizeilicher Sicht manchmal als sehr zäh empfunden, so z. B. das Abwarten der Kommunalwahl 1994 bis zur Vorstellung des Projektes in den Medien und damit der Öffentlichkeit; das Abwarten der Oberbürgermeisterwahl in Ravensburg 1995 bis zur Veröffentlichung der Bevölkerungsbefragung. Hinzu kam die Tatsache, daß Kriminalität und Sicherheit in den Kommunen nicht das dringendste Problem darstellen. Dies ergab sich auch aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung durch die Universität Konstanz, wonach für die Bürger in Ravensburg und Weingarten die Kriminalität nicht "das", sondern nur "ein" Problem unter vielen in ihrer Gemeinde ist. So trat auch gelegentlich die Arbeit im Arbeitskreis gegenüber den vordringlich zu lösenden kommunalen Aufgaben – wie Sanierung des Städtischen Krankenhauses Ravensburg und Verkehrsumgehung Ravensburg/Weingarten – zurück.

Der Arbeitskreis hat 1994 zweimal, 1995 fünfmal, 1996 siebenmal und 1997 viermal getagt. Bei den Vorbereitungsgesprächen und den Sitzungen des Arbeitskreises war immer auch ein Vertreter der Universität Konstanz anwesend, der flankierend die Arbeit wissenschaftlich begleitet hat. Als etwas negativ hat sich die Verzögerung der Auswertung der Bevölkerungsbefragung dargestellt. Als sehr positiv muß die Wirkung in den beiden Rektorenkonferenzen gesehen werden. Neben Oberbürgermeister Vogler aus Ravensburg können die Vertreter der Universität Konstanz als "Türöffner" bezeichnet werden. Mit ihren Ausführungen konnten beispielsweise die Schulleiter von der Notwendigkeit ihrer Mitarbeit im Arbeitskreis "Kriminalprävention" und in den installierten Arbeitsgruppen überzeugt werden.

8. Einzelne Maßnahmen

Der Arbeitskreis hat bisher auf der Grundlage der analytischen Auswertung der Kriminalstatistik durch die Polizeidirektion Ravensburg die Aktionsfelder "Ladendiebstahl", "Fahrraddiebstahl", "Drogenprävention" und "Jugend und Gewalt" aufgearbeitet und bereits mehrere kriminalpräventive Maßnahmen umgesetzt.

Im einzelnen sind dies:

8.1 Bekämpfung des Ladendiebstahls

- Die im April 1994 eingerichtete Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl" hat ihren Abschlußbericht mit einer Vielzahl von Vorschlägen dem Arbeitskreis im Dezember 1994 vorgelegt.
- Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden im Januar und Juli 1995 in den Rektorenkonferenzen der Schulen Ravensburg und Weingarten vorgestellt.
- In mehreren Gesprächen hat der Einzelhandel in beiden Städten seine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung und Durchführung von Maßnahmen erklärt.

- Mit der Industrie- und Handelskammer Ravensburg/Weingarten wurde ein Ratgeber "Ladendiebstahl" erstellt, der inzwischen dem örtlichen Einzelhandel zugestellt ist. In diesem Ratgeber sind Abhandlungen über Täter und Motive, Methoden von Ladendieben, betriebliche Maßnahmen zur Ladendiebstahlsvermeidung, Verhaltensregeln beim Stellen eines Ladendiebes sowie allgemeine Tips zur Vermeidung von Diebstählen u. a. aufgeführt.
- Im November 1995 hat der Arbeitskreis "Kriminalprävention" beschlossen, die Ergebnisse Ladendiebstahl - soweit möglich und noch nicht geschehen - mit Nachdruck umzusetzen.
- Die Polizeidirektion Ravensburg hat inzwischen mehrere Schulungsveranstaltungen für Verkaufspersonal und Aufklärungsaktionen bei den örtlichen Einzelhandelsgeschäften durchgeführt.
- In der Rektorenkonferenz der städtischen Schulen im Dezember 1995 wurde die mögliche Umsetzung von Ergebnissen der Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl" erörtert und beschlossen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Des weiteren wurde das Medienpaket des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg "Herausforderung Gewalt" vorgestellt. Erfreulicherweise sagten die Schulleiter ihre Mitarbeit an Präventionsmaßnahmen für den Bereich Ladendiebstahl zu. Sie erkannten, daß auch die Schulen ihren Teil zur Verhinderung von Jugendkriminalität beitragen können (z. B. verbessertes Freizeitangebot, frühzeitige Konfliktaufklärungsmaßnahmen, verbesserte Schulsozialarbeit).
- In der Rektorenkonferenz im Januar 1996 wurden mögliche Präventionsmaßnahmen diskutiert. Gleichzeitig wurden den Schulleitern der Auftrag und die voraussichtliche Organisation der vorgesehenen Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt" mitgeteilt und sie um Mitarbeit gebeten. Diese wurde auch zugesagt.
- Die Polizeidirektion Ravensburg hat in mehreren Veranstaltungen bei Elternabenden die Problematik Ladendiebstahl und mögliche Präventionsmaßnahmen dargestellt.
- Themenbezogene Projektstage an den Schulen wurden und werden auch weiterhin durchgeführt.

8.2 Bekämpfung des Fahrraddiebstahls

- Eine kleine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Polizeidirektion Ravensburg hat im Januar 1995 Vorschläge für die Verhinderung von Fahrraddiebstählen unterbreitet, die auch weitgehend realisiert wurden.
- Beim Bau neuer Fahrradabstellplätze werden künftig verbesserte technische Sicherungsmöglichkeiten mit berücksichtigt.
- Ein in Nordrhein-Westfalen entwickeltes Fahrradcodiersystem zur effektiven Bekämpfung des Fahrraddiebstahls wurde durch die Polizeidirektion Ravensburg modifiziert und kreisweit eingeführt. Am oberen Ende des Sattelstützrohres wird auf der rechten Seite ein einheitlicher alphanumerischer Code eingraviert, welcher sofortige Rückschlüsse auf den rechtmäßigen Eigentümer zuläßt und somit schnelle Fahndungsansätze ermöglicht.
- Für den Bereich Ravensburg/Weingarten wurden aus polizeilichen Mitteln zwei Fahrradgraviergeräte beschafft. Die Kommunen Ravensburg und Weingarten stellten ebenfalls je ein Graviergerät zur Verfügung. Mit diesen Geräten konnten zwischenzeitlich allein in den Städten Ravensburg und Weingarten über 3.000 Fahrräder graviert werden; auf Landkreisebene nahezu 6.000.
- Durch intensive Medienarbeit wurde das Fahrradcodiersystem einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und das Interesse in der Bevölkerung geweckt.
- Die Resonanz in der Bevölkerung ist äußerst positiv. Die Wartezeiten werden inzwischen genutzt, die Bürger für die verschiedensten Sicherheitsbelange (Straßenverkehr, Wohnungssicherung, Nachbarschaftshilfe u. a.) zu sensibilisieren.
- Zur personellen Entlastung versucht die Polizeidirektion Ravensburg derzeit, den Fahrradhandel mit in die Gravuraktionen einzubeziehen. Ziel ist, daß Neufahrräder bereits durch den Handel graviert werden.

8.3 Drogenprävention

- Seit 1991 besteht auf Landkreisebene der Arbeitskreis "Sucht" (Polizei ist Mitglied).
- Im April 1995 hat die Stadt Weingarten eine Arbeitsgruppe "Drogen" eingerichtet (Ausgangspunkt war eine offene Szene auf dem Löwenplatz), auch hier ist die Polizei Mitglied.
- Ab Mai 1995 wurde diese zunächst nur in Weingarten bestehende Arbeitsgruppe auf das "Mittlere Schussental" erweitert. Unter Einbeziehung der verschiedenen im Bereich der Drogenprävention tätigen Institutionen wurde ein gemeinsam getragenes Konzept zur Drogenprävention erarbeitet:
- Niederschwellige Drogenentzugsstation in Mariatal/Weißenau seit April 1995.
- Zwei Streetworker mit Schwerpunkt Schussental und Bodenseekreis seit Herbst 1995.
- Einrichtung eines Kontakt-Treffs für Drogenabhängige im Stadtzentrum von Ravensburg im Juni 1996; Trägerschaft ist die Suchthilfe gGmbH. Die Anregungen der Polizei wurden voll berücksichtigt.
- Die Schaffung von Wohngemeinschaften substituierter Abhängiger ist geplant.

8.4 Jugend und Gewalt

Im Januar 1996 wurde die Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt" unter der Leitung des Leiters des Schulamtes Ravensburg eingerichtet. Die Arbeitsschwerpunkte liegen beim Thema "Gewalt an den Schulen" und der Erarbeitung von konkreten Präventionsvorschlägen.

Unter Mitwirkung der Schulen, Sozialämter, Jugendämter, Beratungsstellen und der Jugendhäuser wurde ein Fragebogen entwickelt, mit dem über 1.200 Schüler über ihre Erfahrungen mit Gewalt, ihr Freizeitverhalten und ihre soziale und familiäre Situation befragt wurden. Die Auswertung der Fragebogen durch die Fachhochschule für Polizei ist abgeschlossen. Die Ergebnisse liefern Erkenntnisse vor allem zum Anzeigeverhalten und Dunkelfeld bei Gewaltdelikten unter Jugendlichen. Sie wurden Anfang 1998 der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. zu der Befragung den Beitrag von Beck in diesem Band).

8.5 Jugendstrafsachen

Im April 1997 wurde unter Leitung der Staatsanwaltschaft Ravensburg die Arbeitsgruppe Jugendstrafsachen eingerichtet. Ziel ist es, Vorschläge zu erarbeiten, wie im Rahmen des geltenden Rechtes das präventive Potential des Jugendstrafverfahrens optimiert werden kann. Eine Optimierung von Diversion und erzieherischen Maßnahmen des Jugendstrafrechts unter Einschluß der Hilfen zur Erziehung nach dem Jugendhilfegesetz soll erarbeitet werden.

Nach Auswertung der Bestandsaufnahme der derzeitigen Sanktionspraxis im Landgerichtsbezirk Ravensburg im Vergleich zur Sanktionspraxis in Baden-Württemberg sollen auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse Vorschläge zur Optimierung der bestehenden Angebote bzw. zur Schaffung neuer Angebote erarbeitet werden.

8.6 Sonstiges

Der Kinospot mit dem Thema "Wertewandel - Jugend - Kriminalität" wurde fertiggestellt. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. Mai 1996 wurde er der Öffentlichkeit vorgestellt (Finanzierung 2:1 Ravensburg zu Weingarten; die Polizei konnte sich wegen des Verbots der Mischfinanzierung nicht beteiligen).

9. Probleme der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene

- Die Bedeutung der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung muß sich auch in der Personalstärkeberechnung innerhalb der Polizei niederschlagen. Andernfalls können angedachte Lösungen nicht umgesetzt werden. Die Polizeidirektion Ravensburg ist neben den Städten Ravensburg und Weingarten gleichberechtigter Partner am Projekt. Da zwischenzeitlich anerkannt ist, daß die Federführung nicht die Polizei, sondern die Kommunen selbst haben sollen, erstreckt sich die Arbeit der Polizeidirektion auf Beratung und Unterstützung, insbesondere auf Zulieferung, Auf-

bereitung und Analyse von Daten zur Kriminalität in beiden Städten. Der Aufwand hierfür ist erheblich. Auch die beratende (und erforderliche) Mitwirkung der Polizei in den Sitzungen aller Gremien und Arbeitsgruppen erfordert einen hohen Zeitaufwand. Insgesamt muß die Polizeidirektion Ravensburg jährlich mindestens ein Mannjahr für die Mitwirkung am Projekt einsetzen.

- Die Finanzierung einzelner kriminalpräventiver Maßnahmen im Rahmen des Projektes ist noch nicht gesichert. Die bislang bereitgestellten Mittel standen jedes Jahr unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit im Rahmen der Einsparungsverpflichtungen. Nach Eintritt der allgemeinen Haushaltssperren mußten Maßnahmen zurückgestellt werden oder von den laufenden Mitteln der Polizeidirektion abgedeckt werden. Laufende Personal- und Sachkosten wurden bislang von den Beteiligten selbst getragen.
- Die für das Projekt veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 7.500.- DM pro beteiligte Gemeinde sind nur für Maßnahmen der Polizeidirektion verwendbar. Eine Mischfinanzierung ist nicht möglich. Konkret hat sich dies bei der Realisierung des Filmspots erwiesen. Während sich beide Städte finanziell beteiligten, mußte sich die Polizei ausklinken, obwohl 15.000.- DM für polizeiliche Maßnahmen nahezu unberührt bereitstanden. Dies ist für das gesteckte Ziel "Gemeinsam für mehr Sicherheit" nicht förderlich.

Die Zweckgebundenheit der nur für polizeiliche Maßnahmen bereitgestellten Mittel zeigt sich als hemmend. Sie ist für uns nicht nachvollziehbar. Wenn schon die Polizei gleichberechtigter Partner im Projekt ist, so sollte in Einzelfällen auch für gemeinsame Maßnahmen eine Mischfinanzierung möglich sein.

- Von März bis Mitte Mai 1995 stagnierte der Projektverlauf teilweise. Gründe hierfür waren nicht nur die Verzögerung der schon für das Frühjahr avisierten wissenschaftlichen Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage, sondern vor allem auch die vordringlich zu lösenden kommunalen Probleme und Aufgaben der Stadt Ravensburg im Zusammenhang mit der Umgehung der B 30 und dem Ausbau des Städtischen Krankenhauses.

Aus unserer Sicht ist deshalb der Organisationsablauf manchmal als etwas zäh empfunden worden. Nicht zuletzt liegt die Ursache aber auch darin, daß für die Projektbeteiligten die Mehrarbeit im Arbeitskreis eine zusätzliche erhebliche Arbeitsbelastung darstellt. Zudem ist festzustellen, daß beim Umgang mit und bei der Umsetzung von Kommunalen Kriminalprävention insbesondere von polizeilicher Seite Geduld aufgebracht werden muß. Kommunale Kriminalprävention ist eben nicht Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik, und folgt deshalb auch deren Gesetzen.

10. Resümee

- Aller Anfang ist schwer: Anfängliche Bedenken der Kommunen mußten ausgeräumt werden.
- "Kommunale Kriminalprävention" - ein Begriff, mit dem keiner etwas anfangen konnte.
- Die Polizeidirektion Ravensburg mußte anfangs überzeugende Aktivierungsarbeit leisten.
- Geduld und Hartnäckigkeit sind gefragt.
- Der Oberbürgermeister übt die wichtige Integrations- und Bündelungsfunktion aus.
- Kommunale Kriminalprävention ist nicht polizeiliches Einsatzgeschehen, sondern Kommunalpolitik (die Uhren gehen anders).
- Vieles wird schon gemacht, es wird nur nicht koordiniert.
- Klein beginnen oder groß herauskommen.
- Das Sicherheitsgefühl kann langfristig gestärkt werden.
- Die Polizei ist kompetenter und gleichberechtigter Partner und bringt ihr Fach- und Erfahrungswissen ein.
- Die personellen und materiellen Ressourcen sind unzureichend.
- Die wissenschaftliche Begleitung von Anfang an war nicht nur hilfreich, sondern notwendig.
- Die Koordinierung und Unterstützung durch das LKA ist wichtig und sinnvoll.

Abschließend kann ich feststellen, daß die bisherigen Erkenntnisse deutlich machen, daß der lokal orientierte gesamtgesellschaftliche Ansatz zur Kriminalprävention richtig war und ist. Die Kommunale Kriminalprävention hat sich im Schusental in den Städten Ravensburg und Weingarten bereits zum Selbstläufer entwickelt.

Anhang

Zeitlicher Ablauf und Projektorganisation

1993

Mai: Vorstellung des Pilotprojektes an den PD-Leiter im Innenministerium Baden-Württemberg.

Mai/Juni: Information/Überzeugungsarbeit/Motivationsgespräche durch den PD-Leiter nach außen und innen.

Juli: Städte Ravensburg und Weingarten erklären schriftlich dem Innenministerium ihre Teilnahme am Projekt.

August: LKA übersendet Info-Paket an Kommunen und Pden.

Oktober: Arbeitspapier der PD an beide Oberbürgermeister mit Vorschlägen zur Organisation und Vorgehensweise.

November: 1. Vorbereitungsgespräch bei der Stadt Ravensburg; PD legt Kriminalitätsanalyse vor; Abwarten des Ministergesprächs.

Dezember: Gespräch des Innenministers mit den Oberbürgermeistern der Projektstädte und anschließende Landespressekonferenz.

1994

Januar: 2. Vorbereitungsgespräch mit Festlegung des Themas "Jugendkriminalität".

Februar: 3. Vorbereitungsgespräch mit Beschluß zur Projektorganisation; Übergang in feste Strukturen "Arbeitskreis Kriminalprävention".

April: 1. Sitzung des Arbeitskreises: u. a. Vorbereitung der Bevölkerungsbefragung und Planung der ersten Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl".

Juni: 2. Sitzung des Arbeitskreises: Festlegung der endgültigen Organisation und Formulierung des Auftrages für die AG "Ladendiebstahl".

Juni - Sept.: Schriftliche Bevölkerungsbefragung zu Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Prävention von Kriminalität (Versand von 3.600 Fragebögen).

Juli - Nov.: Expertenbefragung innerhalb der Polizei (160 Fragebögen).

Juli: 1. Pressekonferenz der Arbeitskreises (Verzögerung wegen Kommunalwahl).

Sept. - Nov.: Durchführung einer Studie über Notrufgeschehen und Funkstreifenwageneinsätze.

Dezember: AG "Ladendiebstahl" legt dem Arbeitskreis Abschlußbericht vor.

1995

Januar: 3. Sitzung des Arbeitskreises: Erörterung der Ergebnisse der AG "Ladendiebstahl", Einrichtung einer AG "Fahrraddiebstahl", erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung.

März: 4. Sitzung des Arbeitskreises: Uni Konstanz stellt Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung vor; Kriminalitätsanalyse 1994; Erörterung eines Handlungskonzeptes "Ladendiebstahl".

April: Erörterung der Zwischenbilanz beim Innenministerium Baden-Württemberg - LPP - mit den PD-Leitern.

Juni: Endgültige Vorlage der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung.

Juli: 5. Sitzung des Arbeitskreises: Vorstellung LKA Mappe "Herausforderung Gewalt" und Erörterung der Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe.

Juli: 6. Sitzung des Arbeitskreises mit LPP Hetger und anschließende Pressekonferenz.

Oktober: Sicherheitskonferenz Innenminister Birzele.

November: 7. Sitzung des Arbeitskreises mit Beschluß zur Einrichtung einer AG "Jugend und Gewalt"; Diskussion bezüglich Erstellung eines Kino-Spots; Diskussion der Ausweitung der bestehenden AG "Drogen" Weingarten (seit März 1995).

Dezember: Rektorenkonferenz zum Thema Ladendiebstahl.

1996

Januar: Rektorenkonferenz zu Thema "Ladendiebstahl" und "Jugend und Gewalt".

Februar: 8. Sitzung des Arbeitskreises: Organisation und Auftrag für Arbeitsgruppe "Jugend und Gewalt", Diskussion des Berichts zur Umsetzung der Vorschläge der AG "Ladendiebstahl".

März: 9. Sitzung des Arbeitskreises: Erörterung der Kriminalstatistik 1995; Diskussion des Bochumer Modells "Ladendiebstahl" (beschleunigtes Verfahren); Fragebogenaktion zur Gewalt an den Schulen.

Mai: Pressekonferenz mit Darstellung der Arbeit im Arbeitskreis Kriminalprävention und Vorstellung des Kino-Spots "Wertewandel, Jugend; Kriminalität".

Juni: 10. Sitzung des Arbeitskreises.

